

Schäfer, Armin

Book

Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet

Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, No. 81

Provided in Cooperation with:

Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG), Cologne

Suggested Citation: Schäfer, Armin (2015) : Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, No. 81, ISBN 978-3-593-42895-6, Campus Verlag, Frankfurt a. M., <https://hdl.handle.net/11858/00-001M-0000-0024-6463-7>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/227456>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Armin Schäfer

Der Verlust politischer Gleichheit

Warum die sinkende Wahlbeteiligung
der Demokratie schadet

campus

Schriften aus dem Max-Planck-Institut
für Gesellschaftsforschung

Der Verlust politischer Gleichheit

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



Armin Schäfer, war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, und ist heute Professor für Politikwissenschaft an der Universität Osnabrück.

Armin Schäfer

Der Verlust politischer Gleichheit

Warum die sinkende Wahlbeteiligung
der Demokratie schadet

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.

Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-50198-7

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2015 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Gebäude des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln

Layout: Jeanette Störtte, Berlin

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

Inhalt

Vorwort	9
Kapitel 1	
Einleitung	11
Kapitel 2	
Wie viel Gleichheit benötigt die Demokratie?	27
2.1 Freiheit und Gleichheit aus liberaler und republikanischer Sicht	30
2.1.1 Liberalismus und der Vorrang negativer Freiheit	31
2.1.2 Neorömischer und neoathenischer Republikanismus	33
2.2 Formale Gleichheit und Repräsentation	37
2.3 Soziale Ungleichheit und der Wert der Freiheit	41
2.4 Wird Politik durch Märkte korumpiert?	45
2.5 Politische Tugenden	46
2.6 Fazit	50

Kapitel 3

Ungleichheit im Zeitalter wirtschaftlicher Liberalisierung 51

3.1 Die Freisetzung der Märkte: Liberalisierungstrends in den OECD-Staaten	52
3.1.1 Liberalisierungstrends seit 1980	52
3.1.2 Liberalisierung und Ungleichheit	66
3.2 Fazit	72

Kapitel 4

Führt soziale zu politischer Ungleichheit? 73

4.1 Empirisches Vorgehen	75
4.1.1 Die Analyse von Aggregatdaten	76
4.1.2 Mobilisierung, Spaltung oder Resignation: Die Auswirkung von Ungleichheit auf die Beteiligung sozialer Gruppen	80
4.2 Fazit: Die Rückkoppelung zwischen Beteiligung und Ungleichheit	87

Kapitel 5

Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Deutschland 91

5.1 Der Rückgang der Wahlbeteiligung in Deutschland	92
5.2 Wer wählt nicht?	95
5.2.1 Die soziale Schieflage der Nichtwahl	96
5.2.2 Wer von den Jungen bleibt der Wahlurne fern?	99
5.2.3 Nichtwähler neuen Typs	103
5.2.4 Die soziale Logik der Nichtwahl	107
5.2.5 Wahlkampf und Wählermobilisierung	113
5.3 Unterscheiden sich Wähler und Nichtwähler in ihren politischen Präferenzen?	116
5.4 Fazit	121

Kapitel 6

Klassenlage und Wahlverhalten:

Von der Parteien- zur Nichtwahl	123
6.1 Stetige Abnahme oder trendlose Fluktuation: Der Effekt der Klassenlage auf das Wahlverhalten	124
6.2 Veränderung der Klassenwahl auf der Bundesebene, 1980 bis 2010	127
6.3 Das Wahlverhalten bei Landtagswahlen, 1978 bis 2011	138
6.4 Fazit	143

Kapitel 7

Soziale Segregation, Wahlbeteiligung und Parteiergebnisse

7.1 Beeinflusst die Höhe der Wahlbeteiligung das Wahlergebnis?	147
7.2 Daten und Methode	151
7.3 Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen Stadtteilen	153
7.4 Die Auswirkung ungleicher Wahlbeteiligung auf die Parteien	158
7.5 Ungleiche Beteiligung: Herausforderung für die Parteien	162
7.6 Fazit	165

Kapitel 8

Vom Ehrenamt zu den Mandatsträgern: Die Dominanz

der Höhergebildeten

8.1 Ehrenamtliches Engagement	168
8.2 Politische Mitgliedschaft und alternative Partizipationsformen	172
8.3 Parteimitglieder, Kandidaten und Abgeordnete	176
8.4 Fazit	185

Kapitel 9

Mehr Demokratie wagen?	187
9.1 Demokratisierung der Demokratie	189
9.2 Wahlrechtsreformen: Kumulieren und Panaschieren in Hamburg und Bremen	192
9.3 Ist mehr direkte Demokratie die bessere Demokratie?	196
9.3.1 Die Hamburger Schulreform	197
9.3.2 Nichtraucherschutz in Bayern	201
9.3.3 Lehren aus der Schweizer Direktdemokratie	203
9.4 Fazit	205

Kapitel 10

Ist eine Wahlpflicht gerechtfertigt?	207
10.1 Die Wirkung der Wahlpflicht auf Höhe und Streuung der Wahlbeteiligung	207
10.2 Weitere Effekte der Wahlpflicht?	217
10.3 Argumente für und gegen die Wahlpflicht	220
10.4 Fazit	227

Kapitel 11

Reformoptionen und das republikanische Dilemma	229
--	-----

Abbildungen	245
-------------------	-----

Anhang: Tabellen zu den Kapiteln 3 bis 10	249
---	-----

Literatur	309
-----------------	-----

Vorwort

Bei den Europa- und Kommunalwahlen im Mai 2014 wurde in Köln-Mülheim auf originelle Weise versucht, die Wahlbeteiligung anzuheben. Die ersten einhundert Personen, die ein Handyfoto von ihrem Wahllokal vorzeigten, sollten mit einem Gratsdöner belohnt werden. Zwar ist von dieser Aktion kein messbarer Effekt auf die Wahlbeteiligung ausgegangen, doch zumindest zeigt sie, dass das Problem der wachsenden Wahlabsistenz inzwischen öffentlich wahrgenommen wird. Vor der Bundestagswahl 2009 war das noch anders, dominierte in der Berichterstattung doch die Auffassung, die Höhe der Wahlbeteiligung sei unwichtig, weil sich die Nichtwählerinnen und Nichtwähler in allen Schichten fänden und sich nicht wesentlich von denjenigen unterschieden, die ihre Stimme abgeben. Dass diese Annahme nicht stimmen kann, fiel mir zuerst durch den Vergleich der Wahlbeteiligung in Köln auf. Zwischen wohlhabenden und ärmeren Stadtvierteln lagen mitunter mehr als 40 Prozentpunkte in der Wahlbeteiligung. Ausgehend von dieser Alltagsbeobachtung habe ich mich in den Jahren von 2008 bis 2014 intensiv mit Nichtwahl und Nichtpartizipation auseinandergesetzt. Durch die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema musste ich eine Reihe eigener Überzeugungen infrage stellen, hatte ich doch früher einerseits Hoffnung auf die Ausweitung der direkten Demokratie gesetzt und andererseits den kruden Zwang einer Wahlpflicht zurückgewiesen. In beiden Punkten denke ich heute anders. Warum dies so ist, darüber informieren die folgenden Kapitel.

Dieses Buch ist die Überarbeitung meiner Habilitationsschrift und erscheint kurz nach meinem Weggang vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, an dem ich dreizehn Jahre gearbeitet habe. Während der gesamten Zeit am MPIfG habe ich es als Privileg empfunden, dort arbeiten zu dürfen. Mehr als alle anderen haben mich Wolfgang Streeck, Fritz Scharpf und Martin Höpner geprägt, die Sozialwissenschaftler sind, weil sie gesellschaftliche Probleme verstehen wollen und weil sie hoffen, zumindest manchmal einen Weg aufzeigen zu können, wie diese sich bewältigen oder zumindest abmildern lassen. Ich hoffe, dass ich ihrer intellektuellen Neugierde und Aufrichtigkeit auch in Zukunft gerecht werde.

Besonders herzlich möchte ich mich zudem bei Manfred Schmidt bedanken, der meine Habilitationsschrift an der Universität Heidelberg betreut hat. Auch wenn er sicher nicht allen meinen Schlussfolgerungen zustimmt, hat dieses Buch durch seine kritischen Nachfragen und bin ins Detail reichenden Anmerkungen sehr stark profitiert. Einen aufmerksameren Leser kann man sich kaum vorstellen. Auch Reimut Zohlhöfer, der das zweite Gutachten für die Habilitationsschrift verfasst hat, gilt mein herzlicher Dank, da er mit geübtem Blick Argumentationslücken identifiziert und Verbesserungsvorschläge unterbreitet hat. Mit der Überarbeitung hoffe ich, alle wesentlichen Punkte aufgegriffen zu haben.

Über mein Forschungsprojekt habe ich im Lauf der Jahre sehr hilfreiche Diskussionen mit Jens Beckert, Marius Busemeyer, Lea Elsässer, Barbara Fulda, Achim Goerres, Lukas Haffert, Miriam Hartlapp, Daniel Mertens, Philip Manow, Sascha Münnich, Andreas Nölke, Marion Reiser, Sigrid Roßteutscher, Sandra Seubert und Benjamin Werner geführt. Ihnen allen gebührt mein Dank für ihre Einwände und zahlreichen Hinweise, die mich herausgefordert haben, Antworten zu finden. Viele tolle Kolleginnen und Kollegen haben dazu beigetragen, aus einem Manuskript dieses Buch zu machen. Besonders hervorheben möchte ich Christel Schommertz, Thomas Pott und Jeanette Störte.

Harald Schoen, Rüdiger Schmidt-Beck, Philip Manow, Carina Schmitt und Ellen Quintelier haben mir Daten aus ihrer Forschung zur Verfügung gestellt – auch ihnen sei dafür herzlich gedankt. Agatha Rudnik hat mir während ihres Praktikums am MPIfG geholfen, die Datensätze zu Landtagswahlen in Deutschland aufzubereiten und auszuwerten, wofür ich ihr herzlich danke. Schließlich schulde ich Evelyn Bonsch Dank, die als studentische Hilfskraft zahlreiche Recherchen übernommen und immer wieder Textteile und Abbildungen gewissenhaft geprüft hat.

Mein größter Dank gebührt ohne Zweifel Simone Leiber, die nicht nur das komplette Manuskript ausführlich kommentiert hat, sondern über die gesamte Zeit meine Ratgeberin und erste Kritikerin war, mich aufgemuntert und ermutigt hat. Ihr und unseren Kindern, Oskar und Carla, widme ich dieses Buch.

Köln, im November 2014

Armin Schäfer

Kapitel 1

Einleitung

Der Grundgedanke der Demokratie ist einfach. In einem politischen Gemeinwesen müssen Entscheidungen getroffen werden, die potenziell alle betreffen, gleichzeitig jedoch umstritten sind. Da es keinen objektiven Maßstab gibt, der eindeutige Handlungsempfehlungen vorgibt, muss ein Verfahren gefunden werden, das widerstreitende Meinungen berücksichtigt, ohne zu vollständiger Blockade zu führen. Strittige Entscheidungen werden legitimiert, indem auch die Unterlegenen das Verfahren als fair anerkennen, das heißt, wenn ihre Meinung beachtet wurde und sie erwarten können, nicht dauerhaft zu den Verlierern zu gehören. Legitime politische Entscheidungen gehen demnach aus Verfahren hervor, die frei von Willkür sind und niemanden privilegieren. Um dies zu erreichen, müssen Bürgerinnen und Bürger als Gleiche behandelt werden, wie unterschiedlich sie tatsächlich auch sein mögen. Am klarsten kommt dies im Prinzip zum Ausdruck, dass jeder erwachsene Staatsbürger bei Wahlen die gleiche Stimmzahl erhält.¹ In seiner Studie zu Demokratietheorien von der Antike bis zur Gegenwart hält Schmidt (2010: 17; Hervorh. nicht im Orig.) deshalb gleich zu Beginn fest, dass Demokratien »der Anspruch gemeinsam [ist], die Herrschaft im Staate auf *die Norm politischer Gleichheit der Vollbürger* zu verpflichten, auf den Willen der Gesamtheit oder zumindest eines maßgebenden Teils der Stimmbürgerschaft zu gründen und die zeitlich befristet Regierenden auf Rechenschaft gegenüber den Regierten festzulegen«. Gutman (2003: 169) sieht in »gleicher politischer Freiheit« das definierende Merkmal der Demokratie.

Vielen Gegnern diente gerade das Gleichheitsversprechen der Demokratie als Ausweis ihrer Unzulänglichkeit, erschien es ihnen doch als offensichtlich, dass Frauen und Fremde, Besitzlose und Ungebildete nicht fähig seien, politisch vernünftig zu urteilen. Politische Gleichheit musste aus ihrer Sicht zur Herrschaft der Unvernunft führen, wenn Arbeiter oder ungebildete Massen das Wahlrecht erhalten. Selbst ein progressiver Liberaler wie John Stuart Mill ([1861]1958: 135, 138) schlägt in *Considerations on Representative Government* vor, ein nach

1 Manchmal wird zur besseren Lesbarkeit auf geschlechtsspezifische Formulierungen verzichtet, dennoch sind immer Bürgerinnen und Bürger gemeint.

Berufsgruppen gestaffeltes Pluralstimmrecht einzuführen, um einen übergroßen Einfluss von einfachen Arbeitern zu verhindern. Im Argument, nur wenige verfügten über die Kompetenz, Politik verstehen und weise regieren zu können, erkennen Walzer (1983: 285) und Dahl (1989: 59) übereinstimmend den Prototypen undemokratischen Denkens. Doch während daraus bis in das 20. Jahrhundert abgeleitet wurde, vermeintlich inkompetenten Gruppen das Wahlrecht vorzuenthalten, gibt es heute, zumindest in den westlichen Demokratien, kaum noch Stimmen, die die formale politische Gleichstellung der erwachsenen Staatsbürgerinnen und -bürger ablehnen.² Im historischen Vergleich erscheint die Demokratie inklusiver als jemals zuvor, weshalb von einem Siegeszug demokratischer Gleichheit gesprochen werden kann.

Vor dem Hintergrund dieser Erfolgsgeschichte muss der Verweis auf eine Krise der Demokratie unbegründet wirken – und doch finden sich immer wieder Stimmen, die genau dies diagnostizieren. In den Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts erschien der Fortbestand der Demokratie konservativen wie linken Kritikern unsicher (siehe Schäfer 2008; Streeck 2013: 23–27). Die damals rasch anwachsende Literatur zur »Unregierbarkeit« ist gespickt mit dramatischen Formulierungen und Untergangsszenarien. So äußert Brittan (1975: 129) die Vermutung, die Demokratie werde noch zu Lebzeiten der damals Erwachsenen dahinscheiden. Crozier und seine Koautoren (1975: 2) zitieren Willy Brandt, der ebenso den Untergang der Demokratie für die folgenden zwanzig bis dreißig Jahre vorausgesagt haben soll. Schließlich sieht Hennis (1977: 20) zwar nicht den Staat, wohl aber die »spezifisch abendländische Weise des Regierens« vom Absterben bedroht an. Vor allem starke Gewerkschaften, hohe Inflationsraten und wachsende Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an den Staat führten zu dieser pessimistischen Zukunftssicht. Von links stand dieser Perspektive die nicht minder pessimistische These von der »Legitimitätskrise« gegenüber, die den Staat aus gänzlich anderen Gründen als überfordert ansah. Nicht übertriebene Politisierung verursache eine Krise der Demokratie, sondern politische Dauerinterventionen, die den Kapitalismus stabilisieren und den Antagonismus von Kapital und Arbeit abfedern müssten (Offe [1972]2006: 29). Im »Spätkapitalismus« seien die Auffangmechanismen »kategorial erschöpft«, mit denen ökonomische und politische Krisentendenzen eingedämmt werden könnten (Offe [1972]2006: 65), wodurch das Krisenmanagement selbst in eine Krise gerate (Offe 1984: 36).

2 Obwohl ein radikal-libertärer Autor wie Hayek ([1971]2005: 135) noch in den Siebzigerjahren schrieb: »Es kann auch vernünftigerweise argumentiert werden, daß den Idealen der Demokratie besser gedient wäre, wenn etwa alle Staatsangestellten oder alle Empfänger von öffentlichen Unterstützungen vom Wahlrecht ausgeschlossen wären.«

Die nächste Welle von Krisendiagnosen setzte nur wenige Jahre, nachdem Fukuyama (1992: 45) den Triumph der »liberalen Demokratie« gegenüber allen rivalisierenden Gesellschaftsmodellen verkündet hatte, ein. So sah Giddens (2000: 11) die Demokratie im Augenblick ihres Triumphs von einer paradoxen Schwäche befallen, weil gerade in ihren Kernländern Unzufriedenheit und politische Apathie zunehme. Einige Jahre später erzeugte die Warnung vor der »Postdemokratie« ein lautes öffentliches Echo und der Begriff wurde zum geflügelten Wort für alle, die in den Krisenchor einstimmten. Mit seiner Wortwahl will Crouch (2004) darauf hinweisen, dass die demokratischen Verfahren zwar formal intakt, aber bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt seien, weil wichtige Entscheidungen nicht öffentlich und durch die demokratisch gewählten Repräsentanten, sondern durch mächtige Lobbygruppen – vor allem Wirtschaftsunternehmen – getroffen würden. Wahlkampagnen und politischer Wettstreit werden aus seiner Sicht zu Inszenierungen, die das Publikum unterhalten sollen, aber in denen keine glaubhaften Alternativen mehr zur Abstimmung stehen. Der Ausdruck »Postdemokratie« beschreibt für Crouch eine korruptierte Form der Demokratie:

The idea of post-democracy helps us describe situations when boredom, frustration and disillusion have settled in after the democratic moment; when powerful minority interests have become far more active than the mass of ordinary people in making the political system work for them; where political elites have learned to manage and manipulate popular demands; where people have to be persuaded to vote by top-down publicity campaigns.
(Crouch 2004: 19–20)

Durch die weltweite Wirtschaftskrise, die sich seit dem Zusammenbruch von *Lehman Brothers* entfaltet hat, verschärft sich die Krisenwahrnehmung. In *Gekaufte Zeit* registriert Streeck (2013), wie sich der Bedeutungsgehalt der Demokratie verändert, weil sich politische Entscheidungen nicht zuerst am Willen der Mehrheit, sondern vorrangig an den Ansprüchen der Gläubiger und an der Bewertung des Regierungshandelns durch die Finanzmärkte orientieren müssten. In den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern sicherten Parteien schon vor der Wahl zu, dass sie Schuldenabbau und Reformen, wie die Liberalisierung der Arbeitsmärkte oder die Privatisierung von staatlichen Leistungen, fortsetzen werden. Während für Fukuyama Kapitalismus und Demokratie eine höchst erfolgreiche Einheit bilden, stellt Streeck (2013: 235) ihre weitere Vereinbarkeit infrage.

Auch wenn jede einzelne dieser Krisendiagnosen umstritten ist, spiegeln sie doch ein verbreitetes Unbehagen an der Art und Weise wider, wie die Demokratie funktioniert – ein Unbehagen, das sich auch in Umfragen zeigt. Das Ansehen von Parteien, Parlamenten und Politikern ist gering und in Deutschland stimmt

die Mehrheit der Bevölkerung regelmäßig der Aussage zu, dass Politiker sich nicht um die Meinung der einfachen Leute kümmern, sondern stattdessen vor allem auf den eigenen Vorteil bedacht sind. Nicht das Prinzip der Demokratie, sondern ihre Umsetzung wird in vielen entwickelten Demokratien skeptisch beurteilt, denn es besteht eine Diskrepanz zwischen Erwartungen, die sich an die Demokratie richten, und ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit (Norris 2011: 127, Tabelle 7.1).

In diesem Buch schließe ich an einige der genannten Argumente an, doch mit engerem Fokus. Ich frage, ob von einer Krise der Demokratie gesprochen werden muss, wenn das Versprechen auf politische Gleichheit in geringerem Maß als in der Vergangenheit eingelöst wird. Diese Fragestellung enthält zwei Komponenten: Zum einen muss begründet werden, welche Art von politischer Gleichheit in der Demokratie notwendig ist. Reicht ein umfangreicher Katalog politischer Rechte aus, um ein hohes Maß an Demokratiequalität zu sichern, oder müssen diese verbrieften Rechte auch annähernd gleich genutzt werden? Zum anderen muss empirisch überprüft werden, wodurch politische Gleichheit begünstigt oder gehemmt wird, wobei für die Beurteilung der Gegenwart einerseits der internationale und andererseits der intertemporale Vergleich herangezogen werden. Die spezifische Krisenfacette, die im Folgenden herausgearbeitet wird, besteht darin, dass politische Ungleichheit trotz formaler Gleichheit zunimmt: Sozial benachteiligte beteiligen sich heute deutlich weniger als besser gestellte Gruppen, denen eine breite Palette an Einflussmöglichkeiten zur Verfügung steht – die sie bei Bedarf auch nutzen. Der Verlust politischer Gleichheit lässt sich an der verringerten Inklusionsfähigkeit der Demokratie festmachen, am sozial ungleich verteilten politischen Interesse und am geringen Glauben der Einkommens- und Bildungsarmen, durch politisches Engagement noch etwas verändern zu können.³

Wenn von einer Krise gesprochen wird, darauf weist Merkel (2013: 475–478) hin, muss das zugrunde gelegte Demokratieverständnis erläutert werden, da rivalisierende Schulen zu ganz unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen. Wird die Demokratie minimalistisch definiert, fangen Krisen erst dort an, wo der Zusammenbruch droht. Dagegen führt ein maximalistisches Verständnis, das die Demokratie erst verwirklicht sieht, wenn die Gesellschaft gerecht, nachhaltig und friedlich ist, fast zwangsläufig zum Ergebnis, dass reale Demokratien

3 Mit dem Blick auf politische Partizipation konzentriere ich mich in dieser Arbeit fast ausschließlich auf den demokratischen Input. Eine andere Krisenfacette, die im abnehmenden Handlungsspielraum nationaler Regierungen durch Austeritätswänge und die Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen auf nicht gewählte Gremien besteht, wird dagegen nicht behandelt, weil ich mich an anderer Stelle damit auseinandergesetzt habe (siehe etwa Höpner/Schäfer 2012 sowie Schäfer/Streeck 2013).

unzulänglich sind. Dazwischen liegen anspruchsvolle, aber realisierbare Demokratiekonzepte, die einen normativen Maßstab entwickeln, anhand dessen sich Vorzüge und Nachteile benennen und empirisch überprüfen lassen. Ein solches Konzept bietet, so wird im nächsten Kapitel argumentiert, der *Neorepublikanismus*. Auf den ersten Blick mag es erstaunlich erscheinen, dass sich aus dem Bezug auf die Republik ein für die Gegenwart brauchbares Leitbild der Demokratie ableiten lässt. Unter einer Republik wurde historisch Verschiedenes verstanden und häufig erklärt sich ihr Sinn nur in Abgrenzung zu anderen Begriffen (Mager 1984: 618–619). Im 18. Jahrhundert bildete Republik erstens das Gegenwort zur Monarchie, wobei sie demokratisch oder aristokratisch organisiert sein konnte. Daneben stellte sie den Gegensatz zu Despotie und Anarchie dar, und schließlich wurde, vor allem im Zuge der französischen und der amerikanischen Revolutionen, Republik als demokratische Regierungsform gleichermaßen gegen Aristokratie und Monarchie in Stellung gebracht. Im deutschen Sprachgebrauch verbindet sich mit dem Begriff Republik kein über die Entgegensetzung zur Monarchie hinausgehender Inhalt (Isensee 1981: 1), und kaum jemand bezeichnet sich selbst als Republikaner, um nicht als Parteigänger einer rechtsradikalen Partei oder amerikanischer Konservativer verdächtigt zu werden. Doch in der Vergangenheit war und in anderen Ländern ist der Republikanismus bis heute mehr als eine leere Hülle:

Als 1976 seine *Republikanischen Reden* erschienen, konnte Walter Jens sicher sein, daß ihn sein Publikum nicht mißverstehen würde. Ein Republikaner, so wußte jeder, ist ein radikaler Demokrat, dem es nicht genügt, bloßer Wahlbürger zu sein; jemand, der Demokratie leben will, tagtäglich, auch gegen Widerstände. Sich als Republikaner zu bekennen – das hieß, Prinzipien der Aufklärung verwirklichen wollen, sich demokratischen Bürgertugenden verpflichtet zu fühlen, Sorge zu tragen, daß niemand in seinen Menschenrechten verletzt wird, egal durch wen. Revolutionäre Traditionen hochzuschätzen, gehörte ebenso zum Republikaner wie Widerborstigkeit gegen Obrigkeiten. Republikaner wollten immer etwas mehr Demokratie als vorhanden. Republik war für Republikaner ein Zukunftsprojekt, an dem jeder einzelne unaufhörlich Hand anlegen muß. (Langewiesche 1993: 9)

In dieser Charakterisierung klingen Motive an, die auch im Neorepublikanismus diskutiert werden: politische Beteiligung, Bürgertugenden und die Orientierung am Gemeinwohl. Hinzu kommt ein spezifisches Verständnis von Freiheit, das dem Ideal des »freien Bürgers« verpflichtet ist. Frei ist aus republikanischer Perspektive, wer nicht durch andere beherrscht wird und Anteil nimmt an öffentlichen Angelegenheiten (*res publica*). Das so verstandene Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Politik war während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zumindest in Südwestdeutschland noch geläufig (Nolte 1992), doch nach 1848 verlor es rasch an Bedeutung, weil zum einen die Vorstellung einer republikanisch geeinten Bürgerschaft in Widerspruch zur sich herausbildenden Klassen-

gesellschaft geriet und zum anderen sich politische Hoffnungen und Ängste auf andere Begriffe wie etwa die Demokratie richteten (Mager 1984: 645). Die Republik musste von nun an mit Adjektiven versehen werden, um noch politische Leidenschaft zu entfachen. So schrieb Marx ([1850]1960) in *Die Klassenkämpfe in Frankreich*, die Ereignisse zwischen 1848 und 1850 zeigten, dass die Ziele des Proletariats nur zu erfüllen seien, wenn die »rote Republik« den Platz der »Bourgeoisrepublik« einnehme. Bis heute schmücken sich Republiken mit Beinamen: Neben der Bundesrepublik gibt es sozialistische, demokratische, islamische oder Volksrepubliken. Auch hier erscheint der Ausdruck als Leerformel, die mit ganz unterschiedlichen Inhalten gefüllt werden kann. Und doch erinnern Republikanismus und Republik an Traditionen, die bis heute fortleben und immer wieder auftauchen.

Die Wiederbelebung dieser Tradition erklärt sich insbesondere in den USA durch die Kritik am ökonomischen Leitbild der Demokratie, in dem Politik in Analogie zum Markt und Bürger als Konsumenten interpretiert werden. Gegenbegriffe des Republikanismus sind längst nicht mehr Monarchie oder Aristokratie, sondern der moderne Liberalismus – jedenfalls wenn dieser privaten unbedingten Vorrang vor öffentlichen Angelegenheiten einräumt, Freiheit ausschließlich als Nichteinmischung versteht und tugendhaftes Verhalten nur im Streben nach individuellen Vorteilen erkennt. Der *Bourgeois* hat seinen festen Platz in der modernen Gesellschaft, doch wenn er den *Citoyen* verdrängt, verarmt aus neorepublikanischer Sicht die Demokratie. Die größte Schwierigkeit, mit der der reanimierte Republikanismus konfrontiert ist, liegt darin, nachzuweisen, ob er mit Gegenwartsgesellschaften vereinbar ist. So stellt der entsprechende Eintrag im *Lexikon der Politikwissenschaft* fest, dass Republikanismus nicht nur nicht zum Pluralismus moderner Gesellschaften passe, sondern auch Minderheitenrechte gefährde, in eine Erziehungsdiktatur mit Tugendterror münden könne, und dass eine Tendenz zum Nationalismus bestehe. Darüber hinaus hätten Republikaner die Demokratie, so hebt Llanque (2003: 3) hervor, stets skeptisch beurteilt, sodass die Passgenauigkeit zwischen beiden offen ist.⁴ Isensee formuliert den Zweifel an der Gegenwartstauglichkeit besonders eindrücklich:

Der Fortschritt sucht heute nach Antiquitäten. Er hat eine kostbare Vase aus dem bürgerlichen Zeitalter aufgetrieben, die sich prachtvoll abhebt von dem Hintergrund der neomarxistischen Tristesse; das ehrwürdige, zerbrechliche Gefäß soll mit den Essenzen der radikaldemokratischen Moderne gefüllt werden – nur Frage, ob es hält. (Isensee 1981: 3)

Im Kern lautet der gemeinsame Nenner dieser Einschätzungen, dass der Republikanismus nicht für die Gegenwart geeignet und etwas für Nostalgiker sei.

⁴ Allerdings bezog sich die republikanische Skepsis vor allem auf die direkte Demokratie.

Doch diese Sicht wird dem Anliegen der in diesem Buch behandelten Neorepublikaner nicht gerecht, deren Ziel verwirklichtbare Reformen der Demokratie sind, und trifft höchstens auf eine Teilströmung zu. Dies wird deutlich, wenn die Vielfalt neorepublikanischer Ansätze durch zwei Unterscheidungen klassifiziert wird (Buchstein/Schmalz-Bruns 1994: 307): Zum einen können »elitär-demokratische« von »radikal-demokratischen« Versionen des Republikanismus unterschieden werden, die im »Grad demokratischer Aspiration« voneinander abweichen. Während die erstgenannte Version in der Tradition von James Harrington stärker auf Machtkontrolle und Gewaltenteilung sowie begrenzte Beteiligungsmöglichkeiten abstelle, fordere die zweitgenannte in der Nachfolge Thomas Jeffersons oder John Deweys demokratische Reformen, die mehr Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger möglich machten. Zum anderen hebe sich die »rückwärtsgewandt-melancholische« von der »vorwärtsgewandt-optimistischen« Variante ab. Autoren wie Hannah Arendt oder Alaisdaire MacIntyre trauerten einem unwiederbringlich verlorenen, antiken Ideal der Republik nach, wohingegen etwa Benjamin Barber ganz die Gegenwartsgesellschaft im Blick habe. Die Autoren, die im nächsten Kapitel ausführlich vorgestellt werden, sind allesamt der nicht nostalgischen Variante zuzurechnen, geht es ihnen doch weniger darum, ein untergegangenes Ideal zu beschwören, als vielmehr um das Ziel, Reformoptionen für die Gegenwart aufzuzeigen. Fast alle Autoren – am wenigsten noch die ideengeschichtlichen Historiker – benennen institutionelle Reformen, die helfen sollen, die republikanische Vision moderner Demokratie zu verwirklichen. Die empirischen Analysen und Schlussfolgerungen dieser Arbeit knüpfen an den radikal-demokratischen und vorwärtsgewandt-optimistischen Republikanismus an. Mehr als andere Ansätze erweist sich diese Perspektive als sensibel gegenüber Gefährdungen der politischen Gleichheit durch soziale Ungleichheit – und genau diesem Zusammenhang wird in diesem Buch nachgegangen.

Aus Sicht des Neorepublikanismus greift es zu kurz, die Krise der Demokratie am Rückgang der Wahlbeteiligung festzumachen. Nicht allein die Höhe der Wahlbeteiligung, sondern die Zusammensetzung der Wählerschaft erscheint problematisch. Denn eine niedrige ist immer eine sozial ungleiche Beteiligung, da die Beteiligungsbereitschaft nicht in allen sozialen Gruppen im gleichen Maß zurückgeht. Selbst dieser Befund reicht für sich genommen nicht aus, um von einer Krise der Demokratie zu sprechen, denn Wahlen bilden nur eine Form des politischen Engagements und für viele politisch Interessierte vielleicht nicht einmal die wichtigste. Der Aufstieg anderer Beteiligungsformen – Direktdemokratie, Bürgerinitiativen, Petitionen, Demonstrationen, Online-Protest oder Produktboykotte – könnte die Ungleichheit bei Wahlen ausgleichen. Die partizipatorische Revolution und der Wandel zum Postmaterialismus führen, so ließe

sich vermuten, zu einer anderen Beteiligungskultur, die das Wählen weniger attraktiv werden lässt. Doch entgegen dieser Erwartung zeigt sich, dass die individuelle Wahlbereitschaft zunimmt, wenn man andere Beteiligungsformen nutzt. Wer sich ehrenamtlich oder politisch engagiert, ersetzt nicht, sondern ergänzt die Stimmabgabe bei Wahlen, denn mit höherer Bildung und höherem Einkommen wird es wahrscheinlicher, das eine wie auch das andere zu tun. Für ressourcenreiche Bevölkerungsgruppen bilden verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten ein Menü, aus dem nach Bedarf ausgewählt werden kann. Sie artikulieren ihre Interessen gleich mehrfach, wenn sie es für nötig halten, während die Ressourcenschwachen häufiger ganz darauf verzichten. Die Inaktiven laufen Gefahr, dass ihre Interessen unberücksichtigt bleiben.

Schließlich müsste selbst eine niedrige und ungleiche Wahlbeteiligung nicht als Krisensymptom gedeutet werden, wenn Nichtwählerinnen und Nichtwähler mit der Funktionsweise der Demokratie und der Regierungspolitik zufrieden wären. Doch nicht Zufriedenheit, sondern Unzufriedenheit verringert die Wahlbereitschaft, wobei sich diese Unzufriedenheit nicht auf das Prinzip der Demokratie selbst, sondern auf dessen konkrete Umsetzung sowie auf politische Parteien und Politiker bezieht. Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind häufiger »unzufriedene Demokraten« (Klingemann 2000: 281) als prinzipielle Gegner der Demokratie. Deshalb bedroht eine geringe Wahlbeteiligung auch nicht den Fortbestand der Demokratie, aber sie drückt einen Qualitätsmangel aus. In Dänemark, dem egalitärsten der 23 im Folgenden analysierten Länder, sind die Bürgerinnen und Bürger nicht nur mit der Funktionsweise der Demokratie zufrieden, sondern auch die Wahlbeteiligung verharrt auf hohem Niveau. In Portugal, dem Land Europas mit der ausgeprägtesten Ungleichheit, gilt das Gegenteil.⁵

Um nachzuweisen, worin die Ursachen für den Verlust politischer Gleichheit liegen, wird in den empirischen Kapiteln der Vergleich über die Zeit mit dem Vergleich von Ländern kombiniert. Im Querschnitt werden 23 OECD-Staaten miteinander verglichen, darunter sind, neben den westeuropäischen Ländern, die angelsächsischen Länder und Japan. Sich auf diese Ländergruppe zu konzentrieren hat den Vorteil, dass sie sich im wirtschaftlichen Entwicklungsstand weniger unterscheiden, als es der Fall wäre, wenn etwa Lateinamerika oder Osteuropa einbezogen würden. Bis auf Spanien, Portugal und Griechenland sind zudem alle Länder seit dem Zweiten Weltkrieg stabile Demokratien, die – nun ohne Ausnahme – in verschiedenen Demokratieindizes im weltweiten Vergleich

⁵ Eine Ausnahme von diesen allgemeinen Zusammenhängen stellt die Schweiz dar, deren niedrige Wahlbeteiligung auch durch die im internationalen Vergleich stark ausgebaute Direktdemokratie erklärt wird, ohne dass die Bürger mit der Demokratie besonders unzufrieden sind.

zur Spitzengruppe gehören (im Überblick Schmidt 2010: 392–297). Es sind also reiche und stabile Demokratien, die im Folgenden untersucht werden. Auch wenn von diesen Ländern nicht ohne Weiteres auf alle Demokratien Rückschlüsse gezogen werden können, ist es doch von besonderem Interesse, wenn selbst dort die politische Gleichheit erodiert, wo besonders günstige Voraussetzungen bestehen. Ein letzter Grund, mich auf die entwickelten OECD-Länder zu konzentrieren, liegt in der Verfügbarkeit und Qualität der Daten. Dieser Aspekt ist nicht trivial, da ich versuche, die Entwicklung seit den Siebziger- oder Achtzigerjahren zu erfassen. Und nur für eine relativ kleine Ländergruppe liegen für den Zeitraum von drei oder vier Jahrzehnten vergleichbare Zahlen beispielsweise zur Liberalisierung oder zur Ungleichheit vor – und selbst diese sind häufig lückenhaft. Mehrfach werde ich auf Defizite in der Datenqualität hinweisen, die begrenzen, welche Analysen möglich sind. Weitete man die Anzahl der Länder aus, verschärften sich diese Probleme.

Während es also einerseits das Ziel ist, die Heterogenität des Ländersamples nicht ausufern zu lassen, unterscheiden sich andererseits die 23 Länder dennoch so stark, dass institutionelle Faktoren berücksichtigt werden können, die beispielsweise die Höhe der Wahlbeteiligung beeinflussen. In der untersuchten Ländergruppe gibt es präsidentielle und parlamentarische Systeme; Mehrheits- und Verhältniswahlrecht; Länder mit und ohne Wahlpflicht; föderale und unitarische Staaten; liberale, konservative und sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten sowie koordinierte und liberale Kapitalismustypen. Diese institutionellen Unterschiede übersetzen sich in Unterschiede im Verhältnis von Markt und Staat, im Grad sozialer Absicherung oder in der Wahlbeteiligung. Zum Kerngeschäft der Vergleichenden Politikwissenschaft gehört es, diese Vielfalt zu erfassen und zu erklären, wozu ein ausgefeiltes Analyseinstrumentarium zur Verfügung steht (Schmidt/Ostheim 2007). Doch wie im dritten und vierten Kapitel deutlich wird, lassen sich seit den Achtzigerjahren länderübergreifend übereinstimmende Trends mit Blick auf Liberalisierung und Wahlbeteiligung feststellen. Die empirischen Analysen versuchen deshalb, Trennendes wie auch Gemeinsamkeiten zu erfassen. Neben dem Überzeitvergleich von Ländern bildet der Blick auf langfristige Trends in der politischen Partizipation in Deutschland den zweiten Pfeiler dieser Arbeit.

In den empirischen Kapiteln werden nicht nur Querschnitts- und Längsschnittanalysen kombiniert, sondern auch verschiedene Daten verwendet. Soweit es möglich ist, beruhen alle Schlussfolgerungen auf einer doppelten Absicherung: einerseits auf der Auswertung von Umfragen und andererseits auf Aggregatdatenanalysen. Beide Datenarten haben Vor- und Nachteile, die in den entsprechenden Kapiteln diskutiert werden. Insbesondere der Versuch, Umfragen aus unterschiedlichen Befragungen und Ländern über mehrere Jahrzehnte

zusammenzufügen, wirft das Problem auf, inwieweit die darin enthaltenen Aussagen vergleichbar sind. Nur wenige Fragen werden in identischer Formulierung in allen Befragungen verwendet, andere nur unregelmäßig oder nur für eine Untergruppe der Länder. Doch obwohl dies so ist, stimmen die Ergebnisse mit denen der Aggregatdatenanalyse überein, sodass nicht von systematisch verzerrten Resultaten auszugehen ist. Dieselbe Übereinstimmung zwischen Umfragen- und Aggregatdatenanalyse zeigt sich, wenn die Entwicklung der Wahlbeteiligung in Deutschland untersucht wird. Sowohl die ALLBUS-Daten⁶ und eine Vielzahl von Einzelbefragungen zu Landtagswahlen als auch offizielle Wahlbeteiligungsraten in Stadtteilen deutscher Großstädte sprechen dieselbe Sprache: In allen Analysen zeigt sich die wachsende Kluft in der Wahlbeteiligung. Die im Qualitätsjournalismus verbreitete Norm, dass zwei voneinander unabhängige Quellen einen Bericht bestätigen müssen, kommt in übertragenem Sinn in dieser Arbeit zum Einsatz: Indem vielfältige Datenquellen verwendet werden, soll die Validität der Ergebnisse gesichert werden.

Was für die Daten gilt, gilt auch in methodischer Hinsicht. Die folgenden Analysen beginnen häufig mit deskriptiver Statistik, um anschließend aufwendigere Prüfverfahren anzuwenden, die von linearen Regressionen über gepoolte Zeitreihen bis zu Mehrebenenanalysen reichen. Auch hier habe ich es zum Prinzip gemacht, dass ich Befunde nur als tragfähig ansehe, wenn sie durch unterschiedliche Vorgehensweisen bestätigt werden, während ich einem Ergebnis nicht vertraue, das sich nur unter einer Modellspezifikation zeigt. Die zentralen Befunde dieser Arbeit haben sich ausnahmslos als robust erwiesen, selbst wenn die Analysemethode variiert und Variablen hinzugefügt werden. Im Haupttext verzichte ich weitgehend darauf, die Auswahl von Kontrollvariablen oder statistische Detailprobleme zu diskutieren, um den Gang der Argumentation nicht unnötig zu durchbrechen. Die Regressionstabellen zu den einzelnen Kapiteln und weiterführende Informationen wurden stattdessen in einen statistischen Anhang ausgelagert (ab Seite 249). Alle relevanten Analyseergebnisse werden im Folgenden grafisch dargestellt, damit sie möglichst intuitiv nachvollziehbar sind und keine Interpretation von Koeffizienten verlangen, die bei nichtlinearen Zusammenhängen ohnehin nicht sonderlich ergiebig ist. Obwohl Ergebnisse nur dann als gesichert dargestellt werden, wenn sie statistischen Signifikanztests genügen, liegt im Text das Augenmerk auf den substanziellen Unterschieden. Gerade bei großen Fallzahlen werden selbst dann signifikante Ergebnisse erzielt, wenn die Wirkung einer Variablen gering ist. Doch interessant sind sozialwissenschaftliche Ergebnisse, wenn sie nennenswerte Unterschiede erhellen. Die grafische

⁶ Die Abkürzung steht für »Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften«.

Darstellung der entscheidenden Zusammenhänge erlaubt, dies auf einen Blick zu erkennen.

Der Aufbau des Buches stellt sich wie folgt beschrieben dar: Im anschließenden zweiten Kapitel wird der theoretische Rahmen für die empirischen Analysen abgesteckt. In ihm wird das Demokratieverständnis des Neorepublikanismus von anderen Perspektiven abgegrenzt, um zu verdeutlichen, weshalb ungleiche Beteiligung demokratietheoretisch problematisch ist. Ausgehend von einem spezifischen, dem Liberalismus vorausgehenden Freiheitsverständnis wird die zentrale Bedeutung politischer Gleichheit hervorgehoben. Nicht allein formale Rechtsgleichheit, sondern nur die annähernd gleiche Ausübung dieser Rechte wehrt aus neorepublikanischer Sicht willkürliche Fremdherrschaft ab und erlaubt die volle Entfaltung der Persönlichkeit. Die Ausweitung von Märkten gefährdet auf zwei Arten die so verstandene Freiheit: Zum einen erzeugen Märkte Ungleichheit, die nur zum Teil durch den Sozialstaat korrigiert werden kann, und zum anderen setzt sich mit dem *homo oeconomicus* eine Handlungsorientierung durch, die jene Einstellungen untergräbt, die Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie aufbringen müssen: die Bereitschaft, politisch zu partizipieren; sich auf Deliberation einzulassen und dabei die eigene Sicht der Dinge gegebenenfalls zu revidieren; und sich in der Verständigung mit anderen am Gemeinwohl zu orientieren, auch wenn dies eigenen (materiellen) Interessen zuwiderläuft.

Im dritten und vierten Kapitel wird der Wirkungskette von Liberalisierung über soziale Ungleichheit zur Wahlbeteiligung empirisch nachgegangen. Beide Kapitel untersuchen alle 23 Länder über einen Zeitraum von drei bis vier Jahrzehnten. Zuerst wird in enger Anlehnung an die Studie von Höpner et al. (2011) das Ausmaß der Liberalisierungspolitik seit den Achtzigerjahren erfasst, um anschließend den Zusammenhang mit der veränderten Einkommensverteilung herzustellen, der in der früheren Studie offengeblieben war. Liberalisierung, so das Fazit, führt zu einer stärker ungleichen Verteilung der Markt- und Haushaltseinkommen. Dieser Befund ist der Ausgangspunkt des vierten Kapitels, in dem die wissenschaftliche Kontroverse aufgegriffen wird, ob und wie sich Einkommensungleichheit auf die Wahlbeteiligung auswirkt. Selbst unter Berücksichtigung anderer Erklärungsfaktoren zeigt sich, dass in Ländern mit ungleicher Einkommensverteilung die Wahlbeteiligung nicht nur niedriger ist, sondern auch weiter zwischen sozialen Gruppen auseinanderklafft. Damit bestätigt sich: Eine niedrige ist eine ungleiche Wahlbeteiligung.

Vor dem Hintergrund der durch den internationalen und intertemporalen Vergleich aufgezeigten Muster wird in den nächsten Kapiteln geprüft, ob sich auch in Deutschland eine Zunahme politischer Ungleichheit feststellen lässt. Spätestens seit Anfang der Neunzigerjahre sinkt in allen Bundesländern und bei allen Wahlarten die Wahlbeteiligung. Besonders stark fällt der Rückgang bei

Landtags- und Kommunalwahlen aus. Zwar gibt es immer wieder Abweichungen vom allgemeinen Trend, da die Wahlbeteiligung auch durch situative Faktoren beeinflusst wird, aber selbst Ausreißer nach oben heben die Wahlbeteiligung nicht auf das früher übliche Niveau. Das fünfte Kapitel untersucht deshalb, wer die Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind und wie deren Entscheidung, der Wahlurne fernzubleiben, zu erklären ist. Dabei werden die in der Wahl- und Partizipationsforschung gängigen Erklärungen berücksichtigt. Gemeinsam ist diesen Ansätzen, dass sie die sozialen Unterschiede in der Wahlteilnahme unterschätzen, obwohl Beteiligungsunterschiede deutlich zugenommen haben. Ob jemand wählt oder nicht, so wird in diesem Kapitel auch gezeigt, hängt nicht allein von individuellen Merkmalen ab, sondern auch vom sozialräumlichen Kontext. Wer sich in einem Netzwerk mit vielen anderen bewegt, die nicht wählen, oder in Stadtvierteln mit geringer Wahlbeteiligung lebt, hat eine systematisch niedrigere Wahlneigung – nicht nur das Wählen kann ansteckend wirken, sondern auch die Nichtwahl.

Im sechsten Kapitel wird das Wahlverhalten sozialer Klassen bei Bundestags- und Landtagswahlen in den letzten dreißig Jahren betrachtet. In der Literatur sind Einschätzungen verbreitet, die »Klasse« als unergiebigste Kategorie für die Analyse von Gegenwartsgesellschaften ansehen. Dies wird nicht zuletzt am Wahlverhalten festgemacht. Arbeiter, so wird immer wieder argumentiert, wählen heute nicht mehr in stärkerem Maß linke Parteien als andere Klassen. Doch es zeigt sich kein Ende des Klassenwahlverhaltens, wenn kleinere Parteien und insbesondere die Nichtwahl in die empirische Analyse einbezogen werden, denn nicht nur die Unterstützung von Grünen und FDP, sondern vor allem die Wahlabstinenz verläuft eindeutig entlang von Klassenlinien.

Während im fünften und sechsten Kapitel Umfragen ausgewertet werden, greift das siebte Kapitel auf Aggregatdaten zurück. Es erschließt eine bislang wenig genutzte Quelle, nämlich Daten zur Wahlbeteiligung und zur sozialen Lage auf Stadtteilebene in deutschen Großstädten. In allen Städten bestehen große Unterschiede in der Wahlbeteiligung unterschiedlicher Stadtteile. In Köln lagen bei der Bundestagswahl 2013 mehr als 45 Prozentpunkte zwischen der höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung, und Wähler- und Nichtwählerhochburgen verteilen sich nichtzufällig: Je ärmer ein Stadtteil, desto niedriger fällt die Wahlbeteiligung aus. Korreliert man die Arbeitslosenquote als Indikator für die soziale Lage mit der Wahlbeteiligung, zeigen sich so starke Zusammenhänge, wie sie in den Sozialwissenschaften nur selten entdeckt werden. Entgegen der vorherrschenden Forschungslage kann in diesem Kapitel zudem gezeigt werden, dass sich der Rückgang der Wahlbeteiligung negativ auf das Abschneiden von Mitte-links-Parteien auswirkt.

Unabhängig von der Art der ausgewerteten Daten und der Wahlart zeigt sich, so das Fazit dieser drei Kapitel, eine wachsende soziale Kluft in der Wahlbeteiligung. Bestanden in den Siebziger- und frühen Achtzigerjahren nur geringe Unterschiede, sind diese seither deutlich angewachsen. Da die Beteiligungsunterschiede bei den heute Jungen besonders groß ausfallen, steht zu befürchten, dass mit dem Ausscheiden älterer Kohorten die Wahlbeteiligung asymmetrisch sinken wird. Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse untersucht das achte Kapitel, wer andere Formen des gesellschaftlichen Engagements nutzt. Neben ehrenamtlichen Tätigkeiten werden die Mitgliedschaft und die Mitarbeit in Organisationen und Verbänden sowie die Inanspruchnahme weniger stark institutionalisierter Beteiligungsformen untersucht. In allen Fällen zeigt sich nicht nur die höhere Beteiligungseigung der Bessergestellten, sondern auch die positive Wirkung von gesellschaftlichem auf politisches Engagement.

Das achte Kapitel bestätigt zudem das »Gesetz zunehmender Disproportionalität«: Je wichtiger ein Amt ist, desto selektiver der Zugang (Putnam 1976: 33). Obwohl sich die Parteimitglieder schon überproportional aus höheren Einkommensgruppen rekrutieren, nimmt die Exklusivität bei der Kandidatenaufstellung und erfolgreichen Kandidaturen weiter zu, wodurch heute mehr als 90 Prozent der Bundestagsabgeordneten über ein abgeschlossenes Hochschulstudium verfügen. Ausschlaggebend für diese »Dominanz der Akademiker« (Biehl 2007) ist nicht allein die inhaltliche Qualifikation, sondern auch die Fähigkeit, den Wahlkampf privat zu finanzieren. Im Durchschnitt steuern Bundestagskandidaten mehrere tausend Euro bei, um der eigenen Kandidatur zum Erfolg zu verhelfen, was zumindest teilweise erklärt, warum bestimmte Berufsgruppen überrepräsentiert sind, was demokratietheoretisch problematisch ist, wenn die Einstellungen der Elite von denen der Bevölkerung abweichen.

Die letzten beiden empirischen Kapitel greifen die Frage auf, was getan werden kann. Seit zwei Jahrzehnten lassen sich in Deutschland Demokratiereformen beobachten, die den Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitspracherechte einräumen. Dies beginnt bei der Direktwahl der Bürgermeister, setzt sich bei Wahlrechtsreformen fort, die Kumulieren und Panaschieren ermöglichen, und endet bei der Ausweitung der direkten Demokratie. Diesen Reformen ist gemeinsam, dass sie die Stimme der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Parteien stärken sollen (auch wenn die Forschung zur Direktdemokratie Zweifel weckt, ob dies gelingt). Diese »Demokratisierung der Demokratie« wird überwiegend – auch vom Neorepublikanismus – positiv bewertet. Allerdings kann sie ungleichheitsverschärfend wirken, wenn ein kompliziertes Wahlrecht Beteiligungshemmend für weniger Interessierte wirkt oder den Anteil ungültiger Stimmen dort erhöht, wo ohnehin wenige wählen. Auch die Direktdemokratie kann in Konflikt zur politischen Gleichheit geraten, wenn Sachfragen von denjenigen

mit hoher Beteiligungsbereitschaft anders beurteilt werden als von denjenigen, für die das nicht gilt. Bei vielen Themen verlaufen die Konfliktlinien quer zur sozialen Schicht, aber wenn dies nicht der Fall ist, kann die direkte Demokratie zu einer Tyrannei jener Minderheit führen, die zur Partizipation bereit und fähig ist. Fallstudien zu Wahlrechtsreformen in Hamburg und Bremen sowie zum Hamburger Volksentscheid über die Schulreform und den Nichtraucherschutz in Bayern zeigen, wie mehr Beteiligungsmöglichkeiten zu weniger politischer Gleichheit führen können.

Schließlich diskutiert das zehnte Kapitel mit der Wahlpflicht eine besonders umstrittene Reform. Um deren Wirkung nachzuweisen, wird erneut auf alle 23 Länder zurückgegriffen. Zu den unstrittigen Befunden der Wahlforschung gehört, dass Länder mit (sanktionierter) Wahlpflicht eine deutlich höhere Wahlbeteiligung aufweisen als Länder, die darauf verzichten. Bei Wahlbeteiligungsraten von über 90 Prozent, die in Belgien, Luxemburg und Australien regelmäßig erreicht werden, fallen die sozialen Unterschiede in der Beteiligung gering aus. Allerdings lassen sich darüber hinaus kaum weitere positive Effekte einer Wahlpflicht feststellen: In Belgien oder Luxemburg sind weder das politische Interesse noch das Vertrauen in die Politik ausgeprägter als in anderen Ländern, und Demokratiezufriedenheit sowie die politische Beteiligung jenseits von Wahlen fallen in Wahlpflichtländern nicht höher aus. Aus normativer Sicht ist die Einführung einer gesetzlichen Wahlpflicht umstritten, weil sie ein Recht in eine Pflicht umwandelt und mit dem liberalen Freiheitsverständnis unvereinbar erscheint. Aus Sicht des Neorepublikanismus lassen sich Argumente für sie finden, die sich aus dem Auftrag der Demokratie ableiten, alle Interessen gleich zu berücksichtigen. Da politikwissenschaftliche Studien nachweisen, dass sich die Höhe der Wahlbeteiligung auf Politikergebnisse auswirkt, fördern institutionelle Reformen, mit denen die Anzahl der Nichtwählerinnen und Nichtwähler reduziert wird, das Ideal politischer Gleichheit.

Eine wesentliche Krisenerscheinung der Gegenwartsdemokratie besteht, so das Argument dieser Arbeit, im nachweisbaren Rückgang politischer Gleichheit. Während es für einen Teil der Bevölkerung neue Wege gibt, sich politisch zu engagieren und die eigenen Interessen zu artikulieren, nutzen andere selbst herkömmliche Beteiligungsformen immer weniger. Für die Demokratie besteht die Gefahr darin, dass die Politik sich an den Aktiven und Vernehmbaren orientiert, während die Passiven und Stillen übergangen werden. Auch wenn diese Konsequenz in diesem Buch nicht nachgewiesen wird – dies ist ein Anschlussprojekt –, werden jedoch zahlreiche Studien zitiert, die genau diese Verschiebung nahelegen. Von einer Krise der Demokratie kann auch deshalb gesprochen werden, weil die besonders verbreiteten Reformen nicht unbedingt geeignet sind, das zentrale Problem zu lösen, sondern im schlimmsten Fall politische Ungleich-

heit vergrößern. Wer jemals an einer Veranstaltung zum »Bürgerhaushalt« teilgenommen hat, weiß, dass hier kein Beteiligungsangebot für die Bewohner der häufig fern der Innenstadt gelegenen Nichtwählerhochburgen formuliert wird. Doch um über andere Reformoptionen nachdenken zu können, muss erst erkannt werden, worin das Problem liegt. Dazu möchte dieses Buch beitragen.

Kapitel 2

Wie viel Gleichheit benötigt die Demokratie?

In einem ersten Schritt kann das Verhältnis von Gleichheit und Demokratie mit folgendem Gedankenexperiment erhellt werden: Die Regierung eines demokratischen Landes beauftragt eine Expertenkommission, Vorschläge zu unterbreiten, wie auf die sinkende Wahlbeteiligung reagiert werden soll. Als Teil der Diagnose wird das in der Bevölkerung zu gering ausgeprägte Bewusstsein für den Wert der eigenen Stimme ausgemacht. Der Verzicht auf die Stimmabgabe scheint für viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler keinen Verlust darzustellen. Um an diesem Problem anzusetzen, schlägt die Kommission vor, dass jede Stimme einem Gegenwert von 25 Euro entsprechen soll. Wer nicht wählt, soll diese Summe als Strafe bezahlen, wie es in Wahlpflichtländern üblich ist. Allerdings, und damit weicht der Vorschlag von bestehenden Varianten ab, ist es möglich, das Stimmrecht an eine andere Person zu veräußern, die sich im Gegenzug verpflichtet, entweder zwei Stimmen abzugeben oder die Strafe zu übernehmen. Wie viel für eine Stimme bezahlt wird, hängt von der Knappheit der erwerbbaaren Stimmen ab. Dadurch entsteht ein Markt, der politisch besonders Interessierte durch Zukäufe in die Lage versetzt, mehr Einfluss auf das Wahlergebnis auszuüben, während Uninteressierte anderen Freizeitaktivitäten nachgehen können, ohne das Ergebnis zu »verunreinigen« (Brennan 2009).¹ Da die Stimme einen materiellen Gegenwert erhält, so hofft die Kommission, wird gleichzeitig das Bewusstsein geschärft, nicht leichtsinnig damit umzugehen.

Ein solch hypothetischer Stimmenmarkt wird den meisten Menschen intuitiv unvereinbar mit der Demokratie vorkommen, weil das Prinzip politischer Gleichheit verletzt wird. Der Handel mit Stimmen könnte dazu führen, dass insbesondere diejenigen mit wenig Geld bereit sind, ihr Stimmrecht abzugeben, wohingegen Wohlhabende sich politischen Einfluss erkaufen könnten. Das widerspricht jedoch dem Ziel der Demokratie, politische Gleichheit auch in Anbetracht faktischer Ungleichheiten zu verteidigen. Manche Transaktionen müssen

¹ Wem dies weit hergeholt erscheint, kann Abschnitt 10.3 konsultieren, der mehrere Zitate enthält, in denen es den schlecht Informierten nahegelegt wird, nicht zu wählen, um die Qualität der Demokratie zu verbessern.

verhindert werden, selbst wenn es einen Markt für sie gäbe, weil ein ökonomischer Tausch den Wert des gehandelten Guts korrumpiert. Der Wert einer Stimme lässt sich nicht monetär ausdrücken, ohne den Sinn von Wahlen auszuhöhlen (Satz 2010: 102–103). Sandel (1998b: 118) geht einen Schritt weiter und argumentiert, dass die intuitive Ablehnung eines Markts für demokratische Rechte darauf verweist, wie unzulänglich Marktanalogien für das Verständnis von Politik sind. Bürgerinnen und Bürger als Konsumenten und Politik als nutzenmaximierenden Austausch zu begreifen, blende die deliberative Seite der Demokratie aus, bei der es nicht bloß um Aggregation bestehender Interessen, sondern auch um die kollektive Suche nach Problemlösungen und nach dem Gemeinwohl gehe (dazu unten mehr). Den Verkauf des eigenen Stimmrechts würden wir selbst dann ablehnen, wenn er freiwillig und ohne Not erfolgt, weil der Verkäufer ein Recht abtritt, das untrennbar mit seinem Status als Staatsbürger verknüpft ist. Wie die Staatsangehörigkeit, die nicht verkauft werden kann, unterscheidet sich auch das Recht zu wählen von anderen Rechten, weil es nicht bloß garantiert, ungehindert eigene Ziele verwirklichen zu können, sondern die Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft konstituiert (Lardy 2004: 308–313).

Das Unbehagen, das der Gedanke an einen Stimmenhandel auslöst, hängt auch damit zusammen, dass Demokratie und Markt unterschiedlichen Verteilungslogiken folgen (Streeck 2013: 91–92). Die Verteilungslogik der Demokratie ist egalitär – *one person, one vote* –, denn trotz fraglos bestehender Unterschiede im politischen Interesse und in der Bereitschaft, sich über politische Themen zu informieren, herrscht in modernen Demokratien die Prämisse, dass niemand ohne ausdrücklichen Auftrag für andere entscheiden kann, was am besten für sie ist, sondern jeder Bürger selbst beurteilen kann und muss, welche Entscheidungen den eigenen Bedürfnissen, Interessen und Werten entsprechen (Saward 1998: 32). Aufgrund dieser Annahme werden die Stimmen bei Wahlen gleich verteilt. Im Gegensatz zur Demokratie verteilt der Markt Güter auf der Basis individueller Leistungsfähigkeit, die sich an der Produktivität bemisst und damit Ungleichheit fördert (Streeck 2013: 91). In marktwirtschaftlichen Demokratien koexistiert die politische Gleichheitsnorm mit dem meritokratischen Prinzip, das soziale Ungleichheit hervorbringt. Dunn (2005: 124–125) erkennt deshalb eine unüberbrückbare Spannung zwischen der »Ordnung des Egoismus« und der »Ordnung der Gleichheit«.

Andere sind weniger pessimistisch, was das Zusammenspiel von Markt und Demokratie angeht. Markterzeugte Ungleichheiten sind normativ akzeptabel, argumentiert Walzer (1983: 298), solange sie sich nicht in unbegründete Vorteile in anderen Bereichen übersetzen. Geld darf in demokratischen Gesellschaften nicht in politischen Einfluss umgemünzt werden, sonst wird die Gerechtig-

keitsnorm der »Sphärentrennung« verletzt. Genau das geschähe jedoch, wenn Stimmrechte gekauft werden können. Wenn jedoch der Handel mit Stimmen unvereinbar mit politischer Gleichheit ist, sollte in der Demokratie auch gelten, dass niemand so arm sein darf, dass materielle Not ihn von politischer Teilhabe ausschließt. Selbst bei vollständiger rechtlicher Gleichstellung wird das Prinzip politischer Gleichheit verletzt, wenn bestimmte Gruppen nicht in der Lage sind, diese Rechte auszuüben, denn auch hier würde ökonomische Ungleichheit die politische Gleichheitsnorm verletzen.

In diesem Kapitel wird ein neorepublikanisches Demokratiemodell skizziert, das auf einem umfassenden Verständnis politischer Gleichheit beruht und politische Partizipation als eine Voraussetzung von individueller Freiheit versteht. Nur wer sich in öffentliche Angelegenheiten einmischt, kann sich gegen Fremdherrschaft wehren und dadurch selbstbestimmt leben. Ein derart emphatischer Politikbegriff hat den Republikanismus seit jeher dem Verdacht ausgesetzt, Anforderungen an die Bürgerinnen und Bürger zu stellen, denen in liberalen Gesellschaften nicht entsprochen werden kann. Doch jakobinischer Eifer ist dem modernen – häufig in Abgrenzung zu früheren Varianten mit dem Adjektiv »liberal« versehenen – Republikanismus fremd. Ihm geht es weniger um eine umfassende Tugenderziehung als vielmehr um das Ziel, politische Apathie dort zu bekämpfen, wo sie das Ergebnis sozialer Exklusion ist. In der Demokratie müsse gewährleistet sein, dass alle Interessen die gleiche Chance haben, berücksichtigt zu werden – und um diese Chancengleichheit zu einer Realität werden zu lassen, seien Maßnahmen notwendig, die über das hinausgingen, was selbst die demokratischsten Länder bislang umgesetzt hätten (Dahl 1989: 115).

Die Ursprünge der modernen Wiederaneignung des Republikanismus liegen in der Ideengeschichte. Vor allem Historiker der Cambridge School haben eine revisionistische Lesart der amerikanischen Gründungsgeschichte vorgeschlagen, die nicht einseitig auf die liberalen englischen Vordenker Locke und Hobbes verweist, sondern stattdessen eine Traditionslinie von der italienischen Renaissance zur amerikanischen Revolution zeichnet (Pocock 1975), die durch einen eigenen, vom Liberalismus abweichenden Freiheitsbegriff geprägt ist (Skinner 1991).² Anschließend griffen Rechtswissenschaftler einige Elemente des Republikanismus in ihrer Kritik der Rechtsprechung des Supreme Court auf, dem sie ein verengtes Verständnis von Freiheit vorwarfen (Sunstein 1988; Michelman 1988). Auch in der Politischen Theorie erlebte der Republikanismus eine Renaissance, die insbesondere mit den Arbeiten von Barber (2003), Pettit (1999) und Sandel (1996) verbunden ist. Trotz aller Unterschiede im Detail ist den genannten Autoren gemeinsam, dass sie sich von einem Politikverständnis ab-

2 Siehe Rodgers (1992) zum Aufstieg des Republikanismus in der Geschichtswissenschaft.

grenzen, das Interessen als gegeben, schwer veränderlich und antagonistisch begreift und Staatsbürger als isolierte Einzelne charakterisiert, die kalkulieren, welchen Vorteil ihnen politisches Engagement bietet, wobei sie privaten stets Vorrang vor öffentlichen Anliegen einräumen. Empirisch ist alles dies zwar zu beobachten, doch für moderne Republikaner offenbart sich darin – und hier greifen sie einen klassischen republikanischen Begriff auf – eine »korruptierte« Form der Demokratie. Statt der »mageren Demokratie« (Barber 2003: 4) durch Marktanalogien und *Rational Choice* höhere Weihen zu verleihen, kämpft der Neorepublikanismus darum, aus einer verschütteten Tradition politischen Denkens ein reichhaltigeres, aber dennoch modernes Ideal der Demokratie zu konstruieren, das mit dem Pluralismus heutiger Gesellschaften vereinbar ist (Llanque 2003: 11). Dennoch ist es nicht unumstritten, auf republikanische Traditionslinien zurückzugreifen, finden sich darunter doch elitäre und undemokratische Stränge. Die Wiederaneignung des Republikanismus erfolgt daher selektiv, was in der Ideengeschichte zu anhaltenden Kontroversen über die richtige Lesart der kanonischen Texte geführt hat. Die Vorgehensweise in diesem Buch ist dagegen pragmatisch. Im Folgenden wird nicht versucht, ideengeschichtlich abzuleiten, worin der Wesenskern eines republikanischen Demokratieverständnisses besteht (siehe dazu Skinner 1998; Pettit 1999). Stattdessen zeige ich anhand von zentralen Begriffen, wie sich der Neorepublikanismus von anderen Konzepten unterscheidet, um so den aktuellen Kern dieser Demokratievariante herauszuarbeiten.

2.1 Freiheit und Gleichheit aus liberaler und republikanischer Sicht

Wie viel soziale Gleichheit die Demokratie benötigt, damit politische Gleichheit möglich wird, hängt nicht zuletzt vom zugrunde gelegten Freiheitsbegriff ab. Ein liberales Freiheitsverständnis, in dem es um die geringstmögliche Eingrenzung individueller Handlungsoptionen geht, wird seit einigen Jahren durch den Neorepublikanismus kritisiert. Versteht man Freiheit nicht als Nichteinmischung, sondern vielmehr als Schutz vor Beherrschung oder gar als Selbstverwirklichung, wird ein anderes Maß an politischer Gleichheit notwendig: Nicht allein rechtliche Gleichheit, sondern die annähernd gleiche Ausübung dieser Rechte garantiert individuelle Freiheit. Aus neorepublikanischer Perspektive, so wird im Folgenden argumentiert, stellt daher die zunehmend ungleiche Partizipation sozialer Gruppen einen Qualitätsverlust der Demokratie dar. Denn gleiche Teilhabe wird in einer Variante neorepublikanischen Denkens als instru-

mentell und in einer anderen als intrinsisch mit der Realisierung individueller Freiheit verbunden konzipiert.

2.1.1 Liberalismus und der Vorrang negativer Freiheit

In seiner Antrittsvorlesung in Oxford unterscheidet Isaiah Berlin zwischen »negativer« und »positiver« Freiheit, eine Unterscheidung, die auch die aktuelle Kontroverse zwischen Liberalismus und Neorepublikanismus prägt. Negative Freiheit bezeichnet die Abwesenheit von Eingriffen anderer in das eigene Tun oder allgemeiner die Abwesenheit von Zwang: »Freisein in diesem Sinne bedeutet für mich, daß ich von anderen nicht behelligt oder gestört werde. Je größer der Bereich der Ungestörtheit, desto größer ist meine Freiheit« (Berlin 2006: 203). Ahnherren dieses Freiheitsverständnisses sind die Klassiker des liberalen Denkens. Für Hobbes wird Freiheit durch die »Abwesenheit aller äußeren Hindernisse« (Hobbes [1651]1970: 118) charakterisiert, und frei ist, »welcher durch nichts gehindert wird, das zu tun, wozu er Geschicklichkeit und Kräfte besitzt« (Hobbes [1651]1970: 188). Während Hobbes' zentrales Anliegen im *Leviathan* im Nachweis liegt, dass diese Freiheit mit der Unterwerfung unter einen absoluten Herrscher vereinbar ist (Skinner 2008b), sieht Locke die Regierung verpflichtet, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Die Aufgabe des Staates liegt für ihn im Schutz des Eigentums – worunter er Leben, Freiheit und Besitz versteht (Locke [1689]2007: 36–37). Negative Freiheit verlangt vorrangig den Schutz individueller Rechte, weshalb für Berlin kein »notwendiger Zusammenhang« zwischen ihr und der Demokratie oder gar politischer Beteiligung besteht (Berlin 2006: 210).³ Während auch ein autokratisches Regime individuelle Freiheiten sichern könne, engten demokratische Entscheidungen diese häufig ein (Hayek [1971]2005: 132).

Gleiche Rechte, die dem Individuum einen möglichst großen Entfaltungsspielraum lassen, gewährleisten Freiheit am besten. Mehr als die »Gleichheit der allgemeinen Gesetzes- und Verhaltensregeln« anzustreben, um etwa soziale Ungleichheit einzudämmen, gefährde die Freiheit, weil unzulässig weit in das Leben der Bürgerinnen und Bürger eingegriffen würde (Hayek [1971]2005: 110; Vanberg 2008: 139).⁴ Für die Demokratie bedeutet dies, dass ausschließ-

3 So auch Larmore (1990: 359, Fn. 15): »Liberalism and democracy are separate values whose relation, it seems to me, consists largely in democratic self-government being the best means for protecting the principles of a liberal political order.«

4 An anderer Stelle fordert Hayek (1978: 30) deshalb die Begrenzung der Demokratie: »Die Demokratie kann sich nur als beschränkte Demokratie erhalten. Eine unbeschränkte Demokratie zerstört sich notwendig selbst, und die einzige Beschränkung, die mit Demokratie vereinbar ist, ist die Beschränkung aller Zwangsgewalt auf die Durchsetzung allgemeiner, für alle gleichen

lich die formale politische Gleichheit der Staatsbürger gewahrt werden muss, um allen die Möglichkeit zu eröffnen, sich zu beteiligen. Ob und in welchem Ausmaß sie das tatsächlich tun, hängt jedoch vom individuellen Kalkül ab, das den erwarteten Nutzen gegen die Kosten abwägt. Da nicht nur das politische Interesse, sondern auch das Streben nach Einfluss ungleich verteilt ist, fällt auch die Bereitschaft zur politischen Partizipation ungleich aus, ohne dass daraus ein demokratietheoretisches Problem erwächst. Das verbürgte Recht, sich beteiligen zu können, enthält aus liberaler Sicht das inverse Recht, sich nicht beteiligen zu müssen (Katz 1997: 244). Politischer Partizipation wird kein höherer Stellenwert zugemessen als anderen Freizeitaktivitäten, die ebenfalls nicht von allen geschätzt und deshalb nur von manchen ausgeübt werden:

One does not do morally better to vote than, say, to spend the time playing golf instead. That is not to maintain that individuals have no reason to vote. Some do, some don't. The same is true for golfing: if voting/golfing affords one enjoyment or otherwise contributes to leading one's preferred mode of life, then one has reason to vote/play golf; otherwise one does not. (Lomasky/Brennan 2000: 63)

Negative Freiheit meint auch die Freiheit, sich weder für Politik interessieren noch engagieren zu müssen. Im Gegensatz dazu ist positive Freiheit, so erklärt Berlin, auf politische Beteiligung angewiesen, wird sie doch als »Antwort auf die Frage ›Von wem soll ich regiert werden?‹« verstanden (Berlin 2006: 210). Individuelle Freiheit wird in dieser Konzeption erst durch das Mitwirken an kollektiver Selbstbestimmung wirksam, insofern liegt im Gegensatz zum passiven liberalen ein aktiver Freiheitsbegriff vor. Berlin erkennt den Wert positiver Freiheit an, sie ist für ihn nicht nur als Mittel, andere Ziele zu erreichen »ein gültiges Ziel«, sondern »ein elementares Bedürfnis« und »aus sich heraus wertvoll« (2006: 49–50). Dennoch verteidigt er den Vorrang negativer Freiheit, weil diese im Gegensatz zur positiven Freiheit »im Laufe der Geschichte [...] nicht so oft und wirkungsvoll metaphysisch verdunkelt und in ihr Gegenteil verkehrt« wurde (Berlin 2006: 50). Positiver Freiheit wohne die Gefahr inne, anderen einen bestimmten Lebensstil vorschreiben zu wollen und diesen notfalls autoritär durchzusetzen.

Regeln. Das bedeutet aber, dass alle Eingriffe in den Markt zur Korrektur der Einkommensverteilung unmöglich werden. Alles, was eine solche Regierung tun kann, ist, außerhalb des Marktes Aushilfe für jene zu bieten, die im Markte fehlschlagen.«

2.1.2 Neorömischer und neoathenischer Republikanismus

Das gerade skizzierte liberale Freiheitsverständnis wird seit einigen Jahren durch den Neorepublikanismus herausgefordert (Scharpf 2013: 569–577). Dabei lohnt es sich, zwei Strömungen zu unterscheiden, die das Verhältnis von Freiheit und Partizipation unterschiedlich charakterisieren und für die in der Literatur unterschiedliche Begriffe verwendet werden.⁵ Die erste Strömung ist der *neorömische Republikanismus* – zentrale Autoren sind Quentin Skinner und Philip Pettit –, der politische Partizipation als instrumentell mit Freiheit verknüpft begreift, nämlich als eines von mehreren Mitteln, Beherrschung oder Fremdherrschaft (*domination*) abzuwehren. Im Gegensatz dazu entwickelt der *neoathenische Republikanismus* ein aristotelisches Politikverständnis, das politischer Beteiligung, wie in Berlins Verständnis von positiver Freiheit, einen intrinsischen Wert zuspricht. In jüngerer Zeit stehen Hanna Pitkin, Benjamin Barber, Charles Taylor und Michael Sandel für diese Perspektive. Die Unterscheidung von römischer und athenischer Variante geht auf zwei unterschiedliche Freiheitsverständnisse der Antike zurück. In Rom bedeutete Freiheit für das Volk, so zeigt Raaflaub (1984), vor allem den Schutz vor willkürlicher Herrschaft durch die Aristokratie. Nicht Beteiligung, sondern die Herrschaft der Gesetze sicherte dort die Freiheit. In Athen war dagegen die aktive Beteiligung aller Bürger an der Politik gleichbedeutend mit Freiheit. Frei war nur, im Gegensatz zu Sklaven, Metöken oder Frauen, wer über die Anliegen des Gemeinwesens mitentschied. Trotz dieser Unterschiede beharren beide Varianten des Neorepublikanismus im Gegensatz zum Liberalismus darauf, dass individuelle Freiheit gefährdet ist, wenn Beteiligungsrechte ungleich in Anspruch genommen werden – Partizipationsverzicht und die Abkehr von der Politik sind für Republikaner nicht reine Privatsache.

Ausgangspunkt des neorömischen Republikanismus ist das Argument, dass es neben positivem und negativem einen dritten Freiheitsbegriff gibt, der historisch dem Liberalismus vorausgeht: Freiheit als die Abwesenheit von Beherrschung oder Fremdherrschaft (*freedom as non-domination*). Wie diese Formulierung zeigt, wird Freiheit auch im neorömischen Republikanismus negativ definiert,

5 Auch wenn es verschiedene Begriffspaare gibt, drehen sie sich doch im Kern um dieselbe Unterscheidung: So trennt Forst (2007: 206) den »ethischen Republikanismus«, der aristotelisch eine Version des guten Lebens entwirft, von nicht ethisch geprägten Varianten, die sich gegenüber individuellen Lebenswürfen neutral verhalten, solange die Freiheit anderer durch sie nicht beeinträchtigt wird. Rawls (2003: 303–305) unterscheidet mit gleicher Intention zwischen »bürgerlichem Humanismus« und »klassischem Republikanismus«; Niesen (2001) zwischen »Zivilrepublikanismus« und »Kantischem Republikanismus«; Held (2006) zwischen »developmental« und »protective republicanism« und Weithman (2004) zwischen »perfectionist« und »political republicanism«.

jedoch als Nichtbeherrschung statt als Nichteinmischung. Obwohl diese Verschiebung auf den ersten Blick nicht gravierend erscheint, führt sie doch zu sehr unterschiedlichen Schlussfolgerungen in Bezug auf politische Beteiligung und Gleichheit. Nach Pettit und Skinner beharren Republikaner darauf, dass man ohne irgendeine tatsächliche Einmischung in eigene Handlungen unfrei ist, solange man von willkürlichen Entscheidungen anderer abhängt (Skinner 1998: 69–70, 84, 2008a: 89–90; Pettit 1999: 22–23). Gleichzeitig – und dies wird als entscheidender Unterschied zum Liberalismus gesehen – ist nicht jede Einmischung freiheitsbeschränkend (Skinner 1998: 84): Während Menschen selbst unter einem noch so wohlwollenden Diktator unfrei bleiben, weil der eigene Status und die verfügbaren Handlungsoptionen von dessen Verhalten abhängen, können die Gesetze einer wohlgeordneten Republik in Konflikt mit individuellen Plänen geraten, ohne dadurch die Freiheit einzugrenzen (Pettit 1999: 41). Mehr noch, manche Eingriffe sind geboten, um Machtunterschiede und Benachteiligungen auszugleichen, weil nur so Subordination vermieden werden kann. Selbst weitgehende staatliche Eingriffe sind möglich, wenn sie durch legitime Verfahren begründet werden und die Interessen aller berücksichtigen (Pettit 1999: 288, 2012: 153).

In der Demokratie muss die Politik durch institutionelle Vorkehrungen auf das Gemeinwohl verpflichtet werden, das über den Partikularinteressen gesellschaftlicher Gruppen steht (Pettit 2000). Dies geschehe einerseits durch Machtteilung und -kontrolle, die durch Gewaltenteilung, Föderalismus und eine unabhängige Justiz zu erreichen sind. Andererseits seien Wahlen möglichst inklusiv zu gestalten, damit sie nicht selbst zum Instrument politischer Dominanz werden. Aus diesem Grund befürwortet Pettit eine gesetzliche Wahlpflicht, da ungleiche Beteiligung dazu führen könne, dass die Interessen der Nichtwähler nicht beachtet werden und Partikularinteressen über das Gemeinwohl triumphieren (Pettit 2000: 135). Individuelle Freiheit – die Abwesenheit von willkürlicher Herrschaft – verlange mehr als formale Gleichheit (Skinner 1998: 79):

Political equality, in republican terms, is understood as a requirement that all individuals and groups have access to the political process; large disparities in political influence are disfavored. (Sunstein 1988: 1552)

Während politische Beteiligung zwar als ein Instrument zur Freiheitswahrung gesehen wird, fürchtet insbesondere Pettit gleichzeitig, dass ein zu großer Handlungsspielraum der Regierung freiheitsbeschränkend wirken kann, weil die Tyrannei der Mehrheit begünstigt wird. Deshalb fordert er, die Demokratie in für Populismus anfälligen Bereichen zu entpolitisieren. Wie die Geldpolitik sollen auch andere Entscheidungen – etwa Wahlrechtsreformen oder die Gestaltung des Strafvollzugs – auf nicht gewählte Gremien übertragen werden. Nur so ist

aus seiner Sicht eine aufs Gemeinwohl zielende Deliberation möglich, die der Versuchung entzogen ist, um des Stimmengewinns Willen Themen zu skandalisieren und an Emotionen zu appellieren (Pettit 2004: 54–56). Das Spannungsverhältnis von Deliberation und Partizipation löst er zugunsten ersterer auf, um so rationale – für Pettit: am Gemeinwohl orientierte – Ergebnisse zu fördern. Dieser Hang, eine höhere Rationalität in Expertengremien zu verorten, die der politischen Partizipation entzogen sind, hat ihm den Vorwurf eingebracht, einen elitären und partizipationsfeindlichen Republikanismus zu vertreten (Maddox 2002: 430; McCormick 2011: Kapitel 6), der den Bürgern misstraut, politische Partizipation auf die Teilnahme an Wahlen reduziert und damit kaum vom Liberalismus zu unterscheiden sei (Patten 1996; Urbinati 2012: 617). Untermauert wird dieser Vorwurf dadurch, dass Pettit (1999: 30) keine »definitorische«, sondern eine instrumentelle Verbindung zwischen demokratischer Beteiligung und individueller Freiheit sieht.

Anders stellt sich das Verhältnis von politischer Beteiligung und Freiheit im neoathenischen Republikanismus dar. Aus dieser Perspektive ist politisches Engagement nicht nur instrumentell mit Freiheit verbunden, sondern für sie konstitutiv. Politisches Handeln ist nicht eine von vielen prinzipiell gleichwertigen Aktivitäten, sondern eine herausgehoben wichtige. Durch die Verständigung mit anderen auf nur gemeinsam erreichbare Ziele werde ein höheres Maß an individueller Freiheit möglich, weil Regeln und Normen nicht von außen vorgegeben werden, sondern durch das eigene Handeln entstehen (Taylor 1985: 208). Deshalb habe politische Partizipation einen höheren Wert als etwa Golfspielen. Nur wer partizipiere, entwickle sich zur vollständigen Persönlichkeit und könne somit wahrhaft frei sein (Richter 2012: 176):

I cannot fully discover who I am, learn public judgment, in exclusively private relationships. And I am not yet fully taking charge of my life and of what I am doing, until I join with my fellow-citizens in political action. (Pitkin 1981: 394)⁶

Diese Position wird prominent von Sandel (1996) vertreten, der in *Democracy's Discontents* seine frühere Kritik am Liberalismus weiterentwickelt. Schon in der Debatte zwischen Kommunitaristen und Liberalen in den Achtzigerjahren stand die Frage im Zentrum, ob das Rechte gegenüber dem Guten Vorrang beanspruchen kann und soll. Nach Sandel hat sich in der politischen Praxis der USA die liberale Position durchgesetzt, worin er eine Ursache für das von ihm diagnosti-

6 Siehe auch Habermas (1967: 15): »Demokratie arbeitet an der Selbstbestimmung der Menschheit, und erst wenn diese wirklich ist, ist jene wahr« und Taylor (1991: 148) »[W]e cannot do what we really want, or follow our real will, outside of a society of a certain canonical form, incorporating true self-government. It follows that we can only be free in such a society, and that being free is governing ourselves collectively according to this canonical form.«

zierte Unbehagen an der Demokratie erkennt. In der »verfahrensrechtlichen Republik« (1984) würden Partizipationswünsche frustriert, weil der Staat auf Neutralität gegenüber jenen Fragen des guten Lebens verpflichtet werde, die zwar besonders umstritten seien, aber gerade dadurch zur Beteiligung motivierten. Alle Versuche, sich in öffentlicher Debatte darüber zu verständigen, wie etwa die Abtreibungs-, Einwanderungs- oder Steuerpolitik zu gestalten sind, seien zum Scheitern verurteilt, wenn jede Haltung zu diesen Fragen als vordiskursiv gegeben, privat und damit gleichermaßen legitim erscheine. Politik kann für Liberale, so die republikanische Kritik, nichts anderes als der Kampf zwischen unabänderlichen und häufig unversöhnlichen Interessen sein, weil schon der Versuch als intrusiv gelte, sein Gegenüber zu überzeugen (Barber 2003: 20). Im Gegensatz dazu besteht aus republikanischer Sicht der Sinn von Demokratie darin, mögliche Gemeinsamkeiten auszuloten und eigene Überzeugungen durch Diskussionen zu revidieren (Sunstein 1988: 1545; Pettit 1999: 187–188).⁷

Die Schwäche eines interessezentrierten Liberalismus besteht aus dieser Perspektive darin, nicht erklären zu können, warum sich Menschen politisch beteiligen (sollten). Das Recht auf Nichtbeteiligung fördert den Rückzug ins Private und untergräbt die für die Demokratie notwendige Solidarität der Bürgerinnen und Bürger.⁸ Die Analogie von Märkten und Demokratie greift aus Sicht des Republikanismus zu kurz, weil sich die Handlungen rational-eigenmotivierter Akteure nicht hinter deren Rücken zu einer höheren Rationalität verbinden. Wie Downs' (1968: 262) Analysen zeigen, ist die Demokratie allein durch Kosten-Nutzen-Abwägungen nicht zu erhalten, weil der Einfluss einer einzelnen Stimme so gering ist, dass kein rationaler Mensch wählen würde, wenn nicht ein Mindestmaß an Bürgersinn bestünde. Freiheit bedeutet deshalb aus Sandels Sicht, Teil einer politischen Gemeinschaft zu sein und aktiv an deren Gestaltung mitzuwirken:

On the republican view, liberty is understood as a consequence of self-government. I am free insofar as I am a member of a political community that controls its own fate, and a participant in the decisions that govern its affairs. To put it another way, the republican sees liberty as internally connected to self-government and the civic virtues that sustain it. Republican freedom

7 So auch Barbers Demokratieverständnis: »Strong democracy in the participatory mode resolves conflict in the absence of an independent ground through a participatory process of ongoing, proximate self-legislation and the creation of a political community capable of transforming dependent private individuals into free citizens and partial and private interests into public goods« (Barber 2003: 150; Hervorh. entfernt).

8 »Contemporary liberalism, especially in its so-called libertarian form, is in danger of sweeping the public arena bare of any concepts save those of self-interest and individual rights« (Skinner 1991: 308).

requires a certain form of public life, which depends in turn on the cultivation of civic virtue. (Sandel 1996: 25–26)

Die Pointe des neoathenischen Republikanismus besteht in dem Argument, dass die notwendigen Bürgertugenden durch politische Partizipation kultiviert und bestärkt werden (Young 1990: 92):

The strong version of republicanism, going back to Aristotle, finds the intrinsic value of political participation in a certain vision of human flourishing. Sharing in the governance of a political community that controls its own fate calls forth distinctive human capacities – for judgment, deliberation, and action – that would otherwise lie dormant. (Sandel 1998a: 325)

Dieses emphatische Politikverständnis, das politische Beteiligung als (höchste) Lebensform sieht, macht den neoathenischen Republikanismus zum Feindbild liberaler Autoren (Brennan/Lomasky 2006), wird aber auch von Verfechtern der neorömischen Spielart abgelehnt (Lovett/Pettit 2009: 12). Doch unabhängig davon, ob politische Partizipation instrumentell oder intrinsisch begründet wird, erkennen beide Varianten des neuen Republikanismus in ungleicher Beteiligung eine Gefährdung individueller Freiheit.

2.2 Formale Gleichheit und Repräsentation

Die Kritik an einem liberalen Demokratieverständnis, das Freiheit als Nicht-einmischung und Gleichheit formal-prozedural definiert, wird aus anderem Blickwinkel von feministischen Autorinnen geteilt, die sich für das Prinzip der »Gruppenrepräsentation« aussprechen. »Reine Verfahrensgerechtigkeit«, die jedes Resultat eines fairen Verfahrens als gerecht betrachtet (Rawls 1979: 107), greife zu kurz, weil sie blind für unterschiedliche Erfolgsaussichten sozialer Gruppen sei (Williams 1998: 4, 60). Ungleiche Gruppen formal gleich zu behandeln, werde den verschiedenen Bedürfnissen nicht gerecht, die aus früherer und aktueller Benachteiligung entstehen. Rechtliche Gleichheit allein, so bemängeln Kritiker, sei eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine ausgewogene Zusammensetzung von Parlamenten (Phillips 1995: 66). Denn noch Jahrzehnte nach der Ausweitung des Wahlrechts seien in den USA Frauen, Afroamerikaner und andere ethnische Minderheiten in Parlamenten und Regierungsämtern unterrepräsentiert.⁹

⁹ In keinem der 23 in dieser Arbeit untersuchten demokratischen Länder stellen Frauen die Hälfte der Parlamentsabgeordneten, obwohl sich die skandinavischen Länder inzwischen der 50-Prozent-Marke annähern. Diese Informationen sind Armingeon et al. (2010) entnommen.

Nach dem gängigen Verständnis von Repräsentation lässt sich jedoch aus der numerischen Stärke unterschiedlicher Gruppen nicht auf die Qualität der Repräsentation schließen, denn Abgeordnete müssen die Bevölkerung nicht spiegelbildlich abbilden, um sie vertreten zu können. Wie Pitkin (1967: 209–210) darlegt, führt die Vorstellung in die Irre, Parlamente müssten ein Mikrokosmos der Gesellschaft sein. Repräsentation besteht nach ihrer Auffassung in einem Kommunikationsverhältnis zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, das ersteren Raum lässt, nach eigenem Gewissen zu entscheiden, sie aber gleichzeitig darauf verpflichtet, ihre Position zu erläutern.¹⁰ Nicht, wer repräsentiert, ist aus dieser Sicht entscheidend, sondern vielmehr, wie dies geschieht, da ohnehin unklar ist, woran sich Ähnlichkeit zwischen den Abgeordneten und der Bevölkerung bemisst. Für Wählerinnen und Wähler zähle, dass ihre Interessen vertreten werden, ganz gleich, durch wen dies geschehe (siehe hierzu die Diskussion bei Griffiths/Wollheim 1960). Aus dieser Sicht können Männer die Anliegen von Frauen und Reiche die Interessen der Armen vertreten, da sich Einstellungen und politische Positionen nicht direkt aus sozialen Merkmalen ableiten.

Obwohl Befürworter von Gruppenrepräsentation die Einwände gegen eine perfekte spiegelbildliche Abbildung der Bevölkerung im Parlament teilen, beharren sie dennoch darauf, dass es nicht gleichgültig ist, wie sich ein Parlament zusammensetzt. Wenn es mehr weibliche Abgeordnete gibt, steigt die Wahrscheinlichkeit, so die Annahme, dass Entscheidungen die Belange von Frauen besser berücksichtigen, selbst wenn die im Parlament vertretenen Frauen unterschiedlichen Parteien angehören. Dabei wird nicht unterstellt, dass das Geschlecht alle sonstigen Unterschiede in den Hintergrund drängt, sondern es wird lediglich eine höhere Wahrscheinlichkeit angenommen, dass Frauen in manchen Fragen ähnliche Positionen einnehmen. Falls dies zutrifft – und die empirische Forschung bestätigt, dass sich politische Entscheidungen mit dem Frauenanteil im Parlament ändern (Wängnerud 2009; Goerres/Tepe 2013) –, stellt sich die wichtige Frage, wer repräsentiert:

Many of the current arguments over democracy revolve around what we might call demands for political presence: demands for the equal representation of women with men; demands for a more even-handed balance between the different ethnic groups that make up each society; demands for the political inclusion of groups that have come to see themselves as marginalized or silenced or excluded. In this major reframing of the problems of democratic equality, the separation between »who« and »what« is to be represented, and the subordination of the first

10 Während also kein imperatives Mandat notwendig ist, um von Repräsentation zu sprechen, darf die Position der Volksvertreter dennoch nicht dauerhaft in zentralen Fragen von denen der Bevölkerung abweichen, ohne das zugrunde liegende Vertrauensverhältnis zu zerstören. »There need not be a constant activity of responding, but there must be a constant condition of responsiveness, of potential readiness to respond« (Pitkin 1967: 233).

to the second, is very much up for question. The politics of ideas is being challenged by an alternative politics of presence. (Phillips 1995: 5)

Wenngleich das »Wer« aus dieser Perspektive wichtig ist, wird dennoch keine exakte Repräsentation der gesamten Gesellschaft eingefordert. Das deskriptive Repräsentationsmodell teile mit dem liberalen die individualistische Prämisse, die Gruppenbelange übersieht. Nur bestimmte Gruppen haben aus feministischer Sicht ein Anrecht, durch ihresgleichen vertreten zu werden (Mansbridge 1999: 639). Bei Young (1990: 184) sind dies ganz allgemein alle benachteiligten oder »unterdrückten« Gruppen, zu denen sie unter anderem Frauen, Afroamerikaner, hispanische Einwanderer, Arbeiter, Homosexuelle und Behinderte zählt. Für Williams (1998: 177) muss aktuelle Benachteiligung mit einer Geschichte früherer Exklusion verbunden sein und ein Bewusstsein der Gruppenzugehörigkeit bestehen, was aus ihrer Sicht ebenfalls auf Frauen und Schwarze zutrifft, nicht aber auf die Arbeiterklasse in den USA. In jedem Einzelfall müsse ein möglicher Sonderstatus durch den Nachweis bestehender Nachteile begründet werden, wodurch nicht jedes denkbare Merkmal wie etwa die Haarfarbe oder ungewöhnliche Hobbys Grundlage für einen Anspruch auf Repräsentation sein könne (Phillips 1995: 46–47). Deutlichster Hinweis für die anhaltende politische Benachteiligung sozialer Gruppen sei ihre trotz rechtlicher Gleichstellung weiter bestehende numerische Unterrepräsentation in einflussreichen Positionen.

Um den Nachteilen eines liberalen Repräsentationsmodells zu begegnen, werden unterschiedliche Reformmaßnahmen vorgeschlagen. Sie reichen vom Übergang vom Mehrheits- zu einer Variante des Verhältniswahlrechts über Quotenregelungen in den Parteien, die eine Mindestanzahl weiblicher Kandidatinnen garantieren sollen, bis hin zu einem Vetorecht für benachteiligte Gruppen in Fragen, die sie in besonderer Weise betreffen. Die ersten beiden Vorschläge werden durch politikwissenschaftliche Forschungsergebnisse gestützt, denn sowohl das Verhältniswahlrecht als auch Quotenregelungen erhöhen den Frauenanteil unter den Abgeordneten (zum Beispiel Moser/Scheiner 2012: 232). In Schweden und Norwegen, die beide Merkmale kombinieren, gibt es unter den reichen Demokratien die meisten weiblichen Abgeordneten, während die USA am unteren Ende rangieren, weil es dort ein Mehrheitswahlrecht ohne parteiinterne Quoten gibt.¹¹ In Deutschland verharrte der Frauenanteil im Bundestag bis Mitte der Achtzigerjahre unter 10 Prozent, um in den beiden folgenden Jahrzehnten rasch auf gegenwärtig 36 Prozent anzusteigen, nachdem sich nach und nach alle Parteien auf parteiinterne Quoten bei der Kandidatenaufstellung

11 Die Informationen über Quotenregelungen sind dieser Webseite entnommen: <www.quotaproject.org> (14.6.2013).

verständlich haben. Bei Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei, die die strengsten Quotierungen aufweisen, übersteigt inzwischen der Frauenanteil den der Männer. In einer Mehrzahl der reichen Demokratien sind heute parteiinterne Quoten oder informelle Zielmarken üblich, wodurch sich eine stärker paritätische Repräsentation der Geschlechter entwickelt.

Die Forderung, die politische Teilhabe von benachteiligten Gruppen zu erleichtern und gegebenenfalls institutionell abzusichern, wird auch durch den modernen Republikanismus unterstützt. Obwohl Sunstein (1988: 1539) mögliche Nachteile diskutiert – insbesondere eine antagonistische Spaltung der Öffentlichkeit, die eine deliberative Suche nach Problemlösungen erschwert und dadurch gemeinschaftserodierend wirken kann –, spricht er sich dennoch für Gruppenrepräsentation aus, weil dadurch Belangen eine Stimme verliehen werde, die sonst überhört werden könnten (siehe auch Michelman 1988: 1495, 1529). Allerdings, und dies ist der entscheidende Unterschied zu Youngs Verteidigung einer »Politik der Differenz«, sei das Ziel nicht die Aufrechterhaltung und Verteidigung von Unterschieden, sondern die politische Inklusion vormals benachteiligter Gruppen.¹² *Affirmative action* oder parteiinterne Quoten werden im Republikanismus als temporäre Maßnahmen verstanden, die sich im Idealfall nach einiger Zeit als unnötig erweisen. Moderne Republikaner erkennen Unterschiede an, um den Dialog zu erweitern und ein inklusives Verständnis von Bürgerschaft zu ermöglichen (Dagger 1997: 177–180). Sie gehen damit in ihrem Anspruch, politische Rechte in gleiche Teilhabe zu übersetzen, weiter als liberale Autoren; aber wenn dieses Ziel erreicht ist, verteidigen Republikaner die Deliberation unter Gleichen, in der es keine Privilegien gibt, als Kern demokratischer Politik (Miller 1995: 444–446). Die Beteiligung benachteiligter Gruppen an der Deliberation ist geboten, weil sie sowohl deren Qualität als auch die Kommunikation zwischen Repräsentanten und Repräsentierten verbessern kann, was leichter gelingt, wenn geteilte Erfahrungen existieren (Mansbridge 1999: 629). Zwischen Pitkins dialogorientiertem Repräsentationskonzept und der Repräsentation von Gruppen besteht kein notwendiger Konflikt, sondern diese soll die Voraussetzung für jenes herstellen (Phillips 1995: 82–83).

12 Ward (1991) insistiert, dass jede Form von Gruppenrepräsentation grundlegend in Konflikt mit einem republikanischem Politikverständnis gerät.

2.3 Soziale Ungleichheit und der Wert der Freiheit

Die feministische Kritik am formalen Gleichheitsverständnis entzündet sich wie gezeigt daran, dass substanzielle politische Ungleichheit nicht verhindert wird. Damit schließen die oben diskutierten Autorinnen an eine Unterscheidung an, die Rawls (1979) in *Eine Theorie der Gerechtigkeit* trifft. Nachdem er seine zwei berühmten Gerechtigkeitsgrundsätze entwickelt hat – (1) alle Personen genießen die gleichen Freiheiten (Rechte) und (2) die am wenigsten Begünstigten müssen am meisten von sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten profitieren (Rawls 1979: 336) –, diskutiert Rawls in einem anderen Abschnitt, ob die in seinem Schema zulässige soziale Ungleichheit den ersten Grundsatz konterkarieren könnte. Denn obwohl die (formale) Freiheit für alle gleich ist, ist der »Wert der Freiheit [...] nicht für jedermann der gleiche«, weil manche »mehr Macht und Reichtum und daher mehr Möglichkeiten [haben], ihre Ziele zu erreichen« (Rawls 1979: 233). Auch wenn sich der Wert der Freiheit unterscheiden kann, resultiert für Rawls aus materieller Ungleichheit kein Gerechtigkeitsproblem, solange das Differenzprinzip verwirklicht sei, ziele es doch darauf, sozial Benachteiligte besserzustellen, als dies sonst der Fall wäre. Der zweite Gerechtigkeitsgrundsatz übernimmt bei ihm die Aufgabe, den Abstand zwischen formaler und tatsächlicher Gleichheit zu minimieren oder, anders gefasst, politische Gleichheit gegen soziale Ungleichheit zu immunisieren (Rawls 1979: 233).

Diese Argumentation wirft jedoch, wie Daniels (1975) zeigt, eine Reihe von Problemen auf. Es stellt sich zum einen das theoriearchitektonische Problem, warum unter dem Schleier der Unwissenheit nicht ein Verteilungsprinzip festgelegt wird, das den gleichen Wert der Freiheit statt nur gleiche Freiheiten für alle sichert. Weshalb sollten rationale Akteure zulassen, wenn sie sich moralisch gleichwertig anerkennen, dass manche Gruppen mehr politischen Einfluss haben, weil sie über größere materielle Ressourcen verfügen (Daniels 1975: 264)? Aber selbst wenn akzeptiert wird, dass das Differenzprinzip die bestmögliche Verteilung aus Sicht der Schlechtergestellten bietet, gibt es dennoch nicht an, wie viel Ungleichheit der »größtmögliche Vorteil« für die am wenigsten Begünstigten zulässt. Betrachtet man die Verteilung der verfügbaren Einkommen, ist relativ leicht abzuleiten, wann die am wenigsten Begünstigten bessergestellt werden: Wachsende Ungleichheit ist nicht nur zulässig, sondern auch gerecht, solange die unterste Einkommensgruppe ihre Position verbessert. Eine egalitäre, aber arme Gesellschaft ist aus dieser Sicht weniger gerecht als eine wohlhabende mit höherer Ungleichheit, wenn dort Arme über ein höheres Einkom-

men verfügen.¹³ Doch wird im zweiten Fall auch der Wert der Freiheit für die Armen maximiert? Das wäre nur der Fall, wenn die Partizipationsbereitschaft ausschließlich von individuell verfügbaren Ressourcen abhinge, nicht aber von deren Verteilung. Unter der Hand fließt hier eine, wie in Kapitel 4 gezeigt wird, umstrittene und empirisch anfechtbare Theorie politischer Beteiligung ein, die außer Acht lässt, dass politisches Handeln vor allem durch die *relative* Ressourcenausstattung geprägt wird.¹⁴

In einem Abschnitt von *Politischer Liberalismus*, in dem Rawls der Auffassung widerspricht, er vertrete ein formales Gleichheitsverständnis, wird die Argumentation erweitert, um auf Einwände gegen seine ursprüngliche Konzeption zu reagieren. Nun verweist Rawls auf den besonderen Stellenwert, den die Gerechtigkeitsgrundsätze politischen Rechten einräumen. So enthalte die Verteilungsregel für die Grundfreiheiten eine Garantie, die politische Gleichheit sichern soll:

Jede Person hat den gleichen Anspruch auf ein völlig adäquates System gleicher Grundrechte und Freiheiten, das mit demselben System für alle vereinbar ist, und innerhalb dieses Systems wird der faire Wert der gleichen politischen (und nur der politischen) Freiheiten garantiert. (Rawls 2003: 69)¹⁵

Mit dem Verweis auf den »fairen Wert« ist nicht bloß die formale Möglichkeit gemeint, politische Ämter zu übernehmen und Einfluss auszuüben, sondern eine annähernde Gleichverteilung der Wahrscheinlichkeit, dies tatsächlich tun zu können, falls der Wille dazu besteht. Politisch ungleiche Beteiligung, die aus sozialer Benachteiligung resultiert, gefährde das Ziel, eine gerechte Gesellschaft zu errichten, denn »solange der faire Wert dieser Freiheiten nicht annähernd bewahrt wird, ist es unwahrscheinlich, daß gerechte Rahmeninstitutionen eingerichtet oder aufrechterhalten werden« (Rawls 2003: 447). Zumindest mit Blick auf politische Rechte muss, so legen diese Passagen nahe, der Wert der Freiheit angeglichen werden. Doch damit wird die Trennung in Grundfreiheiten und Grundgüter verwischt, denn schon der erste Gerechtigkeitsgrundsatz enthält nun eine Verteilungsregel, die noch über das Differenzprinzip hinausgeht: Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind nur dann zulässig, wenn

13 Komplizierter wird es jedoch, wenn neben der Einkommensverteilung auch Arbeitsmarktchancen berücksichtigt werden. Wäre beispielsweise eine Lockerung des Kündigungsschutzes mit dem Differenzprinzip vereinbar, falls sie die Einkommensungleichheit zwar erhöhen, aber gleichzeitig die Beschäftigungschancen von Geringqualifizierten verbessern würde?

14 Dieser Einwand trifft auch auf das »Suffizienz«-Argument (Frankfurt 1987) zu, dass für Gerechtigkeitsfragen nicht entscheidend ist, wie viel andere haben, sondern ob man selbst genug eines wünschenswerten Guts hat.

15 Diese Formulierung findet sich bereits in *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, aber in der Diskussion des unterschiedlichen Werts der Freiheiten griff Rawls damals nicht darauf zurück.

sie den annähernd gleichen Wert politischer Freiheiten nicht beschädigen. Aufgrund der Vorrangregel greift das Differenzprinzip erst, wenn diese Bedingung erfüllt ist.

Wenn diese Lesart der Rawls'schen Argumente richtig ist, dann fällt der Unterschied zwischen seiner Position und der zuletzt von Pettit (2012: 107–110) in »On the People's Terms« formulierten gering aus, obwohl dieser selbst die Unterschiede betont. In seiner Ausarbeitung des neorepublikanischen Demokratiemodells beharrt Pettit darauf, dass ein einziger Grundsatz ausreicht, um die Bedingungen einer gerechten Gesellschaft zu benennen. Er lautet, dass jeder ein Anrecht darauf hat, frei von willkürlicher Herrschaft zu leben (*freedom as non-domination*). Diese Freiheit bezieht sich horizontal auf das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger untereinander und vertikal auf das von Bürgern und Staat (Pettit 2012: 77). Aus diesem Axiom folgt für ihn nicht nur ein Anspruch aller auf eine Mindestausstattung an Ressourcen, sondern auch, dass soziale Unterschiede nicht zu groß werden dürfen, damit die Bürgerinnen und Bürger als Gleiche und dadurch Freie am öffentlichen Leben teilnehmen können (siehe auch Bellamy 2011).¹⁶

Die Forderung, soziale Ungleichheiten einzugrenzen, so lässt sich verallgemeinern, folgt im Republikanismus unmittelbar aus dem Stellenwert politischer Gleichheit (Weithman 2004: 300). Diese wird durch zu große Einkommensunterschiede auf drei Arten untergraben. Erstens steigt mit den verfügbaren Ressourcen direkt oder indirekt der politische Einfluss. So ist beispielsweise die Organisationsfähigkeit von Interessengruppen von den verfügbaren Mitteln abhängig (Offe [1972] 2006: 33) und organisierte haben mehr Einflusschancen als nicht organisierte Gruppen. Daneben steigt die Abhängigkeit von Kandidaten und Parteien von Spenden in dem Maß, wie Wahlkämpfe teurer werden. Republikaner fürchten, dass dadurch eine Verzerrung des politischen Wettbewerbs eintritt, und befürworten restriktive Grenzen für politische Spenden und eine staatliche Wahlkampffinanzierung (Pettit 1999: 194; Sunstein 1988: 1577).

Große Ungleichheit hemmt, das ist der zweite Einwand, vor allem die Beteiligungsbereitschaft derjenigen, die relativ schlechtergestellt sind. Aus dieser Sicht ist es nicht allein das Niveau eigener Ressourcen, das über den Willen zum politischen Engagement entscheidet, sondern vielmehr der Vergleich mit dem, was andere haben. Die *Theorie relativer Machtressourcen*, die auf Pateman (1971) sowie auf Goodin und Dryzek (1980) zurückgeht, sieht die Nichtbeteili-

¹⁶ Hierin erkennt Pettit (2012: 108) einen zentralen Unterschied zu Rawls, den er jedoch aus meiner Sicht überbewertet: »Thus, for all that Rawls's first principle requires, the choices that are established as basic liberties need not be secured for all by public resourcing. There is a direct contrast with the republican approach.«

gung von ressourcenschwachen Gruppen als rational an, weil ihr die (zutreffende) Einschätzung zugrunde liege, sich nicht gegen Gruppen mit mehr Mitteln durchsetzen zu können, um an der eigenen Lage etwas ändern zu können (Offe 2013: 202). Je ungleicher die Ressourcenverteilung, desto niedriger fällt die Partizipationswahrscheinlichkeit der am wenigsten Begünstigten aus, selbst wenn diese im internationalen oder historischen Vergleich über eine gute Ressourcenausstattung verfügen. Da der Republikanismus darauf zielt, politisch aktive Bürgerinnen und Bürger aus allen Gesellschaftsschichten zu rekrutieren, wird eine Eindämmung von Einkommensdisparitäten befürwortet (Honohan 2002: 192). In der Formulierung von Richter (2012: 170): »Republikanische Inklusion beansprucht, die Wirkungsmächtigkeit ökonomischer Exklusionsstufen durch ein normatives Prinzip der ›Freiheit zur Politik‹ für alle Individuen und gesellschaftlichen Gruppen zu mindern.«

Schließlich leitet sich ein dritter Grund, soziale Ungleichheit zu bekämpfen, aus der republikanischen Forderung ab, nicht egoistisch, sondern gemeinwohlorientiert zu handeln (dazu unten mehr). Eine Voraussetzung dafür ist, sich als Teil einer politischen Gemeinschaft von Freien und Gleichen zu begreifen, in der ein Mindestmaß an Solidarität besteht. Dieses Zugehörigkeitsgefühl wird jedoch untergraben, wenn Reiche und Arme in getrennten Welten leben und kaum noch Alltagserfahrungen teilen:

The new inequality does not simply prevent the poor from sharing in the fruits of consumption and choosing their ends for themselves; it also leads rich and poor to live increasingly separate ways of life. [...] The children of the prosperous enroll in private schools, or relatively homogeneous suburban schools, leaving urban public schools to the poor. Public institutions cease to gather people together across class and race and instead become places for the poor, who have no alternative. As municipal services decline in urban areas, residents and businesses in upscale districts insulate themselves from these effects. They hire private garbage collectors, street cleaners, and private police protection unavailable to the city as a whole.

(Sandel 1998b: 119–121)

Dieser Prozess ist in den USA weiter vorangeschritten als in den europäischen Gesellschaften, aber die räumliche Segregation hat, wie in Kapitel 7 diskutiert wird, auch in Deutschland zugenommen, was sich nicht zuletzt in einem zwischen armen und wohlhabenden Stadtteilen deutlich abweichenden Wahlverhalten zeigt. Moderne Republikaner teilen daher Rousseaus ([1762]2011: 58) Diktum, wonach der Staat weder »Überreiche« noch »Bettler« dulden solle, da beide für das Gemeinwohl »verderblich« seien.

2.4 Wird Politik durch Märkte korrumpiert?

Dem Neorepublikanismus ist aufgrund seines Beharrens auf sozialer Gleichheit vorgeworfen worden, eine »postsozialistische« Vision zu enthalten, die im Gegensatz zum sozialistischen Ideal zwar nicht den Kapitalismus überwinden möchte, aber dennoch Märkte skeptisch beurteile. Während im Liberalismus der Markt als Verwirklichung von individueller Freiheit wahrgenommen werde, akzeptierten Republikaner ihn nur widerwillig (Gaus 2003). Diese Beobachtung, hier als Kritik vorgetragen, wird von Republikanern selbst als »größtenteils zutreffend« eingestuft (Dagger 2006: 157). Der erste Grund für eine skeptische Haltung gegenüber Märkten ist bereits angesprochen worden: Sie erzeugen soziale Ungleichheiten, die politische Gleichheit untergraben können. Doch daneben gibt es einen zweiten Grund, der nichts mit Verteilung zu tun hat, sondern unterschiedliche Verhaltensmodi auf Märkten und in anderen Formen sozialer Interaktion hervorhebt. Überträgt man auf Märkten goutierte Verhaltensformen etwa auf die Beziehung zwischen Patienten und Ärzten, Schülern und Lehrern oder Bürgern und Staat, wird die Eigenlogik dieser Beziehungen ausgehöhlt. Bürgerinnen und Bürger als Konsumenten, die politische Angebote nur danach beurteilen, ob sie ihnen (monetäre) Vorteile bringen, oder Politikerinnen und Politiker, die nicht öffentlichen Anliegen, sondern zuallererst der eigenen Karriere verpflichtet sind, entwerten aus dieser Sicht den Kern der Demokratie, sich unter breiter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in öffentlicher Diskussion auf politische Ziele zu verständigen (Shumer 1979: 9). Wenn Zweckrationalität handlungsleitend wird, wo kommunikative Rationalität herrschen sollte, und individuelles Kalkül an die Stelle von deliberativer Kompromissuche tritt, wird demokratische Politik korrumpiert (Dagger 2006: 158).

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, weshalb sich der Neorepublikanismus als Gegenentwurf zu ökonomischen Theorien der Demokratie begreift, in denen Politikerinnen und Politiker nicht durch Überzeugungen und Wählerinnen und Wähler nicht durch überpersönliche Ziele motiviert werden, sondern Stimmen und individueller Nutzen maximiert werden. Natürlich wird nicht bestritten, dass Politiker und Wähler sich teilweise so verhalten, doch die Demokratie darauf zu reduzieren, verkenne ihren Kern, denn der Glaube daran, dass sich Präferenzen durch öffentliche Diskussion transformieren lassen, eint alle Stränge des Neorepublikanismus (Barber 2003: 151; Sunstein 1988: 1545; Walzer 1983: 304). Das Marktmodell der Demokratie erscheint als negative Utopie, weil es Partizipation und Deliberation, Gemeinwohlorientierung und Solidarität verdränge, an deren Stelle das »nackte Interesse« trete. Aus republikanischer Sicht wird die Demokratie korrumpiert, wenn sie in einen Markt verwandelt

wird und Bürgerinnen und Bürger als Konsumenten begriffen werden. Diese Tendenz beschreibt auch Streeck (2012: 42):

Political communities are republics that cannot by their very nature be turned into markets, or not without depriving them of some of their central qualities. Unlike the highly flexible communities of choice that emerge in societies governed by advanced patterns of consumption, political communities are basically communities of fate. At their core, they ask their members not to insist on their separate individuality but to accept a collectively shared identity, integrating the former into the latter. Compared to market relations, political relations are therefore by necessity rigid and persistent; they emphasize, and must emphasize, strong ties of duty rather than weak ties of choice. They are obligatory rather than voluntary, dialogical rather than monological, demanding sacrifices in utility and effort; and they insist on loyalty – providing, in the terms of Albert Hirschman, opportunities for »voice«, while frowning upon »exit.«¹⁷

Im Neorepublikanismus wird die Eigenlogik demokratischer Politik verteidigt, auch wenn dies eine Idealisierung darstellt. Selbst wenn die empirische Beschreibung der tatsächlichen Funktionsweise der Demokratie nicht immer von der der »realistischen Demokratietheorie« abweicht, weigern sich die hier vorgestellten Autoren dennoch, darin nicht nur eine ernüchternde Bestandsaufnahme, sondern ein wünschenswertes Ideal zu erkennen.

2.5 Politische Tugenden

Benötigt eine demokratische Gesellschaft tugendhafte Bürgerinnen und Bürger? Diese Frage beschäftigt Liberale wie Republikaner, doch ihre Antworten setzen unterschiedliche Akzente. Klassischer Bezugspunkt dieser Diskussion ist Kants Schrift *Zum ewigen Frieden*, in der er an einer Stelle diskutiert, ob eine Republik nur von »Engeln« errichtet werden könne (Kant [1795]1984: 30), womit Kant tugendhafte Bürger meint. Doch er verneint dies, denn eine »gute Organisation« des Staates würde selbst Menschen, die nicht von sich aus »moralisch-gut« sind, dazu bringen, zumindest »gute Bürger« zu werden (Kant [1795]1984: 31). Mit den richtigen Institutionen fallen die Tugendanforderungen an die Bürgerinnen und Bürger gering aus und selbst ein »Volk von Teufeln« könne friedlich in einem wohlgeordneten Staat leben. In eine modernere Sprache übertragen sagt Kant, dass selbst instrumentell-rationale Akteure durch Institutionen

17 Siehe auch Barber (2003: 255): »Individuals taught to think as isolated participants in the market are unlikely to be able to think as common participants in the polity. Liberal democracy makes of this limitation a virtue by treating politics as an arena of market competition that is indistinguishable from economics [...].«

gezwungen werden können, sich gemeinwohlverträglich zu verhalten (Niesen 2001: 585). Damit ist eine klassische Denkfigur des Liberalismus identifiziert, der vor weitreichenden Tugendzumutungen zurückschreckt und lediglich verlangt, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht nur die Grenzen ihrer Freiheit dort sehen, wo die Freiheit anderer beschnitten wird, sondern sich auch gesetzestreu und tolerant gegenüber der Vielfalt moderner Lebensformen verhalten.

Selbst diese Minimalforderung zeigt schon: Der Unterschied zwischen Liberalismus und Republikanismus ist ein gradueller, der verdunkelt wird, wenn ein Volk von Teufeln dem der Engel gegenübergestellt wird. Insbesondere Galston (1988) beharrt darauf, dass auch der Liberalismus auf Bürgertugenden angewiesen ist. Als politische Tugenden identifiziert er neben den bisher genannten auch noch Mäßigung in den Ansprüchen an den Staat; Mut, wenn es gilt, die Freiheit zu verteidigen; sowie politische Urteilskraft, um die Leistungen der Regierenden einschätzen zu können. Doch obwohl er einen umfassenderen Tugendkatalog als der liberale Minimalismus skizziert, zieht Galston (1988: 1284) eine klare Trennlinie zum republikanischen Tugendverständnis, weil keine Verpflichtung zur politischen Partizipation besteht und private Anliegen Vorrang vor öffentlichen haben.¹⁸ Noch weiter bewegt sich Rawls auf ein republikanisches Verständnis politischer Tugenden zu, wenn er den Unterschied zwischen »klassischem Republikanismus« und »bürgerlichem Humanismus« diskutiert. Während er den letztgenannten ablehnt, weil er eine umfassende Lehre des guten Lebens beschreibe, stimmt er dem Kerngedanken des erstgenannten zu. Selbst eine »gute Organisation« des Staates, wie Kant sie einfordert, könne nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger bestimmte Qualitäten aufweisen:

[O]hne die breite demokratische politische Partizipation einer starken und informierten Bürgerschaft und ganz sicher bei einem allgemeinen Rückzug ins Privatleben [werden] selbst die am besten verfaßten politischen Institutionen in die Hände derer fallen, die nach Macht streben und ihren Willen mit Hilfe des Staatsapparates durchsetzen wollen. [...] Die Sicherung demokratischer Freiheiten verlangt die aktive Beteiligung von Bürgern, die die zur Aufrechterhaltung eines demokratischen Verfassungsstaates notwendigen Tugenden besitzen. [...] Nichts im klassischen Republikanismus [...] ist unvereinbar mit dem von mir vorgestellten politischen Liberalismus. (Rawls 2003: 304)¹⁹

Anders als Kant betrachten Autoren der republikanischen Tradition tugendhafte Bürgerinnen und Bürger als unentbehrliche Voraussetzung eines geordneten

18 Im Gegensatz dazu Walzer (1992: 184; Hervorh. entfernt): »Doch unsere Vorstellung dessen, was es heißt, ein guter Staatsbürger zu sein, läßt uns ja gerade fordern, daß Staatsbürger sich mit Politik beschäftigen sollten.«

19 Rawls nennt als Kronzeugen für diese Auffassung Tocqueville und Machiavelli, wobei vor allem der Autor der *Discorsi* den zentralen Referenzpunkt für den neorömischen Republikanismus bildet (siehe Skinner 1991).

Staatswesens, da Eliten wie auch Bürger korrumpierbar sind und die Republik dadurch stets vom Niedergang bedroht ist (Skinner 1991: 303). Wo sich selbst anspruchsvollere Liberalismusvarianten vom Republikanismus trennen, ist bei der Frage, ob politische Tugenden durch den Staat gefördert oder gar erzwungen werden sollten. Aus der zentralen Bedeutung aktiver politischer Beteiligung und der Bereitschaft, enge Eigeninteressen hinter sich zu lassen, leiten Republikaner ab, dass diese Tugenden kultiviert werden müssen und der Staat sich nicht neutral gegenüber Werten verhalten darf (Sandel 1996: 7): Wenn Tugend wichtig ist, »we may have to be coerced into virtue and thereby constrained into upholding a liberty which, left to ourselves, we would have undermined« (Skinner 1991: 295). Im Namen eines kollektiven Guts in die Lebensgestaltung der Einzelnen einzugreifen verletzt dagegen für Liberale individuelle Freiheiten. »Die Illiberalität, die bei allen Repräsentanten des Tugenddiskurses zu beobachten ist, hat hier ihre Wurzeln« (Münkler 1991: 391).

Die Vorbehalte des Liberalismus gegenüber »Tugendpolitik« ergeben sich aus der Trennung von Ethik und Moral oder dem Guten und dem Richtigen. Wesentliche Autoren des gegenwärtigen Liberalismus bestehen darauf, dass Fragen der Gerechtigkeit vom Pluralismus »vernünftiger umfassender Lehren« (Rawls 2003: 12) ausgehen müssen, der moderne Gesellschaften kennzeichnet. Diese Vielfalt der Lebensentwürfe lasse jeden Versuch scheitern, eine konsensfähige Version des guten Lebens zu finden. Statt sich mit der Frage zu befassen, wie man leben sollte, bestehe die Aufgabe darin, Gerechtigkeitsprinzipien zu artikulieren, denen Menschen mit ganz unterschiedlichen (ethischen) Wertvorstellungen zustimmen können. Rawls zentrales Ziel in *Politischer Liberalismus* ist es, Grundsätze der Gerechtigkeit zu entwerfen, die unabhängig von religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen akzeptiert werden können. Für diesen Strang des Liberalismus muss sich die Regierung neutral gegenüber Fragen des guten Lebens verhalten, sie darf nicht selbst zur Verfechterin umfassender Lehren werden (Dworkin 1978: 127; Larmore 1990: 341). Ob man sich politisch engagiert oder nicht, wird konsequenterweise als Frage individueller Vorlieben behandelt, in die sich der Staat nicht einmischen darf: »The properties of voting are much like those of bowling: worthwhile for those who fancy the activity, otherwise not« (Brennan/Lomasky 2006: 232). Politisches Engagement zu fördern oder die Teilnahme an Wahlen verbindlich zu regeln, erscheint aus dieser Perspektive so sinnvoll wie eine Bowling-Pflicht.

Für den Republikanismus offenbart die Gleichsetzung von politischer Partizipation mit Freizeitaktivitäten, die nicht öffentliche Angelegenheiten, sondern privates Amüsement betreffen, die ganze Misere des Liberalismus, wenn er nicht umfassende Doktrin sein möchte. Der entscheidende Unterschied ergibt sich aus den Konsequenzen der Aktivitäten: Wenn sich Golf- und Bowlspieler,

Opern- und Theaterliebhaber oder Autonarren und Philatelisten ungleich aus der Bevölkerung rekrutieren, entsteht kein Nachteil für diejenigen mit anderen Vorlieben. Doch wenn politische Nichtpartizipation stratifiziert erfolgt, drohen die Inaktiven dominiert und ihre Anliegen überhört zu werden. Nun folgt daraus nicht, politische Tätigkeiten hätten immer und unter allen Umständen Vorrang vor anderen Aktivitäten und jeder müsse sich jederzeit politisch engagieren. Doch es besteht die Forderung, »Freiheit zur Politik« herzustellen, sodass die Entscheidung für oder gegen Partizipation nicht das Ergebnis sozialer Exklusion und demotivierender Strukturen ist. Würde Nichtbeteiligung unabhängig von sozialen Merkmalen streuen oder allein auf Unterschiede im politischen Interesse zurückzuführen sein, gäbe sie kaum Anlass für korrigierende Eingriffe. Doch die Empirie, die in den folgenden Kapiteln präsentiert wird, widerspricht dieser Auffassung.

Aus der Bedeutung politischer Tugenden für den Republikanismus leiten sich Schlussfolgerungen ab, die von liberalen Prämissen ausgehend nicht ohne Weiteres erreichbar sind. Bereits im letzten Abschnitt wurde die Eindämmung von sozialer Ungleichheit als eine Kernforderung genannt. Daneben gibt es weitere Maßnahmen, die helfen sollen, politische Tugenden zu kultivieren. So befürwortet Barber (2003: 269–273, 298–300) Nachbarschaftsversammlungen sowie einen verpflichtenden Zivil- und Wehrdienst, um das Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesellschaft zu stärken; Pettit (2000: 135) und Dagger (1997: 145–151) unterstützen die Einführung einer Wahlpflicht, um Fremdherrschaft abzuwehren und Partizipationsnormen zu fördern; Sandel (1998b: 120–121) fordert eine Stärkung staatlicher Schulen, nicht nur damit Schüler unterschiedlicher Schichten und Hautfarben gemeinsam lernen können, sondern auch weil die Erfahrung von Vielfalt für die Demokratie wichtige Tugenden wie Toleranz, Respekt und Gemeinsinn lehrt; schließlich unterstützen Barber (2003: 305–306) und Dagger (2006: 162–163) Arbeitnehmermitbestimmung in Unternehmen, um übermäßige Ungleichheit zu verhindern und um Bürgerinnen und Bürgern zu ersparen, sich als von der Mitsprache ausgeschlossene Weisungsempfänger zu erfahren. Dies sind zum Teil weitreichende Maßnahmen, die aber in etablierten Demokratien angewandt werden oder wurden. Der moderne Republikanismus begrüßt Versuche, politische Tugenden zu fördern, doch autoritär ist er dabei nicht, da sein Freiheitsverständnis auch den Schutz vor unbegründetem – nicht durch demokratische Verfahren legitimiertem – staatlichem Zwang einschließt.

2.6 Fazit

Der moderne Republikanismus entwickelt eine eigenständige demokratietheoretische Position, die mehr als andere Konzepte darauf beharrt, politische Gleichheit zu verwirklichen, weil nur so Unfreiheit abgewehrt werden könne. Dabei wird in der neorömischen Variante die Demokratie als Instrument dargestellt, unlegitimierte Herrschaft abzuwenden. Die Abwesenheit von Dominanz soll durch gleiche Teilhabe verhindert werden. In der neoathenischen Variante sind dagegen politische Beteiligung und Freiheit konstitutiv verbunden, weil nur der aktive Bürger als frei angesehen wird. In besonders emphatischen Passagen beharren Vertreter dieser Position darauf, dass individuelle Selbstbestimmung nur für diejenigen möglich ist, die auch an der kollektiven Selbstbestimmung mitwirken. Für die Renaissance des Republikanismus ist zwar die Wiederaneignung von in Vergessenheit geratenen Traditionen kennzeichnend, aber die vorherrschende Haltung der Protagonisten ist nicht nostalgisch. Kein moderner Republikaner möchte die Errungenschaften des Rechtsstaats missen, und alle akzeptieren den Pluralismus moderner Gesellschaften, ohne sich eine Welt homogener Kleinstaaten zu wünschen. Dennoch beharren Neorepublikaner darauf, dass auch in pluralistischen Massengesellschaften eine gehaltvolle Form der Demokratie möglich ist. Der normative Standpunkt, den der Neorepublikanismus markiert, führt zu einer spezifischen Gegenwartsdiagnose, die die Krise der Demokratie im Verlust politischer Gleichheit verortet.

Obwohl häufig – auch in diesem Kapitel – die Unterschiede zum Liberalismus hervorgehoben werden, gibt es insbesondere zum neorömischen Republikanismus nennenswerte Überschneidungen, sodass mit John Rawls sogar der einflussreichste liberale Theoretiker der letzten Jahrzehnte als Republikaner bezeichnet wurde (De Francisco 2006). Wie oben diskutiert wurde, ist dies möglich, weil Rawls einen rein formalen Begriff politischer Gleichheit zurückweist und den »Wert der Freiheit« angleichen möchte. Auch aus republikanischer Sicht dürfen politische Rechte nicht so ungleich in Anspruch genommen werden, dass daraus Nachteile für die Nichtaktiven entstehen. Um jedoch vollständig beurteilen zu können, weshalb politische Partizipation für manche Gruppen sehr viel unwahrscheinlicher als für andere ist, müssen die zugrunde liegenden Ursachen besser verstanden werden.

Kapitel 3

Ungleichheit im Zeitalter wirtschaftlicher Liberalisierung

Alexis de Tocqueville (1959: 323) betrachtete den Überfluss an Land als »wichtigste[n] unter allen glücklichen Umständen«, die zusammengenommen die Demokratie in Amerika begünstigten. Das aus seiner Sicht der Demokratie innewohnende Streben nach materieller Gleichheit geriet in den Vereinigten Staaten, anders als in Europa, nicht in Konflikt mit den Besitzverhältnissen, weil Verteilungskonflikte durch die Wanderung nach Westen vermieden werden konnten (Tocqueville 1959: 325–327). Doch mit der Besiedlung des ganzen Landes und der Industrialisierung verschwanden diese glücklichen Umstände (Dahl 1985: 50, 71–72). Erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden in den westlichen Staaten erneut Bedingungen, die die Spannung zwischen politischer Gleichheit und sozialer Ungleichheit abfederten. Das hohe Wirtschaftswachstum der Nachkriegsjahrzehnte, der Ausbau des Sozialstaats und eine keynesianisch geprägte Wirtschaftspolitik verringerten die Ungleichheit der Einkommen. Umverteilung und hohe Lohnzuwächse erschienen nicht etwa als Wachstumshemmnis, sondern als notwendiger Konjunkturmotor (Przeworski 1985: 209). Für ein Vierteljahrhundert bestanden Bedingungen, die Verteilungskonflikten die Schärfe nahmen, weil fast allen Schichten der soziale Aufstieg gelang. Doch als der »kurze Traum immerwährender Prosperität« (Lutz 1984) endete, leiteten die OECD-Staaten Reformen ein, mit denen Märkte ausgeweitet und zugleich ihre Regulierung abgeschwächt wurde. Als Folge dieser Liberalisierungspolitik verteilen sich Einkommen und Vermögen heute ungleicher als in den Siebziger- und Achtzigerjahren, was der Frage neue Relevanz verleiht, wie politische und soziale Gleichheit zusammenhängen. Bevor im nächsten Kapitel im Ländervergleich diskutiert wird, wie sich Einkommensungleichheit auf die Höhe der Wahlbeteiligung und die Beteiligungsbereitschaft unterschiedlicher Einkommensgruppen auswirkt, soll in diesem Kapitel der Zusammenhang zwischen Liberalisierung und sozialer Ungleichheit analysiert werden.

3.1 Die Freisetzung der Märkte: Liberalisierungstrends in den OECD-Staaten

Den bislang umfassendsten Versuch, das Ausmaß der Liberalisierungspolitik in den OECD-Staaten zu erfassen, haben nach meiner Kenntnis die Forscher der Arbeitsgruppe um Martin Höpner am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung vorgenommen. Für 21 Länder tragen sie Indikatoren in fünf wirtschafts- und sozialpolitischen Bereichen zusammen, um den Grad der Liberalisierung zu erfassen, worunter sie »die politisch herbeigeführte und politisch legitimierte Delegation von Allokations- und Distributionsentscheidungen an Märkte« verstehen (Höpner et al. 2011: 3). Dabei unterscheiden sie regulative und distributive Liberalisierung. Die fünf untersuchten Bereiche sind:

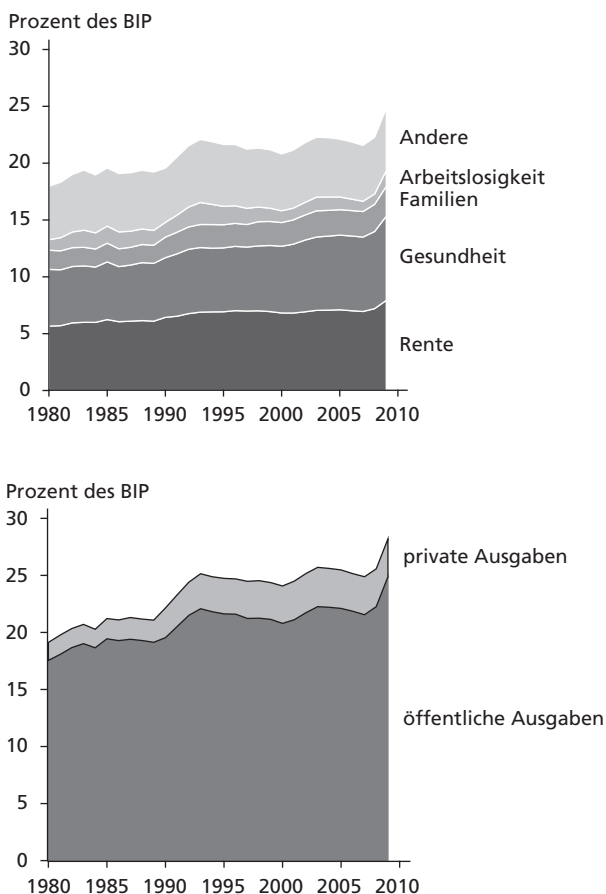
1. soziale Sicherung
2. Arbeitsmarkt
3. staatsnahe Sektoren
4. Subventionen
5. Banken- und Finanzwesen

Die Freisetzung von Märkten in diesen Bereichen stärkt Eigenverantwortung und Konkurrenzmechanismen, wodurch sich der Wert einer Leistung oder eines Gutes nicht länger an marktfremden Kriterien, sondern primär an der Knappheit bemisst. Drei Ergebnisse der Liberalisierungsstudie sind hervorzuheben: Für die untersuchten Länder lässt sich im Zeitraum von 1985 bis 2002 erstens durchgängig ein Liberalisierungstrend feststellen. Dabei fällt zweitens auf, dass sich nicht nur alle Länder in dieselbe Richtung bewegen, sondern dass die zu Beginn am stärksten interventionistischen Staaten mit besonders weitreichenden Schritten Marktkräfte gestärkt haben, wodurch die Unterschiede zwischen den Ländern abgenommen haben. Liberalisierung ist, so ein dritter Befund, weniger im distributiven als im regulatorischen Bereich festzustellen. Die empirischen Analysen in diesem Kapitel folgen dem Anliegen von Höpner et al., fügen jedoch einen Aspekt hinzu, der zwar als Frage formuliert, aber unbeantwortet geblieben ist (Höpner et al. 2011: 4): Wie wirkt sich Liberalisierungspolitik auf die Verteilung der Einkommen aus?

3.1.1 Liberalisierungstrends seit 1980

Eine zentrale Debatte, die die Sozialstaatsforschung seit den Neunzigerjahren beschäftigt, dreht sich um die Frage, ob Einschnitte in das soziale Netz stattgefunden haben und, wenn ja, wie tief greifend sie gewesen sind. Gegen die Erwartung eines Wettlaufs nach unten haben vor allem Pierson (1996) und Castles

Abbildung 3-1 Die Entwicklung der Sozialausgaben im Durchschnitt von 23 OECD-Ländern



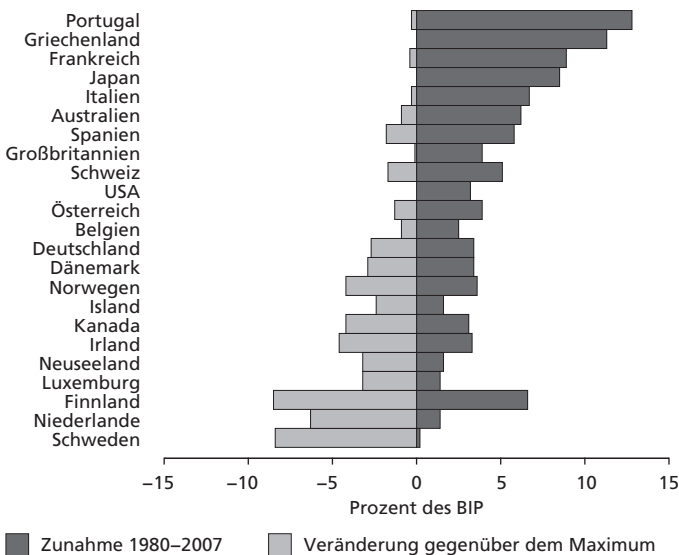
Soweit nicht anders vermerkt, werden stets Trends für diese 23 OECD-Länder dargestellt: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien und USA.

Öffentliche Sozialausgaben umfassen die Summe aus monetären und geldwerten Leistungen. Im Zeitverlauf steigt die zweitgenannte Leistungsart im OECD-Durchschnitt von 32 auf 37 Prozent der gesamten Sozialausgaben.

Daten: OECD_SOCX. Siehe Tabelle 3-1 für genaue Quellenangaben.

(2007) eingewandt, dass sich bei den Sozialausgaben kaum Veränderungen zeigen, die einen sozialpolitischen Kahlschlag nahelegen. Regierungen, so ihre These, vermeiden Einschnitte in das soziale Netz, weil sie fürchten, sonst Wähler zu verprellen, und konzentrieren ihre Konsolidierungsanstrengungen stattdessen auf weniger sichtbare Bereiche (siehe auch Obinger 2012). Blickt man auf Veränderungen in fünf Feldern der sozialen Sicherung, wird bestätigt, dass die Sozialausgaben seit 1980 gestiegen sind (Abbildung 3-1). Vor dem Ausbruch der Finanzkrise war die Zunahme jedoch moderat und selbst der Anstieg von 2008 und 2009 deutet nicht bloß auf expansive Ausgaben, sondern auch auf einen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts hin, der zwangsläufig die Relation beider Größen ansteigen lässt. Wie sich der oberen Teilgrafik entnehmen lässt, sind insbesondere die Ausgaben für Alterssicherung, Gesundheit und Familien angestiegen. Allein die ersten beiden Ausgabenposten machen zwei Drittel des Gesamtanstiegs aus. Nimmt man neben der Veränderung der öffentlichen auch die der privaten Sozialausgaben in den Blick, zeigt sich, dass stärker als in der

Abbildung 3-2 Veränderungen der öffentlichen Sozialausgaben, 1980–2007



Abgetragen ist, um wie viele Prozentpunkte die Ausgaben für Sozialpolitik gemessen am Bruttoinlandsprodukt zu- beziehungsweise abgenommen haben.

Daten: OECD_SOCX.

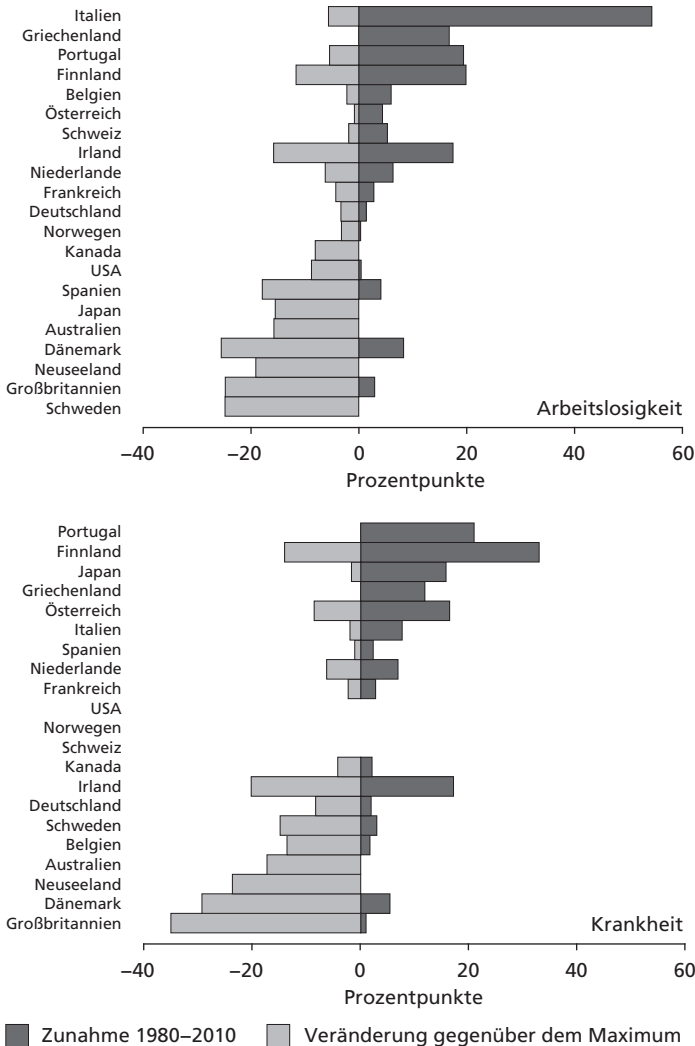
Vergangenheit private Aufwendungen öffentliche Ausgaben ergänzen. Zwischen den 23 Ländern bestehen jedoch erhebliche Unterschiede im Umfang privater Sozialausgaben. Spitzenreiter sind die USA, wo die Bürger 10 Prozent des BIP ausgeben, um sich gegen soziale Risiken abzusichern (Hacker 2004: 245). Auch in Großbritannien, den Niederlanden und der Schweiz liegen die privaten Sozialausgaben bei jeweils mehr als 6 Prozent des BIP, wohingegen in Spanien und Neuseeland nur 0,5 Prozent aufgewendet wird.

Auch im Fall der öffentlichen Sozialausgaben verbergen Durchschnittswerte mehr, als sie offenbaren, denn die 23 Länder weichen in der Entwicklung stark voneinander ab. Abbildung 3-2 vergleicht deshalb einerseits die Sozialausgaben 2007 (vor der Finanzkrise) mit denen von 1980 (dunkelgraue Balken) und andererseits mit dem Maximum (hellgraue Balken), das jedes Land zu einem anderen Zeitpunkt erreicht. Alle Länder geben 2007 einen höheren Anteil des BIP für Soziales aus als 1980, insofern bestätigen die Zahlen, dass von einem absoluten Rückbau des Sozialstaats nicht gesprochen werden kann. Bei den sozialpolitischen Nachzüglerstaaten in Südeuropa fallen die Zuwächse deutlich höher aus als in Nordwesteuropa. In Schweden liegt das Ausgabenniveau 2007 im Wesentlichen auf dem damals bereits hohen Niveau von 1980. Allerdings gibt es neben der Sozialstaatsexpansion auch deutliche Anzeichen für Ausgabenkürzungen. Denn in fast allen Staaten sind die Sozialausgaben am Ende des betrachteten Zeitraums geringer als im Ausgabenmaximum (nur für Griechenland, Japan und die USA ist 2007 das Jahr mit den höchsten Ausgaben). Insbesondere Schweden, die Niederlande und Finnland hatten in der Vergangenheit sehr viel höhere Sozialausgaben als 2007. Für eine Mehrzahl der Länder kann deshalb nicht von einem kontinuierlichen Anstieg gesprochen werden, sondern der Expansionsphase folgt eine Phase mit Einschnitten, die in einigen Fällen mehr als 5 Prozentpunkte des BIP ausmachen. Ein relativer Rückbau der Sozialausgaben hat stattgefunden, wenngleich auf vergleichsweise hohem Niveau.

Allerdings sind Ausgabenlevels und Veränderungstrends aggregierter Daten nicht ideale Maßzahlen, um die Frage zu beantworten, wie stark der Sozialstaat diejenigen absichert, die kein oder ein zu geringes Markteinkommen erzielen. In einer alternden Gesellschaft können beispielsweise die Rentenausgaben in der Summe selbst dann steigen, wenn individuelle Rentenbezüge gekürzt werden, weshalb sich Einschnitte und Mehrausgaben nicht widersprechen müssen. Aus diesem Grund versuchen einige Forscher, belastbare Zahlen zu den individuellen Leistungsansprüchen zu ermitteln (Scruggs 2006, 2008; Korpi/Palme 2003).¹ In den folgenden Analysen konzentriere ich mich auf den *Comparative*

1 Eine Diskussion über die Vor- und Nachteile dieser Indikatoren findet sich bei Schmidt (2012: 70–71) sowie ausführlicher bei (Wenzelburger/Zohlnhöfer/Wolf 2013).

Abbildung 3-3 Veränderungstrends der Lohnersatzraten in 21 OECD-Staaten, 1980–2010



Die Lohnersatzraten werden zum einen für eine alleinstehende, Vollzeit arbeitende Person errechnet und zum anderen für eine Familie mit zwei Kindern (7 und 12 Jahre), bei der jedoch nur ein Erwachsener Vollzeit arbeitet (Scruggs/Jahn/Kuitto 2014: 8). Für die Grafiken wurde jeweils der Durchschnitt aus beiden Maßzahlen gebildet.

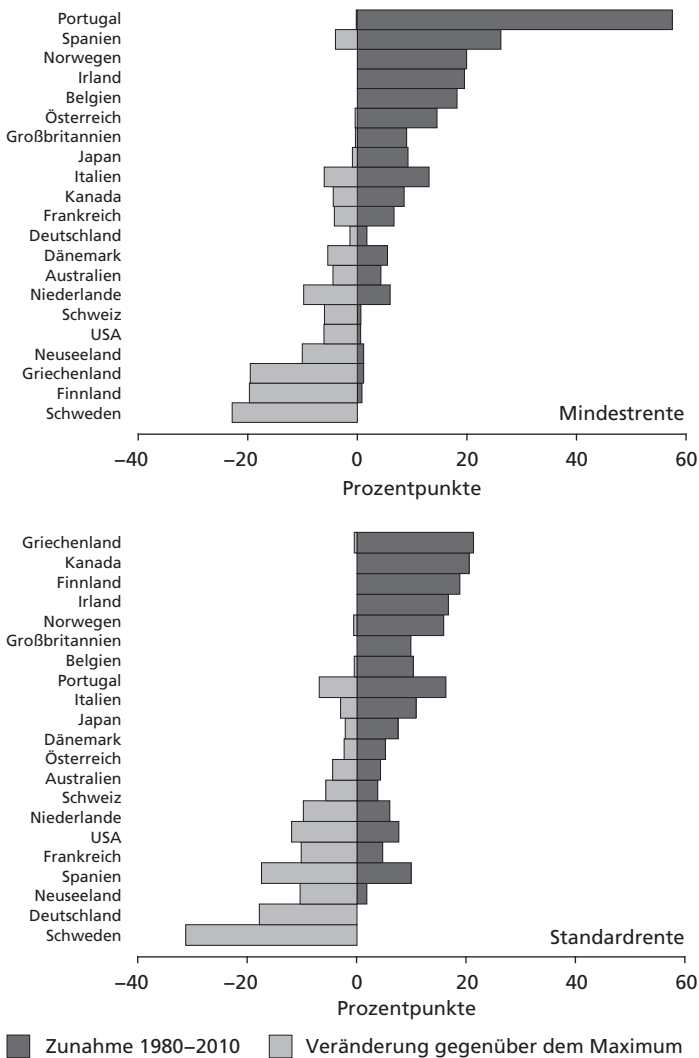
Daten: CWED2. Für Luxemburg und Island liegen keine Werte vor. Für die Schweiz, Norwegen und die USA fehlen in der unteren Teilgrafik die Balken, weil sich die Lohnersatzrate im gesamten Zeitraum nicht verändert hat.

Welfare Entitlements Dataset von Lyle Scruggs, der für 21 der hier untersuchten Länder jährliche Angaben enthält, wie sich die Lohnersatzraten in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung sowie bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall entwickelt haben. Betrachtet man zuerst die Absicherung von Arbeitslosen, ergibt sich ein differenziertes Bild von Ausweitungen und Kürzungen (Abbildung 3-3, obere Teilgrafik). In 16 von 21 Ländern liegen die Lohnersatzraten von Arbeitslosen 2010 über dem Niveau von 1980, nur in Kanada, Japan, Australien, Neuseeland und Schweden darunter. Auffällig ist vor allem der starke Zuwachs in Italien, wo im Ausgangspunkt die Lohnersatzrate auf minimalem Niveau lag, zwischen den späten Achtzigerjahren und Mitte der Zweitausenderjahre aber auf durchschnittliches Niveau angehoben wurde. Während die Absicherung von Arbeitslosen also in vielen Ländern großzügiger als 1980 ist, liegen gleichzeitig in 20 Ländern – die einzige Ausnahme bildet 2010 Griechenland – die Lohnersatzraten unter dem in der Vergangenheit erreichten Höchstwert. Besonders stark wurde in Dänemark, Neuseeland, Großbritannien und Schweden gekürzt – wenngleich von unterschiedlichen Sicherungsniveaus ausgehend. Für die Arbeitslosenversicherung gilt, dass zwar ein absoluter Abbau des Sicherungsniveaus selten ist, aber eine relative Absenkung fast überall stattfand. Bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zeigt sich ein ähnliches Bild (Abbildung 3-3, untere Teilgrafik). In den USA, der Schweiz und Norwegen fanden im gesamten Zeitraum keine Änderungen statt, und nur in zwei Ländern liegt das Sicherungsniveau 2010 unter dem des Ausgangsjahrs. Gleichzeitig fanden jedoch in 16 Ländern Kürzungen statt, die besonders stark in Neuseeland, Dänemark und Großbritannien ausfallen.

Bei der Altersabsicherung unterscheidet der *Comparative Welfare Entitlements Dataset* zwischen Mindest- und Standardrenten. Für beide sind die Veränderungen in Abbildung 3-4 abgetragen. Aus der oberen Teilgrafik geht hervor, dass bei den Mindestrenten eher ein Ausbau stattgefunden hat, als dass Kürzungen durchgeführt wurden. In 20 der 21 Länder ist das Absicherungsniveau heute großzügiger als 1980, wenngleich der Zuwachs teilweise gering ist. In nur 4 Ländern gab es allerdings gar keine Einschnitte, während in den verbleibenden 17 Ländern ein moderater bis deutlicher Rückbau sichtbar wird. Auch bei den Standardrenten liegt die Lohnersatzrate in 19 Ländern höher als 1980, aber gleichzeitig in 17 Ländern unter dem Maximum. Besonders weitreichende Kürzungen wurden in Deutschland und Schweden vorgenommen. In beiden Ländern ist das Absicherungsniveau heute niedriger, als es 1980 war.

Sowohl der Blick auf aggregierte Sozialausgaben als auch der auf individuelle Leistungsansprüche zeigt somit, dass in den drei Jahrzehnten seit 1980 der Sozialstaat erst ausgebaut, dann aber beschnitten wurde, wobei in der Summe weiterhin ein Sicherungsniveau erreicht wird, das über dem des Ausgangsjahrs

Abbildung 3-4 Veränderung der Lohnersatzraten bei Renten in 21 OECD-Staaten, 1980–2010



Siehe Abbildung 3-3.

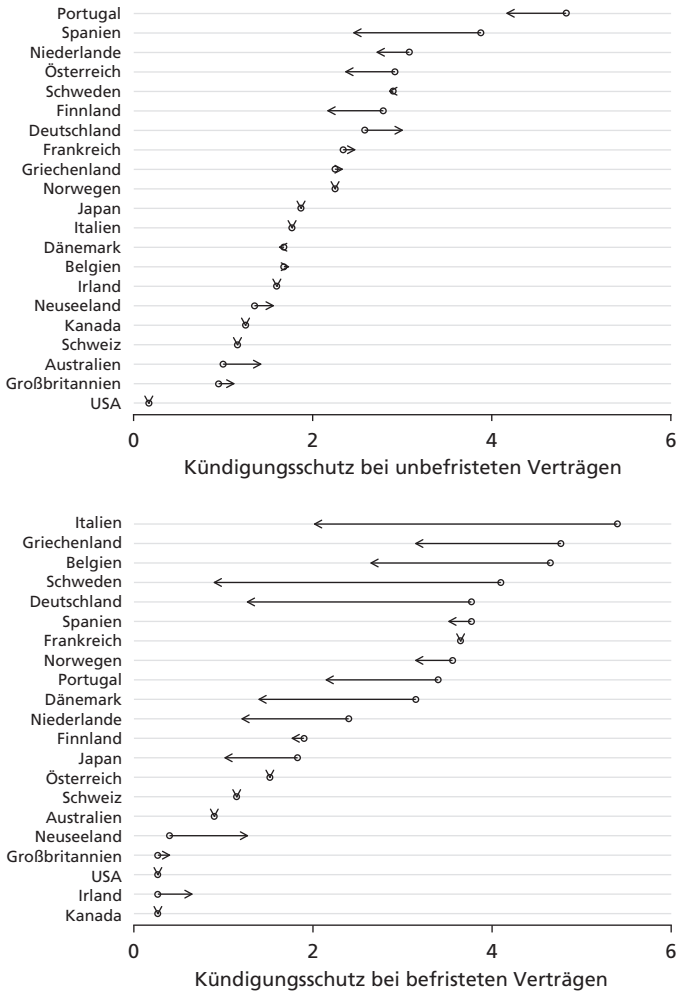
Daten: CWED2. Für Luxemburg und Island liegen keine Werte vor.

liegt. In vielen Ländern haben dennoch Kürzungen individueller Leistungen stattgefunden, die einen weiteren Anstieg der Sozialausgaben verhindern sollten. Ausgeweitet wurde ebenfalls der Anteil privater Sozialausgaben, die beispielsweise über private Zusatzrenten oder höhere Selbstbehalte in der Gesundheitsversorgung erfolgen. Die verfügbaren Daten unterschätzen den Wandel vermutlich, da weder die im Rahmen der Finanzkrise durchgeführten Kürzungen noch Reformen vollständig berücksichtigt werden, die wie die deutsche Rente mit 67 erst langsam zu wirken beginnen.

In den letzten Jahren ist die wissenschaftliche Diskussion um die Reform des Sozialstaats um die »Dualisierungsthese« (Rueda 2005, 2014; Palier/Thelen 2010; Emmenegger et al. 2012: 11) erweitert worden, die eine Position zwischen Stabilität und Abbau in der *Retrenchment*-Debatte einnimmt. Vertreter dieser These gehen davon aus, dass nicht der Sozialstaat insgesamt beschnitten wird, sondern dass eine Spaltung in weiterhin gut abgesicherte Personen einerseits und zunehmend prekär Beschäftigte andererseits stattfindet.² Gerade die soziale Absicherung von Gruppen mit dem höchsten Risiko, arbeitslos zu werden, hat sich verschlechtert, während beispielsweise Facharbeiter in der Exportindustrie nicht nur durch die staatliche Sozialpolitik, sondern auch durch betriebliche Zusatzleistungen über ein hohes Sicherungsniveau verfügen. Auf das Thema Arbeitsmarktregulierung angewendet legt die Dualisierungsthese nahe, dass Unterschiede im Sicherungsniveau von regulär und befristet Beschäftigten auftreten. Dies kann anhand des von der OECD bereitgestellten Indexes zum Kündigungsschutz untersucht werden, der jedoch nicht für den gesamten Zeitraum seit den Achtzigerjahren vorliegt. In Abbildung 3-5 werden deshalb die Veränderungen zwischen 1990 und 2008 dargestellt. Die obere Teilgrafik bezieht sich dabei auf die *Insider*, das heißt auf Beschäftigte mit unbefristeten Verträgen. Sie enthält drei Informationen. Erstens wird das Niveau des Kündigungsschutzes deutlich. Die angelsächsischen Länder haben durchweg einen gering ausgebauten Kündigungsschutz, während die Gruppe der Länder mit striktem Kündigungsschutz heterogen ist und sowohl Portugal und Spanien als auch Österreich und Schweden umfasst. Die Pfeile geben zweitens die Richtung und drittens das Ausmaß der Veränderung seit 1990 wieder. In vielen Ländern ist der Kündigungsschutz der unbefristet Beschäftigten in diesem Zeitraum unverändert geblieben. In einigen angelsächsischen Ländern wie auch in Deutschland wurde er leicht ausgebaut und in den am stärksten regulierten Ländern gelockert. Dramatische Veränderungen sind bei dieser Beschäftigtengruppe jedoch,

2 Schwander und Häusermann (2013) ersetzen die dichotome Aufteilung in *Insider* und *Outsider* durch eine kontinuierliche Maßzahl, die am Risiko unterschiedlicher Berufsgruppen ansetzt, atypisch beschäftigt zu sein oder arbeitslos zu werden.

Abbildung 3-5 Veränderungen im Kündigungsschutz, 1990–2008



Dargestellt ist ein Index, der von 0 (kein Kündigungsschutz) bis 6 (sehr strenger Kündigungsschutz) reicht. Für Luxemburg und Island liegen keine Daten vor.
Daten: OECD_EPL.

wenn man von Spanien absieht, nicht festzustellen. Ganz anders stellt sich die Lage bei befristeten Arbeitsverhältnissen dar. In der Mehrzahl der Länder wurde der Kündigungsschutz gelockert, und nur in Neuseeland und Irland fand – auf niedrigem Niveau – ein leichter Ausbau statt. Insbesondere Italien, Schweden

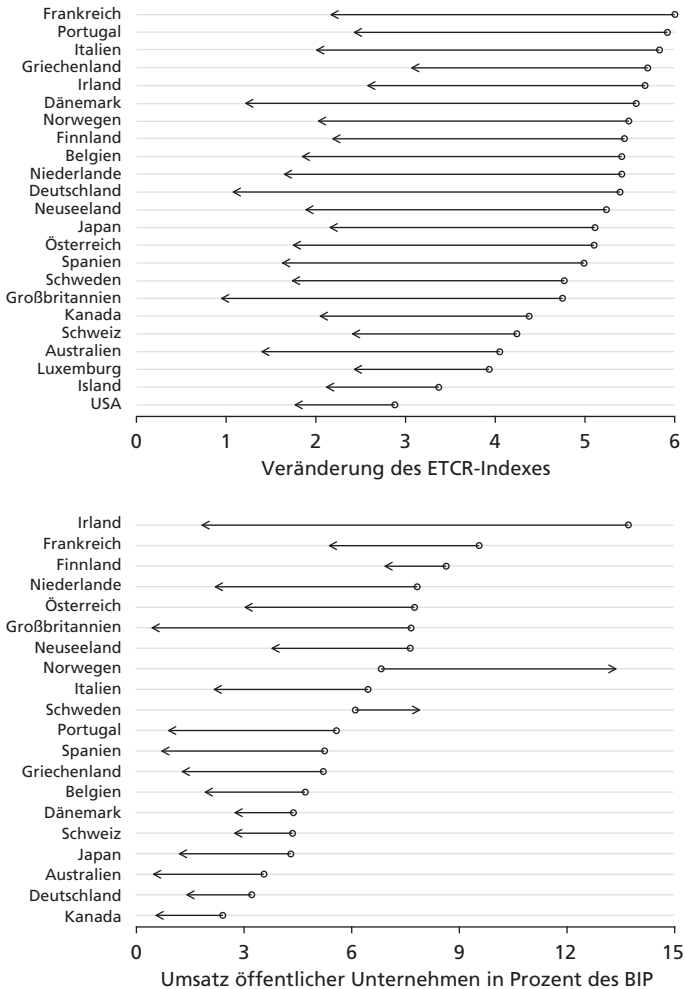
und Deutschland haben die Arbeitsmärkte in diesem Segment deutlich liberalisiert. In Übereinstimmung mit der Dualisierungsthese zeigt sich am Arbeitsmarkt eine partielle Liberalisierung, die vor allem Beschäftigte mit befristeten Verträgen trifft.

Zwei weitere Bereiche, die Gegenstand von Liberalisierungspolitik sein können, sind die öffentliche Daseinsvorsorge sowie die Privatisierung öffentlicher Unternehmen. In den letzten beiden Jahrzehnten sind Teile der öffentlichen Infrastruktur von staatlichen Behörden in eigenständige Unternehmen umgewandelt worden, die zudem (teil-)privatisiert wurden. Selbst wenn diese Unternehmen in Staatsbesitz verbleiben, folgen sie betriebswirtschaftlichen Maximen und nicht zuerst einem politischen Auftrag. Die OECD erstellt einen Regulierungsindikator, mit dem der Grad an staatlicher Kontrolle in sieben Infrastrukturbereichen (Telekommunikation, Elektrizität, Gas, Post sowie Schienen-, Flug- und Güterverkehr) ermittelt wird. In den sogenannten ETCR-Index fließt unter anderem ein, wie hoch der Staatsanteil in diesen Sektoren ist, wie restriktiv der Zugang zum Markt geregelt ist und ob es wettbewerbsfreundliche Regulierungen gibt. In der oberen Teilgrafik von Abbildung 3-6 ist dargestellt, wie sich das Regulierungsniveau staatsnaher Sektoren zwischen 1980 und 2007 entwickelt hat, wobei niedrigere Werte einen Rückzug des Staates markieren. In allen Ländern hat in diesem Zeitraum eine weitgehende Liberalisierung staatsnaher Sektoren stattgefunden, wodurch ehemals staatlich kontrollierte Sektoren nun weitgehend marktförmig organisiert sind. Der Durchschnittswert des ETCR-Indexes lag 1980 knapp über 5, aber 2007 nur noch bei 1,9.

Eine weitere Maßzahl, die den Rückzug des Staates aus unternehmerischer Tätigkeit erfasst, ist der Umsatz staatlich kontrollierter Unternehmen. Erfasst wird, wie sich der Umsatz von insgesamt mehr als 1.500 (ehemals staatlichen) Unternehmen zwischen 1980 und 2007 im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt entwickelt hat, wobei der Privatisierungsgrad durch die rechtliche Organisationsform (formale Privatisierung) sowie den Aktienanteil des Staates erfasst wird (substanzielle Privatisierung; siehe Obinger/Schmitt/Zohlnhöfer 2014: 1289). Für 20 OECD-Länder werden Informationen zur Entwicklung dieser Maßzahl in der REST-Datenbank bereitgestellt.³ Die untere Teilgrafik von Abbildung 3-6 zeigt für 18 von 20 Ländern einen Privatisierungstrend, der in Irland, den Niederlanden und Großbritannien besonders ausgeprägt ist. Nur in Schweden und in besonders starkem Ausmaß in Norwegen ist der umgekehrte Trend feststellbar, der im norwegischen Fall darauf zurückzuführen ist, dass die staatlich kontrollierten Ölfirmen deutliche Umsatzzusätze verzeichnet haben (Obinger/Schmitt/Zohlnhöfer 2014: 1300–1302).

³ Ich danke Carina Schmitt dafür, dass sie mir die Daten zur Verfügung gestellt hat.

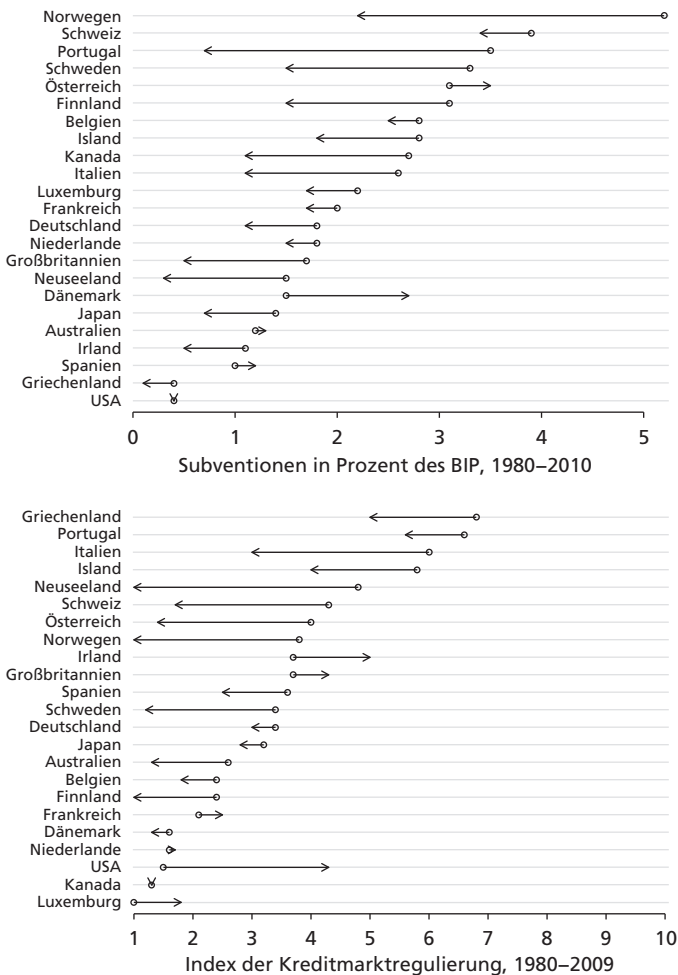
Abbildung 3-6 Staatsnahe Sektoren und Privatisierung öffentlicher Unternehmen, 1980–2007



Für die USA liegen keine Daten zu den öffentlichen Unternehmen vor.
Daten: ETCR, PRIVAT.

Ebenso eindeutig verläuft der Abbau von Subventionen (Abbildung 3-7, obere Teilgrafik). In 18 der 23 Länder ist der Anteil der Subventionen am Bruttoinlandsprodukt zwischen 1980 und 2010 gesunken, in Norwegen oder Portugal, aber auch Schweden und Finnland sogar um mehrere Prozentpunkte. Kaum Ver-

Abbildung 3-7 Subventionsabbau und Deregulierung des Banken- und Finanzwesens, 1980–2009/2010

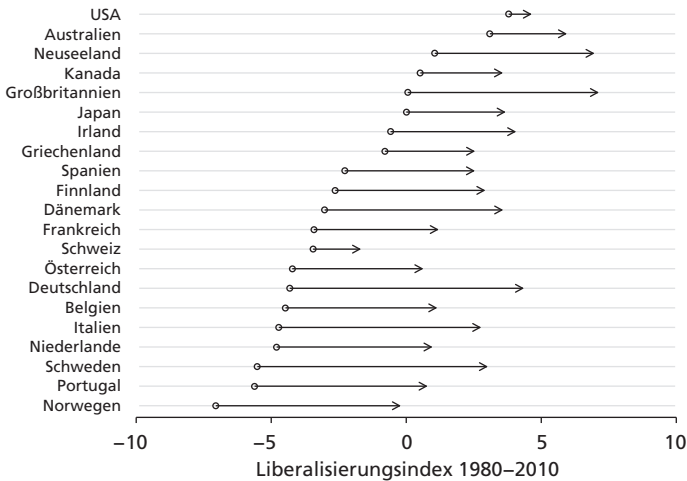


ETCR: Island und Luxemburg: 1998–2007. Höhere Indexwerte deuten in beiden Fällen auf ein höheres Regulierungsniveau hin.

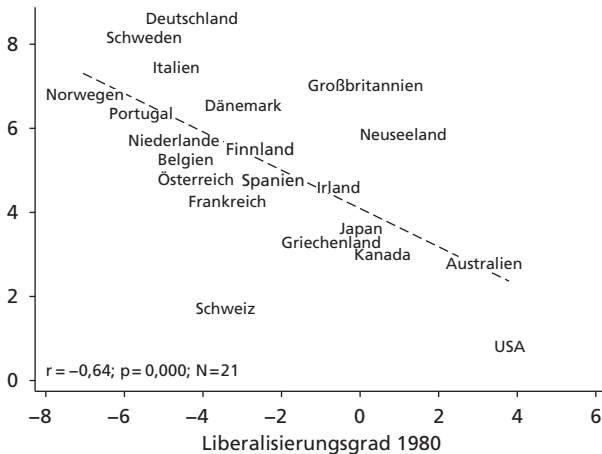
Daten: OECD_SUB, ECOFREE.

änderungen gab es hingegen in den USA, Spanien und Australien, die durchgängig niedrige Subventionen aufweisen. Nur Österreich und Dänemark verzeichnen einen Zuwachs. Über alle Länder hinweg wurden die Subventionen im betrachteten Zeitraum fast halbiert. Sowohl für die Liberalisierung staatsnaher Sektoren

Abbildung 3-8 Liberalisierungstrends in 21 OECD-Staaten, 1980–2010



Veränderung des Liberalisierungsindex



Der Liberalisierungsindex setzt sich aus sechs Teilkomponenten zusammen (siehe Text). Für Luxemburg und Island sind die Daten unvollständig, weshalb für diese beiden Länder kein Liberalisierungsindex erstellt werden kann. In beiden Teilgrafiken kennzeichnet 0 auf der Abszisse den durchschnittlichen Liberalisierungsgrad für alle Länder und den gesamten Zeitraum. Aufsteigende Werte kennzeichnen ein geringeres Interventionsniveau.

als auch für den Subventionsabbau gilt zudem, dass die am wenigsten liberalen Staaten tendenziell stärkere Einschnitte aufweisen, was zu Konvergenz führt. Der Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten ist – auch wenn weitere Indikatoren herangezogen werden – so eindeutig, dass Obinger und Zohlhöfer (2007) davon sprechen, dass hier tatsächlich ein *race to the bottom* stattfindet.

Der letzte Bereich, der betrachtet wird, ist die Regulierung des Banken- und Finanzwesens. Wie Höpner et al. greife ich hierbei auf den Index zur Kreditmarktregulierung zurück, der im Rahmen des Projekts *Economic Freedom of the World* erfasst wird. Dieser Index setzt sich aus vier Komponenten zusammen:

1. Anteil der Banken in Privatbesitz;
2. Ausmaß an Konkurrenz durch ausländische Banken;
3. Anteil an Krediten, die in den Privatsektor fließen, sowie
4. Ausmaß staatlicher Eingriff in das Zinsniveau.

Aus dem Mittelwert der vier Komponenten ermittelt sich der Kreditmarktindex.⁴ Auch in diesem Bereich zeigt sich ein deutliches Maß an Liberalisierung (Abbildung 3-7, untere Teilgrafik). In 15 Ländern wurde das Banken- und Finanzwesen liberalisiert, in zwei Ländern gab es keine nennenswerten Veränderungen und nur in Luxemburg, Kanada, den USA, den Niederlanden, Frankreich und Irland nahm das Regulierungsniveau zu. Die Veränderung in den drei letztgenannten Ländern hat sich 2008 und 2009 als Reaktion auf die Finanzkrise vollzogen. Bis 2007 wiesen auch Irland und Frankreich einen Rückgang der Regulierung auf. Ob nach 2009 weitere Länder den Weg zu mehr Regulierung beschritten haben, lässt sich nicht ermitteln, da keine neueren Daten vorliegen. Während die distributive Liberalisierung möglicherweise unterschätzt wird, könnte die Liberalisierung im Banken- und Finanzwesen somit überschätzt werden.

Der Blick auf Veränderungstrends in fünf wirtschafts- und sozialpolitischen Bereichen macht deutlich, dass einerseits ein erhebliches Maß an Liberalisierung stattgefunden hat, andererseits jedoch weiterhin Unterschiede zwischen den Ländern bestehen. Um die Gesamtentwicklung abschätzen zu können, kombiniere ich sechs Indikatoren in einen integrierten Liberalisierungsindex, der den Zeitraum von 1980 bis 2010 abdeckt:

1. Prozentualer Anteil der öffentlichen an allen Sozialausgaben;
2. Durchschnitt der Lohnersatzraten in den Bereichen Arbeitslosigkeit, Lohnfortzahlung und Renten;

⁴ Alle Komponenten sind so kodiert, dass sie Werte von 1 bis 10 annehmen können, wobei höhere Werte für mehr »wirtschaftliche Freiheit« im Sinne des Fraser-Instituts stehen. Ich kodiere den Index jedoch so, dass hohe Werte mehr Regulierung kennzeichnen, um die Darstellung mit den bisherigen Abbildungen vergleichbar zu halten.

3. ETCR-Index der staatsnahen Sektoren;
4. Kündigungsschutz aller Beschäftigten;
5. Anteil der Subventionen am BIP sowie
6. Kreditmarktregulierungsindex.⁵

Um die verschiedenen Komponenten zusammenführen zu können, werden die sechs Einzelindikatoren zuerst interpoliert, wodurch vollständige Datenreihen von 1980 bis 2010 entstehen, und anschließend standardisiert, sodass der Mittelwert über alle Länder und Jahre hinweg 0 und die Standardabweichung 1 beträgt. Diese Umwandlung der Daten macht es möglich, sie zu einem Gesamtindex zu addieren, wobei niedrige (negative) Werte für ein geringes Maß an Liberalisierung stehen. Aufgrund fehlender Werte für Island und Luxemburg können nur 21 Länder betrachtet werden.

Die obere Teilgrafik in Abbildung 3-8 ordnet die Länder nach dem Grad der Liberalisierung im Ausgangsjahr, während Pfeilrichtung und -länge die Veränderung bis 2010 anzeigen. Angeführt von den USA weisen die angelsächsischen Länder anfangs das niedrigste Interventionsniveau auf, während Italien, Norwegen und Portugal am stärksten interventionistisch sind. Übereinstimmend mit den oben genannten Ergebnissen verdeutlicht die Abbildung ebenfalls, dass alle Länder zwischen 1980 und 2010 Liberalisierungspolitik betrieben haben. Aber die Länder bewegen sich nicht nur in dieselbe Richtung, sondern die zuerst am stärksten regulierten Länder liberalisieren besonders energisch, wodurch die Unterschiede 2010 geringer als noch 1980 ausfallen. Diesen Zusammenhang verdeutlicht die untere Teilgrafik, in der die Veränderung in Bezug zum Ausgangswert dargestellt wird. Zwischen beiden Maßzahlen besteht ein starker, statistisch signifikanter Zusammenhang: Die größten Liberalisierungszuwächse weisen Schweden, Italien, Portugal und Norwegen auf. Geringere Veränderungen zeigen sich in Australien, Irland und Kanada sowie in den USA. Aufgrund dieses Musters kann von einer zweifachen Konvergenz gesprochen werden: Die Länder bewegen sich in dieselbe Richtung, und die Interventionsniveaus gleichen sich an (Höpner et al. 2011: 4–5).

3.1.2 Liberalisierung und Ungleichheit

In den ersten drei Vierteln des 20. Jahrhunderts ging die Konzentration der Einkommen in den wirtschaftlich entwickelten Staaten zurück. In dieser Zeit sank übereinstimmend in Australien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien,

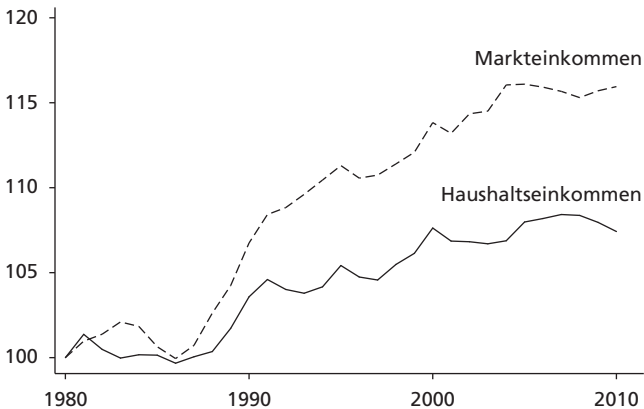
5 Obwohl in Abbildung 3-6 auch Privatisierungstrends dargestellt wurden, werden sie im Liberalisierungsindex nicht verwendet, da die Daten zu den USA fehlen.

Irland, Kanada, den Niederlanden, der Schweiz und den USA der Anteil der reichsten 10 Prozent der Bevölkerung am Gesamteinkommen (Atkinson/Piketty 2007: 540; Brandolini/Smeeding 2008). Bis in die Siebzigerjahre bestand im weltweiten Vergleich ein positiver Verstärkungseffekt zwischen Demokratie und sozialer Gleichheit: Je länger ein Land demokratisch regiert worden war, desto gleichmäßiger fiel die Einkommensverteilung aus – und je egalitärer ein Land war, desto stabiler erwies sich die Demokratie (Muller 1988). Doch zumindest der erste Zusammenhang gilt seither nicht mehr. Zuerst in den angelsächsischen, dann in den kontinentaleuropäischen und schließlich auch in den skandinavischen Ländern hat die Einkommensungleichheit in den letzten 25 Jahren zugenommen. In nur 4 von 23 Staaten, für die über einen längeren Zeitraum Daten verfügbar sind, ging die Ungleichheit nach einer Untersuchung der OECD zurück (Frankreich, Griechenland, Irland und Spanien) – zum Teil jedoch von einem hohen Ungleichheitsgrad ausgehend –, wohingegen die Einkommensungleichheit in den anderen Ländern zugenommen hat (OECD 2008: 27, 2011: 24). In Anlehnung an die US-amerikanische Entwicklung, die durch eine besonders starke Zunahme der Ungleichheit gekennzeichnet ist, sprechen Alderson und Nielsen (2003) von der »großen Kehrtwende« der Einkommensungleichheit, und Firebaugh (2003) macht eine »neue Geografie der Einkommensverteilung« aus: Während Einkommensunterschiede zwischen Staaten rückläufig sind, nimmt die innerstaatliche Ungleichheit zu.

Obwohl es eine Reihe von Versuchen gibt, standardisierte Ungleichheitsmaße auf jährlicher Basis zu entwickeln, ist die Datenqualität nicht immer überzeugend – der allgemeine Trend ist jedoch eindeutig, wie sich Abbildung 3-9 entnehmen lässt. Im Durchschnitt der 23 OECD-Länder ist die Verteilung sowohl der Markt- als auch der nach Steuern und Transfers verfügbaren Haushaltseinkommen seit den späten Achtzigerjahren ungleicher geworden.⁶ Insbesondere bei den Markteinkommen ist eine deutliche Zunahme zu beobachten, dagegen nimmt die Ungleichheit der Haushaltseinkommen langsamer zu, weil der Sozialstaat weiterhin markterzeugte Ungleichheiten abfedert, ohne jedoch den Anstieg vollständig ausgleichen zu können (Immervoll/Richardson 2011: 27; Dallinger 2013). Mehr Ungleichheit verweist nicht zwangsläufig auf eine absolute Verar-

6 Wenn im Folgenden von den »verfügbaren Haushaltseinkommen« gesprochen wird, sind stets die Einkommen *nach Steuern und Transfers* gemeint. Der auf dieser Grundlage berechnete Gini-Koeffizient beachtet geldwerte Leistungen des Sozialstaats nicht, die im OECD-Durchschnitt von 32 auf 37 Prozent der gesamten Sozialausgaben angestiegen sind und die ungleichheitsdämpfend wirken könnten. Allerdings beachtet der Gini-Index auch nicht die in vielen Ländern zu beobachtende Anhebung der Mehrwertsteuer, die die Kaufkraft der Einkommen reduziert und einkommensschwache Gruppen härter trifft als Gruppen, die einen geringeren Anteil des Einkommens für den Konsum einsetzen.

Abbildung 3-9 Die Entwicklung der Einkommensungleichheit in 23 Ländern (1980=100)



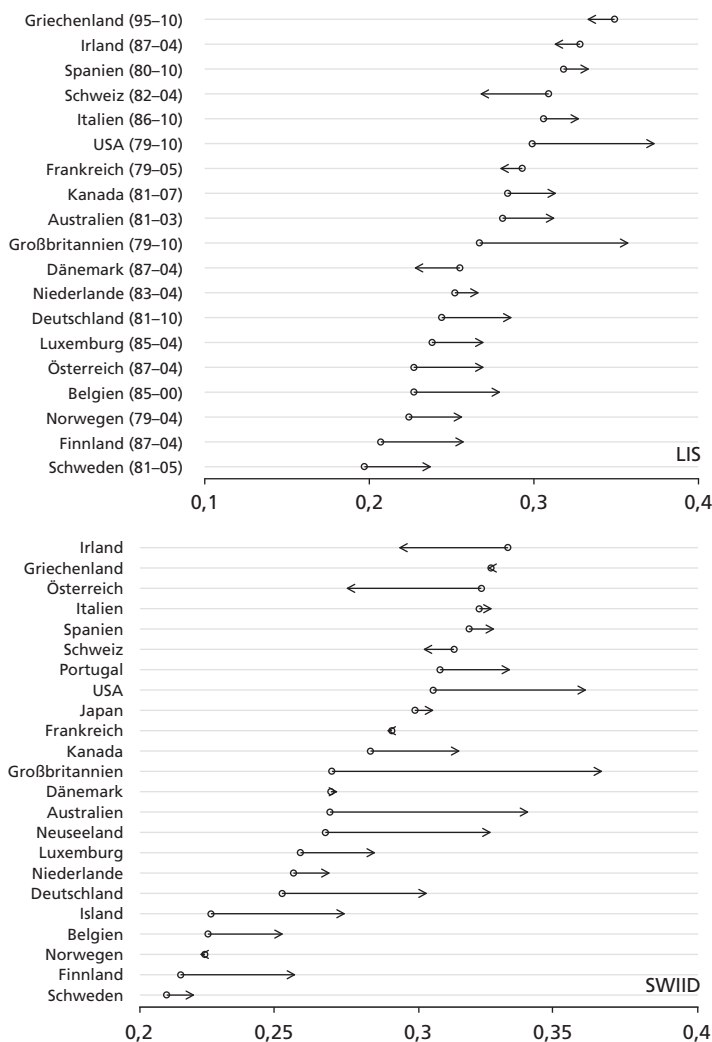
Angezeigt wird die prozentuale Veränderung des Gini-Indexes der Markteinkommen (vor Steuern und Transfers) und der verfügbaren Haushaltseinkommen (nach Steuern und Transfers) gegenüber dem Ausgangsjahr. Um die Trendverläufe vergleichbar zu machen, habe ich den durchschnittlichen Gini-Koeffizienten von 1980 jeweils auf 100 gesetzt, sodass die Kurven prozentuale Veränderungen wiedergeben.

Daten: SWIID.

mung unterer Schichten, sondern entsteht auch durch unterschiedliche Zuwächse am unteren und am oberen Ende der Verteilung (OECD 2011: 23). Während in Deutschland die Reallöhne zwischen Anfang der Neunziger- und Mitte der Zweitausenderjahre stagnierten, nahmen die Einkommen der reichsten 10 Prozent deutlich zu (Bach/Steiner 2007). Von 2005 bis 2010 stiegen die real verfügbaren Haushaltseinkommen aller Gruppen. Da dieser Anstieg am unteren Ende der Verteilung etwas stärker ausfiel, hat die Ungleichheit der Haushaltseinkommen in diesem Zeitraum leicht abgenommen, ohne jedoch den vorangegangenen Zuwachs vollständig auszugleichen (Grabka/Goebel/Schupp 2012).

Schlüsselt man die Veränderung der Einkommensverteilung nach Ländern auf, wie dies in Abbildung 3-10 geschieht, zeigt sich in den meisten Ländern ein Anstieg. Nach der *Luxembourg Income Study* hat die Einkommensungleichheit in 14 von 19 Ländern zugenommen. Allerdings werden unterschiedliche Zeiträume betrachtet, die den Vergleich erschweren. Entgegen dem allgemeinen Trend sank die Ungleichheit in zwei Ländern mit aufholender Entwicklung (Griechenland und Irland), aber auch in der Schweiz, Frankreich und Dänemark. Die untere Teilgrafik kommt für den Zeitraum von 1980 bis 2010 zu ähnlichen Ergebnissen: In 15 von 23 Ländern nimmt die Ungleichheit zu, in 4

Abbildung 3-10 Die Entwicklung der Einkommensungleichheit im Ländervergleich, 1980–2010



Dargestellt ist, wie sich die Verteilung der nach Umverteilung verfügbaren Haushaltseinkommen gemessen am Gini-Koeffizienten verändert hat. In der oberen Teilgrafik geben Werte in Klammern den Zeitraum an. Für die untere Teilgrafik gelten folgende Zeiträume, wenn keine vollständige Datenreihe vorliegt: Griechenland 1981–2010, Island 1992–2010, Österreich 1981–2010, Irland 1980–2009, Luxemburg 1980–2009, Neuseeland 1980–2008, Schweiz 1980–2009.

Daten: LIS, SWIID.

Ländern bleibt sie im Wesentlichen unverändert und in 4 Ländern sinkt sie. In der letzten Gruppe finden sich erneut Irland, Frankreich und Dänemark. Österreich stellt den einzigen Ausreißer dar, da es von einem hohen Ausgangswert einen starken Rückgang verzeichnet. Allerdings ist anzunehmen, dass der Wert für 1980 falsch ist, da schon für 1984 ein unterdurchschnittlich niedriger Gini-Koeffizient angegeben ist. Nimmt man diesen als Ausgangspunkt, stimmt der Trend mit dem der LIS-Daten überein.

Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise sind die Einkommen in den meisten OECD-Staaten gesunken, besonders stark am unteren Ende der Verteilung, wodurch der Gini-Koeffizient der Markteinkommen deutlich gestiegen ist (OECD 2013). Ein Teil der seit 2008 sprunghaft angestiegenen Verschuldung in den EU-Staaten erklärt sich durch die Anforderung, die durch Arbeitslosigkeit und den Einbruch der Wachstumsraten entstandenen Einkommenslücken auszugleichen. Die »automatischen Stabilisatoren« dämpfen zwar den realen Einkommensrückgang, erhöhen aber gleichzeitig die Staatsausgaben. Insbesondere in den südeuropäischen Krisenländern wird deshalb versucht, durch Einsparungen in der Sozialpolitik zur Haushaltskonsolidierung beizutragen. Da nennenswerte Kürzungen in nicht sozialstaatlichen Politikfeldern bereits in der Vergangenheit stattgefunden haben und die Sozialpolitik den größten Ausgabenposten ausmacht, haben viele Regierungen keine andere Wahl, als dort zu kürzen, wo noch Einsparpotenziale sind (Obinger 2012). Damit schwindet die Möglichkeit, durch Zukunftsinvestitionen, etwa in eine verbesserte Bildungsinfrastruktur, spätere Marktungleichheit zu verhindern (Streeck/Mertens 2013).

Bei der Suche nach einer Erklärung für die wachsende Ungleichheit verweist die OECD auf ein Dilemma, vor dem die Politik steht: Liberalisierung, wie sie oben untersucht wurde, steigert zwar die Beschäftigungsquote, lässt aber gleichzeitig Lohnunterschiede anwachsen, was zu höherer Einkommensungleichheit führt. Weniger streng regulierte Produktmärkte, geringere Lohnnebenkosten, niedrige Lohnersatzraten und schwächere Gewerkschaften erhöhen gleichzeitig das Beschäftigungsniveau *und* die Lohnspreizung (OECD 2011: 155). Im Gegensatz dazu wirkt eine Lockerung des Kündigungsschutzes zwar ungleichheitsverschärfend, ohne jedoch die Beschäftigung anzuheben. In der OECD-Analyse wird eine Reihe von Indikatoren verwendet, die oben in den Liberalisierungsindex eingeflossen sind, sodass sich ein negativer Zusammenhang zwischen mehr Liberalisierung und der Einkommensungleichheit vermuten lässt.

Um diesen Zusammenhang zu testen, werden in Tabelle 3-2 und Tabelle 3-3 (siehe Anhang) die Ergebnisse verschiedener multivariater Modelle dargestellt, die neben dem Liberalisierungsindex auch den gewerkschaftlichen Organisationsgrad, die Sozialausgaben eines Landes, die Arbeitslosenquote und die Regierungsbeteiligung von Mitte-links-Parteien berücksichtigen. Für 21 Länder

liegen komplette Zeitreihen von 1980 bis 2010 vor. Aufgrund der Besonderheit von Zeitreihendaten enthält Tabelle 3-2 drei Schätzmodelle, die berücksichtigen, dass Beobachtungen desselben Landes zu verschiedenen Zeitpunkten nicht unabhängig voneinander sind. Alle drei Modelle finden jedoch einen signifikanten und positiven Effekt des Liberalisierungsindex auf die Ungleichverteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen. Während die Gewerkschaftsstärke ungleichheitsdämpfend wirkt, zeigen sich für die anderen Faktoren keine durchgängig signifikanten Effekte. Je nach Schätzverfahren steigt der Gini-Index um 3 bis 6 Punkte beim Übergang vom niedrigsten zum höchsten Wert des Liberalisierungsindex.

Im zweiten Schritt werden sowohl das Niveau als auch die Veränderungsdynamiken der Einkommensungleichheit betrachtet, die durch unterschiedliche Erklärungsfaktoren beeinflusst werden können. Um dies zu erreichen, werden die erklärenden Variablen in zwei Komponenten aufgeteilt werden: Zum einen wird für jedes Land der Durchschnittswert über den gesamten Zeitraum (1980 bis 2005) gebildet und zum anderen jährliche Abweichungen vom Durchschnitt ermittelt (Bartels, B. L. 2008; Allison 2009: 23–25). Die erste Komponente gibt Niveauunterschiede zwischen den Ländern wieder, die zweite erfasst Trends innerhalb jedes einzelnen Landes. Wie aus Modell 1 in Tabelle 3-3 hervorgeht, ist es nicht das durchschnittliche Interventionsniveau, das Unterschiede in der Einkommensverteilung zwischen den Ländern erklärt. Stattdessen verringern starke Gewerkschaften und hohe Sozialausgaben die Einkommensspreizung, eine höhere Arbeitslosenquote vergrößert die Ungleichheit. Die Regierungsbeteiligung linker Parteien hat dagegen keinen Effekt. In der dynamischen Betrachtung des zweiten Modells zeigt sich ein starker und signifikanter Effekt des Liberalisierungsindex. Der im letzten Abschnitt aufgezeigte Liberalisierungstrend sorgt in den untersuchten Ländern für eine Spreizung der verfügbaren Haushaltseinkommen. Der Übergang vom geringsten zum höchsten Indexwert lässt den Gini-Koeffizienten – unter sonst gleichen Bedingungen – um drei Punkte ansteigen. Von den anderen Erklärungsfaktoren beeinflusst nur die Veränderung des gewerkschaftlichen Organisationsgrads die Entwicklung der Einkommensungleichheit.

Länder, die 1980 ein besonders hohes Interventionsniveau aufwiesen, haben – wie der vorherige Abschnitt gezeigt hat – seither eine besonders ausgeprägte Liberalisierungspolitik betrieben, was die Länderunterschiede im Liberalisierungsgrad verringert hat. Da jedoch fast alle Länder einerseits Märkte ausgeweitet und andererseits den Sozialstaat partiell beschnitten haben, steigt in der Mehrzahl von ihnen die Einkommensungleichheit. Liberalisierungspolitik und die Spreizung der verfügbaren Haushaltseinkommen sind systematisch miteinander verknüpft, wie dieser Abschnitt demonstriert hat.

3.2 Fazit

In einem ersten Schritt hat dieses Kapitel gezeigt, dass 23 reiche westliche Demokratien seit 1980 einen Kurs wirtschaftlicher Liberalisierung verfolgt haben, der sich vor allem im regulativen Bereich, aber zum Teil auch in der distributiven Sphäre entfaltet. Erstellt man einen additiven Liberalisierungsindex, wird ein zweifacher Konvergenzprozess sichtbar: Nicht nur bewegen sich alle Länder in dieselbe Richtung, sondern die zuerst am stärksten interventionistischen liberalisieren am energischsten, sodass die Unterschiede zwischen ihnen geringer werden. In den Jahren seit 1980 haben alle 23 untersuchten Länder Allokations- und Distributionsentscheidungen an Märkte übertragen. Im selben Zeitraum ist die Verteilung der Einkommen in der Mehrzahl dieser Staaten ungleicher geworden. Besonders stark hat sich die Ungleichheit der Markteinkommen auseinanderentwickelt, ein Prozess, der durch die Wirtschafts- und Finanzkrise weiter beschleunigt wird. Die Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen ist auch ungleicher geworden, wenngleich der Sozialstaat noch immer egalisierend wirkt. Dennoch kann er die Veränderung in der Verteilung der Primäreinkommen nur teilweise ausgleichen. Zwischen der Liberalisierungspolitik und dem Anstieg der Einkommensungleichheit besteht ein systematischer Zusammenhang, wie die Analysen im letzten Abschnitt nachgewiesen haben.

Mehr Ungleichheit könnte als notwendige Begleiterscheinung von mehr Freiheit gedeutet werden. Liberale Thinktanks wie das *Fraser Institute*, das einen »Index wirtschaftlicher Freiheit« erstellt, erkennen in Deregulierung und Privatisierung ausschließlich einen Freiheitsgewinn. Sie setzen ökonomische Freiheit mit Freiheit insgesamt gleich, mögliche Zielkonflikte zwischen politischer und wirtschaftlicher Freiheit werden nicht gesehen. Im Gegenteil, eine »unbeschränkte Demokratie« gefährde wirtschaftliche Freiheit, die in diesem Verständnis ausschließlich negativ definiert wird. Die Wirkung der Demokratie wird damit, ganz im Sinne Hayeks (1978), der vor »Vielregiererei« warnte und für die »Entthronung der Politik« eintrat, als höchst ambivalent bewertet, und alle Maßnahmen als freiheitsverwirkend gebrandmarkt, die korrigierend in Märkte eingreifen (Gwartney/Lawson/Hall 2012: 2–3). Ein derart reduktionistisches Verständnis von Freiheit steht jedoch in Widerspruch zu einem republikanischen Verständnis (aber auch zum egalitären Liberalismus von John Rawls), das freie Märkte toleriert, solange sie die politische Gleichheit der Bürger nicht gefährden. Republikaner beurteilen eine ungleiche Verteilung der Einkommen und Ressourcen skeptisch, weil sie fürchten, dass sich soziale in politische Ungleichheit übersetzt. Wie sich Einkommensungleichheit auf die Wahlbeteiligung auswirkt, wird im nächsten Kapitel überprüft.

Kapitel 4

Führt soziale zu politischer Ungleichheit?

In den entwickelten Demokratien lassen sich drei Trends beobachten, die nicht zueinanderpassen. Erstens hat die empirische Forschung gezeigt, dass die politische Partizipationswahrscheinlichkeit mit der individuellen Ressourcenausstattung steigt. Bereits Almond und Verba (1963: 379–384) betonten die zentrale Bedeutung von Bildung für die politische Teilhabe. Spätere Studien bestätigen diesen Zusammenhang und zeigen, dass der Bildungsgrad, aber auch das verfügbare Einkommen die Bereitschaft sowohl zu »konventioneller« als auch zu »unkonventioneller« Partizipation steigern (Marsh/Kaase 1979: 115–126; Verba/Nie/Kim 1978: Kapitel 14; Verba/Schlozman/Brady 1995: 348–350; Brady/Verba/Schlozman 1995; Gabriel 2004; Deth 2009: 154). Da zweitens nicht nur der Wohlstand, sondern auch der durchschnittliche Bildungsgrad gestiegen ist, gibt es heute mehr Bürgerinnen und Bürger, die über ein Ressourcenniveau verfügen, das die Beteiligung erleichtern sollte. Dennoch geht drittens die Wahlbeteiligung zurück. Diese widersprüchlichen Trends lassen sich versöhnen, wenn weniger auf die absolute als vielmehr auf die relative Ressourcenausstattung geachtet wird. Seit einigen Jahren wächst daher die Aufmerksamkeit für die politischen Folgen der *Verteilung* partizipationssteigernder Ressourcen.

Für das wachsende Interesse an den politischen Folgen von Ungleichheit gibt es zwei Gründe. Zum einen wächst die Ungleichheit in der Mehrzahl der OECD-Staaten, wie im letzten Kapitel gezeigt wurde. Das hat insbesondere in den USA zu einer Reihe von Forschungsarbeiten geführt, die den Zusammenhang von sozialer und politischer Ungleichheit ins Zentrum stellen. So setzte die Fachvereinigung der amerikanischen Politikwissenschaft (APSA) 2002 eine Arbeitsgruppe zum Thema Demokratie und soziale Ungleichheit ein, die bestehende Forschungsergebnisse zusammengetragen hat (siehe Schlozman et al. 2005). Die Schlussfolgerung der Initiatoren lautet, dass in den USA formale politische Gleichheit durch die zunehmende materielle Ungleichheit gefährdet wird:

The scourge of overt discrimination against African Americans and women has been replaced by a more subtle but potent threat – the growing concentration of the country's wealth, income, and political influence in the hands of the few. (Jacobs/Skocpol 2005: 1)

Der zweite Grund für das Wiedererstarken der Ungleichheitsforschung ist ein methodischer. Statistische Mehrebenenanalysen erlauben es, den Zusammenhang zwischen individueller Ressourcenausstattung und deren gesellschaftlichen Verteilung einerseits – beispielsweise am Gini-Index gemessen – sowie politischer Partizipation und politischen Einstellungen andererseits zu analysieren. So zeigen etwa Anderson und Singer (2008), dass die Zufriedenheit mit dem politischen System insbesondere bei Befragten, die sich politisch links der Mitte verorten, mit dem Grad sozialer Ungleichheit eines Landes sinkt. Solt (2008) weist nach, dass in ungleichen Ländern die soziale Verzerrung von politischem Interesse, Diskussionsbereitschaft und der Wahlteilnahme besonders ausgeprägt ist. Uslaner und Brown (2005) vergleichen die US-Bundesstaaten und können nachweisen, dass Ungleichheit das interpersonale Vertrauen reduziert und dadurch mittelbar die Bereitschaft zu bürgerlichem Engagement sinkt. In italienischen Regionen mit höherer Einkommensungleichheit, so belegen Scervini und Segatti (2012), ist die Wahlbeteiligung von Geringgebildeten besonders stark zurückgegangen, während sich die Beteiligung der Hochgebildeten kaum verändert hat, wodurch das Beteiligungsdifferenzial zwischen diesen Gruppen zunimmt.

Wie ein Anstieg der Einkommensungleichheit die Wahlbeteiligung beeinflusst, wird unterschiedlich eingeschätzt (Brady 2004). Der *ressourcentheoretische* Ansatz, der in der Forschung besonders gängig ist, sieht einen positiven Zusammenhang zwischen den individuell verfügbaren Ressourcen (vor allem Bildung, Kompetenzen und Einkommen) und politischer Beteiligung. Da sowohl der durchschnittliche Bildungsstand als auch das Einkommen zugenommen haben, müsste die politische Partizipationsbereitschaft steigen (Schlozman et al. 2005: 34–36). Soziale Ungleichheit sollte nur dann einen negativen Effekt auf die Schlechtergestellten haben, wenn diese absolut verarmen, wovon aber in den westlichen Staaten nicht auszugehen ist. Im Gegensatz dazu sollte aus *konflikttheoretischer* Sicht zunehmende soziale Ungleichheit zu einer Polarisierung gesellschaftlicher Konflikte führen, die die Partizipationsbereitschaft aller Gruppen steigert. Als eine Variante dieser Perspektive kann das *Median-Voter*-Theorem (Meltzer/Richard 1981) interpretiert werden (Solt 2008: 49), bei dem die Anreize unterer Einkommensgruppen mit dem Grad der Ungleichheit steigen, durch politische Beteiligung Umverteilung einzufordern, während die Reichen gerade dies abzuwehren trachten. Schließlich argumentiert die *Theorie relativer Machtdifferenzen*, dass das politische Engagement der sozial Benachtei-

ligten mit wachsender Ungleichheit abnimmt, da sie realistischerweise annehmen müssen, sich gegen die Bessergestellten nicht durchsetzen zu können (Pateman 1971: 298). Wachsende Ungleichheit nehme den relativen Verlierern den Mut, politisch etwas verändern zu können, sodass die Beteiligungskluft wachse (Goodin/Dryzek 1980: 286; Offe 2013).

4.1 Empirisches Vorgehen

Wer den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Beteiligung untersucht, wird mit einer Reihe von Problemen konfrontiert. Das erste betrifft die Qualität und Vergleichbarkeit von Daten zur Wahlbeteiligung und zur Einkommensverteilung zwischen Ländern und über längere Zeiträume hinweg. In den meisten Studien wird die offizielle Wahlbeteiligung analysiert, die jedoch irreführend sein kann, wenn wie in den USA eine vorherige Registrierung notwendig ist. In diesem Fall geben offizielle Zahlen die Beteiligung der registrierten Wahlberechtigten wieder. Alternativ dazu kann die Wahlbeteiligung durch den Anteil der Wähler an der Bevölkerung im Wahlalter gemessen werden. Aber dies stößt in Ländern wie Luxemburg und der Schweiz auf Probleme, die einen hohen Bevölkerungsanteil nicht wahlberechtigter Personen haben. Als Reaktion auf diese Schwierigkeiten verwenden die meisten Studien offizielle Daten, schließen jedoch einzelne Länder aus, benutzen Länderdummys oder verwenden für die USA die Wahlbeteiligungsrate der Bevölkerung im Wahlalter.

Ein weiteres, vielleicht noch schwerwiegenderes Problem besteht darin, konsistente Daten zur Einkommensverteilung zu erhalten. Zwar bemühen sich sowohl die OECD als auch die *Luxembourg Income Study*, standardisierte Daten zu generieren, aber bislang liegen diese nur für einige Länder und eine Reihe von (unterschiedlichen) Zeitpunkten vor. Solt (2008–2009) hat aus Informationen der Weltbank den Gini-Koeffizienten auf jährlicher Basis errechnet, bei dem sich jedoch für einzelne Länder starke Schwankungen von einem zum nächsten Jahr zeigen, die unplausibel sind, da sich die Einkommensverteilung nur langsam ändert. Schließlich stellt das *University of Texas Inequality Project* für den Zeitraum von 1963 bis 2000 einen Ungleichheitsindex zur Verfügung, der zwar weniger starke Abweichungen, aber dennoch für einige Länder Sprünge enthält. Während sich in den verschiedenen Datenquellen konsistente Unterschiede zwischen Ländern zeigen, sind Längsschnittdaten weniger verlässlich – aber gerade sie wären notwendig, um prüfen zu können, ob eine Zunahme der Ungleichheit die Wahlbeteiligung beeinflusst.

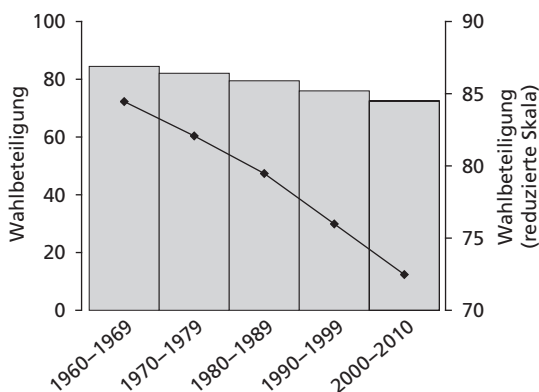
Statt Aggregatdaten zu verwenden, kann auch auf Umfragen zurückgegriffen werden. Sie bieten den Vorteil, dass sie eine Fülle von Informationen über das soziodemografische Profil und die Einstellungen der Befragten liefern und nicht anfällig für den «ökologischen Fehlschluss» (Robinson 1950) sind. Ein Nachteil ist jedoch, dass in Umfragen Nichtwählerinnen und Nichtwähler aus zwei gegenläufigen Gründen nicht eindeutig identifiziert werden können. Zum einen geben mehr Menschen an, gewählt zu haben oder wählen zu wollen, als es tatsächlich Wähler gibt. Mit diesem Problem des *overreporting* haben alle Umfragen zu kämpfen (siehe hierzu Kleinhenz 1995: 75–80; Caballero 2005: 334–336). Insbesondere bei denjenigen, die die Stimmabgabe als besonders wünschenswert erachten, ist die Neigung zur Fehlausekunft höher. Studien, in denen das Antwortverhalten dem tatsächlichen Verhalten gegenübergestellt werden kann, weisen nach, dass politisch Interessierte zur Fehlausekunft neigen, sodass sich Wähler und Nichtwähler möglicherweise ähnlicher sind, als dies Umfragen nahelegen (Eilfort 1994: 138–147; Belli/Traugott/Beckmann 2001; Bernstein/Chadha/Montjoy 2001). Zum anderen hängt jedoch die Bereitschaft, an einer Befragung teilzunehmen, von denselben Faktoren wie die Wahlteilnahme ab. Politisch wenig interessierte Bürgerinnen und Bürger nehmen seltener an Befragungen teil, was zu Verzerrungen führen kann (Eilfort 1994: 135). Wer nicht wählt, hat auch eine niedrigere Bereitschaft, an Umfragen teilzunehmen und ist deshalb unterrepräsentiert (Tourangeau/Groves/Redline 2010).¹ Im Folgenden wird versucht, aus der Not eine Tugend zu machen, indem verschiedene Datenquellen verwendet werden, um den Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Beteiligung zu erhellen. Im ersten Teil werden Aggregatdaten analysiert, im zweiten Umfragen aus 23 Ländern. Führen die Analysen trotz unterschiedlicher methodischer Schwierigkeiten zu ähnlichen Ergebnissen, stärkt dies das Vertrauen in deren Verlässlichkeit.

4.1.1 Die Analyse von Aggregatdaten

In den meisten etablierten Demokratien sinkt die Wahlbeteiligung, während die Ungleichheit im Vergleich zu den Siebziger- und Achtzigerjahren zugenommen hat. Ob und wie beide Trends zusammenhängen, ist jedoch umstritten. Lister (2007) findet für 15 Länder zwischen 1963 und 1993 einen negativen Effekt der Einkommensungleichheit auf die Höhe der Wahlbeteiligung. Allerdings weist

1 Während Ansolabehere und Hersh (2012) der Fehlausekunft von Nichtwählerinnen und Nichtwählern größeres Gewicht als der Unterrepräsentation echter Nichtwählerinnen und Nichtwähler zusprechen, kritisieren Berent und Koautoren (2011), dass die Validierung des Wahlverhaltens aufgrund fehlerhafter Wahlregister nicht gelingt, und schätzen das Ausmaß der Verzerrung durch mangelnde Repräsentativität von Umfragen höher ein als das durch fehlerhafte Selbstauskünfte der tatsächlich Befragten.

Abbildung 4-1 Die Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen in 23 westlichen Demokratien



Die Balken zeigen die Höhe der Wahlbeteiligung auf einer Skala von 0 bis 100, wohingegen die Linie sich auf die reduzierte rechte Skala bezieht.

Daten: IDEA.

Arzheimer (2008) mit denselben Daten nach, dass die Ergebnisse einer genauen Überprüfung nicht standhalten. In diesem Abschnitt wird diese Kontroverse aufgegriffen, weil es inzwischen möglich ist, nicht nur den Beobachtungszeitraum, sondern auch die Ländergruppe zu erweitern. Auf breiterer empirischer Grundlage bestätigen sich mit den von Arzheimer vorgeschlagenen Methoden Listers Ergebnisse.

Vor der statistischen Analyse lohnt ein Blick auf die Entwicklung der Wahlbeteiligung in den 23 westlichen Demokratien, die im Folgenden untersucht werden. Mair (2006: 10–11) stellt fest, dass im Durchschnitt der etablierten Demokratien weniger das Ausmaß des Wahlbeteiligungsrückgangs, sondern die Konsistenz des Trends bemerkenswert ist. Mit jedem Jahrzehnt seit den Sechzigerjahren ist die Wahlbeteiligung etwas gefallen. Die Veränderung vollzieht sich langsam und zuerst kaum merklich, aber über mehrere Jahrzehnte hinweg sinkt die Wahlbeteiligung deutlich von durchschnittlich 84 Prozent in den Sechzigerjahren auf noch 72 Prozent in den Zweitausenderjahren (Abbildung 4-1). Während in den drei Ländern mit Wahlpflicht – Australien, Belgien und Luxemburg – konstant mehr als 90 Prozent der Wahlberechtigten an nationalen Parlamentswahlen teilnehmen, ist die Beteiligung in allen anderen Ländern, bis auf Spanien und Dänemark, gefallen. Den größten Rückgang verzeichnen Finnland, Frankreich, Kanada und Portugal. Besonders niedrig fällt die Wahlbeteiligung traditionell in der Schweiz und den USA aus.

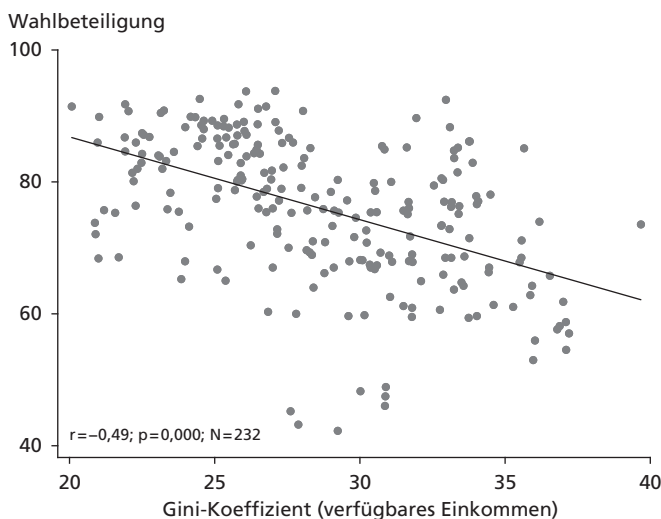
Um die sinkende Wahlbeteiligung zu erklären, müssen einerseits institutionelle Variablen beachtet werden, die Niveauunterschiede in der Beteiligung erklären, aber auch solche, die sich über Zeit verändern. Listers ursprüngliche Analyse beruht auf dem *Comparative Welfare States Data Set* in der Version von 1997, bei der die Datenreihen 1993 enden. Seither sind neuere Versionen veröffentlicht worden, die inzwischen bis in das Jahr 2011 reichen und im Folgenden verwendet werden.² Neben Informationen über den Sozialstaat enthält dieser Datensatz Variablen zum politischen System, auf die sich die Analysen stützen. Kombiniert werden diese Kennziffern mit dem von der Universität Texas bereitgestellten »Theil-Index«, der ähnlich wie der Gini-Koeffizient Auskunft über die Verteilung der Haushaltseinkommen gibt. An Listers Analyse kritisiert Arzheimer (2008: 686), er berechne zwar für Längsschnittdaten korrigierte Standardfehler (*panel corrected standard errors*), beachte aber nicht, dass diese Vorgehensweise für lückenhafte Datenreihen mit wenigen Beobachtungspunkten nicht die geeignete Methode sei. Stattdessen sollten robustere Verfahren angewandt werden, wie etwa *Bootstrapping* oder der GEE-Ansatz (*generalized estimating equations*). Die Feinheiten dieser Methoden müssen hier nicht diskutiert werden; entscheidend ist, dass der von Lister ermittelte negative Effekt der Einkommensungleichheit laut Arzheimer (2008: 687, Tabelle 2) verschwindet, wenn sie auf dieselben Daten angewandt werden. Auch Scruggs und Stockemer (2012) finden im internationalen Vergleich keinen Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung und Wahlbeteiligung. Sie kritisieren an der bestehenden Literatur den aus ihrer Sicht einseitigen Fokus auf westliche Länder und plädieren stattdessen dafür, alle Demokratien in die Analyse einzuschließen. Folge man diesem Rat, ließen sich keine negativen Auswirkungen von Ungleichheit auf die Wahlbeteiligung feststellen.³

Die Kontroverse zwischen Lister und Arzheimer wird im Folgenden aufgegriffen, indem die Analyse in drei Schritten ausgeweitet wird. Zuerst ist es möglich, die Berechnungen mit denselben Erklärungsfaktoren, aber für einen längeren Zeitraum und für 21 statt 15 Länder durchzuführen. Im zweiten Schritt wird ein anderes Ungleichheitsmaß verwendet, das es erlaubt, die Länderzahl auf 22 zu erhöhen und den Beobachtungszeitraum nochmals auszudehnen. Schließlich werden drittens zusätzliche, in der Literatur zur Wahlbeteiligung gängige Variablen eingeschlossen, die von Lister ignoriert wurden. Einen ersten

2 Genaue Quellenangaben zu allen verwendeten Datensätzen finden sich in Tabelle 4-1 im Anhang.

3 Diese Kritik trifft auch auf die folgenden Analysen zu, die sich auf 23 etablierte Demokratien konzentrieren. Allerdings muss in den Sozialwissenschaften nicht vorausgesetzt werden, dass sich Gesetzmäßigkeiten finden lassen, die zu jeder Zeit und in allen Regionen in gleicher Weise gelten.

Abbildung 4-2 Einkommensungleichheit und Beteiligung bei Wahlen in Ländern ohne Wahlpflicht, 1960–2010



Jeder Punkt steht für eine nationale Parlamentswahl in Ländern ohne Wahlpflicht. Australien, Belgien, Luxemburg, Griechenland und Italien (bis 1992) haben eine formale Wahlpflicht. In Kapitel 10 werden Ausgestaltung und Auswirkung der Wahlpflicht ausführlich diskutiert. Der Gini-Koeffizient wird auf Grundlage der nach Steuern und Transfers verfügbaren Haushaltseinkommen berechnet.

Daten: IDEA, SWIID.

Eindruck des Zusammenspiels von Ungleichheit und Wahlbeteiligung liefert Abbildung 4-2. In ihr wird in einem Streudiagramm für alle Länder ohne Wahlpflicht die Korrelation zwischen dem Gini-Koeffizienten der nach Steuern und Transfers verfügbaren Haushaltseinkommen und der Höhe der Wahlbeteiligung dargestellt: Je ungleicher die Einkommen zum Zeitpunkt einer Wahl verteilt sind, desto niedriger liegt die Wahlbeteiligung.

Wie Tabelle 4-2 im Anhang zu entnehmen ist, hält dieser Zusammenhang auch einer multivariaten Überprüfung stand. Selbst unter Verwendung von restriktiven statistischen Verfahren besteht ein signifikanter negativer Effekt der Einkommensungleichheit, der unabhängig vom verwendeten Modell ist. In allen drei Berechnungen besteht ein negativer Zusammenhang zwischen dem Grad der Ungleichheit und der Höhe der Wahlbeteiligung. Neben der Einkommensungleichheit erweisen sich nur die frühere Wahlbeteiligung, eine gesetzliche Wahlpflicht und ein präsidentielles Regierungssystem als durchgängig signifikante Erklärungsfaktoren. Im nächsten Schritt werden Parlamentswahlen aus

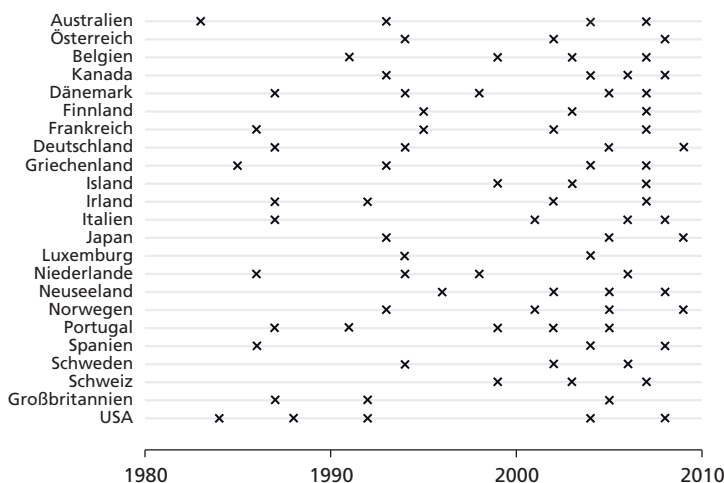
22 Ländern im Zeitraum von 1960 bis 2010 untersucht, wobei dieselben Variablen und Methoden wie bisher verwendet werden. Statt des Theil-Indexes wird jedoch der Gini-Koeffizient als Maß der Ungleichheit verwendet, da er für alle Länder und bis 2010 zur Verfügung steht. Die in Tabelle 4-3 abgetragenen Ergebnisse stimmen mit den vorherigen überein: Auch für den längeren Zeitraum bestätigt sich in allen Modellvarianten der negative Einfluss der Einkommensungleichheit auf die Wahlbeteiligung.

Die bisherigen Analysen schließen wichtige Variablen aus, die in zwei Überblicksaufsätzen zur Wahlbeteiligung hervorgehoben werden, wie etwa die Bevölkerungsgröße, die Anzahl der Parteien oder die Knappheit des Wahlausgangs (gemessen als der Abstand zwischen der stärksten und der zweitstärksten Partei; Blais 2006; Geys 2006). Darüber hinaus weisen Radcliff und Davies (2000) darauf hin, dass Gewerkschaften in der Vergangenheit zur politischen Mobilisierung ihrer Mitglieder beigetragen und zur Wahlteilnahme motiviert haben. Die anhaltenden Mitgliederverluste in vielen westlichen Ländern führen ihrer Ansicht nach zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung. In Tabelle 4-4 werden diese vier erklärenden Variablen in dieselben Modelle wie zuvor eingeschlossen, doch ändert dies am Effekt der Einkommensungleichheit nichts. Während die Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien – die einerseits beim Urnengang die Auswahlmöglichkeiten erhöht, aber andererseits die aus einer Wahl hervorgehende Regierungskoalition schwieriger vorhersehbar macht – die Wahlbeteiligung senkt, legen zumindest zwei Modelle nahe, dass stärkere Gewerkschaften die Wahlbeteiligung erhöhen. Da jedoch der gewerkschaftliche Organisationsgrad fast flächendeckend sinkt, lässt sich ein Teil der rückläufigen Wahlbeteiligung darauf zurückführen. Unabhängig davon geht aus allen Modellen hervor, so das Fazit dieses Abschnitts, dass die Wahlbeteiligung in den Ländern niedriger ist, in denen die verfügbaren Haushaltseinkommen ungleicher verteilt sind.

4.1.2 Mobilisierung, Spaltung oder Resignation: Die Auswirkung von Ungleichheit auf die Beteiligung sozialer Gruppen

Der Zusammenhang zwischen (Einkommens-)Ungleichheit und der durchschnittlichen Wahlbeteiligung sagt nichts darüber aus, *wer* bei sinkender Wahlbeteiligung der Wahlurne fernbleibt. Wie oben erläutert wurde, ist aber gerade diese Frage in der theoretischen Literatur umstritten. Die Hypothesen reichen von der Mobilisierung aller Gruppen über eine Spaltung der Beteiligungsbereitschaft bis hin zur Entpolitisierung, die die Wahlteilnahme aller Einkommensgruppen senkt. Mit Aggregatdaten lässt sich das Muster der Nichtwahl nicht entziffern, hierfür werden Umfragen benötigt. In diesem Abschnitt werden deshalb Wahlbefragungen aus den 23 Ländern zwischen 1980 und 2010 analysiert,

Abbildung 4-3 Ausgewertete Wahlbefragungen in 23 Demokratien



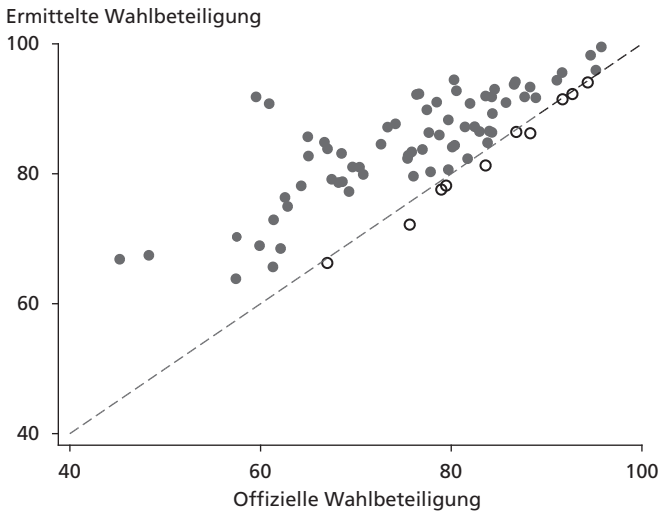
Jedes Kreuz steht für eine nationale Wahl, für die eine geeignete Nachwahlbefragung vorliegt, die in diesem Abschnitt ausgewertet wird.

Daten: UMFAGEN.

die sich auf die Beteiligung an 85 nationalen Wahlen beziehen. Die Frage nach der Wahlteilnahme bezieht sich in allen Fällen rückblickend auf die letzte Wahl. In den meisten Ländern wird die Beteiligung an nationalen Parlamentswahlen abgefragt, nur in Frankreich und den USA wird die Wahlteilnahme an der Präsidentschaftswahl erhoben. Abbildung 4-3 zeigt, für welche Wahljahre Umfragen gefunden wurden, die ausgewertet werden.

Das Problem der umfragebasierten (Nicht-)Wahlforschung liegt, wie oben bereits erläutert, in der Schwierigkeit, Nichtwählerinnen und Nichtwähler zweifelsfrei zu identifizieren. In fast allen Befragungen liegt der Wähleranteil deutlich über der tatsächlichen Wahlbeteiligung. Selb und Munzert (2013) zeigen, dass in 126 von 128 Nachwahlbefragungen der Wähleranteil überschätzt wird. Auch bei den 85 Wahlen, die im Folgenden ausgewertet werden, liegt der Wähleranteil bis auf wenige Ausnahmen deutlich über der tatsächlichen Beteiligung, wie sich Abbildung 4-4 entnehmen lässt. Zusammen mit den bereits oben angesprochenen Problemen der Datenqualität erschwert es die in Umfragen nur näherungsweise zu ermittelnde Wahlbeteiligung, ein verlässliches Bild von Wahlbeteiligungsunterschieden zu bekommen, weil sich nicht abschätzen lässt, wie groß der Anteil von Fehlantworten ist und wie stark tatsächliche Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Umfragen unterrepräsentiert sind. Hinzu kommt

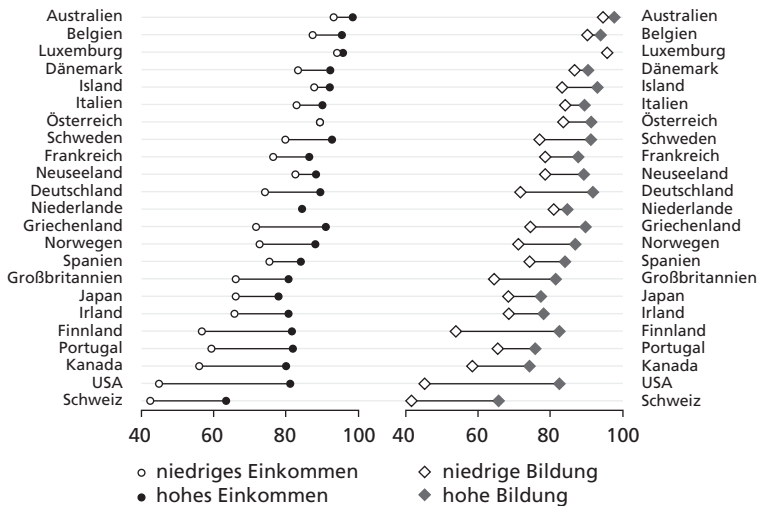
Abbildung 4-4 Offizielle und in Umfragen ermittelte Wahlbeteiligung für 85 Wahlen



Die ausgefüllten grauen Kreise kennzeichnen Fälle, in denen die aus Umfragen ermittelte Wahlbeteiligung über der offiziellen Wahlbeteiligung liegt.
Daten: IDEA, UMFragen.

als weitere Herausforderung, dass es große Unterschiede darin gibt, welche Variablen erhoben werden und wie dies geschieht. So kann die Bildung über den Schulabschluss oder die Dauer des Schulbesuchs abgefragt werden, wobei die Schulabschlüsse entweder in groben Kategorien oder fein aufgeschlüsselt erhoben werden. Ähnliches gilt für das Einkommen, das in Kategorien oder als Betrag der nationalen Währung, als individuelles oder als Familieneinkommen abgefragt wird. Um dennoch eine große Anzahl von Wahlen analysieren zu können, ist es notwendig, relativ grobe Einteilungen der Befragten vorzunehmen. Bei der Bildung wurde versucht, für jede Wahl drei annähernd gleich große Gruppen zu bilden. Da der Anteil der Höhergebildeten zunimmt, bedeutet »geringe Bildung« in der Gegenwart nicht dasselbe wie in der Vergangenheit, und auch zwischen den Ländern unterscheidet sich, mit welchem Schulabschluss jemand als gering- oder hochgebildet gilt. Aber zu jedem Zeitpunkt gibt es in einer Gesellschaft Menschen mit unter- und solche mit überdurchschnittlicher Bildung, und Ziel der folgenden Analysen ist es, Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen diesen Gruppen zu ermitteln. Beim verfügbaren Haushaltseinkommen ist die Vorgehensweise ähnlich. Hier wurden für jede Wahl fünf (annähernd) gleich große Gruppen gebildet, wodurch Einkommensfünftel

Abbildung 4-5 Wahlbeteiligungsunterschiede zwischen Einkommens- und Bildungsgruppen in 23 Ländern



Dargestellt sind die (mit 100 multiplizierten) vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten der individuellen Wahlbeteiligung, die auf einem für jedes Land einzeln geschätzten logistischen Regressionsmodell beruhen, das jeweils nur Alter und Geschlecht als weitere Variablen enthält. Die Daten sind so gewichtet, dass die durchschnittliche Beteiligung der offiziellen Wahlbeteiligung entspricht.

Daten: IDEEA, UMFRAGEN.

miteinander verglichen werden können. Obwohl demografische Angaben wie Geschlecht und Alter in allen Befragungen erhoben werden, gilt dies für weitere Merkmale wie etwa die Gewerkschaftsmitgliedschaft, Arbeitslosigkeit oder das politische Interesse nicht immer. Sobald diese Kontrollvariablen eingeschlossen werden, reduziert sich die Fallzahl deutlich.

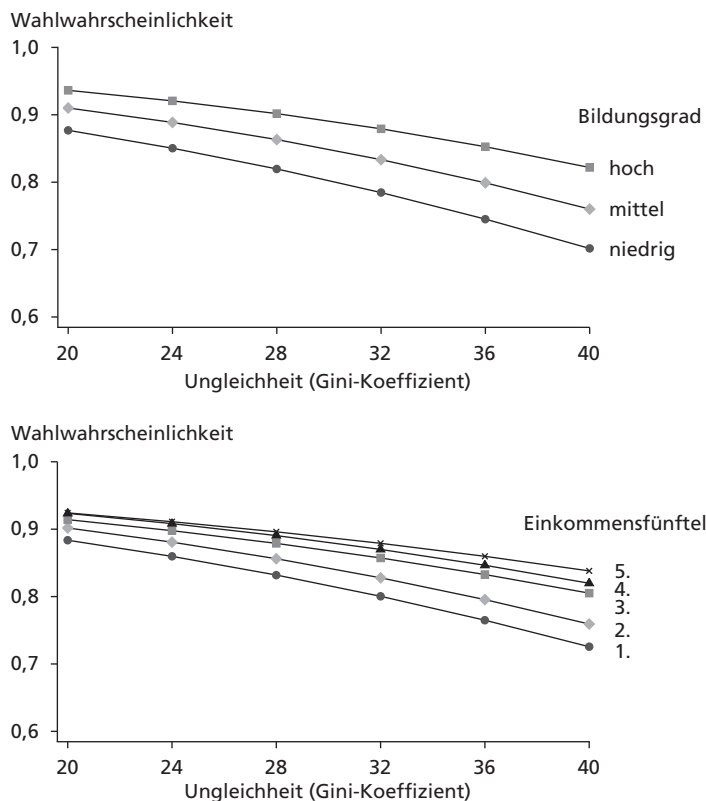
In einem ersten Schritt werden die Beteiligungsunterschiede zwischen Bildungs- und Einkommensgruppen veranschaulicht, wobei die jeweils niedrigste der höchsten Gruppe gegenübergestellt wird. Die Länder in Abbildung 4-5 sind nach der Höhe der offiziellen Wahlbeteiligung geordnet, sodass die drei Länder mit Wahlpflicht oben stehen und die Schweiz sowie die USA unten. In den meisten Fällen liegt die Beteiligungsrate in der höchsten Bildungsgruppe und im oberen Einkommensfünftel über der der Vergleichsgruppe. In der Tendenz fallen die Unterschiede in Ländern mit geringer Wahlbeteiligung größer aus, wenngleich insbesondere beim Einkommen das Muster von mehreren Ländern durchbrochen wird. Für die Bildungsgruppen ergibt sich ein relativ konsistentes

Bild, mit dem bestätigt wird, dass die soziale Spreizung bei einer geringen Wahlbeteiligung zunimmt. Doch bleibt die Frage, ob die Höhe der Wahlbeteiligung wie auch die aufgezeigten Beteiligungsunterschiede durch die Einkommensverteilung erklärt werden können.

Um diese Frage zu beantworten, werden Wahlumfragen mit den bereits aus dem vorherigen Abschnitt bekannten Makroindikatoren kombiniert. Auch bei der Analyse von Individualdaten entsteht ein konsistentes Bild, was die Wirkung der Einkommensungleichheit angeht: In allen Modellvarianten, die in Tabelle 4-5 und Tabelle 4-6 im Anhang aufgeführt werden, wirkt sich größere Ungleichheit negativ auf die Wahlbeteiligung aus. Selbst nach der Berücksichtigung von institutionellen Unterschieden und der Kontrolle einer Reihe von Individualmerkmalen bleibt ein substanzieller Einfluss der Einkommensungleichheit bestehen: Unter sonst gleichen Umständen liegt die Wahlbeteiligung im Land mit der am stärksten ungleichen Einkommensverteilung 11 Prozentpunkte niedriger als im egalitärsten Land. Damit ist die Effektstärke größer als die einer gesetzlichen Wahlpflicht, größer als der Unterschied zwischen parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystemen oder als der zwischen föderalen und unitarischen Staaten. Obwohl die Einkommensverteilung nicht der einzige relevante Erklärungsfaktor ist, sticht sie dennoch einige in der Literatur immer wieder hervorgehobene Erklärungen aus. So leisten weder die Knappheit des Wahlausgangs, die Bevölkerungsdichte oder das Wirtschaftswachstum noch die Gewerkschaftsstärke einen signifikanten Erklärungsbeitrag zur individuellen Wahlbereitschaft.

Aufseiten der individuellen Merkmale stimmen die Ergebnisse mit dem überein, was empirische Untersuchungen immer wieder finden. Besonders junge sowie ältere Menschen über 70 wählen seltener als mittlere Altersgruppen; Frauen haben eine minimal geringere Wahlbeteiligung; Gewerkschaftsmitglieder wählen häufiger als Nichtmitglieder und die Beteiligung von Arbeitslosen liegt unter der von Nicht-Arbeitslosen. Mit höherer Bildung und höherem Einkommen steigt die Bereitschaft, an Wahlen teilzunehmen. Bis hierher stützen die Ergebnisse die Annahmen der Ressourcentheorie, doch entscheidend für die Bewertung der konkurrierenden Theorien über die Wirkung sozialer Ungleichheit ist, ob sich die Beteiligungsraten von sozialen Gruppen zwischen relativ egalitären und eher ungleichen Ländern unterscheiden. Um dies zu überprüfen, wird nun das Zusammenspiel von individueller Bildung und dem Haushaltseinkommen einerseits mit der Einkommensverteilung andererseits untersucht. Da in nicht linearen Modellen weder das Vorzeichen noch die Signifikanz eines Interaktionseffekts zuverlässige Aussagen über den getesteten Zusammenhang zulassen (Ai/Norton 2003: 124; Brambor/Clark/Golder 2006: 78), werden die Ergebnisse erneut grafisch dargestellt.

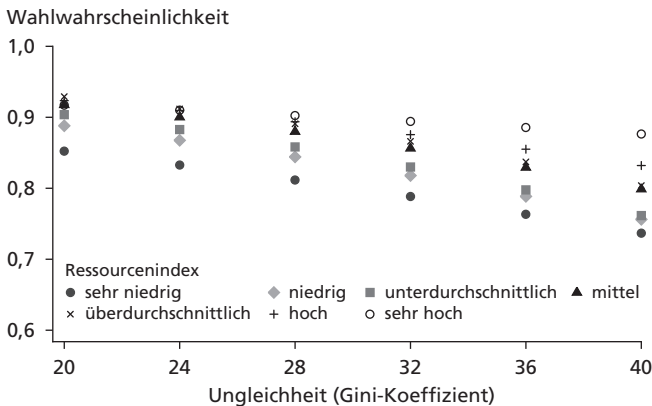
Abbildung 4-6 Die differenzielle Wirkung der Ungleichheit



Dargestellt ist die statistisch ermittelte Wahrscheinlichkeit von drei Bildungs- und fünf Einkommensgruppen, an nationalen Wahlen teilzunehmen (siehe Tabellen 4-5 und 4-6). Als Ungleichheitsmaß wird der Gini-Koeffizient der nach Steuern und Transfers verfügbaren Haushaltseinkommen verwendet.
Daten: IDEA, UMFRAGEN.

In Abbildung 4-6 ist jeweils die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, sich an Wahlen zu beteiligen, für drei Bildungs- und fünf Einkommensgruppen dargestellt (die Darstellung beruht auf dem jeweils zweiten Modell in Tabelle 4-5 und Tabelle 4-6). Beide Grafiken zeigen nicht nur, dass die Wahlbeteiligung aller Gruppen in ungleichen Ländern niedriger als in egalitären ausfällt, sondern es wird auch eine stärkere Spreizung der Beteiligung sichtbar. In Ländern mit ungleich verteilten Haushaltseinkommen ist der Unterschied zwischen den Bildungs- und Einkommensgruppen mehr als dreimal größer als in egalitären Län-

Abbildung 4-7 Die Wahlbeteiligung sozialer Gruppen in Abhängigkeit von der Einkommensungleichheit



Dargestellt ist die statistisch ermittelte Wahrscheinlichkeit, an nationalen Wahlen teilzunehmen. Der Ressourcenindex verknüpft additiv Bildungs- und Einkommensgruppen. Als Ungleichheitsmaß wird der Gini-Koeffizient der nach Steuern und Transfers verfügbaren Haushaltseinkommen verwendet. Siehe Tabelle 4-7.

Daten: IDEA, UMFragen.

dern. Obwohl selbst in Ländern mit einer egalitären Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen Beteiligungsunterschiede feststellbar sind, fallen diese in ungleichen Ländern deutlich größer aus, was die Theorie relativer Machtdifferenzen stützt, die einen negativen Effekt der Ungleichheit vor allem bei den Ressourcenarmen erwarten lässt, die glauben, sich politisch nicht durchsetzen zu können.

Bisher wurde die Wirkung von Einkommen und Bildung jeweils getrennt betrachtet, aber beide können gemeinsam vorliegen und sich gegenseitig verstärken. Während ein positiver Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Einkommen besteht, sind beide nicht deckungsgleich, da es sowohl Geringgebildete mit überdurchschnittlichem Einkommen als auch die umgekehrte Kombination gibt. Um den Effekt der Ressourcenverteilung erfassen zu können, wird ein Index gebildet, der drei Bildungs- und fünf Einkommensgruppen additiv verknüpft und der von 2 (niedrige Bildung, niedriges Einkommen) bis 8 (hohe Bildung, hohes Einkommen) reicht. Dieser Index wird erneut in einem Modell mit Kontrollvariablen auf Mikro- und Makroebene getestet, um die kombinierte Wirkung beider Ressourcenarten abzuschätzen (siehe Tabelle 4-7). Die Ergebnisse werden in Abbildung 4-7 dargestellt. Erneut zeigt sich, dass sich in allen Ländern die Ressourcenreichen in größerer Zahl an Wahlen beteiligen als die

Ressourcenarmen. Doch in egalitären Ländern fallen die Unterschiede geringer aus als in ungleichen. Besonders die am wenigsten Begünstigten einer Gesellschaft bleiben der Wahlurne fern, wenn die Ressourcen in einer Gesellschaft ungleich verteilt sind, womit der Wert der Freiheit für Arme dort besonders gering ausfällt.

Im nächsten Kapitel wird am deutschen Beispiel ausführlich dargestellt, wie politische Einstellungen zwischen individuell verfügbaren Ressourcen und politischer Partizipation vermitteln. Wer über ein höheres Einkommen verfügt, neigt stärker dazu, sich mit einer Partei zu identifizieren; ist zufriedener mit der Funktionsweise der Demokratie, aber auch mit Regierungen und Parlamenten; akzeptiert eher die Wahlnorm und ist stärker davon überzeugt, dass Wahlen und wer regiert einen Unterschied machen, und interessiert sich stärker für Politik. Mit den Ressourcen steigt die Wahrscheinlichkeit, genau jene Einstellungen aufzuweisen, die auch die Beteiligung an Wahlen wahrscheinlich machen. Im Idealfall ließe sich international vergleichend testen, ob sich soziale Gruppen in diesen Einstellungen unterscheiden. Mit den vorliegenden Umfragen ist das jedoch nicht über einen längeren Zeitraum und für eine große Ländergruppe möglich. Doch zumindest haben die Ergebnisse dieses Abschnitts auch dann Bestand, wenn das politische Interesse in den Analysen berücksichtigt wird.

4.2 Fazit: Die Rückkoppelung zwischen Beteiligung und Ungleichheit

In diesem wie schon im vorangegangenen Kapitel lag der Schwerpunkt auf langfristigen Trends in 23 entwickelten Demokratien. In der Mehrzahl dieser Länder, und Deutschland bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme, hat in den letzten drei Jahrzehnten die Ungleichverteilung der Einkommen zu-, während parallel dazu die Wahlbeteiligung abgenommen hat. Ob und wie diese beiden Trends zusammenhängen, ist sowohl empirisch als auch theoretisch umstritten. Die Auswertung von Aggregatdaten in 23 Demokratien zeigt, dass die Wahlbeteiligung in ungleichen Ländern niedriger ausfällt, selbst wenn eine ganze Fülle von institutionellen und sozioökonomischen Faktoren beachtet wird. Auch die Analyse von Umfragen zu 85 nationalen Wahlen in derselben Ländergruppe bestätigt diesen Befund: Je ungleicher die verfügbaren Haushaltseinkommen zum Zeitpunkt einer Wahl verteilt sind, desto niedriger fällt die individuelle Wahlbeteiligung aus. Gleichzeitig wirkt sich die Einkommensungleichheit unterschiedlich auf soziale Gruppen aus. Denn in ungleichen Ländern sind es Menschen mit geringem Einkommen und geringer Bildung, die die niedrigsten Partizipationsraten

aufweisen, während die Beteiligungsbereitschaft der Ressourcenreichen weniger stark beeinflusst wird. Auch wenn für die Herleitung der genauen Mechanismen, die zu politischer Apathie führen, auf spätere Kapitel verwiesen werden muss, sprechen die bisher präsentierten ländervergleichenden Befunde für die *Theorie relativer Machtdifferenzen*. Diese Theorie geht davon aus, dass große Unterschiede in den individuell verfügbaren Ressourcen die am wenigsten Begünstigten lehren, sie könnten sich politisch nicht durchsetzen, weil ihre Stimme nichts gegen die Interessen der Bessergestellten bewirke. Und tatsächlich glauben, wie später am deutschen Beispiel gezeigt wird, untere Einkommensgruppen überdurchschnittlich häufig, »die da oben« interessierten sich nicht für sie und die Stimmabgabe bei Wahlen mache keinen Unterschied. Es ist also nicht allein die Höhe der individuell verfügbaren Ressourcen, sondern vielmehr die mit der Ressourcenverteilung veränderte Motivation, die Beteiligungsdifferenzen vergrößert. Die durch Marktausweitung forcierte Einkommensungleichheit wirkt Beteiligungshemmend, wenn sie die Schlechtergestellten entmutigt, durch politisches Handeln das eigene Leben verbessern zu können.

Die Befunde dieses Kapitels sind auch deshalb aus demokratietheoretischer Sicht beunruhigend, weil eine Wirkungskette aus wachsender sozialer Ungleichheit, ungleicher politischer Partizipation und schließlich Entscheidungen zugunsten der politisch Aktiven entstehen könnte, in deren Folge die Nichtbeteiligten benachteiligt werden. Wer nicht wählt (oder anderweitig seine Interessen artikuliert), zählt möglicherweise weniger als die politisch Aktiven, wenn strittige Entscheidungen anstehen (Lijphart 1997: 3–4). Eine Reihe von neueren Studien legt nahe, dass dies so ist. Denn in Ländern mit höherer Wahlbeteiligung fallen – unter sonst gleichen Bedingungen – nicht nur die Sozialausgaben (Hicks/Swank 1992; Crepaz 1998), sondern auch der Grad an Umverteilung höher aus (Mahler 2008), was zusammengenommen dazu führt, dass die Einkommensungleichheit geringer ist (Anderson/Beramendi 2008; Mahler 2010). Einen möglichen Grund für diese Zusammenhänge diskutieren Pontusson und Rueda (2010), die nachweisen, dass sich Mitte-links-Parteien in Ländern mit hoher Wahlbeteiligung programmatisch weiter links positionieren.

Für die USA können Bartels (2008: Kapitel 9) und Gilens (2012: 81, *passim*) darüber hinaus belegen, dass Abgeordnete nur dann die politischen Präferenzen der Einkommensschwachen berücksichtigen, wenn diese mit denen der Oberschicht übereinstimmen. Bevorzugen sie hingegen andere Politiken, haben sie keinen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten. Dies bestätigt der internationale Vergleich. Die Kongruenz zwischen der politischen Selbsteinschätzung von unteren Einkommensgruppen mit den Positionen von Parteien und Regierungen fällt geringer aus als die höherer Einkommensgruppen – und besonders groß fällt die Diskrepanz in Ländern mit ungleicher Einkommens-

verteilung aus (Giger/Rosset/Bernauer 2012; Rosset/Giger/Bernauer 2013). Die Anliegen derjenigen, die eine schwache Position am Markt haben und häufiger auf Leistungen des Sozialstaats angewiesen sind, laufen Gefahr übergangen zu werden, wenn sie nicht wählen. Je mehr sich jedoch die Politik an den Wählern orientiert, desto wahrscheinlicher werden politische Entscheidungen, die soziale Ungleichheit verschärfen. Diese Möglichkeit ist auch deshalb plausibel, weil soziale Klassen in Verteilungsfragen unterschiedliche Präferenzen aufweisen, wie Svallfors (2006: Kapitel 5) zeigen kann. Aus neorepublikanischer Sicht droht somit ein Teufelskreis, der für die sozial Schwachen den Status als freie Bürger gefährdet. Rechtliche Gleichheit verhindert unter Bedingungen wachsender sozialer Ungleichheit den Anstieg politischer Ungleichheit nicht, wodurch das demokratische Grundprinzip ausgehöhlt wird, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleich viel zählen.

Kapitel 5

Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Deutschland

Die Liberalisierungspolitik der vergangenen drei Jahrzehnte hat Markt- und Haushaltseinkommen ungleicher verteilt und zum Rückgang der Wahlbeteiligung beigetragen. Beide Trends lassen sich auch in Deutschland beobachten, das bis in die Achtzigerjahre nicht nur zu den besonders egalitären, sondern auch zu den Ländern mit überdurchschnittlich hoher Wahlbeteiligung gehörte. Seitdem haben sich beide Werte dem OECD-Durchschnitt angenähert. Bei der Bundestagswahl 2013 verzichteten fast 18 Millionen Wahlberechtigte darauf, ihre Stimme abzugeben. Zwar stieg die Wahlbeteiligung im Vergleich zur vorherigen Bundestagswahl um 0,7 Prozentpunkte, doch 2009 war der Nichtwähleranteil besonders stark angestiegen, und das obwohl bereits 2005 die Wahlbeteiligung zum ersten Mal seit 1949 unter die 80-Prozent-Marke gerutscht war. Die Wählerwanderungsanalysen von *infratest dimap* zeigen zudem, dass mehr als drei Viertel der Nichtwählerinnen und Nichtwähler von 2009 auch 2013 nicht wählten (*infratest dimap* 2013). Trotz dieser Veränderungen hat die deutsche Politikwissenschaft die Nichtwählerinnen und Nichtwähler lange Zeit vernachlässigt und vor allem die wachsende soziale Kluft in der Wahlbeteiligung ignoriert. Für viele wirkt der Verweis auf Beteiligungsunterschiede zwischen Einkommens- oder Bildungsgruppen altbekannt, doch das scheinbar Bekannte verändert sich im Zeitverlauf. Denn wer Umfragen und Wahlstatistiken aus den Siebziger- oder frühen Achtzigerjahren auswertet, findet in Deutschland kaum Beteiligungsunterschiede zwischen sozialen Gruppen. Bei der hohen Wahlbeteiligung, die zu dieser Zeit üblich war, fielen verbleibende Unterschiede im Vergleich zu heute minimal aus. Erst mit dem Rückgang der Wahlbeteiligung spreizen sich die schichtspezifischen Beteiligungsraten, sodass sich Wähler und Nichtwähler stärker unterscheiden. Mit dem Rückgang der Wahlbeteiligung gewinnt die demokratietheoretisch relevante Frage, wer nicht wählt und wie dieses Verhalten erklärt werden kann, erneut an Bedeutung.

Im Folgenden wird im Längsschnitt untersucht, wie sich die individuelle Wahlteilnahme in Deutschland verändert hat. Dabei setze ich mich mit gängigen Thesen über die Nichtwahl auseinander. Die Analysen in diesem Kapitel stützen sich größtenteils auf Umfragen und werten aus, wer sich darin zur

Nichtwahl bekennt. Aufgrund der im vorherigen Kapitel erläuterten Probleme, Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Umfragen eindeutig zu identifizieren, wird in diesem Kapitel vor allem auf Trends und Unterschiede zwischen sozialen Gruppen verwiesen, ohne anzunehmen, dass dies die reale Beteiligung exakt widerspiegelt.

5.1 Der Rückgang der Wahlbeteiligung in Deutschland

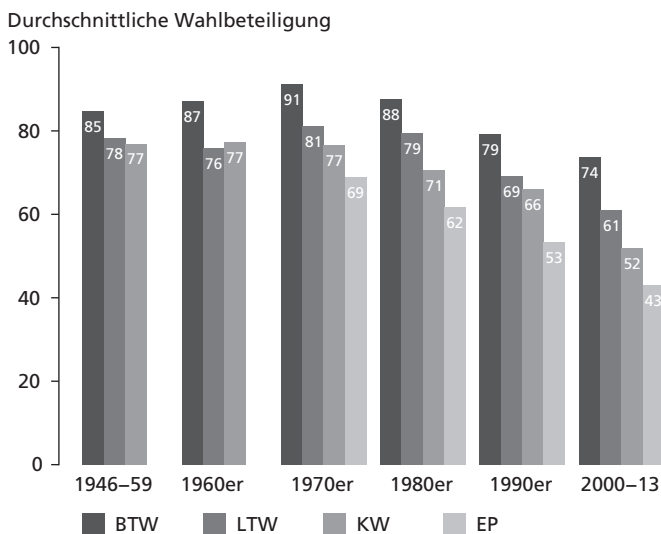
Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Nichtwahl folgt Konjunkturen, die mit der Entwicklung der Wahlbeteiligung verbunden sind. Nachdem bei der ersten gesamtdeutschen Wahl die Zahl der Nichtwählerinnen und Nichtwähler massiv angestiegen war, entstand in der Folge eine Reihe von Arbeiten, die die Wahlenthaltung erklären.¹ Zeitgleich wurde debattiert, ob der Rückgang der Wahlbeteiligung als Krise der Demokratie zu bewerten sei.² Einige Autoren mahnten, dass Wahlen die Regierenden nicht länger ausreichend legitimierten. So nennt Feist (1992) die Hamburger Bürgerschaftswahl von 1991 als abschreckendes Beispiel, bei der ein Drittel der Wahlberechtigten nicht teilnahm, ein erheblicher Teil ungültig wählte oder für Protestparteien stimmte. Für sie steht »die Legitimation der neu gewählten Bürgerschaft auf denkbar schwachen Füßen« (Feist 1992: 51). Dem hält Roth (1992) entgegen, dass auch eine hohe Wahlbeteiligung der Demokratie schaden könne. Denn bei den letzten Wahlen der Weimarer Republik sei die Wahlbeteiligung nicht zuletzt deshalb angestiegen, weil die NSDAP ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler mobilisierte (siehe auch Falter 1991: 92–93). Die rückläufige Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik ab 1980 sei deshalb in einem doppelten Sinn als Normalisierung zu werten: Zum einen falle die deutsche Wahlbeteiligung auf ein im internationalen Vergleich »normales« Niveau und zum anderen drücke sich darin die Emanzipation der Bürger aus, die nicht länger nur aus staatsbürgerlichem Pflichtgefühl wählten, sondern stattdessen bewusst abwögen, ob die Stimmabgabe nötig ist:

Nicht bei jeder Wahl steht das demokratische System zur Abstimmung, ich werde nicht jedesmal gebraucht. Ich kann mich dann meinen eigenen Interessen widmen, und dieser schöne Sonntag muß nicht unbedingt dem Staat und dem demokratischen System gewidmet werden. (Roth 1992: 66)

1 Detaillierte Literaturhinweise finden sich in den Abschnitten, in denen diese Erklärungsansätze überprüft werden.

2 Siehe zu dieser Debatte im Überblick auch Renz (1997).

Abbildung 5-1 Wahlbeteiligung in Deutschland, 1946–2013



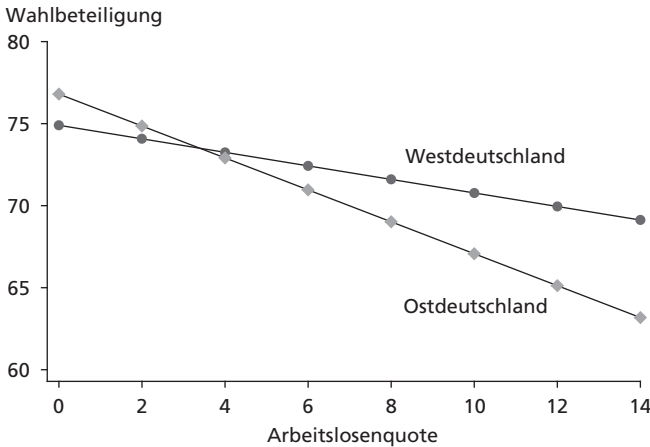
Dargestellt ist die durchschnittliche Wahlbeteiligung in den erst elf und dann sechzehn Bundesländern bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.

Daten: <www.armin-schaefer.de/wahlbeteiligung-in-deutschland-seit-1946>.

Es bestehen also ganz unterschiedliche Deutungsmuster, was Motive der Nichtwahl sein könnten und wie rückläufige Wahlbeteiligungsraten zu bewerten sind. Um beurteilen zu können, wie der Rückgang der Wahlbeteiligung einzuschätzen ist, muss deshalb geklärt werden, wer nicht wählt und was zur Nichtwahl führt.

In Abbildung 5-1 ist die Wahlbeteiligung für alle Bundestags-, Landtags-, Kommunal- und Europaparlamentswahlen zwischen 1946 und 2013 abgetragen. Dargestellt wird die durchschnittliche Beteiligung in den Bundesländern für jedes Jahrzehnt. Zwei Trends sind erkennbar. Erstens wählen mehr Menschen bei Bundestagswahlen als bei »Nebenwahlen«, die als weniger wichtig eingestuft werden (Reif/Schmitt 1980). Zweitens liegt die Beteiligung bei allen Wahlarten heute niedriger als in jedem früheren Jahrzehnt. Besonders stark fällt der Rückgang bei Kommunalwahlen aus, an denen zwischen 1950 und 1980 mehr als 70 Prozent der Wahlberechtigten teilnahmen. Heute wählt auf kommunaler Ebene nur noch jeder zweite und bei den Wahlen zum Europaparlament sind es noch weniger Wähler. Die durchschnittliche Beteiligung liegt für Landtagswahlen inzwischen bei 61 Prozent, sodass die 66 Prozent Wahlbeteiligung, die für

Abbildung 5-2 Arbeitslosigkeit und Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 2013



Dargestellt ist die statistisch ermittelte Wahlbeteiligung in den 299 deutschen Wahlkreisen, die auf Grundlage einer linearen Regression ermittelt wird, die Informationen zu Altersstruktur und Arbeitslosigkeit sowie den Abiturientenanteil eines Jahrgangs und die Einwohnerdichte enthält. Siehe hierzu Tabelle 5-2.

Daten: BWL (2013a, 2013b).

manche Beobachter Anfang der Neunzigerjahre alarmierend niedrig schienen, über dem heutigen Durchschnitt liegen. Der Trend einer rückläufigen Wahlbeteiligung hat sich seit den Achtzigerjahren verstärkt. Zwar gibt es situative Faktoren, die zu Ausschlägen nach oben oder unten führen können, diese verändern den allgemeinen Trend aber nicht: In keinem Bundesland und bei keiner Wahl wird heute das Beteiligungsniveau früherer Jahrzehnte erreicht. Das Zeitalter wirtschaftlicher Liberalisierung ist auch eine Phase sinkender Wahlbeteiligung, da der stärkste Rückgang in den Jahren wachsender Ungleichheit stattgefunden hat. Von einer Normalisierung lässt sich schon deshalb nicht sprechen, weil das Beteiligungsniveau heute nicht nur unter dem der Siebzigerjahre liegt, sondern niedriger als jemals zuvor.

Wichtiger als der allgemeine Rückgang der Wahlbeteiligung sind Unterschiede, die sich hinter den Durchschnittszahlen verbergen. Bei der Bundestagswahl 2013 lagen bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 71,5 Prozent 21 Prozentpunkte zwischen dem Wahlkreis mit der höchsten (Berlin-Zehlendorf) und dem mit der niedrigsten Wahlbeteiligung (Harz in Sachsen-Anhalt).³ Ob-

³ Datengrundlage: Bundeswahlleiter (2010, 2013).

wohl die Wahlbeteiligung in Ostdeutschland insgesamt niedriger als im Westen ausfällt, sind die Wahlbeteiligungsunterschiede in Westdeutschland größer. Auf Ebene der Wahlkreise stehen zwar keine Informationen zur Einkommensverteilung zur Verfügung, sodass der Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung nicht ermittelt werden kann, aber die vom Bundeswahlleiter bereitgestellten Strukturdaten enthalten die Arbeitslosenquote, die als Näherung für unterschiedliche Lebensverhältnisse genutzt werden kann. Aus Abbildung 5-2 geht hervor, dass in ost- wie westdeutschen Wahlkreisen mit hoher Arbeitslosigkeit die Wahlbeteiligung geringer ausfällt, selbst wenn die Altersstruktur, der Bildungsgrad und die Bevölkerungsdichte bereits berücksichtigt werden. Dieser Blick auf die räumliche Verteilung der Wahlbeteiligung weist wie die ländervergleichenden Analysen darauf hin, dass zwischen sozialer Lage und Wahlbeteiligung ein enger Zusammenhang besteht.

5.2 Wer wählt nicht?

Die Forschung unterscheidet vier Typen von Nichtwählerinnen und Nichtwählern (Hoffmann-Jaberg/Roth 1994: 137–138). Erstens gibt es »technische« oder »unechte« Nichtwähler (ausführlich hierzu Lavies 1973: Kapitel 2), die beispielsweise wegen eines Umzugs oder eines Auslandsaufenthalts keine Wahlbenachrichtigung erhalten haben. In diese Kategorie fallen auch Verstorbene, die noch in den Wählerverzeichnissen stehen, sowie durch Krankheit verhinderte Wahlberechtigte. Lavies (1973: 52) schätzt, dass bis zu 6,5 Prozent der Wahlberechtigten unechte Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind. Neue und verlässliche Schätzungen liegen meines Wissens nicht vor, aber elektronische Melderegister und die in immer größerem Umfang genutzte Briefwahl sollten die Zahl der unechten Nichtwählerinnen und Nichtwähler verringert haben. Eine zweite Gruppe sind »grundsätzliche Nichtwähler«, die sich einerseits aus politikfernen, sozial schlecht integrierten »Randgruppen« rekrutieren, und zu denen andererseits Minderheiten wie die Zeugen Jehovas zählen, die das Wählen aus religiösen Gründen ablehnen. Als dritte Gruppe lassen sich »konjunkturelle Nichtwähler« identifizieren, die sich situativ entscheiden, ob sie ihre Stimme abgeben. Das sind beispielsweise Menschen, die zwar bei Bundestagswahlen, nicht aber bei Kommunal- oder Europawahlen wählen. Ob sie ihre Stimme abgeben, hängt davon ab, wie wichtig ihnen die Wahl erscheint. Schließlich kennt die Forschung »bekenkende Nichtwähler«, die politisch interessiert sind, aber aus Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik, den Parteien oder mit der Funktionsweise der Demokratie auf die Stimmabgabe verzichten. Die vielfältigen Gründe, weshalb

Menschen nicht wählen, veranlassen einige Beobachter dazu, auf die Heterogenität dieser Gruppe zu verweisen:

Es gibt Nichtwähler, die gar nicht existieren, Systemgegner, Unpolitische, Gleichgültige, Bequeme, Kranke und Gebrechliche, Wahlmüde, Unzufriedene, Erboste, Resignierte, Verreiste, Einsame und viele mehr. Das einzige, was Nichtwähler verbindet, ist die Tatsache, daß sie nicht wählen. (Eilfort 1994: 54)

Im Folgenden wird überprüft, ob diese Aussage zutrifft. Wie oben gezeigt wurde, hat der Umfang der Wahlenthaltung bei allen Wahlen deutlich zugenommen. Selbst wenn man annimmt, dass die maximal erreichbare Wahlbeteiligung aufgrund von unechten Nichtwählern bei etwa 95 Prozent liegt, fällt die Beteiligung heute weit niedriger aus. Doch wer wählt nicht?

5.2.1 Die soziale Schieflage der Nichtwahl

Wenn man die öffentliche Diskussion um die Wahlbeteiligung verfolgt, wird deutlich, dass die soziale Zusammensetzung der Nichtwähler häufig falsch eingeschätzt wird. So liest man in vielen Zeitungskomentaren, dass die Nichtwahl in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei (siehe Schäfer 2011a: 133). Auch in der politikwissenschaftlichen Forschung findet sich diese Annahme. Mit dem Rückgang der Wahlbeteiligung bildeten nicht länger »randständige Gruppen« den Kern der Wahlabsinenten, wie dies bei Lavies' (1973) Untersuchung noch der Fall war, sondern Nichtwählerinnen und Nichtwähler fänden sich heute in allen Gesellschaftsschichten:

Die Nivellierung sozialer Unterschiede bei einem gleichzeitig höheren Niveau der Wahlenthaltung von über 20 Prozent signalisiert, daß mittlerweile ein beträchtlicher Teil der Nichtwählerschaft aus der Mittelschicht stammt. [...] Neben Sozialschwächeren finden sich in der Gruppe der Nichtwähler sowohl eine große Zahl von Höhergebildeten als auch Bürger mit mittlerem und höherem sozio-ökonomischen Status. (Kleinhenz 1995: 116)

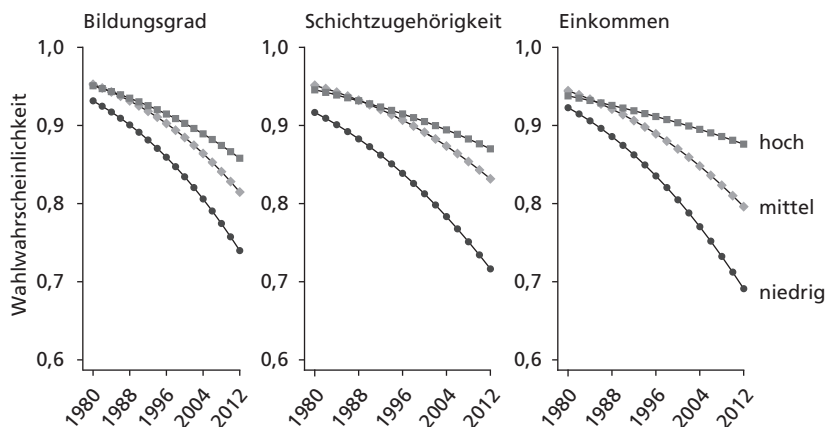
Ganz ähnlich lautet die Diagnose von Roth und Wüst (2007: 400):

Die soziale Struktur der Nichtwähler ist dabei im Vergleich zu der von Wählern nahezu unauffällig. Das heißt, Nichtwähler kommen inzwischen – im Gegensatz zu den Erkenntnissen der früheren Bundesrepublik – aus allen gesellschaftlichen Gruppen.

Um klarer zu sehen, ob diese Einschätzungen zutreffen, werden nun die Wahlbeteiligung sozialer Gruppen im Zeitverlauf und die Zusammensetzung der Nichtwähler untersucht.

In allen drei Teilgrafiken von Abbildung 5-3 werden die Befragten in drei Gruppen aufgeteilt und die Veränderung der Wahlbeteiligung im Zeitverlauf dargestellt. Für alle Gruppen gilt, dass die Wahlenthaltung zunimmt, was auf den

Abbildung 5-3 Die Wahlbeteiligung sozialer Gruppen, 1980–2012

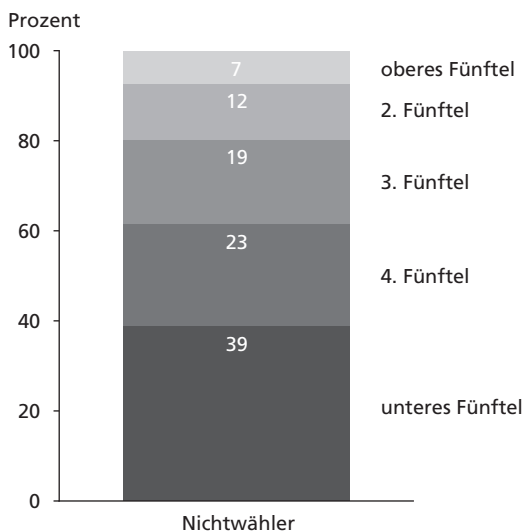


Abgebildet sind die aus einer logistischen Regression ermittelten Wahlwahrscheinlichkeiten unterschiedlicher sozialer Gruppen, wenn Alter, Geschlecht, Bildung und politisches Interesse konstant gehalten werden. Siehe Tabelle 5-3.

Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010, 2012.

ersten Blick die These einer wachsenden Heterogenität der Nichtwähler bestätigt. Dennoch bestehen systematische Unterschiede in der Wahlwahrscheinlichkeit sozialer Gruppen, die über Zeit zunehmen. Am stärksten sinkt die Wahlbeteiligung bei denjenigen mit geringer Bildung, niedriger Schichtzugehörigkeit und geringem Einkommen. Die positiven Werte der Interaktionseffekte in Tabelle 5-3 (siehe Anhang) zeigen zudem an, dass der negative Trend in der Wahlbeteiligung für Befragte mit höherer Bildung, Schichtzugehörigkeit und höherem Einkommen abgeschwächt wird, sodass sich die Wahlteilnahme auffächert. Weitere, hier nicht dargestellte Analysen zeigen, dass die Unterschiede in der Wahlwahrscheinlichkeit am Anfang des betrachteten Zeitraums häufig nicht statistisch signifikant sind, es aber über Zeit werden. So unterscheidet sich beispielsweise die Beteiligung von Befragten mit Mittlerer Reife erst ab 1992 signifikant von denjenigen mit höchstens Hauptschulabschluss, und auch der Unterschied zwischen denjenigen mit Fachhochschulreife und jenen mit Mittlerer Reife erreicht erst dann statistische Signifikanz. Auch wenn ihre Wahlteilnahme sinkt, so lässt sich festhalten, sind Hochgebildete und Besserverdienende nicht typische Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Liegen 1980 nur 2 Prozentpunkte zwischen den Niedrig- und Hochgebildeten, sind es 2010 knapp 13 Prozentpunkte, selbst wenn Altersunterschiede und das politische Interesse bereits berücksichtigt sind. Zwischen dem unteren Einkommensdrittel und dem oberen liegen am Ende des

Abbildung 5-4 Zusammensetzung der Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2013 nach Einkommensfünfteln



Daten: GLES 2013.

betrachteten Zeitraums sogar 20 Prozentpunkte. Somit lässt sich die Annahme klar widerlegen, dass sich die Nichtwählerinnen und Nichtwähler am Ende des betrachteten Zeitraums gleichmäßiger über Einkommensklassen verteilen als am Anfang. Im Gegenteil, die Unterschiede haben zugenommen.

Ein Problem der bisherigen Darstellung ist, dass zumindest beim Schulabschluss und der Schichtzugehörigkeit die Gruppenstärke nicht beachtet wird. Denn obwohl sich der Bildungsgrad heute stärker als in der Vergangenheit auf die Wahlenthaltung auswirkt, muss der Anteil der Geringgebildeten an den Nichtwählern nicht steigen, da heute weniger Menschen zu dieser Gruppe gehören. Noch 1980 gaben zwei Drittel der Befragten einen Hauptschulabschluss als höchsten Schulabschluss an – 2012 sind es weniger als 40 Prozent. Umgekehrt verhält es sich mit Befragten mit (mindestens) Fachhochschulabschluss: Am Anfang des betrachteten Zeitraums gehörten nur 15 Prozent zu dieser Gruppe, am Ende jedoch jeder dritte. Das Problem einer sich verändernden Gruppengröße fällt jedoch weg, wenn gleich große Einkommensgruppen gebildet werden. In Abbildung 5-4 wird die soziale Schichtung der Nichtwählerinnen und Nichtwähler für die Bundestagswahl 2013 anhand von fünf Einkommensgruppen dargestellt. Erneut zeigt sich, dass Menschen mit geringem Einkommen unter

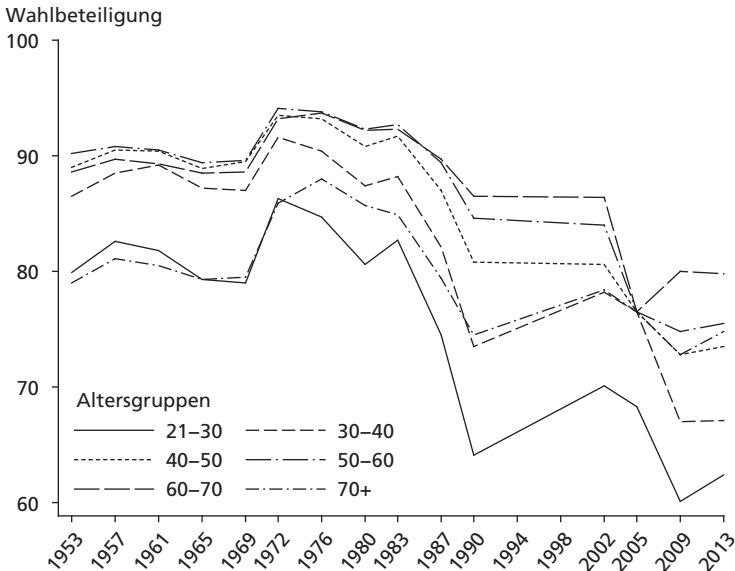
den Nichtwählern deutlich überrepräsentiert sind, wohingegen die Gruppe mit dem höchsten Einkommen weit unter Gruppenstärke unter den Nichtwählern vertreten ist.

5.2.2 Wer von den Jungen bleibt der Wahlurne fern?

Seit Langem ist bekannt, dass das Lebensalter die politische Partizipationsbereitschaft und die Beteiligung an Wahlen beeinflusst. Jüngere Menschen wählen seltener als ältere. Typischerweise verläuft das Wahlverhalten im Lebenszyklus s-förmig (Abendschön/Roßteutscher 2011: 63–64): Erstwähler nehmen das neu erhaltene Wahlrecht relativ häufig in Anspruch, doch bei der zweiten und dritten Wahl – also mit Mitte Zwanzig – sinkt die Beteiligungsrate ab (Lavies 1973: 107–109). Die Ursache liegt in der familiären Situation und in der höheren räumlichen Mobilität während der Ausbildungsphase (Eilfort 1994: 193–194). Während die Bindung zum Elternhaus schwächer wird, steht in vielen Fällen die eigene Familiengründung oder eine feste Partnerschaft noch aus. In einer solchen beruflichen und familiären Findungsphase ist die soziale Integration geringer und die Wahlbeteiligung niedriger. Ab Anfang 30 ändert sich dies und die Wahlbereitschaft steigt. Dieser Prozess setzt sich bis in das siebte Lebensjahrzehnt fort und fällt erst bei den Über-70-Jährigen wieder ab. Die höchste Wahlbeteiligung weisen demnach die Altersgruppen zwischen 40 und 70 auf. Neben diesem lebenszyklischen Verlauf gibt es generationsspezifische Erfahrungen, die das eigene Wahlverhalten prägen (Goerres 2007: 108–109, 2010: 104–109). So wird angenommen, dass die politische Sozialisierung in jungen Jahren erfolgt und eine dauerhafte Prägung hinterlässt. Wer in den späten Sechziger- und frühen Siebzigerjahren jung war, wurde in einer Phase starker Politisierung und hoher Wahlbeteiligung sozialisiert, während dies für die Fünfziger- oder auch die Achtzigerjahre in geringerem Maß gilt.

Die Beteiligungsraten verschiedener Altersgruppen für die Wahlen zwischen 1953 und 2013 lassen sich der vom Bundeswahlleiter bereitgestellten »repräsentativen Wahlstatistik« entnehmen (Abbildung 5-5). Der Blick auf den Kurvenverlauf bestätigt, dass ältere Bürgerinnen und Bürger in größerem Umfang an Wahlen teilnehmen als jüngere. Die höchsten Beteiligungsraten finden sich bei den 50- bis 70-Jährigen, die niedrigsten bei den Unter-30-Jährigen sowie seit 2009 bei den 30- bis 40-Jährigen. Dieses Muster ist im Zeitverlauf weitgehend stabil und die Beteiligungsraten verlaufen bis Ende der Achtzigerjahre parallel zueinander. Für den Zeitraum von 1953 bis 1987 liegen durchgängig etwa 10 Prozentpunkte zwischen den Beteiligungsraten der Altersgruppen. Eine stärkere Spreizung der Wahlbeteiligung findet nach 1990 statt. Der Abstand zwischen den 60- bis 70-Jährigen einerseits und den 20- bis 30-Jährigen andererseits

Abbildung 5-5 Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach Altersgruppen, 1953–2013



Für 1994 und 1998 liegen keine Daten vor, sodass für beide Wahlen der Trend fortgeschrieben wird. Für die unteren drei Altersgruppen wurde aus jeweils zwei Untergruppen der Mittelwert gebildet.

Daten: BWL (2010: 73, 2014: 11).

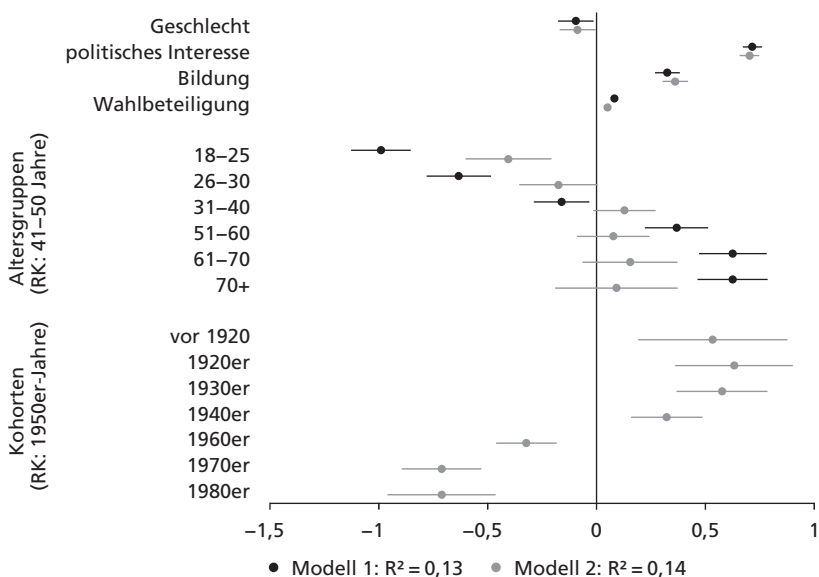
wächst auf fast 20 Prozentpunkte an.⁴ Aus der Abbildung geht auch hervor, dass die Wahlbeteiligung in allen Altersgruppen sinkt. Obwohl die Beteiligungsraten zu jedem einzelnen Zeitpunkt dem Lebenszyklusmodell entsprechen, geben in allen Altersgruppen 2013 weniger Wahlberechtigte ihre Stimme ab als in den Siebzigerjahren, was dafür spricht, dass neben dem Lebenszyklus- auch Perioden- oder Kohorteneffekte vorliegen (Rattinger 1994).

In Abbildung 5-6 werden zwei Erklärungsmodelle der Wahlteilnahme miteinander verglichen, die alle drei Effekte einfangen.⁵ Das erste Modell – gekenn-

⁴ Die Beteiligungsunterschiede zwischen unterschiedlichen Altersgruppen gehen mit unterschiedlichen Koalitionspräferenzen einher, wie Schmidt (2009: 278–279) zeigt: Noch erwerbstätige und jüngere Wähler bevorzugten Mitte-links-Parteien, während Über-60-Jährige und Rentner das bürgerlich-liberale Parteienlager stützen.

⁵ Da Umfragen aus drei Jahrzehnten analysiert werden, sind Alter, Generationszugehörigkeit und Periode keine redundanten Informationen, wie es bei einer einzelnen Umfrage der Fall wäre. Für eine ähnliche Vorgehensweise siehe Blais et al. (2004).

Abbildung 5-6 Individuelle Wahlbeteiligung: Alters- und Kohorteneffekte

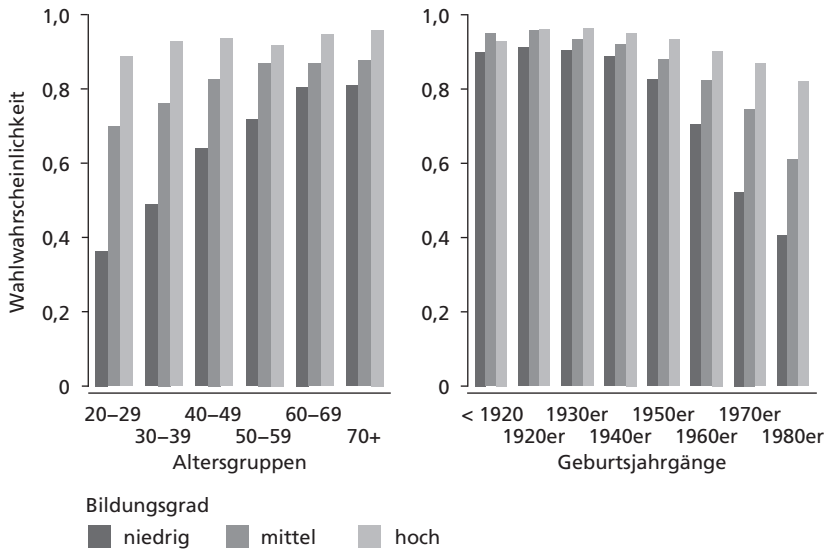


Dargestellt sind die Koeffizienten und Konfidenzintervalle von zwei logistischen Regressionsmodellen, mit denen die Wahlteilnahme geschätzt wird. Wenn die Konfidenzintervalle die Nulllinie nicht schneiden, besteht ein auf dem 95-Prozent-Niveau signifikanter Effekt. Siehe Tabelle 5-4.

Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010, 2012.

zeichnet durch dunkle Kreise – berücksichtigt neben Geschlecht, Bildung und politischem Interesse zwar das Alter, nicht aber die Generationszugehörigkeit. Der Periodeneffekt wird durch den allgemeinen Trend in der Wahlbeteiligung erfasst, indem die Beteiligungsraten der vorangegangenen Bundestagswahl in das Modell eingeschlossen wird (Abendschön/Roßteutscher 2011: 70). Die Analyse zeigt, dass das Geschlecht keinen signifikanten Einfluss hat, aber eine höhere formale Bildung sowie das politische Interesse die Bereitschaft zur Stimmabgabe steigern. Der signifikante Koeffizient für die Wahlbeteiligung zeigt an, dass die individuelle Beteiligung durch den allgemeinen Trend beeinflusst wird – eine kollektiv rückläufige Wahlbeteiligung führt auch zu einer individuell niedrigeren Wahlbereitschaft. Werden die Beteiligungsraten der verschiedenen Altersgruppen mit der Referenzgruppe der 40- bis 50-Jährigen verglichen, bestätigt sich, dass jüngere Altersgruppen seltener und ältere signifikant häufiger wählen. Auf den ersten Blick stützt dies die Lebenszyklusthese. Im zweiten Modell wird

Abbildung 5-7 Wahlbeteiligung unterschiedlicher Alterskohorten und Altersgruppen nach Bildungsgrad



Der Bildungsgrad orientiert sich an den Schulabschlüssen. Die Gruppe mit niedrigem Bildungsgrad enthält alle Befragten, die höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen, die mittlere Gruppe diejenigen mit Mittlerer Reife und die Gruppe mit hoher Bildung alle Befragten, die die Schule mindestens mit Fachhochschulreife verlassen haben. Daten: linke Teilgrafik: GLES 2013; rechte Teilgrafik: ALLBUS 1980–2008, 2010, 2012.

zusätzlich die Kohortenzugehörigkeit berücksichtigt, was interessante Verschiebungen zur Folge hat.⁶ Weiterhin liegt die Wahlteilnahme jüngerer Altersgruppen unterhalb der Vergleichsgruppe, doch die höhere Beteiligung älterer Menschen ist nun nicht mehr statistisch signifikant – obwohl sie in der Tendenz bestehen bleibt. Diese Veränderungen erklären sich durch die Kohortenzugehörigkeit, die sich bei den zwischen 1920 und 1950 Geborenen positiv, für die Geburtsjahrgänge ab 1960 jedoch negativ auf die Beteiligung auswirkt.

Bis zu diesem Punkt der Argumentation wurde angenommen, dass sich Lebenszyklus- und Kohorteneffekte auf Befragte gleichen Alters gleich auswirken,

⁶ Die Kohortenzugehörigkeit wird hier durch das Geburtsjahrzehnt bestimmt. Angemessener wäre es, Zeiträume nach prägenden politischen Ereignissen zu ordnen. Dies wirft allerdings die Schwierigkeit auf, diese Ereignisse zweifelsfrei zu identifizieren und Erfahrungszeiträume abzugrenzen. Da die Kohortenzugehörigkeit nicht im Zentrum dieser Arbeit steht, wird der Versuch einer solchen Einteilung unterlassen.

so als gäbe es eine einheitliche Generationserfahrung, die nicht ihrerseits durch die Schichtzugehörigkeit gefiltert wird. Tatsächlich entwickelt sich die Wahlbereitschaft der heute Jüngeren aber sehr unterschiedlich. Es sind nicht »die Jungen«, die nicht mehr wählen, sondern insbesondere junge Menschen unterer Schichten. Abbildung 5-7 schlüsselt die durchschnittliche Wahlteilnahme unterschiedlicher Altersgruppen und Kohorten nach dem Bildungsgrad auf. Dabei zeigt sich in der linken Teilgrafik, dass die Beteiligungsraten der geringgebildeten Jungen nicht nur sehr viel niedriger als die der Älteren, sondern auch als die ihrer höhergebildeten Altersgenossen ausfallen (siehe auch Goerres 2007: 103). Nicht einmal jeder zweite Unter-30-Jährige, der höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügt, gibt an, bei der Bundestagswahl 2013 gewählt zu haben. Dagegen reklamieren dies mehr als 80 Prozent derselben Altersgruppe mit mindestens Fachhochschulreife für sich. Die rechte Teilgrafik belegt ebenfalls, wie die Beteiligungsunterschiede bei jeder Kohorte seit 1950 zunehmen, während der Bildungsgrad bei den früheren Geburtsjahrgängen die Wahlteilnahme kaum beeinflusst.

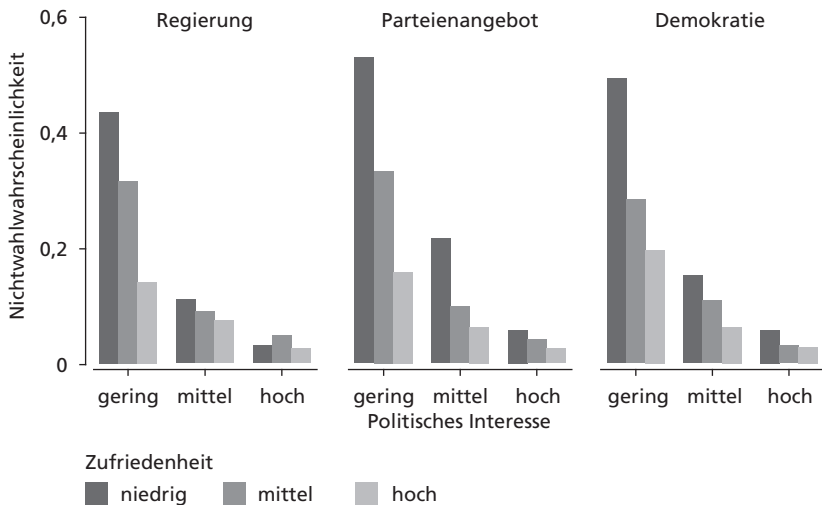
Die Überlagerung des Lebenszykluseffekts durch den Kohorteneffekt erklärt die rückläufige Wahlbeteiligung und legt nahe, dass die Wahlbeteiligung weiter sinken wird (Becker 2002: 257–258). Die ältesten Kohorten, die in den ersten ALLBUS-Wellen erfasst wurden, sind in Teilen bereits verstorben und die vor 1950 Geborenen in einem Alter, wo die Beteiligung lebenszyklisch sinkt. Wer 2013 zwischen 50 und 70 Jahre alt war, hat zwar mit höherer Wahrscheinlichkeit gewählt als die 20- bis 30-Jährigen, aber doch in geringerem Umfang als dieselbe Altersgruppe zwanzig Jahre früher. Je mehr sich die Kohortenzusammensetzung der Wahlberechtigten verjüngt, desto niedriger fällt die Wahlbeteiligung aus. Zum anderen sind die Beteiligungsunterschiede bei den Kohorten ab 1960 größer als bei älteren Kohorten. Die Wahlbeteiligung fällt folglich nicht nur, sondern sie wird auch sozial ungleicher.

5.2.3 Nichtwähler neuen Typs

Besondere Aufmerksamkeit hat die These auf sich gezogen, dass eine wachsende Zahl der Nichtwählerinnen und Nichtwähler zwar politisch interessiert, aber unzufrieden ist. Während sich unter den grundsätzlichen Nichtwählern vor allem politisch Desinteressierte finden, entsteht mit den »bekennenden Nichtwählern«, so das Argument, eine neue, politische Form der Wahlenthaltung:

Nach wie vor gibt es apathische, unpolitische und gleichgültige Nichtwähler. Es gibt nun aber auch in großer Zahl politisch interessierte, informierte und bewusst handelnde Bürger, für die die Wahlenthaltung nur eine von vielen Optionen darstellt. Die Wahl der Wahlabstinenz kann dabei unterschiedliches ausdrücken, einen Protest gegen die Politik insgesamt wie auch

Abbildung 5-8 Nichtwähleranteil in Abhängigkeit von politischem Interesse und der Bewertung von Parteienangebot, Regierung und Funktionsweise der Demokratie



Fragetexte:

1. »Nun zur derzeitigen Bundesregierung in Berlin. Sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP in den letzten vier Jahren eher zufrieden oder eher unzufrieden?«
2. »Und sind Sie mit der Bandbreite der politischen Angebote und Lösungsvorschläge, die die Parteien im Wahlkampf gemacht haben, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?«
3. »Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?«

Daten: GLES 2013.

die Unzufriedenheit mit dem personellen und programmativen Angebot, das die Politik offeriert. Sie kann als einmalige Sanktion angewendet werden, um eine Partei wieder auf den »rechten« Kurs zu bringen, und sie kann der erste Schritt auf dem Weg zu einem »lauteren« Protest sein. (Eilfort 1994: 335)

Nun steht außer Frage, dass es unter den 18 Millionen Nichtwählerinnen und Nichtwählern bei der Bundestagswahl 2013 auch politisch stark interessierte, aber unzufriedene Bürgerinnen und Bürger gab. Zu klären ist jedoch, ob dieser Nichtwählertyp »in großer Zahl« vorkommt, wie Eilfort schreibt. Um dies zu ermitteln, werden die Befragten in jeweils drei Gruppen eingeteilt, die das politische Interesse und die Unzufriedenheit erfassen. Politische Unzufriedenheit kann sich dabei auf die Arbeit der amtierenden Bundesregierung, das Angebot

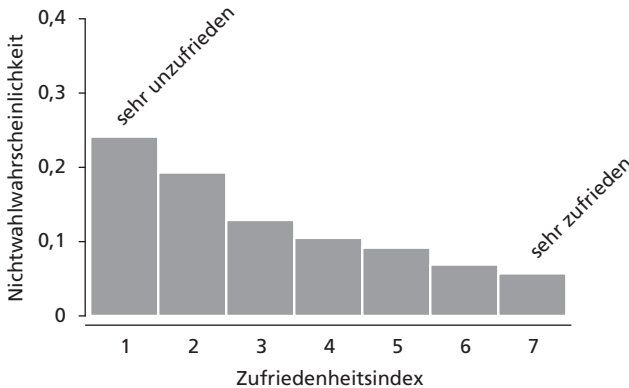
der politischen Parteien insgesamt oder auf die Funktionsweise der Demokratie beziehen. In Abbildung 5-8 werden die Nichtwähleranteile der verschiedenen Merkmalskombinationen dargestellt. Dabei zeigt sich in allen drei Teilgrafiken, dass die politisch gering Interessierten in größerem Umfang zu den Nichtwählern gehören als Befragte, die sich mittel oder stark für Politik interessieren. Gleichzeitig gilt für jede der neun Teilgruppen, dass Unzufriedene häufiger zur Nichtwahl neigen als Zufriedene, wobei die Unterschiede zwischen ihnen bei den politisch stark Interessierten kleiner als bei denjenigen mit geringem Interesse ausfallen. Nichtwählerinnen und Nichtwähler, so lässt sich aus der Darstellung ablesen, finden sich in besonders großer Zahl unter den *wenig interessierten* und *stark unzufriedenen* Bürgern. Sie gehören, so legen es diese Vergleiche nahe, viel häufiger zum alten als zum neuen Typ – denn die Kombination aus Politikferne und Unzufriedenheit führt zur Nichtwahl.

Hinzu kommt, dass die Merkmalskombination aus großer Unzufriedenheit und starkem politischen Interesse selten vorkommt. Nur 5 Prozent aller Befragten geben an, mit der Funktionsweise der Demokratie sehr unzufrieden zu sein und sich gleichzeitig stark für Politik zu interessieren. Das gleiche Bild ergibt sich für die beiden anderen Indikatoren politischer Zufriedenheit. Wer sich für Politik interessiert, ist weit seltener unzufrieden als Desinteressierte. Dies führt dazu, dass die Nichtwähler neuen Typs weniger als 3 Prozent der sich in Umfragen bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler ausmachen – sie stellen somit eine eher exotische Gruppe unter ihnen dar. Selbst wenn man mittleres und starkes Politikinteresse zusammenfasst, fällt nur einer von acht Nichtwählern in diese Gruppe. Im Gegensatz dazu sind 40 Prozent der Nichtwählerinnen und Nichtwähler wenig interessiert und gleichzeitig unzufrieden, und mehr als zwei Drittel von ihnen weisen ein geringes Interesse an Politik auf. Nichts spricht empirisch dafür, dass »bekennende Nichtwähler« mehr als eine kleine Minderheit unter den Nichtwählerinnen und Nichtwählern sind (siehe auch Gabriel/Völkl 2004: 214).⁷

Die Diskussion bis hierhin verdeutlicht, dass auch eine zweite These irreführend ist, auch wenn sie immer wieder öffentlich vertreten wird. So argumentierte der Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter in einem Interview am Vortag der Bundestagswahl 2009, dass ihn die Wahlbeteiligung nicht sonderlich interessiere, weil sich unter den Nichtwählerinnen und Nichtwählern »viele Leute

7 Diese Aussage wird durch *overreporting* nicht abgeschwächt. Denn selbst wenn man annimmt, dass »Nichtwählerinnen und Nichtwähler neuen Typs« besonders häufig Fehlangaben machen – aber warum sollten ausgerechnet sie dies tun? – und alle, die sich stark für Politik interessieren, aber unzufrieden sind, zu den Nichtwählerinnen und Nichtwählern zählten, würden sie nur eine kleine Minderheit darstellen.

Abbildung 5-9 Einfluss der politischen Zufriedenheit auf die Wahrscheinlichkeit, nicht zu wählen



Dargestellt ist, wie sich die Wahlwahrscheinlichkeit in Abhängigkeit vom Zufriedenheitsindex ändert, wenn Alter, Geschlecht, Bildung und politisches Interesse konstant gehalten werden. Der Zufriedenheitsindex wird als Summe aus der Zufriedenheit mit der Regierung, den Parteiangeboten und der Funktionsweise der Demokratie gebildet. Siehe Tabelle 5-5.

Daten: GLES 2013.

[finden], die mit der allgemeinen Lage zufrieden sind und nicht glauben, dass sie unbedingt wählen müssen« (Süddeutsche Zeitung, 26.9.2009). Wäre diese Aussage richtig, müsste man sich weniger Sorgen über die sinkende Wahlbeteiligung machen, denn diese würde Zufriedenheit ausdrücken und eine geringe Beteiligung könnte dann sogar als Gütesiegel der Demokratie verstanden werden. Doch leider entspricht diese Sichtweise nicht der Wirklichkeit. Die drei oben bereits verwendeten Kriterien politischer Zufriedenheit lassen sich zu einem Gesamtindex kombinieren, der den Grad an Zufriedenheit auf einer Skala von 1 (unzufrieden) bis 7 (zufrieden) misst, wobei 1 für diejenigen steht, die mit Blick auf das Parteiangebot, die amtierende Regierung und die Funktionsweise der Demokratie jeweils den niedrigsten Wert angeben und der Wert 7 diejenigen kennzeichnet, die jeweils den höchsten Wert angeben, weil sie sehr zufrieden sind.⁸ Ermittelt man nun, wie sich die Zufriedenheit auf die Wahrscheinlichkeit auswirkt, nicht zu wählen, ergibt sich ein eindeutiges Bild (Abbildung 5-9): Je zufriedener Befragte sind, desto seltener verzichten sie auf die Stimmabgabe, während die Unzufriedenen am Wahltag zu Hause bleiben. Eine niedrige Wahlbeteiligung kann nicht als Zeichen politischer Zufriedenheit gedeutet werden.

⁸ Die Skala reicht von 3 bis 9, aber ich habe sie so kodiert, dass sie Werte von 1 bis 7 umfasst.

5.2.4 Die soziale Logik der Nichtwahl

In der Wahlforschung werden häufig zwei Ansätze unterschieden, die das Wahlverhalten erklären sollen. Zum einen gibt es den »soziologischen« Ansatz, der durch die Arbeiten von Paul Lazarsfeld und seinen Kollegen an der Columbia-Universität geprägt wurde (Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1969; Berelson/Lazarsfeld/McPhee 1954). Im Zentrum steht die Frage, wie durch Gruppenzugehörigkeit und soziale Kontakte Parteipräferenzen entstehen. Dabei wird vorausgesetzt, dass sich Menschen in sozial relativ homogenen Netzwerken bewegen und durch die dort vorherrschenden Normen geprägt werden (ausführlich hierzu Schoen 2005b). Zum anderen wird der »sozialpsychologische« Ansatz häufig als Gegenpart begriffen, weil die Betonung weniger auf der Gruppenzugehörigkeit als vielmehr auf zwischen sozialer Lage und Verhalten vermittelnden Orientierungen liegt. Zentrale Variablen, die von Angus Campell und Kollegen in Michigan als prägend für das Wahlverhalten identifiziert wurden, sind neben der Themen- und Kandidatenorientierung die Parteiidentifikation, das politische Selbstvertrauen (*political efficacy*) und die Akzeptanz der Wahlnorm (siehe Schoen/Weins 2005). Trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen gibt es in den Veröffentlichungen beider Schulen Überschneidungen. Beispielsweise zeigen Campbell et al. ([1954]1971: Anhang), wie politische Einstellungen durch die soziale Lage und das persönliche Nahumfeld geprägt werden. Dennoch gibt es eine Neigung, beide Ansätze als konkurrierende Erklärungsangebote anzusehen, um dann auf der Grundlage von Regressionsmodellen, die eine Vielzahl von soziodemografischen und Einstellungsvariablen enthalten, zu testen, welche Faktoren die stärkste Erklärungskraft besitzen:

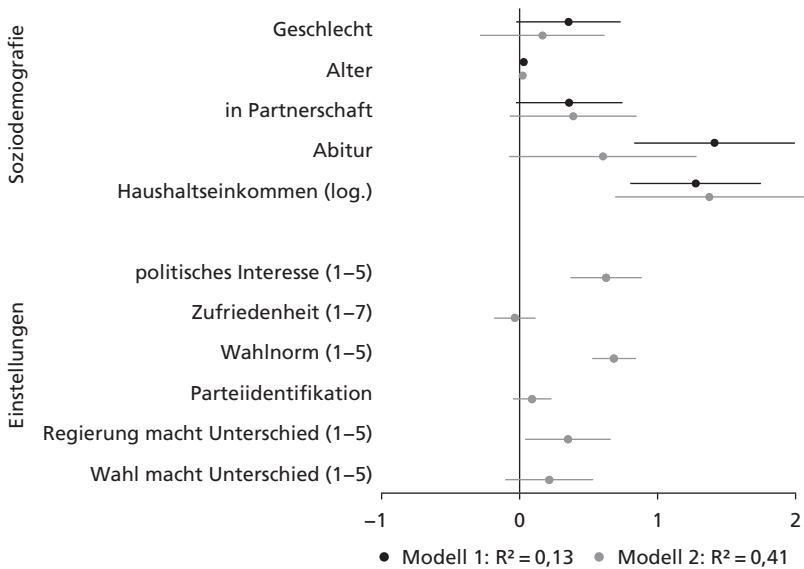
In den alten Bundesländern wird die Wahlenthaltung vor allem von der Parteiidentifikation bzw. – genauer – von ihrer Abwesenheit und einem geringen politischen Interesse, gefolgt von politischer Entfremdung und allgemeiner Anomie, also hauptsächlich von mentalen Faktoren, beeinflusst. [...] Der von den sozialen Faktoren wie dem Alter, der Schulbildung, dem Einkommen, der Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Kirchenbindung ausgehende Effekt ist dagegen vergleichsweise gering, wenn nicht sogar vernachlässigbar. (Falter/Schumann 1994: 200)

Ganz ähnlich lautet die Einschätzung von Steinbrecher und Rattinger (2011: 87):

Insgesamt sind also politische Einstellungen deutlich wichtiger für die Erklärung der Wahlbeteiligung, wenn man den Einfluss einer Vielzahl von Faktoren gleichzeitig untersucht.

Um zu sehen, wie soziologische und sozialpsychologische Faktoren zusammen spielen, werden in einem ersten Schritt zwei Modelle verglichen, die die Wahlteilnahme an der Bundestagswahl 2013 erklären sollen (Abbildung 5-10). Das erste Modell – gekennzeichnet durch dunkle Kreise – schließt nur demogra-

Abbildung 5-10 Modellvergleich zur Wahlteilnahme an der Bundestagswahl 2013



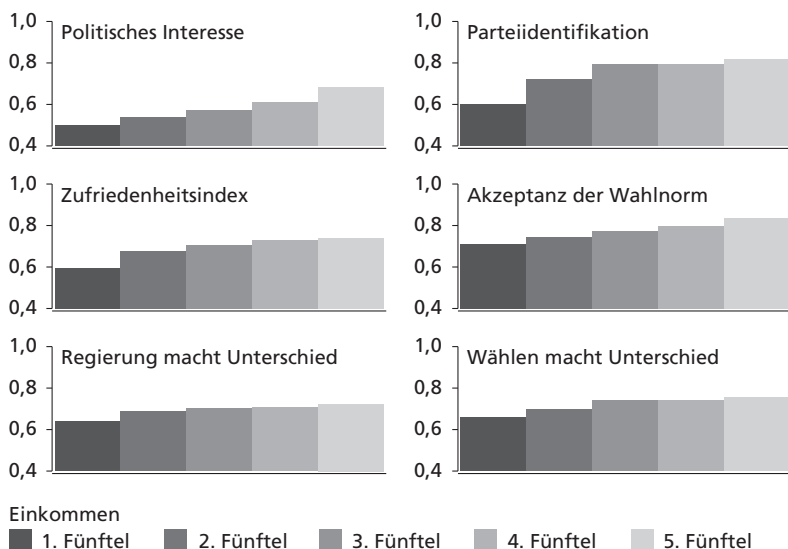
Dargestellt sind die Koeffizienten aus einer logistischen Regression sowie die 95-Prozent-Konfidenzintervalle. Die Werte in Klammern geben die Antwortmöglichkeiten jeweils von niedrig oder ablehnend bis hoch oder zustimmend an. Siehe Tabelle 5-6. Daten: GLES 2013.

fische Variablen ein. Höhere Bildung und höheres Einkommen erhöhen die Wahlteilnahme. Dies gilt zumindest für das Einkommen auch dann, wenn wie im zweiten Modell weitere Variablen eingeschlossen werden. Daneben wirken sich insbesondere das politische Interesse sowie die Akzeptanz der Wahlnorm und die Überzeugung, dass Wahlen einen Unterschied machen, positiv auf die Wahlbereitschaft aus.⁹ Der Erklärungswert ist, wie das Bestimmtheitsmaß zeigt, im zweiten Modell höher, wobei jedoch soziodemografische Faktoren keineswegs »vernachlässigbar« sind. Berechnet man die Wahrscheinlichkeit zu wählen für Befragte aus dem unteren und aus dem oberen Einkommensfünftel, liegen 8 Prozentpunkte zwischen ihnen – selbst wenn unterstellt wird, sie unterschieden sich sonst nicht.

Die Analysen dieses Buchs zielen nicht in erster Linie darauf, ein umfassendes Modell der Wahlteilnahme zu erstellen, das einen möglichst hohen Anteil

⁹ Multikollinearität ist kein Problem; der *Variance Inflation Factor* liegt in allen Fällen unter 3.

Abbildung 5-11 Politische Einstellungen in Abhängigkeit vom Einkommen



Dargestellt ist die durchschnittliche Zustimmung der Befragten aus jedem Einkommensfünftel. Die sechs Einstellungsvariablen wurden so kodiert, dass sie immer zwischen 0 und 1 liegen.

Daten: GLES 2013.

der Varianz erklärt; Hauptanliegen ist es, Muster der Nichtwahl zu identifizieren. Deshalb wird in einem zweiten Schritt gefragt, wie sich wahlfördernde Einstellungen auf unterschiedliche soziale Gruppen verteilen. Schon Campell et al. ([1954]1971: 198) zeigen, dass mit steigendem Einkommen die Akzeptanz »staatsbürgerlicher Pflichten« zunimmt, wie etwa die gefühlte Pflicht, wählen zu müssen. Abbildung 5-11 greift dies auf und bildet für jedes Einkommensfünftel die durchschnittliche Zustimmung zu sechs die Wahlteilnahme fördernden Einstellungen ab. In allen Fällen steigt der Anteil der Zustimmenden mit dem Einkommen. Zwischen den einkommensstärksten und den ärmsten Befragten bestehen erhebliche Unterschiede im Grad der Zustimmung. Ob jemand Überzeugungen und Interessen hat, die zur Stimmabgabe bei Wahlen führen, hängt systematisch von seiner sozialen Lage ab.¹⁰

10 In allen Fällen ergibt auch eine multivariate Überprüfung, die Alter, Geschlecht, Partnerschaft und Bildung einschließt, dass ein nichtzufälliger Zusammenhang zwischen dem Einkommen und diesen sechs Einstellungen besteht.

Besonderes Augenmerk legt der soziologische Ansatz darauf, wie sich Einstellungen innerhalb von Gruppen herausbilden. Homogene Netzwerke verstärken die eigene Meinung, während Netzwerke, in denen widerstreitende Normen herrschen, zu Verunsicherung führen können. Status- und Einstellungsähnlichkeit erhöhen die Wahrscheinlichkeit, Teil desselben Netzwerks zu sein (im Überblick McPherson/Smith-Lovin/Cook 2001). Beispielsweise heiraten heute häufiger als in der Vergangenheit Menschen, die sich im sozialen Status und Bildungsniveau ähneln (Heuzeroth/Dorbritz 2009; Grünheid 2011). Und auch die über den Mietmarkt gesteuerte soziale Segregation führt dazu, dass Menschen mit ähnlichem Einkommen in räumlicher Nähe zueinander wohnen (Friedrichs/Triemer 2008; Farwick 2012: 383–384). Dies führt dazu, dass wer selbst eine geringe Wahlneigung hat, auch in der Familie und im Freundeskreis, unter Bekannten und im Wohnviertel häufiger auf andere trifft, die zur Nichtwahl neigen (Kleinhenz 1995: 187). Wenn die Einstellungen und das Verhalten anderer das eigene Denken und Handeln beeinflussen, entsteht eine »soziale Logik« politischen Handelns:

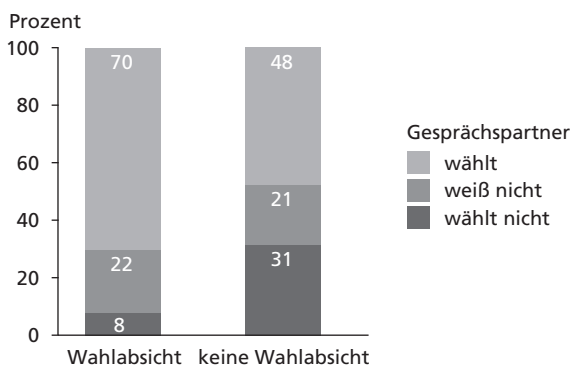
How do people make political decisions? Much as they make many other decisions in life. They take into account the preferences, values, expectations, and perceptions of their family, friends, colleagues, and neighbors. People affect one another, and so any one decision responds to the mix of views in a person's social networks. [...] people experience their lives and their thoughts in social relationships. As a result, there is a *social logic to their political choices*. (Zuckerman 2007: 634; Hervorh. nicht im Orig.)

Nicht nur die Entscheidung, welche Partei man wählt, sondern auch die Wahlteilnahme selbst wird durch die soziale Umwelt geprägt.¹¹ Wer in einer Befragung angibt, wahrscheinlich oder sicher nicht wählen zu wollen, dessen Gesprächspartner wählen häufig auch nicht, wie sich Abbildung 5-12 entnehmen lässt. 31 Prozent der Gesprächspartner derjenigen, die nicht zu wählen beabsichtigen, werden ebenfalls als Nichtwählerinnen und Nichtwähler eingeschätzt, während das nur für 7 Prozent der Gesprächspartner gilt, wenn man zu wählen beabsichtigt. Fast drei Viertel der politischen Gespräche von Wählern werden mit anderen Wählern geführt, jedes zweite bei den Nichtwählern.¹² In einem weiteren Analyseschritt lässt sich prüfen, ob zwischen der Einschätzung des Verhaltens des Gesprächspartners und der eigenen Wahlabsicht ein systematischer

11 Siehe hierzu die Simulationen und empirischen Tests in Rolfe (2012), die in Abgrenzung zum individualistischen *Rational-Choice*-Ansatz eine *Conditional-Choice*-Theorie des Wählens entwickelt.

12 Hierbei ist erneut zu beachten, dass nur 7 Prozent der Befragten angeben, nicht wählen zu wollen, obwohl der Nichtwählerinnen- und Nichtwähleranteil bei der Bundestagswahl 2013 bei fast 30 Prozent lag.

Abbildung 5-12 Wahlabsicht der Gesprächspartner von Befragten mit und ohne Wahlabsicht

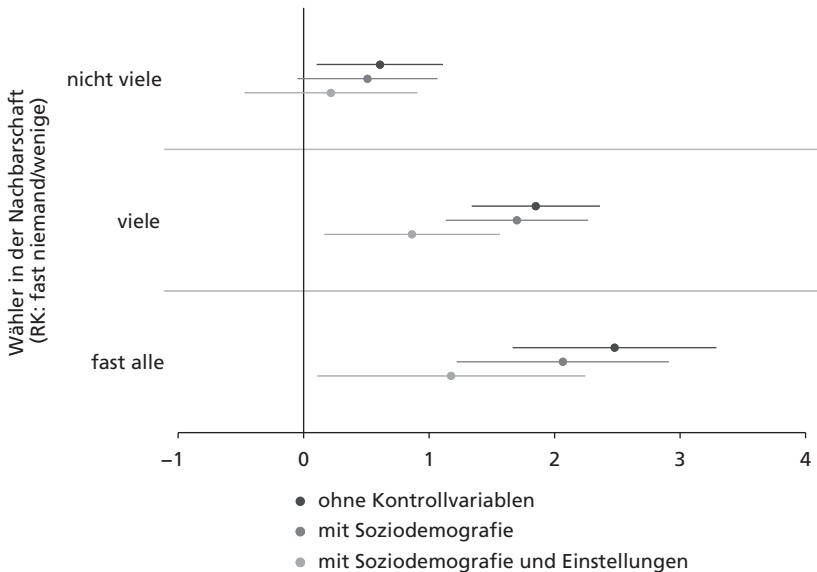


Daten: GLES 2013.

Zusammenhang besteht. Tabelle 5-7 im Anhang zeigt, dass die Wahlbereitschaft sinkt, wenn man mit Nichtwählerinnen und Nichtwählern über Politik redet, wohingegen das Gespräch mit anderen Wählerinnen und Wählern die eigene Wahlwahrscheinlichkeit erhöht. Unter sonst gleichen Umständen steigt der Nichtwähleranteil von 10 auf 17 Prozent, wenn der erste Gesprächspartner nicht wählt, und auf 27 Prozent, wenn dies auch für den zweiten Gesprächspartner gilt.¹³ Nicht nur die Parteipräferenz, sondern auch die Teilnahme an Wahlen wird durch das persönliche Netzwerk beeinflusst. Eine Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung bestätigt den Einfluss von Kontextfaktoren. Sowohl für die Wahlbeteiligung als auch für die gefühlte Wahlpflicht werden deutliche Effekte des Freundes- und Bekanntenkreises nachgewiesen. Wer angibt, dass die meisten Personen des persönlichen Umfelds wählen werden, fühlt eine stärkere Verpflichtung, es ihnen gleichzutun, und weist eine höhere Wahlbereitschaft auf, selbst wenn andere individuelle Erklärungsfaktoren berücksichtigt werden (Petersen et al. 2013: Kapitel 4).

13 Nicht geklärt werden kann mit diesen Daten, ob ein kausaler Zusammenhang vorliegt, denn es wird nur gezeigt, dass sich Befragte häufiger als Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu erkennen geben, wenn ihre Gesprächspartner auch Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind. Um zu ermitteln, ob dies Verhaltensänderungen bewirkt, müsste man erst die Wahlneigung bestimmen, dann müsste das politische Gespräch stattfinden, um anschließend mögliche Änderungen in der Wahlneigung zu erfassen. Ein solcher Vergleich wäre nur in einer experimentellen Studie möglich (siehe beispielsweise Nickerson 2008).

Abbildung 5-13 Der Effekt des Wahlverhaltens in der Nachbarschaft auf die individuelle Wahlabsicht



Dargestellt sind die Koeffizienten sowie die Konfidenzintervalle eines logistischen Regressionsmodells, das die Wahlabsicht im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 schätzt. Siehe Tabelle 5-9.

Daten: GLES 2013.

Neben dem unmittelbaren Kontakt zu Wählern und Nichtwählern im Familien- und Freundeskreis als Faktor der Wahlbereitschaft ist zu berücksichtigen, dass Menschen in Wohngebieten leben, die sich in der sozialen Zusammensetzung und der Wahlbeteiligung unterscheiden. In verschiedenen Studien konnte nachgewiesen werden, dass der räumliche Kontext die politische Partizipation beeinflusst (Huckfeldt 1979; Giles/Dantico 1982). Eine erste Annäherung an die Frage, wie sich die Wahlbeteiligung in der Nachbarschaft auf die individuelle Wahlbereitschaft auswirkt, erlaubt eine Befragung zur Kommunalwahl 2004 in Duisburg (siehe hierzu: Schmitt-Beck/Mackenrodt/Faas 2008).¹⁴ Neben einer Fülle von Fragen zum politischen Interesse und zur Neigung, über Politik zu diskutieren, wird in dieser Erhebung ebenfalls die Einschätzung abgefragt, wie viele Bürgerinnen und Bürger im eigenen Stadtteil wählen (»relativ

¹⁴ Ich danke Prof. Rüdiger Schmitt-Beck dafür, mir den Datensatz zur Sekundäranalyse überlassen zu haben.

wenige«, »durchschnittlich viele«, »sehr viele«). Selbst unter Kontrolle anderer Erklärungsfaktoren wie Alter, Bildung und politisches Interesse verändert die Einschätzung, wie viele Wähler in einem Stadtviertel wohnen, die individuelle Wahlwahrscheinlichkeit (siehe Tabelle 5-8). Sie erhöht sich unter sonst gleichen Bedingungen um 6 Prozentpunkte, wenn jemand angibt, in einem Viertel mit »vielen« statt in einer Gegend mit »wenigen« Wählern zu leben. Auch das spricht für die soziale Logik des Wählens.

Dieselbe Art von Analyse lässt sich für die Bundestagswahl 2013 durchführen, bei der im Vorfeld nicht nur die individuelle Wahlabsicht, sondern auch die Einschätzung abgefragt wurde, wie viele Bürgerinnen und Bürger aus der eigenen Nachbarschaft wählen werden. Nur 53 Prozent derjenigen, die angaben, dass »fast niemand« oder nur »wenige« Bürger aus der Nachbarschaft wählen, beabsichtigen, selbst zu wählen. Dieser Wert steigt auf 88 Prozent, wenn »viele« Nachbarn wählen, und sogar auf 93 Prozent, wenn die Einschätzung lautet, dass »fast alle« von ihnen wählen. Das wahrgenommene Wahlverhalten in der Nachbarschaft übt einen signifikanten Effekt auf das eigene Verhalten aus, selbst wenn eine ganze Fülle von Individualmerkmalen beachtet wird, wie aus Abbildung 5-13 hervorgeht. Wer von seiner Nachbarschaft sagt, dass »fast alle« dort wählen, beabsichtigt unabhängig von Alter, Geschlecht und Einkommen, aber auch vom politischen Interesse oder der Parteiidentifikation mit höherer Wahrscheinlichkeit, auch selbst zu wählen.

Dieser Kontexteffekt ist für die Bewertung von Wahlbeteiligungsunterschieden besonders wichtig. Denn er besagt, dass Mietmarkt und sozialer Wohnungsbau nicht einfach nur Menschen mit unterschiedlicher Wahlbereitschaft in unterschiedliche Wohngegenden sortieren, sondern dass soziale Segregation auf deren Verhalten zurückwirkt. Selbst gebildete und politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger wählen seltener, wenn sie in einer Nichtwählerhochburg wohnen. Und die ohnehin geringere Wahlneigung sozial Benachteiligter wird zusätzlich verringert, wenn sie im Nahumfeld überproportional viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler erleben. In einer nicht segregierten Stadt, so lässt sich folgern, fiel die durchschnittliche Wahlbeteiligung somit höher und sozial weniger ungleich aus.

5.2.5 Wahlkampf und Wählermobilisierung

Why do citizens participate in political life? One way to think about this puzzle is to invert the question and ask why people don't take part in politics. Three answers immediately suggest themselves: because they can't, because they don't want to, or *because nobody asked*.

(Brady/Verba/Schlozman 1995: 271; Hervorh. nicht im Orig.)

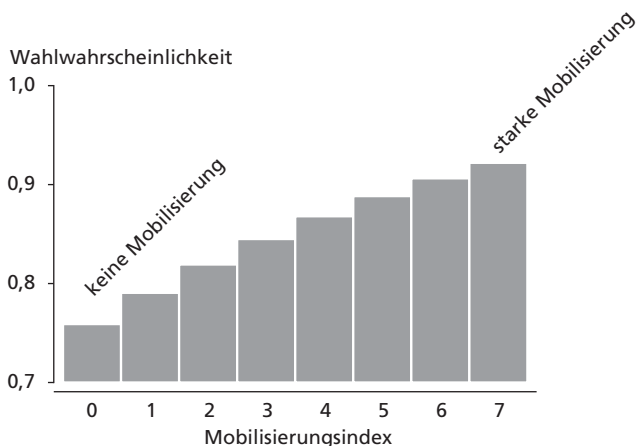
Die ersten beiden im Zitat genannten Gründe für Nichtpartizipation wurden in den vorangegangenen Abschnitten behandelt. Nichtwählerinnen und Nichtwähler verfügen über geringere Ressourcen, sie interessieren sich weniger für Politik und ihnen fehlt der Glaube daran, dass Wahlen etwas verändern. Nicht beachtet wurde bisher der dritte Aspekt, der die politische Mobilisierung betrifft. Experimente zeigen, dass die Wahlbeteiligung durch Mobilisierungsanstrengungen erhöht werden kann (Karp/Banducci/Bowler 2007). Insbesondere persönliche Kontakte erhöhen die Wahlwahrscheinlichkeit, dagegen sind telefonische Appelle weniger effektiv (Gerber/Green 2000; Pattie/Johnston 2003). Der Effekt von *Get-out-the-Vote*-Initiativen wird in den meisten Studien vermutlich sogar unterschätzt, weil »Ansteckungseffekte« nicht beachtet werden: Nicht nur bei den direkt angesprochenen Personen, so kann Nickerson (2008) zeigen, sondern auch bei deren Partnerinnen und Partnern steigt die Wahlwahrscheinlichkeit nach einem Kontakt an.¹⁵

Wahlberechtigte können auf verschiedene Weise mobilisiert werden. In der GLES-Befragung zur Bundestagswahl 2013 werden zehn Wahlkampfinstrumente abgefragt, die Wähler zur Stimmabgabe bewegen sollen. Der Fokus liegt allerdings weniger darauf, ob die Parteien aktiv auf potenzielle Wähler zugegangen sind, sondern vielmehr auf der Wahrnehmung des Wahlkampfs durch die Bürgerinnen und Bürger. Folgende Mobilisierungsinstrumente werden abgefragt:

1. Haben Sie Wahlveranstaltungen oder Kundgebungen von Parteien besucht?
2. Haben Sie E-Mails oder SMS von Parteien erhalten?
3. Haben Sie Informationsmaterial von Parteien wie zum Beispiel Flugblätter, Handzettel, Broschüren oder Postwurfsendungen gelesen?
4. Haben Sie Wahlanzeigen von Parteien in Zeitungen oder Zeitschriften gelesen?
5. Haben Sie Wahlplakate von Parteien oder Kandidaten gesehen?
6. Haben Sie einen Wahlkampfstand oder mehrere Wahlkampfstände hier im Ort besucht?
7. Haben Sie Werbesendungen von Parteien im Fernsehen gesehen?
8. Wurden Sie direkt von einer Person angesprochen, zum Beispiel auf der Straße oder an Ihrer Wohnungs- beziehungsweise Haustür?
9. Wurden Sie telefonisch von Parteien kontaktiert?
10. Wurden Sie über ein soziales Netzwerk im Internet, wie zum Beispiel Facebook, von Parteien kontaktiert?

15 Rolfe (2012) nimmt sogar an, dass der Stimmabgabe bei Wahlen immer eine direkte oder indirekte Mobilisierung vorausgeht, weil nur so potenzielle Wähler auf eine Wahl aufmerksam werden. Unterschiede in der Wahlbeteiligung bei verschiedenen Wahlarten können aus ihrer Sicht durch die Intensität der Mobilisierung erklärt werden.

Abbildung 5-14 Der Effekt politischer Mobilisierung auf die Wahlbereitschaft



Dargestellt ist die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, an der Bundestagswahl 2013 teilgenommen zu haben, in Abhängigkeit von der Mobilisierungsintensität. Siehe Tabelle 5-10. Daten: GLES 2013.

Aus diesen Aktivitäten lässt sich ein Index bilden, der von 0 bis 7 reicht, wenn keine oder mindestens sieben dieser Wahlkampfaktivitäten wahrgenommen wurden. Durchschnittlich geben die Befragten 2,9 Parteikontakte im Wahlkampf an. In Tabelle 5-10 wird geprüft, ob sich der Wahlkampf auf die individuelle Wahlbeteiligung auswirkt. Im ersten Schritt wird neben demografischen Informationen nur eine Variable eingeschlossen, die erfasst, ob jemand den Wahlkampf aufmerksam verfolgt hat. Wenn das der Fall ist, steigt die Beteiligungswahrscheinlichkeit an. Anschließend wird im zweiten Modell der Mobilisierungsindex eingeschlossen, der die Anzahl der Wahlkampfkontakte erfasst. Die meisten Befragten geben an, zwischen einem und vier Kontakten gehabt zu haben, höhere Werte sind dagegen selten. Aus der zweiten Spalte in Tabelle 5-10 geht hervor, dass mit der Menge der Kontakte die Bereitschaft steigt, sich an der Bundestagswahl zu beteiligen, und dass sich die Erklärungskraft des Modells durch den Einschluss dieser Variable deutlich verbessert. Diese Ergebnisse sprechen dafür, dass Wahlkampfaktivitäten nicht folgenlos sind, sondern tatsächlich die Beteiligung steigern (Rosenstone/Hansen 1993: 171, Abbildung 6-2). Nun könnte es sein, dass nur diejenigen im Wahlkampf in Kontakt mit den Parteien kommen, die sich für Politik interessieren oder ohnehin wählen wollen. Um auszuschließen, dass der Wahlkampfeffekt ausschließlich auf solche Unterschiede zurückzuführen ist, werden im dritten Modell das politische Interesse, die Akzeptanz der Wahlnorm, die Parteiidentifikation und der bereits

oben verwendete Zufriedenheitsindex in das Modell eingeschlossen. Obwohl bis auf das politische Interesse alle diese Variablen einen signifikanten Effekt auf die Wahlteilnahme ausüben, büßt der Mobilisierungseffekt nicht an Signifikanz ein, wenngleich die Effektstärke etwas nachlässt.

Auf Grundlage des dritten, umfassenden Modells wird nun die substanzielle Wirkung der Wahlkampfmobilisierung ermittelt (Abbildung 5-14). Bei zwei hypothetischen Personen, die sich nur im Hinblick auf ihre Wahlkampfkontakte unterschieden, steigt die Wahlwahrscheinlichkeit beim Übergang von einem zum anderen Extrem um 16 Prozentpunkte an. Doch selbst drei oder vier Kontakte erhöhen die Beteiligung gegenüber jemandem, der während des Wahlkampfes keinen Parteienkontakt hatte, um 6 beziehungsweise 10 Prozentpunkte. Da die Anzahl der Wahlkampfkontakte mit dem Bildungsgrad und dem Einkommen der Befragten zunimmt (Rosenstone/Hansen 1993: 163–168) und die Parteien ihre Anstrengungen auf diejenigen konzentrieren, die mit hoher Wahrscheinlichkeit wählen (Karp/Banducci/Bowler 2007: 102), vergrößert politische Mobilisierung bestehende Beteiligungsunterschiede (Enos/Fowler/Vavreck 2014).

5.3 Unterscheiden sich Wähler und Nichtwähler in ihren politischen Präferenzen?

Die letzten Abschnitte haben gezeigt, dass die Bereitschaft zu wählen in wachsendem Maß ungleich in der Bevölkerung verteilt ist. Sie folgt, entgegen anderslautenden Vermutungen, klaren Mustern: Unter den Nichtwählerinnen und Nichtwählern finden sich überproportional viele, die eine niedrige formale Bildung und wenig Einkommen aufweisen. Geringes politisches Interesse, gepaart mit Unzufriedenheit, fehlender Parteiidentifikation und der Überzeugung, dass Wahlen keinen Unterschied machen, führen zur Nichtwahl, wobei diese negativen Einstellungen ihrerseits von der sozialen Lage abhängen. Darüber hinaus verändert der soziale Kontext die individuelle Wahlwahrscheinlichkeit. Der Kontakt mit anderen Nichtwählerinnen und Nichtwählern in der Familie, im Freundeskreis oder in der Nachbarschaft verringert die Wahlbereitschaft. Wähler und Nichtwähler, so das Fazit, unterscheiden sich in ihrer sozialen Zusammensetzung. Ob diese soziodemografischen Unterschiede damit einhergehen, dass sie sich in ihren politischen Präferenzen unterscheiden, wird im Folgenden geprüft.

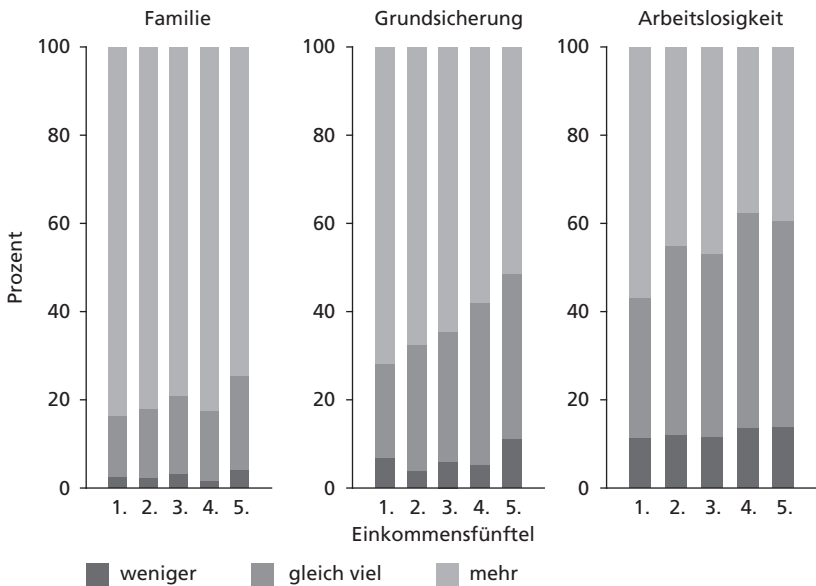
Der Versuch, Einstellungsunterschiede zwischen Wählern und Nichtwählern zu ermitteln, stößt allerdings auf methodische Probleme, die zur Vorsicht bei der Interpretation der Ergebnisse anhalten. Erstens wird der Vergleich durch

die oben genannten Probleme erschwert, Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Umfragen zu ermitteln. Wenn bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht erreicht werden und andere unaufrichtig antworten, lässt sich nicht sicher sagen, ob man die Einstellung dieser Gruppe richtig erfasst. Zweitens werden in Wahlumfragen häufig nur wenige, allgemeine Fragen zur Verteilungspolitik gestellt. Während die Präferenzen zu den Parteien und Politikern detailliert abgefragt werden, geschieht dies seltener für Policy-Präferenzen – doch gerade mit Blick auf Sozialpolitik und Umverteilung sind Unterschiede zu erwarten. Das umgekehrte Problem gilt für mehrfach wiederholte Erhebungen zu Einstellungen zum Sozialstaat – in ihnen wird nicht abgefragt, ob jemand gewählt hat. Noch dazu weisen diese Umfragen einen deutlichen »Mittelschichtsbias« auf, weil die Befragten ein höheres Bildungsniveau als die Bevölkerung insgesamt aufweisen. Aufgrund dieser Schwierigkeiten wird in diesem Abschnitt vor allem gefragt, ob sich Einstellungsunterschiede zwischen sozialen Gruppen feststellen lassen, so dass die ungleiche Beteiligung an Wahlen und anderen politischen Aktivitäten die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger verzerrt vermitteln kann.

Die oben diskutierte Auffassung, dass Nichtwählerinnen und Nichtwähler einen Querschnitt der Gesellschaft bildeten, legt nahe, dass sie sich auch in ihren Partei- und Politikpräferenzen nicht oder nur wenig von den Wählern unterscheiden. Eine sinkende Wahlbeteiligung würde in diesem Fall die Präferenzaggregation durch Wahlen nicht verzerren. Dem steht die Vermutung entgegen, dass sich etwa Einkommensunterschiede in unterschiedliche Interessenlagen und politische Präferenzen übersetzen. Im Meltzer-Richard-Theorem wird beispielsweise angenommen, dass eine Mehrheit der Wähler eine stärkere Umverteilung bevorzugt, solange das Einkommen des Medianwählers unter dem Durchschnittseinkommen liegt (Meltzer/Richard 1981: 916). Dabei wird vorausgesetzt, dass sich die individuelle Umverteilungspräferenz aus der Position in der Einkommensverteilung bestimmen lässt. Doch stimmt diese Annahme?

Unabhängig vom Einkommen unterstützt eine große Mehrheit der Deutschen einen ausgebauten Sozialstaat. Einschnitte in das soziale Netz werden überwiegend skeptisch beurteilt (Schäfer 2007: 661–665). Diese grundsätzlich positive Einstellung zum Sozialstaat geht auch aus einer Umfrage zu den Sozialstaatspräferenzen hervor. In sieben Bereichen der Sozialpolitik, für die im »Sozialstaatsurvey 2008« erhoben wird, ob sich die Befragten höhere, gleichbleibende oder niedrige Ausgaben wünschen, spricht sich in fast allen Fällen eine Mehrheit für höhere Ausgaben aus. Die höchste Zustimmung zu Mehrausgaben findet sich in den Bereichen Familie sowie Gesundheit und Pflege. Geringer fällt sie aus, wenn gefragt wird, ob mehr für die Absicherung gegen Erwerbsunfähigkeit ausgegeben werden soll. Nur bei der Arbeitslosigkeit wünscht eine Mehrheit gleichbleibende oder geringere Leistungen, wohingegen in allen anderen Bereichen die

Abbildung 5-15 Ausgabenpräferenz von fünf Einkommensgruppen in der Sozialpolitik



Daten: SOZIALSTAAT 2008.

größte Gruppe Mehrausgaben wünscht. Allerdings gibt gleichzeitig jeweils eine Mehrheit der Befragten an, dass mehr Eigenverantwortung notwendig ist.

Bei diesen hohen Zustimmungsraten zum Sozialstaat sind keine grundlegenden Einstellungsunterschiede zwischen sozialen Gruppen zu erwarten, wenngleich Nichtwählerinnen und Nichtwähler eine in der Tendenz stärkere Ausgabenpräferenz aufweisen und die Gesellschaft in stärkerem Maß als ungerecht empfinden (Schäfer 2011a: 150).¹⁶ In Abbildung 5-15 werden die Ausgabenpräferenzen für drei der sieben Bereiche der sozialen Sicherung nach Einkommensgruppen aufgeschlüsselt dargestellt. Zwei Muster fallen auf. Erstens ist der Wunsch nach Mehrausgaben bei den unteren Einkommensfünfteln ausgeprägter, während mittlere und hohe Einkommen häufiger den Status quo oder Kürzungen präferieren. Zweitens ist der Wunsch nach höheren Ausgaben bei der Absicherung von Arbeitslosen am geringsten. Bei den beiden oberen Quintilen

¹⁶ Für die USA weisen Highton und Wolfinger (2001: 185) sowie Citrin et al. (2003: 82) nach, dass Nichtwählerinnen und Nichtwähler sich stärker für Umverteilung aussprechen und häufiger der Demokratischen Partei zuneigen.

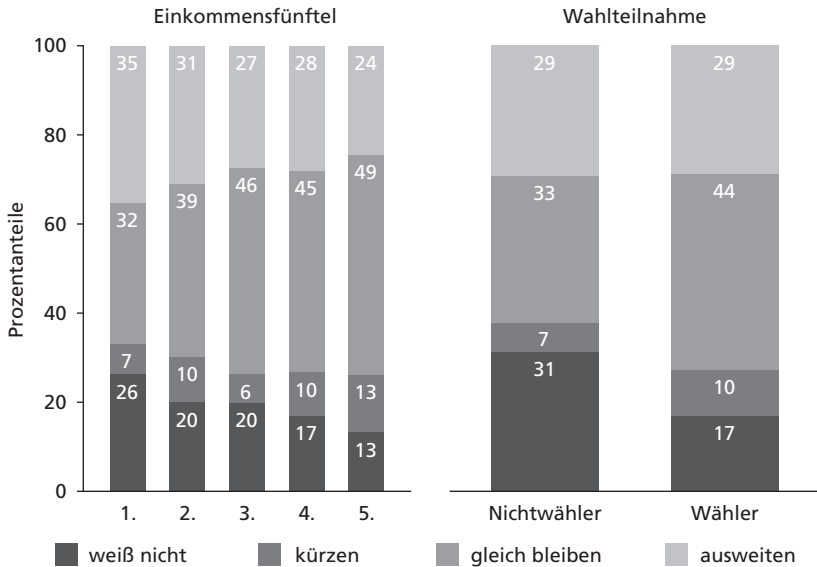
möchte die Mehrheit der Befragten die Ausgaben gleich lassen oder senken, während Befragte mit niedrigen Einkommen höhere Ausgaben wünschen.¹⁷ Ebenfalls stärker verbreitet ist bei einkommensärmeren Menschen die hier nicht dargestellte Auffassung, dass die Leistungen des Arbeitslosengelds »schlecht« oder »eher schlecht« sind. 60 Prozent des unteren Einkommensquintils schätzen die Leistungen negativ ein, während 60 Prozent des oberen Fünftels sie positiv bewerten.

Im nächsten Schritt wird geprüft, ob Einstellungsunterschiede zwischen Einkommensgruppen bestehen bleiben, wenn weitere Erklärungsfaktoren berücksichtigt werden. Um dies zu ermitteln, wird ein Index aus den sieben bereits genannten sozialpolitischen Bereichen gebildet. Der Index reicht von -7 (Ausgabenkürzungen in allen Bereichen) bis 7 (Mehrausgaben in allen Bereichen). Die Verteilung ist aufgrund der verbreiteten Ausgabenpräferenz linksschief. Berücksichtigt man neben dem Einkommen auch Alter, Bildungsgrad, Geschlecht und Herkunft, bleiben signifikante Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen bestehen. Dies gilt auch dann, wenn zusätzlich beachtet wird, ob Befragte selbst Leistungen der sozialen Sicherheit erhalten und ob sie mehr Eigenverantwortung befürworten (Tabelle 5-11).

Ein ähnliches Muster wie bisher zeigt sich, wenn allgemeiner danach gefragt wird, ob Sozialausgaben zukünftig gleich bleiben, gekürzt oder ausgeweitet werden sollen. Zwar offenbart sich erneut kein grundlegender Konflikt zwischen Einkommensgruppen, aber es zeigen sich Unterschiede im Grad der Unterstützung von Mehrausgaben (Abbildung 5-16). Mit steigendem Einkommen nimmt die Unterstützung für den Status quo zu, doch selbst in der oberen Einkommensgruppe spricht sich nur eine Minderheit für Kürzungen aus. Bei den unteren Einkommensgruppen befürwortet eine relative Mehrheit die zukünftige Ausweitung von Sozialleistungen und nur sehr wenige wollen Kürzungen. Dasselbe Muster zeigt sich beim Vergleich von Wählern und Nichtwählern in der rechten Teilgrafik, der an dieser Stelle möglich ist. Der größte Unterschied zeigt sich jedoch bei der Antwortkategorie »weiß nicht«: Sowohl Nichtwählerinnen und Nichtwähler als auch Menschen mit geringem Einkommen geben sehr viel häufiger an, sich keine Meinung zum Thema Sozialleistungen gebildet zu haben. Dies stimmt mit amerikanischen Befunden überein (Highton/Wolfinger 2001: 186) und wirft die Frage auf, welche Auswirkungen dies hat. Berinsky (2002) geht dieser Frage nach und ermittelt, welche Umverteilungspräferenzen aufgrund ihres sozioökonomischen Status bei denjenigen zu vermuten sind, die »weiß nicht« antworten. Auf diesem Weg kann er zeigen, dass die durch Umfragen ermittelte Sozialstaats-

17 Ohne die Abweichung der Befragten vom sozioökonomischen Profil der Gesamtbevölkerung wären diese Unterschiede wahrscheinlich noch größer.

Abbildung 5-16 Zukünftiger Umgang mit Sozialleistungen



Daten: ALLBUS 2010.

skepsis der amerikanischen Bevölkerung systematisch überschätzt wird. Denn wer an Umfragen teilnimmt und sich darüber hinaus zutraut, auch schwierige Fragen zu beantworten, ist häufig überdurchschnittlich gebildet und repräsentiert nicht die Bevölkerung insgesamt. Nimmt man die Probleme hinzu, Menschen in schlechten Wohnlagen zu befragen, kann angenommen werden, dass auch in deutschen Umfragen die Präferenzen der Mittelschicht besser als die der unteren Schichten erfasst werden. Der Grad der Unterstützung für den Sozialstaat wird in Umfragen wie auch bei Wahlen tendenziell unterschätzt, wenn die Gruppe mit der stärksten Präferenz für höhere Ausgaben seltener wählt, seltener an Umfragen teilnimmt und häufiger die Antwort verweigert.

Die Befunde dieses Abschnitts sprechen dafür, dass der asymmetrische Rückgang der Wahlbeteiligung die Sozialstaats- und Parteienpräferenz verzerren kann. Zwar lässt sich keine Polarisierung zwischen hohen und niedrigen Einkommen oder Wählern und Nichtwählern feststellen, aber die Intensität der Umverteilungspräferenz unterscheidet sich nichtzufällig zwischen Einkommensgruppen. Je stärker Nichtwahl durch die soziale Lage beeinflusst wird und umso mehr soziale Gruppen Unterschiedliches wollen, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Interessen der Bessergestellten politisch stärker beachtet werden. Im Kon-

fluktfall setzen Entscheidungsträger die Ziele der Mittel- und Oberschicht um – aus deren Mitte sie in Deutschland, wie Abschnitt 8.2 zeigt, fast ausschließlich rekrutiert werden.

5.4 Fazit

In der öffentlichen Wahrnehmung sind die Nichtwählerinnen und Nichtwähler in der Mitte der Gesellschaft angekommen und finden sich in allen Schichten. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, dass Prominente und Intellektuelle öffentlich verkünden, nicht länger wählen zu wollen. Dennoch trägt er. Zwar finden sich in der wachsenden Gruppe von Nichtwählerinnen und Nichtwählern Menschen aller sozialen Schichten. Doch daraus zu schließen, dass sich die Wahlverweigerer gleichmäßig über die Gesellschaft verteilen, führt in die Irre. Denn die Wahrscheinlichkeit, nicht wählen zu gehen, unterscheidet sich nach Schichtzugehörigkeit, Einkommen und Bildung. Nichtwählerinnen und Nichtwähler bilden keinen Querschnitt der Bevölkerung, auch wenn dieser Eindruck medial vermittelt wird. Die Gründe für eine im Vergleich zu den bessergestellten Gruppen geringere Wahlbeteiligung der sozial Schwachen liegen im geringeren politischen Interesse, einer schwächeren Parteibindung, dem mangelnden Zutrauen in eigene Kompetenzen und dem fehlenden Glauben daran, durch politisches Engagement etwas zu bewirken, sowie in der weniger ausgeprägten gefühlten Verpflichtung, als guter Bürger wählen zu müssen. Einstellungen, mit denen die Bereitschaft steigt, an Wahlen teilzunehmen, sind gerade bei den Ressourcenarmen geringer ausgeprägt. Doch statt eine zufriedenstellende Erklärung zu bieten, werfen diese Muster die weitergehende Frage auf, weshalb diese Unterschiede heute stärker als in der Vergangenheit ausgeprägt sind. Um dies zu erklären, muss die soziale Logik politischer Partizipation beachtet werden, denn die sich in partizipationshemmenden Einstellungen offenbarende Politikferne wird durch persönliche Netzwerke verstärkt, in denen sich andere mit ähnlichen Auffassungen finden. Wer nicht wählt, spricht viel häufiger mit anderen über Politik, die auch nicht wählen, wodurch das Verhaltensdispositiv verstärkt wird. Hinzu kommt, dass die Bewohner benachteiligter Stadtteile – unabhängig von anderen individuellen Merkmalen – eine geringere Wahlbereitschaft aufweisen. Segregation, die auch Ausdruck sozialer Ungleichheit ist, vergrößert die bereits vorhandenen Unterschiede in der Partizipationsbereitschaft.

Aus republikanischer Sicht lassen sich zwei Lehren aus den empirischen Befunden dieses Kapitels ableiten. Zum einen ist ein rein individualistisches Erklärungsmodell politischer Partizipation unzureichend. Der soziale Kontext, in

dem wir uns bewegen, beeinflusst Meinungen und Handlungen und kann politisch erwünschte, aber auch unerwünschte Folgen haben. Während der Kontakt mit politisch Interessierten mobilisierend wirken kann, demobilisiert die Interaktion mit anderen, die ein negatives Bild der Politik und keine Wahlabsicht haben. Zum anderen ist die Wahlabstinenz in stärkerem Maß als häufig wahrgenommen sozial stratifiziert, was den Rückgang der Wahlbeteiligung zu einem demokratietheoretischen Problem werden lässt. Denn es droht die Gefahr, dass die Anliegen der Nichtaktiven bei politischen Entscheidungen weniger stark ins Gewicht fallen als die der Aktiven, wodurch die Kommunikation zwischen der Bevölkerung und den Repräsentanten verzerrt wird. Ungleiche Beteiligung kann die Benachteiligung der am wenigsten Begünstigten fördern, und diese Möglichkeit wird nicht dadurch entkräftet, dass die Nichtpartizipation vermeintlich freiwillig erfolgt, denn der Grad an politischer Beteiligung wird durch Faktoren beeinflusst, die sich individuellem Einfluss entziehen.

Kapitel 6

Klassenlage und Wahlverhalten: Von der Parteien- zur Nichtwahl

Im vorherigen Kapitel wurde gezeigt, dass die Nichtwahlneigung ungleich über die Bevölkerung verteilt ist und dass die Kluft in der Wahlteilnahme in den letzten Jahren zugenommen hat. Dieses Muster der Nichtwahl wirft die Frage auf, ob sich die soziale Lage auch auf die Parteienwahl auswirkt. Lassen sich weiterhin Gruppen identifizieren, die den Unterstützern einer Partei ausmachen, oder ist die Parteienwahl von sozioökonomischen Faktoren weitgehend entkoppelt? Diese Frage steht im Zentrum einer Debatte um die anhaltende Relevanz der Klassenlage für das Wahlverhalten, in der sich zwei Positionen gegenüberstehen.¹ Die eine Seite bestreitet, dass mit dem Konzept »Klasse« noch individuelles Verhalten erklärt werden kann. Lebensstile und Einstellungen seien inzwischen von Klassenpositionen gelöst und gesellschaftliche Konfliktlinien (*cleavages*), die das Wahlverhalten lange prägten, weitgehend verschwunden. Im Gegensatz dazu betonen Verfechter eines erweiterten, eher an Weber als an Marx anknüpfenden Klassenschemas, dass die berufliche Position weiterhin Einstellungen und Verhalten präge und zu unterschiedlichem Wahlverhalten führe. Die Verwendung des Begriffs Klasse erklärt sich dadurch, dass die soziale Lage ausschließlich durch die berufliche Stellung – Lohn- versus Gehaltsempfänger, Beschäftigte mit und ohne Aufsichtsfunktion, weisungsgebundene versus selbstbestimmte Tätigkeiten – und nicht etwa durch weitere Merkmale wie den Schulabschluss oder das Einkommen erfasst wird. Lange Zeit wurde mit Blick auf Klassen vorwiegend diskutiert, ob Arbeiter auch heute noch überproportional Parteien links der Mitte wählen, doch inzwischen argumentieren einige Autoren, dass sich der Effekt der Klassenlage von der *Parteienwahl* auf die *Wahlteilnahme* verlagert hat. Die folgenden Analysen, für die erneut ALLBUS-Befragungen, aber auch Umfragen zu Landtagswahlen von 1978 bis 2011 ausgewertet werden, stützen eindrücklich die Verlagerungsthese. *Wie* man wählt, hängt weniger eng mit der Klassenlage als in der Vergangenheit zusammen, aber *ob* man wählt dafür umso stärker.

1 Evans (2000) sowie Manza, Hout und Brooks (1995) bieten jeweils eine gute Übersicht über die wichtigsten Studien der beiden sich widersprechenden Lager.

6.1 Stetige Abnahme oder trendlose Fluktuation: Der Effekt der Klassenlage auf das Wahlverhalten

Lange Zeit galt es als ausgemacht, dass gesellschaftliche Konfliktlinien nicht nur das Parteiensystem, sondern auch das individuelle Wahlverhalten prägen. Die Interessen von Land- und Stadtbevölkerung, Religiösen und Säkularen sowie von Arbeitern und Unternehmern unterschieden sich und führten zur Herausbildung von politischen Organisationen – Gewerkschaften, Verbänden und Parteien –, die diese Interessen vertraten. Während manche Konfliktlinien nur in einigen Ländern auftraten, entstanden überall Parteien und Gewerkschaften, die sich für die Anliegen der abhängig Beschäftigten einsetzten, auch wenn sie sich in der Organisationsstärke deutlich unterschieden (Lipset/Rokkan 1967: 66–67). Häufig beanspruchten gleich mehrere Mitte-links-Parteien, für die Arbeiterschaft zu sprechen – und manche machten diesen Anspruch sogar zum Bestandteil ihres Namens, wie etwa Arbeiterparteien in Großbritannien, Spanien oder Schweden. An den Wahlurnen waren in den meisten europäischen Ländern sozialdemokratische Parteien am erfolgreichsten, doch in Italien und Frankreich dominierten phasenweise kommunistische Parteien. Mitte-links-Parteien waren bis in die jüngste Vergangenheit nicht nur dem programmatischen Anspruch nach, sondern auch in ihrer Wählerschaft in dem Sinn Arbeiterparteien, dass Arbeiterinnen und Arbeiter die größte Wählergruppe stellten. Die Klassenlage erklärte in hohem Maß das Wahlverhalten:

Even though many parties renounce the principle of class conflict or loyalty, an analysis of their appeals and their support suggests that they do represent the interests of different classes. On a world scale, the principal generalization which can be made is that parties are primarily based on either the lower classes or the middle and upper classes. (Lipset 1963: 230)

Obwohl das Vorhandensein weiterer Konfliktlinien dieses Bild verwischt – wenn etwa eine christdemokratische Partei vorhanden ist, sodass insbesondere katholische Arbeiter zwischen verschiedenen Loyalitäten schwanken –, finden empirische Studien aus den Sechzigerjahren deutliche Belege dafür, dass sich in den meisten Ländern die berufliche Stellung im Wahlverhalten ausdrückt: Arbeiterinnen und Arbeiter wählen in weit größerem Umfang linke Parteien als etwa Landwirte, (höhere) Angestellte oder Selbstständige (Lipset/Rokkan 1967: 62–63, Fußnote 81; Alford 1967; Lipset 1963: 235–238). Doch ab den Siebzigerjahren schwächt sich der Zusammenhang zwischen Klassenlage und Wahlverhalten ab. Folglich betont Lipset (1983: 504–505) in der Neuauflage von *Political Man* den Rückgang der Klassenwahl, und zehn Jahre später spricht er sogar davon, dass soziale Klassen »aussterben« und für die politische Soziologie bedeutungslos werden (Clark/Lipset 1991). Obwohl Ungleichheit weiter beste-

he, sage diese immer weniger über die Werte und Verhaltensweisen derjenigen aus, die unten oder oben in der Verteilung platziert sind. Mit dem generellen Wohlstandsanstieg, der »Verbürgerlichung« von Arbeitern, wachsender sozialer und räumlicher Mobilität sowie der Ausbreitung postmaterieller Werte büße das Klassenkonzept an Erklärungskraft ein (Inglehart/Rabier 1986). In Deutschland hat insbesondere Ulrich Beck argumentiert, dass Individualisierungsschübe jede Form von Klassenbewusstsein auflösen und infolgedessen die Arbeitsmarktposition nicht mehr einstellungsprägend und handlungsleitend wirke:

In der individualisierten Gesellschaft wird auf dem Hintergrund latent virulenter Klassendifferenzierungen der Boden bereitet für neue, bunte, die bisherigen Schematisierungen sprengende Konflikte, Ideologien und Koalitionen: mehr oder weniger themenspezifisch, keineswegs einheitlich, sondern situationsspezifisch, personenbezogen und immer nur unter dem einen Gesichtspunkt auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen: Sie unterlaufen die gewohnten Polarisierungen der traditionellen Klassenzugehörigkeit. (Beck 1983: 56)

Häufig wird die schwindende Bedeutung von Klassen für die Politik durch den »Alford-Index« belegt. Dieser Index der Klassenwahl misst, um wie viel größer der Stimmenanteil von Arbeitern (*manual workers*) für linke Parteien als der Anteil aller anderen Klassen ist. Als Alford (1967: 82) ihn am Beispiel von vier angelsächsischen Demokratien entwickelte, fand er insbesondere für Großbritannien und Australien hohe Werte, während die Klassenwahl in den USA und Kanada geringer ausfiel. Vertreter der Niedergangsthese, wie Inglehart und Rabier (1986: 463), Clark und Lipset (1991: 403; Clark/Lipset/Rempel: 100) oder Dalton (2002: 152), weisen auf den Rückgang des Alford-Indexes hin, um die sinkende politische Relevanz von Klassen zu untermauern.² Doch die relativ krude Vorgehensweise, die Klassenwahl in einer Vier-Felder-Matrix zu erfassen, die manuelle und nicht manuelle Tätigkeiten auf der einen Achse und die Wahl linker Parteien und die aller anderen auf der anderen abträgt, wurde von Verteidigern des Klassenkonzepts als methodisch unzureichend kritisiert. Zum einen sei die erklärende Variable ungeeignet, Unterschiede etwa zwischen ungelerten Arbeitern und Facharbeitern oder auch innerhalb der Mittelschicht zu erfassen. Zum anderen verdecke die abhängige Variable nicht nur, wie sich die relative Stärke von Parteien innerhalb eines Lagers verändere, sondern berücksichtige auch das Aufkommen neuer, schwer auf der Links-rechts-Achse zu verortender Parteien nicht. Angemessener sei es, ein detailliertes Klassenschema zu verwenden, das an der Marktlage und der Arbeitssituation der Beschäftigten ansetzt

2 In einem von Franklin herausgegebenen Band wird hingegen der Anteil der durch soziodemografische Faktoren erklärten Varianz als Indikator für die Erklärungsstärke von Konfliktlinien herangezogen. Da dieser Anteil rückläufig ist, wird die Niedergangsthese unterstützt (siehe Franklin 2009: 384).

(Brauns/Steinmann/Haun 2000: 10–11). Statt einer dichotomen abhängigen Variablen sollte zudem die Auswahl zwischen sämtlichen (größeren) Parteien berücksichtigt werden. Studien, die diese beiden Einwände berücksichtigen, widersprechen in einigen Fällen der These einer stetigen Abnahme der Klassenwahl und verweisen stattdessen auf »trendlose Fluktuation« (Heath/Jowell/Curtice 1985: 35; Heath/Yang/Goldstein 1996; Goldthorpe 1999), während jedoch ein umfangreicher Ländervergleich den Rückgang bestätigt (Nieuwbeerta/De Graaf 1999). Auch für Deutschland argumentiert eine ganze Reihe von Autoren, dass soziale Konfliktlinien und die Klassenlage weiterhin das Wahlverhalten prägen, wenngleich die gesellschaftlichen Gruppen, die traditionell den Unterstützern der Parteien bildeten – katholische Kirchgänger für die CDU und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter für die SPD –, kleiner werden (Arzheimer/Schoen 2007; Debus 2010; Elff/Roßteutscher 2011; Weißels 2011).³ Während alte Muster der Klassenwahl sich in der Generationenfolge abschwächen, treten neue hinzu. So heben insbesondere Müller und Klein (2012) hervor, dass die Grünen inzwischen starke Unterstützung in der sozialen und kulturellen Dienstklasse finden (siehe auch Pappi/Brandenburg 2010).⁴

Ein Problem der bisher genannten Studien liegt darin, dass viele die Nichtwahloption nicht beachten. Sie analysieren lediglich, welche Partei jemand zu wählen beabsichtigt. Wer hingegen nicht vorhat zu wählen, wird aus der Analyse ausgeschlossen. Da aber die Nichtwählerinnen und Nichtwähler eine immer größere Gruppe bilden und die Nichtwahl, wie oben gezeigt, von der relativen Ressourcenausstattung abhängt, droht die Gefahr, dass der Klasseneffekt im Wahlverhalten unterschätzt wird. Und so überrascht es nicht, dass Studien, die die Nichtwahloption beachten, einen deutlichen Zusammenhang zwischen Klassenposition und Wahlverhalten finden (Hout/Brooks/Manza 1995). So weist Gattig (2006: 528) nach, »dass, bei einer Abnahme des Klassenwahlverhaltens in der Bundesrepublik und in Abwesenheit eines klaren Trends für die Vereinigten Staaten, die Klassenlage in beiden Ländern zunehmende Bedeutung für die Wahlteilnahme hat«.⁵ Dieses Argument nimmt die Angebotsseite des

3 Siehe jedoch im Gegensatz dazu Schnell und Kohler (1995).

4 Diese letzte Beobachtung stimmt mit der international vergleichenden Literatur zur Veränderung gesellschaftlicher Konfliktlinien überein, die neben der sozioökonomischen Links-rechts-Achse eine weitere Konfliktlinie entlang kultureller Einstellungen identifiziert, die von autoritären zu libertären Werten reicht (Kitschelt 1994: 23–27). Wo sich jemand in diesem Koordinatensystem verortet, wird auch hier durch die berufliche Stellung und damit verbundene soziale Risiken erklärt (Häusermann 2010: Kapitel 4; Wren/Rehm 2013).

5 Siehe auch Lux (2011), der sich mit der Individualisierungsthese auseinandersetzt und darauf verweist, dass sich die Wahlentscheidung unter Einschluss der Stimmenthaltung weiterhin zwischen Klassen unterscheidet.

Parteiensystems als Erklärungsfaktor für die Wahlentscheidung mit in den Blick. Je stärker sich die Parteien programmatisch angleichen, desto weniger unterscheidet sich die *Parteienwahl* zwischen Klassen (Elff 2009; Evans/Tilley 2012), aber umso stärker prägt die Klassenlage die *Wahlteilnahme*, sodass jede Analyse zum Zusammenhang von Klassen und Wahlverhalten die Nichtwahl beachten müsse (Weakliem/Heath 1999: 97).

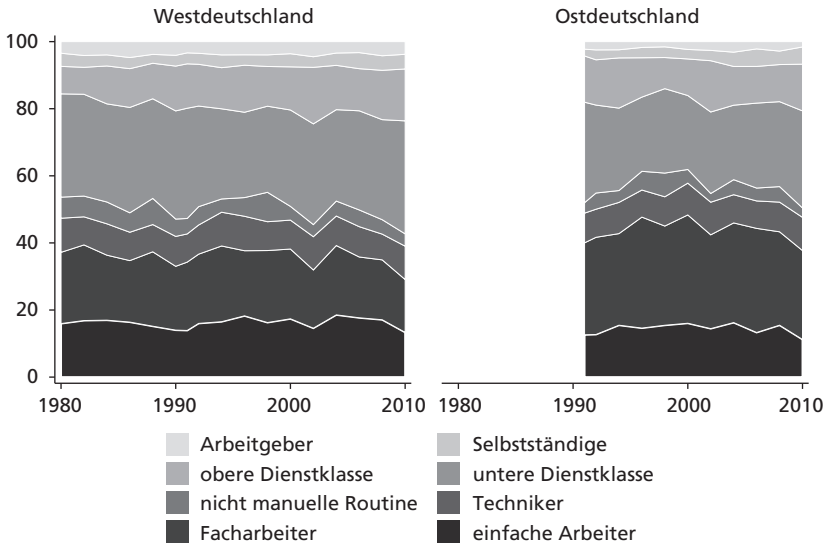
6.2 Veränderung der Klassenwahl auf der Bundesebene, 1980 bis 2010

Wenn vom Bedeutungsverlust der Kategorie Klasse für die politische Soziologie oder von einer »Nachklassengesellschaft« (Beck 1983: 68) gesprochen wird, kann sich dies auf zwei nicht zwingend miteinander verknüpfte Prozesse beziehen: Zum einen kann gemeint sein, dass die Arbeiterklasse im Übergang von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft schrumpft und deshalb schon zahlenmäßig weniger relevant wird (Mair 2008: 219; Best 2011). Zum anderen kann unabhängig von der Gruppengröße die Prägekraft der Klassenlage abnehmen, worauf besonders Zeitdiagnosen mit der Vorsilbe »post-« abheben. In diesem Fall wird davon ausgegangen, dass Personen zwar weiterhin nach ihrer beruflichen Stellung in unterschiedliche Klassen eingeordnet werden können, diese Zuordnung aber nicht länger subjektiv so wahrgenommen wird und dadurch handlungsleitend wirken kann. Dafür spricht, dass berufsbaasierte Einordnungen und die subjektive Klassenzugehörigkeit erheblich auseinanderfallen können (Arzheimer/Schoen 2007: 94).

Legt man für Deutschland das im ALLBUS verwendete, an Erikson und Goldthorpe (1992: 38–39) angelehnte Klassenschema⁶ zugrunde, zeigt sich für den Zeitraum von 1980 bis 2010 ein leichter Rückgang der Größe der Arbeiterklasse, der jedoch zu gering ist, um für sich genommen eine Charakterisierung als Nachklassengesellschaft zu rechtfertigen: 2010 werden 29 Prozent der Westdeutschen und 38 Prozent der Ostdeutschen als »einfache Arbeiter« oder als »Facharbeiter« klassifiziert, während es 1980 37 Prozent in Westdeutschland

6 Erikson und Goldthorpe unterschieden dreizehn Klassen, die sie für die meisten Analysen zu sieben Klassen (mit Unterkategorien) zusammenfassen. Im ALLBUS werden zwölf Klassen unterschieden, von denen jedoch zwei – genossenschaftliche Bauern und Landwirte – im Folgenden nicht beachtet werden. Landarbeiter und einfache Arbeiter werden zusammengefasst, ebenso Angehörige der »Unteren Dienstklasse« und »Einfache Büroberufe«, wodurch acht Klassen verbleiben. Spätere Analysen verwenden ein weiter vereinfachtes Klassenschema mit nur vier Klassen.

Abbildung 6-1 Klassenzugehörigkeit nach Goldthorpe, 1980–2010



Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010.

und 1990 40 Prozent in Ostdeutschland waren.⁷ Fast jeder dritte Deutsche zählt auch heute noch, wie sich Abbildung 6-1 entnehmen lässt, aufgrund seiner aktuellen oder früheren beruflichen Tätigkeit zur Arbeiterklasse.

Stärker als die bloße Existenz unterschiedlicher Klassen ist umstritten, ob die Klassenlage das Wahlverhalten noch prägt. Um dies zu prüfen, werden für die folgenden Analysen vier Klassen gebildet – (1) Arbeiter, (2) Techniker und nicht manuelle Routine, (3) Dienstklasse sowie (4) Selbstständige und Arbeitgeber –, für die im Zeitverlauf gezeigt wird, wie sich das Wahlverhalten verändert hat. Im zugrunde liegenden multinomialen Logit-Modell wird ermittelt, welche Faktoren die Entscheidung für eine Option im Vergleich zur Referenzkategorie beeinflussen, die in diesem Fall die Stimmabgabe für die SPD ist (Tabelle 6-2 und Tabelle 6-3 im Anhang). So kann man beispielsweise der ersten Zeile in beiden Tabellen entnehmen, dass der Frauenanteil unter den Nichtwählern

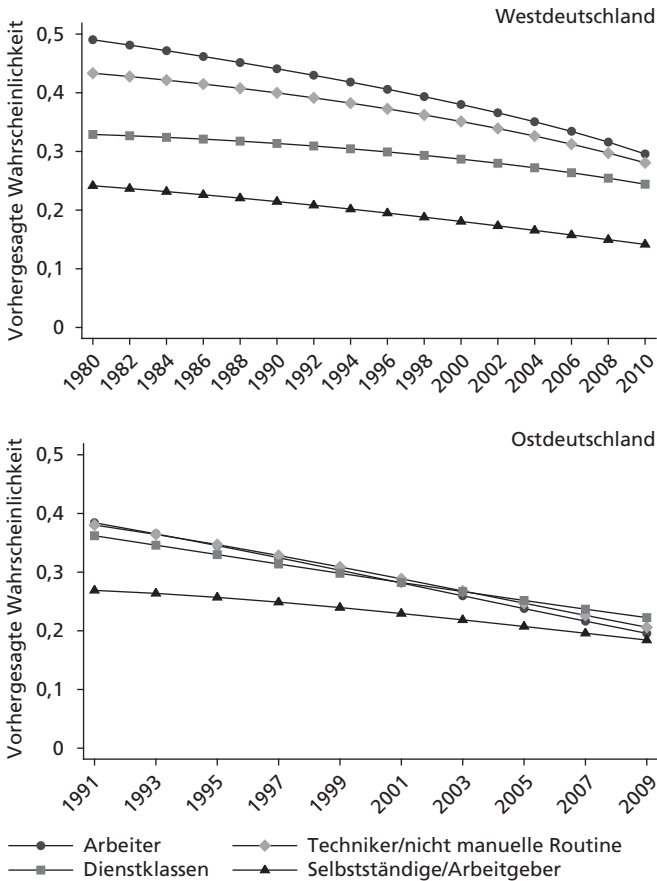
⁷ Diese Zuordnung erfolgt dabei nach dem aktuellen Beruf. Ist eine Person nicht mehr berufstätig, wird der ehemalige Beruf herangezogen. Ist nur der Partner oder die Partnerin berufstätig, bildet diese Tätigkeit die Grundlage für die Einordnung. Bei Personen, die nie berufstätig waren und ohne berufstätigen Partner leben, dient der Beruf des Vaters der Einordnung.

größer und unter den SPD-Wählern geringer als der von Männern ist. Da sich jedoch Interaktionseffekte in diesem komplexen Modell nur schwer interpretieren lassen, werden die Zusammenhänge grafisch dargestellt. So zeigt Abbildung 6-2 für vier Klassen die Wahrscheinlichkeit der SPD-Wahl im Zeitverlauf. In Westdeutschland weisen Arbeiter die höchste, Arbeitgeber und Selbstständige die niedrigste Neigung auf, für die Sozialdemokratie zu stimmen. Dieses Muster scheint zu belegen, dass Angehörige unterschiedlicher Klassen auch unterschiedlich wählen. Allerdings sinkt in allen Klassen die Wahlabsicht zugunsten der SPD – besonders stark dort, wo in der Vergangenheit die Unterstützung überdurchschnittlich hoch war. Als Folge dieser Trends nehmen die Unterschiede ab, ohne gänzlich zu verschwinden. Am Ende des betrachteten Zeitraums verteilen sich die SPD-Wähler mit Ausnahme des Arbeitgeber- und Selbstständigen-Lagers relativ gleichmäßig über alle Klassen, wenngleich das Niveau der Unterstützung geringer als früher ist.

Im Gegensatz zu Westdeutschland bestehen in den neuen Bundesländern durchweg geringere Klassenunterschiede in der SPD-Wahlabsicht. Nur Arbeitgeber und Selbstständige weichen erkennbar von den anderen Klassen ab, doch selbst diese Differenz verliert im Zeitverlauf an Signifikanz, da die Unterstützung für die SPD generell rückläufig ist. Am Ende des betrachteten Zeitraums bestehen in Ostdeutschland keine nennenswerten Unterschiede mehr, sodass die These gestützt wird, dass die Wahlabsicht zugunsten der SPD heute weniger stark als in der Vergangenheit durch die berufliche Stellung geprägt wird. Doch von dieser Beobachtung auf einen generellen Bedeutungsverlust von Klassen zu schließen, wäre vorschnell, da die Wahlabsicht für andere Parteien oder die Abwesenheit einer Wahlabsicht stärker als früher stratifiziert sein können.

Da das Klassenwahlverhalten auch durch die zur Wahl stehenden Parteien bestimmt wird, ließe sich vermuten, dass sich ein Teil der Arbeiterklasse von der SPD ab- und der Linkspartei zugewandt hat. Für Westdeutschland trifft das zu, wie sich Abbildung 6-3 entnehmen lässt. Nachdem die PDS dort lange Zeit nur Splitterpartei ohne nennenswerte Wahlerfolge war, änderte sich dies nach dem Zusammenschluss mit der westdeutsch geprägten »Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit«, die aus den Protesten gegen die von der damaligen rot-grünen Bundesregierung durchgesetzten »Agenda 2010« hervorgegangen war. Damit entstand eine auch im Westen akzeptierte Partei links der Sozialdemokratie, die in den Bundesländern und bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 Wahlerfolge feiern konnte. In dieser Zeit zog »Die Linke« auch Gewerkschaftsmitglieder und Arbeiter an, die früher SPD gewählt hatten, aber von deren Politik enttäuscht waren (Walter 2007). Aus der Abbildung lässt sich ablesen, dass in Westdeutschland Arbeiterinnen und Arbeiter zwischen 2004 und 2010 mit höherer Wahrscheinlichkeit als andere Klassen die Linkspartei unterstützt

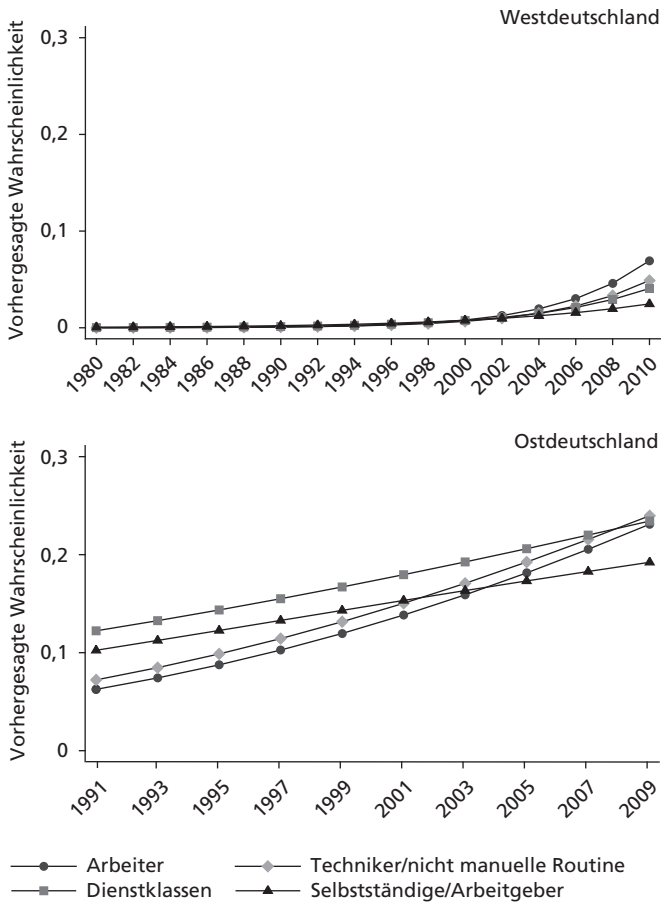
Abbildung 6-2 Wahlabsicht für die SPD in West- und Ostdeutschland, 1980–2010



Dargestellt ist die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, für die SPD zu stimmen. Die Werte wurden aus einem multinomialen logistischen Regressionsmodell ermittelt, das auf der »Sonntagsfrage« nach der Wahlabsicht beruht. Neben der Nichtwahl wird die Stimmabgabe für FDP, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Andere modelliert. Befragte, die keine Angabe machen oder »weiß nicht« antworten, werden aus der Analyse ausgeschlossen. Für Details siehe Tabellen 6-2 und 6-3.
Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010.

haben – doch für Ostdeutschland gilt dies nicht. Zu Beginn zeigt sich sogar eine besonders niedrige Wahrscheinlichkeit von Arbeitern, für PDS/Die Linke stimmen zu wollen, die jedoch anschließend deutlich zunimmt. Am Ende des betrachteten Zeitraums bestehen kaum Unterschiede zwischen den vier Grup-

Abbildung 6-3 Wahlabsicht für Die Linke in West- und Ostdeutschland, 1980–2010



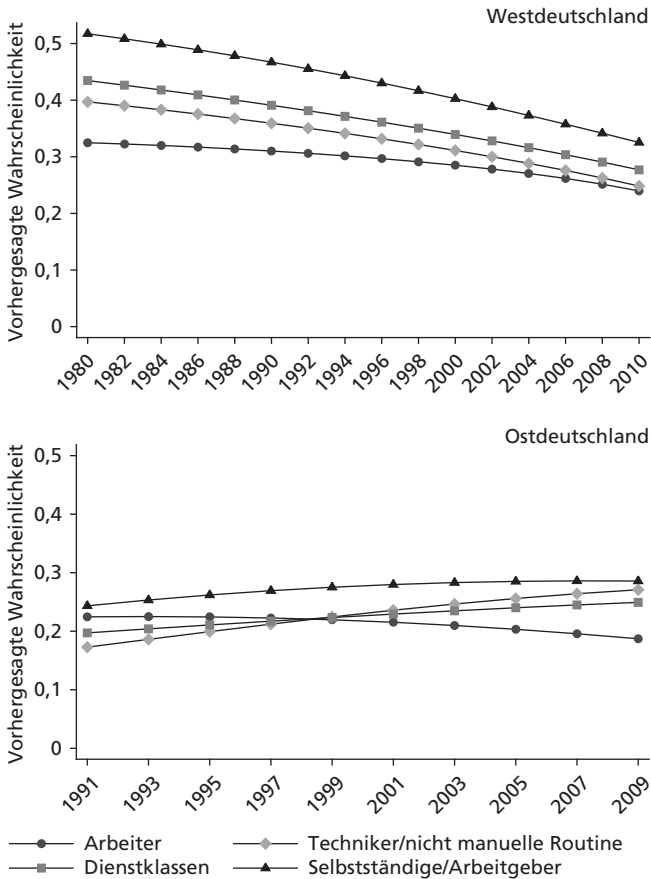
Siehe Abbildung 6-2.

Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010.

pen, nur Selbstständige und Arbeitgeber wählen seltener Die Linke. Im Osten kann die Linkspartei als Volkspartei gelten, die in allen Klassen verankert ist.

Für CDU und CSU zeigt sich in Westdeutschland ein ähnlicher Verlauf wie bei der SPD (Abbildung 6-4). Obwohl weiterhin Klassenunterschiede in der Wahlabsicht bestehen, nehmen diese im Zeitverlauf ab, weil die Wahlabsicht zugunsten der Union insgesamt zurückgeht. Zwar neigen Arbeitgeber und Selbst-

Abbildung 6-4 Wahlabsicht für CDU/CSU in West- und Ostdeutschland, 1980–2010

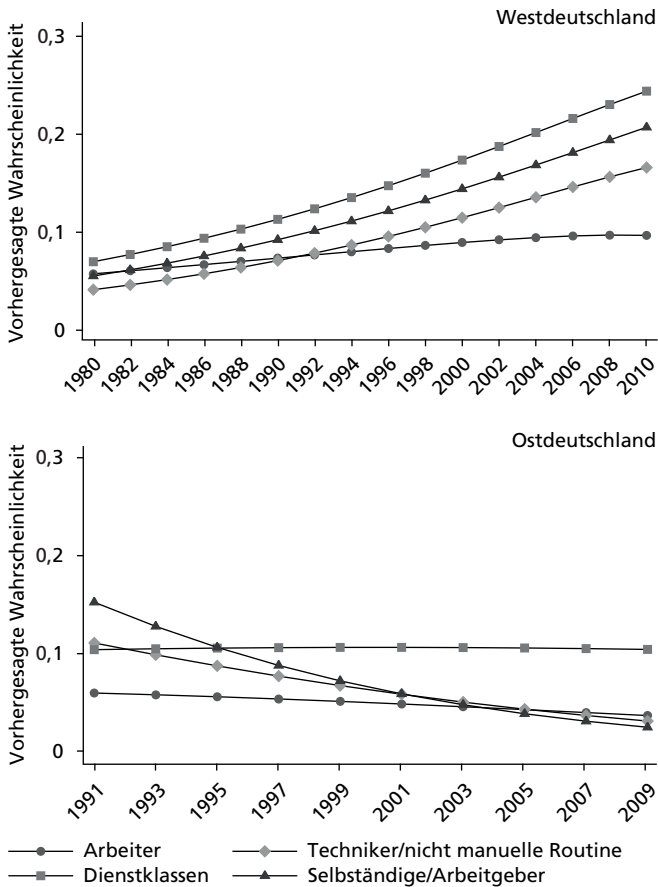


Siehe Abbildung 6-2.

Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010.

ständige weiterhin mit höherer Wahrscheinlichkeit den Unionsparteien zu, doch die Unterschiede werden kleiner. Beide Volksparteien verlieren im Westen über alle Klassen hinweg an Unterstützung, was sich auch im kleineren Stimmenanteil bei Bundestagswahlen zeigt (Poguntke 2011: 128). In Ostdeutschland fiel Anfang der Neunzigerjahre die Wahlabsicht zugunsten der CDU bei den Arbeitern besonders hoch aus, doch inzwischen ist sie besonders gering. Die CDU-Wahlabsicht der vier Klassen gleicht sich über Zeit dem westdeutschen Muster an.

Abbildung 6-5 Wahlsicht für Bündnis 90/Die Grünen in West- und Ostdeutschland, 1980–2010

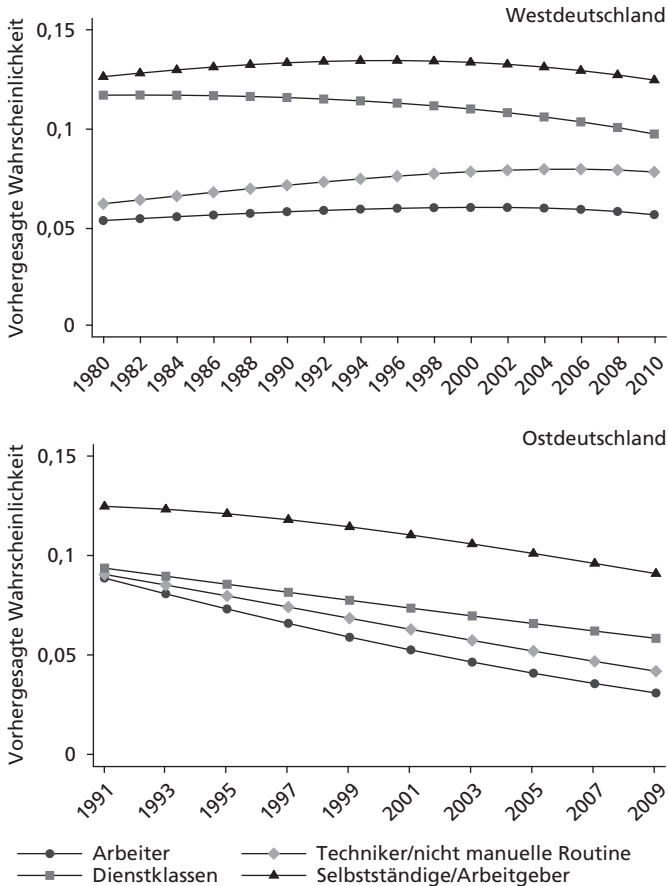


Siehe Abbildung 6-2.

Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010.

Insbesondere Müller und Klein (2012) heben hervor, dass die Unterstützung für Bündnis 90/Die Grünen klassenbasiert ist. Während Angehörige der Arbeiterklasse selten die Grünen wählen, fällt die Unterstützung unter den Dienstklassen besonders hoch aus, wie auch Abbildung 6-5 bestätigt. Grünenanhänger und -wähler entstammen der neuen Mittelschicht, sie verfügen über eine überdurchschnittlich hohe Bildung und ein hohes Einkommen (Klein 2011: 48–51). Für Ostdeutschland gilt dies am Ende des betrachteten Zeitraums auch, wenngleich

Abbildung 6-6 Wahlabsicht für die FDP in West- und Ostdeutschland, 1980–2010

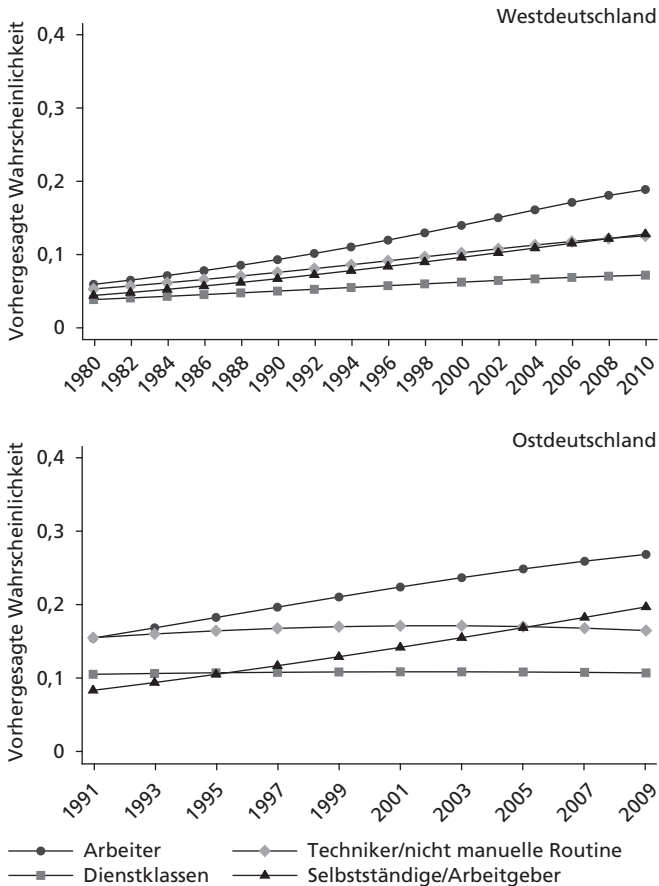


Siehe Abbildung 6-2.

Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010.

auf niedrigerem Niveau. Der Grad der Unterstützung für die Grünen hängt heute eindeutig mit der beruflichen Stellung zusammen – und das in stärkerem Maß, als dies bei den Volksparteien inzwischen der Fall ist. Ähnliches gilt für die FDP, die jedoch im Gegensatz zu den Grünen ihr größtes Wählerpotenzial bei Selbstständigen und Arbeitgebern hat – und zwar in Ost- wie Westdeutschland (Abbildung 6-6). Gemeinsam ist jedoch Freidemokraten wie Grünen die besonders geringe Unterstützung durch Arbeiter. Für beide Parteien gilt, dass die

Abbildung 6-7 Keine Wahlabsicht in West- und Ostdeutschland, 1980–2010



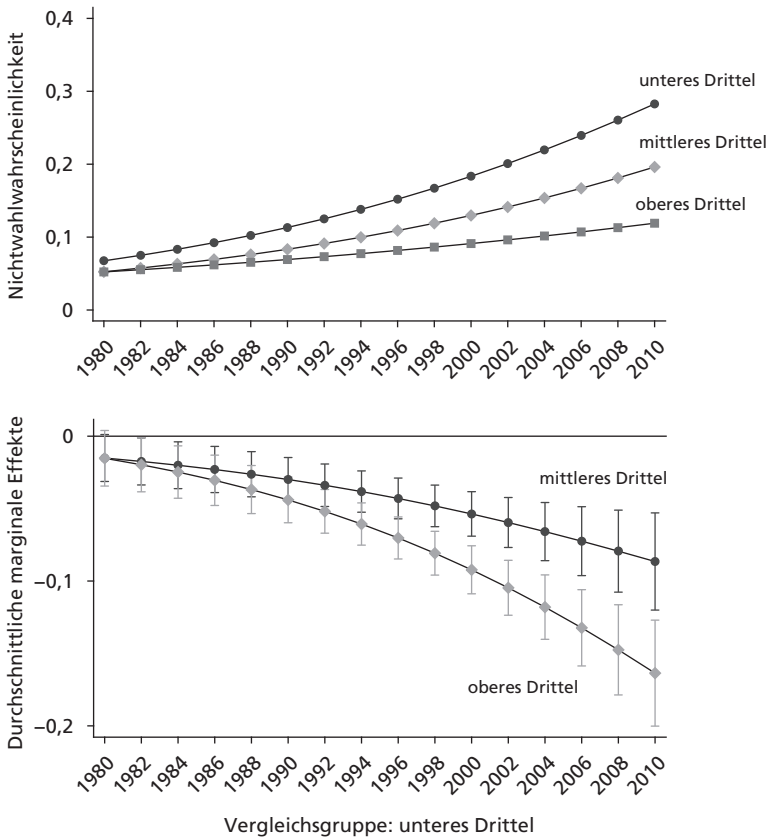
Siehe Abbildung 6-2. Das Niveau der Nichtwahl wird in diesen Abbildungen aufgrund von sozial erwünschtem Antwortverhalten (*overreporting*) unterschätzt.

Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010.

Wahlabsicht durch die Klassenzugehörigkeit geprägt wird und dass dieser Zusammenhang über Zeit eher zu- als abnimmt.

Die bisherigen Befunde zeigen, wie die Klassenlage für die Wahl sowohl der SPD wie auch der Union an Bedeutung verliert, während gleichzeitig eine stärker klassenbasierte Wahlabsicht bei den kleineren Parteien zu beobachten ist. Weitet man die Analyse also von der Frage, wie Arbeiterinnen und Arbeiter wäh-

Abbildung 6-8 Nichtwahlneigung innerhalb der Arbeiterklasse nach Einkommensdritteln (nur Westdeutschland), 1980–2010



Die obere Teilgrafik enthält die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, nicht zu wählen, während die untere Teilgrafik den »durchschnittlichen marginalen Effekt« darstellt. Hierbei wird überprüft, ob sich das mittlere und obere Einkommensdrittel signifikant in der Nichtwahl vom unteren Einkommensdrittel unterscheiden. Wenn die Konfidenzintervalle nicht die Nulllinie schneiden, ist dies der Fall. Siehe Tabelle 6-4.

Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010.

len, auf die Wahlabsicht unterschiedlicher Klassen aus, kann von einem Bedeutungsverlust der Klassenwahl nicht gesprochen werden. Diese Schlussfolgerung gewinnt weiter an Gewicht, sobald man die Nichtwahl in die Untersuchung einbezieht. Denn bei der Wahlteilnahme nehmen die Klassenunterschiede im Zeitverlauf deutlich zu.

In Abbildung 6-7 wird für West- und Ostdeutschland die Nichtwahlwahrscheinlichkeit abgebildet. Aus den beiden Abbildungen geht eindeutig hervor, wie stark sich die Wahlabstinenz unterschiedlicher Klassen auseinanderentwickelt hat. Besonders starke Zuwächse finden sich bei der Arbeiterklasse, während innerhalb der Dienstklassen kaum Veränderungen festzustellen sind oder die Nichtwahlneigung sogar sinkt. Noch Anfang der Achtzigerjahre waren die Unterschiede in der Nichtwahlneigung in Westdeutschland minimal, doch in den folgenden drei Jahrzehnten haben sie deutlich zugenommen. In den Zweitausenderjahren weisen alle Klassen eine signifikant geringere Nichtwahlneigung als Arbeiter auf, während dies 1980 für keine einzige galt. Dasselbe Muster zeigt sich in Ostdeutschland, wo sich auch erst am Ende des Zeitraums signifikante Unterschiede zeigen. Wie schon beim Blick auf Einkommens- und Bildungsgruppen sowie auf die subjektive Schichtzugehörigkeit im letzten Kapitel zeigt sich auch zwischen Klassen eine wachsende soziale Kluft in der Wahlbeteiligung.

Wie oben dargestellt wurde, zählen weiterhin erhebliche Teile der Bevölkerung zur Arbeiterklasse, wenn das Goldthorpe-Klassenschema zugrunde gelegt wird. Doch selbst innerhalb dieser Gruppe bestehen große Unterschiede in der Ausbildung, der Art der beruflichen Tätigkeit oder im Verdienst. Während Facharbeiter etwa in der Automobilindustrie überdurchschnittlich verdienen, erhalten Wachleute oder Krankenschwestern häufig einen geringen Lohn. Deshalb wird nun, ergänzend zu den bisherigen Analysen, die Gruppe der Arbeiter nach der Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens in drei Untergruppen unterteilt, um diese Binnendifferenzierung abzubilden. Für diese drei Einkommensgruppen innerhalb der Arbeiterklasse zeigt Abbildung 6-8, wie sich die Nichtwahlwahrscheinlichkeit entwickelt hat. Auch hier nehmen die Unterschiede über Zeit zu, sodass der Anteil derjenigen ohne Wahlabsicht bei den einkommensstarken Arbeitern deutlich unter dem der einkommensschwachen liegt. Bestanden anfangs keine signifikanten Unterschiede zwischen den Einkommensdritteln, fällt am Ende die Nichtwahlneigung des mittleren und oberen Drittels signifikant niedriger als die des unteren Einkommensdrittels der Arbeiterklasse aus, wie sich der unteren Teilgrafik entnehmen lässt. Diese Unterschiede sind bemerkenswert, weil die Gruppe trotz der internen Differenzierung als Ganzes eine signifikant höhere Nichtwahlwahrscheinlichkeit als andere Klassen aufweist.

6.3 Das Wahlverhalten bei Landtagswahlen, 1978 bis 2011

In Übereinstimmung mit weiten Teilen der Literatur hat die Analyse der Wahlabsicht bei Bundestagswahlen bestätigt, dass Arbeiterinnen und Arbeiter zwar noch mit höherer Wahrscheinlichkeit für Parteien links der Mitte stimmen, aber die Unterschiede im Zeitverlauf kleiner werden. Der Grund liegt aber nicht – und dies wird in der Mehrzahl bestehender Studien übersehen – im generellen Bedeutungsverlust der Klassenlage für das Wahlverhalten, sondern vielmehr in der Neuausrichtung dieses Zusammenhangs: Statt für die SPD zu stimmen, entscheidet sich die Arbeiterklasse überproportional häufig für die Nichtwahl. Noch deutlicher als bei der Sonntagsfrage auf Bundesebene sollte sich die Verlagerungsthese, insofern sie auch hier gilt, bei Landtagswahlen zeigen, da dort der Nichtwähleranteil sehr viel größer ist. Deshalb werden in diesem Abschnitt Umfragen zu 119 Landtagswahlen von 1978 bis 2011 analysiert (Abbildung 6-9).⁸

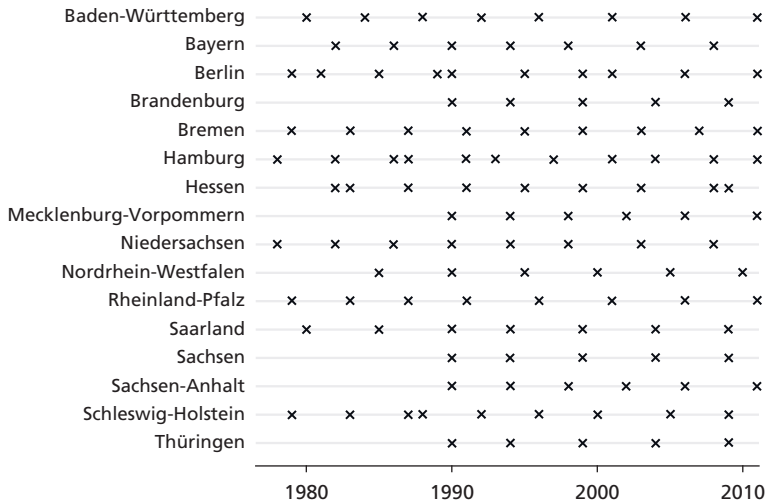
Allerdings gelingt es auch mit diesen Daten nicht, Nichtwählerinnen und Nichtwähler korrekt zu erfassen, weil das *overreporting* sehr ausgeprägt ist. Im Schnitt geben nur 6 Prozent der Befragten an, nicht wählen zu wollen, weitere 2 Prozent sind unentschlossen. Den Rückgang der realen Wahlbeteiligung bilden diese Auskünfte, wie sich Abbildung 6-10 entnehmen lässt, in keiner Weise ab, sodass die Diskrepanz zwischen Selbstauskunft und tatsächlicher Beteiligung immer größer wird. In den Analysen dieses Abschnitts werden die Nichtwählerinnen und Nichtwähler deshalb so gewichtet, dass ihr durch die Umfragen ermittelter Anteil dem realen Nichtwähleraufkommen entspricht. Diese Vorgehensweise ist ein Notbehelf, der davon ausgehen muss, dass die bekennenden den echten Nichtwählern ähnlicher sind als den selbsterklärten Wählern. In seiner kritischen Beurteilung der Verwendung von Gewichten hebt Arzheimer (2009: 387, Fn. 17) dieses Vorgehen als »mögliche Ausnahme« hervor. Im Unterschied zu den im vorherigen Abschnitt verwendeten ALLBUS-Daten liegen außerdem für Landtagswahlen keine detaillierten Berufsinformationen vor, aus denen sich das Goldthorpe-Klassenschema reproduzieren ließe. Dennoch können vier Berufsgruppen unterschieden werden, die auf der Selbsteinstufung der Befragten beruhen: Arbeiter, Angestellte, Beamte sowie Selbstständige und Freiberufler.⁹

Obwohl Landtagswahlen reichhaltiges Material für die Wahl- und Einstellungsforschung bieten, liegen bislang nur wenige Studien vor, die darauf zurück-

8 Genaue Angaben zu den Landtagswahlen und den verwendeten Datensätzen finden sich in Tabelle 6-1 im Anhang. Dieser Abschnitt hat stark von Agatha Rudniks Arbeit profitiert, die die Datensätze zu den Landtagswahlen aufbereitet und für die Analyse zugänglich gemacht hat.

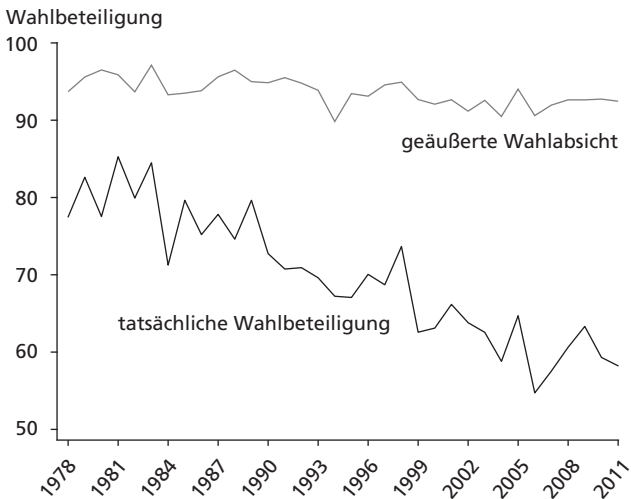
9 Die Berufsgruppen werden teilweise aus ursprünglich zehn und in manchen Jahren sogar aus achtzehn Kategorien gebildet, die auf vier Gruppen reduziert werden, um sie mit den Analysen des vorherigen Abschnitts vergleichbar zu halten.

Abbildung 6-9 In diesem Abschnitt ausgewertete Landtagswahlen



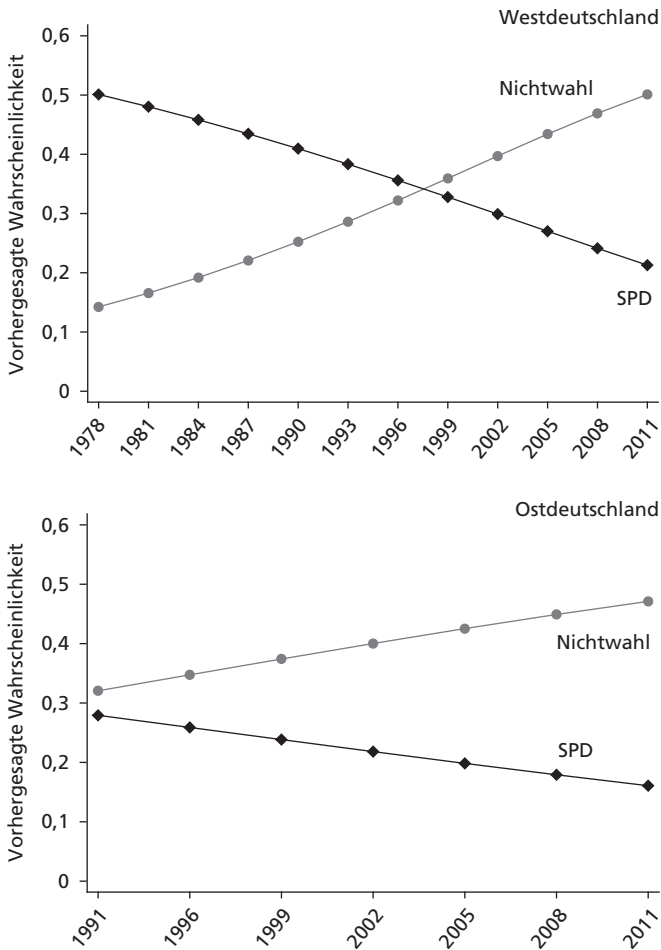
Daten: LANDTAGSWAHLEN.

Abbildung 6-10 Overreporting bei Landtagswahlen, 1978–2011



Daten: LANDTAGSWAHLEN, <www.armin-schaefer.de/wahlbeteiligung-in-deutschland-seit-1946>.

Abbildung 6-11 Das Wahlverhalten von Arbeitern bei Landtagswahlen, 1978–2011



Die Daten sind so gewichtet, dass der Nichtwähleranteil in den Umfragen dem realen Nichtwähleranteil bei der jeweiligen Landtagswahl entspricht. Siehe Tabellen 6-5 und 6-6.
Daten: LANDTAGSWAHLEN.

greifen. Wenn Landtagswahlen untersucht werden, liegt der Fokus fast immer auf der Frage, inwieweit das Wahlergebnis durch die Bundespolitik beeinflusst wird (siehe etwa Müller/Debus 2012). Meines Wissens gibt es nur eine einzige Untersuchung, die sich mit dem Zusammenhang von Klassenlage und Wahlverhalten in den Bundesländern beschäftigt. In ihr gehen Völkl und Langer (2012)

der Frage nach, ob die auf Bundesebene vorhandenen Konfliktlinien auch in den Ländern vorzufinden sind. Sie fragen insbesondere, ob sich Arbeiter und Selbstständige sowie Katholiken, Protestanten und Konfessionslose in der Parteienwahl unterscheiden, und kommen zu dem Ergebnis, dass sich Cleavage-Effekte auf Landesebene deutlich abschwächen, auch wenn sie nicht vollkommen verschwinden. Allerdings beachten Völkl und Langer die Nichtwahloption nicht, was dazu führt, dass sie dramatische, klassenbasierte Veränderungen nicht in den Blick bekommen.

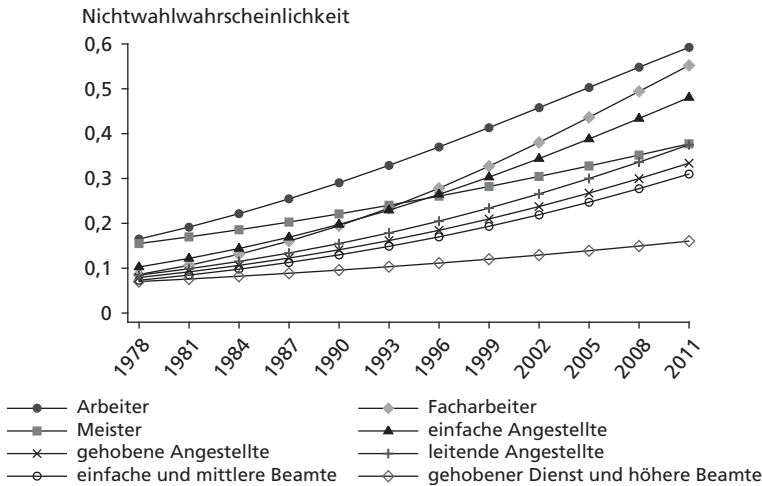
In der oberen Teilgrafik von Abbildung 6-11 wird für Westdeutschland gezeigt, wie sich die Wahlabsicht der Arbeiter verändert hat. Unter Berücksichtigung aller anderen Wahloptionen gab anfangs knapp die Hälfte der Arbeiter an, für die SPD stimmen zu wollen, und weniger als 15 Prozent planten, nicht zu wählen. Am Ende des Zeitraums haben sich diese beiden Größenordnungen umgekehrt. Mehr als die Hälfte der Arbeiter erklärt nun, nicht wählen zu wollen, und nur noch 20 Prozent nennen die SPD als präferierte Partei. Der Blick auf die marginalen Effekte verdeutlicht, dass nach 2008 Arbeiter keine signifikant höhere SPD-Wahlabsicht mehr haben als andere Berufsgruppen, während sie signifikant häufiger zu den Nichtwählerinnen und Nichtwählern zählen. Die Aussage: »Für die sozioökonomische Konfliktlinie zeigt sich ein deutlicher Bedeutungsrückgang« (Völkl/Langer 2012: 79) gilt nur, solange mit der Nichtwahl die wahrscheinlichste Verhaltensweise der Arbeiter aus der Analyse ausgeschlossen wird.

Dasselbe Bild ergibt die Analyse von Landtagswahlen in Ostdeutschland. Auch hier lässt sich ein deutlicher Rückgang der Wahlabsicht von Arbeitern zugunsten der SPD erkennen, obwohl zu keinem Zeitpunkt ein überzufälliger Unterschied zu den anderen Berufsgruppen bestand.¹⁰ Im Gegensatz steigt der Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler zwischen 1990 und 2011 unter den Arbeitern von 30 auf 50 Prozent, und zu anderen Berufsgruppen besteht durchweg ein signifikanter Unterschied, obwohl die Wahlbeteiligung insgesamt gefallen ist. Auch bei ostdeutschen Landtagswahlen ist das wahrscheinlichste Wahlverhalten von Arbeitern der Verzicht auf die Stimmabgabe – und dies gilt selbst dann, wenn man den Stimmenanteil von SPD und Linkspartei addiert.

Wie sehr die Wahlteilnahme sozial stratifiziert ist, wird deutlich, wenn die Nichtwahlwahrscheinlichkeit nicht von nur vier, sondern von acht Berufsgruppen in Westdeutschland verglichen wird (Abbildung 6-12). In den späten Siebziger- und frühen Achtzigerjahren bestanden geringe Unterschiede, wenngleich Arbeiter schon damals eine höhere Neigung zur Wahlabstinenz aufwiesen. Über

10 Wie auf der Bundesebene geben Arbeiter in Ostdeutschland besonders selten ihre Stimme der Linkspartei, wenngleich der Unterschied zu anderen Berufsgruppen im Zeitverlauf kleiner wird.

Abbildung 6-12 Nichtwahlwahrscheinlichkeit von acht Berufsgruppen bei Landtagswahlen (nur Westdeutschland), 1978–2011



Die Daten sind so gewichtet, dass der Nichtwähleranteil in den Umfragen dem realen Nichtwähleranteil bei der jeweiligen Landtagswahl entspricht. Siehe Tabelle 6-7. Daten: LANDTAGSWAHLEN.

Zeit fächert sich die Nichtwahlneigung allerdings auf, sodass sich der Abstand zwischen Arbeitern und Beamten im gehobenen und höheren Dienst von 1978 bis 2011 fast verfünffacht. Auffällig ist auch, dass einfache Angestellte im Wahlverhalten eher den Arbeitern als anderen Angestelltegruppen ähneln, während für Meister das Gegenteil gilt. Da sich die Befragten selbst Berufsgruppen zuordnen, könnte es gerade bei diesen beiden Gruppen sein, dass sie im Goldthorpe-Schema anders eingeordnet würden. Innerhalb der oben verwendeten vier Berufsgruppen weisen jedoch fast ohne Ausnahme höhere Statusgruppen eine niedrigere Nichtwahlwahrscheinlichkeit auf. Auch wenn die Unterschiede teilweise gering sind, zeigt sich auch bei der Aufteilung in acht Berufsgruppen ein konsistentes Bild einer nach Klassenposition stratifizierten Beteiligung an Landtagswahlen. Damit bestätigen sich auch für Landtagswahlen die bisherigen Befunde: Der allgemeine Rückgang der Wahlbeteiligung geht nicht mit einer gleichmäßigen Verteilung der Nichtwahlneigung einher, sondern die sozialen Unterschiede nehmen zu.

Für die anderen Parteien stimmen die Ergebnisse bei Landtagswahlen stark mit denen der Bundesebene überein, sodass auf eine gesonderte grafische Darstellung verzichtet wird und stattdessen nur die Haupttrends berichtet werden.

Die Linkspartei wird in Ostdeutschland in besonders geringem Maß durch Arbeiter gewählt und erfährt nur in den letzten Jahren im Westen etwas größere Unterstützung durch diese Gruppe. Am stärksten wählen im öffentlichen Dienst beschäftigte Ostdeutsche die Linkspartei. Für die Unionsparteien wie für die SPD geht die Unterstützung insgesamt zurück, sodass die Klassenunterschiede im Zeitverlauf geringer werden. Ausnehmend viele Wähler hat die Union bei der Gruppe der Selbstständigen und Arbeitgeber verloren – und dies in besonders drastischem Ausmaß in Ostdeutschland. Insgesamt verlieren die Volksparteien auf Bundesebene wie in den Ländern in allen Klassen oder Berufsgruppen Wähler. Umgekehrt verhält es sich bei der Wahl von FDP und Bündnis 90/Die Grünen, bei denen klassenbasierte Unterschiede – zumindest in Westdeutschland – über Zeit zunehmen. Besonders ausgeprägt ist die FDP-Wahlneigung von Arbeitgebern und Selbstständigen, während die Grünen bei Beschäftigten des öffentlichen Diensts punkten können. Die guten Wahlergebnisse der Grünen in den letzten Jahren können auch damit zusammenhängen, dass sie von Berufsgruppen bevorzugt werden, die gleichzeitig eine hohe Wahlbeteiligungsrates aufweisen. Wie sich unterschiedliche Berufsgruppen bei Landtagswahlen verhalten, so lässt sich resümieren, widerspricht der Individualisierungsthese, die annimmt, dass sich aus der Klassenposition keine Vorhersagen über das Stimmverhalten ableiten lassen. Doch Wahlteilnahme und Parteienwahl erfolgen keineswegs zufällig, sondern entlang von Klassenlinien.

6.4 Fazit

Um dem Zusammenhang von Klassenlage und Wahlverhalten nachzugehen, wurden in diesem Kapitel zwei Datenquellen verwendet, die sich gleich in mehrfacher Hinsicht unterscheiden. Erstens wurden Bundestagswahlen und Landtagswahlen untersucht. Zweitens erfolgte die Zuordnung zu einer Klasse zum einen durch das Goldthorpe-Schema, das auf beruflichen Merkmalen wie der Aufsichtsfunktion und dem Autonomiegrad der Beschäftigten beruht, und zum anderen lag die Selbsteinordnung der Befragten in eine Berufsgruppe zugrunde. Die Nichtwahl wurde drittens einerseits durch die Sonntagsfrage ermittelt (»Welche *Partei* würden Sie wählen ...«) und andererseits durch die Frage, ob jemand beabsichtigt, an der nächsten Landtagswahl teilzunehmen. Und schließlich beruhte die Analyse von Bundestagswahlen auf ungewichteten, die der Landtagswahlen jedoch auf gewichteten Daten. Trotz dieser Unterschiede haben die Analysen zu übereinstimmenden Ergebnissen geführt, sodass nicht angenommen werden kann, diese seien Folge einer gezielt ausgewählten Opera-

tionalisierung. Der Befund, der aus beiden Teilanalysen folgt, widerspricht der Vorstellung, Deutschland sei eine »Nachklassengesellschaft«. Weder der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft noch das Aufkommen postmaterieller Werte haben das Wahlverhalten von der Klassenlage gelöst. Im Gegenteil, gerade die Unterstützung für die Grünen, die als Partei mit postmateriellen Werten gelten, verläuft entlang von Klassenlinien. Arbeiter wählen sehr viel seltener grün als Angehörige der Dienstklassen oder Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Auch für die FDP gilt, dass sie kaum von Arbeitern gewählt wird. Ihre Wähler finden sich, stärker noch als in der Vergangenheit, unter Selbstständigen und Arbeitgebern. In Übereinstimmung mit der These der rückläufigen Klassenwahl wird die Stimmabgabe zugunsten von CDU/CSU einerseits und SPD andererseits weniger als in der Vergangenheit durch die Klassenlage geprägt – ihre Anhänger rekrutieren sie heute auf niedrigerem Niveau klassenübergreifend, sodass sie erst im Niedergang als echte Volksparteien gelten können. Stärker noch als auf die Parteienwahl wirkt sich die Klassenzugehörigkeit auf die Wahlteilnahme aus. Unter den Arbeitern findet sich ein weit überproportionaler Anteil ohne Wahlabsicht, und bei Landtagswahlen gibt sogar die Mehrheit der sich zu den Arbeitern zählenden Befragten an, nicht wählen zu wollen.

Vor dem Hintergrund dieser empirischen Ergebnisse scheint Becks (1983: 36) Diktum als voreilig, wir lebten »bereits in Verhältnissen *jenseits* der Klassengesellschaft, in denen das Bild der Klassengesellschaft nur noch mangels besserer Alternativen wie ein Bild vergangener Zeiten herumgereicht und am Leben erhalten wird«. Diese Diagnose beruhte auf der Annahme, dass zwar nicht die Ungleichheit verschwunden sei, sich aber dennoch die Lebensbedingungen aller gesellschaftlichen Gruppen verbessert hätten, wodurch die Zugehörigkeit zu einer Klasse oder Berufsgruppe nicht länger den Lebensstil und damit auch politisches Verhalten präge. Infolge eines hohen Lebensstandards, weitgehender sozialer Sicherheit und erweiterter Bildungschancen lösten sich »lebensweltliche Gemeinsamkeiten« auf und böten so Raum für eine individualisierte Lebensführung (Beck 1983: 41). Dies alles führe dazu, dass »die klassischen Zuordnungen von sozialen Klassendifferenzierungen und Wählerpräferenzen für bestimmte politische Parteien ihre Stabilität und prognostische Verbindlichkeit« verlören (Beck 1983: 57; Hervorh. entfernt). Doch der empirisch informierte Blick auf die Klassenwahl enthüllt, dass Beck gleich zweifach irrte. Zum einen bestanden zum Zeitpunkt der Veröffentlichung seines Aufsatzes noch deutliche klassenbasierte Unterschiede in der Wahl von SPD und CDU/CSU. So entschieden sich Arbeiter Anfang der Achtzigerjahre noch sehr viel häufiger für die Sozialdemokratie als andere Klassen, wohingegen Selbstständige besonders stark der Union zuneigten. Für diese beiden Parteien trifft erst heute zu, was damals als Tatsache behandelt wurde. Zum anderen kann auch heute nicht von einer Ein-

ebnung der Klassenunterschiede gesprochen werden, da sowohl die Wahl kleinerer Parteien als auch insbesondere die Nichtwahl in wachsendem Maß sozial stratifiziert erfolgt. Mit dem Abstand von dreißig Jahren wird die Zeitgebundenheit der These einer Gesellschaft jenseits von Klassen deutlich, da sie die Durchlässigkeit der Gesellschaft über- und die verhaltensprägende Persistenz sozialer Ungleichheiten unterschätzte. Dies wird besonders deutlich, wenn wie im nächsten Kapitel räumliche Muster der Parteienwahl sowie der Nichtwahl in Großstädten untersucht werden, die ein hohes Maß an Segregation offenbaren. Auch hier zeigt sich – wie bei allen bisherigen Analysen – die Zunahme politischer Ungleichheit.

Kapitel 7

Soziale Segregation, Wahlbeteiligung und Parteiergebnisse

In den international vergleichenden Kapiteln wurde soziale Ungleichheit durch Kennziffern wie den Gini-Koeffizienten erfasst. Was sich hinter dieser abstrakten Maßzahl verbirgt, wird greifbarer, wenn man sich Unterschiede in den Lebensverhältnissen in Großstädten vor Augen führt. Über den Wohnungsmarkt vermittelte selektive Zu- und Wegzüge sorgen dafür, dass Menschen mit niedrigem und hohem Einkommen häufig räumlich getrennt leben und dass ihre Lebenswelt an den Extremen wenig gemeinsam hat. Wer sich in einer Großstadt auf einen längeren Spaziergang begibt, wird Viertel mit sehr unterschiedlicher Bebauung durchwandern, die von Hochhaussiedlungen über mehrstöckige Mietwohnungen und Altbauwohnungen bis hin zu Einfamilienhäusern und Villen reicht. Wo die Mieten niedriger und die Wohnungen kleiner sind, wohnen überproportional viele Arbeitslose, Migranten und Empfänger von Grundsicherung für Arbeitsuchende. Dort besuchen weniger Jugendliche das Gymnasium, der Anteil Alleinerziehender ist höher und Frauen sind bei der Geburt ihres ersten Kindes im Durchschnitt jünger. Häufig sind dies frühere Arbeiterviertel, die in der Nähe nun stillgelegter Produktionsstätten liegen. Mit dem Bedeutungsverlust der Industrie geht eine relative Verarmung dieser Stadtteile einher und die Bevölkerungsstruktur verändert sich (Häußermann/Kronauer/Siebel 2004; Farwick 2012; Blasius/Friedrichs/Klöckner 2008: Kapitel 3). Wer Stadtteile durchwandert, auf die diese Merkmale zutreffen, kann sicher sein, dass dort auch die Wahlbeteiligung unterdurchschnittlich ausfällt. Zwischen der sozialen Lage eines Stadtteils und der Höhe der Wahlbeteiligung besteht, wie in diesem Kapitel gezeigt wird, ein enger Zusammenhang.

7.1 Beeinflusst die Höhe der Wahlbeteiligung das Wahlergebnis?

Bereits in den Dreißigerjahren des letzten Jahrhunderts formulierte Tingsten ([1937]1975: 230) das »Gesetz der Streuung« (*law of dispersion*): Je niedriger die Wahlbeteiligung ist, desto ungleicher fällt die Wahlbeteiligung sozialer Schichten

aus. Dieser Zusammenhang ist seitdem mehrfach im internationalen Vergleich bestätigt worden (Mahler 2008; Schäfer 2011b), sodass Kohler (2006: 170–171) feststellt: »Niedrige Wahlbeteiligung ist generell ungleiche Wahlbeteiligung.« Wenn nun angenommen wird, dass Geringgebildete und Einkommensschwache zu Parteien links der Mitte tendieren, sollte eine niedrige Wahlbeteiligung diesen Parteien schaden (Lijphart 1997: 4). Doch die vorliegenden empirischen Befunde sprechen in der Mehrzahl gegen diesen Zusammenhang. Die Herausgeber eines Sonderhefts zum Thema resümieren den Forschungsstand wie folgt:

The main finding of this volume is that turnout does not matter a great deal, no matter what method, dataset or period of time the authors apply. The various contributions each demonstrate that overall effects are minimal. Where they can be observed, they do not point in the originally expected direction that low turnout harms left-of-centre parties.

(Lutz/Marsh 2007: 544)

Wie im Folgenden argumentiert wird, könnte diese Schlussfolgerung vorschnell sein, da mit Umfragen die Nichtwählerinnen und Nichtwähler möglicherweise nur unzureichend ermittelt werden können und Aggregatdatenanalysen häufig räumliche Einheiten untersuchen, die zu heterogen sind, um die Effekte einer differenziellen Wahlbeteiligung zu erfassen.

Arbeiten, die auf der Auswertung von Individualdaten beruhen, vergleichen in der Regel die Einstellungen und Parteineigungen von Wählern und Nichtwählern miteinander, um dann zu simulieren, wie sich eine höhere Wahlbeteiligung auf das Wahlergebnis auswirken würde. So gehen beispielsweise Highton und Wolfinger (2001) vor, die die Präsidentschaftswahlen 1992 und 1996 in den USA untersuchen. Zwar stehen Nichtwählerinnen und Nichtwähler der Demokratischen Partei näher und weisen eine größere Umverteilungsneigung auf, so das Ergebnis, aber die Unterschiede zu den Wählern sind so gering, dass auch eine höhere Wahlbeteiligung an den Wahlergebnissen nichts geändert hätte. Zum selben Schluss kommen Citrin et al. (2003) durch die Analyse amerikanischer Senatswahlen: Auch hier würde eine höhere Wahlbeteiligung in der Regel kein anderes Wahlergebnis herbeiführen, da sich die Präferenzen von Nichtwählern und Wählern ähneln.¹ Dieselbe Vorgehensweise wird von Rubenson et al. (2007) auf kanadische Parlamentswahlen und von van der Eijk et al. (2010) auf die Europawahl 2009 angewandt. Da die Beteiligung bei EP-Wahlen besonders

1 Hansford und Gomez (2010) argumentieren, dass diese Analysen unzuverlässig seien, da die Kausalrichtung umgekehrt verlaufen könne. Deshalb instrumentieren sie die Variable Wahlbeteiligung durch das lokale Wetter am Wahltag – damit erhoffen sie, eine gute Näherung an die Höhe der Wahlbeteiligung zu erreichen – und kommen auf dieser Grundlage zu dem Schluss, dass es in den USA einen positiven Effekt der Wahlbeteiligung auf das Abschneiden der Demokratischen Partei gibt.

niedrig ist, sollten sich bei ihnen klare Wahlbeteiligungseffekte zeigen. Doch die Autoren weisen nach, dass eine höhere Beteiligung keine oder nur sehr moderate Auswirkungen auf das Abschneiden der meisten zur Wahl stehenden Parteien gehabt hätte. Zudem fällt der negative Effekt einer niedrigen Wahlbeteiligung für linke und libertäre Parteien in der Tendenz geringer als für rechte und autoritäre Parteien aus. Schließlich simuliert Kohler (2011) für alle Bundestagswahlen zwischen 1949 und 2009, wie die Wahlergebnisse, die Zusammensetzung des Parlaments und damit die Koalitionsmehrheiten bei einer Wahlbeteiligung von 90 bis 100 Prozent ausgesehen hätten. Nur bei einer einzigen Bundestagswahl hätte eine höhere Beteiligung mit hoher Wahrscheinlichkeit das Ergebnis verändert: Nach Kohlers Berechnungen wäre bei höherer Wahlbeteiligung die SPD 2005 stärkste Partei geworden und hätte somit die große Koalition mit der CDU führen können.

Die Ursache für die geringen Auswirkungen der Wahlbeteiligung auf das Wahlergebnis sehen diese Studien darin, dass sich Wähler und Nichtwähler in ihren politischen Präferenzen nicht stark genug unterscheiden. Die Entscheidung, nicht zu wählen, hängt von situativen Faktoren wie etwa von der Mobilisierung durch die Parteien ab. Am ehesten weisen Nichtwählerinnen und Nichtwähler eine größere Distanz zu den Volksparteien auf, wie Eilfort (1994: 334) zeigt. Falter und Schumann (1994: 203–206) bestätigen, dass Protestparteien (damals: Republikaner, PDS und Grüne) von den Nichtwählern mit größerer Sympathie als von den Wählern betrachtet werden. Wer nicht wählt, ist häufig von den etablierten Parteien insgesamt enttäuscht und entscheidet sich zwischen Protest- und Nichtwahl. Ein systematischer Nachteil für Parteien links der Mitte lässt sich aus diesen Ergebnissen nicht ablesen. Das gilt für die Mehrzahl der Studien, die die politischen Präferenzen von Wählern und Nichtwählern vergleichen.

Der Nachteil dieser Forschungsstrategie ist, dass angenommen werden muss, die in Umfragen ermittelten repräsentierten die tatsächlichen Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Doch daran bestehen Zweifel, wie im fünften Kapitel diskutiert wurde. Um diese methodischen Schwierigkeiten zu vermeiden, versucht ein zweiter Forschungsstrang, den Effekt der Wahlbeteiligung durch die Analyse offizieller Wahldaten zu ermitteln.² Im Mittelpunkt stehen dabei die Auswirkungen der Wahlbeteiligung auf Mitte-links-Parteien. So zeigt Radcliff (1994) für die Präsidentschaftswahlen zwischen 1928 und 1980, dass in den US-Bundesstaaten ein substanzieller Effekt der Wahlbeteiligung auf das Abschneiden der Kandidaten der Demokratischen Partei besteht. Diesen Befund bestätigen Pacek und Radcliff (1995) sowohl im internationalen Vergleich als auch im Vergleich der deutschen Bundesländer: Insbesondere Mitte-links-Parteien sind aus ihrer

2 Zur Diskussion der Vor- und Nachteile von Aggregatdaten siehe Schoen (2005a: 94–101).

Sicht negativ von einer sinkenden Wahlbeteiligung betroffen. Allerdings werden diese Studien für ihr methodisches Vorgehen kritisiert. In einer Replik auf Radcliff erwidert Erikson (1995), dass die Ergebnisse für die USA dadurch erklärt werden, dass in den Südstaaten unabhängig voneinander die Wahlbeteiligung und der Stimmenanteil der Demokraten gestiegen seien. Da er dies nicht beachte, sitze Radcliff einem Scheinzusammenhang auf. Auf dieselbe Gefahr, gleichgerichtete, aber voneinander unabhängige Trends als kausal miteinander verknüpft zu interpretieren, weist Fisher (2007) hin, der deshalb in seiner Analyse besonderen Wert darauf legt, ob *Veränderungen der Wahlbeteiligung* auch zu *Veränderungen der Ergebnisse* von Mitte-links-Parteien führen. Fisher untersucht drei Wahlarten: nationale Parlamentswahlen in 23 OECD-Ländern, Europawahlen und britische Parlamentswahlen. Auf dieser Grundlage findet er keine systematischen Auswirkungen der Wahlbeteiligung auf Stimmengewinne linker Parteien.

Viele Studien, die Aggregatdaten analysieren, vergleichen Länder, Bundesstaaten oder Wahlkreise miteinander. Für die USA haben Hajnal und Trounstein (2005) jedoch demonstriert, dass sich erst auf der Ebene von Stadtteilen die Auswirkungen einer niedrigen Wahlbeteiligung nachweisen lassen, weil nur in kleinräumigen Analysen der Effekt sozialer und ethnischer Segregation erkennbar wird. So führen Unterschiede in der Wahlbeteiligung ethnischer Gruppen bei Bürgermeisterwahlen in US-Städten dazu, dass hispanische oder asiatische Kandidaten geringere Erfolgschancen als ihre weißen Konkurrenten haben (umfassend Hajnal 2010). Diese Ergebnisse lassen vermuten, dass sich auch in Deutschland die Effekte einer sinkenden Wahlbeteiligung vor allem auf kleinräumiger Ebene und weniger durch die Analyse von Wahlkreis- oder Länderdaten zeigen, doch nur wenige Studien haben bislang den Blick auf Stadtteile gerichtet. So untersucht beispielsweise Geiling (2009), wie die SPD in Hannover in traditionellen Arbeitervierteln an Rückhalt und ehemalige Wähler an die Nichtwähler verloren hat, und Gardemin (2009) dokumentiert, dass sich die Hochburgen der Parteien sozialräumlich unterscheiden. Hennig et al. (2001) gehen am Beispiel von Frankfurt am Main der Frage nach, welche sozialräumlichen Variablen die Wahlenthaltung erklären können. Über mehrere Wahlen hinweg zeigt sich, dass Stadtteile stabil Nichtwähler- und Wählerhochburgen zuzurechnen sind. Während sich erstere in »Mehrproblemgebieten«, Arbeitervierteln und in der Frankfurter Innenstadt finden, zählen Mittelschichtgebiete und gehobene Wohnviertel zu letzteren. Ganz ähnliche Befunde werden für Köln (Amt für Stadtentwicklung und Statistik 2012) und für Bremen berichtet, wo eine »beschleunigende Erosion der Wahlbeteiligung in den Wählermilieus der sozial prekären Ortsteile« beobachtet wird (Schlichting 2009: 62).

Auch die Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien Anfang der Neunzigerjahre gaben Anlass zu ermitteln, in welchen Stadtvierteln sie besonders stark vertre-

ten waren. So analysieren Jagodzinski et al. (1996) auf Stadtteilebene den Zusammenhang zwischen sozialen Indikatoren wie Bildung und Arbeitslosigkeit einerseits und dem Erfolg von Republikanern und DVU anderseits. Während rechte Parteien in Hamburg und Berlin in jenen Stadtteilen gut abschnitten, wo die Wahlbeteiligung niedrig und der Anteil der Bewohner mit Hauptschulabschluss hoch war, erzielten die Grünen ihre Erfolge in Stadtteilen mit hoher Wahlbeteiligung und hohem Abiturientenanteil. Die Kenntnis des sozialen Profils von Stadtteilen ermöglicht relativ zuverlässige Aussagen sowohl über die Wahlbeteiligung als auch über das Abschneiden der Parteien. Im Folgenden wird daher eine umfassende Analyse von kleinräumigen Daten deutscher Großstädte vorgenommen, die über Fallstudien zu einzelnen Städten hinausgeht, um der Frage nachzugehen, ob ein Zusammenhang zwischen der (Veränderung der) Wahlbeteiligung und den Wahlergebnissen besteht.

7.2 Daten und Methode

Offizielle Wahldaten sind im Unterschied zu Umfragedaten genau, da Probleme mit sozial erwünschten Angaben zum Wahlverhalten nicht auftreten. Der Nachteil von Daten zur räumlichen Verteilung von Wählern und Nichtwählern liegt jedoch darin, dass nur selten ausreichend Indikatoren vorliegen, mit deren Hilfe die Wahlbeteiligung erklärt werden kann. Auch der Schluss von Makrodaten auf Individuen ist problematisch (Robinson 1950), weshalb die nachfolgenden Analysen Zusammenhänge auf der Makroebene beschreiben. Wenn Aggregatdaten in der deutschen Wahlforschung analysiert werden, sind dies entweder die Wahlergebnisse in den Wahlkreisen, da für diese eine Reihe von Indikatoren vom Bundeswahlleiter bereitgestellt werden (Schoof 1981; Falter/Schumann 1994), oder Daten aus der Regionalstatistik, die eine Fülle von Informationen zu den circa 600 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland beinhaltet (Steinbrecher/Huber/Rattinger 2007). Noch kleinteiligere Daten zur Wahlbeteiligung, aber auch zur Sozialstruktur in den Stadtteilen, stellen die Statistikämter vieler Großstädte bereit. In Städten wie Hamburg oder Köln lagen bei der Bundestagswahl 2013 zwischen der höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung in einem Stadtteil fast 50 Prozentpunkte. Auch Indikatoren wie die Arbeitslosenquote oder das Einkommen streuen in Großstädten auf engstem Raum. Diese Informationen gehen verloren, wenn Wahlkreise analysiert werden. So umfasst beispielsweise der Bundestagswahlkreis 95 im Kölner Nordwesten sowohl den Stadtteil Esch-Auweiler, der bei Armut, Arbeitslosigkeit und Migrantenanteil unter dem Kölner Durchschnitt liegt, als auch den Stadtteil Chorweiler, der

überdurchschnittliche Werte aufweist. Zwischen diesen beiden Stadtteilen desselben Wahlkreises lagen bei der letzten Bundestagswahl 35 Prozentpunkte in der Wahlbeteiligung. Greift man auf kleinräumige Stadtteildaten zu, liegen pro Wahlkreis bis zu 20 Datenpunkte vor, wodurch sich manche Zusammenhänge klarer zeigen.

Für die folgenden Analysen wurden für die Bundestagswahl 2009 Daten von 34 Großstädten zur Wahlbeteiligung und zum Wahlergebnis in einer Datenbank zusammengefasst. Insgesamt gab es 2009 38 Großstädte mit mehr als 200.000 Einwohnern in Deutschland, doch nur für 34 davon liegen Informationen zur Wahlbeteiligung auf Stadt- oder Ortsteilebene vor.³ Für manche Städte sind Daten für die Wahlkreise der Kommunalwahlen (Berlin: Abgeordnetenhauswahl), nicht aber Informationen auf Stadtteilebene verfügbar. In allen Fällen war es das Ziel, Informationen der kleinsten verfügbaren räumlichen Einheit zu sammeln. Einfachheitshalber wird im Folgenden dennoch durchgängig von Stadtteilen oder -vierteln gesprochen. Insgesamt werden Wahldaten von 1.517 Stadtteilen verwendet. Für manche Analysen kann jedoch nur eine Untergruppe der Städte analysiert werden. So sind nur für 709 Stadtteile Informationen zur Arbeitslosenquote oder zur Arbeitslosendichte vorhanden.⁴ Ergänzt werden diese Analysen der vorletzten Bundestagswahl einerseits um eine Auswertung von Informationen zu 1.004 Stadtteilen in 28 Großstädten bei der Bundestagswahl 2013. Andererseits wird der Querschnittsanalyse eine Längsschnittbetrachtung einzelner Städte – insbesondere Bremen, Duisburg und Köln – hinzugefügt.

Während die Auswertung von Stadtteildaten kleinräumige Analysen mit offiziellen Daten ermöglicht, sind zum Teil keine ausgefeilten Analysen möglich, da zu wenige Variablen vorliegen. Daher werden im Folgenden überwiegend bivariate Korrelationen und Streudiagramme dargestellt. Dies birgt die Gefahr, dass die Zusammenhänge durch nicht beobachtete Drittvariablen erklärt werden könnten. Wo immer es möglich ist, werden die Nachteile der Korrelationsanalyse durch ergänzende multivariate Analysen ausgeglichen. Ein weiteres Problem besteht darin, dass sich die Größe der Stadtteile zwischen den Städten unterscheidet. Da jedoch räumliche Einheiten mit weniger Einwohnern homogener sind, können diese Unterschiede die Auswertung verzerren. Beispielsweise gibt

3 Die Städte sind Aachen, Augsburg, Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Braunschweig, Bremen, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Frankfurt a.M., Freiburg, Gelsenkirchen, Halle (Saale), Hamburg, Hannover, Köln, Krefeld, Leipzig, Lübeck, Mannheim, München, Münster, Nürnberg, Oberhausen, Rostock, Stuttgart, Wiesbaden und Wuppertal. Insgesamt haben diese 34 Städte knapp 19 Millionen Einwohner (Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Stand: 6.12.2010).

4 Die Arbeitslosendichte entspricht nicht der offiziellen Arbeitslosenquote, sondern setzt die Anzahl der Arbeitslosen zur Gesamtbevölkerung eines Stadtteils in Bezug.

es in München nur 25 Stadtteile mit durchschnittlich 35.000 Wahlberechtigten, während Nürnberg Daten für 80 Stadtteile mit durchschnittlich nur etwa 4.000 Wahlberechtigten bereitstellt. Das heißt, die Stadtteile beider Städte sind nicht direkt miteinander vergleichbar, weil die Münchener Daten heterogenere Einheiten umfassen. Um dieses Problem zu umgehen, werden in einigen Analysen die Variablen z-transformiert, sodass sie für jede Stadt einen Mittelwert von 0 und eine Standardabweichung von 1 haben. Die Aussagen der empirischen Untersuchung beziehen sich in diesen Fällen darauf, wie sich die Abweichung der Wahlbeteiligung eines Stadtteils vom Durchschnitt der gesamten Stadt auf die Abweichung des Parteiergebnisses vom Durchschnittsergebnis auswirkt.⁵

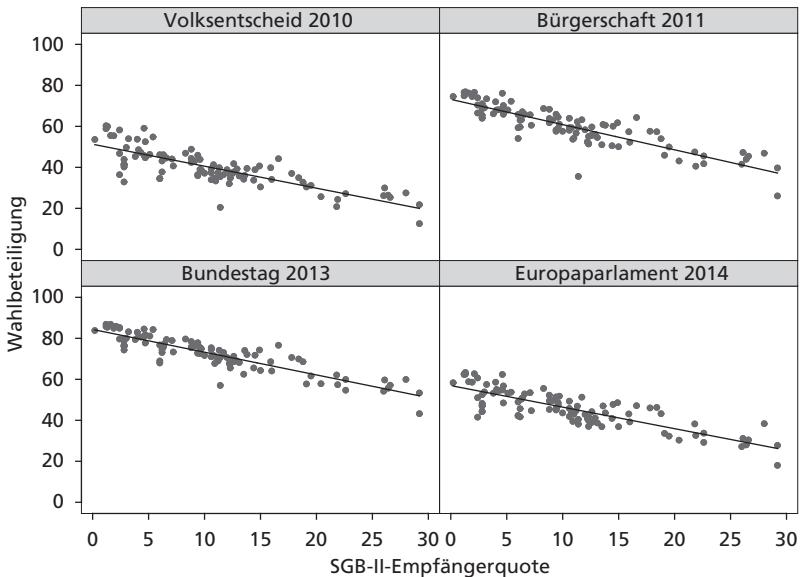
7.3 Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen Stadtteilen

Die Wahlbeteiligung in Großstädten hängt eng mit der sozialen Lage der einzelnen Stadtteile zusammen. In Stadtvierteln mit überdurchschnittlichem Einkommensniveau, geringer Arbeitslosigkeit und geringerem Migrantenanteil liegt die Wahlbeteiligung regelmäßig über dem Durchschnitt der Gesamtstadt, während sie in von Arbeitslosigkeit und Armut stärker betroffenen Vierteln mit einem hohen Anteil an Migranten darunter liegt. Im Folgenden wird die soziale Lage entweder durch die Arbeitslosenquote erfasst oder durch den Anteil von Personen, die Grundsicherung für Arbeitssuchende erhalten (SGB II-Empfängerquote). Diese beiden Indikatoren stehen stellvertretend für eine Fülle weiterer Variablen, die stattdessen hätten verwendet werden können: das Durchschnittseinkommen, der Gymnasiastenanteil unter Jugendlichen, der Ausländeranteil, aber auch das Durchschnittsalter von Frauen bei der Geburt des ersten Kinds. Alle diese Indikatoren korrelieren hoch miteinander und verweisen gemeinsam darauf, dass deutsche Großstädte sozial und ethnisch segregiert sind (Farwick 2007; Friedrichs/Triemer 2008).

Abbildung 7-1 stellt exemplarisch für 100 Hamburger Stadtteile den Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und der Wahlbeteiligung bei vier Abstimmungen dar. In allen Fällen besteht ein enger Zusammenhang zwischen beiden Indikatoren: Je höher der Anteil von Hartz-IV-Empfängern in einem Hambur-

5 In den empirischen Analysen wurde, wann immer es möglich war, überprüft, ob der Einschluss der Stadtteilgröße, gemessen an der Bevölkerung oder an der Anzahl der Wahlberechtigten, einen Einfluss auf die dargestellten Zusammenhänge hat. Dies ist jedoch nicht der Fall, sodass alle Modelle ohne die Kontrollvariablen »Einwohnerzahl« oder »Anzahl der Wahlberechtigten« dargestellt werden.

Abbildung 7-1 Wahlbeteiligung bei vier Abstimmungen in 100 Hamburger Stadtteilen



In diesem Streudiagramm und in den folgenden Abbildungen steht jeder Punkt für einen Stadt- oder Ortsteil. Je enger sich die Punkte an die Gerade anschmiegen, desto enger ist der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Wahlbeteiligung.

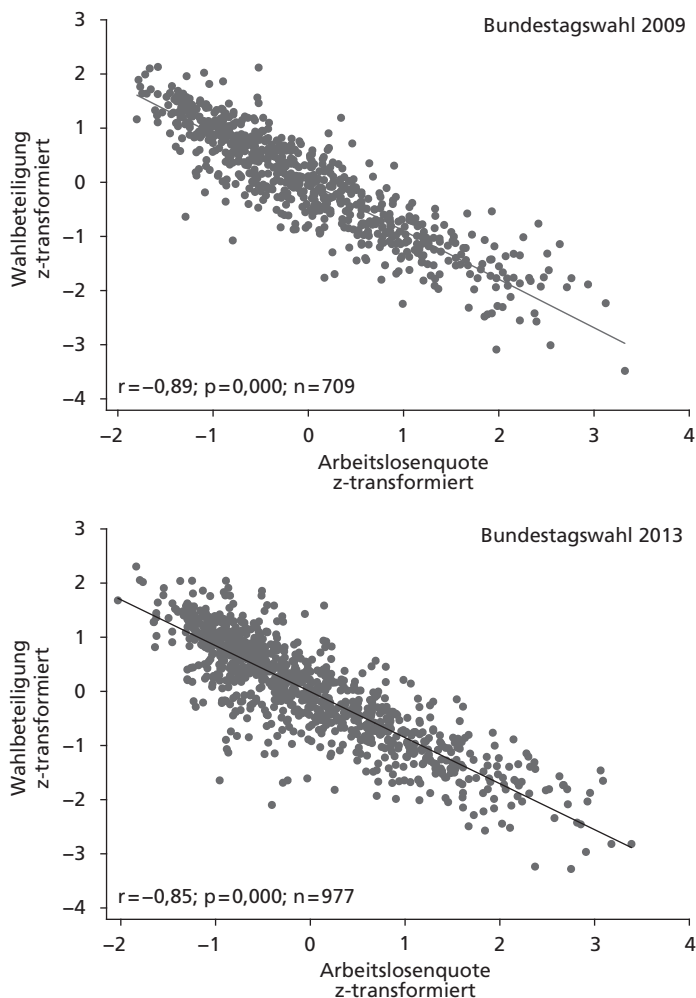
Daten: HH_STADTTEILE.

ger Stadtteil, desto niedriger fällt dort die Wahlbeteiligung aus.⁶ Die Unterschiede zwischen der höchsten und der niedrigsten Wahlbeteiligung in einem Hamburger Stadtteil betragen bei der Bundestagswahl 44, bei der EP-Wahl 45, beim Volksentscheid über die Schulreform 48 Prozentpunkte und bei der Bürgerschaftswahl sogar 51 Prozentpunkte.

Dasselbe Muster zwischen sozialer Lage, diesmal gemessen an der Arbeitslosenquote in den Stadtvierteln, und der Wahlbeteiligung tritt in allen Städten auf, für die kleinräumige Daten verfügbar sind. Fasst man die Datenpunkte aller Stadtteile in einem Streudiagramm zusammen, wird die enge Beziehung zwischen Arbeitslosenquote und Wahlbeteiligung deutlich: Ist ein Stadtteil überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen, liegt die Wahlbeteiligung unter

⁶ In allen vier Fällen ist der Korrelationskoeffizient statistisch signifikant und größer als 0,8.

Abbildung 7-2 Arbeitslosenquote und Wahlbeteiligung in den Stadtteilen deutscher Großstädte



Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, sind die Variablen für jede Stadt z-transformiert, sodass der Mittelwert 0 und die Standardabweichung 1 beträgt.
 Daten: STÄDTE_2009, STÄDTE_2013.

dem Durchschnitt (Abbildung 7-2).⁷ Der Zusammenhang ist sowohl für die Bundestagswahl 2009 als auch die letzte Bundestagswahl so stark, wie man ihn in sozialwissenschaftlicher Forschung nur selten findet. Wer in einer Stadt die Arbeitslosenquote von zwei Stadtteilen kennt, kann mit hoher Treffsicherheit vorhersagen, wo die Wahlbeteiligung höher ausfallen wird. Ausnahmslos sind es arme Stadtteile, in denen besonders viele Wahlberechtigte auf die Stimmabgabe bei Wahlen verzichten, während in wohlhabenden Vierteln noch ähnlich hohe Beteiligungsraten wie in der Vergangenheit erzielt werden. Für die letzte Bundestagswahl zeigen Schäfer, Vehrkamp und Gagné (2013) für eine ganze Reihe weiterer Sozialindikatoren, wie eng der Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung ist. Wo mehr Menschen mit höherer Bildung oder mit höherem Einkommen wohnen, fällt stets die Wahlbeteiligung höher aus.⁸

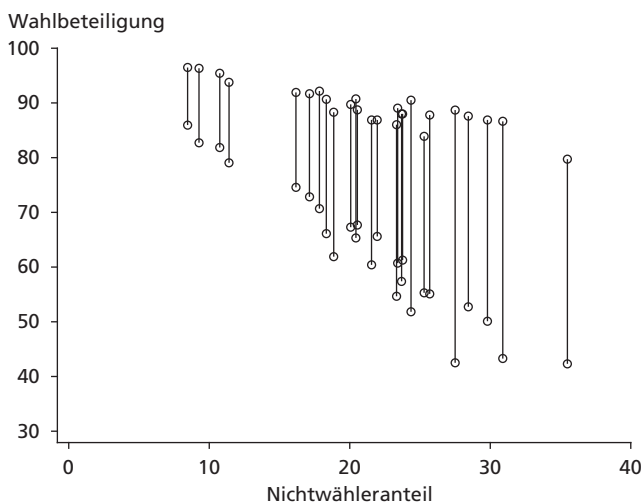
Der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und der Beteiligung an Wahlen könnte darauf zurückgehen, dass in Vierteln mit hoher Arbeitslosenquote viele Migranten leben, die zum Teil zwar wahlberechtigt sind, jedoch eine geringere Wahlbeteiligung als Nichtmigranten aufweisen. Weniger die soziale als vielmehr die ethnische Segregation wäre in diesem Fall für Unterschiede in der Wahlbeteiligung verantwortlich. Nur wenige Städte unterscheiden zwischen nicht wahlberechtigten Ausländern und wahlberechtigten Migranten. Das Statistische Landesamt Bremen stellt diese Daten jedoch zur Verfügung, wodurch exemplarisch überprüft werden kann, ob der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Wahlbeteiligung bestehen bleibt, wenn der Anteil wahlberechtigter Migranten berücksichtigt wird. In Tabelle 7-2 (siehe Anhang) sind die Koeffizienten von drei Regressionsmodellen abgetragen, die die Höhe der Wahlbeteiligung in den Bremer Ortsteilen schätzen. Im ersten Schritt wird lediglich die Arbeitslosenquote als unabhängige Variable eingefügt. Mit jedem Prozentpunkt, die sie in einem Ortsteil höher liegt, sinkt die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 um 1,1 Prozentpunkte. Im zweiten Schritt werden das Medianeinkommen sowie der Gymnasiastenanteil aufgenommen.⁹ Während der negative Effekt der Arbeitslosenquote bestehen bleibt, erhöhen Bildung und Einkommen die Wahl-

7 Aufgrund der durchgängig negativen Korrelation zwischen der Arbeitslosenquote eines Stadtteils und der Wahlbeteiligung zu folgern, dass vor allem Arbeitslose nicht wählen, hieße jedoch, dem »ökologischen Fehlschluss« (Robinson 1950) zu erliegen, wie Schoen (2005a: 97–99) am Beispiel von Erwerbslosigkeit und Wahlbeteiligung erläutert. Die Analyse von Aggregatdaten erlaubt keinen direkten Rückschluss auf individuelle Eigenschaften der Nichtwählerinnen und Nichtwähler.

8 In dieser Studie kann zudem nachgewiesen werden, dass auch bei 640 repräsentativ ausgewählten Stimmbezirken ein enger Zusammenhang zwischen denselben Sozialindikatoren und der Höhe der Wahlbeteiligung besteht. Die hier dargestellten Zusammenhänge lassen sich demnach verallgemeinern, sie gelten auch in kleineren Gemeinden und nicht nur in Großstädten.

9 Da es einen engen Zusammenhang zwischen dem Bildungsgrad von Eltern und Kindern gibt, dient diese Variable als Indikator für den durchschnittlichen Bildungsstand in einem Stadtteil.

Abbildung 7-3 Nichtwähleranteil und Streuung der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in drei Städten



Verfügbar sind kleinräumige Daten für folgende Zeiträume: Bremen 1972–2013, Duisburg 1990–2009 und Köln 1987–2013.

Daten: HB_ORNSTEILE, DUIS_STADTTEILE, KÖLN_STADTTEILE.

beteiligung. Schließlich wird im dritten Schritt der Anteil der wahlberechtigten Migranten berücksichtigt. Und obwohl gilt, dass die Wahlbeteiligung mit höherem Migrantenanteil sinkt, übt auch die Arbeitslosenquote weiterhin einen statistisch signifikanten Einfluss aus.¹⁰ Unter sonst gleichen Bedingungen liegt die Wahlbeteiligung im Bremer Ortsteil mit der höchsten Arbeitslosenquote 11 Prozentpunkte niedriger als im Stadtteil mit der geringsten Quote, selbst wenn der »Migranteneffekt« bereits berücksichtigt wird. Unterschiede in der Wahlbeteiligung lassen sich nicht auf Unterschiede in der ethnischen Zusammensetzung reduzieren, sondern verlaufen auch entlang sozialer Unterschiede.

Nun ließe sich vermuten, dass schon immer Unterschiede in der Wahlbeteiligung bestanden haben und dass der Rückgang der Wahlbeteiligung in allen Stadtteilen gleichmäßig verlaufen ist. Wie sich Abbildung 7-3 entnehmen lässt, ist dies jedoch nicht der Fall: Je höher der Nichtwähleranteil ausfällt, desto grö-

10 Trotz der starken Korrelation der unabhängigen Variablen verweisen Werte von unter 5 des *Variance Inflation Factors* darauf, dass Multikollinearität die Ergebnisse nicht verzerrt. Zudem zeigt der Breusch-Pagan-Test, dass keine Heteroskedastizität vorliegt.

ßer ist der Abstand zwischen der niedrigsten und der höchsten Wahlbeteiligung in einem Stadtteil. Trennten 1987 22 Prozentpunkte den Kölner Stadtteil mit der höchsten Beteiligung von dem mit der niedrigsten, waren es 2013 46 Prozentpunkte. Dasselbe Muster zeigt sich in Bremen und Duisburg. Diese Befunde sagen zwar nichts über die individuellen Ursachen der Nichtwahl aus, aber das fünfte Kapitel hat gezeigt, dass neben persönlichen Eigenschaften und Einstellungen auch die soziale Umgebung das Partizipationsverhalten beeinflusst: In unterdurchschnittlichen Wohngebieten und Nichtwählerhochburgen sinkt die Wahlwahrscheinlichkeit aller Bewohner.

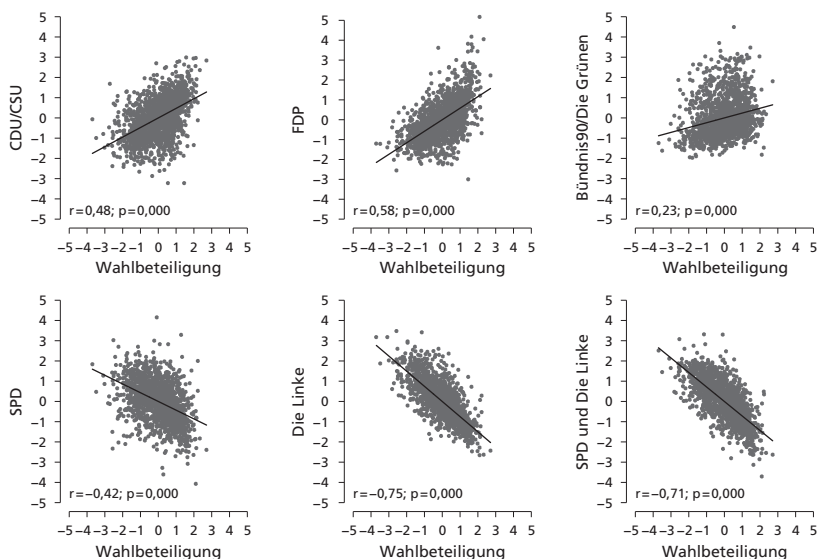
7.4 Die Auswirkung ungleicher Wahlbeteiligung auf die Parteien

Die Wahlbeteiligung in deutschen Großstädten unterscheidet sich auf systematische Weise zwischen den Stadtteilen. Mithilfe kleinräumiger Daten kann der höchst umstrittenen Frage nachgegangen werden, ob die asymmetrische Wahlabstinz links Parteien schadet. Im ersten Schritt wird in Abbildung 7-4 für fünf Parteien der Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 und dem Parteiergebnis in 1.517 Stadtteilen dargestellt. Für die Unionsparteien, die FDP und in geringerem Maß für Bündnis 90/Die Grünen gilt, dass sie dort die besten Ergebnisse erzielen, wo die Wahlbeteiligung am höchsten ist. Dagegen besteht ein negativer Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und dem Ergebnis von Sozialdemokraten und Linkspartei. Die SPD ist die einzige Partei, bei der sich dieser Trend zwischen ost- und westdeutschen Großstädten unterscheidet. Während sich in Westdeutschland ein deutlich negativer Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und dem SPD-Ergebnis zeigt, besteht in Ostdeutschland kein Zusammenhang. Für beide Landesteile gilt jedoch: Je niedriger die Wahlbeteiligung, desto besser schneiden SPD und Linkspartei in der Addition ab; und je höher die Wahlbeteiligung, umso bessere Ergebnisse erzielt das bürgerliche Lager aus FDP und Unionsparteien.^{11, 12}

11 Da Bündnis 90/Die Grünen häufig in sozial heterogenen Innenstädten gute Ergebnisse erzielen, sind sie räumlich weder dem einen noch dem anderen Lager zuzuordnen. Das zeigt sich auch daran, dass einzig bei den Grünen kein substanzieller Zusammenhang zwischen der sozialen Lage eines Stadtteils – gemessen an der Arbeitslosenquote – und dem Parteiergebnis besteht.

12 Aufschlussreich ist auch der Blick auf die Ausreißer: Am stärksten weicht das Ergebnis der FDP vom städtischen Durchschnitt im reichsten Kölner Stadtteil, dem Villenviertel Hahnwald, ab, wo bei einer Wahlbeteiligung von 87 Prozent 42 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme den

Abbildung 7-4 Wahlbeteiligung und relativer Stimmenanteil in 1.517 Stadtteilen von 34 Großstädten

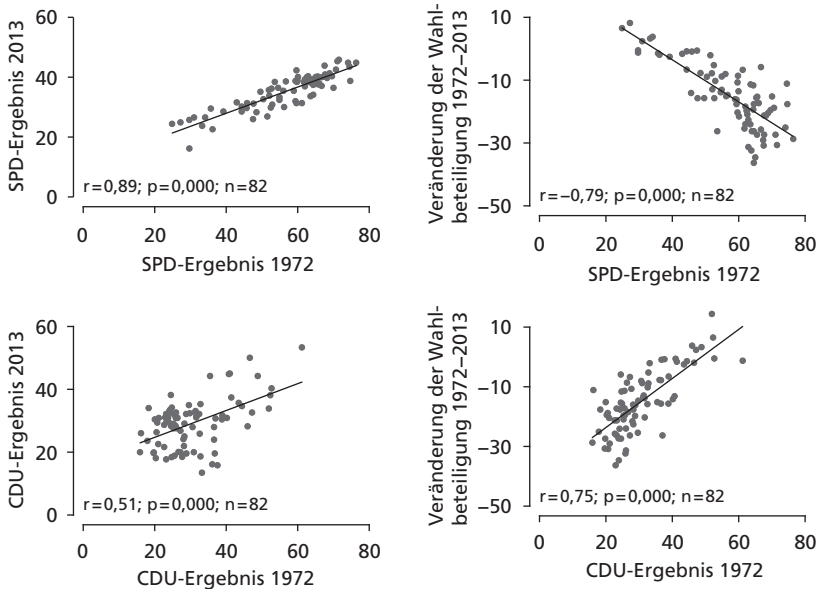


Auf der vertikalen Achse ist der Stimmenanteil gemessen an den gültigen Stimmen eines Stadtteils abgetragen. Allerdings sind die Variablen für jede Stadt z-transformiert, sodass der Mittelwert jeweils 0 und die Standardabweichung 1 beträgt. Derselbe Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und den Parteiergebnissen zeigt sich auch bei der Bundestagswahl 2013, sodass auf eine gesonderte Darstellung verzichtet wird. Daten: STÄDTE_2009.

Auf den ersten Blick scheint es verblüffend, dass auf Stadtteilebene zwischen der Wahlbeteiligung und dem Abschneiden der Mitte-links-Parteien ein negativer Zusammenhang besteht, wird doch meist angenommen, dass eine höhere Beteiligung diesen Parteien nutzt. Für die Gesamtstadt gilt dies auch: Je höher die Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl in der Stadt Bremen zwischen 1972 und 2013 ausfiel, desto besser schnitt die SPD ab. Im Zeitverlauf sinkt jedoch die Wahlbeteiligung und die Ergebnisse der Sozialdemokratie verschlechtern sich. Warum dies so ist, macht der Blick auf Abbildung 7-5 klar: Auch heute noch schneiden SPD und CDU bei Bundestagswahlen in ihren früheren Hochburgen überdurchschnittlich ab. Zwar ist der Zusammenhang für die CDU et-

Liberalen geben. Gleichzeitig erzielte die SPD dort nur 6,4 Prozent der Stimmen – was ebenfalls die extremste Abweichung vom Gesamtdurchschnitt einer Stadt darstellt.

Abbildung 7-5 Veränderung der Wahlbeteiligung in SPD- und CDU-Hochburgen in Bremen



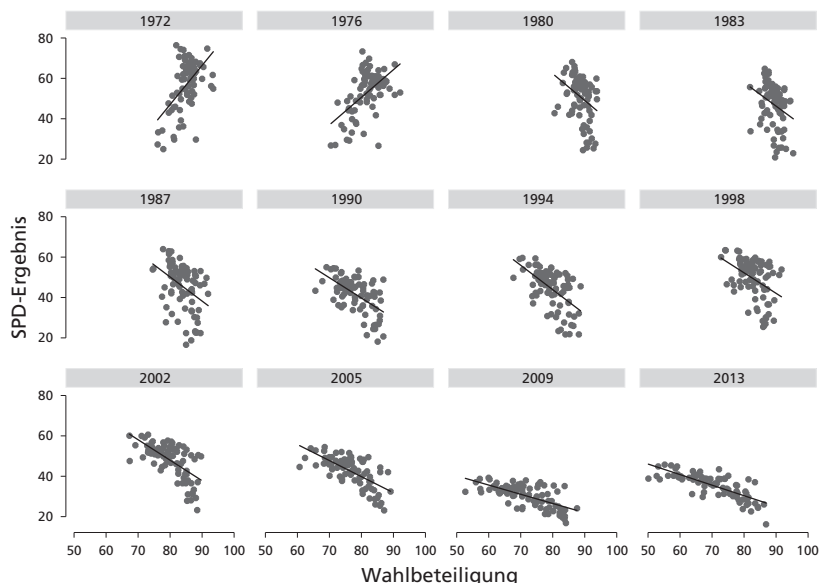
Daten: HB_ORTSTEILE.

was schwächer, aber dennoch lässt sich für beide Parteien sagen, dass sie nach mehr als vierzig Jahren noch immer in denselben Vierteln besonders gute oder schlechte Ergebnisse einfahren. Zwei Veränderungen sind allerdings bemerkenswert. Zum einen liegt das beste SPD-Ergebnis 2013 30 Prozentpunkte niedriger als 1972. Für die CDU beträgt die Differenz weniger als 10 Prozentpunkte. Zum anderen korreliert das SPD-Ergebnis von 1972 negativ mit dem Rückgang der Wahlbeteiligung zwischen 1972 und 2013, während die Korrelation bei der CDU positiv ist. In SPD-Hochburgen ist die Wahlbeteiligung systematisch stärker zurückgegangen als in Vierteln mit hohem CDU-Wähleranteil.¹³

Wie dieser Veränderungsprozess abgelaufen ist, lässt sich aus Abbildung 7-6 ablesen. Dargestellt ist, wie sich der Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung in den Bremer Ortsteilen und dem SPD-Ergebnis bei allen Bun-

13 Dasselbe Muster zeigt sich in Köln: Die räumliche Verteilung der Parteihochburgen ist seit 1987 weitgehend stabil geblieben. Während der Rückgang der Wahlbeteiligung jedoch systematisch SPD-Hochburgen betrifft, besteht kein Zusammenhang zum CDU-Ergebnis.

Abbildung 7-6 Wahlbeteiligung und SPD-Ergebnis in 83 Bremer Ortsteilen, 1972–2013



Daten: HB_ORTSTEILE.

destagswahlen seit 1972 entwickelt hat. Korrelierten beide Faktoren anfangs nicht, ist der Zusammenhang im Zeitverlauf stärker geworden. Spätestens seit den 1990ern schneidet die SPD in Bremen in jenen Stadtteilen am besten ab, wo die Wahlbeteiligung niedrig ist. Für die Gesamtstadt ergibt sich ein positiver Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und dem SPD-Ergebnis, weil in der Vergangenheit die Wahlbeteiligung überall hoch war. Seither ist sie jedoch asymmetrisch gefallen. Bei der heute niedrigen Wahlbeteiligung treten erhebliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen auf – und damit entsteht auf kleinräumiger Ebene ein negativer Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und dem Abschneiden von Mitte-links-Parteien.

Der Blick auf deskriptive Statistiken legt nahe, dass ein Zusammenhang zwischen der rückläufigen Wahlbeteiligung und den Wahlergebnissen besteht; daher soll geprüft werden, wie sich Veränderungen der Wahlbeteiligung auf Veränderungen des SPD-Stimmenanteils auswirken.¹⁴ In Tabelle 7-3 sind die

¹⁴ Ich folge methodisch dem Vorgehen Fishers (2007), um auszuschließen, dass die hier präsentierten, von seinen Befunden abweichenden Ergebnisse durch die Auswahl des statistischen

Ergebnisse verschiedener Modellspezifikationen abgetragen, die jedoch ausnahmslos auf einen positiven Effekt der Wahlbeteiligung auf das SPD-Ergebnis hinweisen: Steigt die Wahlbeteiligung um 1 Prozentpunkt, erhöht sich der SPD-Stimmenanteil um etwa 0,5 Prozent. Der Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und dem SPD-Ergebnis verschwindet auch dann nicht, wenn für das Aufkommen von Bündnis90/Die Grünen und Linkspartei kontrolliert wird. Zugewinne der Linkspartei wirken sich zwar negativ auf das SPD-Ergebnis aus – allerdings zusätzlich zum Effekt der Wahlbeteiligung. In den letzten Jahren hat die SPD in den Bremer Ortsteilen nicht nur unter der rückläufigen Wahlbeteiligung gelitten, sondern auch Stimmen an die Linkspartei verloren.

Die bisher präsentierten Ergebnisse widersprechen der vorherrschenden Auffassung, dass eine sinkende Wahlbeteiligung keinen Effekt auf das Wahlergebnis hat. Um diesen kontroversen Befund abzusichern, führe ich dieselbe Analyse für zwei weitere Städte durch, für die über längere Zeiträume Daten auf Stadtteilbene verfügbar sind. Tabelle 7-4 enthält für Duisburg und Köln die Koeffizienten, die darüber Auskunft geben, wie sich die Veränderung der Wahlbeteiligung auf das SPD-Ergebnis auswirkt. Auch in diesen beiden Städten verschlechtert sich das SPD-Ergebnis mit dem Wahlbeteiligungsrückgang. In der Summe wecken die Ergebnisse dieses Kapitels Zweifel an der These, dass die Höhe der Wahlbeteiligung keine Auswirkungen auf das Abschneiden der Parteien hat. Manche Effekte zeigen sich nur, wenn kleinräumige Daten analysiert werden, bei denen die Folgen der ungleichen Wahlbereitschaft sozialer Gruppen klarer zum Ausdruck kommen.

7.5 Ungleiche Beteiligung: Herausforderung für die Parteien

Die räumlichen Muster der Wahlbeteiligung und der Parteiergebnisse werfen insbesondere für Mitte-links-Parteien die Frage auf, wie sie sich im Wahlkampf verhalten sollen. Unter der Voraussetzung, dass nicht ausreichend Ressourcen vorhanden sind, um in allen Stadtteilen mit gleicher Intensität Wahlkampf zu betreiben, müssen sie sich entscheiden, ob sie mögliche Wähler in Vierteln mit geringer Beteiligung mobilisieren wollen oder ob sie sich auf Gegenden mit hoher Wahlbeteiligung konzentrieren sollen. Für die Konzentration auf Stadtteile mit höherer Wahlbeteiligung spricht, dass dort unter Umständen mehr Stim-

Modells zustande kommen. In weiteren, nicht aufgeführten Modellen wurde getestet, ob Autokorrelation (und panel-spezifische Autokorrelation) die Ergebnisse beeinträchtigt. Aber in allen Modellspezifikationen blieb der Effekt der Wahlbeteiligung erhalten.

men gewonnen werden, selbst wenn das relative Ergebnis schlechter ausfällt. Die Forschung über Wahlkämpfe und Mobilisierung legt diese Vorgehensweise nahe. Darin wird immer wieder gezeigt, dass Parteien ihre Wahlkampfanstrengungen auf soziale Gruppen konzentrieren, die mit mittlerer bis hoher Wahrscheinlichkeit wählen und die als Multiplikatoren dienen können:

Political mobilizers target and time their efforts strategically. They concentrate their energies on people who seem likely to participate if asked. They economize by contacting people who are easy enough to identify and who seem likely to contact others in turn: people who are centrally placed in social networks. (Rosenstone/Hansen 1993: 210)¹⁵

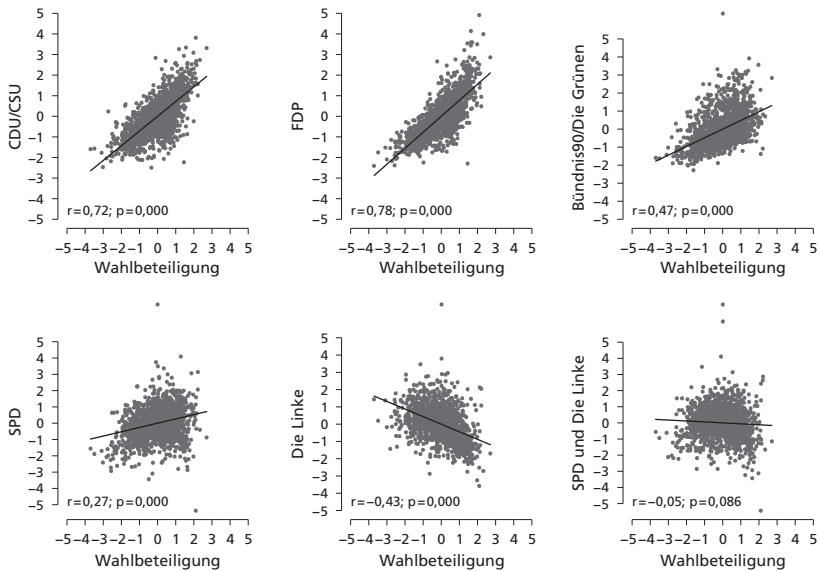
Da Wahlkämpfe hohe Kosten verursachen und die örtlichen Parteigliederungen häufig in ärmeren Vierteln wenige Mitglieder haben, werden die knappen Mittel auf erfolgversprechende Gruppen und Gebiete konzentriert, um einen möglichst großen Effekt zu erzielen. Für Großbritannien zeigen etwa Johnston et al., dass die Parteien sehr viel häufiger ihnen nahestehende Personen im Wahlkampf kontaktieren als Sympathisanten anderer Parteien, und dass frühere Nichtwählerinnen und Nichtwähler besonders selten angesprochen werden (Johnston et al. 2012: 322, 326).¹⁶ Dieses Verhalten erscheint aus Sicht der Parteien auch deshalb geboten, weil die Erfahrung in Wahlkämpfen wie auch wissenschaftliche Experimente zeigen, dass Menschen mit geringer Wahlneigung nur schwer davon zu überzeugen sind, wählen zu gehen (Arceneaux/Nickerson 2009). Für verstärkte Mobilisierungsanstrengungen in Vierteln mit geringer Wahlbeteiligung spricht dagegen, dass Parteien links der Mitte in Nichtwählerhochburgen die besten Ergebnisse erzielen. Die Bewohner neigen aufgrund ihrer sozialen Lage stärker umverteilungsaffinen Parteien zu. Insbesondere bei Wahlen mit geringer Beteiligung findet sich in diesen Stadtteilen ein nicht ausgeschöpftes Wählerpotenzial. Doch für keine Partei ist es so schwierig, im Wahlkampf räumliche Schwerpunkte zu setzen, wie für die SPD, wie sich aus Abbildung 7-7 ablesen lässt. Im Gegensatz zu Abbildung 7-4 werden hier die Stimmenanteile der Parteien ins Verhältnis zur Anzahl der Wahlberechtigten gesetzt. Damit kann überprüft werden, wo eine Partei *absolut* die meisten Stimmen gewinnt.

Für die bürgerlichen Parteien ist der Zusammenhang eindeutig: In Vierteln mit hoher Wahlbeteiligung, in denen sie die besten Wahlergebnisse erzielen, holen sie auch absolut die meisten Stimmen. Der Zusammenhang ist enger als bei den relativen Ergebnissen. Auch die Grünen gewinnen tendenziell die meisten Stimmen dort, wo viele Wahlberechtigte wählen, wenngleich der Zusammen-

15 Siehe auch Karp et al. (2007: 102).

16 Die empirischen Ergebnisse aus Abschnitt 5.2.5 bestätigen diese Einschätzung. Mit zunehmender Bildung und steigendem Einkommen steigt auch die Wahrscheinlichkeit, während des Wahlkampfs Kontakt mit den Parteien zu haben.

Abbildung 7-7 Absolute Stimmengewinne der Parteien in 1.410 Stadtteilen



Auf der vertikalen Achse ist der Stimmenanteil gemessen an den Wahlberechtigten eines Stadtteils abgetragen. Allerdings sind die Variablen für jede Stadt z-transformiert, sodass der Mittelwert jeweils 0 und die Standardabweichung 1 beträgt.

Daten: STÄDTE_2009.

hang schwächer ist. Für die Linkspartei gilt ebenfalls, dass sie in denselben Stadtteilen absolut und relativ gut abschneidet – nur dass es in ihrem Fall ärmere Viertel mit geringer Beteiligung sind, auf die sie sich im Wahlkampf konzentrieren kann. Die SPD ist die einzige Partei, bei der die relativen und absoluten Stimmengewinne entgegengesetzt verlaufen. Zwar erzielt die Sozialdemokratie – gemessen an den gültigen Stimmen – die besten Ergebnisse in Stadtteilen mit geringer Wahlbeteiligung, doch absolut gewinnt sie mehr Stimmen in Vierteln mit hoher Beteiligung. Allerdings ist der statistische Zusammenhang schwach, was nichts anderes heißt, als dass sich die SPD-Stimmengewinne ohne klares Muster über die Stadtviertel verteilen.

7.6 Fazit

In diesem Kapitel bin ich der Frage nachgegangen, ob der Rückgang der Wahlbeteiligung einen Einfluss auf die Wahlergebnisse hat. Entgegen der in der Literatur vorherrschenden Meinung zeigt die Analyse von kleinräumigen Daten aus deutschen Großstädten, dass linke Parteien schlechter abschneiden, wenn die Wahlbeteiligung sinkt. Der Grund liegt in der ungleichen räumlichen Verteilung der Nichtwahl: In »städtischen Problemgebieten« – häufig frühere Arbeiterviertel und SPD-Hochburgen – ist die Wahlbeteiligung seit den 1970er-Jahren sehr viel stärker gesunken als in von Arbeitslosigkeit und Armut weniger betroffenen Vierteln, sodass heute ein enger Zusammenhang zwischen der sozialen Lage eines Stadtteils und der Wahlbeteiligung sowie dem Wahlergebnis besteht. Je ärmer ein Stadtteil, desto niedriger fällt die Wahlbeteiligung aus und desto besser schneiden Parteien links der Mitte ab, während umgekehrt gilt, dass CDU und FDP relativ und absolut ihre besten Ergebnisse dort erzielen, wo noch annähernd das Beteiligungsniveau der Vergangenheit erreicht wird. Hinter Angaben zur durchschnittlichen Wahlbeteiligung verbergen sich Unterschiede, die erst durch die Analyse kleinräumiger Daten deutlich werden. Die Effekte einer sinkenden Wahlbeteiligung sind gravierender, so das Fazit dieses Kapitels, als dies in der vorwiegend mit Individualdaten operierenden Forschung angenommen wird.

Der Blick auf kleinräumige Unterschiede zwischen armen und wohlhabenden Stadtteilen bestätigt Sandels (1998b: 120) Befürchtung, dass Ungleichheit zu segregierten Lebenswelten führt, die an den Extremen wenig gemeinsam haben. Wie sollen jedoch eigene Positionen hinterfragt und möglicherweise korrigiert werden, wenn einem die Lebenswelt der anderen fremd erscheint und wenn einem Sorgen und Nöte kaum bekannt sind, die dort den Alltag prägen? Für Neorepublikaner stellt sich diese Frage umso dringlicher, je weniger Schulen oder Vereine noch Orte sind, an denen sich Angehörige unterschiedlicher Klassen treffen und austauschen. Auch Parteien und Bürgerbewegungen könnten Gelegenheit zum Austausch bieten, doch auch das ehrenamtliche und politische Engagement wird weit überproportional, wie das nächste Kapitel zeigen wird, von den Bessergestellten genutzt, während ihm die am wenigsten Begünstigten fernbleiben.

Kapitel 8

Vom Ehrenamt zu den Mandatsträgern: Die Dominanz der Höhergebildeten

In der Einleitung wurde darauf verwiesen, dass vom Verlust politischer Gleichheit erst gesprochen werden kann, wenn erstens die Wahlbeteiligung sinkt, zweitens der Rückgang ungleich erfolgt und drittens diese beiden Trends nicht durch andere Beteiligungsformen ausgeglichen werden. Die ersten beiden Punkte sind empirisch eindeutig belegt, der dritte wird in diesem und im nächsten Kapitel untersucht. Politisches Engagement erschöpft sich für viele Menschen nicht in der Stimmabgabe bei Wahlen oder in der Mitarbeit in Parteien – im Gegenteil, beide Aktivitäten verlieren an Bedeutung, da die Wahlbeteiligung sinkt und die Anzahl der Parteimitglieder abnimmt (Niedermayer 2012). Stattdessen findet politische Beteiligung heute vermehrt in Vereinen oder Bürgerinitiativen statt, aber auch bei Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen. Daneben bringen Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung durch Petitionen, Online-Proteste oder durch ihr Konsumverhalten zum Ausdruck. Dieses Engagement kann voraussetzungsvoller sein als die Wahlteilnahme, wenn Mitgliederbeiträge gezahlt werden müssen oder ein hoher Zeitaufwand erforderlich ist. Sowohl die These der »wählenden Nichtwähler« als auch die *Critical-Citizens*-Perspektive (Norris 1999) argumentieren, dass politisch stark interessierte Bürgerinnen und Bürger nach Beteiligungsmöglichkeiten jenseits von Wahlen suchen. Weder die Mitarbeit in Parteien oder Gewerkschaften, denen etwas Altmodisch-Behäbiges anhaftet, noch die Stimmabgabe bei Wahlen lasse aus dieser Sicht Raum, differenziert Meinungen zum Ausdruck zu bringen. Klassische Partizipationsformen genügten vielen nicht mehr, weshalb vermehrt andere Formen politischen Engagements genutzt würden. Die »partizipatorische Revolution« (Topf 1995) der letzten Jahrzehnte führe nicht zum Rückzug von der Politik, sondern ergänze traditionelles Engagement durch neue Aktivitäten.

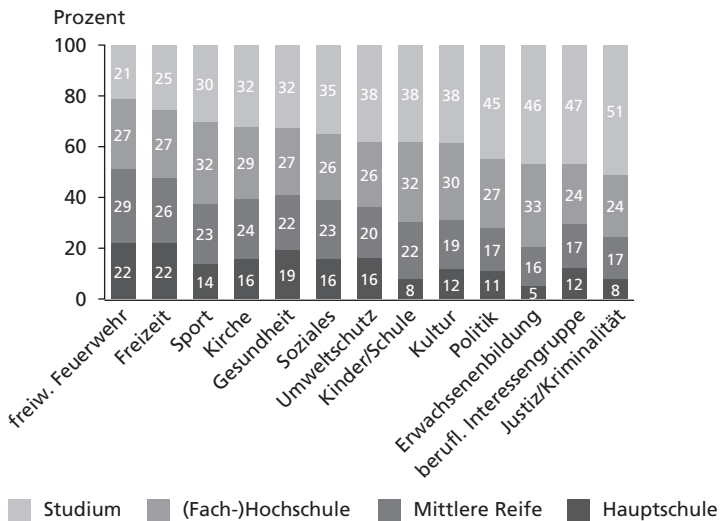
Schon die Beiträge in Barnes und Kaases klassischer Studie *Political Action* zeigen allerdings, dass vor allem Höhergebildete die damals noch »unkonventionellen« Partizipationsmöglichkeiten nutzten – ohne deshalb konventionelle Aktivitäten aufzugeben (Marsh/Kaase 1979: 126; Kaase/Marsh 1979: 188). Zwar hat sich das Repertoire an politischen Beteiligungsmöglichkeiten erweitert, doch wird es ungleich in Anspruch genommen. Deshalb wird in diesem Kapitel un-

tersucht, wer sich bürgerschaftlich und politisch engagiert und ob alternative Beteiligungsformen weniger als Wahlen sozial verzerrt sind. Dabei wird zuerst freiwilliges Engagement im Allgemeinen analysiert, dann werden im engeren Sinn politische Aktivitäten in den Blick genommen, um anschließend noch spezifischer zu untersuchen, wer Parteimitglied wird, wer von den Parteien als Kandidat bei Bundestagswahlen aufgestellt wird und wer schließlich in den Bundestag einzieht. Dabei zeigt sich, dass ehrenamtliches und politisches Engagement positiv mit Bildung und Einkommen korrelieren und dass die soziale Selektivität mit jedem Schritt von der Parteimitgliedschaft über die Kandidatur zu den Mandatsträgern weiter zunimmt, sodass fast alle Abgeordneten ein Hochschulstudium abgeschlossen haben.

8.1 Ehrenamtliches Engagement

Mit den Freiwilligensurveys, die zwischen 1999 und 2009 dreimal erhoben wurden, liegen umfassende Informationen vor, wer sich in Deutschland in welchen Bereichen ehrenamtlich engagiert. Die größte Gruppe übernimmt ehrenamtliche Aufgaben in den Bereichen »Sport« (10 Prozent), »Kirche« sowie »Kinder und Schule« (jeweils 7 Prozent), wohingegen nur 1 Prozent der Befragten angibt, im Bereich »Justiz/Kriminalität« beispielsweise als Schöffe oder in der Betreuung von Verbrechensoffern beziehungsweise Straftätern engagiert zu sein. Dazwischen liegt mit 3 Prozent der Bereich »Politik«, der sowohl Parteimitglieder als auch Stadträte oder die Mitglieder politischer Initiativen umfasst. Da für den Freiwilligensurvey 2009 insgesamt 20.000 Personen befragt wurden, lässt sich für jeden Aktivitätsbereich überprüfen, wer die ehrenamtlich Tätigen sind. Hierbei werden vier Bildungsgruppen unterschieden: Befragte, die keinen oder einen Hauptschulabschluss haben (11 Prozent); diejenigen mit Mittlerer Reife (28 Prozent); Befragte mit Abitur (32 Prozent) und mit abgeschlossenem Studium (28 Prozent). Um auf einen Blick nachvollziehbar zu machen, ob eine Gruppe überproportional häufig zu den Aktiven gehört, werden die Befragten so gewichtet, dass jeder Bildungsabschluss einem Viertel der Befragten entspricht. Bei einer gleichmäßigen Neigung zum ehrenamtlichen Engagement sollten somit alle Bildungsgruppen 25 Prozent der Engagierten stellen. Aus Abbildung 8-1 geht hervor, inwieweit dies in 13 Bereichen ehrenamtlicher Tätigkeit der Fall ist. Eine relativ gleichmäßige Rekrutierung der Aktiven aus den Bildungsschichten liegt bei »Rettungsdiensten und der Freiwilligen Feuerwehr« sowie im Bereich »Freizeit« vor. In beiden Fällen sind mittlere Bildungsgruppen leicht überproportional vertreten. In allen anderen Feldern sind jedoch Höhergebildete und

Abbildung 8-1 Freiwilliges Engagement nach Bildungsgruppen



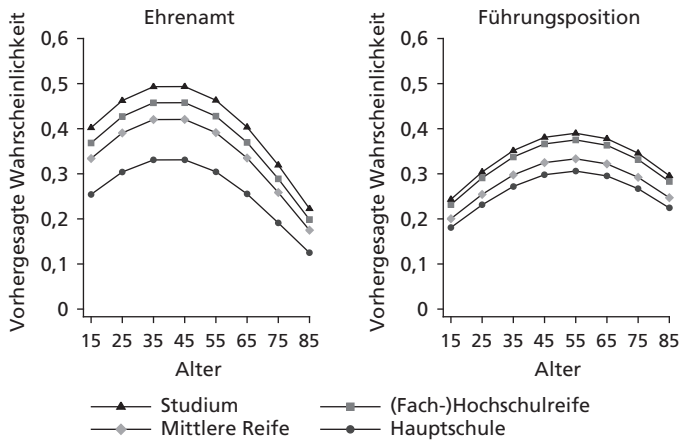
Die Daten sind so gewichtet, dass vier gleichgroße Bildungsgruppen entstehen.
Daten: FREIWILLIGENSURVEY 2009.

insbesondere Akademiker überrepräsentiert. Dies ist insofern überraschend, als besonderes Fachwissen viel seltener als Anforderung an ehrenamtliche Tätigkeiten genannt wird als etwa die Fähigkeit, mit Menschen gut umgehen zu können, oder eine hohe Einsatzbereitschaft (Rosenblatt 2009: 99) – und diese Fähigkeiten nicht von der formalen Bildung abhängen.

Der positive Zusammenhang zwischen Bildung und freiwilligem Engagement bestätigt sich auch in einer multivariaten Analyse, die weitere Faktoren berücksichtigt (Tabelle 8-2 im Anhang). Die Wahrscheinlichkeit, ehrenamtlich tätig zu sein, steigt unter Berücksichtigung der anderen Erklärungsfaktoren wie etwa dem Alter, der Größe des Freundeskreises oder der Kirchenbindung von 28 Prozent bei geringer formaler Bildung auf 43 Prozent bei Akademikern. Eine besonders hohe Neigung, in einem der in Abbildung 8-1 genannten Bereichen ehrenamtlich tätig zu sein, hat demnach ein männlicher Akademiker mittleren Alters mit großem Freundeskreis, der eine starke Kirchenbindung aufweist, politisch interessiert ist und ein politisches Amt ausübt.¹ Allein der letztgenannte

¹ Der Einfluss von politischem Interesse und der Kirchenbindung bleibt auch dann bestehen, wenn die Bereiche »Politik« und »Kirche« nicht in die abhängige Variable »ehrenamtliches Engagement« aufgenommen werden.

Abbildung 8-2 Ehrenamtliches Engagement und Führungspositionen nach Alter und Bildung



Dargestellt sind vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten, die auf Grundlage der Ergebnisse in Tabelle 8-2 ermittelt wurden.

Daten: FREIWILLIGENSURVEY 2009.

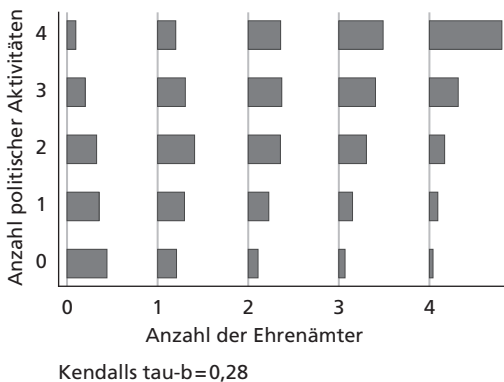
Faktor erhöht die Wahrscheinlichkeit zum ehrenamtlichen Engagement deutlich: Fast 60 Prozent derjenigen, die ein politisches Amt ausüben, sind auch ehrenamtlich aktiv, während dies nur für 32 Prozent ohne politisches Amt gilt. Politisches und ehrenamtliches Engagement, so lässt sich folgern, gehen Hand in Hand (Deth 2004: 311–312).²

Aus der linken Teilgrafik in Abbildung 8-2 lässt sich das Muster ehrenamtlichen Engagements im Lebenszyklus ablesen: Bei jüngeren Befragten fällt die Bereitschaft zum Engagement relativ gering aus und dasselbe gilt für die Über-65-Jährigen. Besonders viele ehrenamtlich Tätige finden sich in der Altersgruppe zwischen 35 und 45, danach nimmt der Anteil der Aktiven wieder ab. In allen Altersgruppen nimmt das Engagement mit dem Bildungsgrad zu. Akademiker weisen fast durchweg eine um 20 Prozentpunkte höhere Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement auf als Befragte mit Hauptschulabschluss, wobei die Unterschiede bei den besonders aktiven mittleren Altersgruppen am größten sind.

Höhergebildete sind nicht nur in der Mehrzahl ehrenamtlicher Tätigkeiten überrepräsentiert, sondern sie übernehmen auch besonders häufig Führungsposi-

² Nicht klären lässt sich allerdings, ob ehrenamtliches Engagement die Wahrscheinlichkeit erhöht, ein politisches Amt zu übernehmen (gewählt zu werden), oder ob aus dem Amt eine implizite Verpflichtung folgt, auch ein Ehrenamt auszuüben.

Abbildung 8-3 Politisches und ehrenamtliches Engagement



Die Balken zeigen an, wie sich politische Aktivitäten prozentual innerhalb einer gegebenen Anzahl ehrenamtlicher Tätigkeiten verteilen.
Daten: FREIWILLIGENSURVEY 2009.

tionen im Ehrenamt. Um dies zu zeigen, wird in der dritten Spalte von Tabelle 8-2 die vorangegangene Analyse wiederholt, aber diesmal fließen nur diejenigen in die Analyse ein, die überhaupt ehrenamtlich tätig sind. Obwohl diese Gruppe – wie gesehen – ein höheres Bildungsniveau als die Bevölkerung insgesamt hat und damit sozial homogener ist, zeigt sich erneut ein positiver Effekt der Bildung, sodass Akademiker mit der höchsten Wahrscheinlichkeit Führungämter übernehmen.³ Im Vergleich beider Teilgrafiken in Abbildung 8-2 fällt auf, dass sich zwar die 35- bis 45-Jährigen am häufigsten engagieren, aber die Mitte-50-Jährigen mit der höchsten Wahrscheinlichkeit Führungspositionen übernehmen. Geringgebildete engagieren sich nicht nur seltener, sondern übernehmen, wenn sie es tun, auch seltener Führungspositionen.

Neben dem Ehrenamt wird im Freiwilligensurvey eine Reihe von Aktivitäten abgefragt, die das politische Engagement betreffen. Gefragt wird, ohne den Zeitraum näher einzugrenzen, ob jemand bereits an politischen Versammlungen, Unterschriftensammlungen, Bürgerinitiativen oder Demonstrationen teilgenommen hat. Fasst man diese vier Aktivitäten sowie die Ausübung eines politischen Amtes in einen »Index politischer Aktivität« zusammen, zeigt sich, dass zwar die größte Gruppe keine dieser Beteiligungsmöglichkeiten nutzt, aber gleichzeitig eine erhebliche Anzahl von Befragten mehrfach aktiv ist. So geben knapp 30 Prozent der Befragten an, drei oder mehr politische Partizipationsfor-

3 Der Unterschied zwischen den beiden höchsten Bildungsgruppen ist allerdings nicht signifikant.

men bereits genutzt zu haben. Analog zu dieser Vorgehensweise wird ein »Index ehrenamtlichen Engagements« gebildet, der von 0 (kein Ehrenamt) bis 4 reicht, wenn jemand vier oder mehr Ehrenämter ausübt. Zwischen beiden Formen des bürgerschaftlichen Engagements besteht ein enger Zusammenhang, wie sich Abbildung 8-3 entnehmen lässt.⁴ Dargestellt wird für jeden Indexwert ehrenamtlichen Engagements, welcher Prozentsatz der Befragten wie viele politische Aktivitäten nutzt.⁵ Je mehr Ehrenämter jemand übernimmt, desto größer ist die Anzahl politischer Aktivitäten, die diese Person nutzt. Von den 321 Personen, die beispielsweise vier oder mehr Ehrenämter ausüben, ist die Mehrzahl (56 Prozent) auch höchst politisch aktiv und gibt an, mindestens vier politische Beteiligungsmöglichkeiten genutzt zu haben, während der größte Teil der nicht ehrenamtlich Aktiven auch nicht politisch partizipiert. Personen, die in hohem Maß ehrenamtlich aktiv sind, aber auf politisches Engagement vollkommen verzichten, sind dagegen sehr selten.

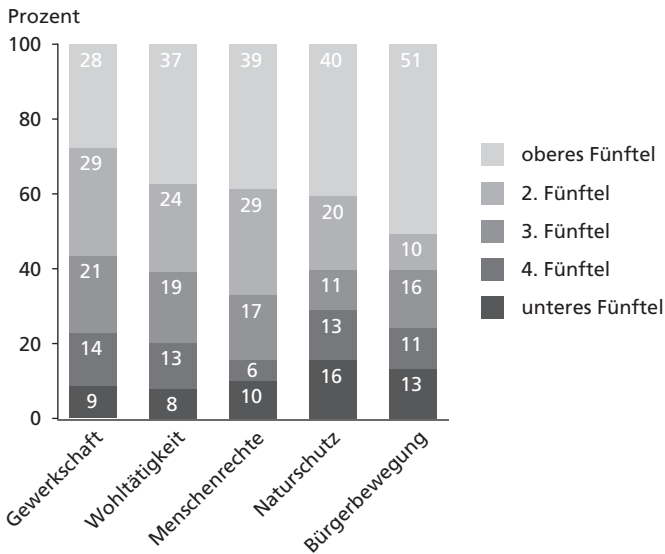
8.2 Politische Mitgliedschaft und alternative Partizipationsformen

Die bisherigen Ergebnisse stimmen mit den Befunden der empirischen Partizipationsforschung überein, die einen positiven Zusammenhang zwischen sozialer (ehrenamtlicher) und politischer Beteiligung festgestellt hat (Deth 2009: 311–312). Aber im letzten Abschnitt wurde nur ein kleiner Ausschnitt *politischer* Partizipationsmöglichkeiten betrachtet, sodass nun ein umfassenderer Blick darauf notwendig ist, wer die politisch Aktiven sind. Im Gegensatz zu den bisherigen Analysen, bei denen dies nicht möglich war, wird in diesem Abschnitt mithilfe von Daten des ALLBUS der Zusammenhang zwischen dem Einkommen und politischer Beteiligung betrachtet. Dafür werden auf Grundlage des nach Haushaltgröße gewichteten verfügbaren Einkommens fünf gleich große Gruppen gebildet (Quintile). Bei einer gleichmäßigen Neigung zum politischen Engagement müsste jedes Quintil 20 Prozent der Aktiven stellen. Abbildung 8-4 zeigt in einem ersten Schritt, aus welchen Einkommensgruppen sich die Mitglieder von fünf im weiteren Sinn politischen Organisationen rekrutieren. Betrachtet werden Gewerkschaften, Wohltätigkeitsverbände, Menschenrechts- und Natur-

⁴ Völlig trennscharf ist diese Unterscheidung nicht, da ehrenamtliches Engagement darin bestehen kann, in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten. Für andere Formen politischer Partizipation gilt dies aber nicht im selben Maß.

⁵ Das heißt, die Summe der Prozentsätze in jeder Spalte ergibt 100 Prozent.

Abbildung 8-4 Mitglieder in politischen Organisationen nach Einkommensfünfteln



Daten: ALLBUS 2008.

schutzorganisationen sowie ganz allgemein Bürgerinitiativen. In allen Fällen sind Bezieher höherer Einkommen überproportional häufig und Geringverdiener besonders selten Mitglieder.⁶ Insbesondere das obere Einkommensquintil ist selbst in den Gewerkschaften überrepräsentiert, obwohl dort die Mitgliederbasis sonst am egalitärsten ist. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Mitglieder dieser fünf Organisationstypen liegt aber in allen Fällen über dem der Gesamtbevölkerung.

Das soziale Profil der Mitgliedschaft kann auch nicht auf andere Faktoren zurückgeführt werden, die wie etwa das Alter positiv mit dem Einkommen zusammenhängen. Schätzt man ein logistisches Regressionsmodell, dessen abhängige Variable erfasst, ob jemand in mindestens einer der fünf betrachteten Organisationen Mitglied ist, bleibt ein signifikanter Effekt des Einkommens bestehen, selbst wenn für Alter, Geschlecht, politisches Interesse und Demokratiezufriedenheit kontrolliert wird (Tabelle 8-3). Die so ermittelte Wahrschein-

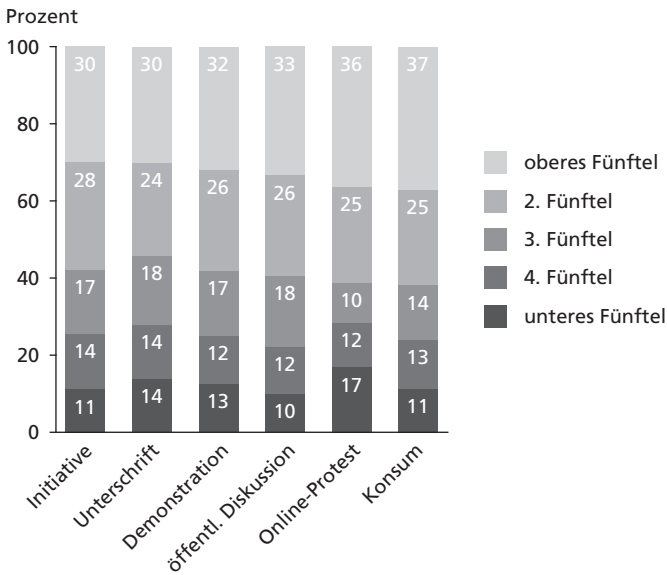
⁶ Da zum Teil die Fallzahlen klein sind, sollten geringfügige Unterschiede nicht überbewertet werden. Teilt man die Befragten in drei Einkommensgruppen mit jeweils mehr Befragten auf, zeigt sich dasselbe Bild.

lichkeit, Mitglied einer politischen Organisation zu sein, liegt bei einer sonst dem Durchschnitt der Befragten entsprechenden Person aus dem niedrigsten Einkommensfünftel bei 16 Prozent, um dann mit jedem Schritt in der Einkommensverteilung auf schließlich 34 Prozent anzusteigen. Organisationsmitglieder sind also nicht einfach politisch interessierte Ältere, die lebenszyklisch über ein höheres Einkommen verfügen, sondern das Einkommen übt einen vom Alter unabhängigen Effekt aus.

Möglicherweise liegen die Beteiligungsunterschiede jedoch im Wesen der Organisationen begründet. Mitglied in einer Organisation zu werden, bindet stärker als punktuelles Engagement. Daher könnten solche Formen politischer Partizipation weniger sozioökonomisch verzerrt sein, die weniger verbindlich sind, themenspezifisch erfolgen oder kein ideologisches Bekenntnis verlangen. Wer sich schwertut, einer Partei oder Gewerkschaft beizutreten, muss nicht dieselbe Hemmschwelle gegenüber stärker individualistischen Partizipationsmöglichkeiten haben. Abbildung 8-5 zeigt, dass auch in sechs weiteren Partizipationsformen eine Schieflage zugunsten der Einkommensstarken besteht. In allen Fällen sind höhere Einkommensgruppen überproportional und das untere und das vierte Fünftel zu einem geringeren Anteil vertreten. Am deutlichsten ist, wenig überraschend, der kritische Konsum sozial verzerrt, da etwa der Kauf ökologischer oder fair gehandelter Nahrungsmittel häufig teurer als der konventioneller ist. Aber selbst Demonstrationen werden seltener von Menschen mit geringem Einkommen genutzt, obwohl sie nicht immer großen materiellen Aufwand erfordern. Ein interessanter Gegensatz zeigt sich zwischen einer nur punktuellen Mitarbeit und der dauerhaften Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen: Während die Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen besonders stark verzerrt ist, gilt für die punktuelle Mitarbeit das Gegenteil. Die Neigung, letzteres zu tun, ist weitgehend unabhängig von der Beitrittsneigung. Von den 359 Befragten, die schon einmal in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet haben, geben nur 41 an, auch gegenwärtig Mitglied zu sein. Die Hürden, Mitglied zu werden, scheinen sehr viel höher zu sein als die einer vielleicht kurzzeitigen Mitarbeit.

Wie auch schon bei der Organisationsmitgliedschaft besteht auch bei diesen weniger institutionalisierten Beteiligungsarten ein positiver Zusammenhang zwischen dem Haushaltseinkommen und der Partizipationsbereitschaft, selbst wenn andere Erklärungsfaktoren wie das Alter, das politische Interesse oder die Demokratiezufriedenheit berücksichtigt werden (Tabelle 8-3 im Anhang). Eine sonst dem Durchschnitt der Befragten entsprechende Person aus dem höchsten Einkommensfünftel hat eine 25 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, eine der sechs Partizipationsformen zu nutzen, als eine Person aus dem unteren Fünftel, auch wenn hinsichtlich Alter, Geschlecht, politischem Interesse und Demokratiezufriedenheit kein Unterschied besteht.

Abbildung 8-5 Politische Aktivitäten nach Einkommensfünfteln



Daten: ALLBUS 2008.

Im Kapitel über die Nichtwählerinnen und Nichtwähler wurde die soziale Logik der Nichtwahl hervorgehoben. Nicht allein individuelle Ressourcen, Eigenschaften und Einstellungen erklären, wer an Wahlen teilnimmt, sondern auch der soziale Kontext. Sowohl politische Diskussionen im Freundeskreis als auch die Wohnumgebung beeinflussen das Beteiligungsverhalten. Dasselbe gilt auch für die Mitgliedschaft in politischen Organisationen und für die Ausübung alternativer Partizipationsmöglichkeiten. In beiden Fällen haben Befragte aus besseren Wohngebieten eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit, sich politisch zu beteiligen, wie sich Tabelle 8-3 entnehmen lässt. Nur jeder zweite in einer höchstens durchschnittlichen Wohnumgebung gibt an, eine der in Abbildung 8-5 genannten Aktivitäten schon genutzt zu haben, wohingegen dies 70 Prozent der Befragten in sehr guter Wohnumgebung von sich behaupten. Und nur 20 Prozent in schlechter, aber 32 Prozent in sehr guter Wohngegend sind aktuell Mitglied in einer politischen Organisation. Für alle Bildungs- und Einkommensgruppen erhöht sich die Partizipationswahrscheinlichkeit, so lässt sich daraus ableiten, wenn sie in einer Umgebung wohnen, in der sich auch viele andere engagieren. Bei starker räumlicher Segregation, die Ausdruck wachsender

sozialer Ungleichheit ist, vergrößern sich dagegen die aufgrund unterschiedlicher Ressourcenausstattung ohnehin bestehenden Beteiligungsunterschiede.⁷

Bislang wurde gezeigt, dass sozial bessergestellte Personen sowohl in Organisationen als auch bei spontaneren Beteiligungsformen überproportional vertreten sind. Nun stellt sich die Frage, welcher Zusammenhang zwischen diesen Arten des politischen Engagements und der individuellen Wahlbeteiligung besteht. Denkbar ist, dass verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten ein Menü bilden, aus dem Bürgerinnen und Bürger einzelne Aktivitäten auswählen und deshalb auf andere, wie etwa die Stimmabgabe bei Wahlen, verzichten. Wäre dies so, sollten sich die Mitgliedschaft in einer Organisation oder die Inanspruchnahme alternativer Beteiligungsformen negativ auf die Wahlbereitschaft auswirken. Doch das Gegenteil ist der Fall: Politisches Engagement, gleich welcher Form, *erhöht* die Wahlwahrscheinlichkeit. Sowohl Partei- und Organisationsmitglieder als auch anderweitig politisch Aktive haben mit signifikant höherer Wahrscheinlichkeit an der Bundestagswahl 2005 teilgenommen, wie Tabelle 8-4 demonstriert. Zwischen Wahlen und anderen Partizipationsmöglichkeiten besteht kein Zielkonflikt, sondern ein erheblicher Verstärkereffekt: Eine politisch besonders aktive Person, die sonst in jeder Hinsicht dem Durchschnitt entspricht, wählt mit einer 18 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit als ein nicht aktiver Befragter.

8.3 Parteimitglieder, Kandidaten und Abgeordnete

Eine besondere Form des politischen Engagements ist die Parteimitgliedschaft, da Parteien wesentlich beeinflussen, wer politische Ämter besetzen kann. Durch die Vorauswahl von Kandidaten legen die Parteien fest, wer (gute) Chancen hat, ein Bundestagsmandat zu erringen (Manow/Nistor 2009). Parteiinterne Auswahlmechanismen, die häufig wenig transparent und in unterschiedlichem Maß von innerparteilicher Demokratie geprägt sind, strukturieren, zwischen wem die Wählerinnen und Wähler sich entscheiden können. Um in einer Partei als Wahlkreiskandidatin oder -kandidat nominiert zu werden, sind neben der Verankerung in der Partei auch Eigenschaften und Ressourcen notwendig, über die sozial Bessergestellte häufiger verfügen. Dies beginnt bei der Fähigkeit, öffentlich sprechen und andere überzeugen zu können, und endet beim erheblichen

7 Wie genau die »Ansteckungswege« verlaufen, lässt sich mit vorhandenen Daten leider nicht klären. Die Ursache könnte in räumlich konzentrierten Freundesnetzwerken ebenso wie in einer durch die physische Umwelt vermittelten negativen Einstellung zur Politik liegen (siehe Huckfeldt/Sprague 1993).

Zeit- und Geldaufwand, den eine – auch erfolglose – Kandidatur für den Bundestag erfordert. Wer wenig Geld oder Zeit hat, wird sich innerhalb von Parteien, aber auch als Kandidat nur selten durchsetzen, wie im Folgenden gezeigt wird.

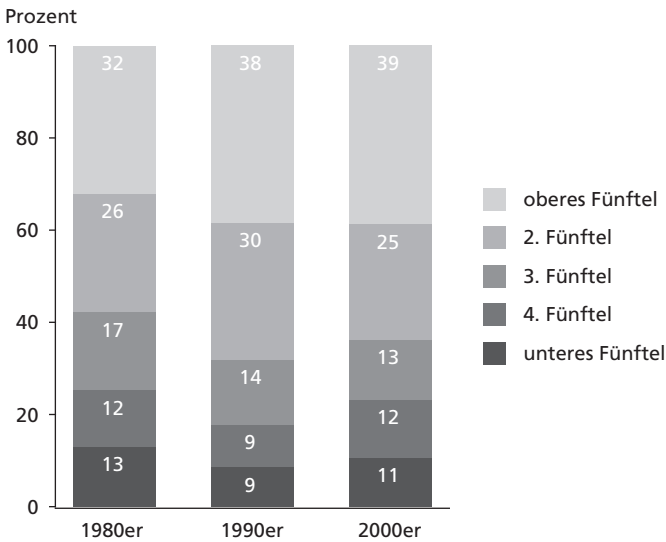
Die Mitarbeit in Parteien ist, insofern man nicht bloß »Karteileiche« ist, mit höherem Aufwand als etwa die einmalige Teilnahme an einer Demonstration oder die Stimmabgabe bei Wahlen verbunden. Studien zum sozialstrukturellen Profil von Parteimitgliedern belegen, dass ressourcenstarke Gruppen in den Parteien deutlich überrepräsentiert sind (Klein 2011: 48). Dies zeigt sich sowohl, wenn der Bildungsgrad der Parteimitglieder dem der Bevölkerung gegenübergestellt wird, als auch mit Blick auf die berufliche Stellung. Mehr als die Hälfte der Befragten der »Deutschen Parteimitgliederstudie 2009« haben (Fach-)Abitur oder studiert, während dies nur für ein Viertel der Bevölkerung gilt. Ebenso sind 55 Prozent der Parteimitglieder Beamte oder Selbstständige, aber nur 16 Prozent der Bevölkerung. Im Gegensatz dazu sind mehr als 80 Prozent der Bevölkerung Arbeiter oder Angestellte, doch gilt dies nur für 40 Prozent der Parteimitglieder (Klein 2011: 50). Berufe mit freier Zeiteinteilung, die von Höhergebildeten häufiger ausgeübt werden, erleichtern die Mitarbeit in einer Partei.

In Abbildung 8-6 wird ergänzend gezeigt, aus welchen Einkommensgruppen sich die Parteimitglieder rekrutieren.⁸ Auch dies bestätigt den Befund der sozialen Selektivität. In den Zweitausenderjahren entstammten fast zwei Drittel der Parteimitglieder den zwei oberen Einkommensgruppen, wohingegen die beiden unteren Quintile unterproportional vertreten sind und nur 22 Prozent der Mitglieder stellen. In den Achtzigerjahren war die Verteilung etwas gleichmäßiger, zwischen den Neunziger- und Zweitausenderjahren dagegen gibt es keine großen Unterschiede. Die Parteien sind kein Spiegel der Gesellschaft, sondern in ihnen betätigen sich vor allem sozial Bessergestellte (Hoffmann 2011: 82–84). Auch in der Vergangenheit waren, wie Niedermayer (2009: 117–122) belegt, Arme, Geringgebildete oder Arbeiter in allen Parteien nicht entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil repräsentiert, doch hat die soziale Selektivität im Verlauf der Zeit weiter zugenommen, sodass Biehl (2007) für die Gegenwart von einer »Dominanz der Akademiker« spricht.

Aus der Gruppe der Parteimitglieder werden – mit wenigen Ausnahmen – die Bundestagskandidaten ausgewählt. Versuche, diesen Auswahlprozess für Nichtmitglieder zu öffnen, stoßen parteiintern auf Widerstand. Je weniger die (aktiven) Parteimitglieder in ihrer Ressourcenausstattung dem Bevölkerungsdurchschnitt ähneln, desto stärker werden auch die Kandidaten davon abwei-

8 Leider lässt sich mit den ALLBUS-Daten weder feststellen, wie sich die Zusammensetzung der einzelnen Parteien unterscheidet, noch können aktive und passive Parteimitglieder unterschieden werden.

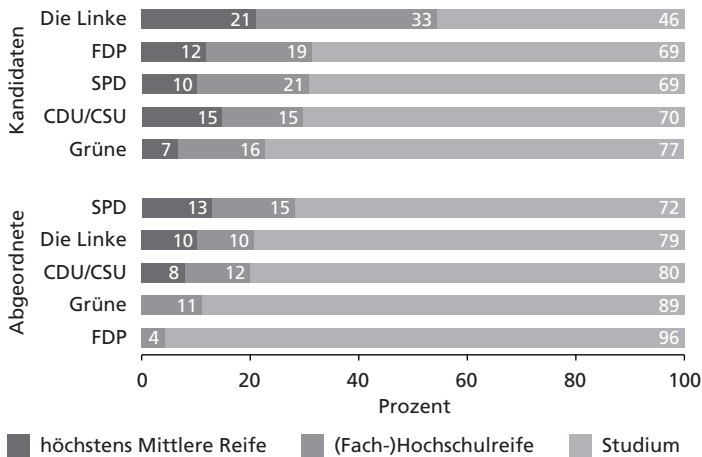
Abbildung 8-6 Parteimitglieder nach Haushaltseinkommen (nur Westdeutschland)



Daten: ALLBUS 1980–2010.

chen. In der Mehrzahl der Fälle werden die Kandidatinnen und Kandidaten von Delegiertenkonferenzen nominiert, aber insbesondere die Unionsparteien in Süddeutschland nutzen auch Mitgliederversammlungen (Reiser 2011: 247). In vielen Fällen steht jedoch schon vor der offiziellen Nominierung fest, wer zum Kandidat gekürt wird, was nicht bedeutet, dass kein Wettbewerb stattfindet, nur geht dieser der eigentlichen Nominierung voraus (Schüttmeyer/Sturm 2005: 545). In ihrer Studie zur Kandidatennominierung für die Bundestagswahl 2009 zeigt Reiser, dass teilweise ein intensiver innerparteilicher Wahlkampf um die Nominierung geführt wird, bei dem die Wettbewerber versuchen, möglichst viele Delegierte (oder Mitglieder) auf ihre Seite zu ziehen. Neben den Eigenschaften der Bewerberinnen und Bewerber sind für einen erfolgreichen innerparteilichen Wahlkampf auch Zeit und materielle Ressourcen notwendig, da der persönliche Kontakt zu anderen Parteimitgliedern entscheidend ist. So berichtet ein interviewter Bewerber, dass er für sechs Wochen einen Fahrer eingestellt habe, um möglichst viele Delegierte zu Hause besuchen zu können (Reiser 2011: 254). Je professioneller der innerparteiliche Wahlkampf geführt wird, desto mehr Ressourcen werden für den persönlichen Kontakt und Informationsmaterialien aufgewendet. Schon innerparteiliche Nominierungsverfahren wirken, so zeigt sich, als Filter, der sich zugunsten ressourcenreicher Parteimitglieder auswirkt.

Abbildung 8-7 Bildungsabschlüsse von Kandidaten und Abgeordneten



Daten: GLES 2009 KANDIDATEN.

Blickt man auf die von den Parteien aufgestellten Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag, zeigt sich eine deutliche Überrepräsentation von Höhergebildeten. Im Rahmen der *German Longitudinal Election Study* wurden 790 Personen befragt, die 2009 für den Bundestag kandidiert haben.⁹ Für sie liegen keine Informationen über das Einkommen, sondern nur über den Bildungsabschluss vor, weshalb Abbildung 8-7 nicht direkt mit den vorangegangenen vergleichbar ist. Da nur ein geringer Anteil der Befragten über einen Hauptschulabschluss verfügt, wird dieser Abschluss mit der Mittleren Reife zusammengefasst. Deutlich wird, dass Höhergebildete weit häufiger als in der Bevölkerung vertreten sind. Den geringsten Akademikeranteil unter den Kandidaten weist die Linkspartei, den höchsten weisen Bündnis 90/Die Grünen auf, bei denen 77 Prozent der Kandidaten einen Studienabschluss und weitere 16 Prozent mindestens Fachhochschulreife haben. Fasst man diese beiden Kategorien zusammen, gehören in allen Parteien vier von fünf Kandidaten zu den formal Hochgebildeten.

Betrachtet man im unteren Teil der Abbildung nur diejenigen, die den Sprung in den Bundestag geschafft haben, nimmt der Anteil mit hohen Bil-

⁹ Auch für die Bundestagswahl 2013 fand eine ähnliche Befragung statt. Da jedoch andere Informationen nicht verfügbar sind, die für spätere Analysen benötigt werden, wird in diesem Abschnitt nur die vorletzte Bundestagswahl ausgewertet.

dungsabschlüssen noch einmal deutlich zu. Bei Linkspartei und SPD ist der Anteil etwas geringer als bei den anderen Parteien, aber auch hier überwiegen die Höhergebildeten. Für Grüne und FDP gilt sogar, dass alle Abgeordneten, die an der Befragung teilgenommen haben, mindestens über Fachhochschulreife verfügen, und 89 beziehungsweise 96 Prozent von ihnen Akademiker sind. In den anderen Parteien gibt es einzelne Abgeordnete, die einen niedrigeren Abschluss haben, aber die übergroße Mehrheit der Parlamentarier sind Akademiker. Dies bestätigt auch der Blick in das *Datenhandbuch des Bundestages*, das für die 17. Wahlperiode einen Akademikeranteil zwischen 88,5 (Linkspartei) und 95 Prozent (FDP) ausweist.¹⁰

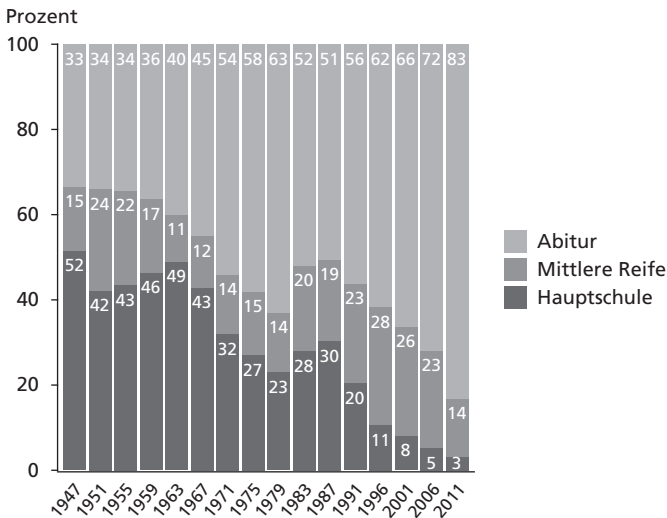
Seit 1949 hat der Akademikeranteil im Bundestag stetig zugenommen. Hatten anfangs 45 Prozent der Abgeordneten studiert – was angesichts der damals geringen Zahl von Hochschulabsolventen ein hoher Prozentsatz ist –, stieg der Anteil in den Siebzigerjahren auf 70 Prozent und in den Neunzigerjahren auf mehr als 80 Prozent, um im 2009 gewählten Bundestag 91 Prozent zu erreichen.¹¹ Damit ist der Akademikeranteil heute höher als jemals zuvor in einem frei gewählten deutschen Parlament (Best/Hausmann/Schmitt 2000: 151). Da gleichzeitig auch der Akademikeranteil in der Bevölkerung gestiegen ist, lässt sich nicht sagen, die Verzerrung sei heute größer als etwa im Gelehrtenparlament der Paulskirche von 1848, aber dennoch ist der Unterschied zwischen Abgeordneten einerseits und der Bevölkerung andererseits erheblich. Laut Statistischem Bundesamt verfügen 2009 25 Prozent der Bevölkerung über 15 Jahre über die Fachhochschulreife beziehungsweise Abitur und nur 14 Prozent haben ein abgeschlossenes Hochschulstudium (Statistisches Bundesamt 2011: 11, 13).

Dasselbe Muster einer zunehmenden Dominanz der Höhergebildeten wird in Abbildung 8-8 exemplarisch am Beispiel des Landtags von Rheinland-Pfalz nachgezeichnet, für den diese Daten auch seit 1947 vorliegen. In der ersten Legislaturperiode von 1947 bis 1951 gab mehr als die Hälfte der Abgeordneten »Volksschule« als höchsten Bildungsabschluss an – heute geben nur noch 3 Prozent der Abgeordneten an, nach der Hauptschule die Schule verlassen zu haben. Im Gegenzug dazu hat sich der Anteil der Abgeordneten mit Abitur auf 81 Prozent erhöht. Von diesen 78 Abgeordneten haben zudem 73 auch ein Hochschulstudium abgeschlossen, sodass sich der Akademikeranteil im rheinland-pfälzischen Landtag von 28 auf heute 72 Prozent erhöht hat. Ein ähnliches Bild zeigt sich schließlich bei den Bildungsabschlüssen der Ministerpräsidenten.

10 Datenhandbuch des Bundestages: <www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/03> (4.10.2014).

11 Diese Informationen sind dem Datenhandbuch des Bundestages entnommen: <www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/datenhandbuch_archiv> (4.10.2014).

Abbildung 8-8 Bildungsabschlüsse der Abgeordneten im Landtag von Rheinland-Pfalz, 1947–2011



Daten: 1947–2006: Schäfer (2010), für 2011 eigene Zusammenstellung.

Bis 1980 waren 3 von 5 Ministerpräsidenten Akademiker, zwischen 1980 und 2000¹² waren es bereits 9 von 10 und nach dem Rücktritt des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck Ende 2012 gibt es keine Amtsinhaber ohne abgeschlossenes Hochschulstudium mehr.¹³

Der Trend zur Akademisierung der politischen Elite ist wiederholt empirisch festgestellt worden und hat Putnam (1976: 33) dazu geführt, von einem »Gesetz der zunehmenden Disproportionalität« zu sprechen: Je höher die politische Position, desto stärker sind Personen mit hohem sozioökonomischen Status überrepräsentiert (siehe Gruber 2009: 91–93). Allerdings steigert sich der Grad der Disproportionalität im Zeitverlauf und damit nimmt die Unterrepräsentation bestimmter sozialer Gruppen zu. Die Dominanz der Höhergebildeten in politischen Führungspositionen wäre demokratietheoretisch unbedenklich, so-

¹² Die Angaben bis zum Jahr 2000 sind Schneider (2001: 118) entnommen.

¹³ Der Wandel im sozialen Status der Ministerpräsidenten ist auch deshalb relevant, weil Hayo und Neumeier (2012) zeigen, dass Bundesländer höhere öffentliche Ausgaben haben, wenn der Ministerpräsident einer niedrigeren sozialen Schicht entstammt.

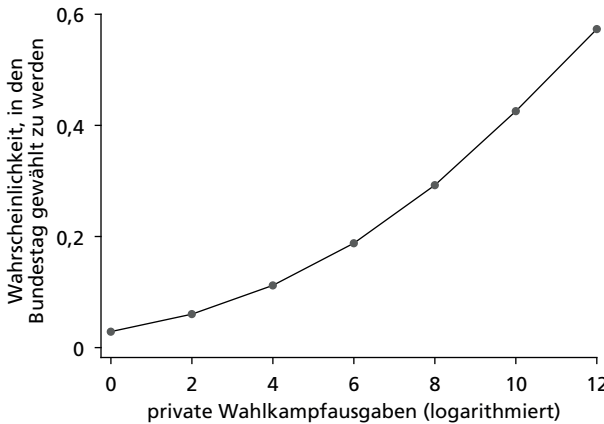
lange sie ausschließlich Ergebnis der Auswahl der Kompetentesten wäre. Doch die Auswertung der Kandidatenbefragung zur Bundestagswahl 2009 zeigt, dass nicht zuletzt die *finanziellen Mittel* der Kandidatinnen und Kandidaten darüber entscheiden, wer in den Bundestag kommt. Von den 790 Befragten haben 198 entweder als Listen- oder als Direktkandidat den Sprung in den Bundestag geschafft. Nach eigener Auskunft liegt das Wahlkampfbudget der Kandidaten bei durchschnittlich 13.500 Euro, wovon etwa 60 Prozent durch die Parteien finanziert werden. Daneben sammeln die Kandidaten für den Wahlkampf Spenden und finanzieren Teile des Wahlkampfs aus der eigenen Tasche. Die privaten Ausgaben liegen bei durchschnittlich 3.200 Euro, mit denen unter anderem Plakate, Webseiten und Flugblätter finanziert werden.

Sowohl zwischen den Parteien als auch unter den Kandidaten gibt es erhebliche Unterschiede in den Wahlkampfausgaben. Kandidatinnen und Kandidaten von CDU/CSU und SPD nennen ein Budget von durchschnittlich jeweils mehr als 20.000 Euro, gefolgt von FDP (8.000 Euro), Grünen (6.000 Euro) und Linkspartei (3.000 Euro).¹⁴ Aber auch innerhalb der Parteien bestehen erhebliche Unterschiede. Das größte Wahlkampfbudget in der Union liegt bei 190.000 Euro, während einige Unionskandidaten angeben, über kein Wahlkampfbudget verfügt zu haben. Bei der SPD reicht die Spannweite von 0 bis 100.000 Euro. Ähnlich sieht es bei den privaten Ausgaben aus, die (parteiübergreifend) zwischen 0 und 70.000 Euro liegen – wobei 90 Prozent der Studienteilnehmer weniger als 8.000 Euro investieren. Obwohl somit extreme private Ausgaben selten sind, finanzieren die Kandidatinnen und Kandidaten doch in bedeutendem Maß den Wahlkampf aus privaten Mitteln. Entscheidend für die normative Bewertung ist, dass höhere Ausgaben die Wahrscheinlichkeit erhöhen, in den Bundestag gewählt zu werden.

Aus dem ersten Modell in Tabelle 8-5 geht hervor, dass die Höhe des Wahlkampfbudgets einen positiven Effekt auf die Erfolgsaussichten der Kandidaten ausübt. Daneben erweisen sich fast alle Faktoren als erklärungskräftig, die den Bekanntheitsgrad erhöhen: Bürgermeister und Landräte, aber auch Landtags- und Bundestagsabgeordnete haben bessere Erfolgschancen als Kandidaten ohne Amt. Einzig Mitglieder des Stadtrats haben in der Tendenz schlechtere Aussichten, in den Bundestag gewählt zu werden, auch wenn unklar bleibt, weshalb dies so ist. Auch höherer zeitlicher Aufwand wirkt sich positiv auf die eigenen Wahlchancen aus. In den Modellen 2 bis 5 in Tabelle 8-5 werden die Wahlkampfaufwendungen nach der Finanzierungsquelle aufgeschlüsselt. Dabei zeigt sich weder bei den Wahlkampfausgaben der Parteien noch bei den Spenden

¹⁴ Ähnliche Zahlen werden für das Jahr 2005 von Wüst et al. (2006) berichtet.

Abbildung 8-9 Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Bundestagskandidatur



Dargestellt ist die statistisch ermittelte Wahrscheinlichkeit, in den Bundestag gewählt zu werden. Die Darstellung beruht auf Modell 3 in Tabelle 8-5.

Daten: GLES 2009 KANDIDATEN.

ein signifikanter Effekt – während die Höhe privater Wahlkampfausgaben die Wahrscheinlichkeit signifikant erhöht, gewählt zu werden.

Abbildung 8-9 demonstriert, wie stark der Effekt der privaten Ausgaben ist: Wer mit minimalem Eigenbudget antritt, hat so gut wie keine Chance, gewählt zu werden, während die Wahrscheinlichkeit bei hohen privaten Ausgaben auf fast 70 Prozent steigt, selbst wenn sonst keine Unterschiede bestehen. Neben einem Amt, das den Bekanntheitsgrad erhöht, führen die Ressourcen Geld und Zeit zu einer erfolgreichen Kandidatur. Allerdings könnte die Kausalität zwischen Ressourcen und Amt auch umgekehrt verlaufen:¹⁵ Die Parteien erwarten von denjenigen auf aussichtsreichen Listenplätzen oder in sicheren Wahlkreisen, dass sie einen privaten Beitrag zum Wahlkampfbudget leisten, während von aussichtslosen Kandidatinnen und Kandidaten kaum erwartet werden kann, eigenes Geld zu investieren. Die höheren Beiträge der erfolgreichen Kandidaten sind in diesem Fall die Folge ihrer Nominierung. Dafür spricht, dass Direktkandidaten mit guten Siegchancen einen höheren privaten Anteil am Wahlkampfbudget erbringen (Zittel/Gschwend 2007: 311). Um diese Möglichkeit zu prüfen, schließt das dritte Modell in Tabelle 8-5 die Variable »sichere Kandidatur« ein, mit der zum einen erhoben wird, ob jemand in einem Wahlkreis mit hoher Siegchance angetreten ist, und andererseits, wie aussichtsreich der Listenplatz

¹⁵ Auf diese Möglichkeit hat mich Marion Reiser hingewiesen, der mein Dank dafür gilt.

war.¹⁶ Der zweite Teilaspekt beruht auf einer Studie von Manow und Nistor (2009), in der für alle Bundestagswahlen von 1953 bis 2002, jedes Bundesland und alle Parteien ermittelt wird, wie sicher ein Listenplatz ist.¹⁷ Kombiniert man die Informationen zu den Listenplätzen mit denen der Wahlkreiskandidatur, kann allen Kandidatinnen und Kandidaten ein Wert zwischen 0 und 1 zugeordnet werden, wobei geringe Werte eine wenig aussichtsreiche und hohe Werte eine aussichtsreiche bis fast sichere Kandidatur kennzeichnen. Wie zu erwarten war, erweist sich die Sicherheit der Kandidatur als signifikante Erklärung für den Einzug in den Bundestag. Dennoch bleibt der Effekt der privaten Wahlkampfausgaben bestehen, daher ist auch nicht zu erwarten, dass höhere private Wahlkampfaufwendungen ausschließlich Folge einer aussichtsreichen Kandidatur sind.

Die Überrepräsentation von bestimmten Berufs- und Bildungsgruppen im Bundestag ist also nicht allein Folge ihres Kompetenzvorsprungs, sondern hängt auch damit zusammen, dass sowohl Nominierung als auch Kandidatur Ressourcen beanspruchen, die ungleich verteilt sind. Dies wirkt sich ebenso zum Nachteil von einkommensschwachen Gruppen wie auch von Berufsgruppen mit hoher zeitlicher Belastung aus. Die in diesem Abschnitt präsentierten Befunde verletzen das Prinzip der »Sphärentrennung«, das von Walzer (1983) als Grundlage einer gerechten Verteilung beschrieben wird. Ungleichheiten in einem Lebensbereich sind gerechtigkeits- und demokratietheoretisch unproblematisch, solange diese Ungleichheiten sich nicht unbegründet in Vorteile in anderen Sphären übersetzen. Zweifellos verlangt die Arbeit im Bundestag einen gewissen Bildungsgrad, der dabei hilft, sich eine Meinung bei schwierigen Fragen zu bilden. Doch zwischen der individuellen Finanzkraft und der zu bewältigenden Aufgabe besteht kein zwingender Zusammenhang, sodass Einkommens- ungerechtfertigt in Einflussunterschiede umgemünzt werden. Auch wenn die Beträge geringer als in den USA sind, entscheidet auch in Deutschland das Einkommen, wie hoch die Chancen sind, politische Ämter übernehmen zu können. Selbst wenn höhere private Wahlkampfaufwendungen die Folge einer aussichtsreichen Kandidatur in einem sicheren Wahlkreis oder auf einem vorderen Listenplatz wären, änderte dies nichts an dem demokratietheoretisch problematischen Zusammenhang zwischen Ressourcen und der Möglichkeit, gewählt zu werden. Denn wenn eine Erwartungshaltung in den Parteien besteht, dass eine aussichtsreiche Kandidatur durch erhebliche Privatausgaben vergolten wird, wirkt dies

16 Eine Wahlkreiskandidatur wird als »sicher« kodiert, wenn der Kandidat den Wahlkreis mit einem Abstand von mindestens 10 Prozent der Erststimmen gewonnen hat.

17 Zur Erläuterung des Vorgehens siehe Manow/Nistor (2009: 612–618). Ich danke Philip Manow dafür, dass er mir die Daten zur Verfügung gestellt hat.

als Ausschlusskriterium für Aspiranten mit geringem Einkommen. Wenn alle wissen, dass ein vorderer Listenplatz höhere private Ausgaben notwendig macht, werden mittellose Parteimitglieder weder den von Reiser beschriebenen Aufwand für die Nominierung noch für den Wahlkampf erbringen können.

8.4 Fazit

In der politischen Theorie wird diskutiert, ob historisch benachteiligte Gruppen, wie Frauen oder ethnische Minderheiten, auch heute noch ein Anrecht auf eine gesicherte politische Repräsentation haben. Autorinnen wie Anne Phillips (1995), Melissa Williams (1998) oder Jane Mansbridge (1999) befürworten parlamentarische Quoten für diese Gruppen, weil Eigenrepräsentation eher als die Repräsentation durch andere zu Entscheidungen im Interesse der Gruppenmitglieder führen. Im Gegensatz dazu lehnen sie in der Regel ab, auch sozialen Klassen oder ökonomisch benachteiligten Gruppen besondere Vorrechte einzuräumen, da die soziale Position im Prinzip überwindbar, Geschlecht oder Ethnie jedoch (kaum) abzuändern sind (zum Beispiel Phillips 1995: 171). Diese Position hat insbesondere mit Blick auf die Repräsentation von Frauen in vielen entwickelten Ländern gefruchtet. Zahlreiche Parteien haben formale oder informelle Quoten geschaffen, um den Erfolg von weiblichen Kandidatinnen sicherzustellen, sodass in den westlichen Demokratien der Anteil der weiblichen Abgeordneten stetig angestiegen ist, wenngleich er häufig noch unter dem Bevölkerungsanteil liegt.¹⁸ Während sich die deskriptive Repräsentation von Frauen verbessert hat, gilt dies beispielsweise für Arbeiter oder Arme nicht, weshalb Geißler provozierend fragt:

Wer soll eigentlich die Interessen der unteren Schichten in der parlamentarischen Diskussion vertreten? Es ist interessant, wie diese Problematik in der Öffentlichkeit diskutiert wird – nämlich gar nicht. Alle reden darüber, daß 176 weibliche Bundestagsabgeordnete die Interessen der Frauen nur mangelhaft vertreten können, aber niemand redet darüber, wie 10 Arbeiter unter 672 Abgeordneten die Interessen der Arbeiterschaft vertreten können, die immerhin noch knapp die Hälfte der Bevölkerung ausmacht. Einen prinzipiellen Unterschied in der Repräsentationsproblematik im Hinblick auf Geschlechter und Schichten sehe ich nicht. Warum soll eine Rechtsanwältin, ein Lehrer, eine Angestellte des öffentlichen Dienstes oder ein Professor die Interessen von Arbeiterinnen und Arbeitern besser vertreten können, als ein männlicher Abgeordneter diejenigen von Frauen? (Geißler 1996: 330)

18 In den 23 Ländern, die in den ersten Kapiteln analysiert wurden, ist der Anteil weiblicher Parlamentsabgeordneter zwischen 1960 und 2010 von 5 auf 30 Prozent gestiegen (Daten: Armin-geon et al. 2010).

Arbeiter und Arme sind in Parlamenten weit unterhalb ihres Bevölkerungsanteils vertreten und – wie dieses Kapitel gezeigt hat – partizipieren auch sonst seltener als Bessergestellte. Die soziale Kluft, die sich bei Wahlen feststellen lässt, wird durch alternative Beteiligungsformen nicht ausgeglichen, sondern weiter verschärft, weil dieselben Gruppen, die wählen, auch überproportional in Bürgerbewegungen und Protestveranstaltungen, aber auch in Gewerkschaften und Parteien vertreten sind. Selbst wenn die Mitgliederbasis relativ egalitär ist, werden die Führungspositionen durch Mitglieder mit höherem Einkommen besetzt. Zum Teil lässt sich die Dominanz der Höhergebildeten durch Fähigkeiten und Kompetenzen erklären – aber eben nur zum Teil, wie insbesondere der letzte Abschnitt gezeigt hat. Der Verweis auf fehlendes politisches Interesse greift zu kurz, da die Beteiligung und die Repräsentation in der Vergangenheit weniger verzerrt war, und das heutige Muster die Frage aufwirft, warum das Interesse an Politik sozial stratifiziert ist. Im fünften Kapitel wurde gezeigt, dass die soziale Umwelt sowohl den Grad an politischer Aufmerksamkeit als auch die Partizipationsbereitschaft beeinflusst. Kommen weitere Schließungsmechanismen hinzu, wie die Erwartung, den Wahlkampf auch durch private Mittel zu finanzieren, sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass die am wenigsten Begünstigten Führungspositionen übernehmen.

Eine Reihe von neueren Studien weist darauf hin, dass die soziale Herkunft der Repräsentanten nicht folgenlos bleibt. In Deutschland besteht nicht nur eine deutliche Diskrepanz zwischen den Einschätzungen der Elite und der Bevölkerung hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit und in der Steuerpolitik, sondern auch ein klares Muster innerhalb der Elite: Führungskräfte aus Arbeiterfamilien sind besorgter über das Maß an sozialer Ungleichheit und eher bereit, höhere Steuern zu akzeptieren, als diejenigen, die aus der Oberschicht stammen (Hartmann 2013: 118–119). In einer anderen Studie weisen Hayo und Neumeier (2012) nach, dass Ministerpräsidenten aus Arbeiterfamilien höhere Ausgaben für Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit befürworten als ihre Pendants aus anderen Elternhäusern. Schließlich zeigt Carnes (2012), dass sich die numerische Unterrepräsentation von sozial Benachteiligten im amerikanischen Repräsentantenhaus auf politische Entscheidungen auswirkt, da Abgeordnete unterschiedlicher sozialer Schichten auch ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten aufweisen. In all diesen Fällen werden politische Entscheidungen dadurch beeinflusst, von wem sie getroffen werden. Verfestigt sich der Trend zur sozialen Schließung des Zugangs zu politischen Ämtern, entsteht, so legen diese Studien nahe, eine Schieflage zulasten unterrepräsentierter Gruppen. Ein liberales Repräsentationsmodell, das von formaler Chancengleichheit ausgeht, führt zu wachsender Disproportionalität, die für die Benachteiligten einen Freiheitsverlust darstellt, weil kollektive Selbstbestimmung zunehmend ohne sie stattfindet.

Kapitel 9

Mehr Demokratie wagen?

Traditionelle Formen politischer Beteiligung stecken in der Krise. Die Wahlbeteiligung sinkt flächendeckend, wie oben gezeigt wurde, und Politiker, Parteien und Parlamente werden skeptisch bis ablehnend beurteilt. Für viele Beobachter liegt die Antwort auf diese Entwicklungen auf der Hand: Die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger müssen ausgeweitet werden. Dafür wird einerseits das Wahlrecht verändert, andererseits werden direktdemokratische Verfahren eingeführt oder ihre Nutzung erleichtert (Decker 2007: 118–119). So haben in den letzten beiden Jahrzehnten fast alle Bundesländer bei Kommunalwahlen die Möglichkeit zum Kumulieren und Panaschieren eingeführt.¹ Damit wird es den Wahlberechtigten ermöglicht, ihre Stimmen zu häufen und auf Kandidaten unterschiedlicher Parteien zu verteilen. Im Ergebnis können sie dadurch ihre politischen Vorlieben differenzierter im Stimmverhalten ausdrücken, wodurch die von den Parteien erstellten Kandidatenlisten für die Mandatsverteilung an Bedeutung einbüßen. Zudem können heute Bürgerinnen und Bürger bei Volks- und Bürgerentscheiden in allen Bundesländern direkt über Sachfragen abstimmen. Auch für die Bundesebene werden Volksabstimmungen als probates Mittel gegen eine Reihe von Defiziten des Politikbetriebs angesehen. Mehr als 80 Prozent der Deutschen wünschen sich laut Umfragen weitere Beteiligungsmöglichkeiten jenseits von Wahlen (Bertelsmann Stiftung 2011). Und dieses Ansinnen machen sich inzwischen mit Ausnahme der CDU alle im Bundestag vertretenen Parteien zu eigen. Die Deutschen seien reif für direkte Entscheidungen in Sachfragen, der Verzicht auf Volksentscheide auf Bundesebene sei ein zu überwindender Anachronismus, so liest man in Zeitungskommentaren (stellvertretend für viele Beck 2011; Jörges 2011; Müller 2011). Durch direktdemokratische Entscheidungen kommt der Bürgerwille, so hoffen die Befürworter, unmittelbar und unverfälscht zum Ausdruck.

Dieses Kapitel baut auf einem Artikel auf, den ich gemeinsam mit Harald Schoen geschrieben habe (siehe Schäfer/Schoen 2013).

¹ Bei Kommunalwahlen kommen nur noch in drei Bundesländern (Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein) starre Listen zur Anwendung.

Diesen positiven Einschätzungen stehen mahnende Stimmen gegenüber, die fragen, ob mehr Bürgerbeteiligung mit mehr oder einer besseren Demokratie gleichgesetzt werden kann. Vor allem die Majorisierung von Minderheiten und die soziale Schieflage der Beteiligung werden von Kritikern hervorgehoben. So erkennt Schmidt (2010: 351) in der Direktdemokratie, trotz einer insgesamt wohlwollenden Beurteilung, auch »ein scharfes mehrheitsdemokratisches Instrument – mit entsprechendem Potenzial zur Tyrannei der Mehrheit«. Ethnische oder religiöse Minderheiten, aber auch die Politikfernen und Geringgebildeten haben es schwer, ihren Anliegen in direktdemokratischen Verfahren Gehör zu verleihen (Linder 2009: 14; Merkel 2011: 51). Wer die Hürden für die Volksgesetzgebung zu niedrig ansetzt, so warnt Winkler (2011), »beschwört die Gefahr herauf, dass hochmotivierte, besonders gut vernetzte privilegierte Minderheiten sehr viel mehr Einfluss auf die Politik bekommen als bisher«. Nicht der Wille des Volkes, sondern der einer unter Umständen kleinen Gruppe von Aktiven artikuliert sich in Volksabstimmungen (Steinberg 2012). Auch ein beteiligungsintensiveres Wahlrecht birgt die Gefahr, dass Teile der Bevölkerung überfordert sind und daher seltener von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen oder gegen ihre Interessen abstimmen.

Die Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten, so wird in diesem Kapitel gezeigt, ist demokratietheoretisch problematischer, als ihre Verfechter glauben machen wollen. Zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten werden hauptsächlich als Mittel angesehen, den Einfluss von Bürgerinnen und Bürgern – im Gegensatz zum Eliteneinfluss – auf politische Entscheidungen zu steigern. Dabei wird jedoch übersehen, wie sich das politische Verhalten unterscheidet. Bestimmte soziale Gruppen sind, wie die vorangegangenen Analysen gezeigt haben, politisch aktiver als andere und besser dazu in der Lage, mit erweiterten Möglichkeiten der politischen Teilhabe ihre Interessen zu verfolgen. Beispielsweise sind Angehörige der Mittel- und Oberschicht in Deutschland – wie in anderen Ländern – politisch aktiver und kompetenter als Mitglieder anderer Schichten. Die Ausweitung politischer Beteiligungsmöglichkeiten kann dazu führen, dass nicht allen Bürgerinnen und Bürgern, sondern nur bestimmten Gruppen zusätzliche Gelegenheiten eingeräumt werden, ihre Interessen durchzusetzen. Entscheidungen über die Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten implizieren folglich einen Zielkonflikt zwischen mehr Partizipationsmöglichkeiten und gleicher Interessendurchsetzung.

Für den Neorepublikanismus, insbesondere in der neoathenischen Variante, stellt ein solcher Zielkonflikt eine besondere Herausforderung dar. Denn seine Protagonisten, am prominentesten Benjamin Barber, fordern die Ausweitung direktdemokratischer Entscheidungen und äußern sich skeptisch gegenüber der Repräsentativdemokratie. Sie verfechten ein Politikverständnis, das unter-

stellt, dass Bürgerinnen und Bürger sich beteiligen werden, wenn es ausreichend Beteiligungsmöglichkeiten gibt. Dagegen sind für den neorömischen Republikanismus auch direktdemokratische Verfahren darauf zu prüfen, ob sie die gleiche Berücksichtigung aller Interessen fördern oder ob sie zu ungerechtfertigter Herrschaft führen. Beiden Ansätzen gemeinsam ist jedoch das egalitäre Anliegen, allen Bürgerinnen und Bürgern ausreichend Ressourcen für die Beteiligung bereitzustellen. Sie würden deshalb bezweifeln, dass die Voraussetzungen für eine beteiligungsintensivere Demokratie in einer sozial ungleich werdenden Gesellschaft gegeben sind.

9.1 Demokratisierung der Demokratie

If democracy is a good thing (as almost everyone everywhere now seems to believe), then more democracy should presumably be an even better thing. Today there is a widespread sense, among political theorists at least, that democracy is an unfinished project, not just in terms of the spread of liberal democratic institutions to more and more corners of the world but also in terms of deepening of the democratic qualities of all societies. (Dryzek 1996: 475)

Wenn von der Demokratie als einem »unvollendetem Projekt« gesprochen wird, bedeutet dies einerseits, dass die Reichweite der Demokratie weiterhin begrenzt ist. Auch nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem arabischen Frühling gibt es zahlreiche Länder, die undemokratisch oder unvollständig demokratisch sind, darunter mit China das bevölkerungsreichste Land der Erde. Unvollendet, so wird im Zitat andererseits deutlich, erscheint vielen Beobachtern aber auch das demokratische Projekt in Ländern des Westens, für die deshalb eine weitere Demokratisierung gefordert wird. Diese Forderung kann sich auf drei Aspekte beziehen: Erstens kann eine fortschreitende Demokratisierung bedeuten, dass bislang von der demokratischen Teilhabe ausgeschlossene Gruppen integriert werden. Der Kampf um die Ausweitung des Wahlrechts auf Besitzlose, Frauen oder ethnische Minderheiten, aber auch die Auseinandersetzung darüber, ab welchem Alter gewählt werden darf und ob dauerhaft in einem Land lebende Ausländer das Wahlrecht erhalten sollen, sind Beispiele für diese Art der Demokratisierung. Eine zweite Bedeutung des Begriffs bezieht sich auf den Gegenstand der Demokratie. Welche Entscheidungen sollen demokratisch getroffen werden, welche können durch andere Steuerungsmodi wie etwa Märkte oder Hierarchien geregelt werden? Befürworter einer umfassenden gesellschaftlichen Demokratisierung argumentieren, dass die Qualität der Demokratie nur zu verbessern ist, wenn neben Unternehmen auch Schulen und Universitäten, Zeitungen und Verlage, Kunst und Kultur nach demokratischen Prinzipien organisiert

werden (Vilmar 1973). Schließlich kann sich die Demokratisierungsforderung auf die demokratischen Verfahren selbst beziehen. Mehr Demokratie wird in dieser Hinsicht erreicht, wenn zum einen die Wahlmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger bei der Bestimmung ihrer Repräsentanten ausgeweitet werden und zum anderen die repräsentative Demokratie durch direktdemokratische Entscheidungsmöglichkeiten angereichert wird.

Im Gegensatz zu den Siebziger- und Achtzigerjahren, in denen zentrale theoretische Arbeiten zur beteiligungszentrierten Demokratietheorie entstanden, steht gegenwärtig die dritte Bedeutung von Demokratisierung im Zentrum von Reformbemühungen. Nicht nur in Deutschland, sondern europaweit sind direktdemokratische Verfahren auf dem Vormarsch. Nirgends haben in den letzten beiden Jahrzehnten so viele Referenden stattgefunden wie in Europa, und innerhalb Europas nimmt Deutschland – auf Landes- und Kommunalebene – inzwischen einen Spitzenplatz ein (Grotz 2009: 287, 290). Neben der direkten Demokratie werden mit dem »Siegeszug der süddeutschen Kommunalverfassung« (Kersting 2008) auch die Direktwahl von Bürgermeistern sowie das Kumulieren und Panaschieren auf kommunaler Ebene eingeführt. Ziel dieser Reformen ist es, die repräsentative Demokratie durch mehr Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten zu ergänzen und dadurch die Responsivität der Repräsentanten zu erhöhen.

Das Kernanliegen von Theoretikern wie Pateman (1970), Macpherson (1977) oder Bachrach (1970; Bachrach/Botwinick 1992), die betriebliche Mitbestimmung auszuweiten, steht bei den aktuellen Reformen nicht länger im Vordergrund. Die ältere partizipatorische Demokratietheorie hatte insbesondere mehr Mitsprache der Arbeitnehmer in den Unternehmen gefordert. Zum einen sollte durch weitgehende Mitbestimmungsrechte die Ungleichverteilung von Status und Ressourcen eingegrenzt werden. Die auf Märkten erzeugte soziale Ungleichheit gefährdet aus dieser Sicht das Ideal politischer Gleichheit, weil sich ökonomische Ressourcen in politischen Einfluss übersetzen (Pateman 1970: 22–23; Dahl 1977: 8, 2006: 66). Zum anderen sollten Unternehmen als »Schule der Demokratie« für die Beschäftigten dienen. Wer am Arbeitsplatz mitentscheidet, so die Überlegung, entwickelt jene Fähigkeiten und Tugenden, die politische Partizipation und staatsbürgerliches Engagement fördern. Gerade diejenigen, die sich nicht oder nur wenig für Politik interessieren, können auf diese Weise im Alltag für die Demokratie geschult werden (Pateman 1970: 42–43). Beide Komponenten der älteren partizipatorischen Demokratietheorie enthalten eine egalitäre Stoßrichtung und zielen darauf ab, möglichst viele zur Beteiligung zu befähigen.

Im Gegensatz dazu zielt die dritte Demokratisierungsstrategie darauf, mehr Einflussmöglichkeiten für diejenigen zu schaffen, die sich beteiligen wollen. Am

Beispiel direktdemokratischer Verfahren wird deutlich, dass dieser Strategie drei Annahmen zugrunde liegen. Die erste lautet, dass direktdemokratische Entscheidungen mindestens genauso, wenn nicht in höherem Maß demokratisch seien als die repräsentativer Organe. Denn nur in ihnen drücke sich der Mehrheitswille unverfälscht und ungefiltert aus. So kritisiert Barber (2003: 145) die Delegation von Entscheidungen an gewählte Repräsentanten als Freiheitsverlust der Bürgerinnen und Bürger, die durch sie entfremdet und ihrer Autonomie beraubt werden. Nicht alle Theoretiker gehen so weit, aber auch Saward (1998: 83) betont, dass »direct democracy is more democratic than representative democracy. Direct democracy means that the people get more of what they want, rather than what representatives or others want them to want«. Eine disziplinierende Wirkung direktdemokratischer Verfahren erhoffen sich aber auch diejenigen, die unmittelbare Sachentscheidungen durch die Bürgerinnen und Bürger als sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie ansehen (Patzelt 2011; Decker 2012). Allein die Möglichkeit, Parlamentsentscheidungen per Volksentscheid zu Fall zu bringen, Sorge dafür, dass die Entscheidungen der Repräsentanten sich nicht zu weit vom Volkswillen entfernten.

Um diese positive Wirkung zu entfalten, ist es notwendig, dass sich in direktdemokratischen Verfahren tatsächlich die Meinung der Mehrheit artikuliert. Nimmt nur eine privilegierte Minderheit an einer Abstimmung teil, ist dieses Ziel gefährdet. Befürworter der Direktdemokratie umschiffen dieses Problem durch zwei weitere Annahmen. Zum einen wird angenommen, dass sich Bürgerinnen und Bürger in großer Zahl beteiligen werden, wenn wichtige Fragen zur Abstimmung stehen. Wenn in der »mageren Demokratie« wenige abstimmen, liegt es an den Defekten dieses Regierungssystems. In der »starken Demokratie« entfallen dagegen die Hemmnisse für eine breite Beteiligung:

But of course people refuse to participate only where politics does not count – or counts less than rival forms of private activity. They [the citizens] are apathetic because they are powerless, not powerless because they are apathetic. There is no evidence to suggest that once empowered, a people will refuse to participate. (Barber 2003: 272)

Sind die Voraussetzungen für mehr Bürgerbeteiligung erst geschaffen, werden zum anderen verbleibende Beteiligungsunterschiede als demokratietheoretisch unproblematisch gewertet, weil sie schlicht Unterschiede im Grad der Betroffenheit, im Interesse und in der Intensität der Präferenzen ausdrücken. Da häufig in Bürger- oder Volksentscheiden spezielle Themen verhandelt würden, die nicht alle betreffen oder interessieren, nähmen weniger Abstimmungsberechtigte als etwa bei Bundestagswahlen teil. Der Grundsatz politischer Gleichheit werde nicht verletzt, wenn jemand bei einer Sachentscheidung freiwillig darauf verzichte, sein Beteiligungsrecht auszuüben. Die für frühe Theoretiker so wichtige

Bildungswirkung politischer Partizipation fällt dann allerdings nur für diejenigen an, die sich beteiligen, doch »derlei ist eben die Folge des Rechts freier Bürger auch auf politisches Desinteresse und kann somit nicht mit überzeugenden Argumenten gegen den Ausbau plebiszitärer Instrumente vorgebracht werden« (Patzelt 2011: 87). Und weiter: »Beim Volksentscheid gewinnt immer die *artikulationswillige Mehrheit*. Nur muss sich schon die Mühe eigener politischer Beteiligung machen, wer sich durchsetzen will« (Patzelt 2011: 105).

In dieser Klarheit formuliert, wird der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligungsmöglichkeiten und politischer Gleichheit deutlich sichtbar. Denn die empirische Partizipationsforschung hat immer wieder gezeigt, dass sowohl die Fähigkeit als auch die Bereitschaft zum politischen Engagement nichtzufällig verteilt sind (Verba/Schlozman/Brady 1995; Gabriel 2004: 322; Deth 2009: 154). Wer über mehr Ressourcen wie Bildung, Einkommen und Zeit verfügt, partizipiert auch häufiger – und je anspruchsvoller eine Beteiligungsform, desto ungleicher fällt die Beteiligung aus. Werden anspruchsvolle Verfahren ausgebaut, kann die Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten zulasten politischer Gleichheit gehen. Damit droht sich die Schieflage zu verschärfen, die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt wurde. Im demokratietheoretisch bedenklichsten Fall gewinnt bei Volksentscheiden eine organisations- und konfliktfähige Minderheit, und die Interessen derjenigen bleiben unbeachtet, die nicht partizipieren können oder wollen. Ob der Mehrheitswille der Abstimmenden dem der Abstimmungsberechtigten entspricht, ist in einer solchen Konstellation unklar, wie die nachfolgenden empirischen Beispiele zeigen.

9.2 Wahlrechtsreformen: Kumulieren und Panaschieren in Hamburg und Bremen

Gerade weil Wahlen noch immer die zentrale Form politischer Beteiligung sind, zielen Reformen darauf ab, den Bürgerinnen und Bürgern mehr Auswahlmöglichkeiten zuzugestehen, wodurch sie ihre politischen Vorlieben differenzierter im Stimmverhalten ausdrücken und größeren Einfluss auf die Auswahl von Repräsentanten nehmen können. Statt nur eine Stimme zu vergeben, die eine Partei unterstützt und damit die von dieser Partei aufgestellte Kandidatenliste bestätigt – wie es im Verhältniswahlrecht mit gebundenen Listen üblich ist –, sollen die Wahlberechtigten mehrere Stimmen vergeben, die sie beliebig, also auch listenübergreifend auf die Kandidaten verteilen können. Auf kommunaler Ebene wird das Kumulieren und Panaschieren vor allem in den südlichen Bundesländern seit Langem angewandt. Inzwischen ist diese Möglichkeit in fast

allen Gemeinden vorgesehen. In den letzten Jahren haben auch Hamburg und Bremen das Wahlrecht reformiert und als erste Bundesländer Kumulieren und Panaschieren auch bei Landtagswahlen eingeführt.

Die Reform des Wahlrechts geht in beiden Bundesländern auf eine Initiative des Vereins »Mehr Demokratie« zurück. In Hamburg kam es 2004 zu einem Volksentscheid über die Reform des Wahlrechts, bei dem sich der Vorschlag von »Mehr Demokratie« durchsetzte. Die per Volksentscheid angenommene Reform spricht jedem Wahlberechtigtem 10 Stimmen zu und sieht vor, 17 Mehrpersonenwahlkreise zu schaffen, in denen 71 der insgesamt 121 Bürgerschaftskandidaten anhand von 5 Stimmen mit der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens gewählt werden können. Die übrigen 50 Bürgerschaftssitze werden über Landeslisten verteilt, wobei auch hier die Wähler 5 Stimmen beliebig vergeben können (Jakobeit et al. 2011: 13). Die mit absoluter Mehrheit regierende CDU setzte 2006 eine weitere Reform des Wahlrechts durch. Nun können nur noch 6 Stimmen vergeben werden und das Kumulieren und Panaschieren wird so eingeschränkt, dass die Parteien wieder mehr Einfluss auf die Erfolgswahrscheinlichkeit ihrer Kandidaten gewinnen (ausführlich hierzu und zum Folgenden David 2010: 603–604). Nach einigen Modifikationen, die ein Urteil des Hamburgischen Verfassungsgerichts notwendig machten, kam dieses Wahlrecht im Kern 2008 zur Anwendung. Die Abschwächung der ursprünglichen Reform führte zu einer erneuten Volksinitiative, die zurück zu dem im Volksentscheid beschlossenen Wahlrecht wollte, um den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Nach einem erfolgreichen Volksbegehren zu Beginn des Jahres 2009 plante die Initiative »Mehr Demokratie – ein faires Wahlrecht für Hamburg« eine weitere Abstimmung, die parallel zur anstehenden Bundestagswahl stattfinden sollte. Um dies zu vermeiden, kam die CDU der Initiative entgegen. Am Ende stimmten alle Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft wie auch der Verein »Mehr Demokratie« einem Kompromissvorschlag der SPD zu, auf dem das heute geltende Wahlrecht beruht, bei dem 10 Stimmen vergeben werden und Kumulieren und Panaschieren möglich ist. Das neue Wahlrecht – das künftig nur noch mit Zweidrittelmehrheit der Bürgerschaft geändert werden kann – wurde erstmals 2011 angewandt.²

Während sich in Umfragen vor der Wahl eine Mehrheit für das neue Hamburger Wahlrecht ausspricht – 49 Prozent der Befragten bezeichnen es als »gut«, 39 Prozent als »nicht so gut« –, überwiegt bei älteren Menschen und Geringgebildeten die Ablehnung (Jakobeit et al. 2011: 18). Nach der Wahl vorgenommene Auswertungen bestätigen, dass das neue Wahlrecht sich unterschiedlich auf soziale Gruppen ausgewirkt hat. In ganz Hamburg beteiligten sich 57 Prozent der

2 Für eine Bewertung des neuen Wahlrechts siehe Horst (2011).

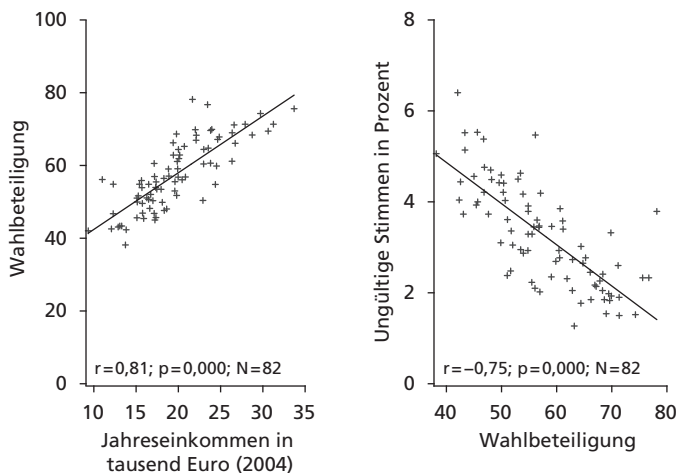
Wahlberechtigten an der Bürgerschaftswahl, doch in den zwanzig einkommensstärksten Stadtteilen liegt die Wahlbeteiligung mit durchschnittlich 72 Prozent fast 25 Prozentpunkte über der von einkommensschwachen Stadtteilen (Statistik Nord 2011: 26). Gegenüber der vorherigen Bürgerschaftswahl hat eine weitere Spreizung der Wahlbeteiligung stattgefunden, weil es »insbesondere die einkommensschwachen Stadtteile [sind], die einen überdurchschnittlichen Rückgang bei der Wahlbeteiligung aufweisen« (Jakobeit et al. 2011: 51). Gleichzeitig fällt in diesen Nichtwählerhochburgen der Anteil ungültiger Stimmen mit mehr als 5 Prozent überdurchschnittlich hoch und deutlich höher als bei den Bürgerschaftswahlen 2001 und 2004 aus, die nach altem Wahlrecht abgehalten wurden. Da mehr als die Hälfte der Nichtwählerinnen und Nichtwähler nach der Wahl 2011 angibt, dass das neue Wahlrecht zu wenig erläutert worden und zu kompliziert sei, lässt sich vermuten, dass es von einem bedeutendem Anteil der Wählerinnen und Wähler in einkommensschwachen Stadtteilen nicht problemlos verstanden wurde (Jakobeit et al. 2011: 133, 138).

Dem Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten lässt sich am Bremer Beispiel genauer nachgehen. Bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft 2011 konnten die Wahlberechtigten zum ersten Mal fünf Stimmen vergeben und diese kumulieren und panaschieren. Auch hier geht die Reform des Wahlrechts auf eine Initiative von »Mehr Demokratie« zurück (Morgenstern 2011). Im Jahr 2006 sammelte der Verein ausreichend Stimmen, um einen Volksentscheid herbeizuführen. Zur Abstimmung über den Vorschlag kam es jedoch nicht, da die Bürgerschaft den Reformvorschlag übernahm und ihn im Dezember 2006 verabschiedete. Die Reform des Wahlrechts räumt den Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten darüber ein, wer sie in der Bürgerschaft vertritt.³

Die Verteilung der Wahlbeteiligung und insbesondere der ungültigen Stimmen in den Ortsteilen Bremens weisen jedoch darauf hin, dass das neue Wahlsystem nicht von allen angenommen und verstanden wird. Bei der Bürgerschaftswahl 2011 lag die Wahlbeteiligung für die Stadt Bremen bei 57 Prozent. Wie auch in anderen Großstädten verbergen sich hinter dieser historisch niedrigen Beteiligung große Unterschiede zwischen den Ortsteilen. Denn in Bremen-Strom gaben 79 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, während es in Tenever nur 38 Prozent waren. Mit Blick auf das neue Wahlrecht ist besonders beachtenswert, dass in armen Stadtteilen nicht nur weniger Stimmen abgegeben wurden, sondern sich unter den abgegebenen Stimmzetteln überproportional viele ungültige fanden (Abbildung 9-1). In ganz Bremen stieg die Anzahl der ungültigen Stimmen von 1,3 Prozent bei der vorherigen Bürgerschaftswahl auf 3,3

3 Eine kritische Bewertung des Bremer Wahlrechts nimmt Linden (2011) vor.

Abbildung 9-1 Wahlbeteiligung und ungültige Stimmen in den Bremer Ortsteilen



Jedes Kreuz steht für einen der 82 Ortsteile der Stadt Bremen. Für Bremerhaven liegen keine kleinräumigen Daten vor.

Daten: BREMEN.

Prozent 2011. In den zehn Ortsteilen mit dem niedrigsten Durchschnittseinkommen lag die Wahlbeteiligung bei 45 Prozent und 5 Prozent der Stimmzettel waren ungültig. Im Gegensatz dazu wählten in den reichsten zehn Ortsteilen 70 Prozent der Wahlberechtigten, und der Anteil ungültiger Stimmen fiel mit 2 Prozent unterdurchschnittlich aus. Dieses Muster zog sich durch die ganze Stadt, wie sich der rechten Teilgrafik in Abbildung 9-1 entnehmen lässt: Zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und der Anzahl ungültiger Stimmen besteht ein starker Zusammenhang.⁴

Nun ließe sich vermuten, dass die hohe Anzahl ungültiger Stimmen und deren sozial ungleiche Verteilung eine vorübergehende Folge des neuen Wahlrechts sei. Wenn das Wahlrecht erst einige Wahlperioden gilt, so könnte man argumentieren, sei es allgemein bekannt und führe nicht mehr zu sozialen Verzerrungen. Um dies zu prüfen, wird der Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und der Anzahl ungültiger Stimmen bei der Stadtratswahl in Nürnberg geprüft. In

⁴ Auch bei der vorletzten Wahl 2007 gab es einen Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und den ungültigen Stimmen, allerdings fiel er geringer aus ($r = -0,47$; $p = 0,000$; $N = 82$) und sowohl die durchschnittliche als auch die maximale Anzahl ungültiger Stimmen lag bei der Hälfte von 2011. Das neue Wahlrecht hat demnach bestehende Unterschiede weiter verschärft.

Bayern wird bei Kommunalwahlen seit Jahrzehnten kumuliert und panaschiert, sodass die Wahlberechtigten mit dem Wahlsystem vertraut sein müssten. Für Nürnberg liegen kleinräumige Daten für 80 statistische Bezirke vor. Bei der Stadtratswahl 2008 schwankt die Wahlbeteiligung zwischen 25 und fast 70 Prozent; die Anzahl der ungültigen Stimmzettel reicht von 0,8 bis 5,1 Prozent der abgegebenen Stimmzettel. Während in den zehn Bezirken mit der höchsten Wahlbeteiligung durchschnittlich nur 1,6 Prozent der Stimmzettel ungültig sind, liegt der Anteil in den zehn Bezirken mit der niedrigsten Wahlbeteiligung bei 3,5 Prozent. Zwischen beiden Größen, der Wahlbeteiligung und dem Anteil ungültiger Stimmen, besteht darüber hinaus ein systematischer, nichtzufälliger Zusammenhang ($r = -0,53$; $p = 0,000$; $N = 80$), der weiter ansteigt, wenn man den Ausreißer-Bezirk Dianastraße ausklammert, in dem sowohl die Wahlbeteiligung (25 Prozent) als auch der Anteil ungültiger Stimmen (0,8 Prozent) weit unter dem Durchschnitt lag. Auch in einer bayerischen Großstadt, in der seit Langem die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens besteht, fällt in Gegenden mit niedriger Wahlbeteiligung der Anteil ungültiger Stimmen überdurchschnittlich hoch aus.

Aus Aggregatdaten auf der Ebene von Stadtteilen lässt sich nicht ableiten, welche Faktoren auf individueller Ebene zur Wahlenthaltung führen und auf wen das Wahlrecht beteiligungshemmend wirkt. Perea (2002) untersucht diesen Zusammenhang anhand von Umfragedaten aus 15 westeuropäischen Staaten. Während sich ein durch mehr Auswahlmöglichkeiten angereichertes Wahlrecht zwar positiv auf die *durchschnittliche* Wahlbereitschaft auswirkt, so ihre Schlussfolgerung, unterscheidet sich der Effekt für unterschiedliche soziale Gruppen. Bei den Ressourcenreichen steigt die Wahlteilnahme deutlich, wohingegen sie bei den Ressourcenschwachen zurückgeht. Diese Ergebnisse sowie die hier dargestellten Befunde legen nahe, dass mehr Wahlmöglichkeiten zu einer stärker ungleichen Teilhabe führen. Was für die einen die Beteiligung an Wahlen attraktiv macht, führt bei anderen dazu, dass sie ungültige Stimmen abgeben oder der Wahlurne fernbleiben.

9.3 Ist mehr direkte Demokratie die bessere Demokratie?

Neben der Reform des Wahlrechts wird vor allem die Ausweitung direktdemokratischer Verfahren als Möglichkeit angesehen, die Qualität der Demokratie zu verbessern. In den letzten beiden Jahrzehnten haben alle Bundesländer direktdemokratische Verfahren gestärkt, und sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene hat eine Vielzahl von Sachabstimmungen stattgefunden. Bis Ende

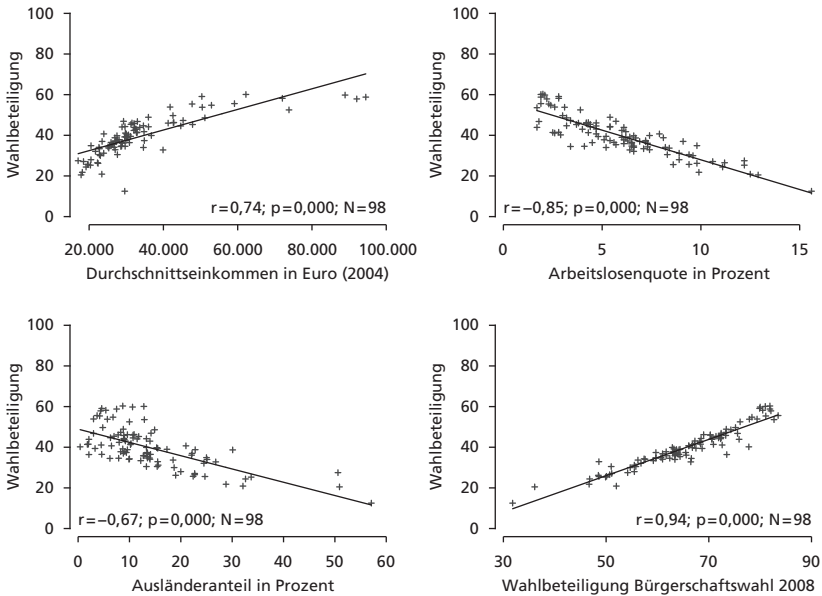
der Achtzigerjahre führten direktdemokratische Verfahren ein Schattendasein, doch nach der Wiedervereinigung werteten alle Bundesländer direktdemokratische Elemente in den Landesverfassungen auf. In den Gemeinden ist seither die Zahl eingeleiteter Bürgerbegehren sprunghaft angestiegen. Bis 2007 gab es auf lokaler Ebene mehr als 2.000 Bürgerentscheide, drei Viertel davon in Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern. Dabei zeigt sich ein klarer Zusammenhang zwischen der Gemeindegröße und der Beteiligungsrate: Je kleiner eine Gemeinde ist, desto höher fällt die Beteiligung aus (Rehmet/Mittendorf 2007). Von den 309 zwischen 1946 und 2011 auf Landesebene initiierten Volksbegehren und Verfassungsreferenden fand ebenfalls die große Mehrheit (85 Prozent) seit 1990 statt (Rehmet 2012: 15). In den letzten Jahren haben, neben dem Entscheid über das Kündigungsgesetz zu »Stuttgart 21«, vor allem die Volksentscheide zur Schulreform in Hamburg und zum Nichtraucherschutz in Bayern Aufmerksamkeit auf sich gezogen. In beiden Fällen wirft die ungleiche Beteiligung sozialer Gruppen die Frage auf, ob Volksabstimmungen über Sachfragen parlamentarischen Entscheidungen unbedingt vorzuziehen sind.

9.3.1 Die Hamburger Schulreform

Im Jahr 2010 kippte ein Volksentscheid in Hamburg eine Schulreform, die zuvor einstimmig und parteiübergreifend von der Bürgerschaft verabschiedet worden war. Die Reform bestand aus ursprünglich drei Elementen (Töller et al. 2011: 504–505): Erstens sollten Haupt- und Realschulen zu »Stadtteilschulen« zusammengefasst werden. Zweitens sollte das Elternwahlrecht beim Übergang zu weiterführenden Schulen abgeschafft werden. Und drittens sollte eine sechsjährige »Primarschule« die bis dahin vierjährige Grundschule ersetzen. Ziel des dritten Reformelements war es, die Schülerinnen und Schüler in kleineren Klassen länger gemeinsam lernen zu lassen und den Übergang zum Gymnasium erst ab der siebten Klasse zuzulassen. Der Widerstand konzentrierte sich im Folgenden auf die Primarschule, da sie die Gymnasialzeit aufgrund der ohnehin von 13 auf 12 Jahre verkürzten Dauer bis zum Abitur weiter verkürzt hätte. Der erfolgreiche Volksentscheid brachte diesen Teil der Schulreform zu Fall, während die Abschaffung des Elternwahlrechts bereits vor der Abstimmung aufgegeben worden war. Am Ende wurden lediglich die Stadtteilschulen eingeführt.

Aufmerksamkeit zog die Hamburger Auseinandersetzung auf sich, weil einerseits alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien der (abgeschwächten) Reform zustimmten und andererseits der Widerstand der Bürgerinitiative »Wir wollen lernen« von Teilen der Öffentlichkeit als Versuch wahrgenommen wurde, nicht gerechtfertigte Privilegien zu verteidigen (Mängel 2010: 14; Leffers 2010). Nach der Abstimmung richtete sich die Aufmerksamkeit auf die unterschiedliche Be-

Abbildung 9-2 Soziale Lage und Beteiligung am HH-Volksentscheid 2010



Jedes Kreuz steht für einen der Hamburger Stadtteile.
Daten: HAMBURG.

teiligung in den Hamburger Stadtteilen (zum Beispiel Edelstein/Helbig 2010; Hanisch 2010). Während in manchen Vierteln bis zu 60 Prozent der Berechtigten abstimmten, waren es in anderen weniger als 20 Prozent. Abbildung 9-2 verdeutlicht, wie eng die Beteiligungsrate eines Stadtteils mit dessen sozialen Lage zusammenhing. In Stadtteilen mit hohem Durchschnittseinkommen und niedriger Arbeitslosigkeit beteiligten sich deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger als in ärmeren Vierteln mit hoher Arbeitslosigkeit. Auch in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil nahmen besonders wenige Wahlberechtigte an der Abstimmung teil. Hinzu kommt, dass in Stadtteilen mit geringer Beteiligung sehr viele Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft leben, die nicht abstimmungsberechtigt waren, obwohl ihre Kinder öffentliche Schulen besuchen und von der Reform (oder ihrem Ausbleiben) betroffen sind.⁵

⁵ Für Hamburg liegen auf Stadtteilebene keine Daten vor, die Rückschlüsse darauf erlauben, wie viele Jugendliche jeweils welche Schule besuchen. Für andere Städte ist aber belegt, dass der Gymnasiastanteil eng mit der sozialen Lage zusammenhängt. In Köln besuchen beispiels-

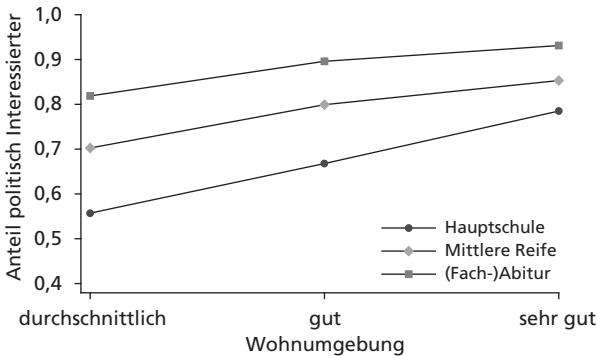
Auf den ersten Blick mag dieses Muster unproblematisch erscheinen, da es Unterschiede im Interesse am Abstimmungsgegenstand widerspiegeln könnten: Einwohnern wohlhabender Stadtteile könnten bildungspolitische Fragen schlicht wichtiger erscheinen als Bewohnern schlechterer Wohngegenden. Gegen diese Interpretation spricht jedoch die Tatsache, dass das gleiche Beteiligungsmuster auch bei Wahlen auftritt, wie der Teilgrafik unten rechts in Abbildung 9-2 zu entnehmen ist. In Stadtteilen mit einer hohen Wahlbeteiligung bei der Bürgerschaftswahl 2008 fiel auch die Beteiligung beim Volksentscheid hoch aus, während Stadtteile mit geringer Beteiligung auch Nichtwählerhochburgen sind. Unabhängig davon, worüber abgestimmt wird, weisen jeweils dieselben Stadtteile hohe und niedrige Beteiligungsraten auf.⁶ Nicht gegenstandsspezifisches Interesse, sondern generelles politisches Interesse scheint also zur ungleichen Beteiligung beigetragen zu haben. Daran schließt sich die Frage an, *warum* Menschen in armen Stadtvierteln weniger politisch interessiert sind.

Die genauen Gründe für Unterschiede im politischen Interesse lassen sich hier nicht aufklären, aber es lässt sich nachweisen, dass der Grad des Interesses nicht allein von individuellen Eigenschaften abhängt, sondern durch den Wohnkontext beeinflusst wird, wie dies bereits für die Beteiligung bei Bundestagswahlen gezeigt wurde. Um dies zu zeigen, werden erneut die ALLBUS-Daten aus dem Jahr 2008 herangezogen. Neben Fragen zum politischen Engagement und zur Demografie wird ebenfalls ein »Interviewer-Interview« durchgeführt, bei dem die Person, die die Befragung durchgeführt hat, über bestimmte Sachverhalte Auskunft erteilt. Ein Aspekt, der auf diese Art erhoben wird, ist die Einschätzung der Wohnumgebung der Befragten. Jeder Interviewer muss angeben, wie er oder sie diese auf einer Fünferskala von »sehr schlecht« bis »sehr gut« einschätzt. Die beiden schlechtesten Kategorien werden selten genannt, sodass im Folgenden wieder nur drei Stufen von »(höchstens) durchschnittlich« bis »sehr gut« unterschieden werden. Schätzt man in einer logistischen Regression die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine Person für Politik interessiert, wird ein signifikanter Effekt der Wohnumgebung sichtbar. Unabhängig von Alter, Geschlecht und Schulabschluss steigt mit der Qualität der Wohngegend die Wahrscheinlichkeit, sich für Politik zu interessieren. Sie steigt bei einer Person, die sonst dem Durchschnitt der Befragten entspricht, von 67 in einem durchschnittlichen bis auf 86 Prozent in einem sehr guten Wohnviertel.

weise in wohlhabenden Stadtteilen drei von vier Jugendlichen das Gymnasium, während es in armen Wohngegenden nur jeder vierte ist (siehe Stadt Köln 2009, Tabelle 20).

6 Trotz der starken Korrelation ist die Verzerrung bei einer niedrigen Beteiligung größer. Verwendet man ein standardisiertes Streuungsmaß wie den Variationskoeffizienten, zeigt sich, dass die Beteiligung beim Volksentscheid stärker zwischen den Stadtteilen als bei der Bürgerschaftswahl streute.

Abbildung 9-3 Politisches Interesse unterschiedlicher Bildungsgruppen in Abhängigkeit von der Wohnumgebung



Abgebildet ist die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit in unterschiedlichen Wohngegenden, sich »mittel«, »stark« oder »sehr stark« für Politik zu interessieren, wenn Alter und Geschlecht konstant gehalten werden. Siehe Tabelle 9-2.

Daten: ALLBUS 2008.

Abbildung 9-3 lässt sich zudem entnehmen, dass der Effekt der Wohnumgebung stärker bei Menschen mit geringer Bildung ausfällt. In allen Wohngegenden interessieren sich Höhergebildete häufiger für Politik als Geringgebildete. Doch bei allen Bildungsgruppen steigt das Interesse mit der Qualität der Wohngegend – besonders stark bei den Geringgebildeten. Selbst für Befragte mit (Fach-) Hochschulabschluss gilt jedoch, dass zwischen einer durchschnittlichen und einer sehr guten Wohnumgebung ein statistisch signifikanter Unterschied besteht. Wie stark sich Menschen für Politik interessieren, hängt somit nicht allein von individuellen Merkmalen ab, sondern auch von der Umgebung, in der sie leben.

Zusammengenommen deuten die Befunde darauf hin, dass an Volksabstimmungen unabhängig von deren Gegenstand Einwohner intakter Viertel mit höherer Wahrscheinlichkeit teilnehmen als Personen aus »städtischen Problemgebieten« (Falter/Schumann 1994: 167). Stimmen Bürgerinnen und Bürger über Sachfragen ab, in denen – wie im Fall der Hamburger Schulreform – die Interessenlagen von Personen unterschiedlicher sozialer Schichten und damit Stadtteile auseinanderlaufen, können die gegenstandsunabhängigen Unterschiede in der politischen Partizipation das Ergebnis der Abstimmung systematisch in eine Richtung verzerren. Die Tatsache, dass eine Sachfrage in der direktdemokratischen Arena – und nicht (nur) in der repräsentativdemokratischen Arena – verhandelt wird, kann also die Erfolgchancen verschiedener Lösungsvorschläge beeinflussen.

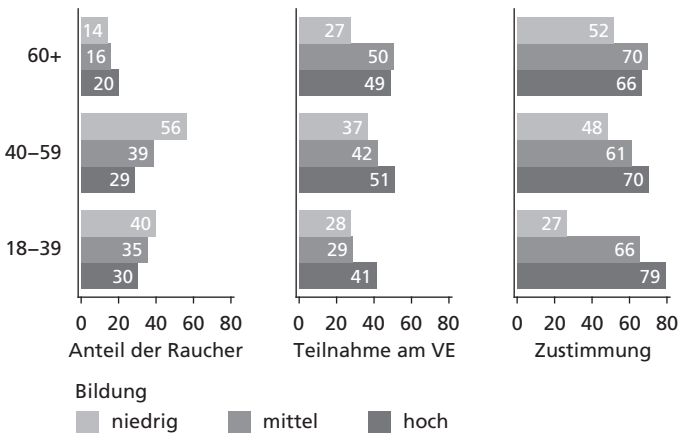
9.3.2 Nichtraucherchutz in Bayern

Ende 2007 stimmte der Bayerische Landtag mit Zustimmung von Abgeordneten aus allen Fraktionen für ein striktes Rauchverbot in Bayern. Doch sowohl in den Reihen der CSU als auch in der bayerischen Gastronomie gab es Vorbehalte gegen das Gesetz, weil es das Rauchen auch in Festzelten und Kneipen mit nur einem Raum verbot. Nach der Landtagswahl 2009, bei der die CSU die absolute Mehrheit verlor, wurde das Gesetz überarbeitet und Ausnahmen vom Rauchverbot wurden zugelassen. In kleinen Kneipen, Raucherräumen und Festzelten wurde das Rauchen nun zugelassen. Doch auch die neue Regelung hatte keinen Bestand. Gegen das aufgeweichte Rauchverbot formierte sich die Bürgerbewegung »Für einen echten Nichtraucherchutz!«. Ihr gelang es, ein Volksbegehren in die Wege zu leiten. Da sich die Landesregierung gegen den Reformvorschlag der Initiative wandte, kam es am 14. April 2010 zum Volksentscheid. Eine Mehrheit von 61 Prozent der Abstimmenden sprach sich für den strengeren Nichtraucherchutz aus. Die Beteiligung am Volksentscheid lag mit 38 Prozent bei der Hälfte der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bei bayerischen Landtagswahlen und noch 20 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung von 2008, die die zweittiefste aller Zeiten war.

Demokratiethoretisch relevant ist die geringe Beteiligung, weil die Wahrscheinlichkeit zu rauchen und die Wahrscheinlichkeit zu partizipieren gegenläufig verteilt sind. Faktoren, die das Rauchen begünstigen, gehen häufig mit geringem politischem Engagement einher. »Hohe Rauchquoten finden sich [...] bei Personen mit niedriger Bildung, niedrigem Berufsstatus und geringem Einkommen« sowie bei denjenigen, »die von Armut oder Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind« (Lampert 2010: 108). Jüngere (Männer) mit geringer Bildung rauchen überproportional häufig, wohingegen mit zunehmendem Alter und steigender Bildung die Rauchwahrscheinlichkeit abnimmt. Im Gegensatz dazu steigt die Partizipationsbereitschaft, so hat die empirische Partizipationsforschung immer wieder gezeigt, mit Bildungsgrad und Alter (bis zu einem Grenzwert) sowie mit der Verfügbarkeit von Ressourcen. Anhaltende Armut verringert nicht nur das politische Interesse, sondern reduziert auch das ehrenamtliche Engagement und die politische Beteiligung (Böhnke 2011: 23–24). Das Zusammenwirken dieser beiden Muster könnte bedeuten, dass vor allem die Nichtraucher über die Ausgestaltung des Rauchverbots entschieden haben.

Die im »Aktionsbündnis für Freiheit und Toleranz« organisierten Gegner eines strikten Rauchverbots waren sich bewusst, dass sie nur dann erfolgreich sein könnten, wenn sie Nichtraucher auf ihre Seite zogen. Deshalb versuchten sie, die Auseinandersetzung nicht als Konflikt zwischen Rauchern und Nichtrauchern darzustellen, sondern als Frage bayerischer Lebensart und individueller

Abbildung 9-4 Teilnahme am bayerischen Volksentscheid nach Bildungs- und Altersgruppen



Die Umfragedaten sind so gewichtet, dass der Anteil der Teilnehmer am Volksentscheid dem tatsächlichen Anteil entspricht.

Daten: NICHTRAUCHER.

Freiheit. Dies gelang jedoch nicht; die Einstellungen von Rauchern und Nichtrauchern veränderten sich während der Kampagne kaum (ausführlich hierzu Schoen/Glantz/Teusch 2011). Während mehr als 80 Prozent der Nichtraucher für ein ausnahmsloses Rauchverbot waren, galt dies nur für ein Drittel der Raucher. Empirisch bestätigte sich zudem der inverse Zusammenhang von Rauch- und Partizipationsverhalten. Von den Nichtrauchern gaben 42 Prozent an, am Volksentscheid teilgenommen zu haben, bei den Rauchern jedoch nur 30 Prozent. Da es gleichzeitig mehr als doppelt so viele Nichtraucher wie Raucher in der Bevölkerung gibt, kann der Ausgang des Volksentscheids nicht überraschen.

Abbildung 9-4 schlüsselt das Rauchverhalten, die Teilnahme am Volksentscheid sowie die Zustimmung zum strikten Nichtraucherschutz nach Alters- und Bildungsgruppen auf. Dabei zeigt sich, dass die Über-60-Jährigen zwar am seltensten rauchen, aber in besonders großer Zahl am Volksentscheid teilgenommen und dem Entwurf der Initiative »Für einen echten Nichtraucherschutz« zugestimmt haben. Die Unter-40-Jährigen rauchen dagegen häufiger, weisen aber geringe Beteiligungsquoten auf. Von denjenigen, die ihre Stimme abgegeben haben, ist auch in dieser Gruppe eine Mehrheit für das Rauchverbot. Allerdings gilt dies nicht für diejenigen, die höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen. Diese Gruppe weist höhere Rauchquoten auf, aber durchgängig nied-

rigere Beteiligungs- und Zustimmungsquoten. Dieser Vergleich deutet darauf hin, dass Raucher nicht mobilisiert wurden, obwohl sie mehrheitlich das Rauchverbot ablehnten.

Wie beim Volksentscheid in Hamburg fällt auch in Bayern die Beteiligung am Volksentscheid zum Nichtraucherschutz ungleich aus.⁷ Gerade soziale Gruppen, die besonders häufig rauchen, neigen unabhängig vom Gegenstand zu politischer Enthaltensamkeit. Somit scheinen beim bayerischen Volksentscheid diese gegenstandsunabhängigen Unterschiede in der politischen Beteiligung zum deutlichen Erfolg der Befürworter eines strikten Rauchverbots beigetragen zu haben. Diese Effekte sind sicherlich nicht allein für den Ausgang des Entscheids verantwortlich, da die Raucher eine Minderheit der Bevölkerung darstellen. Gleichwohl dürften sie den Vorsprung der Ja-Seite eher vergrößert als verkleinert haben. Auch hier ist der Wettbewerb in der direktdemokratischen Arena zugunsten einer Seite verzerrt.

9.3.3 Lehren aus der Schweizer Direktdemokratie

In keinem Land der Welt ist die direkte Demokratie so ausgebaut wie in der Schweiz. Zwischen 1848 und 2012 fanden dort fast 50 Prozent aller Volksabstimmungen auf gesamtstaatlicher Ebene statt (Wagschal 2013: 620). Aber auch in den Kantonen und Gemeinden bieten sich für die Bürgerinnen und Bürger vielfache Mitentscheidungsmöglichkeiten. Diese Vielfalt ermöglicht es, Effekte der Direktdemokratie vergleichend zu erfassen, und hat die Schweiz zu einem wissenschaftlich gut erforschten Land gemacht. In der Mehrzahl der Studien wird die Schweizer Demokratie positiv bewertet, weil dort politische Entscheidungen näher an den Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger liegen (Hug 2011). Ausgebaute demokratische Beteiligungsmöglichkeiten, das macht die direkte Demokratie auch für Neorepublikaner attraktiv, wirken sich im inner-schweizerischen Vergleich positiv auf die Bewertung lokaler politischer Institutionen aus (Bühlmann 2007) und führen zu einem höheren bürgerschaftlichem Engagement in Vereinen (Freitag/Schniewind 2007). Mit den direktdemokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten in den Kantonen steigt zudem die Steuermoral (Pommerehne/Weck-Hannemann 1996) und die allgemeine politische Informiertheit der Bürgerinnen und Bürger (Benz/Stutzer 2004). Frey und Stutzer (2000) finden sogar eine positive Wirkung auf die Lebenszufriedenheit:

7 Die hier präsentierten Zahlen *unterschätzen* vermutlich die tatsächlichen Beteiligungsunterschiede, da Geringgebildete in der Befragung deutlich unterrepräsentiert sind. Bildung verringert nicht nur die Rauchwahrscheinlichkeit, sondern geht auch mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einher, an dieser telefonischen Umfrage teilzunehmen.

Menschen in besonders beteiligungsintensiven Kantonen sind zufriedener als die anderenorts, weil sie die Politikergebnisse und die Beteiligungsmöglichkeiten positiv beurteilen. Dieser Befund wird allerdings in einer neueren Untersuchung bestritten, die keinen Zusammenhang mit der allgemeinen Lebenszufriedenheit, wohl aber eine positive, wenngleich moderate Wirkung der Direktdemokratie auf die Demokratiezufriedenheit findet (Stadelmann-Steffen/Vatter 2012: 548–549).

Umstritten ist, wie sich die direkte Demokratie auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und auf die Staatsausgaben auswirkt.⁸ In Anlehnung an das Medianwähler-Theorem fürchten Kritiker, dass Volksabstimmungen zu höheren Ausgaben und einer höheren Steuerbelastung führen, weil die Mehrheit der Abstimmenden unter dem Durchschnittseinkommen liegt und von mehr Umverteilung zu profitieren hofft. Doch empirische Studien können dies nicht bestätigen, weil im Gegenteil die direkte Demokratie – vor allem das Finanzreferendum – das Wachstum der Staatseinnahmen und -ausgaben bremst und als entscheidender Faktor angesehen wird, warum die Schweiz ein sozialpolitischer Nachzügler war, obwohl es auch Volksinitiativen gab, die expansiv wirkten (Freitag/Vatter/Müller 2003; Wagschal/Obinger 2000). Inzwischen dominiert die Sicht, dass mehr Bürgerbeteiligung vor allem den Status quo schützt, sodass sie heute auch Einschnitte in den Sozialstaat erschwert (Moser/Obinger 2007). Schließlich sprechen geringere Haushaltsdefizite und eine niedrigere Verschuldung aus Sicht vieler Beobachter für die Ausweitung der direkten Demokratie (Freitag/Vatter 2001; Kirchgässner 2002).⁹ Insgesamt werde staatliches Handeln durch die direkte Demokratie effizienter, denn trotz niedriger Einnahmen und Ausgaben falle die Ungleichheit in beteiligungsintensiven Kantonen geringer aus (Feld/Fischer/Kirchgässner 2010).

Empirische Studien zur Direktdemokratie bestätigen hingegen Barbers Annahme nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger generell partizipationsbereit sind und die Gelegenheit zur Mitsprache nutzen, wenn sie ihnen gegeben wird. Dagegen spricht allein schon der Rückgang der Beteiligung bei eidgenössischen Abstimmungen, an denen heute im Durchschnitt weniger als 50 Prozent der

8 Siehe im Überblick Vatter (2007).

9 Insbesondere Ökonomen loben eine niedrigere Steuerbelastung und geringere Sozialausgaben als positiven Effekt der direkten Demokratie und erkennen darin den Nachweis, dass den fiskalischen Präferenzen der Bürger entsprochen wird. Doch die Bremswirkung könnte auch durch die ungleiche Beteiligung sozialer Gruppen erklärt werden. Falls die Abstimmungseignung von denselben Faktoren wie die Bereitschaft abhängt, an Umfragen teilzunehmen, ist die Kongruenz zwischen Befragungs- und Abstimmungsergebnissen nicht überraschend.

Abstimmungsberechtigten teilnehmen.¹⁰ Zudem zeigt Kriesi (2005: Kapitel 3), dass die Beteiligung von der Intensität der Kampagne abhängt, auf die Parteien und Interessengruppen besonderen Einfluss haben. Die Vorstellung, durch mehr direkte Demokratie könne die Beteiligungskluft überwunden werden, muss zurückgewiesen werden, ist sie doch vor allem »ein Fest für beteiligungswillige, -geschulte und -freudige Bürger« (Schmidt 2010: 346), die sich besonders häufig unter den sozioökonomisch Bessergestellten finden (Linder 2009: 14).

Ausgebaute Beteiligungsrechte, so die Lehren aus der Schweiz, entfalten positive Wirkung und sind ein Weg, Bürgertugenden zu kultivieren. Jedoch müsste in weiterer Forschung noch gezeigt werden, ob diese positiven Effekte nur für diejenigen anfallen, die tatsächlich partizipieren, oder sich auch auf die Inaktiven übertragen (und wenn ja, wie dies geschieht). Insbesondere der neoathenische Republikanismus setzt große Hoffnung in die Erziehung der Bürgerinnen und Bürger zur politischen Mündigkeit durch ausgebaute Partizipationsmöglichkeiten – je robuster die Ergebnisse sind, dass diese jenes bewirken, desto mehr muss es ein Anliegen sein, eine möglichst breite Partizipation aller Bevölkerungsschichten zu ermöglichen.

9.4 Fazit

Die Demokratie erscheint vielen Beobachtern reformbedürftig. Wahlrechtsreformen und die Ausweitung direktdemokratischer Verfahren sollen Politikmüdigkeit bekämpfen und den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf politische Entscheidungen erhöhen. Empirisch bestätigt sich, dass Menschen mit höherer Bildung von neuen Partizipationsmöglichkeiten Gebrauch machen und verschiedene Kanäle nutzen, um ihre Interessen zu artikulieren. Für Geringgebildete gilt das jedoch in geringerem Maß. Demokratische Innovationen eröffnen neue Partizipations- und Einflussmöglichkeiten, doch werden diese nicht von allen gleichermaßen (gut) genutzt. Zusätzliche Einflusskanäle erweisen sich empirisch häufig als Einflussmöglichkeiten für bestimmte Teile des Elektorats, weshalb die Demokratiereformen der vergangenen Jahre keine Antwort auf den Rückgang der Wahlbeteiligung bieten.¹¹ Je ungleicher die Beteiligung ausfällt,

10 Detaillierte Daten finden sich hier: <www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/indexthemen/17/03blank/data/01.html>.

11 Das gilt erst recht, wenn man bedenkt, dass einige Anhaltspunkte darauf hindeuten, dass sowohl das Kumulieren und Panaschieren (Vetter 2008: 893) wie auch die Direktdemokratie (Freitag/Stadelmann-Steffen 2007: 206) die Wahlbeteiligung mindern.

desto stärker können zusätzliche Partizipationsgelegenheiten die Repräsentation politischer Interessen verzerren. Wie stark die Verzerrung ausfällt, hängt vom Abstimmungsgegenstand und der Beteiligungsrate ab. Verläuft die Konfliktlinie zwischen Befürwortern und Gegnern einer Sachfrage quer durch alle sozialen Schichten, verzerrt die ungleiche Abstimmungsbeteiligung das Ergebnis nicht. Falls jedoch die inhaltliche Positionierung von denselben Faktoren abhängt, die auch die Beteiligungswahrscheinlichkeit beeinflussen, wächst die Gefahr, dass wegen (gegenstandsunabhängiger) Unterschiede in der Beteiligungsbereitschaft die Interessen der sozial Bessergestellten überproportional gute Durchsetzungschancen erhalten.

Der Reiz von mehr direkter Demokratie liegt im Gegengewicht zur Parteidemokratie, die häufig als unzureichend wahrgenommen wird. Die Gefahr liegt in der partizipatorischen Kluft, die mit einer geringen Beteiligung einhergeht. Eine Lösung wäre, festzulegen, dass die Hürden für die Initiierung eines Volksbegehrens zwar niedrig sein dürfen, dass aber nicht nur eine Mehrheit der Abstimmenden zustimmt, sondern dass diese Gruppe auch mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten umfassen muss. Die Erfolgswahrscheinlichkeit einer Volksabstimmung hinge dann auch von der Höhe der Beteiligung ab. Relativ hohe Zustimmungsquoren – die bereits in mehreren Bundesländern existieren – zwingen die Initiatoren einer Volksabstimmung, insbesondere dort für die Stimmabgabe zu werben, wo eine niedrige Beteiligung zu erwarten ist. Sowohl der Volksentscheid zum Nichtraucherschutz als auch der zur Primarschule wären an einer 25-Prozent-Zustimmungsquote (knapp) gescheitert, aber auf lokaler Ebene bei Bürgerentscheiden werden Beteiligungsraten erreicht, die das Überspringen auch dieser Hürde möglich machen. Befürworter der direkten Demokratie werden Regeln ablehnen, die Erfolge bei Volksabstimmungen schwieriger machen, doch höhere Zustimmungsquoren bei einer einfachen Initiierung könnten einen Ausgleich zwischen den beteiligungsorientierten und den egalitären Elementen der Demokratie fördern.

Kapitel 10

Ist eine Wahlpflicht gerechtfertigt?

Die politische Beteiligung ist in den letzten Jahren zunehmend ungleicher geworden, und Demokratiereformen, die die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger ausweiten sollen, bergen Gefahr, diese Beteiligungskluft weiter zu vertiefen. Ob bei Wahlen oder im Ehrenamt, bei der Mitarbeit in Parteien oder bei der Inanspruchnahme alternativer Beteiligungsformen – überall zeigt sich eine Schieflage zulasten der sozial Schwachen. Das Versprechen der politischen Gleichheit wird heute weniger als in der Vergangenheit eingelöst. Eine radikale Reformoption, die dies zumindest partiell ändern könnte, ist die Einführung einer gesetzlichen Wahlpflicht. Sie würde, wenn auch nur bei Wahlen, zu einer viel höheren und damit voraussichtlich auch zu einer ausgewogeneren Beteiligung führen. Nicht direkt betroffen wären dagegen andere Formen politischer Partizipation, wie das Engagement in Parteien, Organisationen und Vereinen, weshalb politische Ungleichheit nur punktuell verringert würde. Unabhängig von der Wirkung, die die Einführung einer Wahlpflicht hätte, ist diese Reformoption nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch öffentlich höchst umstritten. Für viele Beobachter liegt auf der Hand, dass das Wahlrecht die Möglichkeit einschließen muss, nicht zu wählen. Die demokratietheoretische Auseinandersetzung über die Zulässigkeit einer Wahlpflicht eignet sich, das kontroverse Verhältnis von Freiheit und Gleichheit, aber auch von Rechten und Pflichten zu erhellen, das Republikanismus und Liberalismus jeweils unterschiedlich akzentuieren.

10.1 Die Wirkung der Wahlpflicht auf Höhe und Streuung der Wahlbeteiligung

Weltweit gibt es eine Fülle demokratischer Staaten mit gesetzlicher Wahlpflicht (Birch 2009: 36). Besonders verbreitet ist sie in Lateinamerika, wo eine Mehrzahl der Staaten ihre Bürgerinnen und Bürger zur Stimmabgabe bei Wahlen verpflichtet. Aber auch in Europa ist Wahlpflicht nichts Ungewöhnliches. In Belgien, Griechenland, Italien, Liechtenstein, Luxemburg und den Niederlanden,

aber auch in einigen österreichischen Bundesländern und Schweizer Kantonen besteht oder bestand Wahlpflicht. Bereits im 19. Jahrhundert führten mehrere Schweizer Kantone eine Wahlpflicht ein, doch nur in Schaffhausen gilt sie bis heute. Landesweit wurde sie zuerst in Belgien im Jahr 1892 eingeführt. Während heute argumentiert wird, dass ihre Einführung Mitte-links-Parteien nutzen könnte, weil sie sozial Schwache an die Wahlurne treibe (Lijphart 1997), geht sie historisch auf konservative Parteien zurück, die fürchteten, ihre Anhänger könnten in großer Zahl der Wahlurne fernbleiben, während die gut organisierte Arbeiterschaft das vielfach erst kürzlich erhaltene Wahlrecht in hohem Maß nutzen würde (Tingsten [1937]1975: 182–183; Helmke/Meduid 2008). Mit Zustimmung beurteilten zeitgenössische Beobachter daher, wie in Belgien zeitgleich mit der Wahlpflicht auch das Pluralstimmrecht eingeführt wurde, das als notwendiges Gegengewicht wahrgenommen wurde (Vutkovich 1906: 61):

The plural vote, which gives supplementary voting power to the better qualified members of the community, such as the heads of families, landowners, government bondholders and people of education, was adopted contemporaneously with a constitutional revision which had for its principal object a more than ten-fold extension of the franchise which would make the suffrage nearly if not quite universal. The danger attending the latter change was that the more responsible and sounder classes of the community, irrespective of social standing, might be swamped, electorally at least, by the sudden rush of radical, socialist, and collectivist voters, especially in the thickly populated industrial areas and in the large cities of the country. (Nerincx 1901: 275)

Die Wahlpflicht wurde nicht eingeführt, um politischer Gleichheit zum Durchbruch zu verhelfen, sondern vor allem aus strategischen Überlegungen. In den USA befürchtete ein Befürworter der Wahlpflicht, dass gerade gebildete und politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger der Wahlurne fernblieben und dadurch die Qualität der Demokratie beschädigten:

The ignorant and vicious voters, as a class, are rarely remiss in exercising their privilege. It is the well-to-do class, the refined and cultured gentlemen who shun contact with »the masses« at the polls [...] or, as has been said, the men with clothes that would spoil in a rain, who remain at home, and exhibit a more or less supercilious disregard of their duties as citizens. (Holls 1891: 595)

Empirische Studien bestätigen immer wieder den starken Effekt, den eine gesetzliche Wahlpflicht auf die Wahlteilnahme ausübt (Gosnell 1930: 184–185; Tingsten [1937]1975: 205; Jackman 1987: 412; Blais/Dobrzynska 1998: 246; Blais 2006: 112–113; Geys 2006: 652). Dieser Befund bestätigt sich, wenn die durchschnittliche Wahlbeteiligung der 23 Länder, die in dieser Arbeit untersucht werden, zwischen 1960 und 2010 in einem Boxplot dargestellt wird (Abbildung 10-1, obere Teilgrafik). Dabei werden Wahlen ohne Wahlpflicht, solche

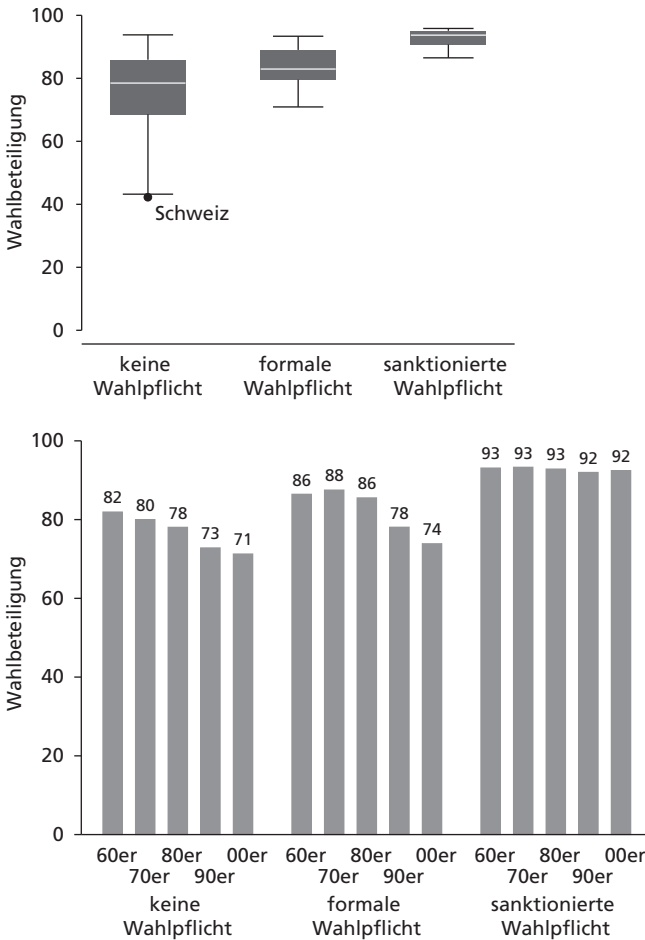
mit formaler, aber nicht durchgesetzter und schließlich die mit sanktionierter Wahlpflicht unterschieden. Mit dem Sanktionierungsgrad steigt nicht nur die mittlere Wahlbeteiligung (der weiße Querbalken gibt den Median an), sondern auch die Streuung nimmt ab: Länder mit Wahlpflicht unterscheiden sich untereinander sehr viel weniger in der Höhe der Wahlbeteiligung, als dies für Länder mit freiwilliger Stimmabgabe gilt. In Australien, Belgien und Luxemburg liegt die Wahlbeteiligung durchgängig über 90 Prozent – ein Wert, den zwar auch Deutschland in den Siebzigerjahren bei Bundestagswahlen erzielte, aber seitdem nicht mehr.¹ Eine Wahlpflicht ist, so kann man aus der Streuung schließen, eine hinreichende, aber keine notwendige Bedingung, um besonders hohe Beteiligungsraten zu erreichen. Dies wird noch deutlicher, wenn die Wahlbeteiligung der drei Gruppen im Zeitverlauf betrachtet wird (Abbildung 10-1, untere Teilgrafik). Während sowohl in der ersten als auch in der zweiten Gruppe die Wahlbeteiligung sinkt, lässt sich in Ländern mit sanktionierter Wahlpflicht keine nennenswerte Veränderung feststellen. Der deutliche Rückgang der mittleren Ländergruppe lässt sich dadurch erklären, dass sowohl Italien als auch Griechenland die ohnehin nie strikt sanktionierte Wahlpflicht weiter abgeschwächt haben, wodurch die Nichtwahl folgenlos bleibt und der Nichtwähleranteil steigt.

Noch deutlicher werden die Unterschiede, wenn statt nationaler Parlamentswahlen – bei denen die Wahlbeteiligung regelmäßig am höchsten ausfällt – »Nebenwahlen« betrachtet werden. Klassisches Beispiel einer Nebenwahl sind Europaparlamentswahlen (Reif/Schmitt 1980). Da diese von vielen als weniger wichtig bewertet werden, fällt die Beteiligung besonders niedrig aus. Dies zeigt sich in Abbildung 10-2, in der die enorme Beteiligungsspanne der Länder ohne Wahlpflicht sichtbar wird. Während in Malta auch bei EP-Wahlen eine Beteiligung von über 80 Prozent erreicht wird, machten in der Slowakei 2014 nur 13 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Deutlich höher fällt die Wahlbeteiligung in Ländern aus, die über Wahlpflicht verfügen, selbst wenn diese wie in Griechenland nicht länger sanktioniert wird. Belgien und Luxemburg, die beiden Länder mit strikter Wahlpflicht, verzeichnen auch bei Europawahlen eine Beteiligung von 90 Prozent – womit sie fast doppelt so hoch wie der Durchschnitt liegen. Die Differenz zwischen Ländern mit und ohne Wahlpflicht ist, so lässt sich am Beispiel der Europaparlamentswahlen ablesen, bei Nebenwahlen noch größer als bei den Hauptwahlen.²

1 Das einzige demokratische Land, das auch ohne Wahlpflicht durchgängig Beteiligungsraten von über 90 Prozent erzielt, ist Malta. Zu den Besonderheiten des dortigen Wahlrechts siehe Hirczy (1995).

2 Der in statistischen Analysen üblicherweise ermittelte Effekt der Wahlpflicht unterschätzt damit deren Wirkung, weil ausschließlich Wahlen mit besonders hoher Beteiligung analysiert werden.

Abbildung 10-1 Die Höhe der Wahlbeteiligung bei nationalen Parlamentswahlen in 23 Demokratien

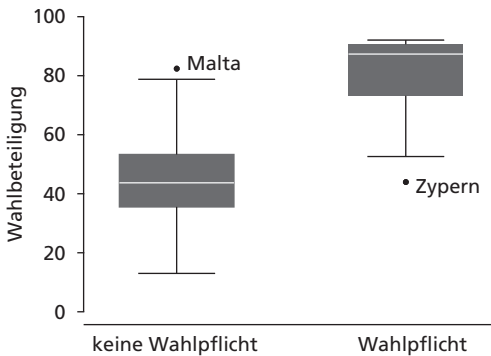


Länder mit formaler, aber nicht sanktionierter Wahlpflicht: Griechenland und Italien (bis 1992). Länder mit sanktionierter Wahlpflicht: Australien, Belgien, Luxemburg, die Niederlande (bis 1970).

Daten: IDEA. Siehe Tabelle 10-1 im Anhang für genaue Quellenangaben.

Dasselbe Muster, das sich international zeigt, findet man auch, wenn man Nationalratswahlen in österreichischen Bundesländern mit und ohne Wahlpflicht miteinander vergleicht (Abbildung 10-3). Lange Zeit gehörte Österreich zu den Ländern mit ungewöhnlich hoher Wahlbeteiligung, doch seit Anfang der Neun-

Abbildung 10-2 Wahlbeteiligung bei Europaparlamentswahlen, 1979–2014



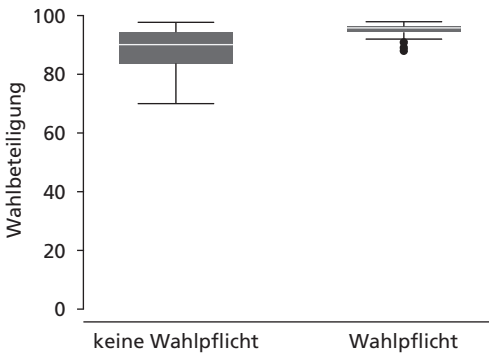
Länder mit Wahlpflicht: Belgien, Griechenland, Italien (bis 1992), Luxemburg und Zypern.
Daten: EUPARL.

zigerjahre ist ein Rückgang zu verzeichnen. Zwischen 1945 und 1986 lag die landesweite Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen jeweils über 90 Prozent, seither ist sie um etwa 10 Prozentpunkte gesunken. In vier Bundesländern bestand zeitweilig eine gesetzliche Wahlpflicht, die aber inzwischen überall abgeschafft worden ist. Bei Wahlen mit Wahlpflicht fällt nicht nur die durchschnittliche Wahlbeteiligung besonders hoch aus, sondern es bestehen auch kaum Unterschiede zwischen den Bundesländern. Ohne Wahlpflicht werden in Österreich zwar auch hohe Beteiligungsraten erzielt, doch die Unterschiede sind größer und insbesondere in den letzten Jahren sinkt die Wahlbeteiligung.³

Der Vergleich der Wahlbeteiligung bei österreichischen Wahlen macht deutlich, dass die verpflichtende Stimmabgabe für Beteiligungsraten sorgt, die ohne sie nur ausnahmsweise erreicht werden. Die hohe Wahlbeteiligung der Vergangenheit lässt sich sicher nicht allein auf die Wahlpflicht zurückführen, denn sie wurde auch in Bundesländern ohne gesetzlichen Zwang erzielt. Solange die Wahlpflicht

³ Im Gegensatz zu den Nationalratswahlen galt bei Bundespräsidentenwahlen bis 1982 in allen österreichischen Bundesländern Wahlpflicht. Die Beteiligung lag, solange diese Regel bestand, bei durchschnittlich 95 Prozent. Von 1986 bis 1992 galt die Wahlpflicht noch in vier Bundesländern, und die Wahlbeteiligung fiel auf 84 Prozent. Nochmals um 10 Prozentpunkte sank die Wahlbeteiligung 1998, als nur noch in zwei Bundesländern eine gesetzliche Wahlpflicht herrschte, um 2004 auf 72 Punkte zu sinken. Nachdem Tirol als letztes Bundesland seinen Bürgern das Wählen freigestellt hatte, fiel 2010 – bei der ersten Bundespräsidentenwahl ohne Wahlpflicht – die Beteiligung auf den historisch niedrigsten Wert von 53 Prozent. Innerhalb von drei Jahrzehnten ist damit die Wahlbeteiligung bei österreichischen Bundespräsidentenwahlen um fast 40 Prozentpunkte gefallen.

Abbildung 10-3 Die Wahlbeteiligung bei österreichischen Nationalratswahlen, 1945–2008



Bundesländer mit Wahlpflicht: Steiermark, Tirol, Vorarlberg (alle bis 1992); Kärnten (1986–1992).

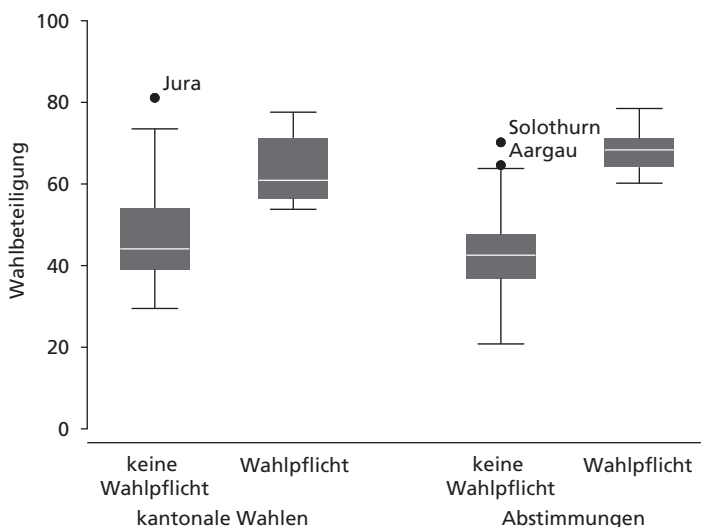
Daten: ÖSTERREICH.

in Österreich bestand, war sie unnötig, um hohe Wahlbeteiligungsraten zu garantieren, aber gerade als die Wahlbeteiligung in Bundesländern ohne Wahlpflicht zurückzugehen begann, wurde sie auch in den anderen abgeschafft, sodass heute überall geringere Beteiligungsraten als in der Vergangenheit erzielt werden.

Schließlich lohnt, wenn man Effekte einer Wahlpflicht aufzeigen will, der Blick auf Schaffhausen, den einzigen Schweizer Kanton, in dem sie heute besteht, wenngleich das Bußgeld von drei Franken nur einen Bruchteil der Strafe für ein Vergehen wie etwa das Falschparken ausmacht. Dennoch liegt die Wahlbeteiligung bei kantonalen Wahlen und bei Volksabstimmungen in Schaffhausen regelmäßig über der anderer Kantone. Zwar werden auch dort keine Beteiligungsraten wie in Australien oder Belgien erzielt, aber entspräche die Wahlbeteiligung im gesamten Land diesem Niveau, läge die Schweiz im internationalen Mittelfeld statt am unteren Ende. Selbst eine fast symbolische Strafe, die jedoch von den lokalen Behörden konsequent durchgesetzt wird, führt zu einer signifikant höheren Beteiligung. Dies stimmt mit neueren Befunden überein, die zeigen, dass der Effekt der Wahlpflicht davon abhängt, wie sie umgesetzt wird (Panagopoulos 2008; Singh 2011).

Während die Wahlpflicht unbestreitbar die durchschnittliche Wahlbeteiligung anhebt, wird dennoch bezweifelt, dass eine höhere auch zu einer sozial gleichmäßigen Beteiligungsrates führt. Zwar zeigt Irwin (1974: 299) am niederländischen Beispiel, dass nach Abschaffung der Wahlpflicht eine soziale Differenzierung der Wahlteilnahme stattfand, doch Quintelier et al. (2011) kommen

Abbildung 10-4 Die Beteiligung bei Wahlen und Abstimmungen in Schweizer Kantonen, 1971–2013

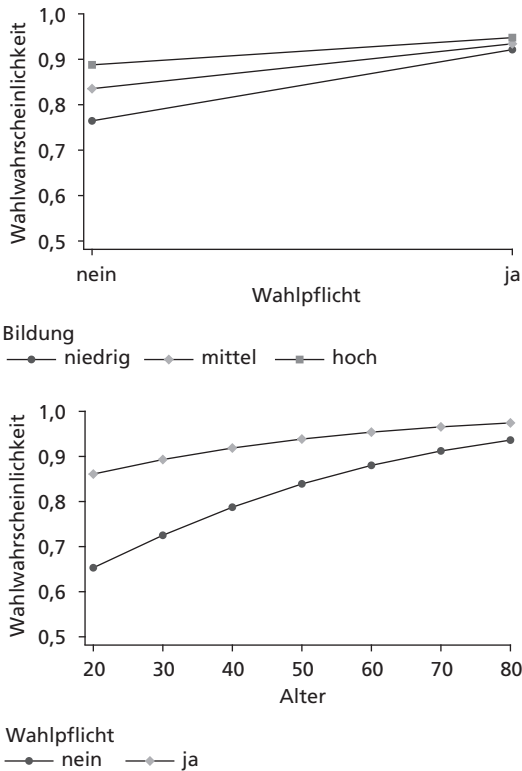


Nur im Kanton Schaffhausen besteht heute noch Wahlpflicht. Dort wird die Nichtwahl mit einem Bußgeld von drei Franken belegt.
Daten: SCHWEIZ.

nach Auswertung von Umfragen aus 37 Ländern zum gegenteiligen Schluss. Sie zeigen, dass zwar das durchschnittliche Niveau der Wahlbeteiligung angehoben, aber die soziale Spreizung der Wahlteilnahme nicht verringert wird. Mehr noch, während die Unterschiede von Bildungsgruppen durch eine Wahlpflicht unberührt blieben, nehme die Wahlbeteiligung von Älteren überproportional zu, sodass in Wahlpflichtländern größere altersbezogene Beteiligungsunterschiede als in Ländern ohne Wahlpflicht bestünden. Um zu prüfen, ob die Wahlpflicht egalisierend wirkt oder nicht, werden deshalb im Folgenden wie im vierten Kapitel Umfragen aus 23 Ländern herangezogen, wobei ich nur Befragungen seit dem Jahr 2000 auswerte. Wie Quintelier et al. versuche auch ich nicht, ein vollständiges Modell der individuellen Wahlteilnahme zu entwickeln, sondern untersuche stattdessen das Zusammenspiel von Alter, Bildung und Geschlecht mit der Wahlpflicht.

Wenig überraschend bestätigt auch diese Auswertung, dass die individuelle Wahlwahrscheinlichkeit durch eine Wahlpflicht angehoben wird – unter sonst gleichen Umständen um 15 Prozentpunkte. Noch in Übereinstimmung mit Quintelier et al. zeigt sich weder in Ländern ohne noch in solchen mit Wahl-

Abbildung 10-5 Die Wirkung der Wahlpflicht auf Bildungs- und Altersgruppen in 23 Ländern



Dargestellt ist die vorhergesagte Wahlwahrscheinlichkeit, die aus einem logistischen Regressionsmodell berechnet wurde. Siehe Tabelle 10-2.

Daten: UMFragEn, siehe Tabelle 4-1 oben.

pflicht ein signifikanter Unterschied in der Wahlbeteiligung von Frauen und Männern. Geschlechtsspezifische Unterschiede fallen heute sehr viel geringer als in der Vergangenheit aus, und die Wahlpflicht lässt die Beteiligungsraten beider Geschlechter ansteigen, aber die Höhe des Anstiegs unterscheidet sich zwischen ihnen nicht. Interessanter ist der Blick auf die Wahlteilnahme von Bildungsgruppen, weil hier deutliche Unterschiede zur Studie von Quintelier et al. sichtbar werden. Die Wahlpflicht hebt die Beteiligungsraten aller Gruppen an, am stärksten jedoch die der Niedriggebildeten, wodurch sich Beteiligungsunterschiede verringern (Abbildung 10-5, obere Teilgrafik). Zwar ergeben ergänzende,

hier nicht gesondert aufgeführte Analysen, dass in beiden Ländergruppen ein statistisch signifikanter Unterschied zwischen Niedrig- und Höhergebildeten besteht, doch ohne Wahlpflicht beträgt die Differenz 15 Prozentpunkte, mit jedoch nur 7 Prozentpunkte. Noch stärker egalisierend wirkt ein Wahlzwang auf die Beteiligungsbereitschaft unterschiedlicher Altersklassen (Abbildung 10-5, untere Teilgrafik). Wie oben gezeigt, wählen Jüngere seltener als Ältere. Erfolgt die Stimmabgabe freiwillig, fällt der Unterschied jedoch siebenmal so groß wie in Wahlpflichtländern aus. Wenn es stimmt, dass die Stimmabgabe auch eine Gewohnheit ist, die in den ersten Jahren des Erwachsenenalters eingeübt wird, bedeutet der Verzicht auf eine Wahlpflicht, dass jüngere Kohorten nicht zum Wählen sozialisiert werden.

Für die im Vergleich zu anderen Autoren abweichenden Ergebnisse könnten unterschiedliche Methoden oder Unterschiede in der Datengrundlage verantwortlich sein. Um möglichen Ursachen nachzugehen, wiederhole ich dieselbe Analyse mit dem Datensatz, den auch Quintelier et al. verwenden.⁴ Allerdings beschränke ich mich einerseits auf die Ländergruppe, die in dieser Arbeit im Mittelpunkt steht, andererseits ignoriere ich den weitgehend unkontroversen Aspekt, ob noch geschlechtsspezifische Unterschiede in der Wahlteilnahme bestehen.⁵ Auch wenn derselbe Datensatz ausgewertet wird, ändern sich die Ergebnisse nicht (Abbildung 10-6). In Australien und Belgien wählt nicht nur ein höherer Anteil der Wahlberechtigten, sondern die Unterschiede zwischen Bildungs- und Altersgruppen fallen auch geringer aus. An diesem Befund ändert sich nichts, wenn alle Länder einbezogen werden, und er hängt auch nicht von der verwendeten Methode ab, wie aus Tabelle 10-3 im Anhang hervorgeht, denn alle Modelle kommen zu nahezu identischen Ergebnissen (siehe auch Gallego 2010: 246).⁶

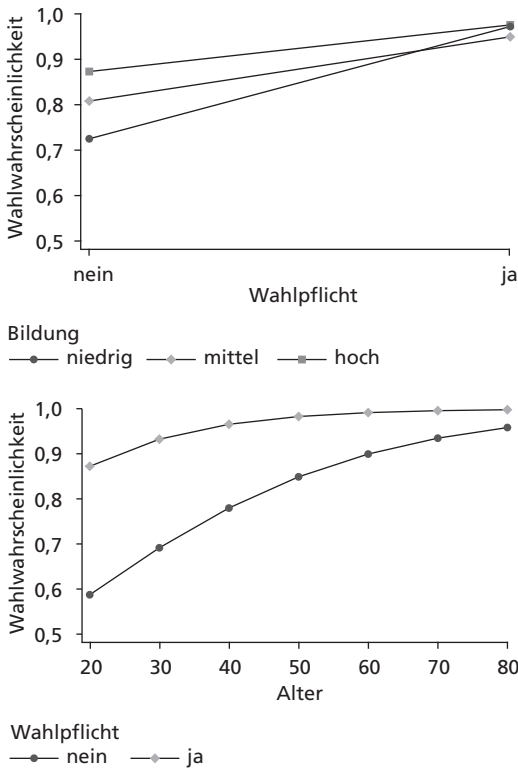
Bereits in früheren Kapiteln wurde auf das von Herbert Tingsten formulierte »Gesetz der Streuung« hingewiesen, nach dem Beteiligungsunterscheide bei hoher Wahlbeteiligung geringer ausfallen. Dahinter steht eine logische Notwendigkeit, wie ein einfaches Beispiel verdeutlicht. Angenommen, es gäbe drei gleich große Gruppen von Wahlberechtigten und die durchschnittliche Wahlbeteili-

⁴ Ich danke Ellen Quintelier dafür, mir den von ihnen verwendeten Datensatz zur Verfügung gestellt zu haben.

⁵ Die Länder sind Australien, Belgien (nur Flandern), Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Japan, Kanada, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, UK, USA.

⁶ Nach ausführlichen Tests komme ich zu dem Schluss, dass Quintelier et al. (2011) schlicht Fehler unterlaufen sind. Zum einen interpretieren sie in unzulässiger Weise die Interaktionseffekte eines logistischen Modells so, als wären sie die eines linearen Modells, und zum anderen stellen sie in *Figure 1* keine vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten der Wahlteilnahme dar, denn diese müssten zwischen 0 und 1 liegen, was bei ihnen jedoch nicht der Fall ist.

Abbildung 10-6 Die Wirkung der Wahlpflicht auf Bildungs- und Altersgruppen in 19 Ländern



Dargestellt ist die vorhergesagte Wahlwahrscheinlichkeit, die aus einem logistischen Regressionsmodell berechnet wurde. Siehe Tabelle 10-3.

Daten: ISSP 2004.

gung liege, wie das in Australien, Belgien oder Luxemburg üblich ist, bei 90 Prozent. Falls nun 95 von 100 Wahlberechtigten der ersten Gruppe wählen und 90 der zweiten, dann kann die Wahlbeteiligung der dritten Gruppe nicht niedriger als 85 Prozent ausfallen, um den Durchschnittswert zu erreichen. Liegt jedoch die Wahlbeteiligung bei nur 70 Prozent – das entspricht in etwa der Beteiligung bei der Bundestagswahl 2009 – und falls erneut 95 Prozent der ersten Gruppe wählen, während die zweite Gruppe dem Durchschnitt entspricht, dann kann der Wert der dritten auf 45 Prozent sinken. Diese Werte entsprechen, wie im siebten Kapitel gezeigt wurde, fast der Streuung der Wahlbeteiligung in einer

Großstadt wie Köln. Bei extrem hoher Wahlbeteiligung können keine großen Beteiligungsunterschiede auftreten, während das bei einer niedrigen möglich, wenn auch nicht zwingend ist. Kurz, da eine sanktionierte Wahlpflicht für Beteiligungsraten jenseits der 90 Prozent sorgt, können Ergebnisse nicht stimmen, die annehmen, auch in diesen Ländern bestünden weiterhin nennenswerte Unterschiede in der Wahlteilnahme sozialer Gruppen: »When voting is compulsory, turnout rates are high, thereby rendering inequality in voter turnout impossible« (Gallego 2010: 246).

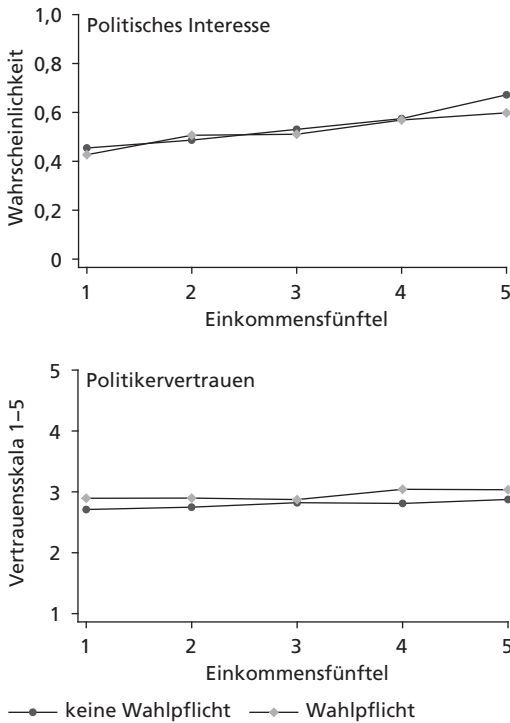
10.2 Weitere Effekte der Wahlpflicht?

Der positive Effekt der Wahlpflicht auf die Höhe und soziale Ausgewogenheit der Wahlbeteiligung ist empirisch gut abgesichert. Mit einer rückläufigen Wahlbeteiligung wird, so lässt sich annehmen, der Abstand zwischen Ländern mit und ohne Wahlpflicht weiter zunehmen (Schäfer 2011b: 6). Aufgrund der zentralen Bedeutung von Wahlen und des demokratischen Versprechens, für eine gleiche Berücksichtigung aller Interessen zu sorgen, liefern diese Befunde Argumente für eine Wahlpflicht. Doch wie die Wahlpflicht sich auf andere, ebenfalls wünschenswerte politische Einstellungen und Handlungen auswirkt, ist weit weniger erforscht. Die umfassendste Analyse stammt von Birch (2009: Kapitel 4), die Umfragen aus 38 Demokratien auswertet und dabei kaum Effekte findet: Weder seien Befragte in Wahlpflichtländern politisch besonders interessiert noch kontaktierten dort Parteien die Wähler besonders häufig. Einzig die Wahrscheinlichkeit, an politischen Protestaktivitäten jenseits von Wahlen teilzunehmen, liege in Wahlpflichtländern höher.

In diesem Abschnitt wird für vier Bereiche geprüft, ob Unterschiede zwischen Ländern mit und ohne Wahlpflicht bestehen. Dafür werden zwei ländervergleichende Umfragen kombiniert, wodurch 22 Länder in die Analyse eingeschlossen werden können.⁷ Unter ihnen sind mit Australien, Belgien und Luxemburg drei Länder, die über eine strikte Wahlpflicht verfügen. In allen Analysen werden zudem fünf gleich große Einkommensgruppen miteinander verglichen, da die Wirkung der Wahlpflicht sozial differenziert sein könnte. Im ersten Schritt wird die Auswirkung auf das politische Interesse betrachtet. Besteht gesetzlicher Zwang zum Wählen, könnte dies zu einer erhöhten politischen Aufmerksamkeit der Bevölkerung führen, da niemand sich gänzlich der Politik entziehen

⁷ Lediglich Island hat weder am *European Social Survey 2004* noch am *International Social Survey Programme 2004* teilgenommen und kann daher nicht berücksichtigt werden.

Abbildung 10-7 Wahlpflicht, politisches Interesse und Politikervertrauen

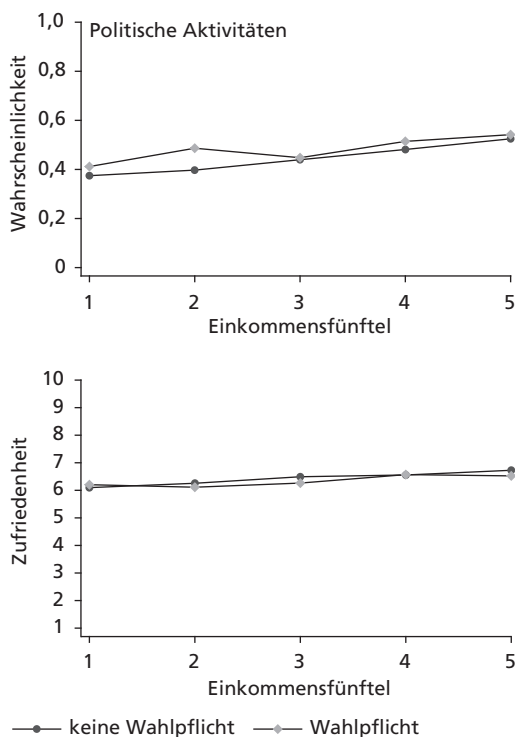


Dargestellt ist einerseits die aus den Koeffizienten in Tabelle 10-4 ermittelte Wahrscheinlichkeit, sich »sehr stark« oder »stark« für Politik zu interessieren sowie andererseits das statistisch ermittelte Vertrauen in Politiker.

Daten: ISSP 2004, ESS II.

kann. Dieser Effekt sollte sich, falls es ihn gibt, insbesondere bei jenen zeigen, die in Ländern ohne Wahlpflicht eine höhere Nichtwahlwahrscheinlichkeit haben. Doch die empirischen Ergebnisse, die in Abbildung 10-7 dargestellt sind, widersprechen beiden Erwartungen. Zum einen gibt es keinen nennenswerten Unterschied zwischen den drei Wahlpflicht- und allen anderen Ländern und zum anderen steigt in beiden Ländergruppen mit dem Einkommen die Wahrscheinlichkeit, sich für Politik zu interessieren. Auch im zweiten Bereich, dem Vertrauen in Politiker, sind die Effekte gering. Das Vertrauen ist etwas (wenngleich statistisch insignifikant) ausgeprägter, wenn Wahlpflicht besteht, aber die Einkommensgruppen unterscheiden sich nicht. Insgesamt sind diese Unter-

Abbildung 10-8 Wahlpflicht, politische Beteiligung und Demokratiezufriedenheit



Die obere Teilgrafik stellt die Wahrscheinlichkeit dar, dass Befragte aus den fünf Einkommensgruppen im Jahr vor der Befragung politisch aktiv waren. In der unteren Teilgrafik ist die statistisch ermittelte Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie im eigenen Land abgetragen. Für detaillierte Ergebnisse siehe Tabelle 10-5.

Daten: ISSP 2004, ESS II.

schiede bei beiden Indikatoren zu gering, um von einer starken Wirkung der Wahlpflicht zu sprechen.

Ähnliches gilt für zwei weitere Bereiche, bei denen sich ein Effekt vermuten ließe. Analog zum Argument des politischen Interesses könnte man annehmen, dass in Wahlpflichtländern ein insgesamt höherer Politisierungsgrad besteht, der zu mehr politischem Engagement führt. Um dies zu testen, habe ich vier politische Beteiligungsformen – die Teilnahme an Demonstrationen und kritischer Konsum sowie die Kontaktaufnahme mit Politikern und das Unterzeichnen einer Petition – zu einem »Index politischer Aktivität« kombiniert. Da die meisten Befragten angeben, keine der vier Beteiligungsmöglichkeiten im vergange-

nen Jahr genutzt zu haben, werden diese Inaktiven jenen gegenübergestellt, die zumindest eine genutzt haben. Doch auch hier zeigt sich, im Gegensatz zum oben genannten Befund von Birch, kein Effekt der Wahlpflicht (Abbildung 10-8). In beiden Ländergruppen liegt die Partizipationswahrscheinlichkeit der höchsten Einkommensgruppe 15 Prozentpunkte über der der niedrigsten – eine egalisierende Wirkung der Wahlpflicht ist nicht zu erkennen. Schließlich lassen sich auch im vierten Bereich, der Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie, nur minimale Unterschiede zwischen den Einkommensklassen und zwischen Ländern mit und ohne Wahlpflicht erkennen (Abbildung 10-8, untere Teilgrafik).

Wer sich durch die Wahlpflicht eine umfassende Veränderung politischer Beteiligung erhofft, den werden diese Ergebnisse enttäuschen. Eine gesetzliche Wahlpflicht erreicht zuverlässig zwei Dinge: Sie hebt die Wahlbeteiligung deutlich an und wirkt egalisierend auf die Wahlteilnahme sozialer Gruppen. Weitere positive oder negative Effekte sind dagegen nicht nachweisbar, politisches Interesse und Engagement, Politiker- und Demokratievertrauen werden durch sie nicht beeinflusst. Die Diskussion um Vor- und Nachteile einer Wahlpflicht muss abwägen, ob die begrenzten, aber sehr ausgeprägten Effekte auf die Wahlteilnahme ausreichen, eine sanktionsbewehrte Verpflichtung zu rechtfertigen.

10.3 Argumente für und gegen die Wahlpflicht

In seinem Plädoyer für die Einführung der Wahlpflicht beharrt Lijphart (1997: 2–3) darauf, dass in der Demokratie die Interessen derjenigen stärker beachtet werden, die wählen. Wer auf die Stimmabgabe verzichte, dem drohe, bei politischen Entscheidungen ignoriert zu werden. Doch Gegner der Wahlpflicht können auf empirische Arbeiten verweisen, die genau dies bestreiten. Denn obwohl es soziale Unterschiede in der Wahlteilnahme gebe, seien sich Wähler und Nichtwähler in den Parteipräferenzen und politischen Einstellungen so ähnlich, dass eine höhere Wahlbeteiligung nicht zu anderen Ergebnissen führen würde (siehe Abschnitt 7.1). Selbst wenn jeder wählte, so wird auf der Basis von Simulationen argumentiert, gingen Wahlen in aller Regel nicht anders aus (Highton/Wolfinger 2001; Citrin/Schickler/Sides 2003; Kohler 2011).⁸ Ein Grund für dieses auf den ersten Blick überraschende Ergebnis könnte darin lie-

⁸ Oben wurde allerdings bereits darauf hingewiesen, wie sehr diese Studien davon abhängen, dass die in Umfragen ermittelten Nichtwähler den nicht befragten Nichtwählern ähneln. Aggregatdatenstudien werfen Zweifel auf, ob dies so ist.

gen, dass auch schlecht informierte und politisch uninteressierte Bürgerinnen und Bürger zur Stimmabgabe gezwungen würden, die sich in diesem Fall fast zufällig entschieden, wodurch keine Partei systematische Vorteile habe (Selb/Lachat 2010). Mehr Quantität in der Beteiligung bringe nicht mehr Qualität, wie Jones (1954: 35) in seiner Verteidigung politischer Apathie bereits in den Fünfzigerjahren insistierte:

All that is imperative for the health of parliamentary democracy is that the right to vote should be exercised to the extent necessary to ensure that the play of ideas and clash of interests can take place. If a symphony is scored for fifty instruments, there is little to be gained by trebling the number; massed bands are neither here nor there so far as the quality of music is concerned. In a similar way, heavy polls are largely irrelevant to the healthy conduct of political business.

Statt Ahnungslose in das Wahllokal zu treiben, so lautet eine schärfere Fassung dieses Gegenarguments, könne es sich als Segen erweisen, wenn nur die besser Informierten wählen, weil dadurch die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und Repräsentanten andererseits an Qualität gewinne (Rosema 2007). Umgekehrt bestehe für jeden einzelnen eine moralische Pflicht, auf eine Stimmabgabe zu verzichten, die auf unethischen Einstellungen, falschen Zweck-Mittel-Annahmen oder schlichter Ignoranz fuße (Brennan 2009: 537–539). Wer sich um die Demokratie Sorge, müsse bedenken, dass eine hohe Wahlbeteiligung zum Untergang von Demokratien beigetragen habe – man denke an Weimar, wo mit steigender Wahlbeteiligung auch der NSDAP-Stimmenanteil zunahm – und dass mit der Schweiz und den USA ausgerechnet zwei der ältesten und stabilsten Demokratien der Welt niedrige Wahlbeteiligungsraten aufwiesen. Gerade die Freiwilligkeit der Wahlteilnahme stabilisiere die Demokratie, indem sie die politisch Fehlgeleiteten von der Wahlurne fernhalte (McClosky 1964: 376):

Instead, therefore, of preaching the duty to act as a political animal to those who have no inclination that way and would do it badly if compelled, it may well be wiser to leave them to cultivate their private gardens, and to rely merely upon the experience of democracies that there is always in fact a wide enough interest in politics and voting to work the political machinery. (Mayo 1959: 321)

Diese Perspektive wird in jüngster Zeit von Caplan (2007) verteidigt, der den »Mythos des rationalen Wählers« empirisch entlarven möchte, indem er wirtschaftspolitische Einstellungen der Bevölkerungen mit denen von wirtschaftswissenschaftlichen Doktoranden vergleicht. Aus seiner Sicht beweist dies, wie verbreitet ökonomisch »irrationale« Auffassungen in der Bevölkerung sind. Dies gilt aus seiner Sicht insbesondere für Personen mit geringer Bildung, die grundlegende Zusammenhänge nicht verstünden. Wenn diese ökonomisch Illiteraten nicht wählten, nütze dies der Demokratie (Caplan 2007: 198). Hinter diesen

Argumenten verbergen sich Auffassungen, die konsequent zu Ende gedacht auf die Forderung nach ungleichem Stimmrecht oder der Herrschaft von Experten hinauslaufen. Damit greifen sie ein Argumentationsmuster auf, das typisch für undemokratische Einstellungen ist, denn »[a]ll arguments for exclusive rule, all anti-democratic arguments, if they are serious, are arguments from special knowledge« (Walzer 1983: 285).

Ein anderer Einwand sieht in der Wahlpflicht eine Verletzung verbürgter Freiheiten, die in liberalen Demokratien gewährleistet werden müssen. Im Kern beharrt dieses Argument gegen die Wahlpflicht darauf, dass das Recht, an Wahlen teilzunehmen, keine Pflicht enthalte, dies tatsächlich zu tun. Denn der Verzicht auf die Stimmabgabe könne ein politisches Statement darstellen, das sonst unterdrückt werde.⁹ Wahlberechtigte können mit den zur Wahl stehenden Alternativen so unzufrieden sein, dass ihnen der Urnengang als unzulässige Unterstützung von Parteien erscheint, deren Positionen sie nicht teilen. Falls Nichtwahl Unzufriedenheit mit der Leistung von Regierung und Opposition ausdrückt, würde eine Wahlpflicht künstlich hohe Beteiligungsraten erzeugen, die über den tatsächlichen Zustand der Demokratiezufriedenheit hinwegtäuschen (Franklin 1999: 206). Gerade Benachteiligte, argumentiert Lever (2009: 65), die sich von Regierungswechseln wenig erhoffen, beraubte man der Möglichkeit, ihre politische Unzufriedenheit auszudrücken.

Die Bürger sollten aus verschiedenen politischen Angeboten (Programme und Personen) wählen können, aber auch die Freiheit besitzen, sich für keines der (möglicherweise defizitären) Angebote entscheiden zu müssen. Wahlpflicht ist daher mit den Vorstellungen liberaler, repräsentativer und selbst partizipatorischer Demokratietheorien nicht vereinbar, sondern widerspricht dem Prinzip der Freiheit bzw. der Freiwilligkeit der Entscheidung, das schon wichtiger Teil der antiken Demokratievorstellungen war. (Roth/Wüst 2007: 392)

Dieses Argument knüpft an die These des in Abschnitt 5.2.1 vergeblich gesuchten »Nichtwähler neuen Typs« an, die davon ausgeht, dass die Nichtwahl das Ergebnis einer gewissenhaften Abwägung politisch interessierter Bürgerinnen und Bürger ist. Das Problem ist, die Empirie zu den Nichtwählerinnen und Nichtwählern weckt Zweifel an dieser Auffassung, wie oben ausführlich diskutiert wurde. Hinzu kommt, dass unklar ist, welches politische Signal von der Wahlenthaltung ausgeht (Hill 2002: 85–86). Da die Motive für die Stimmenthaltung vielfältig sein können, transportiert eine geringe Wahlbeteiligung keine eindeutige politische Botschaft und schon gar keine, die darauf hinausläuft, soziale Benachteiligung auszugleichen.

⁹ Gerade in undemokratischen Regimen kann die Stimmenthaltung Zeichen des Protests sein. Daher argumentiert Hanna (2009), dass es in einem korrupten Staat oder bei unfairen Wahlen moralisch unzulässig sei zu wählen, weil diese Zustände dadurch unterstützt würden.

Inwieweit Beteiligungsunterschiede zu einer verzerrten Interessenaggregation führen, wird empirisch einerseits mit Blick auf die Responsivität politischer Entscheidungsträger gegenüber unterschiedlichen sozialen Gruppen und andererseits hinsichtlich der Wahlbeteiligung untersucht. Eine Reihe von Studien zu den USA findet zwar ein im Durchschnitt hohes Maß an Kongruenz zwischen politischen Entscheidungen und öffentlicher Meinung, aber gleichzeitig werden die Interessen der Einkommensschwachen weniger beachtet als die mittlerer und hoher Einkommen (Bartels, L. M. 2008: Kapitel 9; Griffin/Newman 2005; Flavin 2012). In einer umfangreichen Studie, die mehr als 2.000 Meinungsumfragen zu einer Fülle von Themen auswertet, weist Gilens (2005) nach, dass die Policy-Präferenzen der Armen nur ins Gewicht fallen, wenn sie mit denen der Wohlhabenden übereinstimmen. Weichen die Auffassungen von Armen und Reichen jedoch voneinander ab, folgt die Politik ganz überwiegend den Bessergestellten. Zwar liegen keine vergleichbaren Studien für Deutschland vor, doch der internationale Vergleich bestätigt dieses Muster: In der Mehrzahl der untersuchten Länder sind die Meinungen einkommensschwacher Gruppen in Parteien und Regierungen unterrepräsentiert (Giger/Rosset/Bernauer 2012).

International vergleichende Studien wie auch Studien aus den USA demonstrieren darüber hinaus, dass die Höhe der Wahlbeteiligung politische Konsequenzen hat. Fällt sie niedrig und damit ungleich aus, ist der Sozialstaat weniger großzügig (Hicks/Swank 1992; Crepaz 1998; Fumagalli/Narciso 2012), die Umverteilung geringer (Mahler 2010) und im Ergebnis die Einkommensungleichheit höher (Mueller/Stratmann 2003; Chong/Olivera 2008). Zudem positionieren sich Mitte-links-Parteien bei hoher Wahlbeteiligung programmatisch weiter links (Pontusson/Rueda 2010), weil sie wissen, dass sich in diesem Fall unter den Wählern mehr sozial Schwache befinden. Für die USA ist darüber hinaus belegt, dass Regionen und soziale Gruppen mit geringer Wahlbeteiligung bei der Zuteilung staatlicher Mittel benachteiligt werden (Hill/Leighley 1992; Hill/Leighley/Hinton-Andersson 1995; Martin 2003; Hajnal 2010: Kapitel 5). Nicht zu partizipieren mag als private Entscheidung erscheinen, doch die Summe dieser nichtzufällig verteilten Entscheidungen entfaltet politische Wirkung.

Verteilungspolitische Effekte einer Wahlpflicht, so erwidern ihre Gegner, können als normative Argumente für ihre Einführung nicht überzeugen, weil das Argumentationsmuster paternalistisch sei, laufe es doch darauf hinaus, politische Beteiligung zu erzwingen, weil sie bestimmten Gruppen nütze, obwohl die vermeintlich Begünstigten sich aus freien Stücken dafür oder dagegen entscheiden könnten, zu partizipieren. Wer argumentiert, eine höhere Beteiligung diene den Interessen sozial Benachteiligter, laufe Gefahr, auch weitergehende Eingriffe in individuelle Entscheidungen zu begrüßen, um scheinbar wünschenswerte, tatsächlich aber hoch umstrittene Ergebnisse herbeizuführen. Statt demokratischer

Gleichheit verteidige man paternalistische Bevormundung (Lever 2010: 907–908). Und tatsächlich, eine Manipulation demokratischer Spielregeln, die zum Ziel hätte, bestimmten Parteien zum Sieg zu verhelfen oder Partikularinteressen durchzusetzen, kann nicht überzeugen. Doch verkennt dieser Einwand zum einen, dass durch die Wahlpflicht lediglich die Voraussetzungen für einen fairen politischen Wettbewerb geschaffen werden sollen, der alle Interessen in gleichem Maß berücksichtigt und dessen Ergebnis dadurch nicht vorherbestimmt wird. Falls das Ergebnis des demokratischen Wettstreits ein Übergewicht von Mitte-links-Parteien sein sollte – empirisch ist dies umstritten, wie oben diskutiert wurde –, wird dadurch kein normatives Prinzip verletzt, denn es ist die Aufgabe von Wahlen, den Willen der Bevölkerung zu ermitteln. Zum anderen greift der Paternalismusvorwurf zu kurz, weil nur die Teilnahme an Wahlen, aber weder die Stimmabgabe für eine Partei noch die Abgabe einer gültigen Stimme verlangt wird (siehe auch Lacroix 2007: 192–193). Der Kern freier Wahlen, die geheime, unbeeinflusste Stimmabgabe, wird dadurch nicht berührt.

Doch selbst wenn akzeptiert wird, dass Wahlpflicht die Beteiligung nicht nur anhebt, sondern auch zwischen sozialen Gruppen angleicht, kann sie zurückgewiesen werden, weil Zwang und Strafen das Recht auf Nichtwahl verletzen. Rechte räumen Handlungsmöglichkeiten ein, aber sie implizieren keine Verpflichtung, diese auszuschöpfen. Nur weil Religionsfreiheit besteht, ist niemand zu einem konfessionellen Bekenntnis gezwungen; das Recht, Vereinigungen zu bilden, zwingt niemanden, Mitglied zu werden; und das Recht auf freie Meinungsäußerung beinhaltet die Möglichkeit, sich nicht politisch zu äußern. In ähnlicher Weise enthalte das Recht, wählen zu können, das inverse Recht, nicht wählen zu müssen (Katz 1997: 244). Rechte werden pervertiert, wenn sie in Pflichten umgemünzt werden. Dies gilt umso mehr, als die neuere Forschung zeigt, dass eine Wahlpflicht kaum verhaltensändernd wirkt, wenn sie auf Sanktionen verzichtet. Will man die Wahlbeteiligung anheben, geht es nicht ohne Sanktionen, die von Geldstrafen bis zu Gefängnisstrafen reichen, weshalb nicht davon gesprochen werden kann, es handele sich um eine »sehr geringe Beeinträchtigung« (Lijphart 1997: 11).

Aus liberaler Sicht werden grundlegende Rechte durch diesen Zwang verletzt, obwohl auch sonst normenkonformes Verhalten erzwungen wird, wenn es um öffentliche Güter wie die Landesverteidigung oder die Finanzierung der Staatsausgaben geht. Aus *Rational-Choice*-Perspektive haben deshalb sowohl Feeley (1974) als auch Wertheimer (1975) argumentiert, dass Wahlen ebenfalls öffentliche Güter – eine funktionierende Demokratie, friedliche Regierungswechsel – bereitstellen, zu deren Zustandekommen alle Bürgerinnen und Bürger beitragen sollen. Trittbrettfahren ist moralisch verwerflich und gefährdet den Bestand von Institutionen, die im Interesse aller sind. Nach Downs (1968: 261–262) lohnt

die Stimmabgabe bei Wahlen nur, wenn der erwartete individuelle Nutzen eines Regierungswechsels die Kosten des Wählens übersteigt. Da jedoch eine einzelne Stimme den Wahlausgang nur minimal beeinflusst, muss der Aufwand, wählen zu gehen, so gering er auch ist, den Nutzen übersteigen, wodurch die Nichtwahl die einzig rationale Option eines nüchtern kalkulierenden Bürgers ist. Wenn dies so ist, muss ein Mechanismus gefunden werden, so Wertheimers und Feeleys Überlegung, der das Kosten-Nutzen-Kalkül zugunsten des Wählens verschiebt. Allerdings wendet Lever (2010: 913–914) gegen dieses Argument ein, dass nicht klar sei, ob Nichtwählerinnen und Nichtwähler Trittbrett fahren, weil sich politische Entscheidungen an den Präferenzen derjenigen orientierten, die wählen, und damit den vermeintlich Ausgenutzten Vorteile brächten. Das *Rational-Choice*-Argument für eine Wahlpflicht ist zudem nur überzeugend, wenn die Annahme stimmt, dass das Wahlverhalten aus individuellen Kosten-Nutzen-Überlegungen erklärt werden kann – doch trotz zahlloser Versuche ist dieser Nachweis bislang nicht gelungen (Green/Shapiro 1994: Kapitel 4; Hasen 1996).

Einen Ausweg, Zwang zu vermeiden und trotzdem die Wahlbeteiligung anzuheben, schlägt Saunders (2009) vor. Statt die Nichtwahl zu bestrafen, sollten Wähler eine finanzielle Aufwandsentschädigung erhalten. Anreize, so die Überlegung, seien normativ weniger problematisch als Strafen und deshalb vorzuziehen. In Deutschland gibt es rund 60 Millionen Wahlberechtigte. Wenn jeder 25 Euro für die Stimmabgabe erhielte (und alle wählen), würden die Kosten bei 1,5 Milliarden Euro liegen, was weniger als 0,5 Prozent des Bundeshaushalts entspricht. Auf den ersten Blick ist das ein Preis, der für eine Qualitätsverbesserung der Demokratie akzeptabel erscheint. Allerdings, und das ist die Crux, wäre der Zwang auf diese Weise nur besser versteckt, nicht aber aufgehoben, da auch Steuern und Abgaben wenn nötig zwangsweise eingezogen werden. Um die Situation mit der Wahlpflicht vergleichbar zu machen, müsste eine »Sonderabgabe Wahlen« eingeführt werden, die von allen Bürgerinnen und Bürgern abzuführen ist. In diesem Fall müsste auch festgelegt werden, wie mit denjenigen umgegangen wird, die ihren Beitrag verweigern. Nicht anders als bei der Wahlpflicht müssten Sanktionen definiert und durchgesetzt werden, um das gewünschte Ziel zu erreichen, sodass der Ausweg politisch zwar praktikabler scheint, normativ jedoch ähnlich wie eine Wahlpflicht zu bewerten ist.

Die bisherige Diskussion verweist darauf, dass es möglicherweise irreführend ist, das Wahlrecht als rein negatives Freiheitsrecht zu charakterisieren, das Schutz vor unbotmäßiger Einmischung in rein private Entscheidungen bietet. Viele der Einwände gegen die Wahlpflicht folgen, wenngleich häufig unausgesprochen, einem liberal-individualistischen Politikmodell, das auf formaler Gleichheit basiert, aber wenig sensibel für faktische Ungleichheiten in der politischen Beteiligung ist. Nichtbeteiligung erscheint als freiwillige, individuelle Entscheidung,

obwohl die Empirie der vorangegangenen Kapitel belegt, dass diese Perspektive unzureichend ist. Statt Nichteinmischung als zentralen Wert zu postulieren, aus dem fast zwangsläufig die Zurückweisung der Wahlpflicht folgt, legt der neo-römische Republikanismus eine andere Lesart des Verhältnisses von Freiheit und Verpflichtung nahe. Sieht er doch die Aufgabe von Wahlen darin, die Benachteiligung von Nichtwählerinnen und Nichtwählern zu verhindern, insbesondere wenn sich unter ihnen überproportional viele sozial Schwache finden. Wenn Freiheit bedeutet, nicht beherrscht zu werden, sind Eingriffe gerechtfertigt, die die Subordinationsgefahr verringern; und wenn es in der Politik nicht allein um Macht, sondern auch um die Suche nach dem Gemeinwohl geht, sind Maßnahmen notwendig, die eine umfangreiche Beteiligung an der Suche ermöglichen:

Once it is accepted that the point of elections, at least in good part, is to generate policies that are candidates for being matters of common interest, it becomes obvious that if any section of the population is systematically excluded, then this point is less likely to be achieved. [...] And so the line taken here would argue in favor of compulsory registration and compulsory attendance at the voting booth. Only such a measure would guarantee that politicians will put forward policies and personnel designed to appeal to all sections of the community, not just to those who are more likely to vote under a voluntary system. (Pettit 2000: 135)

Diese Begründung der Wahlpflicht ist insofern anspruchlos, als sie darauf verzichten kann, politische Partizipation als Teil eines gelungenen Lebens zu verstehen. Sie kann auf eine »umfassende Lehre« verzichten, wie sie im neoathenischen Republikanismus angelegt ist, da auch sie einem negativen Freiheitsverständnis verpflichtet ist, das die Abwehr von ungerechtfertigter Beherrschung ins Zentrum stellt. Damit ist diese Republikanismus-Variante offen für Lösungsansätze, die das Ziel erreichen, Beherrschung der am wenigsten Begünstigten zu vermeiden. Der internationale und intertemporale Vergleich in den vorangegangenen Kapiteln legt nahe, dass die Verringerung sozialer Ungleichheit einen Weg beschreibt, wie eine politisch inklusive Gesellschaft verwirklicht werden könnte, weil egalitäre Länder ihren Bürgerinnen und Bürgern die Art von »sozialer Autonomie« (Forst 2007: 208–209) ermöglichen, die die Voraussetzung für politische Autonomie ist. Ob es jedoch nach drei Jahrzehnten wirtschaftlicher Liberalisierung leichter ist, soziale Ungleichheit zu verringern, als eine Wahlpflicht einzuführen, kann bezweifelt werden, insbesondere wenn sich geringe Beteiligung und soziale Ungleichheit wechselseitig bedingen, wie empirische Studien nahelegen.

10.4 Fazit

Im Vergleich entwickelter Demokratien stechen Länder wie Australien, Belgien und Luxemburg hervor, die entgegen dem Trend weiterhin eine Wahlbeteiligung von über 90 Prozent erreichen. Ermöglicht wird dies durch die sanktionierte Wahlpflicht, die in diesen Ländern gilt. Wahlberechtigte gesetzlich zu verpflichten, an Wahlen teilzunehmen, ist gleichzeitig die effektivste und die normativ umstrittenste Möglichkeit, eine nicht nur extrem hohe, sondern auch sozial gleichmäßige Wahlbeteiligung zu erreichen. Der Grund für die Ablehnung der Wahlpflicht liegt, so habe ich zu zeigen versucht, in einem Demokratieverständnis, das das Recht zu wählen als negatives Freiheitsrecht auffasst, welches zwingend das inverse Recht einschließt, nicht wählen zu müssen. Politische Gleichheit verlangt aus dieser Sicht, allen Staatsbürgern die Möglichkeit einzuräumen, ihre Anliegen politisch zum Ausdruck zu bringen und an Wahlen teilzunehmen. Der liberale Staat muss sich neutral gegenüber den Lebensentwürfen seiner Bürgerinnen und Bürger verhalten und darf politische Beteiligung nicht erzwingen, da sie moralisch nicht höher einzustufen ist als andere Freizeitaktivitäten.

Problematisch an dieser Perspektive ist, dass Nichtpartizipation als freiwilliger Entschluss gedeutet wird, wodurch die Möglichkeit ausgeblendet wird, sie als Folge sozialer Exklusion zu erkennen. Doch die empirischen Analysen dieser Arbeit haben immer wieder gezeigt, wie partizipationshemmend der relative Mangel an Ressourcen wirkt. Natürlich entscheidet am Ende jeder Einzelne, ob er wählt und an Abstimmungen teilnimmt, demonstriert und Petitionen verfasst oder in Bürgerbewegungen und Parteien mitarbeitet, doch die Wahrscheinlichkeit, sich dafür zu entscheiden, hängt systematisch und sehr viel stärker als in der Vergangenheit von der sozialen Lage ab. Wer weder durch Freunde und Bekannte noch durch Parteien oder politische Organisationen mobilisiert wird, und wer in sozial benachteiligten Wohnvierteln lebt, in denen die politische Beteiligung gering ist, muss höhere Hürden überwinden, um selbst aktiv zu werden. Die Entscheidung für oder gegen politische Beteiligung trifft zwar der Einzelne, doch tut er dies nicht unabhängig von der sozialen Umwelt.

Im Ergebnis unterscheiden sich politisch Aktive soziodemografisch zunehmend von den Inaktiven, sie sind im Durchschnitt gebildeter und verfügen über ein höheres Einkommen. Bei anspruchsvolleren Partizipationsformen fallen diese Unterschiede noch größer aus als bei Wahlen, die eine relativ niedrigschwellige Beteiligungsform sind. Die Mitgliedschaft in Parteien, politischen Organisationen und andere Arten des Engagements steht zudem nicht in einem Konkurrenzverhältnis zum Wählen, sondern beide Aspekte verstärken sich gegenseitig, sodass sozial Bessergestellte ihre politischen Anliegen über verschiedene Kanäle kommunizieren, während viele Arme häufig höchstens wählen – und auch das

in weit geringerem Umfang. Für die neoathenische Schule des Republikanismus liegt bereits auf dieser Ebene ein demokratietheoretisches Problem vor. Wenn die Mitwirkung an der kollektiven Gestaltung des Gemeinwesens als Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung angesehen wird, muss eine sozial ungleiche Beteiligung unerwünscht sein. Aus neorömischer Perspektive ist ungleiche politische Beteiligung problematisch, wenn nicht alle Interessen gleich berücksichtigt werden. Gerade in der repräsentativen Demokratie könnten auf Wiederwahl bedachte Politiker jedoch einen Anreiz haben, auch die Interessen der bei der letzten Wahl Abstinenten zu berücksichtigen, um beim nächsten Mal deren Stimme zu erhalten. Ungleiche Beteiligung müsste dann nicht zu ungleicher Repräsentation führen.

Empirische Studien bestätigen zudem, dass sich partizipatorische Ungleichheit in ungleiche Repräsentation übersetzt. Politische Entscheidungsträger orientieren sich stärker an den politisch Aktiven als an den Passiven, die weder wählen noch sich anderweitig politisch engagieren. Aus Sicht der liberalen Demokratietheorie ist dies hinnehmbar, weil alle Staatsbürger im Prinzip die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen. Doch für beide Varianten des Neorepublikanismus zeigen diese Ergebnisse, dass formale Gleichheit zu substanzieller Ungleichheit führen kann, weil die zur Beteiligung notwendigen kognitiven und materiellen Ressourcen ungleich verteilt sind. Werden die Interessen der sozial Schwachen nicht ausreichend beachtet, gefährdet dies deren Möglichkeit, selbstbestimmt und frei zu leben. Deshalb erscheint eine Wahlpflicht gerechtfertigt, um Benachteiligungen zu verhindern, die aus ungleicher politischer Beteiligung erwachsen. Gleichzeitig kann sie nur ein Element einer Strategie sein, politische Ungleichheit zu bekämpfen, da ihre Wirkung ausschließlich auf Wahlen beschränkt ist.

Kapitel 11

Reformoptionen und das republikanische Dilemma

Obwohl der Pfad von den athenischen Ursprüngen der Demokratie nur verschlungen in die Gegenwart führt; obwohl sich die Vorstellung davon, was Demokratie ist, entlang des Wegs so stark verändert hat, dass Zeitreisende aus der Vergangenheit kaum noch Gemeinsamkeiten zwischen antiker und der modernen Variante erkennen würden; und obwohl bis heute kein einheitliches Verständnis der Demokratie existiert, sondern eine Fülle von theoretischen und praktischen Spielarten miteinander konkurrieren, gibt es einen Kern, der nicht aufgegeben werden kann, ohne die Demokratie selbst aufzugeben. Dieser Kern ist das Versprechen auf politische Gleichheit. Wer von der Demokratie spricht, muss von der Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger ausgehen – und immer wieder haben Ausgeschlossene darauf verwiesen, wenn sie auf ihre Gleichstellung pochten. In Athen galt das Gleichheitsprinzip nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung, und doch war damit eine Idee geboren, die Proteste und Revolten motiviert und die die Demokratie zu einem unvollendeten Projekt macht. Das Versprechen auf politische Gleichheit treibt bis heute Menschen auf Straßen und Plätze, um für Freiheit und Selbstbestimmung zu kämpfen.

Zu den Metamorphosen der Demokratie gehört, dass wir heute zwei Konzepte politischer Gleichheit kennen, die sich darin unterscheiden, was es heißt, Bürger zu sein. Zum einen ist mit Bürgerschaft ein rechtlicher Status gemeint, der formale Gleichheit garantiert und den Bürgerinnen und Bürgern einen geschützten Raum bietet, in dem sie sich entfalten können. Doch daneben existiert ein zweites Konzept, das nicht Status, sondern Haltungen und Handlungen beschreibt. In dieser zweiten Bedeutung sind nur die frei, die politisch partizipieren und aktiv am Erhalt einer freien Gesellschaft mitwirken. Für Constant (2007) markieren diese beiden Bürgerschaftskonzepte die Differenz zwischen »antiker« und »moderner« Freiheit und für Berlin (2006) die zwischen »positiver« und »negativer« Freiheit. In Reinform sind jedoch beide unzulänglich, denn nur Romantiker beschwören heute noch das antike Ideal, das für Gegenwarts-

gesellschaften hoffnungslos verloren ist.¹ Doch taugt die »Freiheit der Modernen« als Leitbild für die Demokratie? Für Constant ist klar, dass Politik in einer »kommerziellen« Gesellschaft nur von nachrangiger Bedeutung sein kann:

The constant exercise of political rights, the daily discussion of the affairs of the state, disagreements, confabulations, the whole entourage and movement of factions, necessary agitations, the compulsory fillings, if I may use the term, of the life of the peoples of antiquity, who, without this resource would have languished under the weight of painful inaction, would only cause trouble and fatigue to modern nations, where each individual, occupied with his speculations, his enterprises, the pleasures he obtains or hopes for, does not wish to be distracted from them other than momentarily, and as little as possible. (Constant 2007: 18)

Moderne Bürgerinnen und Bürger seien für politisches Engagement zu beschäftigt, das in der Rangfolge der schönsten Nebensachen ohnehin einen hinteren Platz belegt und nicht zu viel Raum in ihrem Leben einnehmen darf. Freiheit wird als Freiheit von der Politik verstanden, um »privaten Vergnügungen« (Constant 2007: 20) nachzugehen. In einer Gesellschaft, die so viel anderes bietet, erscheinen die Opportunitätskosten der Politik als fast schon prohibitiv hoch. Mit Blick auf die Teilnahme an Wahlen hat Downs diese Logik konsequent zu Ende gedacht, doch musste er dabei erkennen, dass ein Volk von *homines oeconomici* die Demokratie unmöglich macht, weshalb er die zusätzliche Annahme einführte, dass Bürgerinnen und Bürger aus »sozialem Verantwortungsbewusstsein« wählen (Downs 1968: 261). Und auch Riker und Ordeshook (1968: 21) kommen in ihrem Rettungsversuch des *Rational-Choice*-Ansatzes nicht umhin, das Wahlkalkül um einen Term zu erweitern, der die Befriedigung erfasst, die daraus resultiert, sich dem politischen System zugehörig zu fühlen oder der Wahlnorm zu entsprechen. Damit sickern jedoch theoriefremde Elemente in die Analyse ein, die ein anderes Menschenbild und Demokratieverständnis nahelegen: Demokratie ist auf Menschen angewiesen, die sich engagieren, statt sich vollständig ins Private zurückzuziehen, die bereit sind, sich am Gemeinwohl zu orientieren, statt Partikularinteressen stets Vorrang einzuräumen, und die im Dialog eigene Positionen revidieren können, statt unumstößlich auf diesen zu beharren. Ohne ein Mindestmaß an politischen Tugenden ist die Demokratie nicht zu erhalten.

Ausgehend von der Kritik am negativen Freiheitsverständnis möchte der Neorepublikanismus Teilaspekte des antiken Freiheitsverständnisses in die Gegenwart retten, ohne die Errungenschaften des modernen preiszugeben. Im Zentrum steht die Frage, wie eine Gesellschaft organisiert sein muss, damit Bürger von willkürlicher Herrschaft befreit sind, was sich horizontal auf ihr Verhält-

1 Eine Rückkehr zur unmittelbaren Demokratie, wie sie in Athen herrschte, ist schon deshalb unmöglich, weil wir nicht bereit wären, einen großen Teil der Bevölkerung auszuschließen, um einer Minderheit zu ermöglichen, das Ideal aktiver Selbstregierung zu verwirklichen.

nis untereinander und vertikal auf das von Bürgern und Staat bezieht. Neben Rechtsstaat und Gewaltenteilung, die auch von Liberalen unterstützt werden, heben Republikaner die Bedeutung politischer Teilhabe hervor, worunter sie nicht bloß Beteiligungsrechte, sondern substanzielle politische Gleichheit verstehen. Ungleiche Beteiligung an Wahlen oder an anderen Formen politischen Engagements kann zur Ursache von Unfreiheit werden, wenn die Nichtaktiven sich nichtzufällig in der Bevölkerung verteilen, sondern überproportional unter den Benachteiligten zu finden sind. Daraus folgt eine besondere Sensibilität gegenüber den politischen Folgen sozialer Ungleichheit, denn Unterschiede in der Beteiligungsbereitschaft drückten nur dann den Intensitätsgrad politischer Präferenzen aus, wenn beteiligungsfördernde Ressourcen annähernd gleich verteilt wären – was jedoch nicht der Fall ist (Verba/Schlozman/Brady 1995: 182). Im Gegenteil, in der Mehrzahl der 23 entwickelten Demokratien, die in dieser Arbeit untersucht wurden, hat die Einkommensungleichheit zugenommen, was insbesondere bei den relativen Verlierern den Partizipationswillen verringert.

Die Geschichte der Demokratie ist reich an Krisendiagnosen und pessimistischen Zukunftsprognosen, die periodisch auftauchen, häufig aber genauso schnell wieder verschwinden. Um nachvollziehbar zu sein, muss der normative Maßstab offengelegt werden, an dem die Krise festgemacht wird. Glaubwürdig sind solche Diagnosen nur, wenn sie nicht bloß tagesaktuell sind, sondern langfristige und grundlegende Veränderungen erfassen. In dieser Arbeit habe ich deshalb versucht, ein demokratietheoretisches Fundament für eine Bestandsaufnahme des Zustands der Demokratie zu liefern, und langfristige Trends analysiert. Beides zusammen mündet in eine spezifische Diagnose, die die Krise der Demokratie im Verlust politischer Gleichheit verortet. Die Kombination von zeitlichen und räumlichen Vergleichen verdeutlicht, dass kein unrealistischer Maßstab angelegt wurde, denn in der Vergangenheit und in einigen Gegenwartsgesellschaften wurde und wird das Gleichheitsversprechen der Demokratie besser umgesetzt. Die Qualität der Demokratie wird in dieser Arbeit nicht anhand eines unerreichbaren Ideals beurteilt, sondern daran, was früher und andernorts möglich war und ist.

Neben der zentralen Frage, ob von einer Krise der Demokratie gesprochen werden kann, weil sie das Versprechen politischer Gleichheit weniger als in der Vergangenheit einlöst, steuert diese Arbeit Erkenntnisse zu einer Reihe von spezifischen wissenschaftlichen Kontroversen bei. Zehn davon sollen an dieser Stelle hervorgehoben werden. Ein erster Befund betrifft die *Retrenchment*-Debatte, in der verhandelt wird, ob und wie stark der Sozialstaat beschnitten worden ist. Betrachtet man einerseits, wie viel für Sozialpolitik in Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgegeben wird, und andererseits, wie großzügig einzelne Programme in Bezug auf die individuellen Leistungsansprüche sind, zeigt

sich in beiden Fällen ein relativer, aber kein absoluter Rückgang: Der Sozialstaat war Ende der Zweitausenderjahre fast ausnahmslos großzügiger als noch 1980, aber gleichzeitig weniger großzügig als zehn oder fünfzehn Jahre zuvor. Kaum ein Land hat ganz auf soziale Einschnitte verzichtet und manche Veränderungen greifen erst zeitverzögert, weshalb von einer Phase sozialstaatlicher Einschnitte gesprochen werden kann. Dennoch zeigen sich stärkere Veränderungen, wenn statt der distributiven die regulative Liberalisierung betrachtet wird, die das Interventionsniveau in Arbeits-, Produkt- und Dienstleistungsmärkte erfasst. In diesem Bereich zeigen sich starke Liberalisierungstrends, die mehr Wettbewerb bewirkt haben, der seinerseits eine Spreizung der Markteinkommen zur Folge hatte. Marktliberalisierung gepaart mit einem moderaten Rückbau des Sozialstaats erklärt zudem die Ungleichverteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen, die sich seit den Achtzigerjahren in den meisten OECD-Staaten beobachten lässt. Die deutliche Liberalisierung – im regulativen und distributiven Bereich – in den EU-Krisenstaaten macht zumindest dort einen weiteren Anstieg der Ungleichheit wahrscheinlich.

Diese Veränderungen sind für eine zweite Debatte relevant. Denn in der Wahlforschung ist umstritten, inwieweit soziale Ungleichheit – gewöhnlich an der Einkommensverteilung gemessen – die Wahlbeteiligung verringert. Geys (2006: 645) hebt in seiner Literaturstudie hervor, dass in den 32 von ihm gesichteten Analysen zwar in 13 Fällen ein negativer Effekt gefunden wurde, aber in sechs Fällen das Gegenteil und in weiteren 13 Studien kein Zusammenhang ermittelt werden konnte. Gründe für die unterschiedlichen Befunde liegen in der Länderauswahl sowie in den verwendeten Analysemethoden. Im vierten Kapitel wurde deshalb die Kontroverse zwischen Lister und Arzheimer zu dieser Frage aufgegriffen. Indem ich die Länderanzahl erweitert und den Beobachtungszeitraum verlängert habe, konnte ich zeigen, dass sich Listers Ergebnisse mit den restriktiven, von Arzheimer vorgeschlagenen Methoden bestätigen lassen: In ungleichen Ländern fällt unter sonst gleichen Bedingungen die Wahlbeteiligung niedriger aus. Diesen Befund bestätigt auch die Auswertung von Wahlbefragungen im Zeitraum von 1980 bis 2010 in derselben Ländergruppe, die ergänzend vorgenommen wurde, sodass insgesamt der negative Effekt der Ungleichheit auf die Wahlbeteiligung bestätigt werden konnte.

In ähnlicher Weise umstritten wie der allgemeine Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung und Wahlbeteiligung ist drittens die Frage, wer durch wachsende Ungleichheit der Wahlurne fernbleibt. Während die *konflikttheoretische* Position, die mit politischer Polarisierung und einer steigenden Partizipationsbereitschaft aller Gruppen als Folge sozialer Ungleichheit rechnet, nicht bestätigt werden konnte, ist der *ressourcentheoretische Ansatz* nur plausibel, wenn er durch die *Theorie relativer Machtdifferenzen* ergänzt wird. Obwohl alle Ana-

lysen zeigen, dass die politische Partizipationsbereitschaft mit den individuell verfügbaren Ressourcen – insbesondere das Einkommen und der Bildungsgrad wurden untersucht – steigt, kann diese Theorie nicht erhellen, warum trotz Bildungsexpansion und wachsendem Wohlstand die Wahlbeteiligung sinkt. Dies lässt sich nur erklären, wenn nicht allein die absolute, sondern auch die relative Ressourcenausstattung beachtet wird. Menschen sind soziale Wesen, die sich mit anderen vergleichen und die ihr eigenes Handeln auch von dem anderer abhängig machen. Setzt sich bei den Schlechtergestellten die Auffassung durch, dass sie gegenüber anderen Gruppen machtlos sind, erscheint politisches Engagement sinnlos. So zieht Solt (2008: 58), sicher auch vor dem Hintergrund amerikanischer Erfahrungen, folgendes Fazit:

Greater economic inequality increasingly stacks the deck of democracy in favor of the richest citizens, and as a result, most everyone else is more likely to conclude that politics is simply not a game worth playing.

Auch wenn es in vielen europäischen Ländern keine Spaltung zwischen dem einkommensstärksten Zehntel der Bevölkerung und dem Rest gibt, haben die empirischen Analysen dieser Arbeit doch untermauert, dass mit wachsender Einkommensungleichheit die politische Ungleichheit zunimmt.

Auf welche Weise sich soziale in politische Ungleichheit übersetzt, betrifft eine vierte Kontroverse. In der Wahlforschung wird der »sozialpsychologische« dem »soziologischen« Erklärungsansatz gegenübergestellt, wobei der erste auf partizipationsfördernde Einstellungen und der zweite auf soziale Kontexte verweist. Ohne die Relevanz von Einstellungen zu bestreiten, haben die empirischen Analysen doch auch die Bedeutung der sozialräumlichen Umwelt für das Partizipationsverhalten aufgezeigt. Sowohl das politische Interesse als auch die individuelle Wahlbeteiligung werden durch das soziale Netzwerk und die räumliche Umgebung beeinflusst. Wer im Freundes- und Bekanntenkreis vorwiegend mit Nichtwählerinnen und Nichtwählern verkehrt oder in einem Stadtteil mit niedriger Wahlbeteiligung wohnt, interessiert sich weniger für Politik und wählt mit geringerer Wahrscheinlichkeit als Personen in anderen sozialräumlichen Kontexten. Auch hier zeigt sich wieder, dass es nicht allein individuelle Eigenschaften – Ressourcen und Einstellungen – sind, sondern auch deren Verteilung, die handlungsleitend wirken. Räumliche Segregation und die Erosion sozial-integrativer Institutionen, wie Schulen, Sportvereine oder Parteien, sind nicht nur eine Folge sozialer Ungleichheit, sondern verstärken zusätzlich politische Ungleichheit.

Ein fünfter Debattenbeitrag ergibt sich unmittelbar aus den gerade genannten Punkten. In der deutschen Politikwissenschaft und Öffentlichkeit bestand lange Zeit ein irreführendes Bild der Nichtwähler. Sie galten als »sozial unauf-

fällig«, »Bürger der Mitte« oder »junge Individualisten«, die aus vielfältigen Motiven der Wahl fernbleiben. Ein besonders beliebtes Zerrbild ist die Vorstellung, dass sich die Nichtwählerinnen und Nichtwähler besonders stark für Politik interessieren, aber gleichzeitig von der Parteiendemokratie frustriert seien – genährt wird es durch das kokette öffentliche Bekenntnis zur Nichtwahl durch den heutigen Handelsblatt-Geschäftsführer Gabor Steingart (2009) oder den Sozialpsychologen Harald Welzer, der sich im Spiegel als Nichtwähler bekannte (Welzer 2013). Doch alle empirischen Analysen belegen, dass Chefredakteure und Intellektuelle nicht die typischen Wahlverweigerer sind, denn die Masse der Nichtwählerinnen und Nichtwähler findet sich in den unteren sozialen Schichten, unter den Enttäuschten und Politikfern. Bei sinkender Wahlbeteiligung muss die Gruppe der Nichtwähler zwangsläufig sozial heterogener werden, aber dies bedeutet keineswegs, die Wahrscheinlichkeit nicht zu wählen verteilte sich gleichmäßig in der Bevölkerung. Die eloquenten und privilegierten Wahlverweigerer mögen in den Medien sichtbarer sein, doch repräsentativ sind sie deshalb nicht. Auch die genau entgegengesetzte Vorstellung, wer nicht wählt, sei besonders zufrieden, kann durch die Empirie nicht bestätigt werden. Unzufriedenheit gepaart mit geringem politischem Interesse führt zur Nichtwahl, sodass der Rückgang der Wahlbeteiligung nicht Ausdruck einer immer zufriedeneren Bevölkerung ist.

Kontrovers wurde in der Vergangenheit sechstens diskutiert, ob sich »Klasse« noch als Analysekategorie für Gegenwartsgesellschaften eignet, wobei die Mehrzahl der Stimmen vom Ende der Klassengesellschaft ausgeht. Weil die Lebensstile vielfältig und die soziale Schichtung durchlässig geworden seien, habe die Klassenzugehörigkeit an Relevanz verloren. Als Beleg für diese These wird nicht zuletzt darauf verwiesen, dass Klassen das Wahlverhalten nicht mehr prägten. Doch diese Auffassung ist nur in einem eingeschränkten Sinn richtig. Die Unterstützung der Volksparteien verläuft heute weniger als in der Vergangenheit entlang von Klassenlinien. Doch schon für die kleineren Parteien gilt dies nicht und mit Blick auf die Wahlbeteiligung wird es vollends falsch, weil die Nichtwahl inzwischen sehr viel stärker sozial stratifiziert erfolgt als in der Vergangenheit. Nicht die Stimmabgabe für eine bestimmte Partei, sondern die Nichtwahl ist heute die wahrscheinlichste Verhaltensweise von Arbeitern bei Landtagswahlen. Hier zeigt sich eine dramatische Verschiebung im Vergleich zu den Siebzigerjahren, als sich aus der beruflichen Tätigkeit kaum eine Aussage über die Wahlteilnahme ableiten ließ. Der Effekt der Klassenlage hat sich von den Volksparteien auf die kleineren Parteien und vor allem auf die Wahlteilnahme verlagert, aber dort ist er so stark, dass vom Ende des Klassenwahlverhaltens nicht gesprochen werden kann.

Die soziale Spreizung der Wahlbeteiligung, die in dieser Arbeit dokumentiert wird, wirft siebteils die Frage auf, ob sie sich auf die Wahlergebnisse der Parteien auswirkt. Wenn insbesondere Arbeiter und Angestellte mit geringem Verdienst nicht mehr wählen und diese Gruppen in der Vergangenheit in besonders großem Umfang die SPD unterstützten, müsste doch aus dem Rückgang der Wahlbeteiligung ein Nachteil für Mitte-links-Parteien entstehen. Obwohl diese Annahme auf den ersten Blick plausibel erscheint, verneint die Mehrzahl der bestehenden Studien einen solchen Zusammenhang. In der Regel werten diese Analysen Umfragen aus und errechnen auf dieser Grundlage, wie das Wahlergebnis ausgefallen wäre, hätten alle Wahlberechtigten sich beteiligt. In den meisten Fällen, so das Fazit dieser Studien, würde sich am Wahlausgang nichts ändern. Ein Manko der beschriebenen Vorgehensweise ist, dass sie stark davon abhängt, die Nichtwählerinnen und Nichtwähler durch Umfragen adäquat erfassen zu können, doch dies ist, wie wiederholt hervorgehoben wurde, kein unproblematisches Unterfangen. Falls diejenigen, die sich in Befragungen dazu bekennen, nicht zu wählen, untypisch für die Gruppe insgesamt sind, weil sie politisch interessierter sind und über mehr Ressourcen verfügen, unterschätzen umfragebasierte Nichtwählerstudien die Unterschiede zwischen Nichtwählern und Wählern wahrscheinlich. Zumindest deuten die Schwierigkeiten, in städtischen Problemgebieten mit niedriger Wahlbeteiligung Interviewpartner zu rekrutieren, darauf hin, dass Umfragen mehr über die Wähler als über typische Nichtwähler aussagen. Gestützt wird diese Skepsis durch die Analyse von Längsschnittdaten zur Wahlbeteiligung in deutschen Großstädten, wo sich im Unterschied zur Individualdatenanalyse ein negativer Zusammenhang zwischen der Veränderung der Wahlbeteiligung und den Ergebnissen linker Parteien zeigt. Diese Inkongruenz weist auf weiteren Forschungsbedarf hin.

Eine achte Kontroverse betrifft die Frage, ob die sinkende Wahlbeteiligung ein demokratiethoretisches Problem aufwirft. Schon zu Beginn der Neunzigerjahre, nach der überraschend niedrigen Wahlbeteiligung bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, diskutierten Politikwissenschaftler darüber. Ein Debattenstrang beharrte darauf, dass wir eher einen Formwandel des politischen Engagements als eine Verschlechterung erleben. Zwar wendeten sich die Bürger von traditionellen Beteiligungsarten ab, doch an deren Stelle träten andere Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen, die für die Aktiven befriedigender als der Wahlakt seien.² Und tatsächlich hat dieser Wandel stattgefunden, nur nicht auf breiter Basis, sondern vor allem für die Mittelschichten. Den Gebildeten

2 In diesem Argument wie auch in heutigen Forderungen nach mehr direkter Demokratie schwingt immer auch eine Geringschätzung für die Parteien mit, die als erstarrt und hierarchisch wahrgenommen werden.

und relativ Wohlhabenden stehen heute mehr Beteiligungsmöglichkeiten zur Verfügung und diese werden bei Bedarf genutzt, ohne jedoch deshalb auf traditionellere Partizipation zu verzichten. Im Gegenteil, Wählen und die Mitarbeit in einer Partei auf der einen Seite sowie ehrenamtliches und unkonventionelles Engagement auf der anderen Seite befruchten sich gegenseitig. Wer hier besonders aktiv ist, tut jenes auch. Ganz anders stellt sich die Situation der sozial Schwachen dar, die weder das eine noch das andere in gleicher Zahl und Intensität nutzen. Der Formwandel politischen Engagements kann gleichzeitig einen Qualitätsverlust der Demokratie darstellen, wenn politische Gleichheit als Maßstab herangezogen wird.

Das von Putnam formulierte Gesetz zunehmender Disproportionalität besagt, dass die soziale Basis immer exklusiver wird, je wichtiger die zu besetzende Position ist. Wie die Forschung auch für Deutschland zeigt, rekrutieren sich die Eliten in der Wirtschaft überproportional aus dem relativ kleinen Bevölkerungsegment der Oberschicht. Für die Politik galt dies bislang in geringerem Ausmaß. Doch wie im achten Kapitel gezeigt wurde, sitzen in den Parlamenten fast nur noch Akademiker. Eine Laufbahn wie die von Norbert Blüm, der als Werkzeugmacher bei Opel arbeitete, erst auf dem zweiten Bildungsweg studierte, um es schließlich bis zum Bundesminister zu schaffen, gibt es kaum noch, und mit dem gelernten Elektromechaniker Kurt Beck ist 2012 der letzte Ministerpräsident ohne abgeschlossenes Hochschulstudium abgetreten. Die Dominanz der Akademiker im Politikbetrieb ist dabei nicht allein Folge eines vermeintlichen Kompetenzvorsprungs. Wer für den Bundestag kandidieren möchte, muss viel Zeit, aber auch viel eigenes Geld investieren, um diese Möglichkeit zu bekommen, wodurch die Hürden für viele Berufsgruppen und Geringverdiener sehr hoch werden. Diese Verschiebung in der Zusammensetzung der politischen Elite berührt die neunte Debatte, die darum kreist, ob Repräsentation vollständig darauf verzichten kann, dass die Repräsentanten den Repräsentierten ähneln. Wer in den Parlamenten sitzt, darauf haben insbesondere Feministinnen hingewiesen, ist für die dort getroffenen Entscheidungen wichtig. Dies wird auch durch einige in den letzten Jahren veröffentlichte empirische Studien unterstützt, die nennenswerte Einstellungsunterschiede zwischen Politikern unterschiedlicher sozialer Herkunft finden. Neorepublikaner würden zumindest darauf beharren, dass das von Pitkin entwickelte dialogische Repräsentationskonzept nur gelingen kann, wenn sich die Lebenswelten zwischen Repräsentanten und Repräsentierten noch überlappen. Eine sozial homogene Zusammensetzung von Parlamenten und Führungspositionen verengt die Deliberation, wodurch bestimmte Anliegen und Interessen kaum noch vernehmbar sind.

Mehrere Kapitel dieser Arbeit haben sich mit der Wahlbeteiligung befasst, weil Wählen noch immer die am häufigsten genutzte Form politischer Beteili-

gung ist. Zumindest bei nationalen Parlamentswahlen fiel in der Vergangenheit in den meisten Ländern die Beteiligung nicht nur hoch aus, sondern sie war auch relativ egalitär. Doch wenn die Wahlbeteiligung fällt, gilt dies in geringerem Ausmaß. Ein radikaler Vorstoß, das Problem ungleicher Wahlteilnahme zu lösen, besteht darin, eine gesetzliche Wahlpflicht einzuführen. Doch dieser Vorschlag ist höchst umstritten, wie die zehnte Forschungskontroverse zeigt. Zum einen bezweifeln einige Autoren, ob eine Wahlpflicht die Beteiligungsraten wirklich angleicht. Dieser Zweifel konnte jedoch empirisch klar zurückgewiesen werden. Gewichtiger sind normative Bedenken, die sich dagegen wehren, aus einem Recht eine Pflicht zu machen. Intuitiv hat dieser Einwand hohe Plausibilität, aber eine genaue Auseinandersetzung mit den Argumenten zeigt, dass ihm nicht nur ein negatives Freiheitsverständnis, sondern auch ein Bild der Nichtwahl zugrunde liegt, das mit den empirischen Befunden nur schwer zu vereinbaren ist. Wenn zudem die Studien richtig sind, die einen Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und politischen Entscheidungen in der Sozial- und Steuerpolitik erkennen, dann gibt es gute Gründe, Maßnahmen zu unterstützen, die die Wahlbeteiligung erhöhen.

Damit bin ich am letzten Punkt der Arbeit angekommen, nämlich bei der Frage, wie auf den Verlust politischer Gleichheit reagiert werden kann. Aus neo-republikanischer Sicht kommt es darauf an, Reformen zu finden, die die Freiheit des Einzelnen maximieren, wobei hierunter die Abwesenheit willkürlicher Herrschaft verstanden wird. Um dies zu erreichen, müssen Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden, die politische Gleichheit fördern. Eine Einsicht, die sich aus den Analysen ergibt, ist, dass einfache Lösungen nicht zur Verfügung stehen. Die politischen Partizipationsraten haben sich langsam auseinanderentwickelt, was sicher ein Grund für die relativ geringe wissenschaftliche und öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema war. Doch ein Trend, der seit mehr als zwei Jahrzehnten anhält und bei den heute Jüngeren besonders ausgeprägt ist, ist kurzfristig nicht zu durchbrechen. Im Gegenteil, vieles spricht dafür, dass die politische Beteiligung sich noch stärker spreizen wird, wenn die älteren Kohorten inaktiv werden und wenn gesellschaftliche Normen wie die gefühlte Pflicht, wählen zu müssen, weniger verbindlich werden. Auch die strukturellen Ursachen für ungleiche politische Beteiligung, die Zunahme der Einkommensungleichheit oder die räumliche und soziale Segregation lassen sich nicht innerhalb kurzer Zeit rückgängig machen – noch dazu, wenn diejenigen den geringsten politischen Einfluss haben, die davon am meisten profitieren könnten.

Bislang wurde auf die in der Bevölkerung verbreitete Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie vor allem mit der Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten reagiert. Von der Direktwahl der Bürgermeister über die flächendeckende Einführung direkter Demokratie in den Bundesländern und

Gemeinden bis hin zu Bürgerhaushalten wird angestrebt, den Bürgern mehr Mitsprache einzuräumen. Im Unterschied zu den Plänen der partizipatorischen Demokratietheorie der Siebzigerjahre werden dabei Beteiligungsfähigkeit und -bereitschaft vorausgesetzt. War es damals das Anliegen, Mitsprache in alltagsnahen Bereichen zu ermöglichen, die als Schule der Demokratie dienen sollten, ist ein solcher erzieherischer Impuls heute nicht mehr vorhanden – wahrscheinlich nicht zuletzt deshalb, weil das liberale Freiheitsverständnis davor zurückschrecken lässt, politischer Teilhabe höheren Wert als anderen Aktivitäten einzuräumen. Ob jemand partizipiert oder nicht, wird als private Entscheidung angesehen, in die sich der Staat oder andere Bürger nicht einzumischen haben. In einer pluralistischen Gesellschaft mit vielfältigen Lebensentwürfen kommt der Politik kein besonderer Stellenwert zu. Politische Partizipation und Nichtpartizipation werden als freiwillige Entscheidung angesehen, die durch individuelle Neigungen und Interessen erklärt werden kann, und die einzige legitime Aufgabe staatlichen Handelns besteht darin, Beteiligungsmöglichkeiten für die Partizipationswilligen zu schaffen.

Doch dieser voluntaristische Blick auf politische Partizipation steht quer zu den empirischen Befunden, die soziale Ursachen für den Partizipationsverzicht nahelegen. Geringere Arbeitsmarktchancen, relative Einkommensarmut und ein Umfeld, das das eigene Engagement nicht unterstützt, verstärken die Neigung, Politik als schwierig, unzugänglich und für das eigene Leben unbedeutend anzusehen. Wenn aber Mechanismen sozialer Exklusion zu ungleicher Beteiligung führen, werden zusätzliche freiwillige und teilweise anspruchsvolle Partizipationsmöglichkeiten die soziale Kluft in der politischen Teilhabe weiter vergrößern und im Ergebnis zu politischen Entscheidungen zulasten der Unorganisierten und politisch Inaktiven führen. So könnten die nach »Stuttgart 21« verstärkten Anstrengungen, Anwohner in die Planung großer Infrastrukturprojekte einzubinden, auch dazu führen, dass Müllverbrennungsanlagen und Stromleitungen, Gefängnisse und Psychiatrien oder Einflugschneisen und Sozialwohnungen nur dort angesiedelt werden oder verlaufen können, wo sich wenige dagegen wehren, während die politisch Alerten unliebsame Entscheidungen abwehren.³

Sollen neue Beteiligungsmöglichkeiten nicht ungleichheitsverschärfend wirken, muss nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen für gleiche Teilhabe gefragt werden. Und hier zeigt sich, dass egalitäre Gesellschaften besser abschneiden. Jenseits von Gerechtigkeitsüberlegungen folgt daraus ein demokratie-

3 Ein Mitglied des Kölner Stadtrats sagte mir einmal, dass schon ein Kinderspielplatz an der falschen Stelle im wohlhabenden Stadtteil Lindenthal massive Proteste auslösen würde, während im armen Chorweiler ein Atomkraftwerk gebaut werden könne, ohne dass mit Widerstand gerechnet werden müsse.

politischer Auftrag, soziale Ungleichheit nicht ausufern zu lassen. Sowohl der intertemporale als auch der Ländervergleich zeigen, dass Demokratie von Voraussetzungen lebt, die durch die Ausweitung von Märkten gefährdet werden. Wenn man mit Walzer (1983: 319) annimmt, eine gerechte Gesellschaft errichte starke Trennmauern zwischen der ökonomischen und der politischen Sphäre, damit politische Gleichheit gegen soziale Ungleichheit immunisiert wird, belegt eine Vielzahl von empirischen Arbeiten, wie porös diese Mauern geworden sind. Doch selbst wenn die Demokratie im egalitären Dänemark besser als in Portugal funktioniert, weil die Zufriedenheit der Bürger größer und die Beteiligungsunterschiede geringer sind, ist unklar, wie Portugal dänisch werden könnte. Denn obwohl eine hohe Wahlbeteiligung, ein umfangreicher öffentlicher Sektor, starke Mitte-links-Parteien und mitgliederstarke Gewerkschaften über längere Zeit zu einer egalitären Gesellschaft führen, lassen sich diese Faktoren kaum wiederherstellen, nachdem sie einmal verschwunden sind. In vielen OECD-Staaten sind die Träger eines egalitären Projekts heute schwächer als in der Vergangenheit. Begünstigende Faktoren können sich wechselseitig verstärken, aber auch abschwächen. Wenn die Befunde der vorangegangenen Kapitel stimmen, führen schwache Gewerkschaften zu mehr Ungleichheit, die zum Rückgang der Wahlbeteiligung beiträgt, der Mitte-links-Parteien schadet. Je weniger jedoch die Politik glaubhaft versprechen kann, Chancengleichheit und Gerechtigkeit herzustellen, desto mehr sind die Verlierer überzeugt, dass politisches Engagement für sie nicht lohnt.

Dieser Kreislauf, für den eine Fülle empirischer Befunde spricht, lässt sich durch freiwillige Partizipationsangebote nicht durchbrechen. Deshalb ist die Einführung einer Wahlpflicht die erste Reform, die sich als Reaktion auf politische Ungleichheit anbietet. Damit würde zwar nur an einer Stelle etwas verändert und für sich genommen wäre dies nicht überzeugend, aber im Zusammenspiel mit gleich noch zu diskutierenden Maßnahmen könnte eine Wahlpflicht sinnvoll sein. Ihr Haupteffekt besteht darin, eine hohe und gleichmäßige Wahlbeteiligung zu garantieren, die politische Entscheidungsträger zwingt, um alle Bevölkerungsgruppen zu werben und allen Interessen Gehör zu schenken. Da die Beteiligung an Wahlen der grundlegendste Akt politischer Beteiligung ist, kann zumindest hier für mehr Gleichheit gesorgt werden. Diese Forderung wird auch deshalb auf Widerstand stoßen, weil eine Wahlpflicht nur dann wirkt, wenn sie sanktionsbewehrt ist. Besteht sie bloß auf dem Papier, ohne dass Nichtwählerinnen und Nichtwähler mit Sanktionen rechnen müssen, hat sie einen geringeren Effekt.

Aus Sicht des Neorepublikanismus verringert die durch Einkommensunterschiede verstärkte sozial-räumliche Segregation der Gesellschaft die Solidarität zwischen sozialen Gruppen. Im Extremfall führt Segregation zu Fremdheit und

Stereotypen, wie sie für die USA dokumentiert sind. Ein Grund für die skeptische Einstellung der amerikanischen Bevölkerung gegenüber Sozialleistungen liegt in den Vorurteilen gegenüber schwarzen Leistungsempfängern, die häufig als faul dargestellt werden und denen daher der Anspruch auf Unterstützung abgesprochen wird (Gilens 2000: 69–71). In einer räumlich stark segregierten Gesellschaft wie den USA – Massey (1990) spricht drastisch von »amerikanischer Apartheid« – beruhen solche Urteile häufig auf Unwissenheit, weil kaum Kontakt zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen besteht. Eine Gemeinwohlorientierung im politischen Handeln, die Partikularinteressen überwindet, setzt aber ein Mindestmaß an Vertrautheit mit der Situation der anderen voraus. Auch in Deutschland hat die ethnische und räumliche Segregation zugenommen (Seidel-Schulze/Dohnke/Häußermann 2012). Sie führt dazu, dass in Großstädten fast 70 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund segregierte Schulen (mit einem Migrantenanteil von mehr als 50 Prozent) besuchen, während dies nur für 17 Prozent der anderen Kinder gilt (Morris-Lange/Wendt/Wohlfarth 2013: 9). Da Stadtteile mit hohem Migrantenanteil durchschnittlich ärmer sind, besuchen auch Kinder unterschiedlicher Schichten selten dieselben Schulen. Wenn die individuelle Partizipationsbereitschaft, wie gezeigt wurde, durch den sozialen Kontext beeinflusst wird, muss es ein politisches Ziel sein, Segregation zu reduzieren. Zum einen kann der soziale Wohnungsbau darauf abzielen, gemischte Wohnviertel zu schaffen, statt Wohnraum für ärmere Bevölkerungsgruppen auf einzelne Stadtviertel zu konzentrieren, wie dies bislang häufig der Fall ist. Die Stadtentwicklung muss darauf achten, Ghettobildung – sei es für die Wohlhabenden oder die Armen – zu vermeiden. Der Kampf gegen Segregation verlangt zum anderen, überproportional in Schulen in benachteiligten Stadtteilen zu investieren, damit die Mittelschicht bereit ist, ihre Kinder dorthin zu schicken. Nur eine Minderheit der Bundesländer richtet die Mittelvergabe an die Schulen neben der Schülerzahl auch an deren sozialen Zusammensetzung aus, um bedarfsgerechte Angebote zu schaffen.

Was für Stadtteile gilt, kann auch auf die Parteien übertragen werden. Je homogener die Mitgliedschaft ist, desto weniger können sie soziale Integration fördern. Parteien sollten den Versuch unternehmen, ihre soziale Basis und die ihres Führungspersonals zu erweitern. Obwohl »deskriptive Repräsentation« vielfach als inadäquat wahrgenommen wird, gibt es zwischen der perfekten spiegelbildlichen Abbildung der Bevölkerung im Parlament und einer sozial weitgehend homogenen politischen Klasse eine Fülle von Abstufungen, die die Distanz zwischen Repräsentanten und Repräsentierten verkleinert, um den Dialog zwischen ihnen zu erleichtern. Eine weniger exklusive Zusammensetzung des politischen Führungspersonals erscheint auch deshalb wünschenswert, weil die soziale Herkunft einstellungsprägend wirkt, wie Elitestudien zeigen. Um den Weg in die

Parlamente zu öffnen, müssten die Nominierungsverfahren überdacht und die finanziellen Anforderungen an die Kandidaten reduziert werden. Wie schwierig das ist, wurde deutlich, als die SPD plante, Nichtmitglieder an der Auswahl der Kandidaten teilnehmen zu lassen. Eine Partei muss den eigenen Mitgliedern »selektive Anreize« bieten. Wenn diejenigen, die weder beitreten noch Parteiarbeit leisten oder im Wahlkampf aktiv sind, dieselben Rechte erhalten, könnte dies die Mitglieder demotivieren. Von außen lässt sich den Parteien nicht vorschreiben, wie sie ihre Kandidaten auswählen und wo sie um Wählerstimmen werben, doch zumindest für Mitte-links-Parteien legen die Analysen dieser Arbeit nahe, ihre Anstrengungen zu verstärken, Politikferne und konjunkturelle Nichtwähler anzusprechen. Auch hier gilt allerdings, dass die Voraussetzungen ungünstig sind, da die Mitgliederbasis der meisten Parteien kleiner als in der Vergangenheit ist. Ob in Nichtwählerhochburgen noch handlungsfähige Parteigliederungen existieren, ist eine offene Frage.

Die Ausweitung der direkten Demokratie stellt sich als zweischneidiges Schwert da. Zum einen kann die Abstimmung über Sachfragen das politische Interesse steigern, die Demokratiezufriedenheit erhöhen und bürgerschaftliches Engagement fördern – und all dies ist in hohem Maß erwünscht –, doch zum anderen ist die Direktdemokratie eine voluntaristische Beteiligungsform, die einen hohen Grad an Informiertheit verlangt und häufig nur von einer Minderheit der Wahlberechtigten genutzt wird. Dies ist für die politische Gleichheit dann problematisch, wenn die ressourcenreichen Personengruppen, die sich mit hoher Wahrscheinlichkeit beteiligen, zu einer Sachfrage eine andere Position einnehmen als diejenigen mit sozialstrukturell geringer Beteiligungswahrscheinlichkeit. Um zu verhindern, dass die direkte Demokratie ungleichheitsverschärfend wirkt, sollte sie überwiegend in kleinräumigen Kontexten eingesetzt werden und nur sparsam auf Landes- oder Bundesebene. Zudem sollten zwar die Hürden niedrig sein, eine Abstimmung zu initiieren, aber auf ein Beteiligungsquorum ganz zu verzichten, ist nicht wünschenswert. Denn nur bei einem Mindestmaß an Beteiligung kann zumindest vermutet werden, dass die Mehrheitsmeinung der Abstimmenden der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung entspricht. Ein Beteiligungsquorum verleiht zwar dem Status quo Vorrang, weil Veränderungen schwieriger werden, doch diese Schieflage kann in Kauf genommen werden, um das Prinzip politischer Gleichheit zu verteidigen. Für das Wahlrecht auf kommunaler und auf Landesebene lässt sich aus den Analysen des neunten Kapitels in ähnlicher Weise ableiten, dass Reformen nicht einseitig die Wahlmöglichkeiten der Bürger ausweiten sollten, wenn dies zulasten der Verständlichkeit des Wahlverfahrens geht. Ein Wahlrecht, das abschreckend wirkt oder die Anzahl ungültiger Stimmen vervielfacht, weil es für einen Teil der Bürger zu kompliziert ist, gerät in Konflikt mit dem Gebot politischer Gleichheit.

Neben den bisher genannten Maßnahmen sind auch unkonventionellere Reformoptionen denkbar. Eine Möglichkeit besteht darin, Gremien zu schaffen, deren Mitglieder per Zufallsauswahl aus der Bevölkerung bestimmt werden. Wer ausgelost wurde, müsste zur Teilnahme verpflichtet und von anderen Aufgaben – soweit möglich – befreit werden. Solche Gremien könnten zu bestimmten Sachfragen eingesetzt werden, um Reformvorschläge zu entwerfen. Sie würden nicht an die Stelle der Parlamente treten, aber deren Arbeit ergänzen. Solche Bürgergremien, deren Vorbild amerikanische *citizen juries* sind, könnten Anhörungen durchführen und sich durch Experten beraten lassen, doch die Empfehlungen sollten durch die Mitglieder erarbeitet werden. Auch in diesen Gremien würden nicht alle Unterschiede verschwinden, wie die empirische Deliberationsforschung zeigt, doch die Vielfalt der dort vertretenen Erfahrungen sollte Argumenten eine Chance geben, die in typischen Expertengremien nicht zur Sprache kommen. *Deliberative opinion polls* zeigen zudem, dass Deliberation unter Gleichen zu Einstellungsänderungen führen kann (Fishkin/Lushkin 2005), wie es das republikanische Demokratieideal verlangt. Idealerweise würden diese Gremien auf lokaler Ebene – in Stadtteilen oder noch kleineren räumlichen Einheiten – nicht nur beratend tätig sein, sondern über ein eigenes Budget verfügen, das für Projekte vor Ort verwendet werden kann. Dies steht im Gegensatz zu den Bürgerhaushalten in deutschen Großstädten, bei denen es Politik und Verwaltung offensteht, ob sie die Vorschläge der Bürger aufnehmen, und die Finanzierung unklar ist. Um Partizipation attraktiv zu machen, muss Mitsprache auch zur Mitentscheidung führen.

Wie in Abschnitt 2.5 diskutiert wurde, ließen sich weitere Reformoptionen benennen, doch die Stoßrichtung sollte durch die hier genannten Beispiele klar geworden sein. Zwar ist es wünschenswert, die Reichweite von Mitbestimmungsmöglichkeiten auszuweiten, doch darf dabei das Ziel politischer Gleichheit nicht auf der Strecke bleiben. Allerdings offenbart die Diskussion möglicher Reformoptionen auch das »republikanische Dilemma«: Je ungleicher die politische Partizipation, desto unwahrscheinlicher sind Reformen, die diese Ungleichheit beheben könnten. Die Einsicht, dass die Demokratie in einem egalitären Land wie Dänemark weniger exklusiv ist und die Bürgerinnen und Bürger dort zufriedener mit ihrer Funktionsweise sind, weist noch keinen Weg, wie ungleiche Länder »dänischer« werden könnten, wenn diejenigen, die am meisten profitieren werden, sich von der Politik zurückgezogen haben. Nur durch stellvertretendes Handeln anderer Gruppen könnte die Spirale aus Nichtbeteiligung und Nichtbeachtung durchbrochen werden, doch in Zeiten knapper Kassen konkurriert die Umverteilung zugunsten sozial Benachteiligter mit anderen, auch als dringlich wahrgenommenen Aufgaben. Der alte Republikanismus stand stets im Verdacht, die eigenen Ziele notfalls undemokratisch oder sogar

gewaltsam durchsetzen zu wollen; dem neuen Republikanismus steht diese Option nicht zur Verfügung, was ihn der Kritik aussetzt, eine zutreffende Krisendiagnose, aber keine Lösung anbieten zu können. Es bleibt allein die Hoffnung auf Veränderungen durch öffentlichen Diskurs, obwohl wenig dafür spricht – und schon gar nicht die in diesem Buch präsentierte Befunde tun dies –, dass diese Hoffnung trägt. Anstatt dass markterzeugte politische Ungleichheit aus demokratietheoretischer Sicht kritisiert wird, tauchen seit einigen Jahren wieder Argumente in der wissenschaftlichen Debatte auf, die infrage stellen, ob substantielle politische Gleichheit überhaupt wünschenswert ist, da Unwissenheit und Ignoranz unter den Nichtwählerinnen und Nichtwählern weit verbreitet seien. In der sozial selektiven Wahlbeteiligung erkennen einige Autoren, wie im vorherigen Kapitel diskutiert wurde, eine List der Vernunft, die trotz formaler Gleichheit sicherstellt, dass nur die Kompetenten sich beteiligen. Doch diese Argumentation verkennt das besondere Ethos, das der Demokratie innewohnt: Alle Bürgerinnen und Bürger sind in der Lage, an kollektiver Selbstbestimmung mitzuwirken, ihre gleiche politische Teilhabe ist das Ziel – und wer durch soziale Exklusion davon ausgeschlossen wird, dem geschieht Unrecht.

Abbildungen

3-1	Die Entwicklung der Sozialausgaben im Durchschnitt von 23 OECD-Ländern	53
3-2	Veränderungen der öffentlichen Sozialausgaben, 1980–2007	54
3-3	Veränderungstrends der Lohnersatzraten in 21 OECD-Staaten, 1980–2010	56
3-4	Veränderung der Lohnersatzraten bei Renten in 21 OECD-Staaten, 1980–2010	58
3-5	Veränderungen im Kündigungsschutz, 1990–2008	60
3-6	Staatsnahe Sektoren und Privatisierung öffentlicher Unternehmen, 1980–2007	62
3-7	Subventionsabbau und Deregulierung des Banken- und Finanzwesens, 1980–2009/2010	63
3-8	Liberalisierungstrends in 21 OECD-Staaten, 1980–2010	64
3-9	Die Entwicklung der Einkommensungleichheit in 23 Ländern (1980 = 100)	68
3-10	Die Entwicklung der Einkommensungleichheit im Ländervergleich, 1980–2010	69
4-1	Die Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen in 23 westlichen Demokratien	77
4-2	Einkommensungleichheit und Beteiligung bei Wahlen in Ländern ohne Wahlpflicht, 1960–2010	79
4-3	Ausgewertete Wahlbefragungen in 23 Demokratien	81
4-4	Offizielle und in Umfragen ermittelte Wahlbeteiligung für 85 Wahlen	82
4-5	Wahlbeteiligungsunterschiede zwischen Einkommens- und Bildungsgruppen in 23 Ländern	83
4-6	Die differenzielle Wirkung der Ungleichheit	85
4-7	Die Wahlbeteiligung sozialer Gruppen in Abhängigkeit von der Einkommensungleichheit	86

5-1	Wahlbeteiligung in Deutschland, 1946–2013	93
5-2	Arbeitslosigkeit und Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 2013	94
5-3	Die Wahlbeteiligung sozialer Gruppen, 1980–2012	97
5-4	Zusammensetzung der Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2013 nach Einkommensfünfteln	98
5-5	Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach Altersgruppen, 1953–2013	100
5-6	Individuelle Wahlbeteiligung: Alters- und Kohorteneffekte	101
5-7	Wahlbeteiligung unterschiedlicher Alterskohorten und Altersgruppen nach Bildungsgrad	102
5-8	Nichtwähleranteil in Abhängigkeit von politischem Interesse und der Bewertung von Parteienangebot, Regierung und Funktionsweise der Demokratie	104
5-9	Einfluss der politischen Zufriedenheit auf die Wahrscheinlichkeit, nicht zu wählen	106
5-10	Modellvergleich zur Wahlteilnahme an der Bundestagswahl 2013	108
5-11	Politische Einstellungen in Abhängigkeit vom Einkommen	109
5-12	Wahlabsicht der Gesprächspartner von Befragten mit und ohne Wahlabsicht	111
5-13	Der Effekt des Wahlverhaltens in der Nachbarschaft auf die individuelle Wahlabsicht	112
5-14	Der Effekt politischer Mobilisierung auf die Wahlbereitschaft	115
5-15	Ausgabenpräferenz von fünf Einkommensgruppen in der Sozialpolitik	118
5-16	Zukünftiger Umgang mit Sozialleistungen	120
6-1	Klassenzugehörigkeit nach Goldthorpe, 1980–2010	128
6-2	Wahlabsicht für die SPD in West- und Ostdeutschland, 1980–2010	130
6-3	Wahlabsicht für Die Linke in West- und Ostdeutschland, 1980–2010	131
6-4	Wahlabsicht für CDU/CSU in West- und Ostdeutschland, 1980–2010	132
6-5	Wahlabsicht für Bündnis 90/Die Grünen in West- und Ostdeutschland, 1980–2010	133
6-6	Wahlabsicht für die FDP in West- und Ostdeutschland, 1980–2010	134

6-7	Keine Wahlabsicht in West- und Ostdeutschland, 1980–2010	135
6-8	Nichtwahlneigung innerhalb der Arbeiterklasse nach Einkommensdritteln (nur Westdeutschland), 1980–2010	136
6-9	In diesem Abschnitt ausgewertete Landtagswahlen	139
6-10	<i>Overreporting</i> bei Landtagswahlen, 1978–2011	139
6-11	Das Wahlverhalten von Arbeitern bei Landtagswahlen, 1978–2011	140
6-12	Nichtwahlwahrscheinlichkeit von acht Berufsgruppen bei Landtagswahlen (nur Westdeutschland), 1978–2011	142
7-1	Wahlbeteiligung bei vier Abstimmungen in 100 Hamburger Stadtteilen	154
7-2	Arbeitslosenquote und Wahlbeteiligung in den Stadtteilen deutscher Großstädte	155
7-3	Nichtwähleranteil und Streuung der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in drei Städten	157
7-4	Wahlbeteiligung und relativer Stimmenanteil in 1.517 Stadtteilen von 34 Großstädten	159
7-5	Veränderung der Wahlbeteiligung in SPD- und CDU- Hochburgen in Bremen	160
7-6	Wahlbeteiligung und SPD-Ergebnis in 83 Bremer Ortsteilen, 1972–2013	161
7-7	Absolute Stimmengewinne der Parteien in 1.410 Stadtteilen	164
8-1	Freiwilliges Engagement nach Bildungsgruppen	169
8-2	Ehrenamtliches Engagement und Führungspositionen nach Alter und Bildung	170
8-3	Politisches und ehrenamtliches Engagement	171
8-4	Mitglieder in politischen Organisationen nach Einkommens- fünfteln	173
8-5	Politische Aktivitäten nach Einkommensfünfteln	175
8-6	Parteimitglieder nach Haushaltseinkommen (nur West- deutschland)	178
8-7	Bildungsabschlüsse von Kandidaten und Abgeordneten	179
8-8	Bildungsabschlüsse der Abgeordneten im Landtag von Rheinland-Pfalz, 1947–2011	181
8-9	Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Bundestagskandidatur	183
9-1	Wahlbeteiligung und ungültige Stimmen in den Bremer Ortsteilen	195

9-2	Soziale Lage und Beteiligung am HH-Volksentscheid 2010	198
9-3	Politisches Interesse unterschiedlicher Bildungsgruppen in Abhängigkeit von der Wohnumgebung	200
9-4	Teilnahme am bayerischen Volksentscheid nach Bildungs- und Altersgruppen	202
10-1	Die Höhe der Wahlbeteiligung bei nationalen Parlaments- wahlen in 23 Demokratien	210
10-2	Wahlbeteiligung bei Europaparlamentswahlen, 1979–2014	211
10-3	Die Wahlbeteiligung bei österreichischen Nationalratswahlen, 1945–2008	212
10-4	Die Beteiligung bei Wahlen und Abstimmungen in Schweizer Kantonen, 1971–2013	213
10-5	Die Wirkung der Wahlpflicht auf Bildungs- und Altersgruppen in 23 Ländern	214
10-6	Die Wirkung der Wahlpflicht auf Bildungs- und Altersgruppen in 19 Ländern	216
10-7	Wahlpflicht, politisches Interesse und Politikervertrauen	218
10-8	Wahlpflicht, politische Beteiligung und Demokratie- zufriedenheit	219

Anhang: Tabellen zu den Kapiteln 3 bis 10

3-1	In Kapitel 3 verwendete Datensätze	251
3-2	Der Einfluss von Liberalisierung auf Einkommensungleichheit	252
3-3	Einflussfaktoren auf das Niveau und die Entwicklung der Einkommensungleichheit	253
4-1	In Kapitel 4 verwendete Datensätze	254
4-2	Ungleichheit und Wahlbeteiligung in 21 Ländern, 1963–2000	256
4-3	Ungleichheit und Wahlbeteiligung in 22 Ländern, 1960–2010	257
4-4	Der Zusammenhang von Einkommensungleichheit und Wahlbeteiligung	258
4-5	Der Einfluss von Bildung und Ungleichheit auf die individuelle Wahlbeteiligung bei Wahlen in 23 Ländern, 1980–2010	259
4-6	Der Einfluss von Einkommen und Ungleichheit auf die individuelle Wahlbeteiligung bei Wahlen in 23 Ländern, 1980–2010	262
4-7	Der Einfluss von Ressourcen und Ungleichheit auf die individuelle Wahlbeteiligung bei Wahlen in 23 Ländern, 1980–2010	265
5-1	In Kapitel 5 verwendete Datensätze	266
5-2	Determinanten der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 in den Wahlkreisen	267
5-3	Veränderung der Wahlwahrscheinlichkeit im Zeitverlauf	268
5-4	Alters- und Kohorteneffekte auf die Wahlbeteiligung	270
5-5	Auswirkung der politischen Zufriedenheit auf die Nichtwahl	271
5-6	Determinanten der individuellen Wahlteilnahme	272
5-7	Nichtwahlwahrscheinlichkeit in Abhängigkeit vom Verhalten der Gesprächspartner	273
5-8	Einfluss der Wähler im Stadtteil auf die individuelle Wahlteilnahme	274
5-9	Wahlverhalten in der Nachbarschaft und individuelle Wahlabsicht	275

5-10	Einfluss der Mobilisierung auf die Wahlteilnahme	276
5-11	Determinanten sozialpolitischer Ausgabenpräferenzen	277
6-1	In Kapitel 6 verwendete Datensätze	278
6-2	Klassenlage und Wahlabsicht in Westdeutschland	280
6-3	Klassenlage und Wahlabsicht in Ostdeutschland	281
6-4	Nichtwahlneigung von Arbeitern unterschiedlicher Einkommensgruppen (nur Westdeutschland)	282
6-5	Wahlabsicht bei Landtagswahlen in Westdeutschland, 1978–2011	284
6-6	Wahlabsicht bei Landtagswahlen in Ostdeutschland, 1994–2011	286
6-7	Nichtwahlneigung unterschiedlicher Berufsgruppen (nur Westdeutschland)	288
7-1	In Kapitel 7 verwendete Datensätze	289
7-2	Wahlbeteiligung in den Bremer Ortsteilen bei der Bundestagswahl 2009	290
7-3	Veränderung des SPD-Stimmenanteils in Bremer Ortsteilen in Abhängigkeit von der Wahlbeteiligung, 1972–2013	291
7-4	Veränderung des SPD-Stimmenanteils in Duisburger und Kölner Stadtteilen in Abhängigkeit von der Wahlbeteiligung	292
8-1	In Kapitel 8 verwendete Datensätze	293
8-2	Determinanten ehrenamtlichen Engagements	294
8-3	Determinanten der Mitgliedschaft in politischen Organisationen und alternative politische Partizipation	296
8-4	Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005	297
8-5	Erklärungsfaktoren für eine erfolgreiche Bundestagskandidatur	298
9-1	In Kapitel 9 verwendete Datensätze	300
9-2	Der Einfluss der Wohnumgebung auf das politische Interesse	301
10-1	In Kapitel 10 verwendete Datensätze	302
10-2	Logistische Regression zur Wirkung der Wahlpflicht	303
10-3	Logistische Mehrebenenanalyse zur Auswirkung von Bildung und Wahlpflicht auf die individuelle Wahlteilnahme	304
10-4	Wahlpflicht, politisches Interesse und Politikervertrauen	305
10-5	Wahlpflicht, politische Beteiligung und Demokratie- zufriedenheit	307

Tabelle 3-1 In Kapitel 3 verwendete Datensätze

Kurzbezeichnung	Quelle
OECD_SOCX	OECD, 2012: Social Expenditure: Aggregated data. In: <i>OECD Social Expenditure Statistics</i> (database). doi:10.1787/data-00166-en
CWED2	Scruggs, Lyle/Detlef Jahn/Kati Kuitto, 2014: <i>Comparative Welfare Entitlements Dataset 2. Version 2014-03</i> . University of Connecticut/University of Greifswald. http://cwed2.org
OECD_EPL	OECD, 2010: Employment Protection Legislation: Strictness of employment protection legislation. In: <i>OECD Employment and Labour Market Statistics</i> (database). doi:10.1787/data-00319-en
OECD_UNEMP	OECD, 2010: Labour Force Statistics: Summary tables. In: <i>OECD Employment and Labour Market Statistics</i> (database). doi:10.1787/data-00286-en
OECD_SUB	OECD, 2011: OECD Economic Outlook No. 90. In: <i>OECD Economic Outlook: Statistics and Projections</i> (database). doi:10.1787/data-00588-en
OECD_ETCR	OECD, 2012: Regulation in Energy, Transport and Communication. In: <i>OECD.Stat</i> (database). doi:10.1787/data-00285-en
ECOFREE	Gwartney, James/Robert Lawson/Joshua Hall, 2011: <i>Economic Freedom Dataset</i> . Fraser Institute. http://www.freetheworld.com/datasets_efw.html
SWIID	Solt, Frederick, 2009: Standardizing the World Income Inequality Database. In: <i>Social Science Quarterly</i> 90, 231–242. SWIID Version 3.1, December 2011. http://myweb.uiowa.edu/fsolt/swiid/swiid.html
PRIVAT	Obinger, Herbert/Carina Schmitt/Reimut Zohlnhöfer, 2014: Partisan Politics and Privatization in OECD Countries. In: <i>Comparative Political Studies</i> 47(9), 1294–1323. doi:10.1177/0010414013495361. Datenbank: http://www.rest.uni-bremen.de
LIS	<i>LIS Inequality and Poverty Key Figures</i> . Luxembourg: LIS. http://www.lisdatacenter.org
ICTWSS	Jelle Visser, 2013: <i>ICTWSS: Database on Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Intervention and Social Pacts in 34 countries between 1960 and 2012</i> . Amsterdam: Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies (AIAS), University of Amsterdam. http://www.uva-aias.net/208
CPDS_I_2012	Armingeon, Klaus/David Weisstanner/Sarah Engler/Panajotis Potolidis/Marlene Gerber, 2012: <i>Comparative Political Data Set I, 1960–2010</i> . Bern: Institute of Political Science, University of Bern.

Tabelle 3-2 Der Einfluss von Liberalisierung auf Einkommensungleichheit

AV: Einkommensungleichheit	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Liberalisierungsindex	0,13+ (0,07)	0,24** (0,09)	0,19** (0,06)
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	-0,05* (0,02)	-0,08* (0,03)	-0,08*** (0,01)
Sozialausgaben	-0,04 (0,04)	-0,02 (0,08)	-0,10** (0,04)
Arbeitslosigkeit	0,05+ (0,03)	0,10 (0,08)	0,09* (0,04)
Regierungsbeteiligung linker Parteien	-0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	-0,00 (0,00)
Konstante	30,86*** (1,06)	31,45*** (1,91)	33,34*** (0,83)
R ²	0,69	0,51	0,83
N (Fälle)	617	617	617
N (Länder)	21	21	21

Standardfehler in Klammern; + $p < 0,1$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Likelihood-Ratio- und *Wooldridge-Test* ergeben, dass Autokorrelation und Heteroskedastizität vorliegen, sodass die Annahmen für ein lineares Regressionsmodell verletzt sind. Modell 1 nutzt deshalb das *Prais-Winsten*-Schätzverfahren, Modell 2 ist eine Panel-Regression mit auf Länderebene geclusterten Standardfehlern und Modell 3 nutzt *Panel-Corrected Standard Errors* nach Beck und Katz (1995).

Daten: *Einkommensungleichheit*: Gini-Koeffizient (SWIID) der nach Steuern und Transfers verfügbaren Haushaltseinkommen (Skala: 0–100); *Liberalisierungsindex*: siehe Abschnitt 3.1.1; *Gewerkschaftlicher Organisationsgrad*: Anteil der Gewerkschaftsmitglieder (ohne Rentner) an den Beschäftigten (ICTWSS); *Sozialausgaben*: in Prozent des BIP (OECD_SOCX); *Arbeitslosenquote*: Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren (OECD_UNEMP); *Regierungsbeteiligung*: auf Tagesbasis ermittelter Kabinettsanteil von Parteien links der Mitte (CPDS_I_2012).

Tabelle 3-3 Einflussfaktoren auf das Niveau und die Entwicklung der Einkommensungleichheit

AV: Einkommensungleichheit	Modell 1 Niveau	Modell 2 Dynamik
Liberalisierungsindex	0,16 (0,28)	0,22* (0,09)
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	-0,07** (0,02)	-0,07 (0,04)
Sozialausgaben	-0,44** (0,16)	0,03 (0,09)
Arbeitslosigkeit	0,24 (0,21)	0,07 (0,08)
Regierungsbeteiligung linker Parteien	-0,00 (0,03)	0,00 (0,00)
Konstante	38,88*** (3,12)	30,16*** (2,55)
R ²	0,57	0,44
N (Fälle)	617	617
N (Länder)	21	21

Standardfehler in Klammern; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

In beiden Spalten sind die Koeffizienten von *Fixed-Effects*-Modellen abgetragen. Das erste versucht jedoch, Niveauunterschiede in der Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen den Ländern zu erklären (*between effect*), während das zweite Modell ausschließlich prüft, wie sich Veränderungen der unabhängigen Variablen auf Veränderungen der abhängigen Variable auswirken (*within effect*).

Daten: siehe Tabelle 3-2.

Tabelle 4-1 In Kapitel 4 verwendete Datensätze

Kurzbezeichnung	Quelle
CWS	<i>Comparative Welfare States Data Set</i> (2014), compiled by David Brady, Evelyne Huber, and John D. Stephens, provides an array of country-level welfare state, economic, institutional, political, policy, and demographic indicators. The CWS includes information on 22 rich democracies from 1960–2011. http://www.lisdatacenter.org/resources/other-databases
UTIP	<i>University of Texas, Inequality Project: Estimated Household Income Inequality Data Set (EHII)</i> . http://utip.gov.utexas.edu/data.html
SWIID	Solt, Frederick, 2009: Standardizing the World Income Inequality Database. In: <i>Social Science Quarterly</i> 90(2), 231–242. SWIID Version 3.1, December 2011. http://myweb.uiowa.edu/fsolt/swiid/swiid.html
IDEA	<i>Voter Turnout Databank</i> , The International Institute for Democracy and Electoral Assistance (International IDEA): http://www.idea.int/vt .
CPDS_I_2012	Armingeon, Klaus/David Weisstanner/Sarah Engler/Panajotis Potosidis/Marlène Gerber, 2012: <i>Comparative Political Data Set I, 1960–2010</i> . Bern: Institute of Political Science, University of Bern.
UMFRAGEN	
ISSP I	ISSP Research Group, 1986: <i>International Social Survey Programme: Role of Government I – ISSP 1985</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA1490 Data file Version 1.0.0. doi:10.4232/1.1490
ISSP II	ISSP Research Group, 1992: <i>International Social Survey Programme: Role of Government II – ISSP 1990</i> . GESIS Data Archive, Cologne. ZA1950 Data file Version 1.0.0. doi:10.4232/1.1950
ISSP III	ISSP Research Group, 1999: <i>International Social Survey Programme: Role of Government III – ISSP 1996</i> . GESIS Data Archive, Cologne. ZA2900 Data file Version 1.0.0. doi:10.4232/1.2900
ISSP IV	ISSP Research Group, 2008: <i>International Social Survey Programme: Role of Government IV – ISSP 2006</i> . GESIS Data Archive, Cologne. ZA4700 Data file Version 1.0.0. doi:10.4232/1.4700
ISSP Social Inequality IV	ISSP Research Group, 2012: <i>International Social Survey Programme: Social Inequality IV – ISSP 2009</i> . GESIS Data Archive, Cologne. ZA5400 Data file Version 3.0.0. doi:10.4232/1.11506
ISSP Environment III	ISSP Research Group, 2012: <i>International Social Survey Programme: Environment III – ISSP 2010</i> . GESIS Data Archive, Cologne. ZA5500 Data file Version 2.0.0. doi:10.4232/1.11418

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 4-1, Fortsetzung

Eurobarometer 30.0	Commission of the European Communities, 2012: <i>Eurobarometer 30 (Oct–Nov 1988)</i> . Faits et Opinions, Paris. GESIS Data Archive, Cologne. ZA1715 Data file Version 1.0.1. doi:10.4232/1.10887
Eurobarometer 44.1	European Commission, 2012: <i>Eurobarometer 44.1 (Nov–Dec 1995)</i> . INRA, Brussels. GESIS Data Archive, Cologne. ZA2690 Data file Version 1.0.1. doi:10.4232/1.10917
CSES I	<i>The Comparative Study of Electoral Systems</i> (www.cses.org). CSES MODULE 1 FULL RELEASE (dataset). Ann Arbor, MI: University of Michigan, Center for Political Studies. August 4, 2003.
CSES II	<i>The Comparative Study of Electoral Systems</i> (www.cses.org). CSES MODULE 2 FULL RELEASE (dataset). Ann Arbor, MI: University of Michigan, Center for Political Studies. June 27, 2007.
ESS II	ESS Round 2: <i>European Social Survey Round 2 Data (2004)</i> . Data file edition 3.3. Norwegian Social Science Data Services, Norway – Data Archive and distributor of ESS data.
ESS II	ESS Round 3: <i>European Social Survey Round 3 Data (2006)</i> . Data file edition 3.4. Norwegian Social Science Data Services, Norway – Data Archive and distributor of ESS data.
ESS IV	ESS Round 4: <i>European Social Survey Round 4 Data (2008)</i> . Data file edition 4.1. Norwegian Social Science Data Services, Norway – Data Archive and distributor of ESS data.

Tabelle 4-2 Ungleichheit und Wahlbeteiligung in 21 Ländern, 1963–2000

AV: Wahlbeteiligung	Modell 1 PCSE	Modell 2 Bootstrap	Modell 3 GEE	Modell 4 Driscoll-Kraay
Einkommensungleichheit (Theil-Index)	–0,018*** (0,003)	–0,019** (0,007)	–0,017** (0,006)	–0,019*** (0,004)
Wahlpflicht (0=nein; 1=ja)	0,202*** (0,049)	0,216** (0,073)	0,181* (0,072)	0,216*** (0,037)
Mehrheitswahlrecht (0=nein; 1=ja)	–0,004 (0,007)	–0,006 (0,030)	–0,000 (0,027)	–0,006 (0,031)
Föderalismus (0=nein; 1=ja)	0,014 (0,028)	0,017 (0,035)	0,010 (0,032)	0,017 (0,022)
Präsidentialismus (0=nein; 1=ja)	–0,151* (0,069)	–0,158** (0,055)	–0,141*** (0,025)	–0,158** (0,044)
Bikameralismus (0=nein; 1=ja)	0,022 (0,034)	0,023 (0,031)	0,021 (0,025)	0,023 (0,020)
BIP pro Kopf	–0,000* (0,000)	–0,000 (0,000)	–0,000+ (0,000)	–0,000* (0,000)
Wahlbeteiligung (lagged dependent variable)	0,813*** (0,033)	0,799*** (0,053)	0,835*** (0,052)	0,799*** (0,043)
Konstante	0,904*** (0,140)	0,952*** (0,287)	0,824** (0,261)	0,952*** (0,213)
R ²	0,89	0,88	–	0,88
N (Fälle)	214	214	214	214
N (Länder)	21	21	21	21

Standardfehler in Klammern; +p<0,1; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

Dargestellt werden die Ergebnisse von drei unterschiedlichen Modellen, bei denen die abhängige Variable die (logistisch transformierte) Wahlbeteiligung bei nationalen Parlamentswahlen ist (siehe Arzheimer 2008: 674). Der Theil-Index liegt nicht für die Schweiz vor und Island ist nicht Teil des CWS-Datensatzes. Modell 1 verwendet *Panel-Corrected Standard Errors* nach Beck und Katz (1995), Modell 2 beruht auf einem *Bootstrapping*-Verfahren (wiederholte lineare Regression) und Modell 3 auf einer *Generalized Equation Estimation*, die gut für Panel-Daten mit ungleichmäßigen Zeitabständen geeignet ist. Das vierte Modell ist für Panel-Daten geeignet, die heteroskedastisch und autokorreliert sind, und wenn die Trends in den einzelnen Ländern nicht notwendigerweise unabhängig voneinander sind (Hoechle 2007).

Daten: IDEA, CWS, UTIP.

Tabelle 4-3 Ungleichheit und Wahlbeteiligung in 22 Ländern, 1960–2010

AV: Wahlbeteiligung	Modell 1 PCSE	Modell 2 Bootstrap	Modell 3 GEE	Modell 4 Driscoll-Kraay
Einkommensungleichheit (Gini-Index)	–0,012** (0,004)	–0,012** (0,004)	–0,011*** (0,002)	–0,012*** (0,003)
Wahlpflicht (0=nein; 1=ja)	0,130*** (0,034)	0,143*** (0,043)	0,118*** (0,033)	0,143*** (0,023)
Mehrheitswahlrecht (0=nein; 1=ja)	0,008 (0,025)	0,006 (0,021)	0,008 (0,013)	0,006 (0,022)
Föderalismus (0=nein; 1=ja)	–0,024 (0,020)	–0,024 (0,022)	–0,024+ (0,013)	–0,024 (0,015)
Präsidentialismus (0=nein; 1=ja)	–0,133* (0,053)	–0,141** (0,048)	–0,121*** (0,018)	–0,141** (0,041)
Bikameralismus (0=nein; 1=ja)	0,041 (0,042)	0,043+ (0,025)	0,040** (0,015)	0,043** (0,013)
BIP pro Kopf	–0,000 (0,000)	–0,000 (0,000)	–0,000 (0,000)	–0,000 (0,000)
Wahlbeteiligung (lagged dependent variable)	0,871*** (0,035)	0,856*** (0,033)	0,885*** (0,021)	0,856*** (0,022)
Konstante	0,480* (0,193)	0,522** (0,171)	0,431*** (0,083)	0,522*** (0,128)
R ²	0,93	0,92	–	0,92
N (Fälle)	278	278	278	278
N (Länder)	22	22	22	22

Standardfehler in Klammern; +p<0,1; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

Island kann nicht berücksichtigt werden, weil es nicht Teil des CWS-Datensatzes ist. Modell 1 verwendet *Panel-Corrected Standard Errors* nach Beck und Katz (1995), Modell 2 beruht auf einem *Bootstrapping*-Verfahren (wiederholte lineare Regression) und Modell 3 auf einer *Generalized Equation Estimation*, die für Panel-Daten mit ungleichmäßigen Zeitabständen besonders gut geeignet ist. Das vierte Modell ist für Panel-Daten geeignet, die heteroskedastisch und autokorreliert sind, und wenn die Trends in den einzelnen Ländern nicht notwendigerweise unabhängig voneinander sind (Hoechle 2007). Daten: IDEA, CWS, SWIID.

Tabelle 4-4 Der Zusammenhang von Einkommensungleichheit und Wahlbeteiligung

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1 PCSE	Modell 2 Bootstrap	Modell 3 GEE	Modell 4 Driscoll-Kraay
Einkommensungleichheit (Gini-Index)	-0,009* (0,005)	-0,009* (0,005)	-0,009** (0,003)	-0,009** (0,003)
Wahlpflicht (0=nein; 1=ja)	0,144*** (0,043)	0,158** (0,050)	0,133*** (0,040)	0,158*** (0,026)
Mehrheitswahlrecht (0=nein; 1=ja)	0,001 (0,044)	0,000 (0,029)	0,001 (0,015)	0,000 (0,025)
Föderalismus (0=nein; 1=ja)	-0,025+ (0,014)	-0,025 (0,026)	-0,025* (0,010)	-0,025 (0,017)
Präsidentialismus (0=nein; 1=ja)	-0,139** (0,052)	-0,147** (0,052)	-0,128*** (0,033)	-0,147*** (0,029)
Bikameralismus (0=nein; 1=ja)	0,076* (0,034)	0,079* (0,033)	0,072*** (0,022)	0,079** (0,024)
BIP pro Kopf	-0,000 (0,000)	-0,000 (0,000)	-0,000 (0,000)	-0,000 (0,000)
Wahlbeteiligung (<i>lagged dependent variable</i>)	0,836*** (0,048)	0,820*** (0,035)	0,850*** (0,029)	0,820*** (0,019)
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	0,002 (0,001)	0,002 (0,001)	0,002* (0,001)	0,002* (0,001)
Bevölkerungsgröße (log.)	-0,021 (0,019)	-0,022 (0,018)	-0,019+ (0,011)	-0,022 (0,018)
Abstand 1. und 2. Partei (log.)	-0,020 (0,012)	-0,021 (0,015)	-0,019 (0,016)	-0,021 (0,014)
Effektive Anzahl der Parteien	-0,021** (0,008)	-0,022* (0,010)	-0,021* (0,009)	-0,022*** (0,005)
Konstante	0,663*** (0,140)	0,698* (0,279)	0,613*** (0,138)	0,698*** (0,120)
R ²	0,94	0,92	–	0,92
N (Fälle)	266	266	266	266
N (Länder)	22	22	22	22

Standardfehler in Klammern; +p<0,1; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

Erläuterung: Siehe Tabelle 4-3.

Daten: IDEA, CWS, CPDS_I_2012, SWIID.

Tabelle 4-5 Der Einfluss von Bildung und Ungleichheit auf die individuelle Wahlbeteiligung bei Wahlen in 23 Ländern, 1980–2010 (Modelle 1–4)

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
	Logistische Regression		Logistische Regression (gewichtet)	
Ungleichheit (Gini-Koeffizient)	–0,065*** (0,013)	–0,064*** (0,013)	–0,054** (0,018)	–0,045* (0,020)
Bildung (RK: niedrig)				
mittel	0,380*** (0,053)	0,581 (0,428)	0,363*** (0,052)	0,812* (0,377)
hoch	0,771*** (0,064)	0,653 (0,530)	0,732*** (0,068)	1,169* (0,561)
Bildung * Ungleichheit (RK: niedrige Bildung)				
mittlere Bildung * Ungleichheit		–0,007 (0,015)		–0,015 (0,013)
hohe Bildung * Ungleichheit		0,004 (0,018)		–0,015 (0,019)
Alter	0,121*** (0,008)	0,121*** (0,008)	0,117*** (0,009)	0,117*** (0,009)
Alter * Alter	–0,001*** (0,000)	–0,001*** (0,000)	–0,001*** (0,000)	–0,001*** (0,000)
Geschlecht (RK: Mann)	–0,080** (0,025)	–0,080** (0,025)	–0,077** (0,025)	–0,077** (0,025)
Arbeitslos (0=nein; 1=ja)	–0,510*** (0,055)	–0,510*** (0,055)	–0,534*** (0,053)	–0,533*** (0,053)
Gewerkschaftsmitglied (0=nein; 1=ja)	0,370*** (0,051)	0,370*** (0,051)	0,392*** (0,050)	0,391*** (0,050)
Mehrheitswahlrecht (0=nein; 1=ja)	–0,068 (0,225)	–0,071 (0,224)	–0,355 (0,239)	–0,360 (0,239)
Präsidentielles Regierungssystem (0=nein; 1=ja)	–0,557*** (0,150)	–0,557*** (0,150)	–0,586** (0,202)	–0,590** (0,202)
Föderalismus (0=nein; 1=ja)	–0,257+ (0,149)	–0,255+ (0,149)	–0,391* (0,163)	–0,388* (0,163)
Bikameralismus (0=nein; 1=ja)	0,000 (0,158)	–0,002 (0,158)	0,243 (0,221)	0,240 (0,221)
Gewerkschaftsstärke (Netto-Organisationsgrad)	–0,001 (0,004)	–0,001 (0,004)	–0,000 (0,005)	–0,000 (0,005)
Abstand 1. und 2. Partei (log.)	0,076 (0,062)	0,076 (0,062)	0,114+ (0,069)	0,114+ (0,069)
Bevölkerung (log.)	0,073 (0,069)	0,074 (0,069)	0,188+ (0,096)	0,189* (0,096)

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 4-5, Fortsetzung

Reales Wirtschaftswachstum	0,004 (0,026)	0,004 (0,026)	0,012 (0,034)	0,012 (0,034)
Wahlpflicht (0=nein; 1=ja)	1,221*** (0,177)	1,222*** (0,177)	1,082*** (0,269)	1,083*** (0,269)
Konstante	-0,758 (0,965)	-0,808 (0,918)	-2,782* (1,206)	-3,045* (1,214)
Pseudo-R ²	0,10	0,10	0,11	0,11
N (Individuen)	96.710	96.710	96.710	96.710
N (Wahljahre)	70	70	70	70

Tabelle 4-5 Der Einfluss von Bildung und Ungleichheit auf die individuelle Wahlbeteiligung bei Wahlen in 23 Ländern, 1980–2010 (Modelle 5–8)

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 5 Mehrebenenmodell	Modell 6	Modell 7 Logistische Regression (imputierte Daten)	Modell 8
Ungleichheit (Gini-Koeffizient)	-0,060** (0,021)	-0,059** (0,021)	-0,065*** (0,015)	-0,074*** (0,015)
Bildung (RK: niedrig)				
mittel	0,376*** (0,024)	0,623*** (0,169)	0,328*** (0,056)	0,096 (0,493)
hoch	0,786*** (0,026)	0,639*** (0,188)	0,664*** (0,067)	-0,203 (0,497)
Bildung * Ungleichheit (RK: niedrige Bildung)				
mittlere Bildung * Ungleichheit		-0,008 (0,006)		0,008 (0,016)
hohe Bildung * Ungleichheit		0,005 (0,006)		0,029+ (0,017)
Alter	0,122*** (0,003)	0,122*** (0,003)	0,132*** (0,007)	0,132*** (0,008)
Alter * Alter	-0,001*** (0,000)	-0,001*** (0,000)	-0,001*** (0,000)	-0,001*** (0,000)
Geschlecht (RK: Mann)	-0,076*** (0,019)	-0,076*** (0,019)	-0,085*** (0,025)	-0,085** (0,026)
Arbeitslos (0=nein; 1=ja)	-0,511*** (0,039)	-0,511*** (0,039)	-0,467*** (0,051)	-0,466*** (0,051)
Gewerkschaftsmitglied (0=nein; 1=ja)	0,374*** (0,027)	0,374*** (0,027)	0,274*** (0,052)	0,274*** (0,051)
Mehrheitswahlrecht (0=nein; 1=ja)	0,026 (0,255)	0,023 (0,255)	0,084 (0,217)	0,078 (0,217)

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 4-5, Fortsetzung

Präsidentielles Regierungssystem (0=nein; 1=ja)	-0,539** (0,201)	-0,541** (0,201)	-0,422** (0,160)	-0,419** (0,160)
Föderalismus (0=nein; 1=ja)	-0,294 (0,185)	-0,291 (0,186)	-0,190 (0,157)	-0,191 (0,156)
Bikameralismus (0=nein; 1=ja)	0,088 (0,195)	0,086 (0,196)	-0,105 (0,172)	-0,106 (0,171)
Gewerkschaftsstärke (Netto-Organisationsgrad)	-0,001 (0,005)	-0,001 (0,005)	0,000 (0,004)	0,000 (0,004)
Abstand 1. und 2. Partei (log.)	0,028 (0,059)	0,028 (0,059)	0,058 (0,066)	0,057 (0,066)
Bevölkerung (log.)	0,007 (0,077)	0,007 (0,077)	-0,003 (0,080)	-0,001 (0,079)
Reales Wirtschaftswachstum	-0,002 (0,028)	-0,002 (0,028)	-0,001 (0,025)	-0,001 (0,025)
Wahlpflicht (0=nein; 1=ja)	1,076*** (0,178)	1,075*** (0,179)	1,241*** (0,170)	1,245*** (0,171)
Konstante	-0,145 (1,071)	-0,200 (1,075)	-0,261 (0,986)	-0,023 (0,961)
Pseudo-R ²	–	–	0,09	0,09
McKelvey & Zavoinas R ²	0,18	0,18		
N (Individuen)	96.710	96.710	120.795	120.795
N (Wahljahre)	70	70	85	85

Standardfehler in Klammern; +p<0,1; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

Die Modelle 1 bis 4 verwenden robuste Standardfehler, die für jedes Wahljahr in einem Land geclustert sind. Zusätzlich werden im dritten und vierten Modell die Nichtwähler so gewichtet, dass ihr Anteil dem realen Nichtwähleranteil entspricht. Die Modelle 5 und 6 beruhen jeweils auf einer logistischen Mehrebenenanalyse, bei der die Individualbeobachtungen die erste und die 70 Wahlen die zweite Ebene darstellen. Die Modelle 7 und 8 werten einen Datensatz aus, bei dem das Einkommen und der Bildungsgrad durch multiple Imputation vervollständigt wurden (Acock 2010: 353–363).

Daten: UMFragEn, CWS, SWIID.

Tabelle 4-6 Der Einfluss von Einkommen und Ungleichheit auf die individuelle Wahlbeteiligung bei Wahlen in 23 Ländern, 1980–2010 (Modelle 1–4)

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
	Logistische Regression		Logistische Regression (gewichtet)	
Ungleichheit (Gini-Koeffizient)	–0,054*** (0,016)	–0,057** (0,018)	–0,043** (0,016)	–0,043** (0,016)
Einkommen (RK: unteres Fünftel)				
2. Fünftel	0,196*** (0,052)	0,209 (0,309)	0,192*** (0,053)	0,295 (0,324)
3. Fünftel	0,425*** (0,060)	0,225 (0,371)	0,390*** (0,063)	0,274 (0,372)
4. Fünftel	0,542*** (0,065)	0,383 (0,442)	0,555*** (0,068)	0,682+ (0,392)
oberes Fünftel	0,614*** (0,079)	0,263 (0,541)	0,579*** (0,081)	0,495 (0,506)
Einkommen * Ungleichheit				
2. Fünftel * Ungleichheit		–0,000 (0,011)		–0,003 (0,011)
3. Fünftel * Ungleichheit		0,007 (0,013)		0,004 (0,012)
4. Fünftel * Ungleichheit		0,005 (0,015)		–0,004 (0,013)
oberes Fünftel * Ungleichheit		0,012 (0,019)		0,003 (0,018)
Alter	0,111*** (0,010)	0,112*** (0,010)	0,109*** (0,011)	0,109*** (0,011)
Alter * Alter	–0,001*** (0,000)	–0,001*** (0,000)	–0,001*** (0,000)	–0,001*** (0,000)
Geschlecht (RK: Mann)	–0,048 (0,030)	–0,048 (0,030)	–0,058+ (0,030)	–0,059+ (0,030)
Arbeitslos (0=nein; 1=ja)	–0,352*** (0,066)	–0,351*** (0,066)	–0,371*** (0,058)	–0,372*** (0,059)
Gewerkschaftsmitglied (0=nein; 1=ja)	0,332*** (0,047)	0,332*** (0,047)	0,340*** (0,044)	0,339*** (0,045)
Konstante	–0,333 (1,079)	–0,223 (1,087)	–2,618* (1,189)	–2,624* (1,143)
Pseudo-R ²	0,10	0,10	0,10	0,10
N (Individuen)	73.755	73.755	73.755	73.755
N (Wahljahre)	67	67	67	67

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 4-6, Fortsetzung

Tabelle 4-6 Der Einfluss von Einkommen und Ungleichheit auf die individuelle Wahlbeteiligung bei Wahlen in 23 Ländern, 1980–2010 (Modelle 5–8)

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 5	Modell 6	Modell 7	Modell 8
	Mehrebenenmodell		Logistische Regression (imputierte Daten)	
Ungleichheit (Gini-Koeffizient)	–0,047* (0,023)	–0,053* (0,024)	–0,065*** (0,015)	–0,066*** (0,015)
Einkommen (RK: unteres Fünftel)				
2. Fünftel	0,225*** (0,033)	0,016 (0,236)	0,151*** (0,042)	0,067 (0,286)
3. Fünftel	0,430*** (0,035)	0,045 (0,244)	0,292*** (0,042)	0,250 (0,283)
4. Fünftel	0,548*** (0,036)	0,562* (0,267)	0,377*** (0,047)	0,290 (0,334)
oberes Fünftel	0,633*** (0,039)	0,240 (0,279)	0,445*** (0,059)	0,394 (0,385)
Einkommen * Ungleichheit				
2. Fünftel * Ungleichheit		0,007 (0,008)		0,003 (0,010)
3. Fünftel * Ungleichheit		0,013 (0,008)		0,001 (0,010)
4. Fünftel * Ungleichheit		–0,000 (0,009)		0,003 (0,011)
oberes Fünftel * Ungleichheit		0,013 (0,009)		0,002 (0,013)
Alter	0,116*** (0,004)	0,116*** (0,004)	0,124*** (0,007)	0,124*** (0,007)
Alter * Alter	–0,001*** (0,000)	–0,001*** (0,000)	–0,001*** (0,000)	–0,001*** (0,000)
Geschlecht (RK: Mann)	–0,044+ (0,023)	–0,044+ (0,023)	–0,066* (0,028)	–0,066* (0,028)
Arbeitslos (0=nein; 1=ja)	–0,370*** (0,048)	–0,369*** (0,048)	–0,431*** (0,050)	–0,431*** (0,050)
Gewerkschaftsmitglied (0=nein; 1=ja)	0,352*** (0,031)	0,353*** (0,031)	0,277*** (0,050)	0,278*** (0,050)
Wahlpflicht (0=nein; 1=ja)	1,042*** (0,191)	1,043*** (0,191)	1,246*** (0,170)	1,246*** (0,170)
Konstante	0,211 (1,187)	0,384 (1,196)	–0,063 (0,976)	–0,017 (0,973)

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 4-6, Fortsetzung

Pseudo-R ²	–	–	0,09	0,09
McKelvey & Zavoinas R ²	0,17	0,17		
N (Individuen)	73.755	73.755	120.776	120.776
N (Wahljahre)	67	67	85	85

Standardfehler in Klammern; +p<0,1; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

Auf die Darstellung der Koeffizienten der Makrovariablen wird verzichtet, da sich die Ergebnisse nicht nennenswert von denen in Tabelle 4-5 unterscheiden: In präsidentiellen Systemen und in föderalen Staaten fällt die individuelle Wahlwahrscheinlichkeit niedriger aus, in Ländern mit Wahlpflicht signifikant höher. Die Modelle 1 bis 4 verwenden robuste Standardfehler, die für jedes Wahljahr in einem Land geclustert sind. Zusätzlich werden im dritten und vierten Modell die Nichtwähler so gewichtet, dass ihr Anteil dem realen Nichtwähleranteil entspricht. Die Modelle 5 und 6 beruhen auf einer logistischen Mehrebenenanalyse, bei der die Individualbeobachtungen die erste und die 70 Wahlen die zweite Ebene darstellen. Die Modelle 7 und 8 werten einen Datensatz, bei dem das Einkommen und der Bildungsgrad durch multiple Imputation vervollständigt wurden (Acock 2010: 353–363).

Daten: UMFragEn, CWS, SWIID.

Tabelle 4-7 Der Einfluss von Ressourcen und Ungleichheit auf die individuelle Wahlbeteiligung bei Wahlen in 23 Ländern, 1980–2010

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1	Modell 2
Ungleichheit (Gini-Koeffizient)	–0,056*** (0,015)	–0,050** (0,018)
Ressourcenindex (RK: sehr niedrig)		
niedrig	0,300*** (0,046)	0,443 (0,273)
unterdurchschnittlich	0,468*** (0,065)	0,883* (0,428)
mittel	0,704*** (0,081)	0,951+ (0,550)
überdurchschnittlich	0,845*** (0,083)	1,220* (0,554)
hoch	0,954*** (0,092)	0,976 (0,657)
sehr hoch	1,156*** (0,120)	0,634 (0,810)
Ressourcen * Ungleichheit		
niedrig * Ungleichheit		–0,005 (0,009)
unterdurchschnittlich * Ungleichheit		–0,014 (0,015)
mittel * Ungleichheit		–0,008 (0,020)
überdurchschnittlich * Ungleichheit		–0,012 (0,019)
hoch * Ungleichheit		–0,001 (0,023)
sehr hoch * Ungleichheit		0,018 (0,029)
Konstante	–0,948 (1,071)	–1,135 (1,058)
Pseudo-R ²	0,11	0,11
N (Individuen)	70.489	70.489
N (Wahljahre)	65	65

Standardfehler in Klammern; + $p < 0,1$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Die Modelle entsprechen exakt den ersten beiden in Tabelle 4-5. Auf die Darstellung der anderen Koeffizienten wird verzichtet, da sich die Ergebnisse nicht nennenswert von den dort aufgeführten unterscheiden. Der siebenstufige Ressourcenindex wird additiv aus dem dreistufigen Bildungsgrad sowie der Zugehörigkeit zu Einkommensfünfteln gebildet.

Daten: UMFragen, SWIID.

Tabelle 5-1 In Kapitel 5 verwendete Datensätze

Kurzbezeichnung	Quelle
BWL 2010	Bundeswahlleiter, 2010: <i>Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009. Heft 1: Vergleichszahlen früherer Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundeswahlkreise</i> . Wiesbaden: Der Bundeswahlleiter.
BWL 2013a	Bundeswahlleiter, 2013: <i>Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 1: Vergleichszahlen früherer Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundeswahlkreise</i> . Wiesbaden: Der Bundeswahlleiter.
BWL 2013b	Bundeswahlleiter, 2013: <i>Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen</i> . Wiesbaden: Der Bundeswahlleiter.
BWL 2014	Bundeswahlleiter, 2014: <i>Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen</i> . Wiesbaden: Der Bundeswahlleiter.
GLÉS 2009	Rattinger, Hans/Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Bernhard Weßels, 2011: <i>Vor- und Nachwahl-Querschnitt (Kumulation) (GLÉS 2009)</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5302 Datenfile Version 5.0.0. doi:10.4232/1.10999
GLÉS 2013	Rattinger, Hans/Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Bernhard Weßels/Christof Wolf, 2014: <i>Vor- und Nachwahl-Querschnitt (Kumulation) (GLÉS 2013)</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5702 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.11891
GLÉS 2013 RCS	Rattinger, Hans/Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Bernhard Weßels/Christof Wolf, 2014: <i>Rolling Cross-Section-Wahlkampfstudie mit Nachwahl-Panelwelle (GLÉS 2013)</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5703 Datenfile Version 2.0.0. doi:10.4232/1.11892
ALLBUS 1980–2008	GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2010: <i>Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS-Kumulation 1980–2008</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4570 Datenfile Version 2.0.1. doi:10.4232/1.10080
ALLBUS 2010	GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2011: <i>Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2010</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4610 Datenfile Version 1.1.0. doi:10.4232/1.10760
ALLBUS 2012	GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2013: <i>Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2012</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4614 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.11595
DUISBURG 2004	Schmitt-Beck, Rüdiger/Thorsten Faas, 2006: <i>Kommunale Wahlbeteiligung – Kommunalwahl am 26. September 2004 in Duisburg</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4271 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.4271
SOZIALSTAAT 2008	Glatzer, Wolfgang/Roland Bieräugel/Oliver Nüchter/Alfons Schmid/Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Berlin), 2010: <i>Einstellungen zum Sozialstaat 2008</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5193 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.5193

Tabelle 5-2 Determinanten der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 in den Wahlkreisen

AV: Wahlbeteiligung	Ostdeutschland	Westdeutschland	Gesamt
Arbeitslosenquote	-0,77** (0,23)	-0,33** (0,11)	-0,51*** (0,09)
Abiturientenquote	0,13+ (0,08)	0,00 (0,03)	0,01 (0,03)
18–25-Jährige	-1,08 (0,69)	-0,69* (0,28)	-0,46+ (0,24)
Über-75-Jährige	-0,45 (0,49)	-0,36 (0,25)	-0,22 (0,21)
Einwohner pro km ² (log.)	2,02** (0,67)	0,40 (0,27)	0,79*** (0,22)
Ostdeutschland			-2,79*** (0,72)
Konstante	72,55*** (7,49)	81,09*** (4,26)	76,24*** (3,51)
R ²	0,53	0,08	0,35
N	50	249	299

Standardfehler in Klammern; + $p < 0,1$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Die Tabelle enthält die Koeffizienten eines linearen Regressionsmodells, das die Höhe der Wahlbeteiligung in den 299 Wahlkreisen schätzt.

Daten: BWL 2013.

Tabelle 5-3 Veränderung der Wahlwahrscheinlichkeit im Zeitverlauf

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Alter	0,09*** (0,01)	0,07*** (0,01)	0,09*** (0,01)
Alter ²	-0,00*** (0,00)	-0,00*** (0,00)	-0,00*** (0,00)
Geschlecht (RK: Frau)	-0,07+ (0,04)	-0,15** (0,05)	-0,02 (0,04)
Politisches Interesse	0,71*** (0,03)	0,72*** (0,03)	0,68*** (0,03)
Trend (Jahre seit 1980)	-0,05*** (0,00)	-0,06*** (0,00)	-0,05*** (0,00)
Bildung (RK: Hauptschule)			
Mittlere Reife	0,42*** (0,13)		
Fachhochschulreife	0,38** (0,15)		
Bildung * Trend			
Mittlere Reife * Trend	0,00 (0,01)		
Fachhochschulreife * Trend	0,02* (0,01)		
Einkommen (RK: unteres Drittel)			
2. Drittel		0,36** (0,13)	
3. Drittel		0,23+ (0,13)	
Einkommen * Trend			
2. Drittel * Trend		0,01 (0,01)	
3. Drittel * Trend		0,03*** (0,01)	
Schicht (RK: Unter- und Arbeiterschicht)			
Mittelschicht			0,61*** (0,11)
Oberschicht			0,47* (0,21)
Schicht * Trend			
Mittelschicht * Trend			0,00 (0,00)
Oberschicht * Trend			0,02* (0,01)

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 5-3, Fortsetzung

Konstante	-2,02*** (0,17)	-1,58*** (0,20)	-2,13*** (0,17)
Pseudo-R ²	0,140	0,153	0,150
N	25.281	20.361	24.362

Standardfehler in Klammern; + $p < 0,1$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Die Tabelle enthält die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells. Die Modelle werden unter Einschluss des personenbezogenen Ost-West-Transformationsgewichts berechnet, um die Überrepräsentation ostdeutscher Befragter sowie sozioökonomische Verzerrungen auszugleichen.

Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010, 2012.

Tabelle 5-4 Alters- und Kohorteneffekte auf die Wahlbeteiligung

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1	Modell 2
Geschlecht (RK: Frau)	-0,09* (0,04)	-0,08* (0,04)
Politisches Interesse	0,72*** (0,02)	0,70*** (0,03)
Bildung	0,33*** (0,03)	0,37*** (0,03)
Wahlbeteiligung	0,08*** (0,00)	0,05*** (0,01)
Altersgruppen (RK: 41–50 Jahre)		
18–25	-1,00*** (0,07)	-0,39*** (0,10)
26–30	-0,63*** (0,08)	-0,16+ (0,09)
31–40	-0,16* (0,06)	0,13+ (0,07)
51–60	0,36*** (0,07)	0,05 (0,08)
60–70	0,62*** (0,08)	0,13 (0,11)
70+	0,62*** (0,08)	0,06 (0,14)
Kohorten (RK: 1950er) vor 1920		0,54** (0,17)
1920er		0,65*** (0,14)
1930er		0,58*** (0,11)
1940er		0,34*** (0,08)
1960er		-0,34*** (0,07)
1970er		-0,74*** (0,09)
1980er		-0,74*** (0,13)
Konstante	-6,91*** (0,33)	-4,56*** (0,45)
Pseudo-R ²	0,13	0,14
N	25.281	25.281

Standardfehler in Klammern; +p<0,1; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

Die Tabelle enthält die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells. Die Modelle werden unter Einschluss des personenbezogenen Ost-West-Transformationsgewichts berechnet, um die Überrepräsentation ostdeutscher Befragter sowie sozioökonomische Verzerrungen auszugleichen.

Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010, 2012.

Tabelle 5-5 Auswirkung der politischen Zufriedenheit auf die Nichtwahl

AV: Nichtwahl	Modell 1
Geschlecht (RK: Frau)	-0,28 (0,19)
Alter	-0,03*** (0,01)
Bildung (RK: Hauptschule)	
Mittlere Reife	-0,62** (0,21)
Fachhochschulreife	-1,24*** (0,30)
politisches Interesse (1-5)	-1,02*** (0,11)
Zufriedenheitsindex (RK: 1 sehr unzufrieden)	
2	-0,28 (0,40)
3	-0,76* (0,39)
4	-1,00** (0,38)
5	-1,15** (0,38)
6	-1,46*** (0,39)
7 (sehr zufrieden)	-1,66*** (0,43)
Konstante	4,17*** (0,51)
Pseudo-R ²	0,26
N	1.699

Standardfehler in Klammern; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Die Tabelle enthält die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells, dessen abhängige Variable aus der vor der Bundestagswahl 2013 geäußerten Nichtwahlabsicht sowie aus der nach der Wahl berichteten Nichtwahl gebildet wird. Der Zufriedenheitsindex verknüpft additiv die drei in Abbildung 5-8 dargestellten Einzelitems zur politischen Zufriedenheit.

Daten: GLES 2013.

Tabelle 5-6 Determinanten der individuellen Wahlteilnahme

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1	Modell 2
Geschlecht (RK: Frau)	0,35+ (0,19)	0,16 (0,23)
Alter	0,03*** (0,01)	0,02*** (0,01)
Partnerschaft (0=nein; 1=ja)	0,36+ (0,20)	0,39+ (0,23)
Abitur (0=nein; 1=ja)	1,41*** (0,30)	0,60+ (0,35)
Haushaltseinkommen (log.)	1,28*** (0,24)	1,38*** (0,35)
Politisches Interesse (1–5)		0,63*** (0,13)
Zufriedenheit (1–7)		–0,03 (0,08)
Wahlnorm (1–5)		0,69*** (0,08)
Parteiidentifikation (0=nein; 1=ja)		0,09 (0,07)
Regierung macht Unterschied (1–5)		0,35* (0,16)
Wahl macht Unterschied (1–5)		0,21 (0,16)
Konstante	–2,28*** (0,48)	–7,63*** (0,82)
Pseudo-R ²	0,13	0,41
N	1.343	1.343

Standardfehler in Klammern; +p<0,1; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

In der Tabelle sind die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells dargestellt, mit dem ermittelt wird, von welchen Faktoren die individuelle Wahlbereitschaft abhängt. Als »Wähler« gelten alle Befragten, die im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 äußerten »bestimmt« oder »wahrscheinlich« wählen zu wollen sowie diejenigen, die nach der Wahl angaben, gewählt zu haben. Die Daten werden gewichtet, um die Überrepräsentation ostdeutscher Befragter sowie sozioökonomische Verzerrungen auszugleichen. Daten: GLES 2013.

Tabelle 5-7 Nichtwahlwahrscheinlichkeit in Abhängigkeit vom Verhalten der Gesprächspartner

AV: Nichtwahl	Modell 1
Geschlecht (RK: Frau)	-0,12 (0,13)
Alter	-0,02*** (0,00)
Schulabschluss (RK: höchstens Hauptschule)	
Mittlere Reife	-0,39* (0,15)
Abitur	-0,87*** (0,18)
Politisches Interesse (0-4)	-0,89*** (0,08)
Parteiidentifikation (0=nein; 1=ja)	-0,86*** (0,13)
Erhebungstag	-0,00 (0,00)
Erster Gesprächspartner (RK: keine Gespräche über Politik)	
Nichtwähler	0,58+ (0,31)
weiß nicht/unentschlossen	-0,60+ (0,31)
Wähler	-0,63** (0,22)
Zweiter Gesprächspartner (RK: keine Gespräche über Politik)	
Nichtwähler	0,70* (0,35)
weiß nicht/unentschlossen	-0,24 (0,36)
Wähler	-0,52* (0,26)
Konstante	1,59*** (0,31)
Pseudo-R ²	0,25
N	7.046

Standardfehler in Klammern; +p<0,1; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

In der Tabelle sind die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells abgetragen, bei dem die abhängige Variable »Nichtwahl« jene Befragten enthält, die vor der Bundestagswahl 2013 angaben, »vielleicht«, »wahrscheinlich nicht« oder »sicher nicht« wählen zu wollen.

Daten: GLES 2013 RCS.

Tabelle 5-8 Einfluss der Wähler im Stadtteil auf die individuelle Wahlteilnahme

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1
Wähler im Stadtteil (RK: wenige)	
durchschnittlich	0,53* (0,24)
viele	0,73* (0,37)
Geschlecht (RK: Frau)	0,12 (0,23)
Alter	0,02+ (0,01)
Partnerschaft (0=nein; 1=ja)	0,17 (0,23)
Interesse an Kommunalpolitik (1–5)	1,12*** (0,12)
Bildung (RK: Hauptschule)	
Mittlere Reife	0,08 (0,28)
Abitur	1,01*** (0,31)
Konstante	–2,50*** (0,50)
Pseudo-R ²	0,23
N	893

Standardfehler in Klammern; + $p < 0,1$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Dargestellt sind die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells, dessen abhängige Variable erfasst, ob jemand nach eigener Auskunft an der Kommunalwahl 2004 teilgenommen hat.

Daten: DUISBURG 2004.

Tabelle 5-9 Wahlverhalten in der Nachbarschaft und individuelle Wahlabsicht

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Einschätzung der Wahlbeteiligung in der Nachbarschaft (RK: »fast niemand/wenige«)			
nicht viele	0,61* (0,26)	0,51+ (0,28)	0,22 (0,35)
viele	1,85*** (0,26)	1,70*** (0,29)	0,86* (0,36)
fast alle	2,48*** (0,41)	2,07*** (0,43)	1,18* (0,54)
Geschlecht (RK: Frau)		0,25 (0,17)	0,21 (0,20)
Alter		0,01* (0,00)	-0,00 (0,01)
Partnerschaft (0=nein; 1=ja)		0,51** (0,17)	0,47* (0,21)
Haushaltseinkommen (log.)		0,40+ (0,21)	-0,02 (0,25)
Wahlnorm (1-5)			0,78*** (0,08)
Politisch interessiert (0=nein; 1=ja)			1,78*** (0,36)
Parteiidentifikation (0=nein; 1=ja)			0,27*** (0,06)
Konstante	0,11 (0,23)	-1,24** (0,46)	-2,86*** (0,55)
Pseudo-R ²	0,09	0,10	0,32
N	1.652	1.425	1.324

Standardfehler in Klammern; +p<0,1; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

In der Tabelle sind die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells abgetragen, bei dem die abhängige Variable »Nichtwahl« jene Befragten enthält, die vor der Bundestagswahl 2013 angaben, »vielleicht«, »wahrscheinlich nicht« oder »sicher nicht« wählen zu wollen.

Daten: GLES 2013.

Tabelle 5-10 Einfluss der Mobilisierung auf die Wahlteilnahme

AV: individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Geschlecht (RK: Frau)	0,32* (0,16)	0,35* (0,17)	0,32 (0,21)
Alter	0,04*** (0,01)	0,04*** (0,01)	0,03*** (0,01)
Bildung (RK: höchstens Hauptschule)			
Mittlere Reife	0,83*** (0,19)	0,85*** (0,20)	0,80*** (0,24)
Fachhochschulreife	1,56*** (0,26)	1,51*** (0,27)	1,32*** (0,34)
Wahlkampf verfolgt (0=nein; 1=ja)	1,85*** (0,21)	1,45*** (0,21)	0,89** (0,29)
Mobilisierungsindex (1–7)		0,42*** (0,06)	0,29*** (0,07)
Politisch interessiert (0=nein; 1=ja)			0,35 (0,41)
Wahlnorm (1–5)			0,68*** (0,07)
Parteiidentifikation (0=nein; 1=ja)			1,01*** (0,22)
Zufriedenheitsindex (1–7)			0,13* (0,06)
Konstante	–1,65*** (0,34)	–2,75*** (0,39)	–5,31*** (0,58)
Pseudo-R ²	0,21	0,25	0,39
N	1.862	1.783	1.560

Standardfehler in Klammern; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Die Tabelle enthält die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells, mit dem die Wahlteilnahme an der Bundestagswahl 2013 erklärt werden soll. Der Mobilisierungsindex setzt sich additiv aus zehn möglichen Kontaktarten von den Parteien mit den Befragten während des Wahlkampfs zusammen. Da nur eine sehr kleine Minderheit mehr als siebenmal kontaktiert wurde, enthält der höchste Indexwert alle, die angeben, siebenmal oder noch häufiger kontaktiert worden zu sein.

Daten: GLES 2013.

Tabelle 5-11 Determinanten sozialpolitischer Ausgabenpräferenzen

AV: Ausgabenpräferenz	Modell 1	Modell 2
Geschlecht (RK: Frau)	-0,63*** (0,10)	-0,62*** (0,10)
Alter	0,01*** (0,00)	0,01** (0,00)
Bildung (RK: Hauptschule)		
Mittlere Reife	-0,34* (0,14)	-0,36* (0,14)
Abitur	-0,65*** (0,14)	-0,68*** (0,14)
Einkommen (RK: unteres Fünftel)		
2. Fünftel	-0,41** (0,14)	-0,37** (0,14)
3. Fünftel	-0,53*** (0,15)	-0,46** (0,15)
4. Fünftel	-0,78*** (0,17)	-0,72*** (0,18)
5. Fünftel	-1,31*** (0,17)	-1,19*** (0,19)
Ostdeutschland (1=ja; 0=nein)	0,18* (0,08)	0,17* (0,08)
Leistungsbezieher (1=ja; 0=nein)		0,22 (0,13)
Mehr Eigenverantwortung (0=Ablehnung; 10=Zustimmung)		-0,05* (0,02)
Konstante	4,91*** (0,22)	5,22*** (0,27)
R ²	0,08	0,08
N	3.954	3.732

Standardfehler in Klammern; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

Die abhängige Variable ist ein additiver Index aus den sieben Feldern der Sozialpolitik, für die Ausgabenpräferenzen (»mehr«, »gleichviel« oder »weniger«) abgefragt werden. Daten: SOZIALSTAAT 2008.

Tabelle 6-1 In Kapitel 6 verwendete Datensätze

Kurzbezeichnung	Quelle
ALLBUS 1980–2008	GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2010: <i>Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS-Kumulation 1980–2008</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4570 Datenfile Version 2.0.1. doi:10.4232/1.10080
ALLBUS 2010	GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2011: <i>Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2010</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4610 Datenfile Version 1.1.0. doi:10.4232/1.10760
LANDTAGSWAHLEN	
1960–2004	Scheuch, Erwin K./Rudolf Wildenmann/Gerhard Baumert/Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase/Wolfgang Adrian/Manfred Berger/INFRATEST, München/FORSA, Berlin, 2006: <i>Landtagswahlen – Integrierter Datensatz 1964–2004</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4182 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.4182
2005	
Nordrhein-Westfalen	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2006: <i>Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2005</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4396 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.4396
Schleswig-Holstein	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2006: <i>Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2005</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4394 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.4394
2006	
Baden-Württemberg	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2006: <i>Landtagswahl in Baden-Württemberg 2006</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4399 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.4399
Mecklenburg-Vorpommern	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2007: <i>Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4511 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.4511
Rheinland-Pfalz	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2006: <i>Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2006</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4401 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.4401
Sachsen-Anhalt	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2006: <i>Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2006</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4403 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.4403
2007	
Bremen	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2008: <i>Bürgerschaftswahl in Bremen 2007</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4745 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.4745
2008	
Bayern	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim/ZDF, Mainz, 2009: <i>Landtagswahl in Bayern 2008</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4870 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.4870

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 6-1, Fortsetzung

Hessen	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim/ZDF, Mainz, 2009: <i>Landtagswahl in Hessen 2008</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4866 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.4866
Niedersachsen	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim/ZDF, Mainz, 2009: <i>Landtagswahl in Niedersachsen 2008</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4864 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.4864
2009	
Brandenburg	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2010: <i>Landtagswahl in Brandenburg 2009</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5383 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.10233
Hessen	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2010: <i>Landtagswahl in Hessen 2009</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5372 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.10135
Saarland	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2010: <i>Landtagswahl im Saarland 2009</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5379 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.10139
Sachsen	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2010: <i>Landtagswahl in Sachsen 2009</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5377 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.10137
Schleswig-Holstein	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2010: <i>Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2009</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5381 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.10231
Thüringen	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2010: <i>Landtagswahl in Thüringen 2009</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5375 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.10229
2010	
Nordrhein-Westfalen	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2012: <i>Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5622 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.11450
2011	
Baden-Württemberg	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2012: <i>Landtagswahl in Baden-Württemberg 2011</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5625 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.11453
Mecklenburg-Vorpommern	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2012: <i>Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5628 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.11464
Rheinland-Pfalz	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2012: <i>Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2011</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5626 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.11454
Sachsen-Anhalt	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, 2012: <i>Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2011</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5624 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.11452

Tabelle 6-2 Klassenlage und Wahlabsicht in Westdeutschland

RK: SPD-Wahl	Keine Wahlabsicht	Linke	Grüne	CDU/CSU	FDP	Andere
Geschlecht (RK: weiblich)	0,76*** (0,04)	1,23 (0,16)	0,86** (0,04)	1,05 (0,04)	1,04 (0,05)	1,49*** (0,15)
Alter	0,99** (0,00)	0,99 (0,01)	0,96*** (0,00)	1,01*** (0,00)	1,00 (0,00)	0,98** (0,01)
Generation (RK: vor 1940)						
2. Generation (1941–1969)	0,87 (0,09)	2,03* (0,58)	1,24* (0,13)	0,91 (0,06)	1,04 (0,11)	0,87 (0,21)
3. Generation (1970–1991)	0,80 (0,15)	1,67 (0,74)	0,61** (0,11)	1,45** (0,17)	1,29 (0,23)	0,78 (0,29)
Konfession (RK: konfessionslos)						
evangelisch	0,50*** (0,04)	0,38*** (0,06)	0,57*** (0,04)	1,45*** (0,08)	1,04 (0,08)	0,63*** (0,07)
katholisch	0,68*** (0,05)	0,33*** (0,06)	0,64*** (0,05)	3,16*** (0,18)	1,20* (0,09)	0,96 (0,12)
Zeit (Jahre seit 1980)	1,06*** (0,01)	1,28*** (0,03)	1,04*** (0,01)	1,01 (0,00)	1,02** (0,01)	1,06*** (0,01)
Klassenschema (RK: Arbeiterklasse)						
nicht manuelle Routine und Techniker	1,01 (0,18)	1,25 (1,42)	0,79 (0,14)	1,41*** (0,13)	1,31+ (0,21)	1,04 (0,30)
Dienstklassen	0,97 (0,12)	3,66* (2,25)	1,78*** (0,23)	2,05*** (0,15)	3,25*** (0,38)	1,14 (0,27)
Selbstständige und Arbeitgeber	1,50+ (0,32)	14,33** (11,66)	1,88** (0,41)	3,41*** (0,47)	4,80*** (1,01)	2,16* (0,65)
Klassenschema * Zeit (RK: Arbeiter * Zeit)						
nicht manuelle Routine und Techniker * Zeit	0,99 (0,01)	0,98 (0,04)	1,03** (0,01)	0,99 (0,01)	1,00 (0,01)	1,00 (0,01)
Dienstklassen * Zeit	0,98*** (0,01)	0,95* (0,02)	1,02** (0,01)	0,99** (0,00)	0,99* (0,01)	0,98* (0,01)
Selbstständige und Arbeitgeber * Zeit	1,00 (0,01)	0,91** (0,03)	1,03* (0,01)	0,99 (0,01)	1,00 (0,01)	1,00 (0,01)
McFadden R ²	0,05					
N	34.509					

Standardfehler in Klammern; +p<0,1; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

Angegeben sind Chancenverhältnisse (*odds ratios*) und robuste Standardfehler, die auf einer multinomialen logistischen Regression beruhen, deren abhängige Variable sieben Kategorien hat: Neben der Nichtwahl wird die Stimmabgabe für CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und Andere modelliert. Befragte, die nicht oder »weiß nicht« antworten, werden aus der Analyse ausgeschlossen. Referenzkategorie ist die Stimmabgabe für die SPD.

Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010.

Tabelle 6-3 Klassenlage und Wahlabsicht in Ostdeutschland

RK: SPD-Wahl	Keine Wahlabsicht	Linke	Grüne	CDU/CSU	FDP	Andere
Geschlecht (RK: weiblich)	0,78*** (0,05)	1,25+ (0,16)	0,81*** (0,05)	1,13** (0,05)	1,09 (0,07)	1,40** (0,14)
Alter	0,99* (0,00)	1,00 (0,01)	0,96*** (0,00)	1,02*** (0,00)	1,01* (0,00)	0,98* (0,01)
Generation (RK: vor 1940)						
2. Generation (1941–1969)	0,80+ (0,10)	2,07* (0,59)	1,26+ (0,17)	0,93 (0,08)	1,11 (0,14)	0,91 (0,21)
3. Generation (1970–1991)	0,75 (0,16)	1,78 (0,79)	0,69+ (0,14)	1,47** (0,21)	1,43+ (0,30)	0,90 (0,33)
Konfession (RK: konfessionslos)						
evangelisch	0,58*** (0,05)	0,41*** (0,06)	0,67*** (0,05)	1,46*** (0,09)	1,08 (0,10)	0,69** (0,09)
katholisch	0,72*** (0,06)	0,34*** (0,06)	0,69*** (0,05)	2,78*** (0,18)	1,17+ (0,11)	0,98 (0,12)
Zeit (Jahre seit 1980)	1,06*** (0,01)	1,27*** (0,03)	1,04*** (0,01)	1,02*** (0,01)	1,04** (0,01)	1,01 (0,01)
Klassenschema (RK: Arbeiterklasse)						
nicht manuelle Routine und Techniker	0,76 (0,22)	1,15 (1,49)	0,66 (0,21)	1,14 (0,25)	1,40 (0,48)	0,89 (0,53)
Dienstklassen	0,85 (0,20)	3,70+ (2,60)	1,29 (0,32)	1,96*** (0,31)	4,51*** (1,21)	0,63 (0,20)
Selbstständige und Arbeitgeber	1,39 (0,53)	20,14** (20,01)	1,86 (0,72)	3,50*** (0,95)	5,18*** (2,02)	1,33 (0,70)
Klassenschema * Zeit (RK: Arbeiter * Zeit)						
nicht manuelle Routine und Techniker * Zeit	1,00 (0,01)	0,99 (0,05)	1,04* (0,02)	1,00 (0,01)	1,00 (0,02)	1,01 (0,03)
Dienstklassen * Zeit	0,98+ (0,01)	0,95* (0,03)	1,03** (0,01)	0,99 (0,01)	0,97* (0,01)	1,00 (0,02)
Selbstständige und Arbeitgeber * Zeit	1,00 (0,02)	0,89** (0,04)	1,03 (0,02)	0,99 (0,01)	0,99 (0,02)	1,02 (0,03)
McFadden R ²	0,06					
N	18.144					

Standardfehler in Klammern; + p<0,1; * p<0,05; ** p<0,01; *** p<0,001.

Angegeben sind Chancenverhältnisse (*odds ratios*) und robuste Standardfehler, die auf einer multinomialen logistischen Regression beruhen, deren abhängige Variable sieben Kategorien hat: Neben der Nichtwahl wird die Stimmabgabe für CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und Andere modelliert. Befragte, die nicht oder »weiß nicht« antworten, werden aus der Analyse ausgeschlossen. Referenzkategorie ist die Stimmabgabe für die SPD.

Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010.

Tabelle 6-4 Nichtwahlneigung von Arbeitern unterschiedlicher Einkommensgruppen (nur Westdeutschland)

AV: Nichtwahl	Odds Ratio
Geschlecht (RK: weiblich)	0,81*** (0,03)
Alter	0,99*** (0,00)
Generation (RK: vor 1940)	
2. Generation (1941–1969)	0,87+ (0,07)
3. Generation (1970–1991)	0,64** (0,09)
Konfession (RK: konfessionslos)	
evangelisch	0,57*** (0,03)
katholisch	0,53*** (0,03)
Zeit (Jahre seit 1980)	1,03*** (0,01)
Arbeiter (0 = nein; 1 = ja)	1,00 (0,15)
Einkommen (RK: unteres Drittel)	
mittleres Drittel	0,63* (0,12)
oberes Drittel	0,55*** (0,09)
Arbeiter * Zeit	1,03*** (0,01)
Einkommen * Zeit (RK: unteres Drittel * Zeit)	
mittleres Drittel * Zeit	1,01 (0,01)
oberes Drittel * Zeit	0,99 (0,01)
Arbeiter * Einkommen (RK: Arbeiter * unteres Drittel)	
Arbeiter * mittleres Drittel	1,20 (0,29)
Arbeiter * oberes Drittel	1,38 (0,34)

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 6-4, Fortsetzung

Arbeiter * Einkommen * Zeit (RK: Arbeiter * unteres Drittel * Zeit)	
Arbeiter * mittleres Drittel * Zeit	0,98 (0,01)
Arbeiter * oberes Drittel * Zeit	0,99 (0,01)
Pseudo-R ²	0,03
N	36.323

Standardfehler in Klammern; + $p < 0,1$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Angegeben sind Chancenverhältnisse (*odds ratios*), die auf einem binären logistischen Regressionsmodell beruhen, das die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl (0 = Wahlteilnahme; 1 = Nichtwahl) schätzt.

Daten: ALLBUS 1980–2008, 2010.

Tabelle 6-5 Wahlabsicht bei Landtagswahlen in Westdeutschland, 1978–2011

RK: SPD-Wahl	Nichtwahl	Linke	CDU/CSU	FDP	Grüne
Geschlecht (RK: weiblich)	0,81*** (0,03)	1,02 (0,09)	1,10*** (0,03)	1,20*** (0,05)	0,86*** (0,04)
Altersgruppen (RK: 18–24 Jahre)					
25–34	0,64*** (0,05)	1,03 (0,38)	0,99 (0,06)	1,29+ (0,19)	0,99 (0,08)
35–44	0,54*** (0,05)	1,19 (0,46)	1,09 (0,07)	1,21 (0,18)	0,79** (0,07)
45–59	0,49*** (0,05)	1,11 (0,45)	1,18* (0,08)	1,25 (0,20)	0,55*** (0,05)
60 und älter	0,55*** (0,07)	1,38 (0,63)	1,40*** (0,11)	0,86 (0,15)	0,36*** (0,05)
Kohorten (RK: vor 1946 geboren)					
1947–1966	1,13+ (0,08)	1,18 (0,20)	0,79*** (0,03)	0,70*** (0,05)	2,17*** (0,16)
1967 und später	1,34** (0,15)	0,95 (0,25)	1,01 (0,06)	0,88 (0,10)	1,50*** (0,17)
Konfession (RK: konfessionslos)					
evangelisch	0,52*** (0,03)	0,16*** (0,02)	1,25*** (0,04)	1,04 (0,06)	0,53*** (0,02)
katholisch	0,77*** (0,04)	0,14*** (0,02)	2,48*** (0,09)	1,17* (0,07)	0,53*** (0,03)
Zeit (Jahre seit 1978)	1,07*** (0,00)	1,18*** (0,01)	1,01** (0,00)	1,04*** (0,01)	1,03*** (0,01)
Berufsgruppen (RK: Arbeiter)					
Angestellte	0,83* (0,07)	2,65** (0,88)	1,58*** (0,07)	2,27*** (0,29)	2,07*** (0,21)
Beamte	0,76+ (0,13)	1,08 (0,50)	1,77*** (0,12)	3,21*** (0,51)	2,56*** (0,34)
Selbstständige und Arbeitgeber	1,93*** (0,27)	2,20 (1,14)	3,27*** (0,25)	5,01*** (0,81)	3,25*** (0,50)

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 6-5, Fortsetzung

Berufsgruppen * Zeit					
Angestellte * Zeit	0,99+ (0,00)	0,96** (0,01)	1,00 (0,00)	1,00 (0,01)	1,01 (0,01)
Beamte * Zeit	0,97** (0,01)	0,99 (0,02)	0,99+ (0,00)	1,00 (0,01)	1,01+ (0,01)
Selbstständige und Arbeitgeber * Zeit	0,98** (0,01)	0,98 (0,02)	0,99+ (0,00)	1,00 (0,01)	1,01+ (0,01)
McFadden R ²	0,07				
N	59.176				

Standardfehler in Klammern; + $p < 0,1$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Angegeben sind Chancenverhältnisse (*odds ratios*). In dieser Analyse wird angenommen, dass die Befragungen unabhängig voneinander sind, obwohl länderspezifische Faktoren vorliegen können, die das Ergebnis beeinflussen. So schneidet die CSU in Bayern überdurchschnittlich ab, ohne dass dies berücksichtigt wird. Aber auch eine Analyse, die für jedes Bundesland eine Dummyvariable einfügt, bringt keine substanziell anderen Ergebnisse hervor. Auf die gesonderte Darstellung wird deshalb verzichtet.

Daten: LANDTAGSWAHLEN.

Tabelle 6-6 Wahlabsicht bei Landtagswahlen in Ostdeutschland, 1994–2011

RK: SPD-Wahl	Nichtwahl	Linke	CDU/CSU	FDP	Grüne
Geschlecht (RK: weiblich)	0,95 (0,06)	1,12+ (0,07)	1,01 (0,05)	1,13 (0,12)	1,18+ (0,11)
Altersgruppen (RK: 18–24 Jahre)					
25–34	0,71+ (0,14)	0,73 (0,17)	1,17 (0,21)	1,58+ (0,43)	1,63+ (0,48)
35–44	0,81 (0,17)	1,00 (0,25)	1,43+ (0,28)	1,72+ (0,49)	1,52 (0,47)
45–59	0,91 (0,21)	1,04 (0,27)	1,44+ (0,30)	1,68 (0,55)	1,15 (0,39)
60 und älter	1,00 (0,28)	1,11 (0,33)	1,35 (0,31)	1,42 (0,60)	0,92 (0,37)
Generation (RK: vor 1946 geboren)					
1947–1966	1,79*** (0,27)	1,25+ (0,16)	1,23* (0,13)	1,58+ (0,40)	1,80** (0,35)
1967 und später	2,76*** (0,57)	1,18 (0,24)	1,42* (0,22)	2,08* (0,67)	1,74+ (0,49)
Konfession (RK: konfessionslos)					
evangelisch	0,80** (0,07)	0,45*** (0,04)	1,88*** (0,10)	1,28* (0,15)	1,59*** (0,16)
katholisch	1,01 (0,17)	0,47** (0,12)	3,56*** (0,36)	1,76* (0,41)	2,50*** (0,53)
Zeit (Jahre seit 1978)	1,05*** (0,01)	1,06*** (0,01)	1,01 (0,01)	1,11*** (0,02)	0,97 (0,02)
Berufsgruppen (RK: Arbeiter)					
Angestellte	0,47** (0,13)	2,67*** (0,70)	0,81 (0,18)	4,06** (2,11)	0,48 (0,24)
Beamte	0,97 (1,09)	8,59** (6,76)	1,54 (0,95)	3,42 (3,71)	0,26 (0,50)
Selbstständige und Arbeitgeber	1,94 (1,31)	7,20*** (4,14)	10,90*** (5,36)	34,23*** (26,68)	0,77 (0,66)

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 6-6, Fortsetzung

Berufsgruppen * Zeit					
Angestellte * Zeit	1,01 (0,01)	0,97** (0,01)	1,01 (0,01)	0,96* (0,02)	1,06** (0,02)
Beamte * Zeit	0,96 (0,04)	0,93** (0,03)	0,99 (0,02)	0,97 (0,04)	1,09 (0,08)
Selbstständige und Arbeitgeber * Zeit	0,98 (0,03)	0,94** (0,02)	0,93*** (0,02)	0,92** (0,03)	1,06+ (0,04)
McFadden R ²	0,04				
N	17.408				

Standardfehler in Klammern; +p<0,1; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

Angegeben sind Chancenverhältnisse (*odds ratios*). In dieser Analyse wird angenommen, dass die Befragungen unabhängig voneinander sind, obwohl länderspezifische Faktoren vorliegen können, die das Ergebnis beeinflussen. So schneidet die CSU in Bayern überdurchschnittlich ab, ohne dass dies berücksichtigt wird. Aber auch eine Analyse, die für jedes Bundesland eine Dummyvariable einfügt, bringt keine substantiell anderen Ergebnisse hervor. Auf die gesonderte Darstellung wird deshalb verzichtet.

Daten: LANDTAGSWAHLEN.

Tabelle 6-7 Nichtwahlneigung unterschiedlicher Berufsgruppen (nur Westdeutschland)

AV: Nichtwahl	Odds Ratio	Standardfehler
Geschlecht (RK: weiblich)	1,11**	(0,04)
Altersgruppen (RK: 18–24)		
25–34	0,64***	(0,04)
35–44	0,53***	(0,04)
45–59	0,49***	(0,05)
60 und älter	0,50***	(0,06)
Generation (RK: vor 1946 geboren)		
1947–1966	1,27***	(0,09)
1967 und später	1,61***	(0,16)
Konfession (RK: konfessionslos)		
evangelisch	0,57***	(0,03)
katholisch	0,61***	(0,03)
Zeit (Jahre seit 1978)	1,06***	(0,00)
Berufsgruppen (RK: Arbeiter)		
Facharbeiter	0,47***	(0,05)
Meister	0,93	(0,45)
einfache Angestellte	0,57***	(0,06)
gehobene Angestellte	0,43***	(0,05)
leitende Angestellte	0,46***	(0,09)
einfache und mittlere Beamte	0,39***	(0,08)
gehobener Dienst und höhere Beamte	0,37***	(0,09)
Berufsgruppen * Zeit		
Facharbeiter * Zeit	1,02**	(0,01)
Meister * Zeit	0,98	(0,02)
einfache Angestellte * Zeit	1,00	(0,01)
gehobene Angestellte * Zeit	0,99	(0,01)
leitende Angestellte * Zeit	1,00	(0,01)
einfache und mittlere Beamte * Zeit	0,99	(0,01)
gehobener Dienst und höhere Beamte * Zeit	0,97**	(0,01)
Pseudo-R ²	0,11	
N	65.015	

Standardfehler in Klammern; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Angegeben sind Chancenverhältnisse (*odds ratios*), die auf einem binären logistischen Regressionsmodell beruhen, das die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl (0=Wahlteilnahme; 1=Nichtwahl) schätzt.

Daten: LANDTAGSWAHLEN.

Tabelle 7-1 In Kapitel 7 verwendete Datensätze

Kurzbezeichnung	Quelle
HH_STADTTEILE	Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-hamburg/wahldatenbank www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/SI_SPEZIAL_I_2014_komplett.pdf
STÄDTE_2009	www.armin-schaefer.de/wahlbeteiligung-in-stadtteilen
STÄDTE 2013	Schäfer/Vehrkamp/Gagné (2013) www.wahlbeteiligung2013.de
HB_ORTSTEILE	Statistisches Landesamt Bremen, Bremer Ortsteilatl www.statistik-bremen.de/tabellen/kleinraum/ortsteilatl/atlas.html
KÖLN_STADTTEILE	Amt für Statistik und Stadtentwicklung, Köln
DUIS_STADTTEILE	Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik

Tabelle 7-2 Wahlbeteiligung in den Bremer Ortsteilen bei der Bundestagswahl 2009

AV: Wahlbeteiligung	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Arbeitslose	-1,12*** (0,07)	-0,53*** (0,11)	-0,36*** (0,08)
Einkommen		0,44*** (0,12)	0,46*** (0,09)
Abitur		0,12** (0,04)	0,10** (0,03)
Migranten			-0,34*** (0,04)
Konstante	87,55*** (1,07)	65,12*** (3,52)	67,76*** (2,65)
R ²	0,77	0,85	0,92
N	83	82	82

Standardfehler in Klammern; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Arbeitslose: Anteil der Arbeitslosen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zuzüglich Arbeitslose; *Einkommen*: Medianeinkommen der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in 1.000 Euro; *Abitur*: Anteil der Schüler an Gymnasien an der Bevölkerung im Alter von 16 bis unter 19 Jahren; *Migranten*: Anteil derjenigen mit Migrationshintergrund minus Anteil der Ausländer.

Daten: HB_ORTSTEILE.

Tabelle 7-3 Veränderung des SPD-Stimmenanteils in Bremer Ortsteilen in Abhängigkeit von der Wahlbeteiligung, 1972–2013

AV: Veränderung des SPD-Stimmenanteils	OLS ^a	Fixed effects ^a	Arellano & Bond	PCSE	PCSE
Veränderung der Wahlbeteiligung	0,46*** (0,04)	0,45*** (0,04)	0,52*** (0,04)	0,43+ (0,25)	0,80*** (0,23)
Veränderung SPD-Anteil (lagged dependent variable)			0,35*** (0,04)		
Zeittrend				-0,16 (0,44)	
Veränderung Die Linke					-1,13*** (0,27)
Veränderung Bündnis 90/Die Grünen					-0,41 (0,30)
Konstante	-2,07*** (0,07)	-2,08*** (0,05)	-1,38*** (0,18)	-1,05 (3,09)	2,33+ (1,20)
R ²	0,17	0,17		0,18	0,75
N	829	829	663	829	415

Standardfehler in Klammern; +p<0,1; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

a Modelle mit robusten Standardfehlern.

Dargestellt werden die Ergebnisse von vier unterschiedlichen statistischen Schätzverfahren, bei denen die abhängige Variable die Veränderung des SPD-Stimmenanteil von einer Bundestagswahl zur nächsten in den Bremer Ortsteilen bildet. Neben einem klassischen linearen Regressionsmodell (OLS=*ordinary least squares*) wird ein *Fixed-Effects*-Modell geschätzt, dass die Niveau-Unterschiede zwischen den Ortsteilen ausgleicht und nur Veränderungsdynamiken betrachtet. Das dritte Modell benutzt das von Arellano und Bond entwickelte Verfahren mit verzögerter abhängiger Variable (*lagged dependent variable*), während die beiden letzten Modelle *Panel-Corrected Standard Errors* nach Beck und Katz (1995) verwenden. Siehe zur Vorgehensweise Fisher (2007).

Daten: HB_ORTSTEILE.

Tabelle 7-4 Veränderung des SPD-Stimmenanteils in Duisburger und Kölner Stadtteilen in Abhängigkeit von der Wahlbeteiligung

Duisburg (1990–2009)	OLS ^a	Fixed effects ^a	PCSE	Arellano & Bond	PCSE	PCSE
Veränderung der Wahlbeteiligung	1,050*** (0,035)	1,066*** (0,037)	1,050*** (0,136)	0,994*** (0,060)	0,598** (0,211)	0,772*** (0,178)
R ²	0,799	0,812	0,799		0,853	0,753
N	230	230	230	138	230	138
Köln (1987–2009)						
Veränderung der Wahlbeteiligung	0,652*** (0,031)	0,663*** (0,031)	0,652* (0,323)	0,937*** (0,057)	0,461* (0,206)	0,550* (0,239)
R ²	0,297	0,299	0,297		0,644	0,607
N	509	509	509	338	509	256

Standardfehler in Klammern; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

a Modelle mit robusten Standardfehlern.

Erläuterung: Siehe Tabelle 7-3.

Daten: KÖLN_STADTTEILE, DUIS_STADTTEILE.

Tabelle 8-1 In Kapitel 8 verwendete Datensätze

Kurzbezeichnung	Quelle
FREIWILLIGEN-SURVEY 2009	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin/Bertelsmann Stiftung, Gütersloh/Generali Zukunfts Fonds, Köln, 2011: <i>Freiwilligensurvey 2009</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5433 Datenfile Version 2.0.0. doi:10.4232/1.10407
ALLBUS 2008	GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2011: <i>Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2008</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4600 Datenfile Version 2.0.0. doi:10.4232/1.10834
ALLBUS 1980–2010	GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2012: <i>Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS-Kumulation 1980–2010</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4574 Datenfile Version 1.0.0. doi:10.4232/1.11379
GLÉS 2009 KANDIDATEN	Rattinger, Hans/Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Bernhard Weißels/Thomas Gschwend/Hermann Schmitt/Andreas Wüst/Thomas Zittel, 2012: <i>Kandidatenstudie, Befragung (GLÉS 2009)</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5319 Datenfile Version 2.0.0. doi:10.4232/1.11444

Tabelle 8-2 Determinanten ehrenamtlichen Engagements

AV	Ehrenamt (0=nein; 1=ja)	Führungsposition (0=nein; 1=ja)
Geschlecht (RK: Frau)	0,23*** (0,05)	0,67*** (0,08)
Alter	0,06*** (0,01)	0,05*** (0,01)
Alter * Alter	-0,00*** (0,00)	-0,00*** (0,00)
Bildung (RK: Hauptschule)		
Mittlere Reife	0,43*** (0,07)	0,13 (0,13)
Abitur	0,61*** (0,07)	0,33* (0,13)
Studium	0,77*** (0,08)	0,40** (0,13)
Freundeskreis (RK: klein)		
mittel	0,61*** (0,05)	0,11 (0,10)
groß	1,13*** (0,06)	0,57*** (0,10)
Arbeitslosigkeit (0=nein; 1=ja)	-0,19+ (0,11)	-0,16 (0,21)
Kirchenbindung (RK: keine)		
schwach	0,15* (0,06)	0,17 (0,11)
mittel	0,51*** (0,05)	0,28** (0,09)
stark	1,24*** (0,07)	0,28** (0,10)
Migrant (0=nein; 1=ja)	-0,61*** (0,12)	-0,36 (0,22)
Politisches Interesse (RK: gering)		
mittel	0,32*** (0,08)	0,12 (0,15)
groß	0,55*** (0,08)	0,25+ (0,15)
Politisches Amt (0=nein; 1=ja)	0,91*** (0,07)	0,64*** (0,10)

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 8-2, Fortsetzung

Konstante	-3,30*** (0,18)	-3,30*** (0,35)
Pseudo-R ²	0,12	0,06
N	18.771	6.706

Standardfehler in Klammern; + $p < 0,1$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.
 Dargestellt sind die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells.
 Daten: FREIWILLIGENSURVEY 2009.

Tabelle 8-3 Determinanten der Mitgliedschaft in politischen Organisationen und alternative politische Partizipation

AV	Mitgliedschaft (0=nein; 1=ja)	Aktivität (0=nein; 1=ja)
Geschlecht (RK: Frau)	-0,109 (0,105)	0,398*** (0,105)
Alter	0,062*** (0,019)	0,059*** (0,017)
Alter ²	-0,001** (0,000)	-0,001*** (0,000)
Politisches Interesse	0,353*** (0,057)	0,746*** (0,060)
Demokratiezufriedenheit	-0,027 (0,123)	-0,009 (0,113)
Einkommen (RK: unteres Fünftel)		
2. Fünftel	0,358+ (0,194)	0,056 (0,154)
3. Fünftel	0,618** (0,190)	0,297+ (0,155)
4. Fünftel	0,679*** (0,190)	0,832*** (0,162)
5. Fünftel	0,921*** (0,189)	1,220*** (0,180)
Westdeutschland (0=nein; 1=ja)	0,543*** (0,121)	-0,532*** (0,113)
Wohnumgebung (RK: schlecht bis durchschnittlich)		
gut	0,170 (0,130)	0,355** (0,117)
sehr gut	0,413** (0,152)	0,353* (0,152)
Konstante	-4,725*** (0,529)	-2,786*** (0,467)
Pseudo-R ²	0,071	0,179
N	2.310	2.310

Standardfehler in Klammern; +p<0,1; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.
Dargestellt sind die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells.
Daten: ALLBUS 2008.

Tabelle 8-4 Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005

AV: Individuelle Wahlbeteiligung	Modell 1
Alter	0,098*** (0,015)
Alter ²	-0,001*** (0,000)
Geschlecht (RK: Frau)	0,331** (0,102)
Politisches Interesse	0,611*** (0,060)
Parteimitglied (0=nein; 1=ja)	1,287* (0,617)
Organisation (0=kein; 1=Mitglied)	0,340* (0,133)
Aktivitätsindex (RK: nicht aktiv)	
1. Aktivität	0,646*** (0,130)
2. Aktivität	1,120*** (0,158)
3. Aktivität	1,340*** (0,193)
4. Aktivität	1,743*** (0,278)
5. Aktivität	1,495*** (0,361)
Westdeutschland (0=nein; 1=ja)	0,013 (0,105)
Konstante	-4,534*** (0,396)
Pseudo-R ²	0,219
N	3.434

Standardfehler in Klammern; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.
Dargestellt sind die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells.
Daten: ALLBUS 2008.

Tabelle 8-5 Erklärungsfaktoren für eine erfolgreiche Bundestagskandidatur

AV: Kandidatur erfolgreich (0=nein; 1=ja)	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
Geschlecht	0,21 (0,35)	-0,01 (0,39)	0,45 (0,44)	-0,01 (0,35)	0,37 (0,42)
Alter	0,28* (0,11)	0,26* (0,11)	0,26* (0,12)	0,23* (0,11)	0,18 (0,12)
Alter ²	-0,00* (0,00)	-0,00* (0,00)	-0,00* (0,00)	-0,00* (0,00)	-0,00 (0,00)
Bildung (RK: Mittlere Reife)					
Fachhochschulreife	0,29 (0,66)	0,18 (0,75)	0,50 (0,73)	0,42 (0,74)	0,75 (0,82)
Studium	0,95 (0,60)	0,91 (0,62)	1,26* (0,63)	1,16+ (0,70)	1,20 (0,77)
Mitglied in Verein (0=nein; 1=ja)	0,06 (0,45)	0,28 (0,48)	0,31 (0,47)	-0,12 (0,55)	-0,38 (0,48)
Bürgermeister/Landrat (0=nein; 1=ja)	2,30** (0,79)	1,95* (0,77)	2,29** (0,72)	1,77+ (1,07)	1,65+ (0,85)
Mitglied Kommunalparlament (0=nein; 1=ja)	-0,61+ (0,31)	-0,68+ (0,36)	-0,62+ (0,37)	-0,66+ (0,34)	-0,46 (0,36)
Landtagsmitglied (0=nein; 1=ja)	0,81+ (0,43)	0,92* (0,46)	0,88+ (0,50)	0,55 (0,49)	1,17* (0,55)
Bundtagsmitglied (0=nein; 1=ja)	2,86*** (0,53)	2,37*** (0,52)	1,92*** (0,53)	2,85*** (0,56)	2,29*** (0,52)
Art der Kandidatur (RK: nur Direktkandidat)					
nur Listenplatz	0,53 (0,81)	-0,20 (0,97)	0,32 (0,93)	1,30+ (0,78)	-0,56 (1,29)
Direktkandidatur und Liste	1,19** (0,41)	0,92* (0,45)	0,89* (0,44)	1,42** (0,50)	0,61 (0,45)
Volkspartei (RK: Grüne, FDP, Linke)	-0,41 (0,43)	-0,24 (0,40)	-1,14* (0,54)	0,00 (0,40)	0,27 (0,41)
Zeitlicher Aufwand (log.) (pro Tag investierte Stunden)	1,66*** (0,39)	1,49*** (0,40)	1,25** (0,40)	2,01*** (0,42)	1,10** (0,41)

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 8-5, Fortsetzung

Gesamtausgaben in Euro (log.)	0,39+ (0,22)				
Private Ausgaben in Euro (log.)		0,49** (0,19)		0,41* (0,20)	
Sichere Kandidatur				2,76*** (0,60)	
Parteiausgaben in Euro (log.)				0,01 (0,15)	
Spendenanteil in Euro (log.)					0,23 (0,14)
Konstante	-16,26*** (3,31)	-15,34*** (3,17)	-15,40*** (3,48)	-12,57*** (2,89)	-11,11** (3,53)
Pseudo-R ²	0,47	0,46	0,52	0,41	0,39
N	528	443	443	425	311

Standardfehler in Klammern; +p<0,1; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

Dargestellt sind die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells. Es werden gewichtete Daten verwendet, die die Befragten an alle Kandidaten anpassen und die Verteilung der Kandidatentypen berücksichtigt. Die Ergebnisse verändern sich aber nicht substantiell, wenn auf die Gewichtung verzichtet wird.

Daten: GLES 2009 Kandidaten.

Tabelle 9-1 In Kapitel 9 verwendete Datensätze

Kurzbezeichnung	Quelle
BREMEN	Statistisches Landesamt Bremen (Hg.), 2011: <i>Wahlen im Land Bremen. Wahl zur Bremischen Bürgerschaft, 22. Mai 2011. Teil 1: Analysen und Tabellen</i> . Bremen.
HAMBURG	Statistik Nord, 2011: <i>Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 20. Februar 2011. Band 1: Analyse</i> . Hamburg/Kiel: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein.
ALLBUS 2008	GESIS–Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2011: <i>Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2008</i> . GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4600 Datenfile Version 2.0.0. doi:10.4232/1.10834
NICHTRAUCHER	Harald Schoen, Universität Bamberg, DFG-Projekt »Politische Urteilsbildung in direktdemokratischen Verfahren. Eine Analyse des Volksentscheids über den Nichtraucherschutz in Bayern 2010«.

Tabelle 9-2 Der Einfluss der Wohnumgebung auf das politische Interesse

AV: Politisch interessiert (0=nein; 1=ja)	Modell 1	Modell 2
Alter	0,10*** (0,01)	0,10*** (0,01)
Alter ²	-0,00*** (0,00)	-0,00*** (0,00)
Geschlecht (RK: Frau)	-0,70*** (0,09)	-0,69*** (0,09)
Bildung (RK: Hauptschule)		
Mittlere Reife	0,66*** (0,10)	0,66*** (0,18)
Fachhochschulreife	1,43*** (0,13)	1,34*** (0,22)
Wohnumgebung (WUG) (RK: Durchschnitt)		
gute Wohnumgebung	0,54*** (0,10)	0,49*** (0,13)
sehr gute Wohnumgebung	1,06*** (0,13)	1,12*** (0,20)
Bildung * Wohnumgebung (RK: niedrige Bildung * durchschnittliche WUG)		
mittlere Bildung * gute WUG		0,05 (0,22)
mittlere Bildung * sehr gute WUG		0,17 (0,28)
hohe Bildung * gute WUG		-0,18 (0,30)
hohe Bildung * sehr gute WUG		0,01 (0,37)
Konstante	-1,86*** (0,33)	-1,85*** (0,34)
Pseudo-R ²	0,11	0,11
N	3.397	3.397

Standardfehler in Klammern; * p<0,05; ** p<0,01; *** p<0,001.

Daten: ALLBUS 2008.

Tabelle 10-1 In Kapitel 10 verwendete Datensätze

Kurzbezeichnung	Quelle
IDEA	Voter Turnout Database, The International Institute for Democracy and Electoral Assistance (International IDEA): www.idea.int/vt .
EUPARL	www.europarl.europa.eu/aboutparliament/en/000cdcd9d4/Turnout-(1979-2009).html (15.4.2013)
ÖSTERREICH	www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xchg/ooe/hs.xsl/2138_DEU_HTML.htm (15.4.2013)
SCHWEIZ	www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/02/blank/key/kantonale_parlemente/parteienstaerke.html http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/03/blank/key/stimmbeteiligung.html
ISSP 2004	ISSP, 2012: <i>International Social Survey Programme 2004: Citizenship I (ISSP 2004)</i> . GESIS Data Archive, Cologne. ZA3950 Data file Version 1.3.0. doi:10.4232/1.11372; bearbeitet durch Ellen Quintilier, Marc Hooghe und Sofie Marien (siehe Quintelier/Hooghe/Marien 2011).
ESS II	ESS Round 2: <i>European Social Survey Round 2 Data (2004)</i> . Data file edition 3.3. Norwegian Social Science Data Services, Norway – Data Archive and distributor of ESS data.

Tabelle 10-2 Logistische Regression zur Wirkung der Wahlpflicht

AV: Individuelle Wahlteilnahme	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Wahlpflicht (0=nein; 1=ja)	1,32*** (0,14)	1,09*** (0,06)	1,35*** (0,06)	1,27*** (0,32)
Geschlecht (RK: weiblich)	-0,11*** (0,02)	-0,11*** (0,02)	-0,11*** (0,02)	-0,11*** (0,02)
Wahlpflicht * Geschlecht	0,06 (0,08)			
Alter	0,04*** (0,00)	0,03*** (0,00)	0,03*** (0,00)	0,03*** (0,00)
Wahlpflicht * Alter		-0,00 (0,00)		
Bildung (RK: niedrig)				
mittel	0,45*** (0,02)	0,45*** (0,02)	0,48*** (0,03)	0,42*** (0,05)
hoch	0,90*** (0,03)	0,90*** (0,03)	0,94*** (0,03)	0,98*** (0,09)
Wahlpflicht * Bildung (RK: niedrig)				
Wahlpflicht * mittlere Bildung			-0,28** (0,09)	-0,17 (0,14)
Wahlpflicht * hohe Bildung			-0,49*** (0,09)	-0,44+ (0,23)
Ungleichheit (Gini)	-0,06*** (0,00)	-0,06*** (0,00)	-0,06*** (0,00)	-0,05* (0,02)
Reales Wirtschaftswachstum	0,01* (0,00)	0,01* (0,00)	0,01* (0,00)	0,01 (0,01)
Konstante	1,40*** (0,09)	1,42*** (0,09)	1,41*** (0,09)	1,04+ (0,54)
Pseudo-R ²	0,08	0,08	0,08	
N (Individuen)	76.845	76.845	76.845	76.845
N (Länder)	23	23	23	23

Standardfehler in Klammern; +p<0,1; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001.

Die ersten drei Modelle stellen die Koeffizienten eines logistischen Regressionsmodells mit robusten Standardfehlern dar. Das vierte Modell ist ein logistisches Mehrebenenmodell, bei dem der Bildungseffekt zwischen Ländern variieren kann (*random slope*).

Daten: UMFragEN, siehe Tabelle 4-1.

Tabelle 10-3 Logistische Mehrebenenanalyse zur Auswirkung von Bildung und Wahlpflicht auf die individuelle Wahlteilnahme

AV: Individuelle Wahlteilnahme	Modell 1 Random Intercept	Modell 2 Random Intercept	Modell 3 Random Slope	Modell 4 Random Slope
Alter	0,05*** (0,00)	0,05*** (0,00)	0,05*** (0,00)	0,04*** (0,00)
Geschlecht (RK: männlich)	-0,03 (0,04)	-0,03 (0,04)	-0,03 (0,04)	-0,01 (0,03)
Bildung (RK: niedrig)				
mittel	0,51*** (0,05)	0,53*** (0,05)	0,59*** (0,08)	0,61*** (0,07)
hoch	1,04*** (0,06)	1,07*** (0,06)	1,13*** (0,13)	1,17*** (0,12)
Wahlpflicht (0=nein; 1=ja)	2,09*** (0,61)	2,80*** (0,68)	2,88** (0,93)	1,15* (0,51)
Wahlpflicht * Bildung (RK: niedrige Bildung)				
Wahlpflicht * mittlere Bildung		-1,19** (0,45)	-1,27* (0,51)	-0,54*** (0,16)
Wahlpflicht * hohe Bildung		-0,92* (0,38)	-1,00 (0,61)	-0,55+ (0,29)
Gini-Koeffizient	-0,06* (0,03)	-0,06* (0,03)	-0,06 (0,04)	0,01 (0,02)
BIP pro Kopf	-0,00 (0,00)	-0,00 (0,00)	-0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
Konstante	0,94 (1,00)	0,92 (1,00)	1,26 (1,46)	-1,69+ (0,92)
McKelvey & Zavoinas R ²	0,29	0,29	0,27	0,14
N (Individuen)	23.051	23.051	23.051	43.696
N (Länder)	19	19	19	37

Standardfehler in Klammern; + $p < 0,1$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Dargestellt sind die Ergebnisse von logistischen Mehrebenenanalysen. Die Modelle 1 und 2 gehen davon aus, dass sich zwar das Niveau der Wahlbeteiligung zwischen Ländern unterscheidet, jedoch die Wirkung der erklärenden Variablen gleich ist (*random intercept*), während in den Modellen 3 und 4 angenommen wird, dass sich der Effekt des Bildungsgrads zwischen ihnen unterscheiden kann (*random slope*). Das letzte Modell schließt alle Länder ein, die auch von Quintelier, Hooghe und Marien (2011) analysiert werden. Der Effekt der Wahlpflicht schwächt sich ab, weil nun mehr Länder mit formaler Wahlpflicht, aber ohne Sanktionen darunterfallen.

Daten: ISSP 2004.

Tabelle 10-4 Wahlpflicht, politisches Interesse und Politikervertrauen

AV	Politisches Interesse (0=nein; 1=ja)		Politikervertrauen (0–11)	
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Wahlpflicht	–0,08 (0,28)	–0,12 (0,29)	0,16 (0,22)	0,18 (0,23)
Einkommensfünftel (RK: unteres Fünftel)				
2. Fünftel	0,17*** (0,04)	0,14** (0,05)	0,03 (0,02)	0,04+ (0,02)
3. Fünftel	0,33*** (0,04)	0,33*** (0,05)	0,09*** (0,02)	0,11*** (0,02)
4. Fünftel	0,53*** (0,04)	0,51*** (0,05)	0,11*** (0,02)	0,10*** (0,02)
5. Fünftel	0,92*** (0,05)	0,95*** (0,05)	0,16*** (0,02)	0,16*** (0,02)
Einkommen * Wahlpflicht (RK: unteres Fünftel * WP)				
2. Fünftel * WP		0,20+ (0,11)		–0,04 (0,06)
3. Fünftel * WP		0,03 (0,12)		–0,13* (0,06)
4. Fünftel * WP		0,10 (0,11)		0,05 (0,06)
5. Fünftel * WP		–0,22+ (0,12)		–0,02 (0,06)
Alter	0,03*** (0,00)	0,03*** (0,00)	–0,01*** (0,00)	–0,01*** (0,00)
Alter ²	–0,00*** (0,00)	–0,00*** (0,00)	0,00*** (0,00)	0,00*** (0,00)
Geschlecht	–0,47*** (0,03)	–0,46*** (0,03)	–0,06*** (0,01)	–0,06*** (0,01)
Verheiratet (0=nein; 1=ja)	–0,04** (0,02)	–0,04** (0,02)	0,02** (0,01)	0,02** (0,01)
Gewerkschaftsmitglied (0=nein; 1=ja)	0,21*** (0,03)	0,21*** (0,03)	–0,01 (0,02)	–0,01 (0,02)
Parteimitglied (0=nein; 1=ja)	1,24*** (0,06)	1,24*** (0,06)	0,16*** (0,02)	0,16*** (0,02)
Konstante	–1,16*** (0,15)	–1,15*** (0,15)	2,92*** (0,10)	2,92*** (0,10)

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 10-4, Fortsetzung

McKelvey & Zavoinas R^2	0,11	0,11		
Bryk/Raudenbush R^2 -Level 1			0,01	0,01
Bryk/Raudenbush R^2 -Level 2			-0,02	-0,02
N (Individuen)	24.669	24.669	24.250	24.250
N (Länder)	22	22	22	22

Standardfehler in Klammern; + $p < 0,1$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Dargestellt sind die Ergebnisse von hierarchischen Modellen. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich zwar das Niveau der abhängigen Variable zwischen Ländern unterscheidet, jedoch die Wirkung der erklärenden Variablen gleich ist (*random intercept*). Die ersten beiden Modelle sind logistische Mehrebenenanalysen, das dritte und vierte lineare. Die abhängige Variable »Politikervertrauen« setzt sich aus zwei unterschiedlichen Fragen zusammen. Im ESS wird auf einer elfstufigen Skala das Vertrauen in Politiker abgefragt, während im ISSP gefragt wird, ob man glaubt, dass man darauf vertrauen kann, dass Politiker meistens das Richtige tun. Auch wenn dies nicht deckungsgleich ist, werden beide Fragen kombiniert. Analysiert man die Fragen getrennt, ergeben sich aber keine anderen Ergebnisse.

Daten: ISSP 2004, ESS II.

Tabelle 10-5 Wahlpflicht, politische Beteiligung und Demokratiezufriedenheit

AV	Politische Beteiligung (0=nein; 1=ja)		Demokratiezufriedenheit (1-10)	
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Wahlpflicht	0,17 (0,41)	0,16 (0,42)	-0,09 (0,41)	0,11 (0,41)
Einkommensfünftel (RK: unteres Fünftel)				
2. Fünftel	0,14** (0,04)	0,10* (0,05)	0,12** (0,04)	0,16*** (0,05)
3. Fünftel	0,26*** (0,04)	0,28*** (0,05)	0,34*** (0,04)	0,39*** (0,05)
4. Fünftel	0,45*** (0,04)	0,46*** (0,05)	0,44*** (0,04)	0,46*** (0,05)
5. Fünftel	0,63*** (0,05)	0,64*** (0,05)	0,58*** (0,04)	0,63*** (0,05)
Einkommen * Wahlpflicht (RK: unteres Fünftel * WP)				
2. Fünftel * WP		0,22+ (0,11)		-0,25* (0,11)
3. Fünftel * WP		-0,13 (0,12)		-0,34** (0,12)
4. Fünftel * WP		-0,03 (0,11)		-0,09 (0,11)
5. Fünftel * WP		-0,09 (0,12)		-0,31** (0,12)
Alter	0,03*** (0,00)	0,03*** (0,00)	-0,02*** (0,00)	-0,02*** (0,00)
Alter ²	-0,00*** (0,00)	-0,00*** (0,00)	0,00*** (0,00)	0,00*** (0,00)
Geschlecht	0,16*** (0,03)	0,16*** (0,03)	-0,16*** (0,03)	-0,16*** (0,03)
Verheiratet (0=nein; 1=ja)	-0,06*** (0,02)	-0,06*** (0,02)	0,02 (0,01)	0,02 (0,01)
Gewerkschaftsmitglied (0=nein; 1=ja)	0,35*** (0,03)	0,35*** (0,03)	0,06+ (0,03)	0,05+ (0,03)
Parteimitglied (0=nein; 1=ja)	0,86*** (0,05)	0,87*** (0,05)	0,17*** (0,05)	0,17*** (0,05)
Konstante	-0,97*** (0,19)	-0,97*** (0,19)	6,53*** (0,19)	6,50*** (0,19)

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 10-5, Fortsetzung

McKelvey & Zavoinas R^2	0,08	0,08		
Bryk/Raudenbush R^2 -Level 1			0,02	0,02
Bryk/Raudenbush R^2 -Level 2			0,01	0,01
N (Individuen)	24.880	24.880	23.745	23.745
N (Länder)	22	22	22	22

Standardfehler in Klammern; + $p < 0,1$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Dargestellt sind die Ergebnisse von hierarchischen Modellen. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich zwar das Niveau der abhängigen Variable zwischen Ländern unterscheidet, jedoch die Wirkung der erklärenden Variablen gleich ist (*random intercept*). Die ersten beiden Modelle sind logistische Mehrebenenanalysen, das dritte und vierte lineare. Die Variable »politische Beteiligung« gibt an, ob Befragte mindestens eine der vier folgenden Beteiligungsmöglichkeiten im Jahr vor der Befragung genutzt haben: Demonstration, Petition, kritischer Konsum oder direkter Kontakt zu Politikern. Die »Demokratiezufriedenheit« wird auf einer Skala von 1 »sehr unzufrieden« bis 10 »sehr zufrieden« erfasst.

Daten: ISSP 2004, ESS II.

Literatur

- Abendschön, Simone/Sigrid Roßteutscher, 2011: Jugend und Politik: Verliert die Demokratie ihren Nachwuchs? In: Evelyn Bytzek/Sigrid Roßteutscher (Hg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*. Frankfurt a.M.: Campus, 59–80.
- Acock, Alan C., 2010: *A Gentle Introduction to Stata*. 3. Aufl. College Station: Stata Press.
- Ai, Chunrong/Edward C. Norton, 2003: Interaction Terms in Logit and Probit Models. In: *Economics Letters* 80, 123–129.
- Alderson, Arthur S./François Nielsen, 2003: Globalisierung und die große Kehrtwende: Entwicklung der Einkommensungleichheit in 16 OECD-Staaten. In: Stefanie Scherer/Walter Müller (Hg.), *Mehr Risiken – Mehr Ungleichheit? Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen*. Frankfurt a.M.: Campus, 323–362.
- Alford, Robert R., 1967: Class Voting in the Anglo-American Political Systems. In: Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan (Hg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: The Free Press, 67–93.
- Allison, Paul D., 2009: *Fixed Effects Regression Models*. Los Angeles: Sage.
- Almond, Gabriel A./Sidney Verba, 1963: *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Amt für Stadtentwicklung und Statistik, 2012: *Wahlen in Köln – Kurzanalyse der Landtagswahl 2012*. Kölner Statistische Nachrichten 3/2012. Köln: Amt für Stadtentwicklung und Statistik.
- Anderson, Christopher J./Pablo Beramendi, 2008: Income, Inequality, and Electoral Participation. In: Pablo Beramendi/Christopher J. Anderson (Hg.), *Democracy, Inequality, and Representation: A Comparative Perspective*. New York: Russell Sage Foundation, 278–311.
- Anderson, Christopher J./Matthew M. Singer, 2008: The Sensitive Left and the Impervious Right: Multilevel Models and the Politics of Inequality, Ideology, and Legitimacy in Europe. In: *Comparative Political Studies* 41, 564–599.
- Ansolabehere, Stephen/Eitan Hersh, 2012: Validation: What Big Data Reveal About Survey Misreporting and the Real Electorate. In: *Political Analysis* 20, 437–459.
- Arceneaux, Kevin/David W. Nickerson, 2009: Who Is Mobilized to Vote? A Re-Analysis of 11 Field Experiments. In: *American Journal of Political Science* 53, 1–16.
- Armington, Klaus, et al., 2010: *Comparative Political Data Set 1960–2008*. Bern: Universität Bern, Institut für Politikwissenschaft.
- Arzheimer, Kai, 2008: Something Old, Something New, Something Borrowed, Something True? A Comment on Lister's ›Institutions, Inequality and Social Norms: Explaining Variations in Participation‹. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 10, 681–697.

- Arzheimer, Kai, 2009: Mehr Nutzen als Schaden? Wirkung von Gewichtungungsverfahren. In: Harald Schoen/Oscar W. Gabriel (Hg.), *Vom Interview zur Analyse: Methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung*. Baden-Baden: Nomos, 361–388.
- Arzheimer, Kai/Harald Schoen, 2007: Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert? Das sozioökonomische und das religiös-konfessionelle Cleavage und Wahlverhalten 1994–2005. In: Hans Rattinger/Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter (Hg.), *Der gesamtdeutsche Wähler: Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 89–112.
- Atkinson, Anthony B./Thomas Piketty, 2007: Towards a Unified Data Set on Top Incomes. In: Anthony B. Atkinson/Thomas Piketty (Hg.), *Top Incomes over the Twentieth Century: A Contrast between Continental European and English-Speaking Countries*. Oxford: Oxford University Press.
- Bach, Stefan/Viktor Steiner, 2007: Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen: Reale Zuwächse nur für Reiche. In: *DIW Wochenbericht* 74, 193–198.
- Bachrach, Peter, 1970: *Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft: Eine kritische Analyse*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Bachrach, Peter/Aryeh Borwinick, 1992: *Power and Empowerment: A Radical Theory of Participatory Democracy*. Philadelphia: Temple University Press.
- Barber, Benjamin R., 2003: *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Bartels, Brandon L., 2008: *Beyond »Fixed Versus Random Effects«: A Framework for Improving Substantive and Statistical Analysis of Panel, TSCS, and Multilevel Data*. Washington University in St. Louis: The Society for Political Methodology. <<http://polmeth.wustl.edu/mediaDetail.php?docId=838>>
- Bartels, Larry M., 2008: *Unequal Democracy: The Political Economy of the New Gilded Age*. Princeton: Princeton University Press.
- Beck, Nathaniel/Jonathan N. Katz, 1995: What to Do (and Not to Do) with Time-Series Cross-Section Data. In: *American Political Science Review* 89, 634–647.
- Beck, Ralf-Uwe, 2011: Wir müssen mehr Volk wagen. In: *die tageszeitung*, 6.9.2011, 12.
- Beck, Ulrich, 1983: Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung sozialer Formationen und Identitäten. In: Reinhard Kreckel (Hg.), *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Schwartz, 35–74.
- Becker, Rolf, 2002: Wahlbeteiligung im Lebensverlauf: A-P-K-Analysen für die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1953 bis 1987. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54, 246–263.
- Bellamy, Richard, 2011: Republicanism: Non-domination and the Free State. In: Gerard Delanty/Stephen P. Turner (Hg.), *Routledge International Handbook of Contemporary Social and Political Theory*. London: Routledge, 130–138.
- Belli, Robert F./Michael W. Traugott/Matthew N. Beckmann, 2001: What Leads to Voting Overreports? Contrasts of Overreporters to Validated Voters and Admitted Nonvoters in the American Election Studies. In: *Journal of Official Statistics* 17, 479–498.
- Benz, Matthias/Alois Stutzer, 2004: Are Voters Better Informed When They Have a Larger Say in Politics? Evidence for the European Union and Switzerland. In: *Public Choice* 119, 31–59.

- Berelson, Bernard R./Paul F. Lazarsfeld/William N. McPhee, 1954: *Voting: A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Berent, Matthew K./Jon A. Krosnick/Arthur Lupia, 2011: *The Quality of Government Records and »Over-estimation« of Registration and Turnout in Surveys: Lessons from the 2008 ANES Panel Study's Registration and Turnout Validation Exercises*. Report Working Paper Nr. ncs012554. Ann Arbor, MI/Palo Alto, CA: American National Election Studies.
- Berinsky, Adam J., 2002: Silent Voices: Social Welfare Policy Opinions and Political Equality in America. In: *American Journal of Political Science* 46, 276–287.
- Berlin, Isaiah, 2006: *Freiheit: Vier Versuche*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Bernstein, Robert/Anita Chadha/Robert Montjoy, 2001: Overreporting Voting: Why It Happens and Why It Matters. In: *Public Opinion Quarterly* 65, 22–44.
- Bertelsmann Stiftung, 2011: *Pressemitteilung: Bürger fordern direkte Beteiligung. Umfrage bestätigt Wunsch nach Volks- und Bürgerentscheiden*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xml/nachrichten_107591.htm> (13.6.2011)
- Best, Heinrich/Christopher Hausmann/Karl Schmitt, 2000: Challenges, Failures, and Final Success: The Winding Path of German Parliamentary Leadership Groups towards a Structurally Integrated Elite 1948–1999. In: Heinrich Best/Maurizio Cotta (Hg.), *Parliamentary Representatives in Europe 1949–2000: Legislative Recruitment and Careers in Eleven European Countries*. Oxford: Oxford University Press, 138–195.
- Best, Robin E., 2011: The Declining Electoral Relevance of Traditional Cleavage Groups. In: *European Political Science Review* 3, 279–300.
- Biehl, Heiko, 2007: Die Dominanz der Akademiker. In: *vorgänge* 46, 15–23.
- Birch, Sarah, 2009: *Full Participation: A Comparative Study of Compulsory Voting*. Tokyo: United Nations University Press.
- Blais, André, 2006: What Affects Voter Turnout. In: *American Review of Political Science* 9, 111–125.
- Blais, André/Agnieszka Dobrzynska, 1998: Turnout in Electoral Democracies. In: *European Journal of Political Research* 33, 239–261.
- Blais, André, et al., 2004: Where Does Turnout Decline Come From? In: *European Journal of Political Research* 43, 221–236.
- Blasius, Jörg/Jürgen Friedrichs/Jennifer Klöckner, 2008: *Doppelt benachteiligt? Leben in einem deutsch-türkischen Stadtteil*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Böhnke, Petra, 2011: Ungleiche Verteilung politischer Partizipation. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 61, 18–25.
- Brady, Henry E., 2004: An Analytical Perspective on Participatory Inequality and Income Inequality. In: Kathryn M. Neckerman (Hg.), *Social Inequality*. New York: Russell Sage Foundation, 667–702.
- Brady, Henry E./Sidney Verba/Kay Lehman Schlozman, 1995: Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. In: *American Political Science Review* 89, 271–294.
- Brambor, Thomas/William Roberts Clark/Matt Golder, 2006: Understanding Interaction Models: Improving Empirical Analyses. In: *Political Analysis* 14, 63–82.
- Brandolini, Andrea/Timothy M. Smeeding, 2008: Inequality Patterns in Western Democracies: Cross-Country Differences and Changes over Time. In: Pablo Beramendi/Christopher J. Anderson (Hg.), *Democracy, Inequality, and Representation*. New York: Russell Sage Foundation, 25–61.

- Brauns, Hildegard/Susanne Steinmann/Dietmar Haun, 2000: Die Konstruktion des Klassenschemas nach Erikson, Goldthorpe und Portocarero (EGP) am Beispiel nationaler Datenquellen aus Deutschland, Großbritannien und Frankreich. In: *ZUMA-Nachrichten* 24, 7–63.
- Brennan, Geoffrey/Loren Lomasky, 2006: Against Reviving Republicanism. In: *Politics, Philosophy and Economics* 5, 221–252.
- Brennan, Jason, 2009: Polluting the Polls: When Citizens Should not Vote. In: *Australasian Journal of Philosophy* 87, 535–549.
- Brittan, Samuel, 1975: The Economic Contradictions of Democracy. In: *British Journal of Political Science* 5, 129–159.
- Buchstein, Hubertus/Rainer Schmalz-Bruns, 1994: Nachwort: Republikanische Demokratie. In: Benjamin Barber (Hg.), *Starke Demokratie: Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg: Rotbuch, 297–323.
- Bühlmann, Marc, 2007: Direkte Demokratie und politische Unterstützung. In: Markus Freitag/Uwe Wagschal (Hg.), *Direkte Demokratie: Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*. Berlin: LIT, 217–250.
- Bundeswahlleiter (BWL), 2010: *Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009. Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen*. Informationen des Bundeswahlleiters. Wiesbaden: Der Bundeswahlleiter.
- , 2013: *Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 1: Vergleichszahlen früherer Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise*. Informationen des Bundeswahlleiters. Wiesbaden: Der Bundeswahlleiter.
- Caballero, Claudio, 2005: Nichtwahl. In: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag, 329–365.
- Campbell, Angus/Gerald Gurin/Warren E. Miller, [1954]1971: *The Voter Decides*. Westport: Greenwood Press.
- Caplan, Bryan, 2007: *The Myth of the Rational Voter: Why Democracies Choose Bad Policies*. Princeton: Princeton University Press.
- Carnes, Nicholas, 2012: Does the Numerical Underrepresentation of the Working Class in Congress Matter? In: *Legislative Studies Quarterly* 37, 5–34.
- Castles, Francis G., 2007: Testing the Retrenchment Hypothesis: An Aggregate Overview. In: Francis G. Castles (Hg.), *The Disappearing State? Retrenchment Realities in an Age of Globalization*. Cheltenham: Edward Elgar, 19–43.
- Chong, Alberto/Mauricio Olivera, 2008: Does Compulsory Voting Help Equalize Incomes? In: *Economics and Politics* 20, 391–415.
- Citrin, Jack/Eric Schickler/John Sides, 2003: What if Everyone Voted? Simulating the Impact of Increased Turnout in Senate Elections. In: *American Journal of Political Science* 47, 75–90.
- Clark, Terry Nichols/Seymour Martin Lipset, 1991: Are Social Classes Dying? In: *International Sociology* 6, 397–410.
- Clark, Terry Nichols/Seymour Martin Lipset/Michael Rempel, 2001: The Declining Political Significance of Social Class. In: Terry Nichols Clark/Seymour Martin Lipset (Hg.), *The Breakdown of Class Politics: A Debate on Post-Industrial Stratification*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, 77–104.

- Constant, Benjamin, 2007: The Liberty of the Ancients Compared with that of the Moderns. In: Ian Carter/Matthew H. Kramer/Hillel Steiner (Hg.), *Freedom: A Philosophical Anthology*. Malden: Blackwell, 15–20.
- Crepaz, Markus M. L., 1998: Inclusion versus Exclusion: Political Institutions and Welfare Expenditures. In: *Comparative Politics* 31, 61–80.
- Crouch, Colin, 2004: *Post-Democracy*. Cambridge: Polity Press.
- Crozier, Michel J./Samuel P. Huntington/Joji Watanuki, 1975: *The Crisis of Democracy: Report of the Governability of Democracies of the Trilateral Commission*. New York: New York University Press.
- Dagger, Richard, 1997: *Civic Virtues: Rights, Citizenship, and Republican Liberalism*. Oxford: Oxford University Press.
- , 2006: Neo-Republicanism and the Civic Economy. In: *Politics, Philosophy and Economics* 5, 151–173.
- Dahl, Robert A., 1977: On Removing Certain Impediments to Democracy in the United States. In: *Political Science Quarterly* 92, 1–20.
- , 1985: *A Preface to Economic Democracy*. Cambridge: Polity Press.
- , 1989: *Democracy and Its Critics*. New Haven, CT: Yale University Press.
- , 2006: *On Political Equality*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Dallinger, Ursula, 2013: The Endangered Middle Class? A Comparative Analysis of the Role Played by Income Redistribution. In: *Journal of European Social Policy* 23, 83–101.
- Dalton, Russell J., 2002: *Citizen Politics: Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. 3. Aufl. New York: Seven Bridges Press.
- Daniels, Norman, 1975: Equal Liberty and Unequal Worth of Liberty. In: Norman Daniels (Hg.), *Reading Rawls: Critical Studies of a Theory of Justice*. Oxford: Basil Blackwell, 253–281.
- David, Klaus, 2010: Wechselfälle des Wahlrechts in Hamburg. Oder: Die Verhinderung eines weiteren Volksentscheids. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 598–622.
- De Francisco, Andrés, 2006: A Republican Interpretation of the Late Rawls. In: *Journal of Political Philosophy* 14, 270–288.
- Debus, Marc, 2010: Soziale Konfliktlinien und Wahlverhalten: Eine Analyse der Determinanten der Wahlabsicht bei Bundestagswahlen von 1969 bis 2009. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62, 731–749.
- Decker, Frank, 2007: Parlamentarische Demokratie versus Volksgesetzgebung: Der Streit um ein neues Wahlrecht in Hamburg. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38, 118–133.
- , 2012: Welche Art der direkten Demokratie brauchen wir? In: Tobias Mörschel/Christian Krell (Hg.), *Demokratie in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag, 175–198.
- Deth, Jan W. van, 2004: Soziale Partizipation. In: Jan W. van Deth (Hg.), *Deutschland in Europa: Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003*. Wiesbaden: VS Verlag, 295–315.
- , 2009: Politische Partizipation. In: Viktoria Kaina/Andrea Römmele (Hg.), *Politische Soziologie: Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag, 141–161.
- Downs, Anthony, 1968: *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Dryzek, John S., 1996: Political Inclusion and the Dynamics of Democratization. In: *American Political Science Review* 90, 475–487.
- Dunn, John, 2005: *Setting the People Free: The Story of Democracy*. London: Atlantic Books.

- Dworkin, Ronald, 1978: Liberalism. In: Stuart Hampshire et al. (Hg.), *Public and Private Morality*. Cambridge: Cambridge University Press, 113–143.
- Edelstein, Benjamin/Marcel Helbig, 2010: Das arme Hamburg bleibt sitzen. In: *taz*, 21.7.2010, 18.
- Eijk, Cees van der/Hermann Schmitt/Eliyahu V. Sapir, 2010: Die politischen Konsequenzen der niedrigen Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009. In: *Politische Vierteljahresschrift* 51, 605–617.
- Eilfort, Michael, 1994: *Die Nichtwähler: Wahlenthaltung als Form des Wählerverhaltens*. Paderborn: Schöningh.
- Elff, Martin, 2009: Social Divisions, Party Positions, and Electoral Behaviour. In: *Electoral Studies* 28, 297–308.
- Elff, Martin/Sigrid Roßteutscher, 2011: Stability or Decline? Class, Religion and the Vote in Germany. In: *German Politics* 20, 107–127.
- Emmenegger, Patrick, et al., 2012: How We Grow Unequal. In: Patrick Emmenegger et al. (Hg.), *The Age of Dualization: The Changing Face of Inequality in Deindustrializing Societies*. Oxford: Oxford University Press, 3–26.
- Enos, Ryan, D./Anthony Fowler/Lynn Vavreck, 2014: Increasing Inequality: The Effect of GOTV Mobilization on the Composition of the Electorate. In: *Journal of Politics* 76, 273–288.
- Erikson, Robert S., 1995: State Turnout and Presidential Voting: A Closer Look. In: *American Politics Research* 23, 387–396.
- Erikson, Robert/John H. Goldthorpe, 1992: *The Constant Flux: A Study of Class Mobility in Industrial Societies*. Oxford: Clarendon Press.
- Evans, Geoffrey, 2000: The Continued Significance of Class Voting. In: *Annual Review of Political Science* 3, 401–417.
- Evans, Geoffrey/James Tilley, 2012: The Depoliticization of Inequality and Redistribution: Explaining the Decline of Class Voting. In: *The Journal of Politics* 74, 963–976.
- Falter, Jürgen W., 1991: *Hitlers Wähler*. München: C.H. Beck.
- Falter, Jürgen W./Siegfried Schumann, 1994: Der Nichtwähler – das unbekannte Wesen. In: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hg.), *Wähler und Nichtwähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 161–213.
- Farwick, Andreas, 2007: Die räumliche Polarisierung von Armut in der Stadt: Ursachen, Ausprägungen und soziale Folgen. In: Arbeiterkammer Bremen (Hg.), *Armutsbericht 2007*. Bremen, 73–87.
- , 2012: Segregation. In: Frank Eckhardt (Hg.), *Handbuch Stadtsoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 381–419.
- Feeley, Malcom M., 1974: A Solution to the »Voting Dilemma« in Modern Democratic Theory. In: *Ethics* 84, 235–242.
- Feist, Ursula, 1992: Niedrige Wahlbeteiligung: Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland? In: Karl Starzacher et al. (Hg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie?* Köln: Bund, 40–57.
- Feld, Lars/Justina Fischer/Gebhard Kirchgässner, 2010: The Effect of Direct Democracy on Income Redistribution: Evidence for Switzerland. In: *Economic Inquiry* 48, 817–840.

- Firebaugh, Glenn, 2003: Die neue Geografie der Einkommensverteilung der Welt. In: Stefanie Scherer/Walter Müller (Hg.), *Mehr Risiken – Mehr Ungleichheit? Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen*. Frankfurt a.M.: Campus, 363–388.
- Fisher, Stephen D., 2007: (Change in) Turnout and (Change in) the Left Share of the Vote. In: *Electoral Studies* 26, 598–611.
- Fishkin, James S./Robert C. Lushkin, 2005: Experimenting with a Democratic Ideal: Deliberative Polling and Public Opinion. In: *Acta Politica* 40, 284–298.
- Flavin, Patrick, 2012: Income Inequality and Policy Representation in the American States. In: *American Politics Research* 40, 29–59.
- Forst, Rainer, 2007: *Das Recht auf Rechtfertigung: Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Frankfurt, Harry, 1987: Equality as a Moral Ideal. In: *Ethics* 98, 21–43.
- Franklin, Mark N., 1999: Electoral Engineering and Cross-National Turnout Differences: What Role for Compulsory Voting? In: *British Journal of Political Science* 29, 205–224.
- , 2009: The Decline of Cleavage Politics. In: Mark N. Franklin/Thomas T. Mackie/Henry Valen (Hg.), *Electoral Change: Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries*. Colchester: ECPR Press, 381–402.
- Freitag, Markus/Aline Schniewind, 2007: Direktdemokratie und Sozialkapital: Der Einfluss der Volksrechte auf das Vereinsengagement. In: Markus Freitag/Uwe Wagschal (Hg.), *Direkte Demokratie: Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*. Berlin: LIT, 251–275.
- Freitag, Markus/Isabelle Stadelmann-Steffen, 2007: Wahl- oder Abstimmungsdemokratie? Der Einfluss der direkten Demokratie auf die Wahlteilnahme. In: Markus Freitag/Uwe Wagschal (Hg.), *Direkte Demokratie: Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*. Berlin: LIT, 189–216.
- Freitag, Markus/Adrian Vatter, 2001: Direkte Demokratie, Konkordanz und Wirtschaftsleistung: Ein Vergleich der Schweizer Kantone. In: *Schweizer Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 136, 579–606.
- Freitag, Markus/Adrian Vatter/Christoph Müller, 2003: Bremse oder Gaspedal? Eine empirische Untersuchung zur Wirkung der direkten Demokratie auf den Steuerstaat. In: *Politische Vierteljahresschrift* 44, 348–369.
- Frey, Bruno S./Alois Stutzer, 2000: Happiness, Economy and Institutions. In: *Economic Journal* 110, 918–938.
- Friedrichs, Jürgen/Sascha Triemer, 2008: *Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Fukuyama, Francis, 1992: *The End of History and the Last Man*. London: Penguin Books.
- Fumagalli, Eileen/Gaia Narciso, 2012: Political Institutions, Voter Turnout, and Policy Outcomes. In: *European Journal of Political Economy* 28, 162–173.
- Gabriel, Oscar W., 2004: Politische Partizipation. In: Jan W. van Deth (Hg.), *Deutschland in Europa: Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003*. Wiesbaden: VS Verlag, 317–338.
- Gabriel, Oscar W./Kerstin Völkl, 2004: Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs. In: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud Roller (Hg.), *Die Bundestagswahl 2002: Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*. Wiesbaden: VS Verlag, 221–248.

- Gallego, Aina, 2010: Understanding Unequal Turnout: Education and Voting in Comparative Perspective. In: *Electoral Studies* 29, 239–248.
- Galston, William A., 1988: Liberal Virtues. In: *American Political Science Review* 82, 1277–1290.
- Gardemin, Daniel, 2009: Kleinräumige Untersuchung der SPD-Wählerschaft: Wahlanalysen in Hannover von 1998 bis 2008. In: Heiko Geiling (Hg.), *Die Krise der SPD: Autoritäre oder partizipatorische Demokratie*. Münster: LIT, 259–299.
- Gattig, Alexander, 2006: Klasseneinflüsse auf das Wahlverhalten und die Wahlbeteiligung: Resultate aus der Bundesrepublik Deutschland und den USA. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58, 510–533.
- Gaus, Gerald F., 2003: Backwards into the Future: Neorepublicanism as a Postsocialist Critique of Market Society. In: *Social Philosophy and Policy* 20, 59–91.
- Geiling, Heiko, 2009: Die SPD im freien Fall: Zwischenrufe zu den niedersächsischen Landtagswahlen 2003 und 2008. In: Heiko Geiling (Hg.), *Die Krise der SPD: Autoritäre oder partizipatorische Demokratie*. Münster: LIT, 231–257.
- Geißler, Rainer, 1996: Kein Abschied von Klasse und Schicht: Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48, 319–338.
- Gerber, Alan S./Donald P. Green, 2000: The Effects of Canvassing, Telephone Calls, and Direct Mail on Voter Turnout: A Field Experiment. In: *American Political Science Review* 94, 653–663.
- Geys, Benny, 2006: Explaining Voter Turnout: A Review of Aggregate-Level Research. In: *Electoral Studies* 25, 637–663.
- Giddens, Anthony, 2000: *Runaway World: How Globalization is Reshaping our Lives*. New York: Routledge.
- Giger, Nathalie/Jan Rosset/Julian Bernauer, 2012: The Poor Political Representation of the Poor in a Comparative Perspective. In: *Representation* 48, 47–61.
- Gilens, Martin, 2000: *Why Americans Hate Welfare: Race, Media, and the Politics of Antipoverty Policy*. Chicago: The University of Chicago Press.
- , 2005: Inequality and Democratic Responsiveness. In: *Public Opinion Quarterly* 69, 778–796.
- , 2012: *Affluence and Influence: Economic Inequality and Political Power in America*. Princeton: Princeton University Press.
- Giles, Michael W./Marilyn K. Dantico, 1982: Political Participation and Neighborhood Social Context Revisited. In: *American Journal of Political Science* 26, 144–150.
- Goerres, Achim, 2007: Why Are Older People More Likely to Vote? The Impact of Ageing on Electoral Turnout in Europe. In: *British Journal of Politics and International Relations* 9, 90–121.
- , 2010: Das Wahlverhalten älterer Menschen: Forschungsergebnisse aus etablierten Demokratien. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 41, 102–120.
- Goerres, Achim/Markus Tepe, 2013: Für die Kleinen ist uns nichts zu teuer? Kindergartengebühren und ihre Determinanten in Deutschlands 95 bevölkerungsreichsten Städten zwischen 2007 und 2010. In: *der moderne staat* 6, 169–190.

- Goldthorpe, John H., 1999: Modelling the Pattern of Class Voting in British Elections, 1964–1992. In: Geoffrey Evans (Hg.), *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford: Oxford University Press, 59–82.
- Goodin, Robert/John Dryzek, 1980: Rational Participation: The Politics of Relative Power. In: *British Journal of Political Science* 10, 273–292.
- Gosnell, Harold F., 1930: *Why Europe Votes*. Chicago: University of Chicago Press.
- Grabka, Markus M./Jan Goebel/Jürgen Schupp, 2012: Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten? In: *DIW Wochenbericht* 43/2012, 3–15.
- Green, Donald P./Ian Shapiro, 1994: *Pathologies of Rational Choice Theory: A Critique of Applications in Political Science*. New Haven: Yale University Press.
- Griffin, John D./Brian Newman, 2005: Are Voters Better Represented? In: *The Journal of Politics* 67, 1206–1227.
- Griffiths, A. Phillips/Richard Wollheim, 1960: Symposium: How Can One Person Represent Another? In: *Proceedings of the Aristotelian Society, Supplementary Volumes* 34, 187–224.
- Grotz, Florian, 2009: Direkte Demokratie in Europa: Erträge, Probleme und Perspektiven der vergleichenden Forschung. In: *Politische Vierteljahresschrift* 50, 286–305.
- Gruber, Andreas K., 2009: *Der Weg nach ganz oben: Karriereverläufe deutscher Spitzenpolitiker*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Grünheid, Evelyn, 2011: *Wandel und Kontinuität in der Partnerwahl in Deutschland: Analysen zur Homogamie von Paaren*. BiB Working Paper 1/2011. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Gutman, Amy, 2003: Rawls on the Relationship between Liberalism and Democracy. In: Samuel Freeman (Hg.), *The Cambridge Companion to Rawls*. Cambridge: Cambridge University Press, 168–199.
- Gwartney, James/Robert Lawson/Joshua Hall, 2012: *Economic Freedom of the World. 2012 Annual Report*. Vancouver: The Fraser Institute.
- Habermas, Jürgen, 1967: Über den Begriff der politischen Beteiligung. In: Jürgen Habermas et al. (Hg.), *Student und Politik: Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten*. Neuwied am Rhein: Luchterhand, 11–55.
- Hacker, Jacob S., 2004: Privatizing Risk without Privatizing the Welfare State: The Hidden Politics of Social Policy Retrenchment in the United States. In: *American Political Science Review* 98, 243–260.
- Hajnal, Zoltan L., 2010: *America's Uneven Democracy: Race, Turnout, and Representation in City Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hajnal, Zoltan/Jessica Trounstein, 2005: Where Turnout Matters: The Consequences of Uneven Turnout in City Politics. In: *Journal of Politics* 67, 515–535.
- Hanisch, Dieter, 2010: *Schulreform: Zielgruppe verfehlt*. Der Tagesspiegel. <www.tagesspiegel.de/politik/hamburger-volksentscheid-schulreform-zielgruppe-verfehlt/1887650.html> (28.3.2012)
- Hanna, Nathan, 2009: An Argument for Voting Abstention. In: *Public Affairs Quarterly* 23, 275–286.
- Hansford, Thomas G./Brad T. Gomez, 2010: Estimating the Electoral Effects of Voter Turnout. In: *American Political Science Review* 104, 268–2010.
- Hartmann, Michael, 2013: *Soziale Ungleichheit – kein Thema für die Eliten?* Frankfurt a.M.: Campus.

- Hasen, Richard L., 1996: Voting without Law? In: *University of Pennsylvania Law Review* 144, 2135–2179.
- Häusermann, Silja, 2010: *The Politics of Welfare State Reform in Continental Europe: Modernization in Hard Times*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Häußermann, Hartmut/Martin Kronauer/Walter Siebel, 2004: Stadt am Rand: Armut und Ausgrenzung. In: Hartmut Häußermann/Martin Kronauer/Walter Siebel (Hg.), *An den Rändern der Städte*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 7–40.
- Hayek, Friedrich A. von, 1978: Die Entthronung der Politik. In: Daniel Frei (Hg.), *Überforderte Demokratie?* Zürich: Schulthess Polygraphischer Verlag, 17–30.
- , [1971]2005: *Die Verfassung der Freiheit*. 4. Aufl. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hayo, Bernd/Florian Neumeier, 2012: Leaders' Impact on Public Spending Priorities: The Case of the German Laender. In: *Kyklos* 65, 480–511.
- Heath, Anthony/Roger Jowell/John Curtice, 1985: *How Britain Votes*. Oxford: Pergamon Press.
- Heath, Anthony/Ming Yang/Harvey Goldstein, 1996: Multilevel Analysis of the Changing Relationship between Class and Party in Britain 1964–1992. In: *Quality and Quantity* 30, 389–404.
- Held, David, 2006: *Models of Democracy*. 3. Aufl. Stanford: Stanford University Press.
- Helmke, Gretchen/Bonnie M. Meduid, 2008: *Endogenous Institutions: The Origins of Compulsory Voting Laws*. Rochester: Rochester University.
- Hennig, Eike/Robert Lohde-Reiff/Detlef Sack, 2001: Wahlenthaltung in der Großstadt: Das Beispiel Frankfurt am Main. In: *frankfurter statistische berichte* 3'2001.
- Hennis, Wilhelm, 1977: Zur Begründung der Fragestellung. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.), *Regierbarkeit: Studien zu ihrer Problematisierung*. Stuttgart: Klett-Cotta, 9–21.
- Heuzeroth, Corinna/Jürgen Dorbritz, 2009: Gleich und gleich gesellt sich gerne? Eine deskriptive Analyse der Homogamie von Ehepaaren und nichtehelichen Lebensgemeinschaften im Hinblick auf den Bildungsabschluss der Partner. In: *BiB-Mitteilungen* 02/2009, 13–19.
- Hicks, Alexander M./Duane H. Swank, 1992: Politics, Institutions, and Welfare Spending in Industrialized Democracies, 1960–82. In: *American Political Science Review* 86, 658–674.
- Highton, Benjamin/Raymond E. Wolfinger, 2001: The Political Implications of Higher Turnout. In: *British Journal of Political Science* 31, 179–223.
- Hill, Kim Quaile/Jan E. Leighley, 1992: The Policy Consequences of Class Bias in State Electorates. In: *American Journal of Political Science* 36, 351–365.
- Hill, Kim Quaile/Jan E. Leighley/Angela Hinton-Andersson, 1995: Lower-Class Mobilization and Policy Linkage in the U.S. States. In: *American Journal of Political Science* 39, 75–86.
- Hill, Lisa, 2002: On the Reasonableness of Compelling Citizens to 'Vote': The Australian Case. In: *Political Studies* 50, 80–101.
- Hirczy, Wolfgang, 1995: Explaining Near-Universal Turnout: The Case of Malta. In: *European Journal of Political Research* 27, 255–272.
- Hobbes, Thomas, [1651]1970: *Leviathan*. Stuttgart: Reclam.
- Hoehle, Daniel, 2007: Robust Standard Errors for Panel Regressions with Cross-Sectional Dependence. In: *Stata Journal* 7, 281–312.
- Hoffmann-Jaberg, Birgit/Dieter Roth, 1994: Die Nichtwähler: Politische Normalität oder wachsende Distanz zu den Parteien? In: Wilhelm Bürklin/Dieter Roth (Hg.), *Das Superwahljahr: Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?* Köln: Bund, 132–159.

- Hoffmann, Hanna, 2011: Warum werden Bürger Mitglied in einer Partei? In: Tim Spier et al. (Hg.), *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag, 79–95.
- Holls, Frederick William, 1891: Compulsory Voting. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 1, 586–607.
- Honohan, Iscult, 2002: *Civic Republicanism*. London: Routledge.
- Höpner, Martin, et al., 2011: Liberalisierungspolitik: Eine Bestandsaufnahme des Rückbaus wirtschafts- und sozialpolitischer Interventionen in entwickelten Industrieländern. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 63, 1–32.
- Höpner, Martin/Armin Schäfer, 2012: Embeddedness and Regional Integration: Waiting for Polanyi in a Hayekian Setting. In: *International Organization* 66, 429–455.
- Horst, Patrick, 2011: Das neue Hamburger Wahlrecht auf dem Prüfstand: kontraproduktiv, aber schwer reformierbar. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42, 707–724.
- Hout, Michael/Clem Brooks/Jeff Manza, 1995: The Democratic Class Struggle in the United States, 1948–1992. In: *American Sociological Review* 60, 805–828.
- Huckfeldt, Robert, 1979: Political Participation and the Neighborhood Social Context. In: *American Journal of Political Science* 23, 579–592.
- Huckfeldt, Robert/John Sprague, 1993: Citizens, Contexts, and Politics. In: Ada W. Finifter (Hg.), *Political Science: The State of the Discipline II*. Washington, DC: American Political Science Association.
- Hug, Simon, 2011: Policy Consequences of Direct Legislation: Theory, Empirical Models and Evidence. In: *Quality and Quantity* 45, 559–578.
- Immervoll, Herwig/Linda Richardson, 2011: *Redistribution Policy and Inequality Reduction in OECD Countries: What Has Changed in Two Decades?* LIS Working Paper Series Nr. 571. Luxembourg: Luxembourg Income Study (LIS), Cross-national Data Center.
- infratest dimap, 2013: *WahlANALYSE. Bundestagswahl am 22. September 2013*. Berlin: infratest dimap.
- Inglehart, Ronald/Jacques-René Rabier, 1986: Political Realignment in Advanced Industrial Society: From Class-Based Politics to Quality-of-Life Politics. In: *Government and Opposition* 21, 456–479.
- Irwin, Galen 1974: Compulsory Voting Legislation: Impact on Voter Turnout. In: *Comparative Political Studies* 7, 292–315.
- Isensee, Josef, 1981: Republik – Sinnpotential eines Begriffs – Begriffsgeschichtliche Stichproben. In: *Juristenzeitung* 36, 1–8.
- Jackman, Robert W., 1987: Political Institutions and Voter Turnout in the Industrial Democracies. In: *American Political Science Review* 81, 405–424.
- Jacobs, Lawrence R./Theda Skocpol, 2005: American Democracy in an Era of Rising Inequality. In: Lawrence R. Jacobs/Theda Skocpol (Hg.), *Inequality and American Democracy: What We Know and What We Need to Learn*. New York: Russell Sage Foundation, 1–18.
- Jagodzinski, Wolfgang/Jürgen Friedrichs/Hermann Dülmer, 1996: Bestimmungsgründe der Wahlbeteiligung und der Wahl rechtsextremistischer Parteien: Ergebnisse von Aggregatdatenanalysen zweier deutscher Großstädte. In: Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter (Hg.), *Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien*. Frankfurt a.M.: Peter Lang, 119–147.
- Jakobeit, Cord, et al., 2011: *Evaluation des neuen Hamburger Wahlrechts bei der Bürgerschaftswahl 2011: Ergebnisse einer Wähler- und Nichtwählerbefragung*. Hamburg: Universität Hamburg.

- Johnston, Ron, et al., 2012: We've Got Them on the List: Contacting, Canvassing and Voting in a British General Election Campaign. In: *Electoral Studies* 31, 317–329.
- Jones, W. H. Morris, 1954: In Defence of Apathy: Some Doubts on the Duty to Vote. In: *Political Studies* 2, 25–37.
- Jörges, Hans-Ulrich, 2011: Das entmachtete Volk. In: *Stern*, 11.8.2011, 60.
- Kaase, Max/Alan Marsh, 1979: Distribution of Political Action. In: Samuel H. Barnes/Max Kaase (Hg.), *Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies*. London: Sage, 167–201.
- Kant, Immanuel, [1795]1984: *Zum ewigen Frieden: Ein philosophischer Entwurf*. Stuttgart: Reclam.
- Karp, Jeffrey A./Susan A. Banducci/Shawn Bowler, 2007: Getting Out the Vote: Party Mobilization in a Comparative Perspective. In: *British Journal of Political Science* 38, 91–112.
- Katz, Richard S., 1997: *Democracy and Elections*. Oxford: Oxford University Press.
- Kersting, Norbert, 2008: Zum Siegeszug der süddeutschen Kommunalverfassung: Sackgasse oder Segen? In: Thomas von Winter/Volker Mittendorf (Hg.), *Perspektiven der politischen Soziologie im Wandel von Gesellschaft und Staatlichkeit*. Wiesbaden: VS Verlag, 221–231.
- Kirchgässner, Gebhard, 2002: Auswirkungen der direkten Demokratie auf die öffentlichen Finanzen: Empirische Ergebnisse für die Schweiz. In: *Schweizer Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 138, 411–426.
- Kitschelt, Herbert, 1994: *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Klein, Markus, 2011: Wie sind die Parteien gesellschaftlich verwurzelt? In: Tim Spier et al. (Hg.), *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag, 39–59.
- Kleinhenz, Thomas, 1995: *Die Nichtwähler: Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Klingemann, Hans-Dieter, 2000: Unterstützung für die Demokratie: Ein globale Analyse für die 1990er Jahre. In: Hans-Joachim Lauth/Gert Pickel/Christian Welzel (Hg.), *Demokratiemessung: Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 266–297.
- Kohler, Ulrich, 2006: Die soziale Ungleichheit der Wahlabstinenz in Europa. In: Jens Alber/Wolfgang Merkel (Hg.), *Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? WZB-Jahrbuch 2005*. Berlin: edition sigma, 159–179.
- , 2011: Estimating the Potential Impact of Nonvoters on Outcomes of Parliamentary Elections in Proportional Systems with an Application to German National Elections from 1949 to 2009. In: *Electoral Studies* 30, 497–509.
- Korpi, Walter/Joakim Palme, 2003: New Politics and Class Politics in the Context of Austerity and Globalization: Welfare State Regress in 18 Countries, 1975–95. In: *American Political Science Review* 97, 425–446.
- Kriesi, Hanspeter, 2005: *Direct Democratic Choice: The Swiss Experience*. Lanham: Lexington Books.
- Lacroix, Justine, 2007: A Liberal Defence of Compulsory Voting. In: *Politics* 27, 190–195.
- Lampert, Thomas, 2010: Soziale Determinanten des Tabakkonsums bei Erwachsenen in Deutschland. In: *Bundesgesundheitsblatt* 53, 108–116.
- Langewiesche, Dieter, 1993: *Republik und Republikaner: Von der historischen Entwertung eines politischen Begriffs*. Stuttgart: Klartext.

- Lardy, Heather, 2004: Is there a Right not to Vote? In: *Oxford Journal of Legal Studies* 24, 303–321.
- Larmore, Charles, 1990: Political Liberalism. In: *Political Theory* 18, 339–360.
- Lavies, Ralf-Rainer, 1973: *Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens: Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Sicht*. Düsseldorf: Droste.
- Lazarsfeld, Paul F./Bernard Berelson/Hazehl Gaudet, 1969: *Wahlen und Wähler: Soziologie des Wahlverhaltens*. Berlin: Luchterhand.
- Leffers, Jochen, 2010: *Sieg der Schul-Separatisten*. Spiegel-Online.
<www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,735276,00.html> (28.3.2012)
- Lever, Annabelle, 2009: Is Compulsory Voting Justified? In: *Public Reason* 1, 57–74.
- , 2010: Compulsory Voting: A Critical Perspective. In: *British Journal of Political Science* 40, 897–915.
- Lijphart, Arend, 1997: Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma. In: *American Political Science Review* 91, 1–14.
- Linden, Markus, 2011: Jeder nur fünf Kreuze: Intransparenz durch Demokratiereform. Das absurde Wahlverfahren am Beispiel Bremen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.8.2011. <www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/aus-der-praxis-jeder-nur-fuenf-kreuze-11112209.html> (20.8.2013)
- Linder, Wolf, 2009: Das politische System der Schweiz. In: Wolfgang Ismayr (Hg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*. Wiesbaden: VS Verlag, 567–605.
- Lipset, Seymour Martin, 1963: *Political Man: The Social Bases of Politics*. Garden City: Anchor Books.
- , 1983: *Political Man: The Social Bases of Politics*. 2. Aufl. London: Heinemann.
- Lipset, Seymour Martin/Stein Rokkan, 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In: Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan (Hg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: The Free Press, 1–64.
- Lister, Michael, 2007: Institutions, Inequality and Social Norms: Explaining Variations in Participation. In: *British Journal of Politics and International Relations* 9, 20–35.
- Llanque, Marcus, 2003: Der Republikanismus: Geschichte und Bedeutung einer politischen Theorie. In: *Berliner Debatte Initial* 14, 3–15.
- Locke, John, [1689]2007: *Zweite Abhandlung über die Regierung: Über den wahren Ursprung, die Reichweite und den Zweck der staatlichen Regierung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lomasky, Loren E./Geoffrey Brennan, 2000: Is There a Duty to Vote? In: *Social Philosophy and Policy* 17, 62–86.
- Lovett, Frank/Philip Pettit, 2009: Neorepublicanism: A Normative and Institutional Research Program. In: *Annual Review of Political Science* 12, 11–29.
- Lutz, Burkart, 1984: *Der kurze Traum immerwährender Prosperität: Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des zwanzigsten Jahrhunderts*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Lutz, Georg/Michael Marsh, 2007: Introduction: Consequences of Low Turnout. In: *Electoral Studies* 26, 539–547.
- Lux, Thomas, 2011: Jenseits sozialer Klassen? Eine empirische Überprüfung der Individualisierungsthese am Beispiel von Ungleichheitseinstellungen und Wahlverhalten. In: *Zeitschrift für Soziologie* 40, 436–457.

- Macpherson, Crawford Brough, 1977: *The Life and Times of Liberal Democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Maddox, Graham, 2002: The Limits of Neo-Roman Liberty. In: *History of Political Thought* 23, 418–431.
- Mager, Wolfgang, 1984: Republik. In: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Stuttgart: Klett-Cotta, 549–651.
- Mahler, Vincent A., 2008: Electoral Turnout and Income Redistribution by the State: A Cross-National Analysis of the Developed Democracies. In: *European Journal of Political Research* 47, 161–183.
- , 2010: Government Inequality Reduction in Comparative Perspective: A Cross-National Study of the Developed World. In: *Polity* 42, 511–541.
- Mair, Peter, 2006: Ruling the Void? The Hollowing of Western Democracy. In: *New Left Review* 42, 25–51.
- , 2008: The Challenge to Party Government. In: *West European Politics* 31, 211–234.
- Mängel, Annett, 2010: Hamburger Bildungskampf. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 55, 13–16.
- Manow, Philip/Martina Nistor, 2009: Wann ist ein Listenplatz sicher? Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953 bis 2002. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40, 603–620.
- Mansbridge, Jane, 1999: Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent »Yes«. In: *The Journal of Politics* 61, 628–657.
- Manza, Jeff/Michael Hout/Clem Brooks, 1995: Class Voting in Capitalist Democracies since World War II: Dealignment, Realignment or Trendless Fluctuation? In: *Annual Review of Sociology* 21, 137–162.
- Marsh, Alan/Max Kaase, 1979: Background of Political Action. In: Samuel H. Barnes/Max Kaase (Hg.), *Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies*. London: Sage, 97–136.
- Martin, Paul S., 2003: Voting's Rewards: Voter Turnout, Attentive Publics, and Congressional Allocation of Federal Money. In: *American Journal of Political Science* 47, 110–127.
- Marx, Karl, [1850]1960: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850. In: Karl Marx/Friedrich Engels (Hg.), *Werke: Band 7*. Berlin: Dietz, 9–107.
- Massey, Douglas S., 1990: American Apartheid: Segregation and the Making of the Underclass. In: *American Journal of Sociology* 96, 329–357.
- Mayo, Henry Bertram, 1959: A Note on the Alleged Duty to Vote. In: *Journal of Politics* 21, 319–323.
- McClosky, Herbert, 1964: Consensus and Ideology in American Politics. In: *American Political Science Review* 58, 361–382.
- McCormick, John P., 2011: *Machiavellian Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- McPherson, Miller/Lynn Smith-Lovin/James M. Cook, 2001: Birds of a Feather: Homophily in Social Networks. In: *Annual Review of Sociology* 27, 415–444.
- Meltzer, Allan H./Scott F. Richard, 1981: A Rational Theory of the Size of Government. In: *Journal of Political Economy* 89, 914–927.
- Merkel, Wolfgang, 2011: Volksabstimmungen: Illusion und Realität. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 61, 47–55.

- Merkel, Wolfgang, 2013: Die Krise der Demokratie als Forschungsprogramm. In: Klaus Armin-geon (Hg.), *Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie: Festschrift für Manfred G. Schmidt*. Wiesbaden: Springer VS, 473–497.
- Michelman, Frank, 1988: Law's Republic. In: *Yale Law Journal* 97, 1493–1537.
- Mill, John Stuart, [1861]1958: *Considerations on Representative Government*. Indianapolis: Bobbs-Merrill.
- Miller, David, 1995: Citizenship and Pluralism. In: *Political Studies* 43, 432–450.
- Morgenstern, Jan, 2011: Ein neues Wahlrecht für das Land Bremen. In: Statistisches Landesamt (Hg.), *Wahlen im Land Bremen: Wahl zur Bremischen Bürgerschaft, 22. Mai 2011. Teil 1: Analysen und Tabellen*. Bremen: Statistisches Landesamt Bremen, 17–19.
- Morris-Lange, Simon/Heike Wendt/Charlotte Wohlfarth, 2013: *Segregation an deutschen Schulen: Ausmaß, Folgen und Handlungsempfehlungen für bessere Bildungschancen*. Berlin: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration.
- Moser, Julia/Herbert Obinger, 2007: Schlaraffenland auf Erden? Auswirkungen von Volksentscheiden auf die Sozialpolitik. In: Markus Freitag/Uwe Wagschal (Hg.), *Direkte Demokratie: Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*. Berlin: LIT, 331–361.
- Moser, Robert G./Ethan Scheiner, 2012: *Electoral Systems and Political Context: How the Effects of Rules Vary Across New and Established Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mueller, Dennis C./Thomas Stratmann, 2003: The Economic Effects of Democratic Participation. In: *Journal of Public Economics* 87, 2129–2155.
- Muller, Edward N., 1988: Democracy, Economic Development, and Income Inequality. In: *American Sociological Review* 53, 50–68.
- Müller, Jan-Werner, 2011: Ungewählte Eliten. In: *Die Welt*, 15.12.2011, 2.
- Müller, Jochen/Marc Debus, 2012: »Second order«-Effekte und Determinanten der individuellen Wahlentscheidung bei Landtagswahlen: Eine Analyse des Wahlverhaltens im deutschen Mehrebenensystem. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 6, 17–47.
- Müller, Walter/Markus Klein, 2012: Die Klassenbasis in der Parteipräferenz des deutschen Wählers: Erosion oder Wandel? In: Rüdiger Schmitt-Beck (Hg.), *Wahlen in Deutschland*. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 45. Baden-Baden: Nomos, 77–110.
- Münkler, Herfried, 1991: Die Idee der Tugend: Ein politischer Leitbegriff im vorrevolutionären Europa. In: *Archiv für Kulturgeschichte* 73, 379–403.
- Nerinx, Alfred, 1901: Compulsory Voting in Belgium. In: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 18, 87–90.
- Nickerson, David W., 2008: Is Voting Contagious? Evidence from Two Field Experiments. In: *American Political Science Review* 102, 49–57.
- Niedermayer, Oskar, 2009: Der Wandel des parteipolitischen Engagements der Bürger. In: Steffen Kühnel/Oskar Niedermayer/Bettina Westle (Hg.), *Wähler in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag, 82–134.
- , 2012: Parteimitgliedschaften im Jahre 2011. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 43, 389–407.
- Niesen, Peter, 2001: Volk-von-Teufeln-Republikanismus: Zur Frage nach den moralischen Ressourcen der liberalen Demokratie. In: Lutz Wingert/Klaus Günther (Hg.), *Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit: Festschrift für Jürgen Habermas*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 568–604.

- Nieuwebeerta, Paul/Nan Dirk de Graaf, 1999: Traditional Class Voting in Twenty Postwar Societies. In: Geoffrey Evans (Hg.), *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford: Oxford University Press, 23–56.
- Nolte, Paul, 1992: Bürgerideal, Gemeinde und Republik: »Klassischer Republikanismus« im frühen deutschen Liberalismus. In: *Historische Zeitschrift* 254, 609–656.
- Norris, Pippa, 1999: Introduction: The Growth of Critical Citizens? In: Pippa Norris (Hg.), *Critical Citizens: Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford University Press, 1–27.
- , 2011: *Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Obinger, Herbert, 2012: Die Finanzkrise und die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. In: *Leviathan* 40, 441–461.
- Obinger, Herbert/Reimut Zohlnhöfer, 2007: The Real Race to the Bottom: What Happened to Economic Affairs Expenditure after 1980? In: Francis G. Castles (Hg.), *The Disappearing State? Retrenchment Realities in an Age of Globalization*. Cheltenham: Edward Elgar, 184–214.
- Obinger, Herbert/Carina Schmitt/Reimut Zohlnhöfer, 2014: Partisan Politics and Privatization in OECD Countries. In: *Comparative Political Studies* 47(9), 2014, 1294–1323.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development), 2008: *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*. Paris: OECD.
- , 2011: *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising*. Paris: OECD Publishing.
- , 2013: *Crisis Squeezes Income and Puts Pressure on Inequality and Poverty*. Paris: OECD. <www.oecd.org/els/soc/OECD2013-Inequality-and-Poverty-8p.pdf> (20.8.2013)
- Offe, Claus, 1984: *Contradictions of the Welfare State*. Cambridge: The MIT Press.
- , [1972]2006: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates: Aufsätze zur Politischen Soziologie*. Veränderte Neuauflage herausgegeben und eingeleitet von Jens Borchert und Stephan Lessenich. Frankfurt a.M.: Campus.
- , 2013: Participatory Inequality in the Austerity State: A Supply-Side Approach. In: Armin Schäfer/Wolfgang Streeck (Hg.), *Politics in the Age of Austerity*. Cambridge: Polity Press, 196–218.
- Pacek, Alexander/Benjamin Radcliff, 1995: Turnout and the Vote for Left-of-Centre Parties: A Cross-National Analysis. In: *British Journal of Political Science* 25, 137–143.
- Palier, Bruno/Kathleen Thelen, 2010: Institutionalizing Dualism: Complementarities and Change in France and Germany. In: *Politics and Society* 38, 119–148.
- Panagopoulos, Costas, 2008: The Calculus of Voting in Compulsory Voting Systems. In: *Political Behavior* 30, 455–467.
- Pappi, Franz Urban/Jens Brandenburg, 2010: Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62, 459–483.
- Pateman, Carole, 1970: *Participation and Democratic Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- , 1971: Political Culture, Political Structure and Political Change. In: *British Journal of Political Science* 1, 291–305.
- Patten, Alan, 1996: The Republican Critique of Liberalism. In: *British Journal of Political Science* 26, 25–44.

- Pattie, Charles J./Ronald J. Johnston, 2003: Hanging on the Telephone? Doorsteps and Telephone Canvassing at the British General Election of 1997. In: *British Journal of Political Science* 33, 303–322.
- Patzelt, Werner J., 2011: Welche plebiszitären Instrumente könnten wir brauchen? Einige systematische Überlegungen. In: Lars P. Feld et al. (Hg.), *Jahrbuch für direkte Demokratie 2010*. Baden-Baden: Nomos, 63–106.
- Perea, Eva Anduiza, 2002: Individual Characteristics, Institutional Incentives and Electoral Abstention in Western Europe. In: *European Journal of Political Research* 41, 643–673.
- Petersen, Thomas, et al., 2013: *Gespaltene Demokratie: Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Pettit, Philip, 1999: *Republicanism: A Theory of Freedom and Government*. Oxford: Oxford University Press.
- , 2000: Democracy, Electoral and Contestatory. In: Ian Shapiro/Stephen Macedo (Hg.), *Designing Democratic Institutions*. Nomos XLII. New York: New York University Press, 105–144.
- , 2004: Depoliticizing Democracy. In: *Ratio Juris* 17, 52–65.
- , 2012: *On the People's Terms: A Republican Theory and Model of Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Phillips, Anne, 1995: *The Politics of Presence: The Political Representation of Gender, Ethnicity, and Race*. Oxford: Oxford University Press.
- Pierson, Paul, 1996: The New Politics of the Welfare State. In: *World Politics* 48, 143–179.
- Pitkin, Hanna Fenichel, 1967: *The Concept of Representation*. Berkeley: University of California Press.
- , 1981: Justice: On Relating Private and Public. In: *Political Theory* 9, 327–352.
- Pocock, John G. A., 1975: *The Machiavellian Moment: Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*. Princeton: Princeton University Press.
- Poguntke, Thomas, 2011: Ratlose Zwerge: Sind die Volksparteien am Ende? In: Evelyn Bytzek/Sigrid Roßteutscher (Hg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*. Frankfurt a.M.: Campus, 115–132.
- Pommerehne, Werner W./Hannelore Weck-Hannemann, 1996: Tax Rates, Tax Administration and Income Tax Evasion in Switzerland. In: *Public Choice* 88, 161–170.
- Pontusson, Jonas/David Rueda, 2010: The Politics of Inequality: Voter Mobilization and Left Parties in Advanced Industrial States. In: *Comparative Political Studies* 43, 675–705.
- Przeworski, Adam, 1985: *Capitalism and Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Putnam, Robert D., 1976: *The Comparative Study of Political Elites*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Quintelier, Ellen/Marc Hooghe/Sofie Marien, 2011: The Effect of Compulsory Voting on Turnout Stratification Patterns: A Cross-national Analysis. In: *International Political Science Review* 32, 396–416.
- Raaflaub, Kurt, 1984: Freiheit in Athen und Rom: Ein Beispiel divergierender politischer Begriffsentwicklung in der Antike. In: *Historische Zeitschrift* 238, 529–567.
- Radcliff, Benjamin, 1994: Turnout and the Democratic Vote. In: *American Politics Quarterly* 22, 259–276.

- Radcliff, Benjamin/Patricia Davis, 2000: Labor Organization and Electoral Participation in Industrial Democracies. In: *American Journal of Political Science* 44, 132–141.
- Rattinger, Hans, 1994: Demographie und Politik in Deutschland: Befunde der repräsentativen Wahlstatistik 1953–1990. In: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hg.), *Wähler und Nichtwähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 73–122.
- Rawls, John, 1979: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- , 2003: *Politischer Liberalismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rehmet, Frank, 2012: *Volksbegehrensbericht 2011*. Berlin: Mehr Demokratie e.V.
- Rehmet, Frank/Volker Mittendorf, 2007: *Erster Bürgerbegehrensbericht Deutschland 1956–2007*. Berlin und Marburg: Mehr Demokratie e.V. und Forschungsstelle Bürgerbegehren und direkte Demokratie.
- Reif, Karlheinz/Hermann Schmitt, 1980: Nine Second-Order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. In: *European Journal of Political Research* 8, 3–45.
- Reiser, Marion, 2011: »Wer entscheidet unter welchen Bedingungen über die Nominierung von Kandidaten?« Die innerparteilichen Selektionsprozesse zur Aufstellung in den Wahlkreisen. In: Oskar Niedermayer (Hg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: VS Verlag, 237–259.
- Renz, Thomas, 1997: Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Debatte. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 28, 572–591.
- Richter, Emanuel, 2012: Inklusion von Freien und Gleichen: Zur republikanischen Demokratietheorie. In: Oliver W. Lembcke/Claudia Ritzl/Gary S. Schaal (Hg.), *Zeitgenössische Demokratietheorie*, Bd. 1: *Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer VS, 157–187.
- Riker, William H./Peter C. Ordeshook, 1968: A Theory of the Calculus of Voting. In: *American Political Science Review* 62, 25–42.
- Robinson, William S., 1950: Ecological Correlation and the Behavior of Individuals. In: *American Sociological Review* 15, 351–357.
- Rodgers, Daniel T., 1992: Republicanism: The Career of a Concept. In: *Journal of American History* 79, 11–38.
- Rolfe, Meredith, 2012: *Voter Turnout: A Social Theory of Political Participation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rosema, Martin, 2007: Low Turnout: Threat to Democracy or Blessing in Disguise? Consequences of Citizens' Varying Tendencies to Vote. In: *Electoral Studies* 26, 612–623.
- Rosenblatt, Bernhard von, 2009: *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Freiwilligensurvey 1999*, Bd. 1: *Gesamterbericht*. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Rosenstone, Steven J./John Mark Hansen, 1993: *Mobilization, Participation, and Democracy in America*. New York: Macmillan.
- Rosset, Jan/Nathalie Giger/Julian Bernauer, 2013: More Money, Fewer Problems? Cross-Level Effects of Economic Deprivation on Political Representation. In: *West European Politics*, 1–19.
- Roth, Dieter, 1992: Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom. In: Karl Starzacher et al. (Hg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie?* Köln: Bund, 58–68.

- Roth, Dieter/Andreas M. Wüst, 2007: Emanzipiert und ungeliebt: Nicht-, Wechsel- und Protestwähler in Deutschland. In: Werner J. Patzelt/Martin Sebaldt/Uwe Kranenpohl (Hg.; unter Mitarbeit von Henrik Gast, Tobias Nerb und Benjamin Zeitler), *Res Publica Semper Reformanda: Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls. Festschrift für Heinrich Oberreuter zum 65. Geburtstag*. Wiesbaden: VS Verlag, 390–412.
- Rousseau, Jean-Jacques, [1762]2011: *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*. Stuttgart: Reclam.
- Rubenson, Daniel, et al., 2007: Does Low Turnout Matter? Evidence from the 2000 Canadian Federal Election. In: *Electoral Studies* 26, 589–597.
- Rueda, David, 2005: Insider-Outsider Politics in Industrialized Democracies: The Challenge to Social Democratic Parties. In: *American Political Science Review* 99, 61–74.
- , 2014: Dualization, Crisis and the Welfare State. In: *Socio-Economic Review* 12, 381–407.
- Sandel, Michael J., 1996: *Democracy's Discontents: America in Search of a Public Philosophy*. Cambridge, MA: The Belknap Press of Harvard University Press.
- , 1984: The Procedural Republic and the Unencumbered Self. In: *Political Theory* 12, 81–96.
- , 1998a: Reply to Critics. In: Anita L. Allen/Milton C. Regan (Hg.), *Debating Democracy's Discontent: Essays on American Politics, Law, and Public Philosophy*. Oxford: Oxford University Press, 319–335.
- , 1998b: *What Money Can't Buy: The Moral Limits of Markets*. The Tanner Lectures on Human Values. Delivered at Brasenose College, Oxford, May 11 and 12, 1998.
- Satz, Debra, 2010: *Why Some Things Should Not Be For Sale: The Moral Limits of Markets*. Oxford: Oxford University Press.
- Saunders, Ben, 2009: Making Voting Pay. In: *Politics* 29, 130–136.
- Saward, Michael, 1998: *The Terms of Democracy*. Cambridge: Polity Press.
- Scervini, Francesco/Paolo Segatti, 2012: Education, Inequality and Electoral Participation. In: *Research in Social Stratification and Mobility* 30, 403–413.
- Schäfer, Armin, 2007: Die Reform des Sozialstaats und das deutsche Parteiensystem: Abschied von den Volksparteien? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37, 648–666.
- , 2008: *Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie*. MPIfG Discussion Paper 08/10. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- , 2011a: Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie? In: Evelyn Bytzek/Sigrid Roßteutscher (Hg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*. Frankfurt a.M.: Campus, 133–154.
- , 2011b: *Republican Liberty and Compulsory Voting*. MPIfG Discussion Paper 11/17. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- , 2013: Liberalization, Inequality and Democracy's Discontents. In: Armin Schäfer/Wolfgang Streeck (Hg.), *Politics in the Age of Austerity*. Cambridge: Polity Press, 169–195.
- Schäfer, Armin/Harald Schoen, 2013: Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. In: *Leviathan* 41, 94–120.
- Schäfer, Armin/Robert Vehrkamp/Jérémie Felix Gagné, 2013: *Prekäre Wahlen: Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <www.wahlbeteiligung2013.de/fileadmin/Inhalte/Studien/Wahlbeteiligung-2013-Studie.pdf>

- Schäfer, Markus, 2010: Abgeordnetensoziologie: Struktur und Wandel der Mandatsträgerinnen und -träger. In: Ulrich Sarcinelli et al. (Hg.), *Politik in Rheinland-Pfalz: Geschichte, Staat und Demokratie*. Wiesbaden: VS Verlag, 269–280.
- Schärf, Fritz W., 2013: Legitimacy Intermediation in the Multilevel European Polity and Its Collapse in the Euro Crisis. In: Klaus Armingeon (Hg.), *Staatstätigkeit, Parteien und Demokratie. Festschrift für Manfred G. Schmidt*. Wiesbaden: Springer VS, 567–596.
- Schlichting, Karl, 2009: Wahlverhalten in der Stadt Bremen nach ausgewählten Gebietstypen. In: Arbeiterkammer Bremen (Hg.), *Bericht zur sozialen Lage 2009. Schwerpunkt: Wahlverdrossenheit*. Bremen: Arbeiterkammer Bremen, 46–63.
- Schlozman, Kay Lehman, et al., 2005: Inequalities of Political Voice. In: Lawrence R. Jacobs/Theda Skocpol (Hg.), *Inequality and American Democracy: What We Know and What We Need to Learn*. New York: Russell Sage Foundation, 19–87.
- Schmidt, Manfred G., 2009: Altern und politische Partizipation. In: Jürgen Kocka/Martin Kohli/Wolfgang Streeck (Hg.), *Altern: Familie, Zivilgesellschaft, Politik*. Halle/Saale: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, 273–286.
- , 2010: *Demokratietheorien: Eine Einführung*. 5. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- , 2012: Wirklich nur Mittelmaß? Deutschlands Sozialstaat im Spiegel neuer, international vergleichender Daten. In: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 10, 159–195.
- Schmidt, Manfred G./Tobias Ostheim, 2007: Einführung. In: Manfred G. Schmidt et al. (Hg.), *Der Wohlfahrtsstaat: Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag, 21–28.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Christian Mackenrodt/Thorsten Faas, 2008: Hintergründe kommunaler Wahlbeteiligung: Eine Fallstudie zur Kommunalwahl 2004 in Duisburg. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 39, 561–580.
- Schneider, Herbert, 2001: *Ministerpräsidenten: Profil eines politischen Amtes im deutschen Federalismus*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schnell, Rainer/Ulrich Kohler, 1995: Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953–1992. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 47, 634–657.
- Schoen, Harald, 2005a: Daten in der empirischen Wahlforschung. In: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag, 89–103.
- , 2005b: Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag, 135–185.
- Schoen, Harald/Alexander Glantz/Rebecca Teusch, 2011: Raucher oder Nichtraucher – ist das die Frage? Wahlbeteiligung und Abstimmungsverhalten beim Volksentscheid über das Rauchverbot in Bayern. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42, 492–502.
- Schoen, Harald/Cornelia Weins, 2005: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag, 187–242.
- Schoof, Peter, 1981: Wahlbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik: Eine Aggregatdatenanalyse für den Zeitraum von 1972 bis 1980. In: *Politische Vierteljahresschrift* 22, 287–304.
- Schüttemeyer, Suzanne S./Roland Sturm, 2005: Der Kandidat – das (fast) unbekannte Wesen: Befunde und Überlegungen zur Aufstellung der Bewerber zum Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36, 539–553.

- Schwander, Hanna/Silja Häusermann, 2013: Who Is in and Who Is Out? A Risk-Based Conceptualization of Insiders and Outsiders. In: *Journal of European Social Policy* 23, 248–269.
- Scruggs, Lyle, 2006: The Generosity of Social Insurance, 1971–2002. In: *Oxford Review of Economic Policy* 22, 349–364.
- , 2008: Social Rights, Welfare Generosity, and Inequality. In: Pablo Beramendi/Christopher J. Anderson (Hg.), *Democracy, Inequality, and Representation: A Comparative Perspective*. New York: Russell Sage Foundation, 62–90.
- Scruggs, Lyle/Detlef Jahn/Kati Kuitto, 2014: *Comparative Welfare Entitlements Dataset 2 Codebook. Version 2014-03*. University of Connecticut and University of Greifswald.
- Seidel-Schulze, Antje/Jan Dohnke/Hartmut Häußermann, 2012: *Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007–2009*. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.
- Selb, Peter/Romain Lachat, 2010: The More, the Better? Counterfactual Evidence on the Effect of Compulsory Voting on the Consistency of Party Choice. In: *European Journal of Political Research* 48, 573–597.
- Selb, Peter/Simon Munzert, 2013: Voter Overrepresentation, Vote Misreporting, and Turnout Bias in Postelection Surveys. In: *Electoral Studies* 32, 186–196.
- Shumer, S. M., 1979: Machiavelli: Republican Politics and Its Corruption. In: *Political Theory* 7, 5–34.
- Singh, Shane, 2011: How Compelling is Compulsory Voting? A Multilevel Analysis of Turnout. In: *Political Behavior* 33, 95–111.
- Skinner, Quentin, 1991: The Republican Ideal of Political Liberty. In: Gisela Bock/Quentin Skinner/Maurizio Viroli (Hg.), *Machiavelli and Republicanism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- , 1998: *Liberty before Liberalism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- , 2008a: Freedom as the Absence of Arbitrary Power. In: Cécile Laborde/John Maynor (Hg.), *Republicanism and Political Theory*. Malden, MA: Blackwell, 83–101.
- , 2008b: *Freiheit und Pflicht: Thomas Hobbes' politische Theorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Solt, Frederick, 2008: Economic Inequality and Democratic Political Engagement. In: *American Journal of Political Science* 52, 48–60.
- , 2008–2009: *The Standardized World Income Inequality Database*. <<http://myweb.uiowa.edu/fsolt/swiid/swiid/updates.html>> (20.8.2013)
- Stadelmann-Steffen, Isabelle/Adrian Vatter, 2012: Does Satisfaction with Democracy Really Increase Happiness? Direct Democracy and Individual Satisfaction in Switzerland. In: *Political Behavior* 34, 535–559.
- Stadt Köln, 2009: *Die Kölner Stadtteile in Zahlen*. Köln: Amt für Stadtentwicklung und Statistik.
- Statistik Nord, 2011: *Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 20. Februar 2011*, Bd. 1: *Analyse*. Hamburg/Kiel: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein.
- Statistisches Bundesamt, 2011: *Bildungsstand der Bevölkerung*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Steinberg, Rudolf, 2012: Das Volk und die direkte Demokratie. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.2.2012, 7.

- Steinbrecher, Markus/Hans Rattinger, 2011: Die Wahlbeteiligung. In: Hans Rattinger et al. (Hg.), *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*. Baden-Baden: Nomos, 77–90.
- Steinbrecher, Markus/Sandra Huber/Hans Rattinger, 2007: *Turnout in Germany: Citizen Participation in State, Federal, and European Elections since 1979*. Baden-Baden: Nomos.
- Steingart, Gabor, 2009: *Die Machtfrage: Ansichten eines Nichtwählers*. München: Piper.
- Stockemer, Daniel/Lyle Scruggs, 2012: Income Inequality, Development and Electoral Turnout: New Evidence on a Burgeoning Debate. In: *Electoral Studies* 31, 764–773.
- Streeck, Wolfgang, 2012: Citizens as Customers. In: *New Left Review* 72, 27–47.
- , 2013: *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Streeck, Wolfgang/Daniel Mertens, 2013: Public Finance and the Decline of State Capacity in Democratic Capitalism. In: Armin Schäfer/Wolfgang Streeck (Hg.), *Politics in the Age of Austerity*. Cambridge: Polity Press, 26–58.
- Sunstein, Cass, 1988: Beyond the Republican Revival. In: *Yale Law Journal* 97, 1539–1590.
- Svallfors, Stefan, 2006: *The Moral Economy of Class: Class and Attitudes in Comparative Perspective*. Stanford: Stanford University Press.
- Taylor, Charles, 1985: Atomism. In: Charles Taylor (Hg.), *Philosophy and the Human Sciences. Philosophical Papers 2*. Cambridge: Cambridge University Press, 187–210.
- , 1991: What's Wrong with Negative Liberty? In: David Miller (Hg.), *Liberty*. Oxford: Oxford University Press, 141–162.
- Tingsten, Herbert, [1937]1975: *Political Behavior: Studies in Election Statistics*. London: Arno Press.
- Tocqueville, Alexis de, 1959: *Über die Demokratie in Amerika*. Bd. 1. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Töller, Annette Elisabeth, et al., 2011: Direkte Demokratie und Schulpolitik: Lehren aus einer politikfeldanalytischen Betrachtung des Scheiterns der Hamburger Schulreform. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42, 503–523.
- Topf, Richard, 1995: Beyond Electoral Participation. In: Hans-Dieter Klingemann/Dieter Fuchs (Hg.), *Citizens and the State*. Oxford: Oxford University Press, 52–91.
- Tourangeau, Roger/Robert M. Groves/Cleo D. Redline, 2010: Sensitive Topics and Reluctant Respondents: Demonstrating a Link Between Nonresponse Bias and Measurement Error. In: *Public Opinion Quarterly* 74, 413–432.
- Urbinati, Nadia, 2012: Competing for Liberty: The Republican Critique of Democracy. In: *American Political Science Review* 106, 607–621.
- Uslaner, Eric M./Mitchell Brown, 2005: Inequality, Trust, and Civic Engagement. In: *American Politics Research* 33, 868–894.
- Vanberg, Viktor J., 2008: On the Complementarity of Liberalism and Democracy – a Reading of F. A. Hayek and J. M. Buchanan. In: *Journal of Institutional Economics* 4, 139–161.
- Vatter, Adrian, 2007: Direkte Demokratie in der Schweiz: Entwicklungen, Debatten und Wirkungen. In: Markus Freitag/Uwe Wagschal (Hg.), *Direkte Demokratie: Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*. Berlin: LIT, 71–113.
- Verba, Sidney/Norman H. Nie/Jae-on Kim, 1978: *Participation and Political Equality: A Seven-Nation Comparison*. Chicago: University of Chicago Press.

- Verba, Sidney/Kay Lehman Schlozman/Henry E. Brady, 1995: *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Vetter, Angelika, 2008: Kommunale Wahlbeteiligung im Bundesländervergleich: Politische Institutionen und ihre Folgen. In: *Die öffentliche Verwaltung* 61, 885–894.
- Vilmar, Fritz, 1973: *Strategien der Demokratisierung*, Bd. 1: *Theorie der Praxis*. Neuwied: Luchterhand.
- Völkl, Kerstin/Wolfgang Langer, 2012: Cleavages und Landtagswahlen 1981 bis 2009. In: Rüdiger Schmitt-Beck (Hg.), *Wahlen in Deutschland*. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 45. Wiesbaden: VS Verlag, 63–84.
- Vutkovich, Alexander, 1906: *Wahlpflicht: Politische Studien*. Pressburg: Selbstverlag des Verfassers.
- Wagschal, Uwe, 2013: Das direktdemokratische Paradoxon in der empirischen Demokratieforschung. In: Klaus Armingeon (Hg.), *Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie: Festschrift für Manfred G. Schmidt*. Wiesbaden: Springer VS, 613–627.
- Wagschal, Uwe/Herbert Obinger, 2000: Der Einfluss der Direktdemokratie auf die Sozialpolitik. In: *Politische Vierteljahresschrift* 41, 466–497.
- Walter, Franz, 2007: Eliten oder Unterschichten? Die Wähler der Linken. In: Tim Spier et al. (Hg.), *Die Linkspartei: Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?* Wiesbaden: VS Verlag, 325–337.
- Walzer, Michael, 1983: *Spheres of Justice: A Defense of Pluralism and Equality*. New York: Basic Books.
- , 1992: *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*. Berlin: Rotbuch.
- Wängnerud, Lena, 2009: Women in Parliaments: Descriptive and Substantive Representation. In: *Annual Review of Political Science* 12, 51–69.
- Ward, Cynthia V., 1991: The Limits of »Liberal Republicanism«: Why Group-Based Remedies and Republican Citizenship Don't Mix. In: *Columbia Law Review* 91, 581–607.
- Weakliem, David L./Anthony F. Heath, 1999: The Secret Life of Class Voting: Britain, France, and the United States since the 1930s. In: Geoffrey Evans (Hg.), *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford: Oxford University Press, 97–136.
- Weithman, Paul, 2004: Political Republicanism and Perfectionist Republicanism. In: *The Review of Politics* 66, 285–312.
- Welzer, Harald, 2013: Das Ende des kleineren Übels: Warum ich nicht mehr wähle. In: *Der Spiegel* 22, 122–123.
- Wenzelburger, Georg/Reimut Zohnhörer/Frieder Wolf, 2013: Implications of Dataset Choice in Comparative Welfare State Research. In: *Journal of European Public Policy* 20, 1229–1250.
- Wertheimer, Alan, 1975: In Defense of Compulsory Voting. In: J. Roland Pennock/John W. Chapman (Hg.), *Participation in Politics*. New York: Lieber-Atherton.
- Weßels, Bernhard, 2011: Das Wahlverhalten sozialer Gruppen. In: Hans Rattinger et al. (Hg.), *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*. Baden-Baden: Nomos, 103–117.
- Williams, Melissa S., 1998: *Voice, Trust, and Memory: Marginalized Groups and the Failings of Liberal Representation*. Princeton: Princeton University Press.
- Winkler, Heinrich August, 2011: Die große Illusion: Warum direkte Demokratie nicht unbedingt den Fortschritt fördert. In: *Der Spiegel*, 21.11.2011, 47.

- Wren, Anne/Philipp Rehm, 2013: Service Expansion, International Exposure, and Political Preferences. In: Anne Wren (Hg.), *The Political Economy of the Service Transition*. Oxford: Oxford University Press, 248–281.
- Wüst, Andreas M., et al., 2006: Candidates in the 2005 Bundestag Election: Mode of Candidacy, Campaigning and Issues. In: *German Politics* 15, 420–438.
- Young, Iris Marion, 1990: *Justice and the Politics of Difference*. Princeton: Princeton University Press.
- Zittel, Thomas/Thomas Gschwend, 2007: Individualisierte Wahlkämpfe im Wahlkreis: Eine Analyse am Beispiel des Bundestagswahlkampfes von 2005. In: *Politische Vierteljahresschrift* 48, 293–321.
- Zuckerman, Alan S., 2007: The Social Logic of Political Choice: Picking a Political Party in the Context of Immediate Social Circles. In: *Politische Vierteljahresschrift* 48, 633–649.